

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Bericht der Bundesregierung über die im Kalenderjahr 1993 erbrachten Versorgungsleistungen im öffentlichen Dienst sowie über die Entwicklung der Versorgungsausgaben in den nächsten 15 Jahren – Versorgungsbericht

Gliederung

	Seite
Teil A Einleitung – Ausgangslage – Perspektiven	5
1. Berichtsauftrag	5
2. Problemstellung	5
3. Übersicht	5
4. Personalentwicklung im öffentlichen Dienst	6
4.1 Beamte, Richter und Berufssoldaten	9
4.2 Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes	11
4.3 Strukturelle Effekte	12
4.4 Das Pensions- und Renteneintrittsverhalten	13
4.5 Das durchschnittliche Pensionierungs- bzw. Renteneintrittsalter im Jahr 1993	14
4.6 Anteil weiblicher Beamter	14
5. Bisherige Entwicklung der Versorgungsausgaben	16
5.1 Versorgungsausgaben 1970 bis 1993	16
5.2 Entwicklung der Versorgungsausgaben im Verhältnis zur gesetzlichen Rentenversicherung (1970 bis 1993)	17
5.3 Versorgungsausgaben in den öffentlichen Haushalten	17

Zugeleitet mit Schreiben des Bundeskanzlers vom 17. Oktober 1996 – 031 (132) – 222 00 – Ve 120/96 gemäß Artikel 17 des Gesetzes zur Änderung des Beamtenversorgungsgesetzes und sonstiger dienst- und versorgungsrechtlicher Vorschriften vom 18. Dezember 1989.

Federführend ist das Bundesministerium des Innern.

	Seite
6. Künftige Entwicklung der Versorgungsausgaben bis 2008	19
6.1 Entwicklung ohne Berücksichtigung jährlicher Anpassungen	20
6.2 Drei-Varianten-Modellrechnung auf der Grundlage der mittelfristigen Finanzplanung	20
6.3 Entwicklung der Versorgungsausgaben unter verschiedenen Annahmen über die jährliche Anpassung	22
6.3.1 Variante 1	22
6.3.2 Variante 2	22
6.3.3 Variante 3	24
6.3.4 Zusammenfassung	24
7. Die Versorgungsausgaben im Verhältnis zur gesamtwirtschaftlichen Leistung	25
7.1 Die Versorgungsquote im Zeitraum 1970 bis 1993	26
7.2 Die Entwicklung der Versorgungsquote von 1993 bis 2008 unter verschiedenen Annahmen	26
7.2.1 Die Entwicklung der Versorgungsquote bis 2008 auf der Grundlage der Drei-Varianten-Modellrechnung	26
7.2.2 Zum Vergleich: Die Entwicklung der Versorgungsquote nach dem PROGNOSE-Gutachten von 1995	29
8. Die Versorgungsausgaben der Gebietskörperschaften im Verhältnis zu den Steuereinnahmen (Versorgungs-Steuer-Quote)	29
8.1 Die Versorgungs-Steuer-Quote im Zeitraum 1970 bis 1994	29
8.2 Die Versorgungs-Steuer-Quote im Zeitraum 1995 bis 2008	30
8.3 Gesamtentwicklung von 1970 bis 2008	30
9. Ausblick über 2008 hinaus bis 2040: Projektion der Versorgungsausgaben, der Versorgungsquote und der Versorgungs-Steuer-Quote	35
9.1 Die Annahmen der Modellrechnung	35
9.2 Die weitere Entwicklung der Versorgungsausgaben und der Versorgungsquote auf der Grundlage der Modellrechnung	35
9.3 Langfristige Projektion der Versorgungs-Steuer-Quote	37
10. Ursachen des Kostenanstiegs und Maßnahmen zur Ausgabenentlastung	38
10.1 Ursachen	38
10.2 Personalwirtschaftliche Maßnahmen	38
10.3 Höhe der regelmäßigen Besoldungs- und Versorgungsanpassungen	39
10.4 Versorgungsrechtliche Maßnahmen	39
10.5 Besoldungsrechtliche Maßnahmen	40
Teil B Die öffentlich-rechtlichen Versorgungssysteme	41
I. Beamtenversorgung nach dem BeamtVG	41
1. Einleitung	41
2. Entwicklung der Zahl der aktiven Beamten in der Vergangenheit bis zum Basisjahr 1993	42
2.1 in den einzelnen Beschäftigungsbereichen	42
2.2 in den einzelnen Laufbahngruppen	45
2.3 Altersstruktur und Aufgabenbereiche im Basisjahr 1993	48

	Seite
3. Entwicklung der Zahl der Versorgungsempfänger	54
3.1 in der Vergangenheit bis zum Basisjahr 1993	54
3.2 Analyse des Zuruhesetzungsverhaltens im Basisjahr 1993	54
3.3 Methodik der Hochrechnung	62
3.3.1 nach Beschäftigungsbereichen	63
3.3.2 nach Aufgabenbereichen	63
3.3.3 nach Versorgungsart	64
4. Entwicklung der Versorgungsausgaben	65
4.1 in der Vergangenheit bis zum Basisjahr 1993	65
4.2 Hochrechnung 1994 bis 2008	66
4.2.1 nach Beschäftigungsbereichen	66
4.2.2 nach Aufgabenbereichen	69
4.2.3 nach Versorgungsart	69
II. Soldatenversorgung nach dem SVG	71
1. Einleitung	71
2. Entwicklung in der Vergangenheit bis zum Basisjahr 1993	72
2.1 Zahl der Berufssoldaten	72
2.2 Zahl der Versorgungsempfänger	73
2.3 Versorgungsausgaben	73
3. Hochrechnung 1994 bis 2008	74
3.1 Zahl der Versorgungsempfänger	74
3.2 Versorgungsausgaben	74
III. Versorgung nach dem G131	74
1. Einleitung	74
2. Entwicklung in der Vergangenheit bis zum Basisjahr 1993	74
2.1 Zahl der Versorgungsempfänger (auch nach Versorgungsart) ...	74
2.2 Altersstruktur im Basisjahr 1993	75
2.3 Versorgungsausgaben	75
3. Hochrechnung 1994 bis 2008	75
3.1 Zahl der Versorgungsempfänger (auch nach Versorgungsart) ...	75
3.2 Versorgungsausgaben	76
Teil C Zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung für Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes (Zusatzversorgung) .	77
1. Einleitung	77
1.1 Zusatzversorgungseinrichtungen des öffentlichen Dienstes	77
1.1.1 Zielsetzung, Grundlagen	77
1.1.2 Leistungen	78
1.1.3 Finanzierung	80
1.2 Haushaltsfinanzierte Zusatzversorgungssysteme	80
1.3 Versorgungsverband bundes- und landesgeförderter Unternehmen e.V. (VBLU)	81
1.4 Weitere Zusatzversorgungssysteme	81

	Seite
2. Die Entwicklung der Zahl der Versicherten und der Rentner sowie der Leistungen der Zusatzversorgung und der haushaltsfinanzierten Zusatzversorgungssysteme in den Jahren 1970 bis 1993	82
2.1 Gesamtbetrachtung	82
2.2 Zusatzversorgungseinrichtungen des öffentlichen Dienstes	85
2.2.1 Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL)	85
2.2.2 Arbeitsgemeinschaft der kommunalen und kirchlichen Zusatzversorgungskassen (AGZVK)	93
2.2.3 Versorgungsanstalt der Deutschen Bundespost (VAP)	95
2.2.4 Bahnversicherungsanstalt Abteilung B (BVA Abt. B)	96
3. Hochrechnung 1994 bis 2008	98
3.1 Gesamtbetrachtung	98
3.2 Die einzelnen Zusatzversorgungseinrichtungen des öffentlichen Dienstes	100
3.2.1 Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL)	100
3.2.2 Arbeitsgemeinschaft der kommunalen und kirchlichen Zusatzversorgungskassen (AGZVK)	101
3.2.3 Versorgungsanstalt der Deutschen Bundespost (VAP)	105
3.2.4 Bahnversicherungsanstalt Abteilung B (BVA Abt. B)	106
3.3 Haushaltsfinanzierte Zusatzversorgungssysteme	107
3.4 Versorgungsverband bundes- und landesgeförderter Unternehmen e.V. (VBLU)	107
3.5 Weitere Zusatzversorgungssysteme	107
Teil D Beamtenähnliche Versorgung und Sonderversorgung	109
I. Versorgungsleistungen nach beamtenrechtlichen Grundsätzen oder Vorschriften	109
II. Versorgungsleistungen aus Sonderversorgungssystemen der ehemaligen DDR	110
 Anhang:	
1. Begriffserläuterungen	112
2. Abkürzungsverzeichnis	115
3. Verzeichnis der Übersichten und Schaubilder	117
4. Zahlen zur Versorgung im öffentlichen Dienst	123
– zu Teil B	123
– zu Teil C	181

Teil A Einleitung – Ausgangslage – Perspektiven

1. Berichtsauftrag

Die Bundesregierung hat nach Artikel 17 des Gesetzes zur Änderung des Beamtenversorgungsgesetzes und sonstiger dienst- und versorgungsrechtlicher Vorschriften (BeamtVGÄndG) vom 18. Dezember 1989 (BGBl. I S. 2218) den gesetzgebenden Körperschaften zu Beginn jeder Wahlperiode des Deutschen Bundestages einen Versorgungsbericht vorzulegen. Der Bericht soll die jeweils im Vorjahr erbrachten Versorgungsleistungen im öffentlichen Dienst sowie Hochrechnungen für die in den nächsten 15 Jahren zu erwartenden Versorgungsleistungen enthalten.

Nach der Begründung zu Artikel 17 des BeamtVG-ÄndG dient der Bericht als Hilfsmittel zur Übersicht über die voraussichtliche finanzielle Entwicklung in der Beamten- und Soldatenversorgung sowie in der Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes.

Die erstmalige Erarbeitung eines Versorgungsberichts bis 2008 hat erwiesen, daß die Betrachtung eines längeren Zeitraums als 15 Jahre unverzichtbar ist. Der Bericht enthält daher einen Ausblick bis 2040¹⁾.

Der Versorgungsbericht wird 1996 erstmalig vorgelegt. Er soll im Jahre 2001 fortgeschrieben und erneut vorgelegt werden.

2. Problemstellung

Die demographische Entwicklung (niedrige Geburtenrate, steigende Lebenserwartung) stellt nicht nur die Beamtenversorgung, sondern alle Alterssicherungssysteme in Deutschland wie auch in anderen Industrieländern vor gravierende Probleme. Der Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung nimmt deutlich zu. Die Auswirkungen der demographischen Entwicklung werden verschärft durch eine Verlängerung der Ausbildungsphase, die zu einem späteren Eintritt ins Erwerbsleben führt, sowie durch Frühverrentung bzw. Frühpensionierung. Alterung der Bevölkerung, kürzere Erwerbszeiten und längere Renten- bzw. Pensionslaufzeiten haben zur Folge, daß sich das Verhältnis zwischen der Zahl der Erwerbstätigen und der Zahl der Nicht-Erwerbstätigen zunehmend verschlechtert mit der Folge, daß die Alterssicherung eines wachsenden Teils der Bevölke-

¹⁾ Aufgrund des gesetzlichen Auftrags erstreckt sich die eingehendere Darstellung bis zum Jahr 2008; insoweit ergibt sich ein Unterschied zum Rentenversicherungsbericht 1996, der bis 2010 reicht. Die wesentlichen Daten der Versorgung für das Jahr 2010 sind jedoch aus den weitergehenden Untersuchungen, die sich bis 2040 erstrecken, ebenfalls ersichtlich (vgl. A 4.1 und A 9). Künftig wird eine Harmonisierung der Betrachtungszeiträume angestrebt.

rung von einem abnehmenden Teil der Bevölkerung erwirtschaftet werden muß. Die Problematik wird durch die derzeitige Wachstumsschwäche der Wirtschaft und die anhaltende Arbeitslosigkeit noch weiter verschärft, weil das Produktionspotential nicht ausgeschöpft wird und das Bruttoinlandsprodukt, aus dem auch die Leistungen aller Alterssicherungssysteme finanziert werden müssen, geringer ausfällt. Bei Rückgewinnung der Wachstumsdynamik und eines hohen Beschäftigungsstands lassen sich auch die steigenden finanziellen Anforderungen an die Alterssicherungssysteme besser bewältigen.

Die Altersversorgung im öffentlichen Dienst wird im Vergleich zur gesetzlichen Rentenversicherung zusätzlich durch den erheblichen Personalzuwachs belastet, der – vor allem in den 60er und 70er Jahren – den gestiegenen gesellschaftlichen Anforderungen an den Staat Rechnung trug und auf längere Zeit vor allem bei den Ländern zu einem kräftigen Anstieg der Zahl der Versorgungsempfänger führen wird.

3. Überblick

Ausgehend von der Entwicklung in der Vergangenheit bis zum Basisjahr 1993²⁾ enthält der Versorgungsbericht eine Vorausberechnung der Versorgungskosten über einen Zeitraum von 15 Jahren bis 2008.

Der Ausblick führt wegen der gebotenen Langfristigkeit der Betrachtung aber noch über diese Zeit hinaus, zumal die Versorgungsausgaben auch nach dem gesetzlich festgelegten Betrachtungszeitraum stark ansteigen.

Grunddaten für den Zeitraum ab 1960/1970 bis 1993 geben die bisherige Entwicklung in den einzelnen Bereichen wieder. Kernstück des Berichts ist neben der Darstellung der im Jahre 1993 aufgewendeten Versorgungskosten die Vorausschätzung der in Zukunft zu erwartenden Versorgungsausgaben. Die der Vorausberechnung zugrunde gelegte Methode³⁾

²⁾ Wegen der Vielfalt der in allen öffentlichen Haushalten zu erhebenden Daten mußte hinsichtlich der „Versorgungsleistungen des Vorjahres“ auf das Jahr 1993 zurückgegriffen werden. Der durch das Finanz- und Personalstatistikgesetz (FPStatG) vom 21. Dezember 1992 kurzfristig erweiterte Erhebungsauftrag des Statistischen Bundesamtes, der nunmehr auch die Personalstand- und Versorgungsempfängerstatistiken aller Bundesländer umfaßt, hat umfangreiche Neuerfassungen notwendig gemacht, deren Aufbereitung erheblichen Zeitaufwand erforderte. Die dem Bericht zugrundeliegenden Daten sind im Tabellenteil des Anhangs beigefügt. Soweit einzelne Übersichten und Schaubilder des Berichts geringfügige Abweichungen im Nachkommastellenbereich aufweisen, ist dies auf Rundungsdifferenzen zurückzuführen.

³⁾ Zur Methode der Vorausberechnung der Zahl der Versorgungsempfänger vgl. Teil B I 3.3.

ist für die Beamtenversorgung unter Abschnitt 6 sowie in Teil B I 4.2, für die Zusatzversorgung in Teil C 3.1 des Berichts erläutert.

Der Bericht umfaßt die

- Versorgung der Beamten, Richter und Berufssoldaten nach dem Beamtenversorgungsgesetz/Soldatenversorgungsgesetz,
- Versorgung nach dem G131⁴⁾
- Zusatzversorgung für Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes.

Ergänzend werden auch „beamtenähnliche“ Versorgungen von Angestellten nach Dienstordnungen und nach Ruhegehaltordnungen o. ä. sowie Leistungen aus Sonderversorgungssystemen der ehemaligen DDR einbezogen.

Die Darstellung der **Beamtenversorgung** unterscheidet nach den Beschäftigungsbereichen:

- Bund⁵⁾,
- Länder⁶⁾,
- Gemeinden/Gemeindeverbände einschließlich kommunale Zweckverbände,
- mittelbarer öffentlicher Dienst⁷⁾,
- Bahn und Post (heute: Deutsche Bahn AG und Postunternehmen) – wegen der Privatisierung gesondert.

Zur Beamtenversorgung gehört auch die Versorgung der Richter in Bund und Ländern. In den Angaben über Beamte sind daher die Richter enthalten.

Versorgungsausgaben im Sinne dieses Berichts umfassen Kosten für laufende⁸⁾ und einmalige⁹⁾ Leistungen. Die Finanzierung der Beamten- und Soldatenversorgung erfolgt grundsätzlich aus den laufenden allgemeinen Haushaltsmitteln des jeweiligen Dienstherrn, die in den öffentlichen Haushalt einzustellen sind¹⁰⁾; die den Ländern entstehenden Auf-

⁴⁾ Nach dem Gesetz zu Artikel 131 des Grundgesetzes (G131) erhalten die nach dem Zweiten Weltkrieg nicht wieder verwendeten Beamten und Berufssoldaten sowie deren Hinterbliebenen eine beamtenrechtliche Versorgung, soweit sie darauf Anspruch hatten, im einzelnen vgl. Teil B III.

⁵⁾ Ohne Bahn und Post.

⁶⁾ Bei Ländern und Gemeinden beziehen sich die Angaben ausschließlich auf das frühere Bundesgebiet, weil wegen der erst ab 3. Oktober 1990 möglichen Verbeamtenungen in den neuen Ländern im Vorausrechnungszeitraum keine vergleichbaren Grundlagen gegeben sind.

⁷⁾ In erster Linie die Träger der gesetzlichen Sozialversicherung (z. B. die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte und die Landesversicherungsanstalten für Arbeiter, die Bundesanstalt für Arbeit usw.), deren Personalausgaben einschließlich Versorgungskosten zum weitaus überwiegenden Teil nicht aus laufenden Steuereinnahmen, sondern aus den Beiträgen finanziert werden.

⁸⁾ Ruhegehalt, Hinterbliebenenversorgung (Witwen-/Witwer- und Waisengeld), Unterhaltsbeitrag, jährliche Sonderzuwendung, Übergangsgeld.

⁹⁾ Sterbegeld, Überbrückungsgeld, Ausgleich bei besonderen Altersgrenzen, einmalige Unfallentschädigung, Witwenabfindung.

¹⁰⁾ Im kommunalen Bereich bestehen zum Teil auch andere Finanzierungssysteme, z. B. Umlageverfahren über zentrale Versorgungskassen. Zum mittelbaren öffentlichen Dienst vgl. Fußnote 7.

wendungen für Leistungen nach dem G131 werden ihnen vom Bund erstattet.

Die Darstellung der **Zusatzversorgung** unterscheidet nach den Zusatzversorgungseinrichtungen und -systemen:

- Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL),
- Arbeitsgemeinschaft der kommunalen und kirchlichen Zusatzversorgungskassen (AGZVK),
- Versorgungsanstalt der Deutschen Bundespost (VAP) und Bahnversicherungsanstalt Abteilung B (BVA Abt. B),
- haushaltsfinanzierte Systeme,
- weitere Zusatzversorgungssysteme,

wobei die zahlenmäßig bedeutenden Zusatzversorgungseinrichtungen und die haushaltsfinanzierten Systeme im Vordergrund stehen; die weiteren Zusatzversorgungssysteme sind in Teil C 1.3 und 1.4 aufgeführt.

Die Finanzierung der Zusatzversorgung erfolgt grundsätzlich aus den von den beteiligten Arbeitgebern an die Zusatzversorgungseinrichtungen zu leistenden Umlagen, ausnahmsweise unmittelbar aus Haushaltsmitteln der Arbeitgeber.

Soweit der Bericht nicht ausdrücklich nach dem Geschlecht differenziert, gelten die Begriffe Beamte, Richter, Arbeitnehmer etc. für Beamtinnen, Richterinnen, Arbeitnehmerinnen usw. gleichermaßen.

Im folgenden Abschnitt 4 wird zunächst die Personalentwicklung im öffentlichen Dienst dargestellt. Abschnitt 5 gibt eine Übersicht über die Versorgungsausgaben in der Vergangenheit, bevor in Abschnitt 6 auf die künftige Entwicklung der Versorgungskosten und die der Projektion zugrundeliegenden Modellrechnungen eingegangen wird. Es folgt eine Darstellung des Verhältnisses der Versorgungsausgaben zur gesamtwirtschaftlichen Leistung (Abschnitt 7) sowie zu den Steuereinnahmen (Abschnitt 8). Abschnitt 9 enthält eine Übersicht über die weitere Entwicklung bis 2040, bezogen auf die Zahl der Versorgungsempfänger, die Versorgungsausgaben und die gesamtwirtschaftliche Einordnung (Versorgungsquote). Abschnitt 10 schließlich untersucht die Ursachen des Kostenanstiegs und zeigt Handlungsfelder für Maßnahmen zur Ausgabenentlastung auf.

4. Personalentwicklung im öffentlichen Dienst

Unabhängig von generellen Faktoren zeigt die Entwicklung des Personalbestandes im öffentlichen Dienst von 1960 bis heute, daß Personalmehrungen in der Vergangenheit zwangsläufig die Zahl der Pensionäre und Zusatzrentenempfänger – einschließlich der Hinterbliebenen – in den nächsten Jahrzehnten entsprechend erhöhen werden (die Zahl der Versorgungsberechtigten folgt der Entwicklung des Personals mit 30 bis 40 Jahren Abstand). Demgemäß sind die Folgen dieser Personalentwicklung im Vorausrechnungszeitraum bis 2008 noch nicht voll erfaßt.

Der Ausblick in Abschnitt 9 macht vielmehr deutlich, daß die Zahl der Versorgungs- und Zusatzrentenempfänger auch nach 2008 weiter zunehmen und erst zwischen 2020 und 2023 ihren Höchststand erreicht haben wird, bevor sich die seit Beginn der 80er Jahre deutlich moderatere Einstellungspolitik sowie der überall effektiv einsetzende Personalabbau mit zeitlicher Verzögerung in einer Verringerung der Zahl der Versorgungsempfänger bemerkbar macht und es zu einer Abflachung der Kostenentwicklung kommt.

Der Ausblick auf die Zeit nach 2008 ist deshalb unverzichtbar, um langfristig wirksame Gegenmaßnahmen einleiten zu können.

Von 1960 bis 1993 hat der Personalbestand der Gebietskörperschaften¹¹⁾ – der zu rund zwei Dritteln aus Arbeitnehmern und einem Drittel Beamten besteht – wie folgt zugenommen:

¹¹⁾ Bund, Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände einschl. kommunale Zweckverbände, d. h. ohne mittelbarer öffentlicher Dienst und ohne Bahn und Post. Das Datenmaterial zur Entwicklung der Zahl der **Arbeitnehmer** (Angestellte und Arbeiter) ist der vom StBA veröffentlichten Fachserie 14 „Finanzen und Steuern“, Reihe 6 „Personal des öffentlichen Dienstes 1993“, S. 175 entnommen. Die dort genannten Zahlen für **Beamte** wurden – entsprechend der Begriffsdefinition „Beamte der Gebietskörperschaften“ i. S. dieses Berichtsteils – korrigiert. Die Zahl der Beamten verringert sich um die Zahl der Beamten auf Widerruf und erhöht sich um die Zahl der Berufssoldaten.

Übersicht A1

Entwicklung des Personalbestandes der Gebietskörperschaften *) von 1960 bis 1993

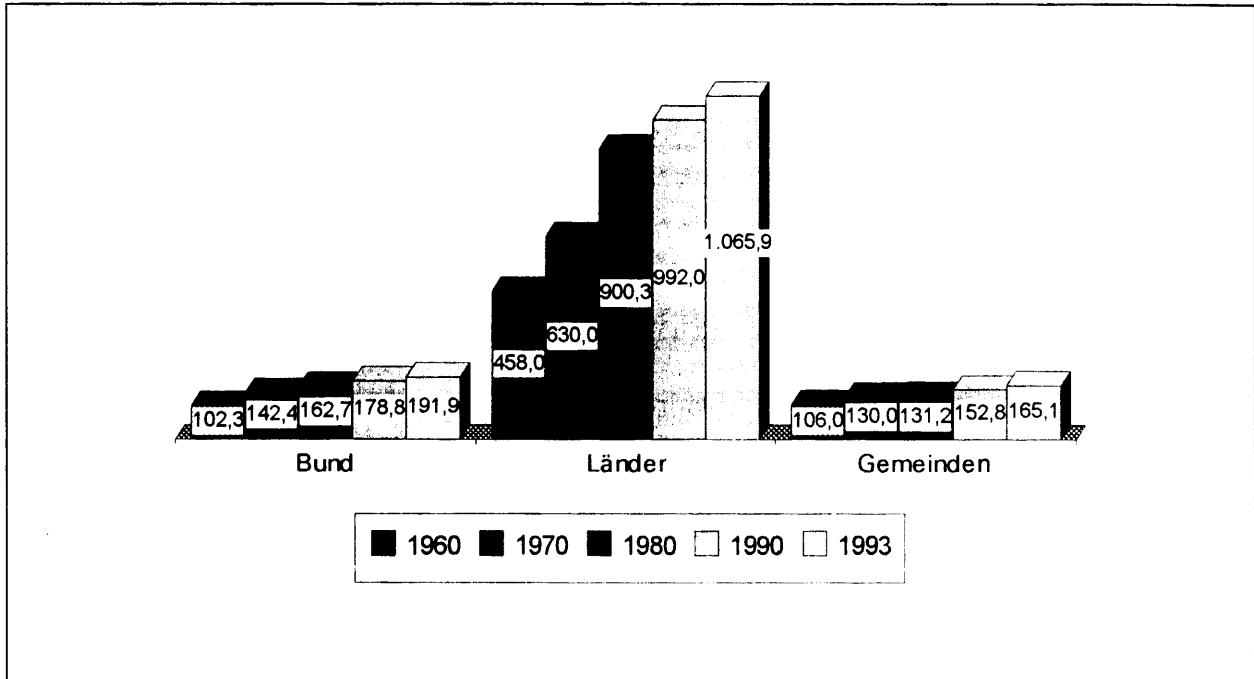
	Beamte **)	Angestellte	Arbeiter	Insgesamt
	in Tsd.			
1960	666,3	646,7	594,2	1 907,2
1970	902,4	967,2	687,7	2 557,3
Differenz 1970–1960	236,1	320,5	93,5	650,1
in v. H.	35,43	49,56	15,74	34,09
1980	1 194,2	1 343,9	751,7	3 289,8
Differenz 1980–1970	291,8	376,7	64,0	732,5
in v. H.	32,34	38,95	9,31	28,64
1990	1 323,6	1 513,7	760,3	3 597,6
Differenz 1990–1980	129,4	169,8	8,6	307,8
in v. H.	10,84	12,63	1,14	9,36
1993	1 422,9	1 574,8	720,4	3 718,1
Differenz 1993–1990	99,3	61,1	–39,9	120,5
in v. H.	7,50	4,04	– 5,25	3,35
Differenz 1993–1960	756,6	928,1	126,2	1 810,9
in v. H.	113,55	143,51	21,24	94,95

*) Bund (ab 1991 einschließlich Dienststellen im Beitrittsgebiet), Länder und Gemeinden (jeweils nur früheres Bundesgebiet).

***) Beamte, Richter und Berufssoldaten; ohne Beamte auf Widerruf.

Schaubild A 1

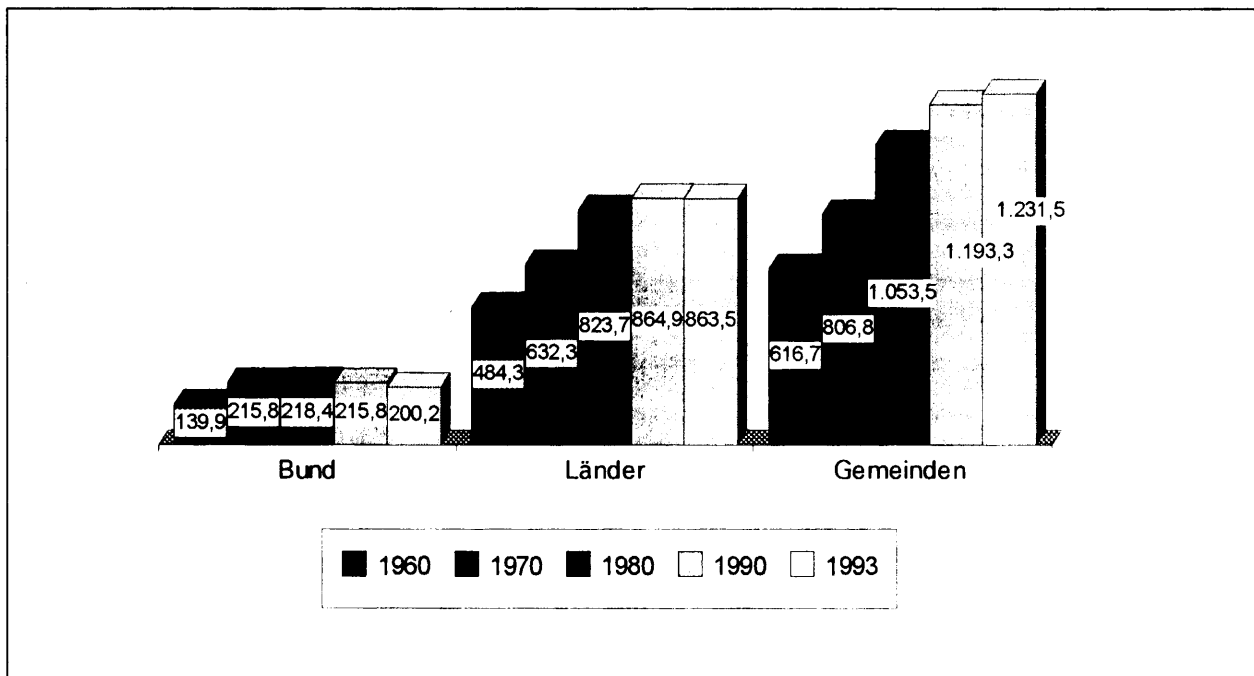
**Entwicklung der Zahl der Beamten, Richter und Berufssoldaten der Gebietskörperschaften
(Bund*, Länder**, Gemeinden**) von 1960 bis 1993**
(in Tsd.)



*) Ohne Bahn und Post.
**) Nur früheres Bundesgebiet.

Schaubild A 2

**Entwicklung der Zahl der Arbeitnehmer in den Gebietskörperschaften
(Bund*, Länder**, Gemeinden**) von 1960 bis 1993**
(in Tsd.)



*) Ohne Bahn und Post.
**) Nur früheres Bundesgebiet.

4.1 Beamte, Richter und Berufssoldaten

Ab 1970 zeigt sich hier folgende Entwicklung:

Übersicht A2

Gegenüberstellung der aktiven Beamten, Richter und Berufssoldaten der Gebietskörperschaften 1970 und 1993

	1970			1993			Zuwachs
	Beamte	Berufs-soldaten	zusammen	Beamte	Berufs-soldaten	zusammen	
	in Tsd.						
Bund – ohne Bahn und Post – . . .	88,0	54,4	142,4	125,8	66,1	191,9	+ 34,8
Länder	630,0	–	630,0	1 065,9	–	1 065,9	+ 69,2
Gemeinden	130,0	–	130,0	165,1	–	165,1	+ 27,0
Gebietskörperschaften insgesamt	848,0	54,4	902,4	1 356,8	66,1	1 422,9	+ 57,7

Die Entwicklung des **Personalbestandes** der Gebietskörperschaften gibt die künftige Anzahl der Versorgungsempfänger vor:

Im Vorausberechnungszeitraum spiegelt sich damit zeitversetzt die Einstellungspraxis der 60er und 70er Jahre wider, die im wesentlichen auf die veränderten gesellschaftlichen Anforderungen an den Staat und den damit verbundenen Aufgabenzuwachs im öffentlichen Dienst zurückzuführen ist. Besonders hohe Zuwachsraten sind daher im Bildungsbereich (Schulen, Hochschulen) sowie auf den Gebieten der inneren Sicherheit und des Rechtsschutzes (Polizei und Justiz) zu verzeichnen, Aufgabenbereichen also, auf die bei den Ländern der mit Abstand größte Personalanteil entfällt (vgl. Teil B I 2.3 zur Entwicklung der Zahl der Beamten und Richter der Gebietskörperschaften nach Aufgabenbereichen in der Vergangenheit bis zum Basisjahr 1993 und Teil B I 3.3.2 zur Vorausberechnung der Zahl der Versorgungsempfänger nach Aufgabenbereichen). Gesellschaftspolitische Programme zur Ausweitung des öffentlichen Dienstes in dieser Zeit können deshalb nicht allein von den Angehörigen des öffentlichen Dienstes, sondern müssen auch in ihren Versorgungs-Spät-Folgen – vor allem im Zeitraum der höchsten Inanspruchnahme der Ressourcen zwischen 2010 und 2030 – von der gesamten Gesellschaft, die ihre Vorteile genossen hat, bewältigt werden.

Deshalb ist der „Ausblick nach 2008“ von größter Bedeutung für die richtige Beantwortung gegenwärtiger Lösungsbeiträge zur Verminderung des Versorgungsaufwands auf lange Sicht.

Auch die jeweilige Entwicklung der **Zahl der Versorgungsempfänger** weist deutliche Unterschiede auf:

Im **Bund** verringerte sich deren Zahl zwischen 1970 und 1993 von 320,0 Tsd. um 75,9 Tsd. (23,7 v. H.) auf

244,1 Tsd. Dies ist allein auf die altersbedingte starke Abnahme der Zahl der Versorgungsempfänger nach **G131** zurückzuführen. Von 1970 bis 1993 nahm ihre Zahl von 258,2 Tsd. um 145,9 Tsd. (56,5 v. H.) auf 112,3 Tsd. ab, wobei die Zahl der Ruhegehaltsempfänger selbst besonders stark um 81,7 Tsd. (77,1 v. H.) zurückging, während die Zahl der Hinterbliebenen (Witwen/Waisen) nur um 64,2 Tsd. (42,1 v. H.) sank. Dieser Unterschied ist im wesentlichen auf die deutlich höhere Lebenserwartung der Witwen zurückzuführen.

Im Vorausberechnungszeitraum wird die Zahl der noch vorhandenen Versorgungsempfänger nach dem G131 weiter stark um 86 Tsd. (76,6 v. H.) abnehmen, so daß im Jahre 2008 nur noch 26,3 Tsd. Versorgungsempfänger, darunter 24,2 Tsd. Witwen, versorgt werden müssen. Dieser überproportionale Rückgang der Versorgungsempfänger nach G131 ist ursächlich dafür, daß im Bund auch die Gesamtzahl aller Versorgungsempfänger von 1994 bis 2008 um 42 Tsd. (17,4 v. H.) abnehmen wird, obwohl die Zahl der Versorgungsempfänger allein nach dem Beamtenversorgungsgesetz (BeamtVG) im selben Zeitraum um 24,4 Tsd. (38,8 v. H.) steigen wird.

Von der auslaufenden Versorgung nach dem G131 abgesehen, dominiert beim Bund die **Soldatenversorgung** nach dem Soldatenversorgungsgesetz (SVG) gegenüber der Beamtenversorgung nach BeamtVG: Jeweils ohne Hinterbliebene standen 1994 rund 53 Tsd. Ruhegehaltsempfänger aus dem Kreis der Berufssoldaten rund 35 Tsd. Ruhegehaltsempfänger aus dem Kreis der Beamten gegenüber. Auch 2008 wird die Zahl der Empfänger von Soldatenversorgung die der Beamtenversorgungsempfänger noch, wenngleich geringer, übersteigen (knapp 61 Tsd. zu knapp 55 Tsd.).

Übersicht A3

Gegenüberstellung der Zahl der Versorgungsempfänger
der Gebietskörperschaften 1970, 1993, 2008

1970												
	BeamtVG	davon		SoldVG	davon		G 131	davon		gesamt	davon	
		Ruhegehaltsempfänger	Witwen/Waisen		Ruhegehaltsempfänger	Witwen/Waisen		Ruhegehaltsempfänger	Witwen/Waisen		Ruhegehaltsempfänger	Witwen/Waisen
- in Tsd. -												
Bund *) – ohne Bahn und Post – ...	38,5	21,0	17,5	23,3	21,7	1,6	258,2	105,9	152,3	320,0	148,6	171,4
Länder	356,0	196,0	160,0	–	–	–	–	–	–	356,0	196,0	160,0
Gemeinden ..	112,0	57,0	55,0	–	–	–	–	–	–	112,0	57,0	55,0
Gebiets- körperschaften insgesamt	506,5	274,0	232,5	23,3	21,7	1,6	258,2	105,9	152,3	788,0	401,6	386,4
1993												
Bund *) – ohne Bahn und Post – ...	62,9	35,3	27,6	68,9	53,4	15,5	112,3	24,2	88,1	244,1	112,9	131,2
Länder	461,3	280,1	181,2	–	–	–	–	–	–	461,3	280,1	181,2
Gemeinden ..	103,8	58,1	45,7	–	–	–	–	–	–	103,8	58,1	45,7
Gebiets- körperschaften insgesamt	628,0	373,5	254,5	68,9	53,4	15,5	112,3	24,2	88,1	809,2	451,1	358,1
2008												
Bund *) – ohne Bahn und Post – ...	87,3	54,8	32,5	88,0	60,6	27,4	26,3	2,1	24,2	201,6	117,5	84,1
Länder	679,8	483,7	196,1	–	–	–	–	–	–	679,8	483,7	196,1
Gemeinden ..	105,8	68,8	37,0	–	–	–	–	–	–	105,8	68,8	37,0
Gebiets- körperschaften insgesamt	872,9	607,3	265,6	88,0	60,6	27,4	26,3	2,1	24,2	987,2	670,0	317,2

*) Der Bund erstattet den Ländern die Aufwendungen für die Versorgungsempfänger nach G 131; deshalb werden die Versorgungsempfänger nach G 131 dem Bund zugerechnet.

In den Ländern und Gemeinden dagegen wird die Zahl der Versorgungsempfänger weder von der altersbedingten Rückläufigkeit der Leistungen nach dem G 131 noch von der Soldatenversorgung beeinflusst:

Die Zahl der Versorgungsempfänger nach BeamtVG ist in den **Ländern** von 1970 bis 1993 um 105,3 Tsd. (29,6 v. H.) gestiegen und wird bis 2008 um weitere 218,5 Tsd. (47,4 v. H.) zunehmen. Diese Entwicklung ist allein auf das jeweilige Einstellungsverhalten ca. 35 Jahre zuvor zurückzuführen.

In den **Gemeinden** ist die Entwicklung wesentlich unproblematischer. Nachdem die Zahl der Versor-

gungsempfänger von 1970 bis 1993 dort sogar um 8,2 Tsd. (7,3 v. H.) zurückgegangen ist, wird sie im Vorausberechnungszeitraum lediglich um 2 Tsd. (1,9 v. H.) ansteigen.

Faßt man alle **Gebietskörperschaften** zusammen, so wird von 1994 bis 2008 die Zahl der Versorgungsempfänger (Ruhestandsbeamte und -soldaten sowie Hinterbliebene) um 178 Tsd. (22 v. H.) ansteigen, wobei die Zahl der Ruhestandsbeamten besonders stark um 218,9 Tsd. (48,5 v. H.) zunehmen wird, während die Zahl der Hinterbliebenen zurückgeht.

Die für die **Deutsche Bahn AG** und die **Postunternehmen** aufzubringenden Versorgungsleistun-

gen¹²⁾ für dort noch vorhandene Beamte und Ruhestandsbeamte werden langfristig abgebaut, wobei die Zahl der Versorgungsempfänger der Bahn bis zum Jahre 2008 bereits um knapp 20 v. H. zurückgehen wird. Bei der Post hingegen wirkt sich der Personalabbau im Vorausberechnungszeitraum noch nicht auf die Versorgung aus.

Ausblick über 2008 hinaus

Bei den **Gebietskörperschaften** (mit Ausnahme des Bundes) wird sich – wie von der Personalentwicklung der Vergangenheit vorgegeben – der Anstieg der Zahl der Versorgungsempfänger auch nach 2008 zunächst noch weiter fortsetzen¹³⁾.

Alle Gebietskörperschaften zusammengenommen, steigt die Zahl über 1 041 Tsd. im Jahr 2010 und 1 162 Tsd. im Jahr 2015 auf 1 270 Tsd. im Jahr 2020. Im Jahr 2023 wird mit 1 291 Tsd. der Höchststand erreicht sein, bevor sie in 2030 auf 1 193 Tsd., in 2035 auf 1 123 Tsd. und in 2040 auf 1 060 Tsd. wieder kontinuierlich zurückgeht.

Entwicklung der Zahl der Versorgungsempfänger nach 2008

	Bund *)	Länder	Gemeinden	insgesamt
2010	193	735	113	1 041
2015	187	854	121	1 162
2020	188	952	130	1 270
2025	182	952	137	1 271
2030	176	882	135	1 193
2035	171	817	135	1 123
2040	167	762	131	1 060

*) Beamte, Richter und Berufssoldaten sowie Versorgungsempfänger nach G 131, ohne Bahn und Post – zur Kostenentwicklung vgl. Abschnitt A 9.

¹²⁾ Bahn: Besoldung und Versorgung der noch vorhandenen Beamten und Ruhestandsbeamten der ehemaligen Deutschen Bundesbahn werden durch das Bundeseisenbahnvermögen erbracht, das als Sondervermögen des Bundes zugleich oberste Dienstbehörde ist. Für die bei der Deutsche Bahn AG beschäftigten (unmittelbaren Bundes-)Beamten werden dem Bundeseisenbahnvermögen Personalkosten in Höhe des Betrages erstattet, den die Deutsche Bahn AG für einen vergleichbaren Arbeitnehmer aufzubringen hätte (Bruttogehalt + Arbeitgeberanteil an der Sozialversicherung sowie betriebliche Altersversorgung). Auf diese Weise beteiligt sich die Deutsche Bahn AG mittelbar an den entstehenden Versorgungskosten der ihr zugewiesenen Beamten.

Post: Im Wege der Beleihung nimmt die jeweilige AG für die bei ihr beschäftigten (unmittelbaren Bundes-)Beamten die Befugnisse der obersten Dienstbehörde wahr. Die jeweilige AG ist nach Artikel 4 des PTNeuOG vom 14. September 1994 (BGBl. I S. 2325, 2353) zahlungs- und kostentragungspflichtig und leistet für die ehemaligen Beamten Zuwendungen (Umlagen) an privatrechtlich organisierte Unterstützungskassen, die die Zahlung vornehmen. Den Bund trifft lediglich eine darüber hinausgehende Gewährhaftung.

¹³⁾ Zum Zwecke einer langfristigen Projektion der Personalentwicklung wurden die Status-Quo-Bedingungen fortgeschrieben, d. h. es wurde keine Reduzierung des Aktivpersonalbestands unterstellt. Im übrigen berücksichtigt das Modell zum Teil bereits Veränderungen nach 1993, die der Hochrechnung bis 2008 noch nicht zugrundelagen. Insbesondere konnte hier die aktuelle Zahl der Versorgungsempfänger 1995 einbezogen werden, die gegenüber der Hochrechnung bis 2008 leicht nach oben abweicht.

Beim **Bund** setzt sich damit insgesamt die rückläufige Tendenz fort, die schon vor 2008 zu verzeichnen ist. Ursache ist die altersbedingte weitere Abnahme der Zahl der Versorgungsempfänger nach dem G131, die ab ca. 2014 statistisch nicht mehr relevant sein werden. Die Zahl der Versorgungsempfänger nach BeamtVG nimmt allerdings auch beim Bund noch bis 2028 zu (Anstieg gegenüber 2008 um rd. 16 v. H.). Bei den Empfängern von Soldatenversorgung ergibt sich im weiteren Verlauf nur ein geringer Anstieg (Höchststand in 2021).

Bei den **Ländern** wird die Zahl der Versorgungsempfänger bis zum Höchststand im Jahr 2023 (970 Tsd.) noch einmal um rd. 42 v. H. zunehmen. Dabei fällt der Anstieg der Zahl der Versorgungsempfänger aus dem Schuldienst mit rd. 50 v. H. überproportional ins Gewicht.

Bei den **Gemeinden** wird die Zahl der Versorgungsempfänger bis 2028 auf dem Höchststand von 137 Tsd. verbleiben, was gegenüber 2008 einem Anstieg von 29 v. H. entspricht.

Bei den Vorausberechnungen der Zahl der Versorgungsempfänger, die wesentlich auch die Vorausberechnung der Versorgungsausgaben determiniert (vgl. dazu unten Abschnitt 9), ist sicherheits halber eine gewisse Überzeichnung in Kauf genommen worden, die sich aus der Annahme ergibt, daß ausscheidende Beamte usw. in vollem Umfang durch Neueinstellungen ersetzt werden. Damit ist jedoch angesichts der bereits gegebenen und auch noch weiter zu erwartenden Stelleneinsparungen nicht zu rechnen. Eine weitere Verringerung der Zahlen gegenüber der Vorausschätzung ergäbe sich dann, wenn mit einer durchschnittlichen aktiven Dienstzeit von 40 Jahren gerechnet würde.

4.2 Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes

Die Zahl der bei den Zusatzversorgungseinrichtungen pflichtversicherten und der unter die haushaltsfinanzierten Systeme fallenden Arbeitnehmer hat sich von 2 059,4 Tsd. im Jahre 1970 auf 4 277,8 Tsd. im Jahre 1993 erhöht, also um 108 v. H. (Übersicht A 4). Dies entspricht im Verhältnis zur Entwicklung im Beamtenbereich (Übersicht A 2) einem nahezu doppelt so hohen Anstieg und macht den generellen Zuwachs der Personalzahlen im öffentlichen Dienst in der Vergangenheit besonders deutlich.

Die Abweichungen dieser Arbeitnehmerzahlen gegenüber den Arbeitnehmerzahlen in der Übersicht A 1 beruhen im wesentlichen darauf, daß die Zusatzversorgungseinrichtungen auch eine große Anzahl Arbeitnehmer von Nichtgebietskörperschaften¹⁴⁾ versichern, die nicht in der Personalstatistik erfaßt sind. In diesen Bereichen ist von 1970 bis 1993 ein besonders hoher Anstieg der versicherten Arbeitnehmer festzustellen.

¹⁴⁾ Insbesondere privatrechtlich organisierte Einrichtungen, Sozialversicherungsträger und kirchliche Einrichtungen.

Übersicht A4

**Gegenüberstellung der Zahl
der in den Zusatzversorgungseinrichtungen
pflichtversicherten sowie der unter die
haushaltsfinanzierten Zusatzversorgungssysteme
fallenden Arbeitnehmer 1970 und 1993**

	1970	1993	Zuwachs
	in Tsd.		v. H.
VBL	1 012,1	1 681,7	66,2
AGZVK *)	611,9	2 191,9	258,2
VAP	183,1	231,1	26,2
BVA	197,4	118,3	-40,1
haushaltsfinanzierte Zusatzversorgungssysteme **)	54,9	54,8	- 0,2
Gesamt	2 059,4	4 277,8	107,7

*) Angaben der AGZVK unvollständig, weil Daten für das Jahr 1970 zum Teil nicht mehr ermittelbar.

**) Die Daten der haushaltsfinanzierten Systeme für das Jahr 1970 sind teilweise geschätzt.

Die Zahl der **Zusatzrentenempfänger** hat sich bei der VBL und der AGZVK von 1970 bis 1993 nahezu vervierfacht. In den Zukunftsprognosen dieser beiden größten Zusatzversorgungsbereiche¹⁵⁾ zeichnet sich von 1993 bis 2008 ein Anstieg der Zahl der Rentenempfänger um 68,1 v. H. ab (Übersicht A 5). Für andere Bereiche liegen entsprechende Zahlen nicht vor.

Ausblick über 2008 hinaus

Für die Zeit nach 2008 liegen Hochrechnungen der Versorgungsträger nicht vor. Auf Grundlage der Entwicklung der Versichertenbestände und der Altersstruktur ist jedoch mit einer ähnlichen Zunahme der Rentnerzahlen in der Zusatzversorgung (VBL/AGZVK) zu rechnen wie bei den Empfängern von Beamten- und Soldatenversorgung (vgl. oben unter 4.1 am Ende).

4.3 Strukturelle Effekte

Auswirkungen auf die Höhe der Versorgungsausgaben hat nicht allein die Zahl der Leistungsempfänger, sondern auch deren qualitative Struktur. Der Personalanstieg seit 1960 konzentrierte sich auf Bereiche, in denen gesellschaftlich artikulierter Bedarf besonders hervortrat und durch politische Entscheidungen befriedigt wurde. Der hier im Vordergrund stehende Bildungssektor (Lehrer, Hochschulpersonal¹⁶⁾) wurde auch im Gehaltsniveau durch gesetzgeberische Entscheidungen strukturell aufgewertet. Eine ähnliche Entwicklung vollzog sich bei der Polizei und der Justiz. Von den Beamten der Gebietskörperschaften sind heute knapp zwei Drittel allein in diesen Bereichen tätig, so daß bereits durch die Zusammensetzung des Personals heute ein anderes Bezahlungsniveau vorhanden ist und damit ein anderes Ausgangsniveau für die Versorgungsphase¹⁷⁾. Hinzu kommt die generelle Zunahme des Anteils höher qualifizierter Beamter in entsprechend höheren Laufbahngruppen, während gleichzeitig der Anteil der Versorgungsempfänger nach G131 – heute überwiegend Hinterbliebene mit entsprechend geringeren Versorgungsbezügen – altersbedingt stark zurückgeht¹⁸⁾.

Gegenläufige Auswirkungen auf das allgemeine Versorgungsniveau hat der stetige Anstieg der Teilzeitbeschäftigung¹⁹⁾, deren entsprechend geringere Bezahlung sich in der Versorgung fortsetzt. Dies gilt ebenso für die stetige Ausweitung von Anlaß und

¹⁵⁾ Die hier dargestellten Zahlen der AGZVK umfassen auch die kirchlichen Zusatzversorgungseinrichtungen und wurden durch Hochrechnung auf der Grundlage der von der AGZVK erstellten Prognose ermittelt.

¹⁶⁾ Vgl. hierzu Übersicht B 13.

¹⁷⁾ Vgl. im einzelnen Teil B I 4.

¹⁸⁾ Von 258 Tsd. im Jahre 1970 auf 112 Tsd. in 1993. Bis zum Jahr 2008 wird die Zahl voraussichtlich auf rund 26 Tsd. sinken (vgl. oben 4.1).

¹⁹⁾ Während in den Gebietskörperschaften der Teilzeit-Anteil der **Beamten** 1970 noch unter einem Prozent lag, waren 1993 bereits rd. 14 v. H. aller Beamten teilzeitbeschäftigt, davon etwa 92 v. H. Frauen (vgl. im einzelnen Teil B I 2). Im **Arbeitnehmer**-Bereich (der Gebietskörperschaften) lag die Teilzeitquote 1993 bei rd. 27 v. H., davon 86 v. H. Frauen.

Übersicht A5

Gegenüberstellung der Rentenbestände bei der VBL und der AGZVK 1970, 1993 und 2008

	1970			1993			2008		
	Ver-sicherten- renten	Hinter- bliebenen- renten	Gesamt	Ver-sicherten- renten	Hinter- bliebenen- renten	Gesamt	Ver-sicherten- renten	Hinter- bliebenen- renten	Gesamt
VBL	167 011	75 844	242 855	566 826	174 337	741 163	927 503	247 555	1 175 058
AGZVK	***)	***)	94 837	453 538	133 094	586 632*)	859 421	197 239	1 056 660**)
Gesamt ..	167 011	75 844	337 692	1 020 364	307 431	1 327 795	1 786 924	444 794	2 231 718

*) Auf die kirchlichen Zusatzversorgungskassen entfallen 99 957 Rentenempfänger.

***) Auf die kirchlichen Zusatzversorgungskassen entfallen 180 046 Rentenempfänger.

****) Eine Unterteilung nach Versicherten- und Hinterbliebenenrenten aus 1970 ist für die AGZVK nicht mehr möglich.

Dauer längerfristiger unbezahlter Beurlaubungen in den Beamtengesetzen.

Mittel- und langfristig wird sich auch die 1992 sowohl in der Beamtenversorgung als auch entsprechend in der Zusatzversorgung erfolgte Streckung der Ruhegehaltsskala, wonach der Höchstversorgungssatz nicht mehr nach 35, sondern erst nach 40 Jahren erreicht werden kann, tendenziell kostendämpfend auf die Versorgungsleistungen im Einzelfall auswirken.

4.4 Das Pensions- und Renteneintrittsverhalten

Entscheidende Auswirkungen auf die Höhe der Versorgungskosten hat die Bezugsdauer der Pensions- bzw. Zusatzrentenleistungen. Je früher sie einsetzt, desto mehr verlängert sich die Gesamtlaufzeit.

Für das Jahr 1993 wurde das Zuruhesetzungsverhalten der **Beamten** in den Gebietskörperschaften bundesweit statistisch analysiert. Dabei wurde deutlich, daß nur jeder fünfte bis zum Erreichen einer gesetzlichen Altersgrenze im aktiven Dienst geblieben ist. Die Regelaltersgrenze von 65 Jahren erreichten nur 11,5 v. H.; weitere 9,5 v. H. wurden wegen Erreichens einer vorgezogenen gesetzlichen Altersgrenze (60 Jahre im Polizei- und Justizvollzugsdienst) in den Ruhestand versetzt.

Fast jeder dritte Beamte machte von der Möglichkeit Gebrauch, nach Vollendung des 62. Lebensjahres auf Antrag in den Ruhestand zu treten.

Mit rund 40 v. H. am höchsten ist der Anteil derjenigen, die wegen Dienstunfähigkeit²⁰⁾ in den vorzeitigen Ruhestand versetzt wurden. In der gesetzlichen Rentenversicherung lag demgegenüber der Anteil

²⁰⁾ Bei den Beamten von Bahn und Post lag dieser Anteil noch höher.

der Rentenanzugänge wegen verminderter Erwerbsfähigkeit – EU-/BU-Renten – im Jahre 1993 bei rd. 36 v. H.²¹⁾. Von allen Pflichtversicherten zusammen – also auch einschließlich Arbeitsloser – betrug der Anteil der Rentenanzugänge wegen Berufs-/Erwerbsunfähigkeit 26 v. H. Dabei sind allerdings Unterschiede in den Anspruchsvoraussetzungen zu beachten, z. B. bei den Renten der Einfluß der Arbeitsmarktlage auf die Rentenbewilligung. Daneben machen die Frühpensionierungen wegen Schwerbehinderung aufgrund einer Vorruhestandsregelung sowie wegen sonstiger Gründe mit rund 9,4 v. H. den geringsten Anteil aus.

Eine vorgezogene gesetzliche Altersgrenze für Frauen gibt es – anders als in der gesetzlichen Rentenversicherung – für Beamtinnen nicht.

Für die **Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes** ist der Versicherungsfall in der Zusatzversorgung grundsätzlich identisch mit dem Eintritt des Rentenfalls in der gesetzlichen Rentenversicherung. Dies gilt auch für die besondere Altersgrenze für Frauen (60 Jahre), die das Beamtenrecht nicht kennt.

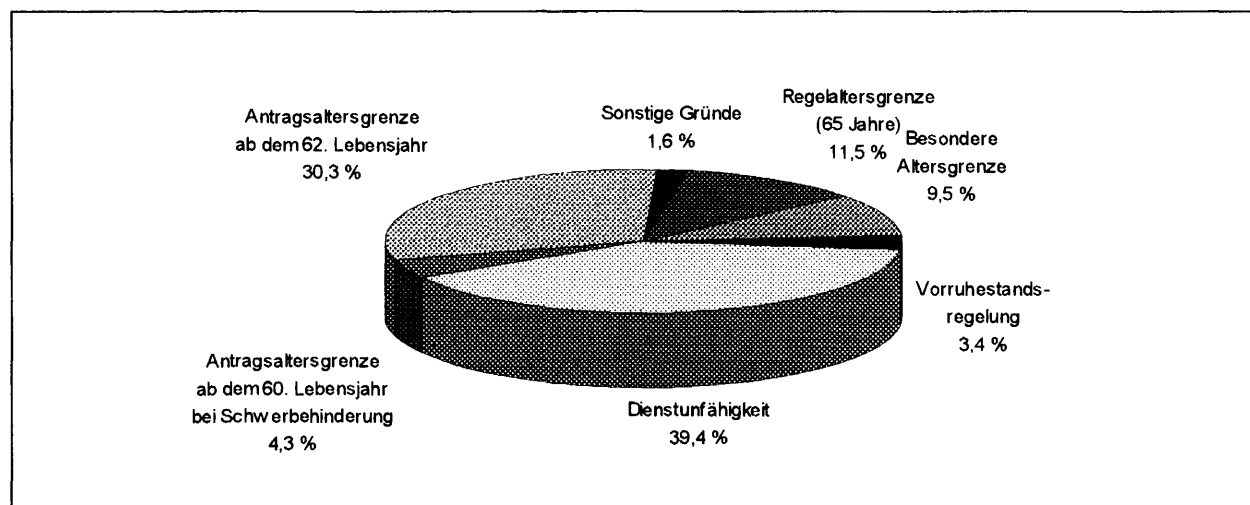
Eine bundesweite statistische Analyse des Renteneintrittsverhaltens der Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes liegt nicht für alle Zusatzversorgungseinrichtungen vor. Im Schaubild A 4 sind exemplarisch die Rentenanzugänge der VBL im Jahr 1993 dargestellt.

Mit 37,1 v. H. lag auch bei der VBL der Anteil der Rentenanzugänge wegen verminderter Erwerbsfähigkeit (Erwerbsunfähigkeitsrenten 34,3 v. H., Berufsunfähigkeitsrenten 2,8 v. H.) am höchsten.

²¹⁾ Eigene Berechnungen auf der Grundlage vom VdR übermittelter Daten über Rentenanzugänge im Jahre 1993 (aus versicherungspflichtiger Beschäftigung ausgeschiedene Arbeitnehmer bis zum Endalter 65 Jahre).

Schaubild A 3

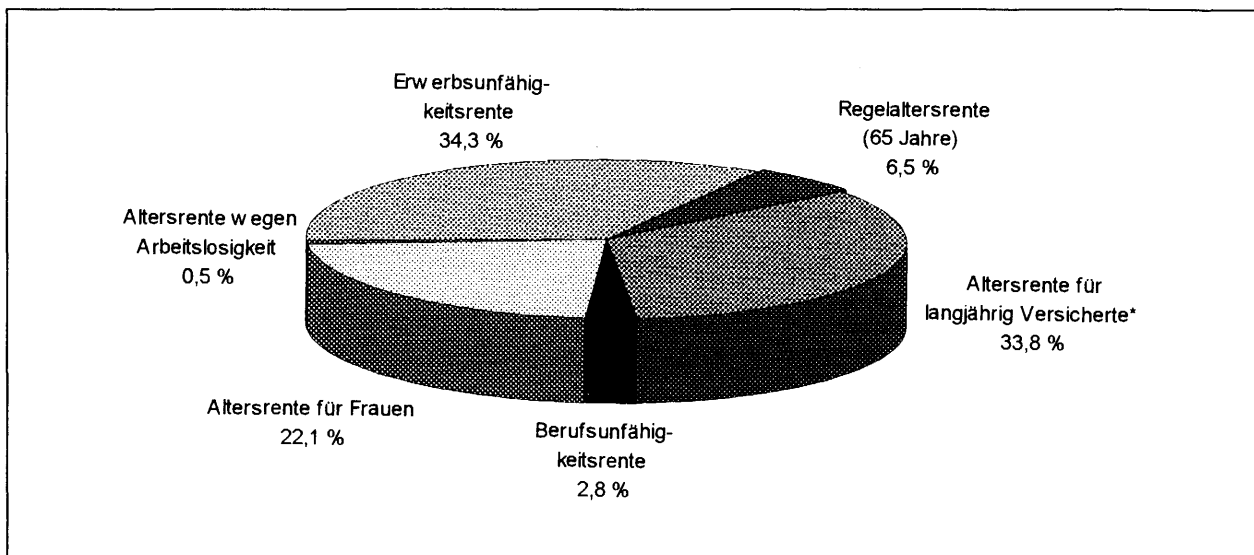
Gründe für den Pensionseintritt von Beamten und Richtern in Bund *), Ländern und Gemeinden – Erhebung 1993 –



*) Ohne Berufssoldaten.

Schaubild A 4

Rentenneuzugänge 1993 bei der VBL nach Rentenarten



*) Altersrente für langjährig Versicherte nach § 36 SGB VI, für Schwerbehinderte, Berufs- oder Erwerbsunfähige nach § 37 SGB VI und für langjährig unter Tage beschäftigte Bergleute nach § 40 SGB VI.

Die Rentenneuzugänge bei der Altersrente für langjährig Versicherte betragen 33,8 v. H. – wobei die Statistik der VBL in dieser Gruppe, neben den Fällen der Altersrente für langjährig Versicherte nach § 36 SGB VI auch die Altersrente für Schwerbehinderte, Berufsunfähige oder Erwerbsunfähige nach § 37 SGB VI und die Altersrente für langjährig unter Tage beschäftigte Bergleute nach § 40 SGB VI enthält.

Vorgezogene gesetzliche Altersgrenzen, wie sie für bestimmte Beamtengruppen (z. B. Polizei, Justizvollzug) vorgesehen sind, gibt es für die Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes nicht.

Die Regelaltersgrenze (65 Jahre) erreichten nur 6,5 v. H. der Arbeitnehmer. Der Anteil der Altersrente für Frauen betrug 22,1 v. H.

4.5 Das durchschnittliche Pensionierungs- bzw. Renteneintrittsalter im Jahr 1993

Bei den **Beamten** wirkt sich neben den vorgezogenen gesetzlichen Altersgrenzen für bestimmte Gruppen (Polizei- und Justizvollzugsdienst, Einsatzdienst der Berufsfeuerwehren) und allen Soldaten die hohe Zahl der vorzeitigen Versetzungen in den Ruhestand auf das bei der Pensionierung im Durchschnitt erreichte Alter – und damit auf die Gesamtbezugsdauer der Versorgung – aus. Ohne Berücksichtigung der Berufssoldaten²²⁾ lag dieses Durchschnittsalter bei den Beamten der Gebietskörperschaften bei **58,9** Jahren. Bezieht man den mittelbaren öffentlichen Dienst sowie die Bahn- und Postunternehmen mit ein, ergeben sich 58,4 Jahre.

²²⁾ Die gesetzlichen Altersgrenzen für Berufssoldaten liegen nahezu sämtlich unter 60 Jahren (vgl. auch Teil B II).

Das durchschnittliche Renteneintrittsalter der **Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes** lag 1993 bei der VBL bei **58,8** Jahren. Bei der größten Zusatzversorgungseinrichtung, die der AGZVK angeschlossen ist, lag es ebenfalls bei 58,8 Jahren; bei der VAP sowie der BVA Abt. B bei rund 58 Jahren. Die Frauen traten bei der VBL und der VAP früher in Rente (57,9 bzw. 58,2) als die Männer (59,6 bzw. 59,0). Für die AGZVK und die BVA liegen entsprechende Angaben nicht vor.

In der **gesetzlichen Rentenversicherung** betrug das Renteneintrittsalter der aus unmittelbar vorangegangener Pflichtversicherung ausgeschiedenen Beschäftigten²³⁾ im Durchschnitt **59,4** Jahre.

4.6 Anteil weiblicher Beamter

Parallel zur allgemein steigenden Frauenerwerbsquote hat sich der Anteil weiblicher Beamter in allen Beschäftigungsbereichen des öffentlichen Dienstes – wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß – kontinuierlich erhöht.

Gegenüber dem auch heute noch vergleichsweise geringen Anteil an Bundesbeamtinnen lag und liegt der Frauenanteil bei den Ländern – auch im Verhältnis zu den Gemeinden – weit über dem Durchschnitt. Ein Blick auf die Verteilung nach einzelnen Laufbahngruppen zeigt den relativ hohen Anteil der Beamtinnen im gehobenen und auch im höheren Landesdienst. Da die Personalmehrungen der Länder in der Vergangenheit ihren Schwerpunkt im Polizeivollzugsdienst und im Bildungsbereich hatten, liegt

²³⁾ D. h. ohne latent versicherte Personen und ohne Berücksichtigung des Zugangs an Altersrenten wegen Arbeitslosigkeit.

**Entwicklung der Zahl weiblicher Beamter in den Gebietskörperschaften
von 1960 bis 1993**

	Gebietskörperschaften insgesamt		Bund		Länder		Gemeinden	
	in Tsd.	Anteil v. H.	in Tsd.	Anteil v. H.	in Tsd.	Anteil v. H.	in Tsd.	Anteil v. H.
1960	92,3	14,6	0,4	0,6	85,6	18,7	6,3	5,9
1965	124,4	17,1	1,2	1,4	114,6	21,9	8,6	7,2
1970	166,8	19,7	1,5	1,7	154,3	24,5	11,0	8,5
1975	233,6	23,6	3,1	3,1	216,6	28,2	13,9	11,2
1980	291,8	25,8	4,1	4,1	267,8	29,7	19,9	15,2
1985	347,1	28,3	7,1	6,6	311,1	31,8	28,9	20,3
1990	383,4	30,6	9,9	9,1	336,5	33,9	37,0	24,2
1991	385,6	30,7	10,0	9,2	336,6	34,0	39,0	25,0
1992	404,0	31,6	12,6	10,8	350,4	34,9	41,0	26,1
1993	415,9	32,2	14,3	11,6	360,2	35,6	41,4	26,2
1993*)	470,8	34,7	16,1	12,8	406,8	38,2	47,9	29,0

*) Einschließlich Beurlaubte.

der Schluß nahe, daß diese Entwicklung vorrangig auf die Zunahme des Anteils weiblicher – beamteter – Lehrkräfte zurückzuführen ist.

Vor dem Hintergrund der Bezugsdauer von Versorgungsleistungen fällt bei den weiblichen Beamten der Gebietskörperschaften das deutlich niedrigere durchschnittliche Pensionseintrittsalter von 56,2 Jahren (gegenüber 59,6 Jahren bei männlichen Beamten) ins Gewicht. Dies ist in erster Linie auf die hohe Zahl vorzeitiger Versetzungen in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit zurückzuführen: 66,7 v. H. aller Beamtinnen der Gebietskörperschaften – und damit mehr als doppelt so viel wie unter ihren männlichen Kollegen (32,6 v. H.) – gingen

1993 aus diesem Grunde früher in Pension²⁴⁾. Ein Vergleich zur Zahl der wegen verminderter Erwerbsfähigkeit in den Ruhestand getretenen Arbeitnehmerinnen²⁵⁾ – sowohl in der privaten Wirtschaft als auch im öffentlichen Dienst – ist in diesem Zusammenhang nicht aussagekräftig, da die besondere gesetzliche Rentenaltersgrenze für Frauen (60 Jahre) auch Fälle umfaßt, in denen Berufs- bzw. Erwerbsunfähigkeit vorgelegen hätte. Das Beamtenrecht hingegen kennt keine besondere gesetzliche Altersgrenze für Frauen.

²⁴⁾ Vgl. Teil B13.

²⁵⁾ 1993 waren dies bei der VBL 35,7 v. H.; genauer 34,1 v. H. EU-Renten und 1,6 v. H. BU-Renten.

Frauenanteil nach Laufbahngruppen*) in den Gebietskörperschaften im Jahre 1993

	höherer			gehobener			mittlerer			einfacher		
	Dienst											
	gesamt	davon Frauen	Anteil in v. H.	gesamt	davon Frauen	Anteil in v. H.	gesamt	davon Frauen	Anteil in v. H.	gesamt	davon Frauen	Anteil in v. H.
Bund	18 555	2 107	11,4	37 621	6 249	16,6	64 952	6 604	10,2	3 490	230	6,6
Länder	285 381	73 801	25,9	525 922	277 187	52,7	244 101	54 189	22,2	8 904	364	4,1
Gemeinden	24 632	3 476	14,1	83 293	25 496	30,6	56 338	18 882	33,5	780	42	5,4
Summe Gebietskörperschaften	328 568	79 384	24,2	646 836	308 932	47,8	365 391	79 675	21,8	13 174	636	4,8

*) Keiner Laufbahngruppe zuordenbar: 2 805 Beschäftigte, davon 2 291 Frauen.

5. Bisherige Entwicklung der Versorgungsausgaben

5.1 Versorgungsausgaben 1970 bis 1993

Seit 1970 hat sich das Ausgabenvolumen in allen Bereichen kontinuierlich erhöht.

Über den Zeitverlauf wird allerdings auch deutlich, daß der Anstieg nicht allein durch die wachsende Zahl der Versorgungsempfänger, sondern ganz entscheidend von der jeweiligen Einkommensentwicklung – und damit maßgeblich von der Höhe der jährlichen Gehalts- und Versorgungsanpassungen – bestimmt wurde: Während in den anfangs von einer dynamischen Tarif- und Besoldungsentwicklung geprägten Jahren 1970 bis 1977 auch die Versorgungs-

ausgaben in allen Beschäftigungsbereichen²⁶⁾ um 98 v.H. (allein in den Gebietskörperschaften um 112 v.H.) gestiegen sind – sich also in einem Zeitraum von nur sieben Jahren verdoppelt haben – war in dem Folgezeitraum 1977 bis 1984 ein deutlich schwächerer Zuwachs zu verzeichnen: die Pensionsausgaben aller Beschäftigungsbereiche nahmen lediglich um 28 v.H., die der Gebietskörperschaften nur um 27 v.H. zu. Eine ähnliche Entwicklung nahmen auch die Ausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung: von 1970 bis 1977 stiegen sie um 140 v.H.; im gleichlangen Zeitraum danach nur noch um 35 v.H.

Eine ähnliche Entwicklung zeigte sich auch im Bereich der Zusatzversorgung. Im Vergleichszeitraum 1970 bis 1977 stiegen bei der VBL und AGZVK die Versorgungsleistungen um 317 v.H., während sie im Folgezeitraum 1977 bis 1984 nur noch um 112 v.H. zunahmen.

²⁶⁾ Nach BeamtVG (einschließlich Bahn, Post und mittelbarer öffentlicher Dienst), SVG und G 131.

Übersicht A 8

Entwicklung der Versorgungsausgaben 1970 bis 1993

	Versorgungsausgaben									Versorgungsleistungen der Zusatzversorgung	
	der Gebietskörperschaften				übrige Bereiche				Ins-gesamt	VBL und AGZVK	Gesamt-bereich **)
	Bund *)	Länder	Gemeinden	ins-gesamt	mittelb. öffentl. Dienst	Bahn	Post	ins-gesamt			
	in Mrd. DM				in Mrd. DM				in Mrd. DM	in Mrd. DM	
1970	3,11	4,51	1,11	8,73	0,10	2,01	2,00	4,11	12,84	0,6	1,2
1974	5,06	8,10	2,04	15,20	0,15	3,25	2,26	5,66	20,86	1,4	
1975	5,41	8,82	2,20	16,43	0,17	3,53	2,40	6,10	22,53	1,8	3,2
1976	5,61	9,43	2,35	17,39	0,18	3,82	2,52	6,52	23,91	2,1	
1977	5,89	10,12	2,48	18,49	0,19	4,13	2,67	6,99	25,48	2,5	
1978	6,06	10,67	2,52	19,25	0,20	4,37	2,75	7,32	26,57	2,8	
1979	6,24	11,25	2,63	20,12	0,21	4,62	2,90	7,73	27,85	3,1	
1980	6,54	12,12	2,79	21,45	0,23	4,96	3,09	8,28	29,73	3,6	5,6
1981	6,76	12,83	2,93	22,52	0,25	5,18	3,12	8,55	31,07	4,1	
1982	6,79	13,26	2,99	23,04	0,44	5,18	3,30	8,92	31,96	4,6	
1983	6,81	13,72	3,07	23,60	0,46	5,26	3,35	9,07	32,67	5,1	
1984	6,59	13,82	3,06	23,47	0,47	5,24	3,33	9,04	32,51	5,3	
1985	6,61	14,39	3,14	24,14	0,48	5,27	3,44	9,19	33,33	5,8	8,0
1986	6,70	15,02	3,26	24,98	0,51	5,40	3,57	9,48	34,46	6,2	
1987	6,81	15,70	3,42	25,93	0,55	5,51	3,73	9,79	35,72	6,6	
1988	6,84	16,24	3,54	26,62	0,57	5,57	3,87	10,01	36,63	6,9	
1989	6,92	16,79	3,61	27,32	0,58	5,63	4,03	10,24	37,56	7,2	
1990	7,15	17,65	3,85	28,65	0,61	5,99	4,38	10,98	39,63	8,1	10,7
1991	7,50	18,88	4,06	30,44	0,65	6,34	4,74	11,73	42,17	8,5	11,2
1992	8,03	20,30	4,05	32,38	0,69	6,70	5,27	12,66	45,04	9,1	11,8
1993	8,51	21,26	4,32	34,09	0,69	6,82	5,42	12,93	47,02	9,2	11,9

*) Einschließlich Versorgungsempfänger nach SVG und G 131.

**) Für den Gesamtbereich der Zusatzversorgung liegen Zahlen nur für die dargestellten Jahre vor.

5.2 Entwicklung der Versorgungsausgaben im Verhältnis zur gesetzlichen Rentenversicherung (1970 bis 1993)

Hier ist vorab festzuhalten, daß die Alterssicherungssysteme der Beamtenversorgung und der gesetzlichen Rentenversicherung grundsätzlich nicht vergleichbar sind. Schon die Grundlagen dieser Alterssicherungssysteme – Finanzierung und Leistungsniveau – unterscheiden sich erheblich voneinander.

Während die Rentenausgaben (nur früheres Bundesgebiet) einschließlich Bundesknappschaft im Gesamtzeitraum von 1970 bis 1993 von 43,51 Mrd. DM auf 225,44 Mrd. DM angestiegen sind, nahmen die gesamten Versorgungskosten in allen Beschäftigungsbereichen²⁷⁾ im selben Zeitraum von 12,84 Mrd. DM auf 47,02 Mrd. DM zu. Dies entspricht Zuwachsraten von 418 v. H. für die Renten gegenüber 266 v. H. für Pensionen²⁸⁾. Die darin enthaltenen Versorgungsausgaben der Gebietskörperschaften²⁹⁾ (also ohne mittelbaren öffentlichen Dienst sowie Bahn- und Postunternehmen) weisen mit einem Anstieg von 8,73 Mrd. DM im Jahr 1970 auf 34,09 Mrd. DM in 1993 einen Zuwachs um 290 v. H. auf. Zur Verdeutlichung ist darauf hinzuweisen, daß die Ursa-

²⁷⁾ Nach BeamtVG (einschließl. mittelbarer öffentlicher Dienst sowie Bahn und Post), SVG und G131.

²⁸⁾ Abweichungen von dem im Sozialbericht 1993, (BT-Drucksache 12/7130 vom 23. März 1994) S. 254, veröffentlichten Datenmaterial ergeben sich aus im einzelnen unterschiedlichen Definitionen (insbes. dort Einbeziehung von Zeitsoldaten, sog. Dienstordnungs-Angestellten und sonstigen Arbeitnehmern, die Versorgungsleistungen nach beamtenrechtlichen Grundsätzen oder Vorschriften erhalten, in die Beamtenversorgung).

²⁹⁾ In der Abgrenzung des Sozialberichts einschl. Berufssoldaten und Versorgungsempfänger nach G131.

chen für die Ausgabensteigerung in beiden Bereichen unterschiedlich sind: während die gesetzliche Rentenversicherung einen starken Zugang u. a. arbeitsmarktbedingter Renten zu verzeichnen hatte (Rentenbestand gesetzliche Rentenversicherung 1970 insgesamt 9,88 Mio., 1993: 15,60 Mio.), wurde der Kostenanstieg der Versorgung durch den altersbedingten Rückgang der Zahl der Versorgungsempfänger nach G 131 gedämpft (Versorgungsempfänger aller Beschäftigungsbereiche 1970: 1,25 Mio., 1993: 1,26 Mio.; davon Gebietskörperschaften 1970: 788,0 Tsd., 1993: 809,2 Tsd.).

Die Ausgaben aller Zusatzversorgungseinrichtungen sowie der haushaltsfinanzierten Zusatzversorgungssysteme stiegen von 1,2 Mrd. DM im Jahr 1970 auf 11,9 Mrd. DM im Jahr 1993, d. h. um 892 v. H. Die Ausgaben nur der VBL und der AGZVK stiegen von 0,6 Mrd. DM (1970) auf 9,2 Mrd. DM (1993). Dies entspricht einem Zuwachs um 1433 v. H. Dieser auffällig hohe Anstieg ist mit der geringen Zahl der Versorgungsrentner im Ausgangsjahr 1970 zu erklären. Daneben ist bei der Zusatzversorgung zu berücksichtigen, daß die Pflichtversicherung vor Einführung des Gesamtversorgungssystems im Jahr 1967 nicht für alle Arbeitnehmer obligatorisch war.

5.3 Versorgungsausgaben in den öffentlichen Haushalten

Die Versorgungsausgaben der öffentlichen Haushalte dürfen nicht isoliert betrachtet werden. Im Rahmen des auf Lebenszeit angelegten Dienst- und Treueverhältnisses stellt die Beamtenversorgung nichts anderes dar als die fortgesetzte Alimentation durch den Dienstherrn in Form von Versorgungsbe-

Übersicht A9

Anteil der Versorgungsausgaben an den gesamten Personalausgaben

Jahr	Bund			Länder ¹⁾			Gemeinden ¹⁾		
	Personal- ausgaben insgesamt	darunter Versorgungs- ausgaben ²⁾	Anteil	Personal- ausgaben insgesamt	darunter Versorgungs- ausgaben ³⁾	Anteil	Personal- ausgaben insgesamt	darunter Versorgungs- ausgaben ³⁾	Anteil
	– Mrd. DM –		in v. H.	– Mrd. DM –		in v. H.	– Mrd. DM –		in v. H.
1970	14,6	3,1	21,2	31,6	4,5	14,2	15,2	1,1	7,2
1975	25,5	5,4	21,2	62,3	8,8	14,1	30,4	2,2	7,2
1980	32,2	6,5	20,2	87,4	12,1	13,8	42,9	2,8	6,5
1985	36,7	6,6	18,0	103,8	14,4	13,9	51,4	3,1	6,0
1990	43,2	7,2	16,7	125,2	17,7	14,1	65,2	3,9	6,0
1991	48,7	7,5	15,4	137,6	18,9	13,7	71,6	4,1	5,7
1992	51,5	8,0	15,5	148,9	20,3	13,6	76,8	4,1	5,3
1993	52,7	8,5	16,1	153,4	21,3	13,9	79,5	4,3	5,4

¹⁾ Ohne Länder/Gemeinden im Beitrittsgebiet.

²⁾ Nach BeamtVG/SVG/G131 (ohne Bahn, Post und Zeitsoldaten); Aufwendungen der Länder und Gemeinden für DO-Angestellte vgl. Teil D I.

³⁾ Nach BeamtVG.

Übersicht A10

Anteil der Personalausgaben an den Gesamthaushaltsausgaben

Jahr	Bund			Länder ¹⁾			Gemeinden ¹⁾		
	Gesamt- ausgaben insgesamt	darunter Personal- ausgaben	Anteil	Gesamt- ausgaben insgesamt	darunter Personal- ausgaben	Anteil	Gesamt- ausgaben insgesamt	darunter Personal- ausgaben	Anteil
	– Mrd. DM –		in v. H.	– Mrd. DM –		in v. H.	– Mrd. DM –		in v. H.
1970	87,6	14,6	16,7	77,1	31,6	41,0	56,5	15,2	26,9
1975	160,1	25,4	15,9	146,3	62,3	42,6	101,4	30,4	30,0
1980	217,6	32,2	14,8	208,6	87,4	41,9	145,6	42,9	29,5
1985	259,3	36,7	14,2	243,4	103,8	42,6	162,9	51,4	31,6
1990	311,4	43,2	13,9	299,6	125,2	41,8	209,9	65,2	31,1
1991	406,1	48,7	12,0	330,8	137,6	41,6	228,9	71,6	31,3
1992	431,7	51,5	11,9	353,0	148,9	42,2	250,8	76,8	30,6
1993	461,8	52,7	11,4	366,3	153,4	41,9	260,9	79,5	30,5

¹⁾ Ohne Länder/Gemeinden im Beitrittsgebiet.

zügen. In den öffentlichen Haushalten sind daher die Versorgungskosten als Teil der Personalkosten ausgewiesen, wobei für die Belastung der Steuerzahler weniger das relative Gewicht einzelner Faktoren innerhalb der Personalkosten als vielmehr deren Gesamtentwicklung entscheidend ist. Die Betrachtungsweise ist somit eine andere als bei den spezifisch für Versorgungszwecke bestehenden solidarfinanzierten Versicherungsgemeinschaften, bei denen das Verhältnis der Zahl der Beitragszahler zur Zahl der Leistungsempfänger maßgeblich die Höhe des

Beitragssatzes bestimmt, und wo im Umlagesystem eine möglichst große relative Menge von Beitragszahlern angestrebt wird.

Die Übersicht A9 (S. 17) verdeutlicht, daß sowohl die Personalausgaben insgesamt als auch die darin enthaltenen Versorgungsausgaben in der Vergangenheit überall erheblich angestiegen sind.

Erkennbar ist aber auch, daß der Versorgungskostenanteil in der Relation zurückgegangen ist und zwar beim Bund erheblich (von 21,2 auf 16,1 v. H.), bei den

Übersicht A11

Anteil der Versorgungsausgaben an den Gesamthaushaltsausgaben

Jahr	Bund			Länder ¹⁾			Gemeinden ¹⁾		
	Gesamt- ausgaben insgesamt	darunter Versorgungs- ausgaben ²⁾	Anteil	Gesamt- ausgaben insgesamt	darunter Versorgungs- ausgaben ³⁾	Anteil	Gesamt- ausgaben insgesamt	darunter Versorgungs- ausgaben ³⁾	Anteil
	– Mrd. DM –		in v. H.	– Mrd. DM –		in v. H.	– Mrd. DM –		in v. H.
1970	87,6	3,1	3,5	77,1	4,5	5,8	56,5	1,1	1,9
1975	160,1	5,4	3,4	146,3	8,8	6,0	101,4	2,2	2,2
1980	217,6	6,5	3,0	208,6	12,1	5,8	145,6	2,8	1,9
1985	259,3	6,6	2,5	243,4	14,4	5,9	162,9	3,1	1,9
1990	311,4	7,2	2,3	299,6	17,7	5,9	209,9	3,9	1,9
1991	406,1	7,5	1,8	330,8	18,9	5,7	228,9	4,1	1,8
1992	431,7	8,0	1,9	353,0	20,3	5,8	250,8	4,1	1,6
1993	461,8	8,5	1,8	366,3	21,3	5,8	260,9	4,3	1,6

¹⁾ Ohne Länder/Gemeinden im Beitrittsgebiet.

²⁾ Nach BeamtVG/SVG/G131 (ohne Bahn, Post und Zeitsoldaten; Aufwendungen der Länder und Gemeinden für DO-Angestellte vgl. Teil D I.

³⁾ Nach BeamtVG.

Ländern leicht (von 14,2 auf 13,9 v. H.) und bei den Gemeinden von 7,2 auf 5,4 v. H.

Betrachtet man die Personalausgaben in den Haushalten insgesamt, wird die angestrebte Verringerung der Zahl der aktiven Bediensteten zu einer Dämpfung der Personalkostenentwicklung führen; zwangsläufig ist damit im gleichen Verhältnis ein Anstieg des relativen Anteils der Versorgungskosten an den Personalkosten verbunden, da heutige Personaleinsparungen erst zeitversetzt nach rund 35 Jahren Auswirkungen auf die Zahl der Versorgungsempfänger haben werden.

Die Relation der Personalausgaben³⁰⁾ zu den Gesamthaushaltsausgaben des Bundes zeigt seit 1970 eine rückläufige Tendenz. Im Gegensatz dazu sind die Personalausgaben der Länder im gleichen Zeitraum im Verhältnis zu den Gesamthaushaltsausgaben geringfügig, diejenigen der Gemeinden deutlich angestiegen.

Bei isolierter Betrachtung nur der Versorgungsausgaben gegenüber den Gesamtausgaben ergibt sich in den Gebietskörperschaften folgendes Bild, Übersicht A 11 (S. 18).

Der Vergleich der jeweiligen Anteile an den Gesamthaushaltsausgaben zeigt im Bereich des Bundes einen Rückgang sowohl der Personalausgabenanteile insgesamt (von 16,7 auf 11,4 v. H.) als auch der darin enthaltenen Versorgungsausgaben (von 3,5 auf 1,8 v. H.), während bei den Ländern der Anteil der Personalausgaben leicht zugenommen hat (von 41,0 auf 41,9 v. H.) und die Versorgungsausgabenanteile unverändert geblieben sind (5,8 v. H.). Gegenüber den anderen Gebietskörperschaften sind bei den Gemeinden die Personalausgabenanteile stark (von 26,9 auf 30,5 v. H.) gestiegen; die Versorgungsausgabenanteile sind im Verhältnis zu den Gesamtausgaben leicht (von 1,9 auf 1,6 v. H.) gesunken. Es wird deutlich, daß der jeweilige Anteil der Versorgungsausgaben an den Gesamthaushaltsausgaben überall nur geringfügigen Veränderungen unterlag.

6. Künftige Entwicklung der Versorgungsausgaben bis 2008

Die Vorausberechnung der Versorgungsausgaben bis zum Jahr 2008 geht vom geltenden Recht aus und berücksichtigt die Auswirkungen der Reform der Beamtenversorgung aufgrund des Beamtenversorgungsänderungsgesetzes vom 18. Dezember 1989 (BeamtVGÄndG 1989, BGBl. I S. 2218) ab 1992. Die in der Zeit nach 1994 eingeleiteten gesetzgeberischen Maßnahmen zur Eindämmung der Frühpensionierungen wie die Anhebung der Antragsaltersgrenze vom 62. auf das 63. Lebensjahr und das Vorziehen der Versorgungsabschlagsregelung vom Jahre 2002 auf einen früheren Zeitpunkt konnten in der Hochrechnung nicht berücksichtigt werden. Das sich daraus ergebende Einsparpotential wird hinten unter A 10.4 (Versorgungsrechtliche Maßnahmen zur Ausgabenentlastung) dargestellt.

³⁰⁾ Einschließlich Versorgungsausgaben.

Die Entwicklung der Versorgungsausgaben in den nächsten 15 Jahren wird auf der Basis der Versorgungsleistungen im Monat Januar 1994 und der Fortschreibung des Bestandes der Versorgungsberechtigten berechnet. Hierbei wird davon ausgegangen, daß das allgemeine Versorgungsniveau der Neuzugänge aufgrund höherer Besoldungsstrukturen zunächst über dem des jeweiligen Altbestandes liegt. Im weiteren Verlauf dürfte dieser Effekt jedoch von den zunehmend greifenden Maßnahmen der Reform des Beamtenversorgungsrechts 1992 (z. B. Linearisierung der Ruhegehaltsskala) und wegen verstärkter Freistellungen vom Dienst (Teilzeit, Beurlaubungen) schrittweise überlagert und dadurch im Ergebnis kompensiert werden. Die Hochrechnung geht daher von der Annahme aus, daß das Versorgungsniveau der Neuzugänge ab 2002 wieder die gleiche Höhe wie der Altbestand aufweist. Für die Folgejahre bis 2008 wird diese Annahme fortgeschrieben.

Der künftige Bestand an Versorgungsempfängern wurde auf der Basis der im Januar 1994 vorhandenen Versorgungsempfänger einerseits sowie des durch die Personalstandstatistik zum 30. Juni 1993 ermittelten Bestandes der aktiven Beamten andererseits unter bestimmten Annahmen über Veränderungen durch künftige Zu- und Abgänge berechnet. Dazu wurden die für das Jahr 1993 ermittelten Abgangsquoten³¹⁾ für den Berechnungszeitraum mit folgenden modifizierten Annahmen fortgeschrieben:

- entsprechend dem Grundsatz „Rehabilitation vor Versorgung“ und einer restriktiveren Verwaltungspraxis liegt die Zahl der Frühpensionierungen ab 1995 um 10 v. H. niedriger³²⁾ und
- durch die Einführung von Versorgungsabschlägen bei Inanspruchnahme der Antragsaltersgrenze ab dem Jahr 2002 (Rechtsstand 1995) geht eine Hälfte der Betroffenen mit Abschlag in Pension, die andere bleibt länger im Dienst.

Die Annahmen zur künftigen Entwicklung der Abgänge aus dem Bestand der Versorgungsempfänger wegen Todes wurde anhand der amtlichen Sterbetafel der Wohnbevölkerung von 1990/92 ermittelt, wobei unterstellt wurde, daß sich die Lebenserwartung von 1991 (mittleres Jahr der Sterbetafel) bis zum Jahr 2001 in gleichem Ausmaß erhöht, wie es in dem im Jahr 1991 endenden Zehnjahreszeitraum zu beobachten war. Dies bedeutet eine Erhöhung der Lebenserwartung im Vergleich zur Sterbetafel 1988/90 bei sechzigjährigen Männern um 1,5 auf 19,2 und bei gleichaltrigen Frauen um 1,6 auf 23,7 Jahre. Das im Jahr 2001 erreichte Niveau wird dann im verbleibenden Vorausberechnungszeitraum bis 2008 beibehalten.

Die Bestandsentwicklung der Witwen- und Witwergeldempfänger wurde entsprechend berech-

³¹⁾ Für 1993 ist diese Berechnungsmethode erstmals auf Grund der Angaben der erweiterten Versorgungsempfängerstatistik möglich.

³²⁾ Wie Einzelerhebungen der Länder zeigen, liegt der Rückgang der Zahl der Frühpensionierungen wegen Dienstunfähigkeit tatsächlich noch höher.

Übersicht A 12

Entwicklung der Versorgungsausgaben der Gebietskörperschaften 1993 bis 2008
– ohne Anpassung –

	1993				2008				Zuwachs in v. H.
	BeamtVG	SVG	G131	zusammen	BeamtVG	SVG	G131	zusammen	
	in Mrd. DM				in Mrd. DM				
Bund *)	2,7	3,3	2,6	8,5	4,0	4,2	0,5	8,8	+ 3,5
Länder	21,3	–	–	21,3	34,8	–	–	34,8	+63,4
Gemeinden	4,3	–	–	4,3	4,7	–	–	4,7	+ 9,3
Gebietskörper- schaften insgesamt	28,2	3,3	2,6	34,1	43,5	4,2	0,5	48,3	+41,6

*) Der Bund erstattet den Ländern die Aufwendungen für die Versorgungsempfänger nach G131.

net. Hierbei ergeben sich Versorgungsneuzugänge durch Todesfälle sowohl von aktiven Beamten als auch von Ruhegehaltsempfängern. Diese wurden aus den mit der Sterbetafel berechneten Todesfällen entsprechend dem Anteil der Todesfälle mit Hinterbliebenenversorgung im Jahr 1993 ermittelt.

6.1 Entwicklung ohne Berücksichtigung jährlicher Anpassungen

Bereits die Zunahme der Zahl der Versorgungsempfänger sowie die fortwirkenden strukturellen Effekte³³⁾ führen für sich allein genommen, d. h. ohne Berücksichtigung künftiger Anpassungen der Versorgungsbezüge, in den Gebietskörperschaften zu folgenden Ausgabensteigerungen³⁴⁾ (s. Übersicht A 12).

6.2 Drei-Varianten-Modell auf der Grundlage der mittelfristigen Finanzplanung

Neben der wachsenden Zahl der Versorgungsempfänger, den fortwirkenden strukturellen Effekten sowie dem Pensions- und Renteneintrittsverhalten, die – wie gezeigt – für sich allein schon eine erhebliche Zunahme der künftigen Versorgungsausgaben bewirken, ist für das tatsächliche Ausmaß der Kostensteigerung die Höhe der jährlichen Versorgungsanpassungen, die den Besoldungsanpassungen folgen, von entscheidender Bedeutung.

Möglichkeiten und Grenzen künftiger Versorgungsanpassungen werden im wesentlichen von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und den daraus resultierenden allgemeinen Einkommenserhöhungsspielräumen bestimmt. Daneben sind finanz- und haushaltspolitische Erfordernisse, insbesondere die angestrebte Rückführung der Staatsquote und die Fortführung der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, von Bedeutung. Um fundierte Annahmen über die voraussichtlichen jährlichen Versorgungsanpassungen treffen zu können, sind daher Modell-

rechnungen der künftigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung notwendig, die auch den finanz- und haushaltspolitischen Erfordernissen Rechnung tragen.

Zur Projektion der möglichen Entwicklung bis 2008 wird eine auf die alten Bundesländer bezogene Modellrechnung zugrunde gelegt, die für den gesamten Zeitraum von einem moderaten, aber spürbaren Wachstum in Verbindung mit weitgehender Preisniveaustabilität ausgeht. Für die Zeit nach 2008 wird diese Modellrechnung, ausgehend von den sich verändernden Bedingungen, fortgeführt (vgl. unten A 9).

Wesentliche Grundlagen dieser Modellrechnung sind die Projektion 1995–2000, die der mittelfristigen Finanzplanung der Bundesregierung zugrunde liegt, sowie das für die Rentenversicherung erstellte PROGNOSE-Gutachten von 1995³⁵⁾; dieses stellt die einzige umfassende ökonomische Modellrechnung für die Bundesrepublik Deutschland dar, die es unternimmt, die gesamtwirtschaftliche Entwicklung und die Ausgaben der Alterssicherungssysteme einschließlich der Versorgungsausgaben über das Jahr 2000 hinaus langfristig, bis zum Jahre 2040, vorzuschätzen³⁶⁾.

³⁵⁾ PROGNOSE, Schlußbericht und Tabellenband „Perspektiven der gesetzlichen Rentenversicherung für Gesamtdeutschland vor dem Hintergrund veränderter politischer und ökonomischer Rahmenbedingungen“ Basel, März 1995.

³⁶⁾ Eine Projektion der Personalausgaben (einschließlich Versorgungsausgaben) der Gebietskörperschaften – auch im Verhältnis zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts – bis zum Jahre 2040 enthält auch die Untersuchung von Gisela Färber („Revision der Personalausgabenprojektion der Gebietskörperschaften bis 2030 – unter Berücksichtigung neuerer Bevölkerungsvorausschätzungen, der deutschen Einigung und der Beamtenversorgungsreform“, Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung bei der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, 4. unveränderte Auflage, Speyer 1995). Für die Untersuchung standen allerdings die neuesten Zahlen, die Grundlage des Versorgungsberichts der Bundesregierung sind, nicht zur Verfügung mit der Folge, daß die Projektionen der Versorgungsausgaben von den Projektionen dieses Berichts (zumeist nach oben) abweichen. Die Untersuchung geht davon aus,

³³⁾ Vgl. A 4.3.

³⁴⁾ Zur Methodik der Hochrechnung vgl. Teil B I 4.

Die von PROGNOSE berechneten jahresdurchschnittlichen Wachstumsraten des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) – in Preisen von 1991 – in einer Bandbreite von 1,5 v. H. bis 1,8 v. H. im Zeitraum bis 2000 und von 1,6 v. H. bis 2,4 v. H. im Zeitraum 2001 bis 2008 sind wichtige Orientierungspunkte für die zu treffenden Annahmen über die künftigen Versorgungsanpassungen. Sie werden unter Berücksichtigung neuerer Daten mit gewissen Modifizierungen in die Modellrechnung übernommen.

Der von PROGNOSE angenommene jahresdurchschnittliche Deflator des BIP in Höhe von 2,7 v. H. bis 3,3 v. H. im Zeitraum bis 2008 trägt dem veränderten internationalen Stabilitätsbewußtsein jedoch nicht Rechnung und ist aus heutiger Sicht zu hoch veranschlagt. In der Modellrechnung wird von Preissteigerungsraten in der Größenordnung von nicht mehr als jahresdurchschnittlich 2 v. H. ausgegangen. Dies hat zur Folge, daß die angenommenen Wachstumsraten des BIP in jeweiligen Preisen und demgemäß auch die angenommenen künftigen Versorgungsanpassungen niedriger ausfallen als im PROGNOSE-Gutachten³⁷⁾.

1996 bis 2000

Für den Zeitraum 1996 bis 2000 entspricht die Modellrechnung der Projektion 1995–2000, die der mittelfristigen Finanzplanung der Bundesregierung zugrunde liegt. Danach soll das BIP in Preisen von 1991 – also real – im Zeitraum 1996 bis 2000 jahresdurchschnittlich um knapp 2 v. H. und in jeweiligen Preisen um jahresdurchschnittlich 3,6 v. H. zunehmen. Damit liegt die Wachstumsrate des realen BIP nur geringfügig über den von PROGNOSE berechneten Werten (1,5 v. H. nach dem unteren Szenario, 1,8 v. H. nach dem oberen Szenario).

Bei dieser Wachstumsrate wird eine moderate jahresdurchschnittliche Anpassung der Versorgungsbezü-

daß die Pensionen ebenso wie die Besoldung auf der Basis der Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst angepaßt werden und diese für die Zukunft im Gleichschritt mit der Privatwirtschaft erfolgen, und zwar – ohne Berücksichtigung der Struktureffekte bei den Pensionen – um 2,5 v. H. pro Jahr. Insofern wird im Versorgungsbericht bis zum Jahr 2000 von geringeren Anpassungssätzen ausgegangen (1,5 v. H.). In der Untersuchung wird nicht ausgeführt, von welchem Wachstumspfad des BIP ausgegangen wird; es finden sich insoweit lediglich Hinweise etwa auf die Abhängigkeit der BIP-Entwicklung von der Projektion der Bevölkerung- und Erwerbstätigenentwicklung und – lediglich in einer Fußnote – ein Verweis auf die Wachstumsprojektionen von IAB und PROGNOSE, die mit komplexen methodischen Ansätzen zu ganz ähnlichen Wachstumspfaden kämen. Die der Untersuchung zugrundegelegten BIP-Werte und die Wachstumsraten selbst werden jedoch nicht angegeben. Es ist daher nicht ersichtlich, ob die Abweichungen gegenüber den Projektionen des Versorgungsberichts (z. B. der Versorgungsquote) auch auf abweichende Wachstumsannahmen zurückzuführen sind. Die zu hohe Zahl der Versorgungsempfänger, die der Untersuchung zugrunde liegt, führt vor allem in der langfristigen Projektion der Versorgungsausgaben in der Zeit von 2020 bis 2040 zu überhöhten Ergebnissen.

³⁷⁾ Vgl. Übersicht A 13.

ge in jeweiligen Preisen von 1,5 v. H. bis zum Jahr 2000 unterstellt. Ein derartiges Zurückbleiben hinter der angenommenen Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Bruttolohn- und -gehaltssumme je Arbeitnehmer (rd. 2 v. H.) trägt der Notwendigkeit einer nachhaltigen Konsolidierung der öffentlichen Haushalte Rechnung.

Mit dem Tarifabschluß 1996, der für den öffentlichen Dienst für 1996 eine Einmalzahlung ohne Basiseffekt und für 1997 eine Anpassung von 1,3 v. H. vorsieht, wurde diese Annahme bereits unterschritten. Unterstellt man für die Folgejahre von 1998 bis 2000 die der Modellrechnung ansonsten zugrundeliegenden Besoldungs- und Versorgungsanpassungen von 1,5 v. H. jährlich, würden sich allein aufgrund der Abweichung des tatsächlichen Tarifergebnisses 96/97 gegenüber der mittleren Modellvariante 2 (vgl. unten) im Jahre 2008 für die Gebietskörperschaften bereits Minderausgaben von rund 680 Mio. DM ergeben, d. h. um gut ein Prozent.

2001 bis 2008

Für den Zeitraum 2001 bis 2008 werden für die Entwicklung des BIP in jeweiligen Preisen mit 4 v. H. und 3,5 v. H. zwei verschiedene jahresdurchschnittliche Zuwachsraten zugrunde gelegt, wobei der Deflator des BIP jeweils mit 2 v. H. veranschlagt ist. Dies bedeutet, daß auch für diesen Zeitraum mit einem realen Wachstum von 2 v. H. bzw. 1,5 v. H. gerechnet wird³⁸⁾. Angesichts des hohen erreichten wirtschaftlichen Produktionsniveaus in der Bundesrepublik Deutschland sind diese moderaten Wachstumsraten mit erheblichen absoluten Zuwächsen verbunden.

Bei diesen Zuwachsraten des BIP wird vorsorglich von der Annahme ausgegangen, daß im Zeitraum 2001 bis 2008 die jährliche lineare Besoldungs- und Versorgungsanpassung wieder stärker im Gleichschritt mit der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung erfolgt: Für den Fall der jahresdurchschnittlichen Zuwachsraten des nominalen BIP von 4 v. H. (obere Variante) wird mit zwei verschiedenen linearen Anpassungsraten der Versorgung (3 v. H. und 2,5 v. H.) gerechnet, für den Fall der unteren jahresdurchschnittlichen Zuwachsraten des nominalen BIP (3,5 v. H.) wird eine lineare jährliche Versorgungsanpassung von 2 v. H. angenommen.

Gesamtentwicklung

Somit ergeben sich für den Gesamtzeitraum von 1993 bis 2008 drei Modellvarianten, die sich lediglich im Zeitraum 2001 bis 2008 unterscheiden. Auf der Grundlage dieser Modellprojektion können die Versorgungsausgaben bis 2008 vorausgerechnet werden.

³⁸⁾ Die mittlere Variante 2 ist kompatibel mit der mittleren Variante des Rentenversicherungsberichts 1996 der Bundesregierung.

Übersicht A13

Drei-Varianten-Modellrechnung für die Wachstumsraten des BIP und für die lineare Versorgungsanpassung von 1993 bis 2008 im Vergleich zur PROGNOSE-Studie (alte Bundesländer)

		Variante 1	Variante 2	Variante 3	PROGNOS-Studie	
					untere	obere
					Variante	
angenommene Steigerungsraten pro Jahr – in v. H.						
realer Zuwachs BIP (Preise von 1991)	1994 (Ist)	2,9	2,9	2,9	1,5	1,8
	1995 (Ist)	1,9	1,9	1,9	1,5	1,8
	1996–2000	2,0	2,0	2,0	1,5	1,8
	2001–2008	1,5	2,0	2,0	1,6	2,4
nominaler Zuwachs BIP (jew. Preise)	1994 (Ist)	5,2	5,2	5,2	4,2	4,6
	1995 (Ist)	4,2	4,2	4,2	4,2	4,6
	1996–2000	3,6	3,6	3,6	4,2	4,6
	2001–2008	3,5	4,0	4,0	4,0	5,7
lineare Versorgungsanpassung *) (nominal = jew. Preise)	1994 (Ist)	2,0	2,0	2,0	3,9	4,5
	1995 (Ist)	2,2	2,2	2,2	3,9	4,5
	1996–2000	1,5	1,5	1,5	3,9	4,5
	2001–2008	2,0	2,5	3,0	3,9	4,5

*) Im Jahre 1996 ist neben der Veränderungsrate von 1,5 v. H. auch der Überhang i. H. v. 0,98 v. H. aus dem BBVAnpG 1995 zu berücksichtigen.

6.3 Entwicklung der Versorgungsausgaben unter verschiedenen Annahmen über die jährliche Anpassung

Entsprechend der Modellprojektion³⁹⁾ wurden in allen drei Hochrechnungsvarianten – ausgehend von dem Ausgabenvolumen des Basisjahres 1993 – für die Jahre 1994 und 1995 die tatsächlichen Anpassungen zugrunde gelegt. Für die Folgejahre bis 2000 wird ein jahresdurchschnittlicher Steigerungssatz von einheitlich 1,5 v. H. angenommen. Danach würden sich die Versorgungsausgaben der Gebietskörperschaften von 1993 bis zum Jahr 2000 um 29 v. H. auf knapp 44 Mrd. DM, die der Zusatzversorgung (nur VBL und AGZVK) um 30 v. H. auf rd. 12 Mrd. DM erhöhen.

Die ab 2001 jeweils unterschiedlichen Anpassungsraten von 2,0, 2,5 und 3,0 v. H. eröffnen einen Ergebniskorridor, der – abhängig von der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung – das zu erwartende Ausmaß der Kostensteigerungen wiedergibt.

6.3.1 Variante 1

Bei einer jährlichen Anpassung von 2,0 v. H. ab dem Jahr 2001 würden bis zum Jahr 2008 die Versorgungsausgaben

- der Gebietskörperschaften um weitere 46 v. H. auf gut 64 Mrd. DM,
 - der übrigen Bereiche um weitere 19 v. H. auf gut 18,5 Mrd. DM,
 - sämtlicher Beschäftigungsbereiche zusammen um weitere 39 v. H. auf knapp 83 Mrd. DM und
 - der Zusatzversorgung (nur VBL und AGZVK) um weitere 42 v. H. auf 17 Mrd. DM
- zunehmen (Übersicht A14).

6.3.2 Variante 2

Eine jährliche Anpassung um 2,5 v. H. ab 2001 würde bis zum Jahre 2008 zu einem weiteren Anstieg der Versorgungsausgaben

- der Gebietskörperschaften um 52 v. H. auf gut 66 Mrd. DM,
- der übrigen Bereiche um 24 v. H. auf knapp 20 Mrd. DM,
- sämtlicher Beschäftigungsbereiche zusammen um 44 v. H. auf gut 86 Mrd. DM und
- der Zusatzversorgung (nur VBL und AGZVK) um 48 v. H. auf 17,7 Mrd. DM

führen (Übersicht A15).

³⁹⁾ Vgl. Übersicht A 13.

Entwicklung der Versorgungsausgaben bis 2008 (Variante 1)

	Versorgungsausgaben									Versorgungsleistungen der Zusatzversorgung (nur VBL und AGZVK)
	der Gebietskörperschaften				übrige Bereiche				Ins-gesamt	
	Bund *)	Länder	Gemeinden	gesamt	mittelb. öffentl. Dienst	Bahn	Post	gesamt		
in Mrd. DM										in Mrd. DM
1993	8,51	21,26	4,32	34,09	0,69	6,82	5,42	12,93	47,02	9,2
1994	8,73	21,78	4,31	34,82	0,70	6,89	5,59	13,18	48,00	9,1
1995	9,02	22,98	4,45	36,45	0,73	7,10	5,97	13,80	50,25	9,5
1996	9,19	24,04	4,55	37,78	0,75	7,20	6,28	14,23	52,01	9,8
1997	9,39	25,20	4,65	39,24	0,78	7,29	6,58	14,65	53,89	10,2
1998	9,54	26,40	4,74	40,68	0,80	7,34	6,85	14,99	55,67	10,8
1999	9,68	27,68	4,82	42,18	0,83	7,38	7,11	15,32	57,50	11,4
2000	9,84	29,15	4,93	43,92	0,86	7,42	7,38	15,66	59,58	12,0
2001	10,09	31,07	5,09	46,25	0,90	7,49	7,71	16,10	62,35	12,8
2002	10,30	32,88	5,22	48,40	0,94	7,53	8,01	16,48	64,88	13,5
2003	10,48	34,59	5,34	50,41	0,98	7,54	8,27	16,79	67,20	14,2
2004	10,69	36,61	5,48	52,78	1,03	7,55	8,56	17,14	69,92	14,8
2005	10,91	38,83	5,64	55,38	1,08	7,56	8,87	17,51	72,89	15,4
2006	11,15	41,23	5,82	58,20	1,14	7,57	9,19	17,90	76,10	16,0
2007	11,41	43,69	6,02	61,12	1,20	7,57	9,50	18,27	79,39	16,5
2008	11,64	46,26	6,22	64,12	1,26	7,57	9,81	18,64	82,76	17,0

*) Einschließlich Versorgungsempfänger nach SVG und G131.

Entwicklung der Versorgungsausgaben bis 2008 (Variante 2)

	Versorgungsausgaben									Versorgungsleistungen der Zusatzversorgung (nur VBL und AGZVK)
	der Gebietskörperschaften				übrige Bereiche				Ins-gesamt	
	Bund *)	Länder	Gemeinden	gesamt	mittelb. öffentl. Dienst	Bahn	Post	gesamt		
in Mrd. DM										in Mrd. DM
1993	8,51	21,26	4,32	34,09	0,69	6,82	5,42	12,93	47,02	9,2
1994	8,73	21,78	4,31	34,82	0,70	6,89	5,59	13,18	48,00	9,1
1995	9,02	22,98	4,45	36,45	0,73	7,10	5,97	13,80	50,25	9,5
1996	9,19	24,04	4,55	37,78	0,75	7,20	6,28	14,23	52,01	9,8
1997	9,39	25,20	4,65	39,24	0,78	7,29	6,58	14,65	53,89	10,2
1998	9,54	26,40	4,74	40,68	0,80	7,34	6,85	14,99	55,67	10,8
1999	9,68	27,68	4,82	42,18	0,83	7,38	7,11	15,32	57,50	11,4
2000	9,84	29,15	4,93	43,92	0,86	7,42	7,38	15,66	59,58	12,0
2001	10,14	31,23	5,11	46,48	0,91	7,52	7,75	16,18	62,66	12,8
2002	10,40	33,20	5,28	48,88	0,95	7,60	8,08	16,63	65,51	13,6
2003	10,63	35,11	5,42	51,16	0,99	7,65	8,40	17,04	68,20	14,4
2004	10,90	37,34	5,59	53,83	1,05	7,70	8,73	17,48	71,31	15,1
2005	11,19	39,79	5,78	56,76	1,10	7,75	9,09	17,94	74,70	15,8
2006	11,49	42,46	6,00	59,95	1,17	7,80	9,46	18,43	78,38	16,5
2007	11,81	45,21	6,22	63,24	1,24	7,84	9,83	18,91	82,15	17,1
2008	12,10	48,10	6,47	66,67	1,31	7,87	10,20	19,38	86,05	17,7

*) Einschließlich Versorgungsempfänger nach SVG und G131.

Übersicht A 16

Entwicklung der Versorgungsausgaben bis 2008 (Variante 3)

	Versorgungsausgaben									Versorgungsleistungen der Zusatzversorgung (nur VBL und AGZVK)
	der Gebietskörperschaften				übrige Bereiche				Ins-gesamt	
	Bund *)	Länder	Gemeinden	gesamt	mittelb. öffentl. Dienst	Bahn	Post	gesamt		
in Mrd. DM										in Mrd. DM
1993	8,51	21,26	4,32	34,09	0,69	6,82	5,42	12,93	47,02	9,2
1994	8,73	21,78	4,31	34,82	0,70	6,89	5,59	13,18	48,00	9,1
1995	9,02	22,98	4,45	36,45	0,73	7,10	5,97	13,80	50,25	9,5
1996	9,19	24,04	4,55	37,78	0,75	7,20	6,28	14,23	52,01	9,8
1997	9,39	25,20	4,65	39,24	0,78	7,29	6,58	14,65	53,89	10,2
1998	9,54	26,40	4,74	40,68	0,80	7,34	6,85	14,99	55,67	10,8
1999	9,68	27,68	4,82	42,18	0,83	7,38	7,11	15,32	57,50	11,4
2000	9,84	29,15	4,93	43,92	0,86	7,42	7,38	15,66	59,58	12,0
2001	10,19	31,38	5,14	46,71	0,91	7,56	7,78	16,25	62,96	12,9
2002	10,51	33,52	5,33	49,36	0,96	7,67	8,16	16,79	66,15	13,7
2003	10,79	35,62	5,50	51,91	1,01	7,76	8,52	17,29	69,20	14,6
2004	11,11	38,07	5,70	54,88	1,07	7,85	8,91	17,83	72,71	15,4
2005	11,46	40,77	5,93	58,16	1,13	7,94	9,31	18,38	76,54	16,1
2006	11,84	43,72	6,17	61,73	1,20	8,03	9,74	18,97	80,70	16,9
2007	12,20	46,78	6,44	65,42	1,28	8,11	10,17	19,56	84,98	17,6
2008	12,59	50,01	6,72	69,32	1,36	8,18	10,61	20,15	89,47	18,4

*) Einschließlich Versorgungsempfänger nach SVG und G131.

6.3.3 Variante 3

Bei einer jährlichen Anpassung von 3,0 v. H. ab dem Jahre 2001 würden sich bis zum Jahr 2008 die Versorgungsausgaben

- der Gebietskörperschaften um weitere 58 v. H. auf gut 69 Mrd. DM,
- der übrigen Bereiche um weitere 29 v. H. auf gut 20 Mrd. DM,
- sämtlicher Beschäftigungsbereiche zusammen um weitere 50 v. H. auf gut 89 Mrd. DM und
- der Zusatzversorgung (nur VBL und AGZVK) um weitere 53 v. H. auf gut 18 Mrd. DM erhöhen (Übersicht A 16).

6.3.4 Zusammenfassung

- Die Ergebnisse der Modellrechnungen zeigen, daß das Ausgabenvolumen über den Zeitverlauf nicht allein von der zunehmenden Anzahl der Versorgungsempfänger, sondern ganz entscheidend von der Höhe der jährlichen Anpassungen bestimmt wird. Diese Abhängigkeit der Ausgaben aller Alterssicherungssysteme von der jeweiligen Einkommensentwicklung wurde bereits in der Vergangenheit mehrfach deutlich: Während es – parallel zur damaligen Einkommensdynamik – in dem kurzen Zeitraum von 1970 bis 1977 in allen Bereichen

einschließlich der gesetzlichen Rentenversicherung schon einmal zu einer Ausgabenverdoppelung gekommen war, stiegen die Versorgungsausgaben im gleichlangen Folgezeitraum danach überall nur um rund ein Drittel an⁴⁰⁾.

- Während die Mehrausgaben in der **Beamtenversorgung** der Gebietskörperschaften unmittelbar aus den Versorgungshaushalten zu erbringen sind, wird sich der Kostenanstieg in der **Zusatzversorgung** in weiteren Erhöhungen der Umlagesätze niederschlagen. Bei der VBL gibt der derzeitige Umlagesatz von 4,8 v. H. ohnehin die Ausgaben nur unvollständig wieder, weil diese zur Zeit noch teilweise durch Vermögenserträge und Vermögensverzehr abgedeckt werden (vgl. Teil C 1.1.3). Dieser nicht über die Umlage gedeckte Anteil wird ohnehin kontinuierlich abnehmen. Zusätzlich führt bereits die Veränderung des Verhältnisses von aktiven Arbeitnehmern zu Rentnern, d. h. der Anstieg des sog. Rentnerquotienten, zu einer Erhöhung des Umlagesatzes. Dieser Rentnerquotient wächst sowohl durch Anstieg der Rentnerzahlen als auch durch Abnahme des aktiven Personalbestandes. Daher ist schon im Vorausberechnungszeitraum mit einem deutlichen Anstieg der Umlagesätze jedenfalls bei der VBL zu rechnen.

⁴⁰⁾ Vgl. oben bei 4.1.

7. Die Versorgungsausgaben im Verhältnis zur gesamtwirtschaftlichen Leistung

Die absolute Höhe und Zunahme der Versorgungsausgaben sind für sich allein genommen nur von geringer Aussagekraft. Für die Beurteilung des Versorgungssystems kommt es weniger auf die absoluten Zahlen als vielmehr auf die Entwicklung der Ausgaben im Verhältnis zur gesamtwirtschaftlichen Leistung an.

Als aussagefähigster Indikator für die gesamtwirtschaftliche Leistung einer Volkswirtschaft gilt das Bruttoinlandsprodukt (BIP). Die maßgebliche Meßgröße ist die Versorgungsquote: das in Prozent ausgedrückte Verhältnis der Versorgungsausgaben zum BIP. Die Versorgungsquote informiert über die Inanspruchnahme des BIP durch die Versorgungsausgaben. Von Bedeutung ist nicht nur die jeweilige absolute Höhe der Versorgungsquote, sondern vor allem ihre Veränderung im Zeitablauf. Diese Entwicklung wird nachfolgend dargestellt.

Für den Zeitraum 1970 bis 1993 wird die Versorgungsquote für die alten Bundesländer berechnet, d. h. die auch nach dem 3. Oktober 1990 fast aus-

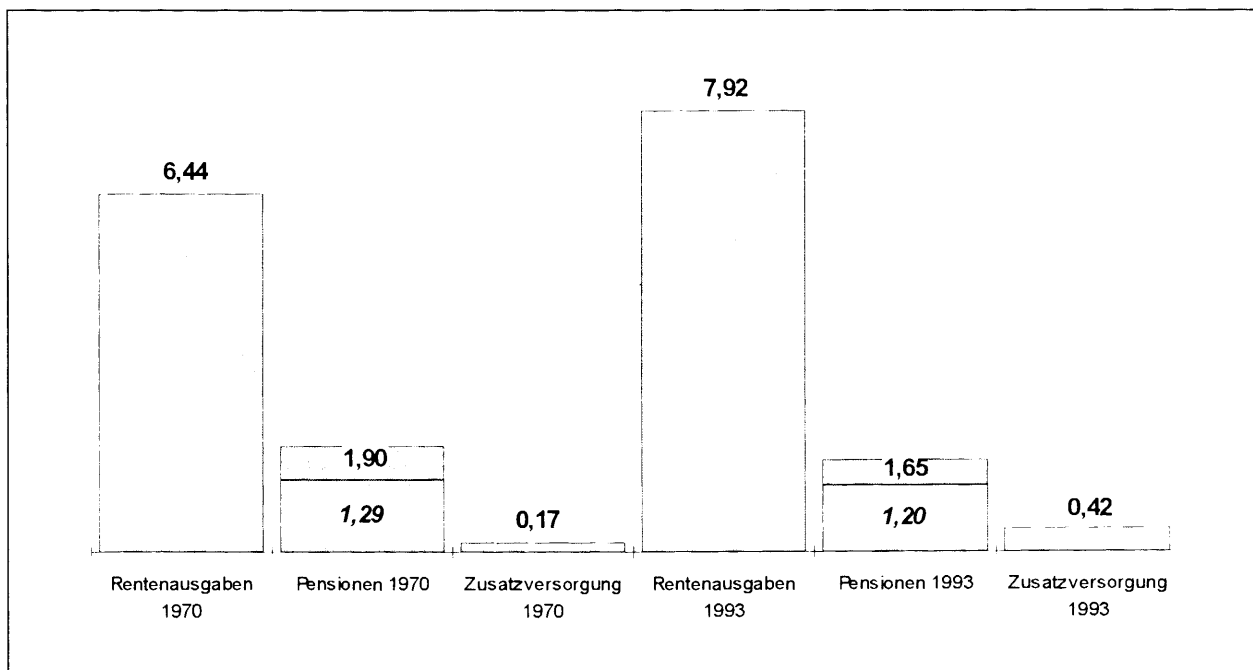
schließlich in den alten Bundesländern anfallenden Versorgungsausgaben werden zum BIP der alten Länder ins Verhältnis gesetzt.

Für den Zeitraum 1993 bis 2008 wäre an sich das BIP für Gesamtdeutschland zugrunde zu legen, da es in der Zukunft bei der Bewältigung der Versorgungsausgaben wie auch aller übrigen öffentlichen Ausgaben auf die wirtschaftliche Leistung Gesamtdeutschlands ankommt und die Trennung in Ost und West ihre Bedeutung verliert. Es muß dabei jedoch berücksichtigt werden, daß in den neuen Bundesländern auch bis zum Jahre 2008 Versorgungsausgaben nur in sehr geringem Umfang anfallen werden. Daher wäre die auf das größere gesamtdeutsche BIP bezogene Versorgungsquote mit der Versorgungsquote für die alten Bundesländer im Zeitraum 1970 bis 1993 in der Höhe nicht ohne weiteres vergleichbar. Um diese durchgängige Vergleichbarkeit herzustellen, wird daher auch bis zum Jahre 2008 in einer Modellrechnung nur das BIP der alten Bundesländer zugrunde gelegt. Bei Verwendung der BIP-Werte für Gesamtdeutschland würde sich die Versorgungsquote niedriger, allerdings im Verlauf ähnlich darstellen.

7.1 Die Versorgungsquote im Zeitraum 1970 bis 1993

Schaubild A 5

Anteile der Rentenausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung *), der Beamten- und Soldatenversorgung **) sowie der Zusatzversorgung *) am Bruttoinlandsprodukt in v. H.**
– nur früheres Bundesgebiet –



*) Sämtliche Beschäftigungsbereiche (einschließlich öffentlicher Dienst).

) **Oberer Wert: Beamte **sämtlicher Beschäftigungsbereiche** (Gebietskörperschaften sowie Bahn, Post und mittelbarer öffentlicher Dienst) einschließlich Berufssoldaten und Versorgungsempfänger nach G131.
Unterer Wert (kursiv): nur Beamte der **Gebietskörperschaften** einschließlich Berufssoldaten und Versorgungsempfänger nach dem G131.

***) Sämtliche Beschäftigungsbereiche (alle bestehenden Zusatzversorgungseinrichtungen).

Die **Versorgungsausgaben der Gebietskörperschaften**⁴¹⁾ sind von 8,73 Mrd. DM im Jahre 1970 auf 34,09 Mrd. im Jahre 1993 angestiegen. Dabei ist die Versorgungsquote von 1,29 v. H. (1970) auf 1,20 v. H. (1993) zurückgegangen.

Die Versorgungsausgaben der übrigen Bereiche (Bahn, Post, mittelbarer öffentlicher Dienst) haben sich von 4,11 Mrd. DM auf 12,93 Mrd. DM erhöht. Die zugehörige Versorgungsquote ging dabei von 0,61 v. H. (1970) auf 0,45 v. H. (1993) zurück.

Die Versorgungsausgaben der Gebietskörperschaften und der übrigen Bereiche zusammen genommen stiegen von 12,84 Mrd. DM auf 47,02 Mrd. DM. Gleichzeitig verringerte sich die entsprechende Versorgungsquote von 1,90 v. H. (1970) auf 1,65 v. H. (1993).

Die Ausgaben der gesamten **Zusatzversorgung** sind von 1,17 Mrd. DM (davon VBL und AGZVK 0,57 Mrd. DM) im Jahre 1970 auf 11,93 Mrd. DM (davon VBL und AGZVK 9,16 Mrd. DM) im Jahre 1993 angestiegen⁴²⁾. Der Anteil der gesamten Zusatzversorgungsausgaben am BIP ist dabei von 0,17 v. H. im Jahre 1970 auf 0,42 v. H. in 1993 deutlich angestiegen. Die Versorgungsquote von VBL und AGZVK allein stieg von 0,08 v. H. (1970) auf 0,32 v. H. (1993).

Zum Vergleich sei darauf hingewiesen, daß die Rentenausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung von 43,51 Mrd. DM (1970) auf 225,44 Mrd. DM (1993) angestiegen sind und daß deren Anteil am BIP in diesem Zeitraum von 6,44 v. H. (1970) auf 7,92 v. H. (1993) zugenommen hat. Zu den strukturellen Unterschieden zwischen Versorgung und gesetzlicher Rentenversicherung vgl. oben S. 17, (Schaubild A 5).

7.2 Die Entwicklung der Versorgungsquote von 1993 bis 2008 unter verschiedenen Annahmen

Die voraussichtliche Entwicklung der Versorgungsausgaben im Verhältnis zum BIP im Zeitraum 1993 bis 2008 wird im folgenden auf der Grundlage der im Abschnitt 6.2 erläuterten Drei-Varianten-Modellrechnung dargestellt. Zum Vergleich werden anschließend die entsprechenden Ergebnisse des PROGNOSE-Gutachtens von 1995 wiedergegeben.

7.2.1 Die Entwicklung der Versorgungsquote bis 2008 auf der Grundlage der Drei-Varianten-Modellrechnung

Auf der Basis der Drei-Varianten-Modellrechnung⁴³⁾ entwickeln sich Versorgungsausgaben, BIP in jeweiligen Preisen und Versorgungsquote im Zeitraum 1993 bis 2008 wie folgt (vgl. Übersicht A 17).

⁴¹⁾ Einschließlich Berufssoldaten und Versorgungsempfänger nach G131.

⁴²⁾ Vgl. Teil C 2.1.

⁴³⁾ Vgl. Teil A 6.2.

Modellvariante 1

Nach der Modellvariante 1, die das untere Szenario der Entwicklung ab dem Jahre 2001 darstellt (jahresdurchschnittliche Wachstumsrate des nominalen BIP 3,5 v. H., jahresdurchschnittliche lineare Versorgungsanpassung 2 v. H.), steigen die **Versorgungsausgaben der Gebietskörperschaften** insgesamt von 34,1 Mrd. DM (1993) auf 64,1 Mrd. DM im Jahre 2008. Dies ist mit einem Anstieg der Versorgungsquote (Anteil der Versorgungsausgaben am BIP) von 1,20 v. H. (1993) auf 1,32 v. H. (2008) verbunden. Die Versorgungsausgaben der Gebietskörperschaften, insbesondere der Länder, nehmen somit nach der Jahrtausendwende stärker zu als das nominale BIP.

Der Anstieg geht in erster Linie auf die starke Zunahme der Versorgungsausgaben der Länder von 21,3 Mrd. DM (1993) auf 46,3 Mrd. DM (2008) zurück, während der Ausgabenzuwachs beim Bund (von 8,5 Mrd. DM in 1993 auf 11,6 Mrd. DM in 2008) und bei den Gemeinden (von 4,3 Mrd. DM 1993 auf 6,2 Mrd. DM 2008) demgegenüber deutlich geringer ausfällt.

Die Versorgungsausgaben der übrigen Bereiche (mittelbarer öffentlicher Dienst, Bahn, Post) erhöhen sich nach dieser Modellvariante von 12,9 Mrd. DM (1993) auf 18,7 Mrd. DM (2008). Die zugehörige Versorgungsquote geht von 0,45 v. H. (1993) auf 0,39 v. H. im Jahre 2008 zurück.

Die Versorgungsausgaben der Gebietskörperschaften insgesamt und der übrigen Bereiche zusammen genommen steigen von 47,0 Mrd. DM (1993) auf 82,8 Mrd. DM (2008). Die entsprechende Versorgungsquote geht zunächst von 1,65 v. H. (1993) auf 1,62 v. H. im Jahre 2000 zurück und steigt dann über 1,67 v. H. (2005) auf 1,71 v. H. (2008) an. Die Quote von 1970 (1,90 v. H.) wird jedoch bis 2008 noch nicht wieder erreicht.

Die **Ausgaben der Zusatzversorgung** (nur VBL und AGZVK) steigen von 9,2 Mrd. DM (1993) bis auf 17,0 Mrd. DM im Jahre 2008 an. Die Versorgungsquote erhöht sich von 0,32 v. H. (1993) auf 0,33 v. H. (2000) und auf 0,35 v. H. in den Jahren 2005 und 2008. Dies bedeutet, daß auch die Ausgaben der Zusatzversorgung nach der Jahrtausendwende stärker zunehmen werden als das nominale BIP.

Modellvariante 2

Die Modellvariante 2 geht ab dem Jahre 2001 von einer höheren jahresdurchschnittlichen Wachstumsrate des nominalen BIP (4 v. H.) als Variante 1 (BIP-Wachstum 3,5 v. H.) und demgemäß auch von einer höheren jahresdurchschnittlichen linearen Versorgungsanpassung (2,5 v. H.) als Variante 1 (2 v. H.) aus.

In diesem Fall steigen die **Versorgungsausgaben der Gebietskörperschaften** insgesamt von 34,1 Mrd. DM (1993) auf 66,7 Mrd. DM im Jahre 2008. Die Versorgungsquote, die von 1,20 v. H. (1993) zunächst bis zum Jahre 2000 auf 1,19 v. H. zurückgeht, steigt ebenso wie in Variante 1 auch hier bis 2005 auf 1,27 v. H. und bis 2008 auf 1,32 v. H. an. Damit neh-

**Modellrechnung der Versorgungsausgaben, des nominalen BIP und der
Versorgungsquote von 1993 bis 2008 unter verschiedenen Annahmen**

– nur früheres Bundesgebiet –

	Entwicklung 1993 bis 2000			Entwicklung 2001 bis 2008		
	Ist	1996 bis 2000 BIP-Wachstum 3,6 v. H. Versorgungs- anpassung 1,5 v. H.		Variante 1 BIP-Wachstum 3,5 v. H. Versorgungs- anpassung 2 v. H.	Variante 2 BIP-Wachstum 4 v. H. Versorgungs- anpassung 2,5 v. H.	Variante 3 BIP-Wachstum 4 v. H. Versorgungs- anpassung 3 v. H.
		1993	1996	2000	2008	2008
1. Versorgungsausgaben der Gebietskörperschaften (Mrd. DM)						
a) zusammen	34,1	37,8	43,9	64,1	66,7	69,3
b) Bund (einschl. SVG, G131) ...	8,5	9,2	9,8	11,6	12,1	12,6
c) Länder	21,3	24,0	29,2	46,3	48,1	50,0
d) Gemeinden	4,3	4,6	4,9	6,2	6,5	6,7
2. Versorgungsausgaben der übrigen Bereiche (Mrd. DM) – mD, Bahn, Post –	12,9	14,2	15,7	18,6	19,4	20,2
3. Versorgungsausgaben insgesamt (Mrd. DM)	47,0	52,0	59,6	82,7	86,1	89,5
4. Zusatzversorgung (Mrd. DM) ...	9,2	9,8	12,0	17,0	17,7	18,4
5. BIP (in jeweiligen Preisen) (Mrd. DM)	2 846,3	3 194,5	3 679,9	4 845,8	5 036,3	5 036,3
6. Anteile am BIP (v. H.)						
a) Versorgungsquote der Gebietskörperschaften zusammen	1,20	1,18	1,19	1,32	1,32	1,38
b) Versorgungsquote der übrigen Bereiche	0,45	0,44	0,43	0,38	0,39	0,40
c) Versorgungsquote insgesamt	1,65	1,63	1,62	1,71	1,71	1,78
d) Zusatzversorgungsquote	0,32	0,31	0,33	0,35	0,35	0,37

*) Nur VBL und AGZVK.

men die Versorgungsausgaben der Gebietskörperschaften, insbesondere der Länder, auch hier nach der Jahrtausendwende stärker zu als das nominale BIP.

Die Versorgungsausgaben der übrigen Bereiche (mittelbarer öffentlicher Dienst, Bahn, Post) erhöhen sich von 12,9 Mrd. DM (1993) auf 19,4 Mrd. DM (2008), und die Versorgungsquote fällt – ebenfalls wie in Variante 1 – von 0,45 v. H. (1993) bis zum Jahre 2008 auf 0,39 v. H.

Die Versorgungsausgaben aller Beschäftigungsbereiche zusammen steigen von 47,0 Mrd. DM (1993) auf 86,1 Mrd. DM (2008), und die entsprechende Versorgungsquote erhöht sich – wie in Variante 1 –

von 1,65 v. H. (1993) bis zum Jahr 2008 auf 1,71 v. H. (Quote von 1970: 1,90 v. H.).

Die **Ausgaben der Zusatzversorgung** (nur VBL und AGZVK) nehmen von 9,2 Mrd. DM (1993) bis zum Jahre 2008 um 8,5 Mrd. DM auf 17,7 Mrd. DM zu. Die entsprechende Versorgungsquote steigt wie in Variante 1 von 0,32 v. H. (1993) auf 0,33 v. H. im Jahre 2000 und auf 0,35 v. H. in den Jahren 2005 und 2008.

Modellvariante 3

Die Modellvariante 3 unterscheidet sich ab dem Jahre 2001 gegenüber der Modellvariante 2 da

durch, daß bei gleicher jahresdurchschnittlicher Wachstumsrate des nominalen BIP (4 v. H.) die jahresdurchschnittliche lineare Versorgungsanpassung mit 3 v. H. etwas höher als in Variante 2 (2,5 v. H.) angenommen wird.

Die **Versorgungsausgaben der Gebietskörperschaften** insgesamt steigen von 34,1 Mrd. DM (1993) auf 69,3 Mrd. DM (2008). Dies geht einher mit einem Anstieg der Versorgungsquote von 1,20 v. H. (1993) auf 1,30 v. H. (2005) und 1,38 v. H. im Jahre 2008.

Die Versorgungsausgaben der übrigen Bereiche erhöhen sich nach dieser Modellvariante von 12,9 Mrd. DM (1993) auf 20,2 Mrd. DM (2008). Die entsprechende Versorgungsquote geht von 0,45 v. H. (1993) auf 0,41 v. H. (2005) und 0,40 v. H. (2008) zurück.

Die Versorgungsausgaben aller Beschäftigungsbereiche zusammen erhöhen sich von 47,0 Mrd. DM (1993) auf 89,5 Mrd. DM (2008). Die Versorgungsquote steigt von 1,65 v. H. (1993) auf 1,78 v. H. (2008)

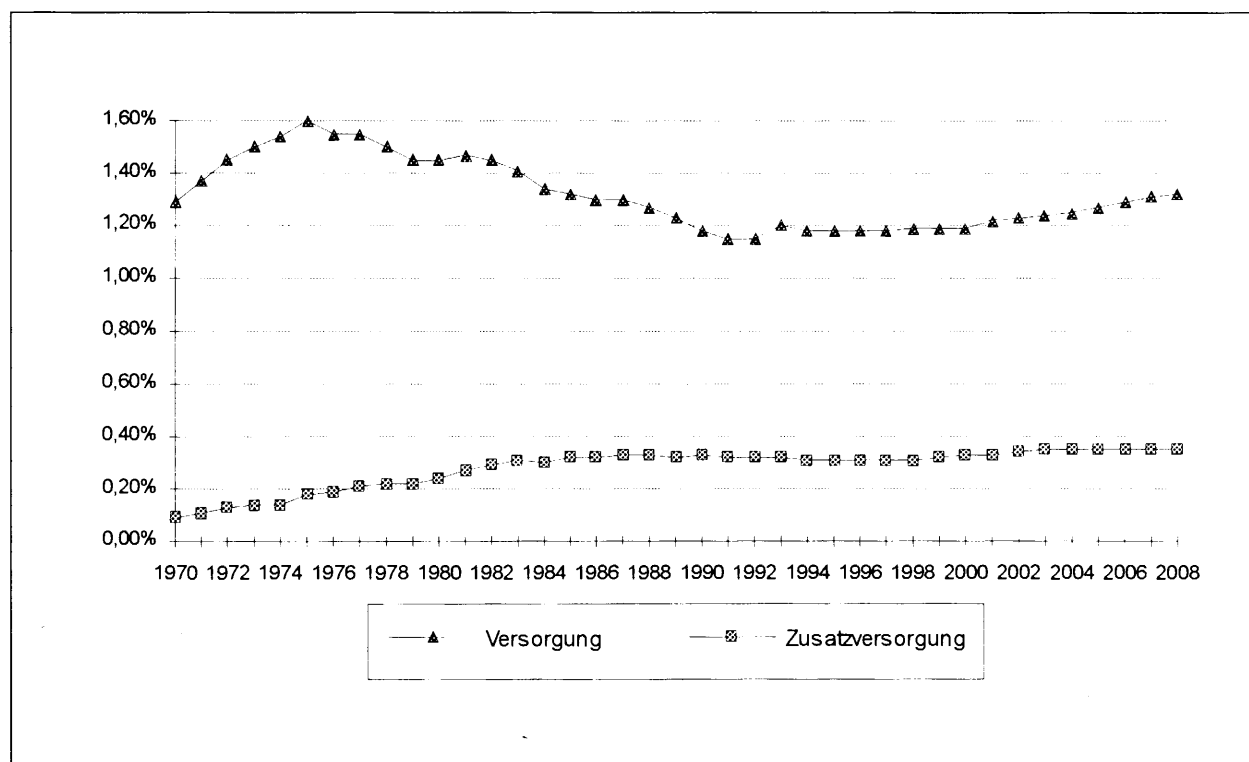
an. Auch diese gegenüber den Varianten 1 und 2 deutlich höhere Versorgungsquote bleibt noch deutlich unter dem Stand von 1970 (1,90 v. H.).

Die **Ausgaben der Zusatzversorgung** (nur VBL und AGZVK) verdoppeln sich von 9,2 Mrd. DM (1993) auf 18,4 Mrd. DM im Jahre 2008. Die Versorgungsquote erhöht sich von 0,32 v. H. (1993) bis auf 0,33 v. H. im Jahre 2000 und auf 0,36 v. H. (2005) bzw. 0,37 v. H. (2008).

Über den gesamten Zeitverlauf von 1970 bis 2008 zeigt sich, daß die Versorgungsquote der Gebietskörperschaften auch am Ende des Vorausberechnungszeitraums noch deutlich unter den Spitzenwerten bleiben wird, die sie in den 70er Jahren bereits erreicht hatte. Demgegenüber bleibt die Zusatzversorgungsquote (nur VBL und AGZVK) nach einem zunächst starken Anstieg in der Einführungsphase ab Mitte der 80er Jahre mit Werten zwischen 0,30 v. H. und 0,35 v. H. bis 2008 etwa auf gleichem Niveau.

Schaubild A6

Anteil der Versorgungsausgaben der Gebietskörperschaften *) und der Zusatzversorgungsausgaben (nur VBL und AGZVK) am Bruttoinlandsprodukt (Modellvariante 2)



*) Nur früheres Bundesgebiet.

7.2.2 Zum Vergleich: Die Entwicklung der Versorgungsquote nach dem PROGNOSE-Gutachten von 1995

Nach der umfassenden ökonomischen Modellrechnung des PROGNOSE-Gutachtens von 1995, die sich von der in diesem Bericht zugrunde gelegten Modellrechnung im wesentlichen durch die deutlich höher veranschlagten Preissteigerungsraten und damit vor allem durch die angenommenen Zuwachsraten des nominalen BIP und der linearen Versorgungsanpassung unterscheidet, würden sich die Versorgungsausgaben der Gebietskörperschaften im Verhältnis zum BIP von 1992 bis 2008 in den alten Bundesländern wie folgt entwickeln:

- Die **Pensionsausgaben der Gebietskörperschaften**⁴⁴⁾ steigen lt. PROGNOSE von 38,1 Mrd. DM im Jahre 1992 auf 95,2 Mrd. DM (unteres Szenario) bzw. 102,1 Mrd. DM (oberes Szenario) im Jahre 2008 an. Dabei erhöht sich die Versorgungsquote (Anteil der Versorgungsausgaben am BIP) von 1,35 v.H. im Jahre 1992 auf 1,69 v.H. (unteres Szenario) bzw. 1,62 v.H. (oberes Szenario) im Jahre 2008.

Im Vergleich zu der Modellrechnung dieses Berichts ist festzustellen:

Die Versorgungsquote fällt bei PROGNOSE schon im Ausgangsjahr 1992 mit 1,35 v.H. deutlich höher aus (Modellrechnung: 1,20 v.H.), da die Versorgungsausgaben 1992 deutlich höher veranschlagt werden als die tatsächlich angefallenen Ist-Ausgaben, die der Modellrechnung dieses Berichts zugrunde liegen. Diese Basis-Abweichung ist über den gesamten Betrachtungszeitraum sehr erheblich.

Die Versorgungsquote steigt bei PROGNOSE bis 2008 auf 1,69 v.H. (unteres Szenario) bzw. 1,62 v.H. (oberes Szenario) auch stärker an (Modellrechnung: je nach Variante nur bis 1,32 v.H. bzw. 1,38 v.H.); dies kann zum einen darauf zurückzuführen sein, daß PROGNOSE auch bei der Zahl und Struktur der künftigen Versorgungsempfänger nicht von den aktuellen Daten ausgeht; zum anderen sind die von PROGNOSE angenommenen jahresdurchschnittlichen Versorgungsanpassungen im Verhältnis zu den jahresdurchschnittlichen Wachstumsraten des nominalen BIP höher als bei den drei Varianten der Modellrechnung (vgl. Übersicht A 17). Die Anpassung unterliegt in vollem Umfang der gesetzgeberischen bzw. tariflichen Beschlußfassung.

- Die **Ausgaben der Zusatzversorgung aller Beschäftigungsbereiche**⁴⁵⁾ nehmen lt. PROGNOSE von 12,5 Mrd. DM im Jahre 1992 auf 25,9 Mrd. DM (unteres Szenario) bzw. 28,1 Mrd. DM (oberes Szenario) im Jahre 2008 zu. Dabei erhöht sich die Zusatzversorgungsquote (Anteil der Ausgaben der Zusatzversorgung am BIP) von 0,44 v.H. im

Jahre 1992 auf 0,46 v.H. (unteres Szenario) bzw. 0,45 v.H. (oberes Szenario) im Jahre 2008.

Im Vergleich mit der Modellrechnung dieses Berichts ist festzustellen:

Da PROGNOSE Annahmen über die Zusatzversorgung sämtlicher Beschäftigungsbereiche zugrunde legt, geht die Studie bereits im Ausgangsjahr 1992 von Werten aus, die weit über den Ist-Ausgaben der VBL und AGZVK liegen, und kommt daher zu einer deutlich höheren Zusatzversorgungsquote (0,44 v.H.) schon im Ausgangsjahr 1992 (Ist-Wert 1993: 0,32 v.H.).

Der Anstieg der Zusatzversorgungsquote bis 2008 (von 0,44 v.H. auf 0,46 v.H.) fällt bei PROGNOSE ähnlich gering aus wie in der Modellrechnung (je nach Variante Anstieg von 0,32 auf 0,35 bis 0,37 v.H.).

8. Die Versorgungsausgaben der Gebietskörperschaften im Verhältnis zu den Steuereinnahmen (Versorgungs-Steuer-Quote)

Da die Versorgungsausgaben für Beamte, Richter und Berufssoldaten und deren Hinterbliebene aus dem laufenden Haushalt und damit grundsätzlich aus Steuereinnahmen zu finanzieren sind, ist die Versorgungs-Steuer-Quote eine wichtige Größe für die Beurteilung der Lage des Alterssicherungssystems und für die Finanzplanung der Gebietskörperschaften. Sie gibt an, in welchem Maße die Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften durch die Versorgungsausgaben in Anspruch genommen werden⁴⁶⁾.

Der Betrachtung liegen die Steuereinnahmen nach Steuerverteilung zugrunde, wobei die Bundesergänzungszuweisungen von den Steuereinnahmen des Bundes abgezogen und den Steuereinnahmen der Länder zugerechnet werden. Damit sind die Steuereinnahmen dort zugeordnet, wo sie verausgabt werden können.

8.1 Die Versorgungs-Steuer-Quote im Zeitraum 1970 bis 1994

Der Anteil der Versorgungsausgaben der Gebietskörperschaften an deren Steuereinnahmen (Versorgungs-Steuer-Quote) steigt zunächst von 5,73 v.H. (1970) auf 6,99 v.H. (1975) an, geht dann aber kontinuierlich bis auf 4,96 v.H. im Jahre 1994 zurück.

Innerhalb der einzelnen Gebietskörperschaften zeigte sich eine unterschiedliche Entwicklung: Während – von 1975 abgesehen – die Versorgungs-Steuer-Quote beim Bund und bei den Gemeinden

⁴⁴⁾ Auch nach der Definition von PROGNOSE einschließl. Soldaten und Versorgungsempfänger nach G131.

⁴⁵⁾ In der Abgrenzung von PROGNOSE nicht nur auf VBL und AGZVK beschränkt.

⁴⁶⁾ Sowohl die Darstellung der Steuereinnahmen als auch der Versorgungsausgaben beschränken sich hinsichtlich der Länder und der Gemeinden ausschließlich auf das alte Bundesgebiet. Eine vergleichbare Untersuchung der für die Alterssicherung der Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes aufzubringenden Steuermittel (Arbeitgeberbeiträge für die gesetzliche Rentenversicherung, Anteil am Bundeszuschuß und für die Zusatzversorgung) wird hier nicht angestellt.

deutlich zurückgegangen ist, war bei den Ländern tendenziell ein Anstieg festzustellen.

- Beim Bund stieg die Versorgungs-Steuer-Quote zunächst von 3,72 v. H. (1970) auf 4,54 v. H. (1975) an und ging dann bis auf 2,30 v. H. (1994) zurück.
- Bei den Ländern nahm sie von 8,65 v. H. (1970) auf 10,31 v. H. (1975) zu, sank anschließend auf 8,83 v. H. (1990) und 8,88 v. H. (1994) ab.
- Bei den Gemeinden stieg sie zunächst von 6,69 v. H. (1970) auf 7,28 v. H. (1975) an und ging dann kontinuierlich bis auf 5,29 v. H. (1994) zurück.

Bemerkenswert sind die überall festzustellenden Höchstwerte im Jahr 1975. Dies ist nicht nur auf einen deutlichen Anstieg der Versorgungsausgaben, sondern auch auf Steuermindereinnahmen infolge der damaligen Einkommensteuerreform zurückzuführen. Insoweit ist 1975 als Ausnahmejahr anzusehen.

8.2 Die Versorgungs-Steuer-Quote im Zeitraum 1995 bis 2008

Für 1995 stehen vorläufige Ist-Werte der Steuereinnahmen und weitgehend gesicherte Angaben zu den Versorgungsausgaben zur Verfügung.

Der Vorausberechnung der Versorgungs-Steuer-Quote für den Zeitraum 1996 bis 2000 werden die Versorgungsausgaben zugrunde gelegt, die sich aus der unter 6.2 dargestellten Modellrechnung ergeben. Die Angaben über die Steuereinnahmen nach Steuer-Verteilung beruhen auf der Steuerschätzung vom Mai 1996, die von dem zum Zeitpunkt der Steuerschätzung geltenden Steuerrecht ausgeht.

Die Vorausberechnung der Versorgungs-Steuer-Quote für den Zeitraum 2001 bis 2008 erfolgt auf der Grundlage der Drei-Varianten-Modellrechnung der künftigen Entwicklung des BIP und der Versorgungsausgaben.

Die Steuereinnahmen werden auf der Grundlage einer Steuerquote (Anteil der Steuereinnahmen am BIP) von 22 v. H. aus dem unter verschiedenen Annahmen vorausberechneten BIP für Deutschland insgesamt abgeleitet. Die Aufteilung auf die Gebietskörperschaften (Bund, alte Bundesländer und Gemeinden im alten Bundesgebiet) erfolgt entsprechend der Aufteilung, die sich nach der Vorausschätzung vom Mai 1996 im Jahre 2000 ergibt: Bund 41,3 v. H., Länder 32,8 v. H. und Gemeinden 9,9 v. H., jeweils vom gesamten Steueraufkommen in Deutschland. Es wird unterstellt, daß diese Aufteilung bis zum Jahre 2008 konstant bleibt.

1995 bis 2000

Im Zeitraum 1995 bis 2000 weist die Versorgungs-Steuer-Quote insgesamt nur geringfügige Schwankungen auf: Faßt man alle Gebietskörperschaften zusammen, steigt sie von 5,26 v. H. (1995) zunächst auf 5,55 v. H. (1996) an und geht dann kontinuierlich auf 5,39 v. H. im Jahre 2000 zurück.

- Beim Bund steigt sie zunächst von 2,46 v. H. (1995) auf 2,70 v. H. (1996), um dann bis zum Jahr 2000 wieder auf den Stand von 1995 abzusinken (2,46 v. H.).
- Bei den Ländern fällt sie von 9,29 v. H. (1995) auf 9,18 v. H. (2000).
- Bei den Gemeinden geht sie nach einem Anstieg von 5,63 v. H. (1995) auf 5,74 v. H. (1996) und anschließend auf 5,11 v. H. (2000) zurück.

2001 bis 2008

Für den Zeitraum 2001 bis 2008 ergeben sich nach der o. g. Modellrechnung⁴⁷⁾ drei Entwicklungs-Varianten der Versorgungs-Steuer-Quote, deren tendenzielle Veränderung bei den Ländern am deutlichsten hervortritt:

- Beim Bund setzt sich der seit 1996 (2,70 v. H.) kontinuierliche Rückgang fort: in Variante 1 auf 2,42 v. H. (2005) und 2,33 v. H. (2008); in Variante 2 auf 2,43 v. H. (2005) und ebenfalls 2,33 v. H. (2008). Lediglich in Variante 3 kommt es zunächst zu einem Anstieg auf 2,49 v. H. (2005), bevor die Quote auf 2,43 v. H. im Jahre 2008 zurückgeht.
- Bei den Ländern steigt die Versorgungs-Steuer-Quote in allen drei Varianten gegenüber dem Jahre 2000 (9,18 v. H.) deutlich an: nach den Varianten 1 und 2 auf 10,88 v. H. bzw. 10,89 v. H. im Jahre 2005 und auf 11,69 v. H. bzw. 11,70 v. H. im Jahre 2008; nach Variante 3 auf 11,15 v. H. (2005) und 12,16 v. H. im Jahre 2008.
- Bei den Gemeinden kommt es gegenüber dem Wert des Jahres 2000 (5,11 v. H.) in allen drei Varianten zu einem geringen Anstieg der Versorgungs-Steuer-Quote auf 5,18 v. H. bis 5,39 v. H. im Jahr 2008.

8.3 Gesamtentwicklung von 1970 bis 2008

Bei einer Gesamtbetrachtung der Entwicklung der Versorgungs-Steuer-Quote von 1970 bis 2008 ist im Ergebnis festzuhalten:

Nur bei den Ländern wird die Quote nach dem Jahre 2000 deutlich ansteigen, und zwar bis 2008 auf einen Wert zwischen 11,69 v. H. und 12,16 v. H. gegenüber 8,65 v. H. im Jahre 1970. Allerdings hatte die Quote bereits 1975 schon mit 10,31 v. H. und auch 1980 mit 9,27 v. H. hohe Werte erreicht.

Beim Bund ist die Quote bis 2008 (höchstens 2,43 v. H.) gegenüber den Jahren 1970 (3,72 v. H.), 1975 (4,54 v. H.), 1980 (3,71 v. H.) und 1985 (3,20 v. H.) stark rückläufig.

Auch bei den Gemeinden ist nach der Jahrtausendwende bis 2008 gegenüber den 70er, 80er und frühen 90er Jahren kein Anstieg, sondern eine eher rückläufige Tendenz der Versorgungs-Steuer-Quote festzustellen.

⁴⁷⁾ Zur Erläuterung der Drei-Varianten-Modellrechnung vgl. oben A 6.2.

**Steuereinnahmen und Versorgungs-Steuer-Quoten der Gebietskörperschaften¹⁾
im früheren Bundesgebiet von 1970 bis 2008**

Jahr	Steuereinnahmen ²⁾ in Mrd. DM				Versorgungs-Steuer-Quote ³⁾ in v. H.											
	Gebietskörperschaften	Bund	Länder West einschl. Berlin West	Gemeinden West	Gebietskörperschaften			Bund ⁴⁾			Länder West einschl. Berlin West			Gemeinden West		
1970	152,5	83,6	52,2	16,7	5,73			3,72			8,65			6,69		
1975	234,9	119,2	85,6	30,1	6,99			4,54			10,31			7,28		
1980	354,3	176,1	130,8	47,4	6,06			3,71			9,27			5,90		
1985	422,0	206,3	159,2	56,5	5,72			3,20			9,04			5,58		
1990	545,7	276,2	199,8	69,7	5,26			2,59			8,83			5,58		
1994	705,7	378,9	245,4	81,4	4,96			2,30			8,88			5,29		
1995	692,5	366,1	247,4	79,0	5,26			2,46			9,29			5,63		
1996 ⁵⁾	681,3	340,0	262,0	79,3	5,55			2,70			9,18			5,74		
1997 ⁵⁾	707,9	349,1	275,8	83,0	5,54			2,69			9,14			5,60		
1998 ⁵⁾	735,4	360,7	287,7	87,0	5,53			2,64			9,18			5,45		
1999 ⁵⁾	773,3	381,3	300,5	91,5	5,46			2,54			9,21			5,27		
2000 ⁵⁾	814,7	400,7	317,6	96,4	5,39			2,46			9,18			5,11		
					Variante			Variante			Variante			Variante		
					1	2	3	1	2	3	1	2	3	1	2	3
2005 ⁶⁾ untere Variante	915,1	449,9	356,8	108,3	6,05	-	-	2,42	-	-	10,88	-	-	5,21	-	-
obere Variante	937,4	460,9	365,5	110,9	-	6,06	6,21	-	2,43	2,49	-	10,89	11,15	-	5,21	5,35
2008 ⁶⁾ untere Variante	1 014,5	498,9	395,6	120,0	6,32	-	-	2,33	-	-	11,69	-	-	5,18	-	-
obere Variante	1 054,4	518,5	411,2	124,8	-	6,32	6,58	-	2,33	2,43	-	11,70	12,16	-	5,18	5,39

¹⁾ Bund, Länder West einschließlich Berlin-West und Gemeinden West.

²⁾ Steuereinnahmen nach Steuerverteilung; Länder einschließlich, Gemeinden ohne Gemeindesteuereinnahmen der Stadtstaaten; Bund abzüglich und Länder zuzüglich Bundesergänzungszuweisungen.

³⁾ Anteil der Versorgungsausgaben an den Steuereinnahmen in v. H.

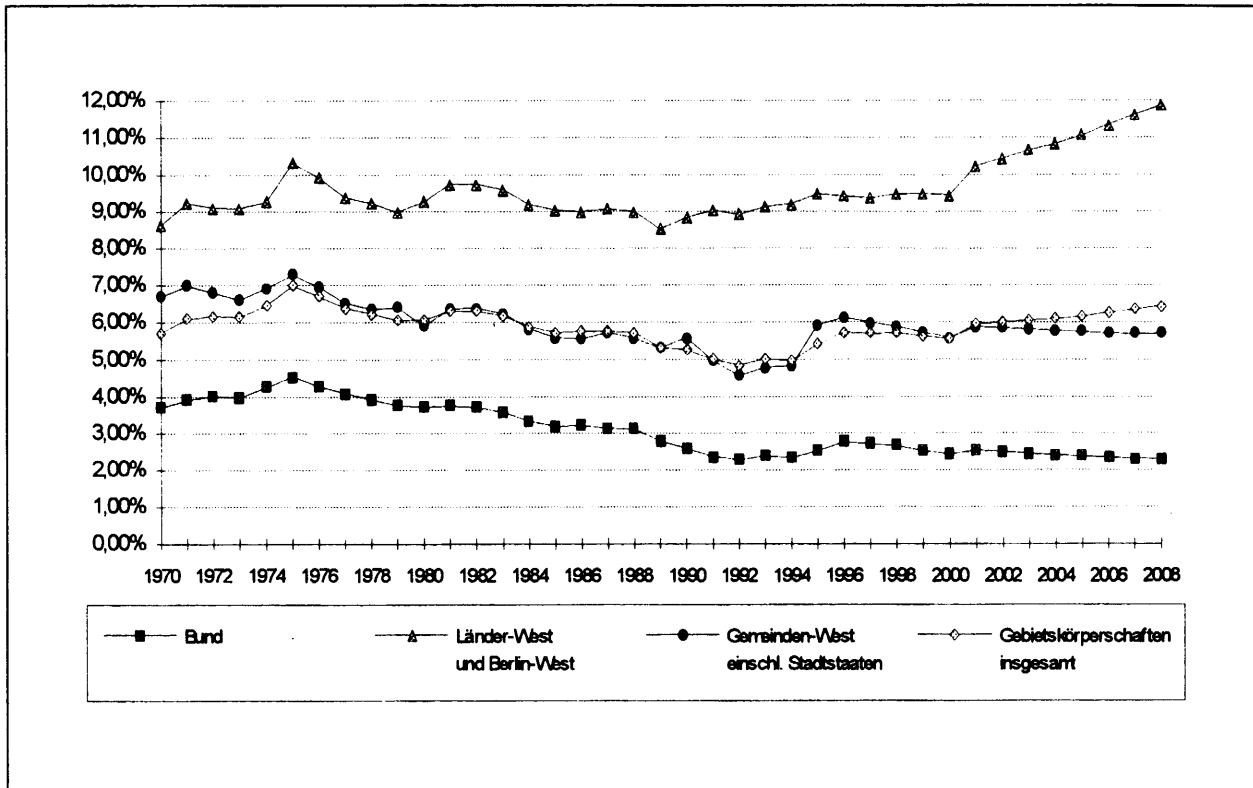
⁴⁾ Versorgungsausgaben nach BeamtVG, SVG und G 131.

⁵⁾ Steuerschätzung vom Mai 1996 auf der Grundlage des geltenden Steuerrechts.

⁶⁾ Schätzung der Steuereinnahmen und Versorgungsausgaben auf der Grundlage der Modellrechnung zur Entwicklung von BIP und Versorgungsausgaben (vgl. A 6.2).

Schaubild A 7

Versorgungs-Steuerquote der Gebietskörperschaften in v. H.
(Anpassungsrate 1,5/2,5 v. H.)



**Entwicklungsvergleich der Versorgungsausgaben der Gebietskörperschaften,
der Zusatzversorgung, der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) und des Bruttoinlandsprodukts von 1970 bis 2008**

Übersicht A 19

	Versorgungsausgaben											Ausgaben der ZV ³⁾	Renten- ausgaben der GRV ³⁾	Bruttoinlandsprodukt*) in jeweiligen Preisen – nur altes Bundesgebiet –			
	der Gebietskörperschaften										insgesamt						PROGNOS
	BeamtVG				SVG ²⁾	G131	insgesamt	mittelb. öffentl. Dienst	Bahn	Post							
	gesamt	Bund	Länder	Gemeinden	Bund	Bund/ Länder					in Mrd. DM			in Mrd. DM	in Mrd. DM	in Mrd. DM	in Mrd. DM
	in Mrd. DM							in Mrd. DM			in Mrd. DM			in Mrd. DM	in Mrd. DM	in Mrd. DM	in Mrd. DM
1970	6,18	0,56	4,51	1,11	0,45	2,10	8,73	0,10	2,01	2,00	12,84	0,6	43,5 ⁶⁾	675,3			
1974	11,07	0,93	8,10	2,04	0,65	3,48	15,20	0,15	3,25	2,26	20,86	1,4 ⁴⁾	71,3	983,9			
1975	12,04	1,02	8,82	2,20	0,75	3,64	16,43	0,17	3,53	2,40	22,53	1,8	80,5	1 026,6			
1976	12,87	1,09	9,43	2,35	0,82	3,70	17,39	0,18	3,82	2,52	23,91	2,1 ⁴⁾	91,2	1 120,5			
1977	13,79	1,19	10,12	2,48	0,91	3,79	18,49	0,19	4,13	2,67	25,48	2,4	102,1	1 195,3			
1978	14,47	1,28	10,67	2,52	1,00	3,78	19,25	0,20	4,37	2,75	26,57	2,8	108,3	1 283,6			
1979	15,25	1,37	11,25	2,63	1,10	3,77	20,12	0,21	4,62	2,90	27,85	3,1	113,6	1 388,4			
1980	16,39	1,48	12,12	2,79	1,23	3,83	21,45	0,23	4,96	3,09	29,73	3,6	119,5	1 472,0			
1981	17,34	1,58	12,83	2,93	1,34	3,84	22,52	0,25	5,18	3,12	31,07	4,1	125,6	1 535,0			
1982	17,90	1,65	13,26	2,99	1,42	3,72	23,04	0,44	5,18	3,30	31,96	4,6	133,8	1 588,1			
1983	18,50	1,71	13,72	3,07	1,50	3,60	23,60	0,46	5,26	3,35	32,67	5,1	139,2	1 668,5			
1984	18,58	1,70	13,82	3,06	1,53	3,36	23,47	0,47	5,24	3,33	32,51	5,3	147,2	1 750,9			
1985	19,27	1,74	14,39	3,14	1,61	3,26	24,14	0,48	5,27	3,44	33,33	5,7	153,2	1 823,2			
1986	20,09	1,81	15,02	3,26	1,72	3,17	24,98	0,51	5,40	3,57	34,46	6,1	158,7	1 925,3			
1987	21,02	1,90	15,70	3,42	1,84	3,07	25,93	0,55	5,51	3,73	35,72	6,6	166,0	1 990,5			
1988	21,75	1,97	16,24	3,54	1,94	2,93	26,62	0,57	5,57	3,87	36,63	6,9	173,9	2 096,0			
1989	22,44	2,04	16,79	3,61	2,09	2,79	27,32	0,58	5,63	4,03	37,56	7,1	182,0	2 224,4			
1990	23,65	2,15	17,65	3,85	2,24	2,76	28,65	0,61	5,99	4,38	39,63	8,1	190,5 ⁷⁾	2 426,0			
1991	25,26	2,32	18,88	4,06	2,49	2,69	30,44	0,65	6,34	4,74	42,17	8,6	201,8	2 647,6			
1992	26,86	2,51	20,30	4,05	2,83	2,69	32,38	0,69	6,70	5,27	45,04	9,0	212,9	2 813,0		2 823,9 ¹²⁾	
1993	28,24	2,66	21,26	4,32	3,27	2,58	34,09	0,69	6,82	5,42	47,02	9,2	225,4	2 846,3		2 943,0 ¹²⁾	
1994	28,85	2,76	21,78	4,31	3,52	2,45	34,82	0,70	6,89	5,59	48,00	9,0	239,4	2 973,4		3 067,1 ¹²⁾	
1995	30,36	2,93	22,98	4,45	3,72	2,37	36,45	0,73	7,10	5,97	50,25	9,6	249,4	3 083,5		3 196,5 ¹²⁾	
1996	31,65 ¹⁾	3,06	24,04	4,55	3,89	2,24	37,78	0,75	7,20	6,28	52,01	9,8 ¹⁾		3 194,5 ⁹⁾		3 331,3 ¹²⁾	
1997	33,06	3,21	25,20	4,65	4,07	2,11	39,24	0,78	7,29	6,58	53,89	10,2		3 309,5 ⁹⁾		3 471,8 ¹²⁾	
1998	34,49	3,35	26,40	4,74	4,22	1,97	40,68	0,80	7,34	6,85	55,67	10,8		3 428,6 ⁹⁾		3 618,2 ¹²⁾	
1999	36,00	3,50	27,68	4,82	4,35	1,83	42,18	0,83	7,38	7,11	57,50	11,4		3 552,0 ⁹⁾		3 770,8 ¹²⁾	
2000	37,76	3,68	29,15	4,93	4,47	1,69	43,92	0,86	7,42	7,38	59,58	12,0		3 679,9 ⁹⁾		3 929,8 ¹²⁾	
2001	40,26	3,92	31,23	5,11	4,65	1,57	46,48	0,91	7,52	7,75	62,66	12,8		3 808,7 ¹⁰⁾	3 827,1 ¹¹⁾	4 110,7 ¹²⁾	
2002	42,61	4,13	33,20	5,28	4,83	1,44	48,88	0,95	7,60	8,08	65,51	13,6		3 942,0 ¹⁰⁾	3 980,2 ¹¹⁾	4 300,0 ¹²⁾	
2003	44,84	4,31	35,11	5,42	5,00	1,32	51,16	0,99	7,65	8,40	68,20	14,4		4 080,0 ¹⁰⁾	4 139,4 ¹¹⁾	4 497,9 ¹²⁾	
2004	47,47	4,54	37,34	5,59	5,17	1,19	53,83	1,05	7,70	8,73	71,31	15,1		4 222,8 ¹⁰⁾	4 305,0 ¹¹⁾	4 705,0 ¹²⁾	
2005	50,35	4,78	39,79	5,78	5,34	1,07	56,76	1,10	7,75	9,09	74,70	15,8		4 370,6 ¹⁰⁾	4 477,2 ¹¹⁾	4 921,6 ¹²⁾	
2006	53,49	5,03	42,46	6,00	5,51	0,95	59,95	1,17	7,80	9,46	78,38	16,5		4 523,6 ¹⁰⁾	4 656,2 ¹¹⁾	5 148,1 ¹²⁾	
2007	56,71	5,28	45,21	6,22	5,69	0,84	63,24	1,24	7,84	9,83	82,15	17,1		4 681,9 ¹⁰⁾	4 842,5 ¹¹⁾	5 385,1 ¹²⁾	
2008	60,08	5,51	48,10	6,47	5,86	0,73	66,67	1,31	7,87	10,20	86,05	17,7		4 845,8 ¹⁰⁾	5 036,3 ¹¹⁾	5 633,0 ¹²⁾	

□ = Basisjahr.

³⁾ Nur Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) und Arbeitsgemeinschaft kommunaler Zusatzversorgungskassen (AGZVK, einschl. kirchl. Einrichtungen – vgl. Teil C 3.1).

⁷⁾ Ab 1990 weiterhin nur alte Länder.

⁸⁾ Statistisches Jahrbuch.

⁹⁾ Projektionswerte 2000/95 der mittelfristigen Finanzplanung.

¹⁰⁾ BIP Modellprojektion untere Variante.

¹¹⁾ BIP Modellprojektion obere Variante.

¹²⁾ BIP PROGROS untere Variante.

¹⁾ Bei unterstellter durchschnittlicher jährlicher Anpassung 1996 bis 2000 = 1,5 v. H., ab 2001 = 2,5 v. H.

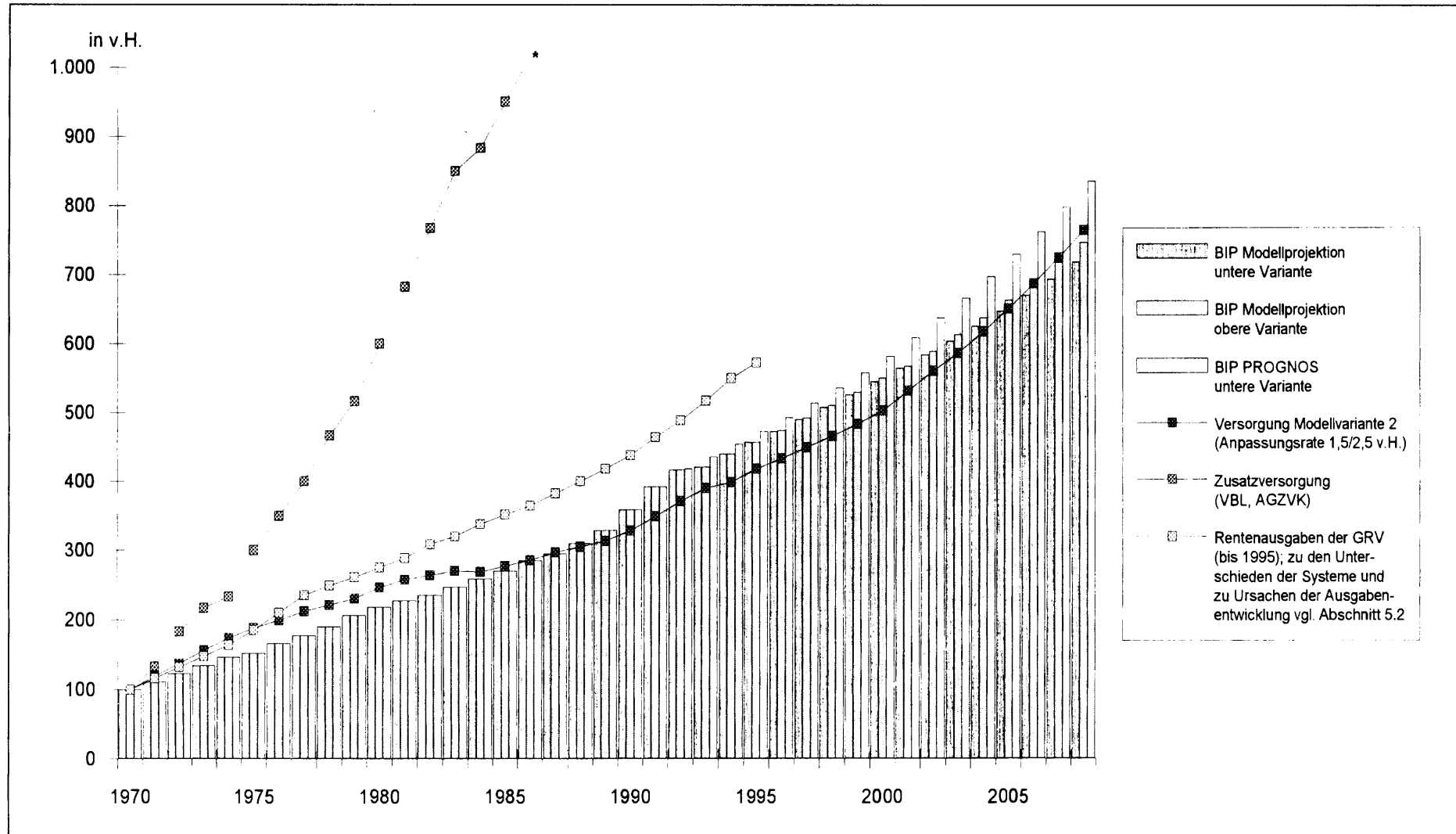
²⁾ Nur Berufssoldaten.

⁴⁾ AGZVK: errechnete Mittelwerte.

⁵⁾ Arbeiter, Angestellte, Knappschaft (bis 1995).

⁶⁾ lt. BMA.

Entwicklungsvergleich der Versorgungsausgaben der Gebietskörperschaften, der Zusatzversorgung, der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) und des Bruttoinlandsprodukts von 1970 bis 2008
1970 = 100



*) Zur weiteren Entwicklung der ZV vgl. Teil A, Übersicht A 19.

9. Ausblick über 2008 hinaus bis 2040: Projektion der Versorgungsausgaben, der Versorgungsquote und der Versorgungs-Steuer-Quote

9.1 Die Annahmen der Modellrechnung

Für die langfristige Projektion der Versorgungsausgaben und der Versorgungsquote über den Berichtszeitraum von 15 Jahren hinaus sind wiederum Annahmen über die jahresdurchschnittliche Versorgungsanpassung und die jahresdurchschnittliche Zuwachsrates des BIP für die Zeit nach 2008 erforderlich.

Das PROGNOSE-Gutachten von 1995 rechnet ab 2010 nicht zuletzt aufgrund des dann zu erwartenden Rückgangs des Erwerbersonenpotentials mit geringeren Wachstumsraten des BIP im Vergleich zu den Vorperioden. Das jahresdurchschnittliche Wachstum des realen BIP (in Preisen von 1991) wird von PROGNOSE für den Zeitraum 2010 bis 2020 mit 1,2 v. H. (untere Variante) und 2,2 v. H. (obere Variante) angenommen. Für die Zeit nach 2020 rechnet PROGNOSE mit einem weiteren Rückgang der Wachstumsraten, und zwar bis 2030 auf 0,8 v. H. bzw. 1,8 v. H. und für die Zeit von 2030 bis 2040 auf nur noch 0,1 v. H. bzw. 1,4 v. H.

In Übereinstimmung mit den langfristigen Annahmen von PROGNOSE wird auch hier von geringeren Wachstumsraten des realen BIP nach 2010 ausgegangen. Eine Wachstumsrate des BIP (in Preisen von 1991) von gut 1,5 v. H. über den gesamten Zeitverlauf von 2010 bis 2040 entspricht bis 2030 etwa einer mittleren Linie zwischen den PROGNOSE-Varianten und liegt ab 2030 noch im Bereich der oberen PROGNOSE-Variante. Unter Berücksichtigung einer – im Vergleich zu PROGNOSE geringeren – Preissteigerungsrate von jahresdurchschnittlich 1,5 v. H. ergibt sich eine Wachstumsrate des BIP in jeweiligen Preisen von jahresdurchschnittlich gut 3 v. H. für den gesamten Zeitraum.

Unter den Bedingungen eines nach 2010 wieder erreichten hohen Beschäftigungsstandes, von dem PROGNOSE aufgrund des dann rückläufigen Erwerbersonenpotentials ausgeht, erscheint es gerechtfertigt, eine im Gleichschritt mit der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung verlaufende Zunahme der Brutto-lohn- und Gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer um jährlich ebenfalls 3 v. H. anzunehmen.

Für den Bereich des öffentlichen Dienstes soll jedoch unter Berücksichtigung der bisherigen zurückhaltenden Entwicklung und vor allem im Hinblick auf die zu erwartende Beanspruchung der öffentlichen Haushalte eine geringere jährliche Besoldungs- und Versorgungsanpassung von 2,5 v. H. zugrunde gelegt werden, die immer noch verhältnismäßig hoch gewählt ist, um die Prognose-Sicherheit bestmöglich zu gewährleisten.

9.2 Die weitere Entwicklung der Versorgungsausgaben und der Versorgungsquote auf der Grundlage der Modellrechnung

Für die weitere Vorausschätzung der Versorgungsausgaben ist die Entwicklung der Zahl der Versorgungsempfänger nach 2008 zugrundezulegen (vgl. im einzelnen oben A 4.1 und 4.2). Danach wird die Zahl der Versorgungsempfänger der Gebietskörperschaften von 1 041 Tsd. (2010) weiter ansteigen, mit 1 291 Tsd. (2023) den Höchststand erreichen und danach bis auf 1 060 Tsd. (2040) zurückgehen.

Nach der Modellrechnung werden die **Versorgungsausgaben der Gebietskörperschaften insgesamt**, die im Jahr 2008 66,7 Mrd. DM (Variante 2) betragen werden, kontinuierlich weiter ansteigen auf 96 Mrd. DM (2015), 118 Mrd. DM (2020), 139 Mrd. DM (2030) und 161 Mrd. DM (2040). Dies ist mit einem weiteren Anstieg der **Versorgungsquote** über den 2008 erreichten Wert (1,32 v. H.) hinaus auf 1,55 v. H. (2015) und jeweils 1,65 v. H. in den Jahren 2020 bis 2022 verbunden. Danach ist ein allmählicher Rückgang der Inanspruchnahme des BIP durch die Versorgungsausgaben auf 1,44 v. H. (2030) und 1,24 v. H. (2040) zu erwarten.

Der Anstieg der Versorgungsquote bis zu den Höchstwerten in 2020 bis 2022 geht in erster Linie auf die erhebliche Zunahme der Zahl der Versorgungsempfänger bei Ländern und Gemeinden und den damit verbundenen starken Anstieg der Versorgungsausgaben zurück, während der Ausgabenzuwachs beim Bund deutlich geringer ausfällt.

Bei den **Ländern** steigen die Versorgungsausgaben, die 1996 rd. 24 Mrd. DM betragen, auf 55 Mrd. DM (2010), 91 Mrd. DM (2020), 105 Mrd. DM (2030) und 118 Mrd. DM im Jahre 2040. Bei den **Gemeinden** steigen die Versorgungsausgaben, die 1996 rd. 4,6 Mrd. DM betragen, auf 8 Mrd. DM (2010), 11 Mrd. DM (2020), 15 Mrd. DM (2030) und 20 Mrd. DM im Jahre 2040. Beim **Bund**, dessen Versorgungsausgaben 1996 rd. 8,5 Mrd. DM betragen, ist bei zurückgehender Zahl an Versorgungsempfängern mit einem weiteren Anstieg auf 12 Mrd. DM (2010), 16 Mrd. DM (2020), 19 Mrd. DM (2030) und 23 Mrd. DM (2040) zu rechnen.

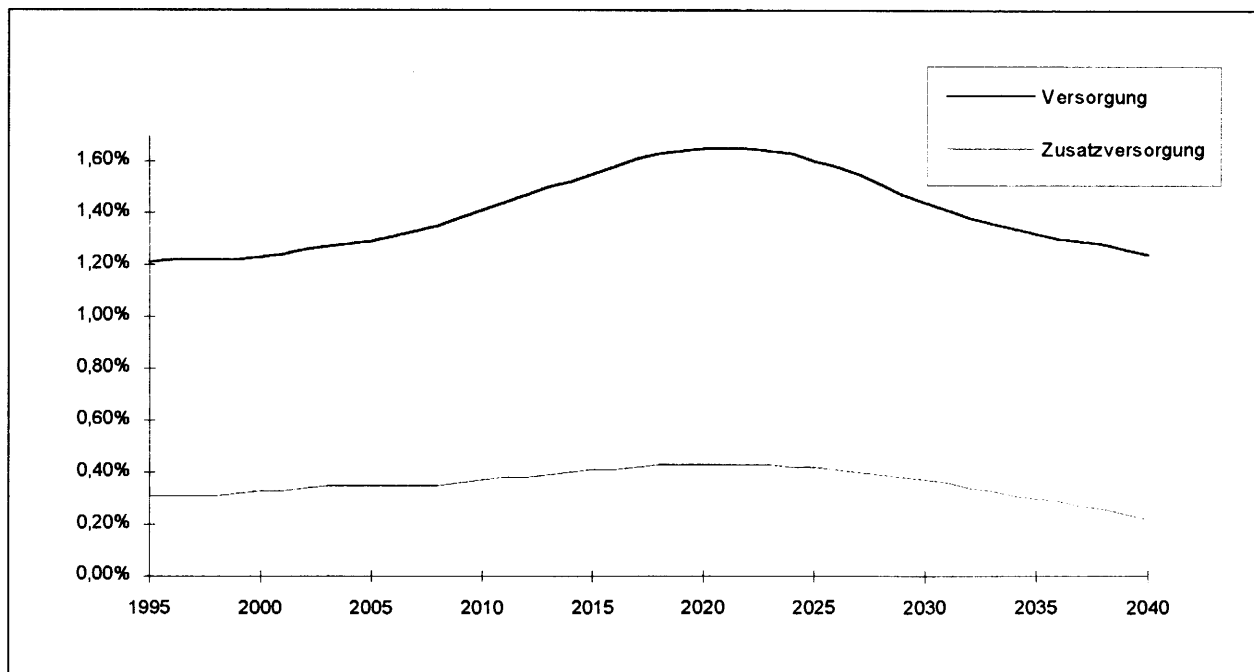
In der **Zusatzversorgung** ist von einer ähnlichen Entwicklung auszugehen. Auf der Grundlage einer groben Schätzung werden auch die Ausgaben der Zusatzversorgung, die 1996 rd. 10 Mrd. DM betragen, nach 2008 kontinuierlich weiter auf 20 Mrd. DM (2010), 32 Mrd. DM (2020), 36 Mrd. DM (2030) und 42 Mrd. DM (2040) ansteigen. Die **Versorgungsquote der Zusatzversorgung**, die 1996 0,31 v. H. beträgt, steigt über 2008 hinaus weiter an auf 0,42 v. H. (2015), 0,45 v. H. (2020) und geht dann kontinuierlich auf 0,37 (2030) und 0,32 v. H. (2040) zurück.

Übersicht A 20

**Modellrechnung der Versorgungsausgaben, des nominalen BIP und der Versorgungsquote
für den Zeitraum 2010 bis 2040**

	Entwicklung 2010 bis 2040						
	2010	2015	2020	2025	2030	2035	2040
	in Mrd. DM						
1. Versorgungsausgaben der Gebietskörperschaften							
– Bund (einschl. SVG, G131)	12	14	16	17	19	21	23
– Länder	55	73	91	102	105	109	118
– Gemeinden	8	9	11	14	15	18	20
– insgesamt	75	96	118	133	139	148	161
2. Zusatzversorgung	20	26	32	35	36	39	42
3. BIP (in jeweiligen Preisen)	5 343	6 194	7 180	8 324	9 650	11 187	12 969
	in v. H.						
4. Versorgungsquote (Versorgungsausgaben in v. H. des BIP)							
– Gebietskörperschaften (insgesamt) ...	1,40	1,55	1,64	1,60	1,44	1,32	1,24
– Zusatzversorgung	0,37	0,42	0,45	0,42	0,37	0,35	0,32

Schaubild A 9

**Anteil der Versorgungsausgaben der Gebietskörperschaften (ohne Maßnahmen zur Kostendämpfung)
und der Zusatzversorgungsleistungen (VBL und AGZVK) am Bruttoinlandsprodukt
– Versorgungsquote *) –**


*) Versorgungsausgaben der Gebietskörperschaften (Bund einschließlich SVG/G131, Länder, Gemeinden) in v. H. des BIP (Zunahme des BIP: 1996 bis 2000 3,6 v. H., 2001 bis 2008 4 v. H., 2009 bis 2040 3 v. H.; Anpassung der Versorgungsbezüge: 1996 bis 2000 1,5 v. H., 2001 bis 2040 2,5 v. H.).

9.3 Langfristige Projektion der Versorgungs-Steuer-Quote

Die Projektion der Versorgungs-Steuer-Quote, die den Anteil der Versorgungsausgaben der Gebietskörperschaften an deren Steuereinnahmen angibt, erfolgt auf der Grundlage der oben dargestellten Annahmen der Modellrechnung für die Projektion der Versorgungsausgaben und des BIP bis 2040. Die Steuereinnahmen werden – wie schon in der Modellrechnung für den Zeitraum von 2001 bis 2008 – auf der Grundlage einer Steuerquote⁴⁸⁾ von 22 v. H. aus dem BIP für Deutschland insgesamt abgeleitet, wobei jahresdurchschnittliche Wachstumsraten des BIP in jeweiligen Preisen von 3,8 v. H. (1996 bis 2000), 4 v. H. (2001 bis 2008) und 3 v. H. für die Zeit bis 2040 zugrunde gelegt wurden. Die Aufteilung der Steuereinnahmen auf die Gebietskörperschaften (den Bund sowie die Länder und Gemeinden des früheren Bundesgebietes) erfolgt entsprechend der Modellrechnung von 2001 bis 2008 (vgl. oben unter A 8.2).

⁴⁸⁾ Anteil der Steuereinnahmen am BIP.

Unter diesen Annahmen wird die Versorgungs-Steuer-Quote für die Gebietskörperschaften insgesamt, die 1996 rd. 5,6 v. H. beträgt, über 2008 hinaus weiter ansteigen auf 6,7 v. H. (2010) und rd. 7,9 v. H. in den Jahren 2020 bis 2022, um danach auf 6,8 v. H. (2030) und 5,9 v. H. (2040) zurückzugehen. Während die Versorgungs-Steuer-Quote beim Bund über den gesamten Zeitverlauf eher rückläufig ist (2010: 2,2 v. H., 2020: 2,1 v. H., 2030: 1,8 v. H. und 2040: 1,7 v. H.), steigt sie bei den Gemeinden noch bis 2025 und bei den Ländern bis 2021 an, bevor sie wieder absinkt.

Bei den Ländern, bei denen die Versorgungs-Steuer-Quote 1996 9,2 v. H. beträgt, ist unter den genannten Annahmen zunächst mit einem Anstieg auf 12,7 v. H. (2010) und 15,5 v. H. (2020) zu rechnen, bevor die Quote in 2030 auf 13,2 v. H. zurückgeht und bis 2040 auf 11,2 v. H. absinkt. Bei den Gemeinden (Versorgungs-Steuer-Quote 1996: 5,7 v. H.) erfolgt nach einem tendenziellen Rückgang bis 2008 erst danach ein Anstieg auf 6,5 v. H. (2020) und 6,7 v. H. (2025). Danach geht sie auf 6,5 v. H. (2030) und 6,1 v. H. (2040) nur wenig zurück.

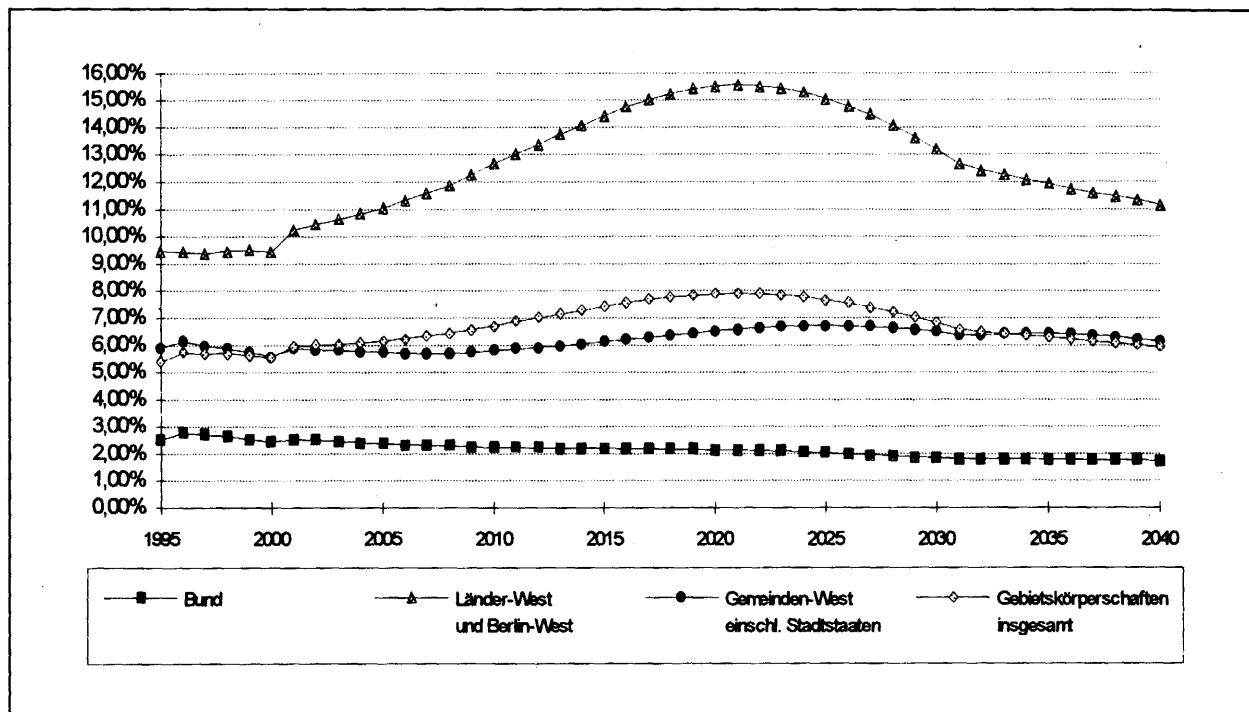
Übersicht A 21

Projektion der Steuereinnahmen und der Versorgungs-Steuer-Quote der Gebietskörperschaften im früheren Bundesgebiet bis 2040

	2010	2015	2020	2025	2030	2035	2040
	Mrd. DM						
Steuereinnahmen							
– Bund	550	638	739	857	993	1 152	1 335
– Länder	436	506	586	680	788	913	1 059
– Gemeinden	133	153	178	206	239	277	321
insgesamt	1 119	1 297	1 503	1 743	2 020	2 342	2 715
	in v. H.						
Versorgungs-Steuer-Quote							
– Bund	2,2	2,2	2,1	2,0	1,8	1,8	1,7
– Länder	12,7	14,4	15,5	15,1	13,2	11,9	11,2
– Gemeinden	5,8	6,1	6,5	6,7	6,5	6,4	6,1
insgesamt	6,7	7,4	7,9	7,7	6,8	6,3	5,9

Schaubild A10

**Modellrechnung der Versorgungs-Steuer-Quote
der Gebietskörperschaften (früheres Bundesgebiet)
im Zeitraum 1995 bis 2040**



10. Ursachen des Kostenanstiegs und Maßnahmen zur Ausgabenentlastung

10.1 Ursachen

Der bereits ohne Berücksichtigung jährlicher Anpassungsraten zu erwartende Anstieg der Versorgungsausgaben hat im wesentlichen folgende Gründe:

- wachsende Zahl der Versorgungs- und Zusatzversorgungsempfänger infolge der Erweiterung der öffentlichen Aufgaben und der damit verbundenen Personalmehrungen vor allem seit Ende der sechziger Jahre,
- Strukturmaßnahmen zur Besoldungsverbesserung, insbesondere in den Ländern im Kultus- und im Sicherheitsbereich, bei den Arbeitnehmern strukturelle Tarifierhebungen,
- Zunahme des Anteils der höherdotierten Beschäftigten mit Hochschul- und Fachhochschulausbildung infolge gestiegener Anforderungen an die berufliche Qualifikation,
- Zunahme des Anteils von weiblichen Beschäftigten mit durchschnittlich früherer Pensionierung und insgesamt höherer Lebenserwartung,
- gesetzliche Vorruhestandsregelungen wegen notwendiger Reduzierung des Personals, so z. B. bei der Bundeswehr, beim Zoll sowie bei Bahn und Post im Zuge der Privatisierung,

- hoher Anteil an Frühpensionierungen wegen dauernder Dienstunfähigkeit; entsprechend bei Arbeitnehmern vorzeitiger Renteneintritt wegen Berufs- bzw. Erwerbsunfähigkeit,

- starke Inanspruchnahme des vorzeitigen Ruhestands auf Antrag mit entsprechender Verlängerung der Versorgungslaufzeit.

Hinzu kommt eine insgesamt höhere Lebenserwartung und die dadurch bedingte längere Zahlungsdauer der Versorgungsbezüge.

10.2 Personalwirtschaftliche Maßnahmen

Im Hinblick auf die Versorgungsausgaben wird der künftigen **Entwicklung des Personalbestandes** besondere Bedeutung zukommen. Dabei wird sich der bereits seit einigen Jahren einsetzende Rückgang mittel- und langfristig auswirken: Die Personalverminderung bei der Bundeswehr ist in vollem Gange. Bei Bahn und Post werden keine neuen Beamtenverhältnisse mehr begründet und der Personalbestand insgesamt reduziert. Bei Bund, Ländern und Gemeinden beginnen die allgemeinen Stellenkürzungen Wirkung zu zeigen. Damit werden bereits jetzt Personalkosten für die aktiv Beschäftigten eingespart. Im gleichen Umfang wird dies zeitversetzt zu einer weiteren Entlastung der Versorgungsausgaben führen.

10.3 Höhe der regelmäßigen Besoldungs- und Versorgungsanpassungen

Von ganz entscheidender Bedeutung für die Entwicklung der Versorgungsausgaben ist die Höhe der regelmäßigen Anpassung der Besoldung und Versorgung an die wirtschaftliche Gesamtentwicklung. Sie schlagen sich unmittelbar in den Ausgaben nieder und sind auch für die Dynamisierung der Versorgungsrenten aus der Arbeitnehmer-Zusatzversorgung maßgebend.

Wie die Vorausberechnungen unter verschiedenen Annahmen der durchschnittlichen Besoldungs- und Versorgungsanpassung ausweisen (vgl. unter 5.3 sowie Teil B I 4.2.1), werden sich die Versorgungsausgaben der Gebietskörperschaften von rd. 44 Mrd. DM im Jahr 2000 bei einer weiteren durchschnittlichen Anpassung der Bezüge um 2 v. H. pro Jahr auf rd. 64 Mrd. DM im Jahr 2008 erhöhen; bei einer Anpassung von 3 v. H. jährlich aber auf rd. 69 Mrd. DM.

Daraus wird deutlich, daß haushaltsgerechte Tarif- und Besoldungsanpassungen den wichtigsten Beitrag zur Dämpfung der Kostenentwicklung leisten müssen. Welchen Einfluß hohe Anpassungsraten in Verbindung mit strukturellen Verbesserungen und einem Anstieg der Zahl der Versorgungsempfänger auf die Versorgungskosten haben, zeigt die Entwicklung von 1970 bis 1977: in diesem relativ kurzen Zeitraum haben sich die Versorgungsausgaben der Gebietskörperschaften mehr als verdoppelt (von 8,73 Mrd. DM auf 18,48 Mrd. DM; vgl. oben bei 5.1).

10.4 Versorgungsrechtliche Maßnahmen

Parallel zur Reform der gesetzlichen Rentenversicherung sind in der Beamtenversorgung mit dem Änderungsgesetz 1992 bereits einschneidende Maßnahmen getroffen worden. Kernstück dieser Reform war die Streckung und Linearisierung der Pensionsskala, wodurch die bisher geltende degressive Ruhegehaltsskala durch eine gleichmäßig ansteigende Skala von 1,875 v. H. der Ruhegehaltfähigen Dienstbezüge für jedes Jahr ruhegehaltfähiger Dienstzeit ersetzt wurde. Der Höchstruhegehaltssatz wird damit nicht mehr nach 35, sondern erst nach 40 Dienstjahren erreicht. Daneben wurden bereits erste Maßnahmen zur Eindämmung von Frühpensionierungen (Grundsatz der Rehabilitation und Weiterverwendung vor Versorgung, Erhebung eines Versorgungsabschlags ab 2002 für jedes auf Antrag in Anspruch genommene Vorruhestandsjahr) gesetzlich verankert. Die Änderungen werden im Vorausberechnungszeitraum schrittweise wirksam und entfalten parallel zur demographischen Entwicklung ihre volle Wirksamkeit im Zeitraum des voraussichtlich stärksten Anstiegs der Versorgungslasten. Wegen der geltenden Übergangsregelungen für am 31. Dezember 1991 bereits vorhandene Beamte werden sich deutliche Auswirkungen insoweit allerdings erst nach Ende des Vorausberechnungszeitraums bemerkbar machen können.

Weil die Höhe der Versorgungskosten maßgeblich auch durch die **Bezugsdauer von Versorgungsleistungen** bestimmt wird, müssen weitere gesetzgebende

Maßnahmen vorrangig darauf zielen, die Tendenz zur vorzeitigen Pensionierung zu durchbrechen und damit die durchschnittliche Lebensarbeitszeit für Beamte wirksam zu erhöhen.

Mit dem Entwurf des Dienstrechtlichen Reformgesetzes 1996 sind bereits eine Reihe von Sofortmaßnahmen zur Begrenzung des vorzeitigen Ruhestandseintritts eingeleitet worden:

- Die allgemeine **Antragsaltersgrenze** wird von 62 auf 63 Jahre angehoben.
- Bei Inanspruchnahme dieser Antragsaltersgrenze ist derzeit keine Kürzung der Versorgung vorgesehen. Das Beamtenversorgungs-Änderungsgesetz 1992 sieht – ebenso wie das Rentenreformgesetz – einen **Versorgungsabschlag** vor, der stufenweise ab dem Jahre 2002 einsetzt und nach 2006 mit einem Abschlag von 3,6 v. H. für jedes Jahr den Versorgungsbezug dauerhaft mindert. Diese Abschlagsregelung wird um vier Jahre vorgezogen und setzt daher mit 0,6 v. H. ab 1998 ein, so daß die volle Wirkung des Abschlags bereits nach 2002 einsetzt.
- Um nach Möglichkeit Versetzungen in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit zu vermeiden, soll der Grundsatz „**Rehabilitation und Weiterverwendung vor Versorgung**“ stärker als bisher angewendet werden. So wird die zustimmungsfreie Versetzung in eine andere Laufbahn mit entsprechender Umschulungsverpflichtung ermöglicht. Auf diesem Wege kann insbesondere eine weitere Verwendung von polizeidienstunfähigen Polizeivollzugsbeamten gewährleistet werden. Darüber hinaus soll auch die Möglichkeit einer anderweitigen Verwendung bei bereits als dienstunfähig pensionierten Beamten mit dem Ziel einer Reaktivierung geprüft werden. Das Zurruhesetzungsverfahren wird dadurch zentralisiert, daß künftig nicht mehr der jeweilige Behördenleiter allein entscheidet, sondern vor einer Zurruhesetzung wegen Dienstunfähigkeit das Einvernehmen der obersten Dienstbehörde einzuholen ist.
- Bei Frühpensionierungen wegen Dienstunfähigkeit (Ausnahme: Dienstunfähigkeit infolge Dienstunfalls) wird die Versorgung grundsätzlich nur aus der erreichten Dienstalterstufe, nicht mehr fiktiv aus dem Endgrundgehalt berechnet.

Auch die gegenwärtigen Kostendämpfungsmaßnahmen im allgemeinen Sozialrecht müssen auf das Beamtenrecht sinngemäß übertragen werden. Dabei ist stets zu beachten, daß mehr als zwei Drittel des öffentlichen Dienstes aus Tarifbeschäftigten (Arbeitnehmer) besteht und alsbald die Anpassungen im Tarifbereich mitvollzogen werden müssen.

Die gestreckte und linearisierte Skala sowie der Versorgungsabschlag sind nach dem Vorbild der Beamtenversorgung in das Gesamtversorgungssystem der Zusatzversorgung übertragen worden. Der für die Gesamtversorgung maßgebliche Vomhundertsatz vom Entgelt steigt jährlich um 1,875 v. H. bis auf höchstens 75 v. H. (vom Brutto). Der für die nettobegrenzte Zusatzversorgung ausschlaggebende Vomhundertsatz beträgt für jedes Jahr der Gesamtversor-

gungsfähigen Zeit 2,294 v. H., höchstens jedoch 91,75 v. H. Die Höchstsätze werden ebenfalls nicht mehr nach 35, sondern erst nach 40 Jahren gesamtversorgungsfähiger Zeit erreicht.

10.5 Besoldungsrechtliche Maßnahmen

Die Entwicklung der Versorgungskosten wird auch davon beeinflußt werden, in welchem Umfang **versorgungswirksame strukturelle Besoldungsverbesserungen** für das aktive Personal stattfinden. Führen solche Verbesserungen z. B. dazu, daß Beamte aus einer höheren Besoldungsgruppe in den Ruhestand treten, wirkt sich das unmittelbar auf die Versorgungskosten aus.

Beispiel:

Würde im Polizeidienst die sogenannte „zweigteilte Laufbahn“ eingeführt – gäbe es dort also keinen mittleren Dienst mehr, sondern nur noch gehobenen und höheren Dienst – würden im Zeitverlauf rund 170 000 Beamte des mittleren Dienstes durch solche des gehobenen Dienstes ersetzt werden. Für die Versorgung wäre dann nicht mehr höchstens die Besoldungsgruppe A 9 + Z, sondern Besoldungsgruppe A 12 oder A 13 maßgebend. Daraus ergäben sich im Beharrungszustand nach heutigen Besoldungstabellen Mehrkosten in der Versorgung von 2,5 bis 3,3 Mrd. DM pro Jahr.

Versorgungswirksam ist nicht nur die Zuordnung zur höheren Besoldungsgruppe, sondern auch die Einführung bzw. Anhebung ruhegehaltfähiger Zulagen.

Ähnlich wie in der gesetzlichen Rentenversicherung wirken sich strukturelle Besoldungsverbesserungen

für das aktive Personal auch auf die Beamtenpensionen aus. Während Anhebungen in der gesetzlichen Rentenversicherung mittelbar über die Rentenformel nachgezeichnet werden, ist bei den Beamten der sog. Anpassungszuschlag⁴⁹⁾ in § 71 BeamtVG vorgesehen.

Bei strukturellen Besoldungsverbesserungen werden in den Gesetzesvorlagen bislang nur die unmittelbaren Kosten der Aktivenbesoldung errechnet und angegeben. Soweit solche Verbesserungen versorgungswirksam sind, fallen Mehrkosten entsprechend dem Ruhegehaltssatz jedoch später auch in der Versorgung an, und zwar im Regelfall neben den Besoldungsmehrkosten für die Amtsnachfolger der Ruhestandsbeamten. Volle Klarheit über die Kostenfolgen einer Maßnahme kann der Gesetz- oder Verordnungsgeber daher nur dann gewinnen, wenn neben den bei der Aktivenbesoldung entstehenden Mehrkosten auch die bei der Versorgung später eintretenden Mehrkosten angegeben werden.

Weitere besoldungs- und versorgungsrechtliche Änderungen einschließlich des Tarifbereichs werden im Anschluß an diesen Bericht zu erörtern sein, um einen wesentlichen Einspar-Beitrag des öffentlichen Dienstes zur Senkung der Personalausgaben – insbesondere der Aufwendungen für die Versorgung – zu gewährleisten.

⁴⁹⁾ Mit diesem Zuschlag wird die strukturelle (d. h. nicht auf den allgemeinen Besoldungserhöhungen beruhende) Steigerung des Pro-Kopf-Besoldungsaufwandes zu 7/10 des Vornhundertsatzes an die Versorgungsempfänger weitergegeben. Seit 1993 hat sich der Anpassungszuschlag für die damals vorhandenen Versorgungsempfänger auf 1,01 v. H. der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge aufaddiert. Hinzu kommt der Strukturausgleich i. H. v. 0,4 v. H. ab 1. März 1991.

Teil B Die öffentlich-rechtlichen Versorgungssysteme

I. Die Beamtenversorgung nach dem BeamtVG

1. Einleitung

Das System

Die Versorgung der Beamten und Richter wird durch das Beamtenversorgungsgesetz geregelt. Wie die Besoldung ist auch die Beamtenversorgung Teil des einheitlichen Alimentationssystems mit dem Ziel der wirtschaftlichen Sicherstellung des Beamten und seiner Familie. Die Pflicht des Dienstherrn, auch nach Eintritt in den Ruhestand eine angemessene Lebenshaltung zu ermöglichen, korrespondiert mit dem auf Lebenszeit angelegten Dienst- und Treueverhältnis, das den Beamten verpflichtet, seine ganze Persönlichkeit für den Dienstherrn einzusetzen und ihm seine volle Arbeitskraft zur Verfügung zu stellen.

Finanzierung und Zahlung der Versorgungsbezüge erfolgen allein aus den laufenden Haushaltsmitteln des Dienstherrn. Eine Beitragspflicht des Beamten, wie sie in der gesetzlichen Rentenversicherung besteht, gibt es nicht.

Bei allgemeiner Erhöhung oder Verminderung der Dienstbezüge der Beamten sind von demselben Zeitpunkt an die Versorgungsbezüge durch Bundesgesetz entsprechend zu regeln. Die Besoldung wird entsprechend der Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse und unter Berücksichtigung der mit den Dienstaufgaben verbundenen Verantwortung jeweils durch Bundesgesetz angepaßt. In der Praxis der Vergangenheit haben sich diese Anpassungen in der Regel an die Tarifabschlüsse für die Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst angelehnt. Die Tarifiergebnisse wurden niemals überschritten; häufiger hingegen blieben die Anpassungen – auch durch zeitliche Verschiebungen – dahinter zurück.

Beamtenrechtliche Versorgungsbezüge sind – im Gegensatz zu Renten – nach § 2 Abs. 1 Nr. 4 des Einkommensteuergesetzes Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit und unterliegen deshalb bei ihrer Auszahlung bis auf einen sog. Versorgungsfreibetrag in Höhe von 40 v. H. der Versorgungsbezüge, höchstens DM 6 000 jährlich/DM 500 monatlich dem Lohnsteuerabzug.

Leistungen aus gesetzlichen Rentensystemen oder aus einer zusätzlichen Alters- und Hinterbliebenenversorgung für Angehörige des öffentlichen Dienstes sind im Rahmen von Höchstgrenzenregelungen auf die Leistungen nach dem Beamtenversorgungsgesetz

anzurechnen. Gleiches gilt in unterschiedlichem Ausmaß für entgeltliche Tätigkeiten, die der Ruhestandsbeamte ausübt.

Versorgungsempfänger haben Anspruch auf eine jährliche Sonderzuwendung bis zur Höhe eines Monatsbezuges.

Arten der Versorgung

Versorgung im Alter oder bei Dienstunfähigkeit

Der Beamte erhält Ruhegehalt nach Eintritt des Versorgungsfalles

- wegen Erreichens der Regelaltersgrenze (65 Jahre),
- wegen Erreichens einer vorgezogenen gesetzlichen Altersgrenze (z. B. 60 Jahre für Beamte im Polizei- und Justizvollzugsdienst sowie bei der Feuerwehr),
- auf Antrag bei Erreichen der Antragsaltersgrenze (derzeit 62 Jahre, bei Schwerbehinderten 60 Jahre),
- wegen festgestellter dauerhafter Dienstunfähigkeit.

Voraussetzung für die Leistungsgewährung bei Eintritt in den Ruhestand ist die Ableistung einer Dienstzeit von mindestens 5 Jahren. Ist diese Wartezeit nicht erfüllt oder ist der Beamte noch nicht auf Lebenszeit ernannt worden, kann ein Unterhaltsbeitrag bis zur Höhe des Ruhegehalts gewährt werden.

Der Berechnung des Ruhegehalts werden die ruhegehaltfähige Dienstzeit und die ruhegehaltfähigen Dienstbezüge zugrunde gelegt.

Ruhegehaltfähige Dienstzeiten sind insbesondere Zeiten in einem Beamtenverhältnis, im berufsmäßigen oder nichtberufsmäßigen Wehrdienst, in einem privatrechtlichen Arbeitsverhältnis im öffentlichen Dienst sowie geforderte Ausbildungszeiten.

Ruhegehaltfähige Dienstbezüge sind in der Regel das Grundgehalt, das dem Beamten nach dem Besoldungsrecht zuletzt zugestanden hat, der Ortszuschlag bis zur Stufe 2 sowie sonstige Dienstbezüge, die im Besoldungsrecht als ruhegehaltfähig bezeichnet sind (z. B. bestimmte Zulagen).

Das Ruhegehalt beträgt für jedes Jahr ruhegehaltfähiger Dienstzeit 1,875 v. H., insgesamt jedoch höchstens 75 v. H. der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge. Durch diese 1992 eingeführte Streckung und Linearisierung der Pensionsskala wurde die bis dahin geltende degressive Ruhegehaltsskala ersetzt mit der

Folge, daß der Höchstruhegehaltssatz von 75 v. H. nicht mehr nach 35, sondern erst nach 40 Dienstjahren erreicht wird. Die Neuregelung gilt für alle Beamten, deren Versorgungsfall ab 1. Januar 1992 eintritt. Für die am 31. Dezember 1991 vorhandenen Beamten gelten befristete Übergangsregelungen.

Der Ruhestandsbeamte erhält ein Mindestruhegehalt, wenn dies für ihn günstiger ist.

Bei dem Eintritt in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit ist zu unterscheiden:

- Ist der Beamte infolge eines Dienstunfalles dienstunfähig geworden und in den Ruhestand getreten, so erhält er Unfallruhegehalt in Höhe von mindestens 66 ⅔ v. H., höchstens jedoch 75 v. H. der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge.
- Ist der Beamte vor Vollendung des 60. Lebensjahres wegen Dienstunfähigkeit aus sonstigen Gründen in den Ruhestand getreten, wird für die Berechnung des Ruhegehalts die Zeit vom Eintritt in den Ruhestand bis zur Vollendung des 60. Lebensjahres zu zwei Dritteln der ruhegehaltfähigen Dienstzeit hinzugerechnet.

Versorgung der Hinterbliebenen

Neben den einmaligen Leistungen (Bezüge für den Sterbemonat, Sterbegeld) erhalten die Hinterbliebenen Witwen-/Witwergeld, Waisengeld oder einen Unterhaltsbeitrag.

Der hinterbliebene Ehegatte erhält als Witwengeld/Witwergeld 60 v. H. des Ruhegehaltes des Verstorbenen.

Das Waisengeld beträgt für die Halbweise 12 v. H., für die Vollweise 20 v. H. und für die Unfallweise 30 v. H. des Ruhegehaltes.

Die Vorschriften des **Soldatenversorgungsgesetzes** sind denen des Beamtenversorgungsgesetzes nachgebildet und weitgehend inhaltsgleich.

2. Entwicklung der Zahl der aktiven Beamten in der Vergangenheit bis zum Basisjahr 1993

Siehe auch Anhang, Tabellen B 1 bis B 3

Von 1970 bis 1993 hat sich die **Gesamtzahl** aller aktiven Beamten mit Versorgungsanwartschaft ¹⁾ in allen Beschäftigungsbereichen (Bund, Länder, Gemeinden sowie bei der Deutschen Bahn AG, den Postunternehmen und im mittelbaren öffentlichen Dienst) von rd. 1,32 Mio. auf rd. 1,85 Mio. erhöht. Dies entspricht einem Zuwachs von insgesamt 530,0 Tsd. Personen oder 40,2 v. H.

1993 waren davon 125,8 Tsd. Beamte beim Bund beschäftigt (6,8 v. H.), 1 065,9 Tsd. Beamte bei den Ländern (57,8 v. H.) sowie 165,1 Tsd. Beamte bei den Gemeinden ²⁾ (8,9 v. H.). Die Deutsche Bahn AG beschäftigt noch 131,4 Tsd. Beamte (7,1 v. H.) und die Postunternehmen 320,6 Tsd. Beamte (17,4 v. H.). Auf den mittelbaren öffentlichen Dienst entfielen mit 36,9 Tsd. Beamten 2,0 v. H. der Gesamtzahl.

2.1 Entwicklung in den einzelnen Beschäftigungsbereichen

Im Personalbestand der einzelnen **Gebietskörperschaften** zeigen sich von 1970 bis 1993 folgende Veränderungen (Übersicht B 1).

Von allen bei den Gebietskörperschaften beschäftigten Beamten entfielen auf den Bund rd. 9,3 v. H.; gut drei Viertel (rd. 78,6 v. H.) aller Beamten stehen im Landesdienst und rd. 12,2 v. H. sind bei den Gemeinden beschäftigt.

¹⁾ Ohne Beamte auf Widerruf, **einschließlich** beurlaubte Beamte.

²⁾ Einschließlich Gemeindeverbände und kommunale Zweckverbände.

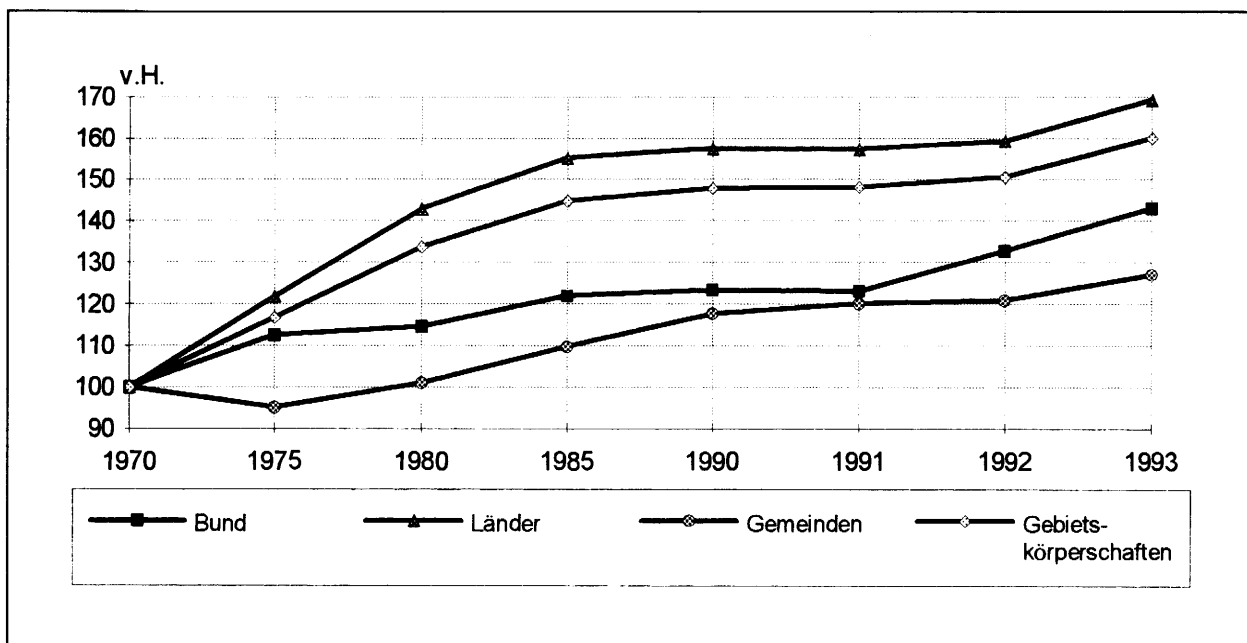
Übersicht B 1

Entwicklung der Zahl der aktiven Beamten der Gebietskörperschaften von 1970 bis 1993

Jahr	Gebietskörperschaften insgesamt		davon					
			Bund		Länder		Gemeinden	
	in Tsd.	in v. H.	in Tsd.	in v. H.	in Tsd.	in v. H.	in Tsd.	in v. H.
1970	848,0	100,0	88,0	100,0	630,0	100,0	130,0	100,0
1975	989,5	116,7	99,0	112,5	766,9	121,7	123,6	95,1
1980	1 132,2	133,5	100,7	114,4	900,3	142,9	131,2	100,9
1985	1 227,6	144,8	107,2	121,8	977,9	155,2	142,5	109,6
1990	1 253,3	147,8	108,5	123,3	992,0	157,5	152,8	117,5
1991	1 255,6	148,1	108,2	123,0	991,4	157,4	156,0	120,0
1992	1 277,1	150,6	116,8	132,7	1 003,3	159,3	157,0	120,8
1993	1 356,8	160,0	125,8	143,0	1 065,9	169,2	165,1	127,0

Schaubild B1

**Entwicklung der Zahl der aktiven Beamten (Beamte und Richter)
der Gebietskörperschaften von 1970 bis 1993**
(Basis 1970 = 100 %)



Der Anstieg der Zahl der aktiven Beamten der Gebietskörperschaften ist in erster Linie auf den Aufwuchs des öffentlichen Dienstes in den sechziger und siebziger Jahren, insbesondere bei den Ländern im Kultus- und Sicherheitsbereich zurückzuführen. Daneben spielt auch eine Rolle, daß immer mehr Beamte von den gesetzlichen Möglichkeiten einer Teilzeitbeschäftigung Gebrauch machen. In den Ländern hat sich die Gesamtzahl der teilzeitbeschäftigten Beamten von 6,4 Tsd. im Jahre 1970 auf 165,5 Tsd. im Jahre 1993 erhöht. Damit beschäftigen die Länder rd. 93,5 v. H. aller 177,1 Tsd. Teilzeitkräfte der Gebietskörperschaften. Die Frauen stellen dabei mit 162,7 Tsd. Personen (rd. 91,9 v. H.) den weitaus überwiegenden Anteil.

Übersicht B2

Beamte der Gebietskörperschaften (nach Beschäftigungsumfang)

	Einschließlich Beurlaubte			Ohne Beurlaubte								
				Insgesamt			Vollzeit			Teilzeit		
	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen
in Tsd.												
Bund	125,8	109,7	16,1	123,1	108,8	14,3	121,0	108,5	12,5	2,1	0,3	1,8
Länder	1 065,9	659,0	406,8	1 012,5	652,3	360,2	846,9	638,9	208,0	165,6	13,4	152,2
Gemeinden	165,1	117,1	47,9	157,7	116,4	41,3	148,3	115,7	32,6	9,4	0,7	8,7
Gebietskörperschaften insgesamt ..	1 356,8	885,8	470,8	1 293,3	877,5	415,8	1 116,2	863,1	253,1	177,1	14,4	162,7

Nachrichtlich:

Bei der **Bahn** (Deutsche Bahn AG) ist der Personalbestand von 209,6 Tsd. im Jahre 1970 auf 131,4 Tsd. im Jahre 1993 gesunken. Dies entspricht einer Abnahme um 78,2 Tsd. Personen oder einem Rückgang von 37,3 v. H.

Dagegen ist der Personalbestand der **Post** (Postunternehmen) seit 1970 von 248,4 Tsd. bis 1993 um 72,2 Tsd. auf 320,6 Tsd. gestiegen. Dieser Zuwachs um rd. 29,1 v. H. ist nicht nur auf allgemeine Stellenerhöhungen, sondern wesentlich auch auf die verstärkte Übernahme von Arbeitnehmern in das Beamtenverhältnis zurückzuführen. Im Zusammenhang mit den Strukturmaßnahmen der heutigen Postunternehmen wird sich die Zahl der Beamten künftig jedoch immer weiter verringern. 16,6 Tsd. oder rd. 5,2 v. H. der in den Postunternehmen tätigen Beamten waren im Jahre 1993 teilzeitbeschäftigt; zu 97,6 v. H. waren dies Frauen.

Beim **mittelbaren öffentlichen Dienst** ist der Personalbestand von 14,3 Tsd. im Jahre 1970 um 22,6 Tsd. auf 36,9 Tsd. im Jahre 1993 (+158,0 v. H.) angestiegen. Auch hier ist Grund der Aufgabenzuwachs, insbesondere in der Arbeitsverwaltung.

Frauenanteil in den Beschäftigungsbereichen

Unter den rd. 1,36 Mio. Beamten der Gebietskörperschaften waren 470,8 Tsd. Frauen (34,7 v. H.). Von allen Vollzeitbeschäftigten (rd. 1,12 Mio.) waren nur 253,1 Tsd. (22,7 v. H.) Frauen. Ihr Anteil bei den Teilzeitbeschäftigten (177,1 Tsd.) betrug dagegen 91,9 v. H. (162,7).

Deutliche Unterschiede zeigt ein Blick auf den jeweiligen Frauenanteil innerhalb der einzelnen Gebietskörperschaften (Übersicht B3).

Übersicht B3

Verteilung der weiblichen Beamten (nach Gebietskörperschaften)

Beschäftigungsbereich	Anzahl in Tsd.	v. H.
Bund	16,1	3,4
Länder	406,8	86,4
Gemeinden	47,9	10,2
Gebietskörperschaften insgesamt	470,8	100,0

Sowohl die Zahl der weiblichen Beamten als auch ihr jeweiliger Anteil an der Gesamtzahl der Beamten hat sich von 1960 bis heute in allen Gebietskörperschaften entscheidend verändert (Übersicht B4).

Beide Übersichten machen deutlich, daß die weitaus überwiegende Zahl der weiblichen Beamten in den Ländern beschäftigt ist. Im Bund und in den Gemeinden sind erst ab 1980 verstärkt Frauen eingestellt worden; ihr Anteil an den Beamten insgesamt ist jedoch noch – insbesondere beim Bund mit 12,8 v. H. – vergleichsweise gering.

Ein Blick auf die Verteilung nach Geschlecht, Laufbahngruppen und Beschäftigungsbereichen gibt weiteren Aufschluß (Übersicht B5).

Deutlich wird der überaus hohe Anteil der Beamtinnen des gehobenen Dienstes der Länder. Dies ist in erster Linie auf die große Zahl der weiblichen Beamten im Bildungsbereich (Schulen, Hochschulen) zurückzuführen. Im Bund und in den Gemeinden hingegen überwiegt der Frauenanteil im gehobenen und mittleren Dienst. Im höheren Dienst sind weibli-

Übersicht B4

Entwicklung der Zahl der Beamten der Gebietskörperschaften (nach Geschlecht)

Jahr	Gebietskörperschaften insgesamt				Bund				Länder				Gemeinden			
	Männer		Frauen		Männer		Frauen		Männer		Frauen		Männer		Frauen	
	in Tsd.	Anteil in v. H.	in Tsd.	Anteil in v. H.	in Tsd.	Anteil in v. H.	in Tsd.	Anteil in v. H.	in Tsd.	Anteil in v. H.	in Tsd.	Anteil in v. H.	in Tsd.	Anteil in v. H.	in Tsd.	Anteil in v. H.
1960	541,5	85,4	92,3	14,6	69,4	99,4	0,4	0,6	372,4	81,3	85,6	18,7	99,7	94,1	6,3	5,9
1965	602,6	82,9	124,4	17,1	83,4	98,6	1,2	1,4	408,3	78,1	114,6	21,9	110,9	92,8	8,6	7,2
1970	681,2	80,3	166,8	19,7	86,5	98,3	1,5	1,7	475,7	75,5	154,3	24,5	119,0	91,5	11,0	8,5
1975	755,9	76,4	233,6	23,6	95,9	96,9	3,1	3,1	550,3	71,8	216,6	28,2	109,7	88,8	13,9	11,2
1980	840,4	74,2	291,8	25,8	96,6	95,9	4,1	4,1	632,5	70,3	267,8	29,7	111,3	84,8	19,9	15,2
1985	880,5	71,7	347,1	28,3	100,1	93,4	7,1	6,6	666,8	68,2	311,1	31,8	113,6	79,7	28,9	20,3
1990	869,9	69,4	383,4	30,6	98,6	90,9	9,9	9,1	655,5	66,1	336,5	33,9	115,8	75,8	37,0	24,2
1991	870,0	69,3	385,6	30,7	98,2	90,8	10,0	9,2	654,8	66,0	336,6	34,0	117,0	75,0	39,0	25,0
1992	873,1	68,4	404,0	31,6	104,2	89,2	12,6	10,8	652,9	65,1	350,4	34,9	116,0	73,9	41,0	26,1
1993 *)	885,8	65,3	470,8	34,7	109,7	87,2	16,1	12,8	659,0	61,8	406,8	38,2	117,1	71,0	47,9	29,0

*) Einschließlich Beurlaubte.

Verteilung der Beamten der Gebietskörperschaften nach Geschlecht und Laufbahngruppen im Jahr 1993

	höherer Dienst		gehobener Dienst		mittlerer Dienst		einfacher Dienst	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Bund	16 448	2 107	31 372	6 249	58 348	6 604	3 260	230
Länder	211 580	73 801	248 735	277 187	189 912	54 189	8 540	364
Gemeinden	21 156	3 476	57 797	25 496	37 456	18 882	738	42
Gebietskörperschaften insgesamt	249 184	79 384	337 904	308 932	285 716	79 675	12 538	636

Abweichungen gegenüber Übersicht B2 durch einer Laufbahngruppe nicht zuordenbare Beschäftigte (vgl. Anhang zu Teil B, Seite 131, Tabelle B 2.2).

che Beamte überall deutlich unterrepräsentiert. Angaben in Prozent verdeutlichen das Gesamtbild:

Übersicht B6

Prozentualer Anteil weiblicher Beamter nach Laufbahngruppen

	höherer	gehobener	mittlerer	einfacher
	Dienst			
Bund	13,9	41,1	43,5	1,5
Länder	18,2	68,3	13,4	0,1
Gemeinden	7,3	53,2	39,4	0,1
Gebietskörperschaften insgesamt	16,9	66,0	17,0	0,1

Unmittelbare Auswirkungen auf die Personalkosten hat der jeweilige Frauenanteil insoweit, als weibliche Beamte über 90 v. H. aller Teilzeit- und Beurlaubungsfälle stellen (vgl. Übersicht B 2). Entscheidend dabei ist, ob im Falle einer Freistellung vom Dienst durch Teilzeit oder Beurlaubung Neueinstellungen erforderlich werden, oder ob ein interner Ausgleich durch Umorganisation möglich ist.

2.2 Entwicklung in den einzelnen Laufbahngruppen (nur Gebietskörperschaften)

Von 1970 bis 1993 hat sich die Verteilung der Beamten auf die einzelnen Laufbahngruppen erkennbar verschoben: Während die Zahl der Beamten des einfachen Dienstes überall zurückging, zeigen der mittlere und noch mehr gehobener und höherer Dienst erhebliche Zuwachsraten:

Entwicklung der Zahl der aktiven Beamten nach Laufbahngruppen 1970 und 1993

Laufbahngruppen	Gebietskörperschaften insgesamt				Bund				Länder				Gemeinden			
	1970	1993 *)	mehr/weniger		1970	1993 *)	mehr/weniger		1970	1993 *)	mehr/weniger		1970	1993 *)	mehr/weniger	
	in Tsd.		in v. H.		in Tsd.		in v. H.		in Tsd.		in v. H.		in Tsd.		in v. H.	
Höherer Dienst	186,0	328,6	+142,6	+76,7	13,0	18,6	+ 5,6	+43,1	155,0	285,4	+130,4	+84,1	18,0	24,6	+ 6,6	+36,7
Gehobener Dienst	393,5	646,8	+253,3	+64,4	28,0	37,6	+ 9,6	+34,3	299,0	525,9	+226,9	+75,9	66,5	83,3	+16,8	+25,3
Mittlerer Dienst	251,0	365,4	+114,4	+45,6	38,0	65,0	+27,0	+71,1	169,0	244,1	+ 75,1	+44,4	44,0	56,3	+12,3	+28,0
Einfacher Dienst	19,5	13,2	- 6,3	-32,3	9,0	3,5	- 5,5	-61,1	9,0	8,9	- 0,1	- 1,1	1,5	0,8	- 0,7	-46,7
Gesamt	850,0	1354,0	+504,0	+59,3	88,0	124,7	+36,7	+41,7	632,0	1 064,3	+432,3	+68,4	130,0	165,0	+35,0	+26,9

*) Ohne nicht zuordenbare Beurlaubte.

Deutlicher wird die Entwicklung bei einem direkten Vergleich der jeweiligen Zahl der Laufbahngruppenangehörigen in den Jahren 1970 und 1993:

Schaubild B2

Aktive Beamte nach Laufbahngruppen im Jahr 1970 (in Tsd.)

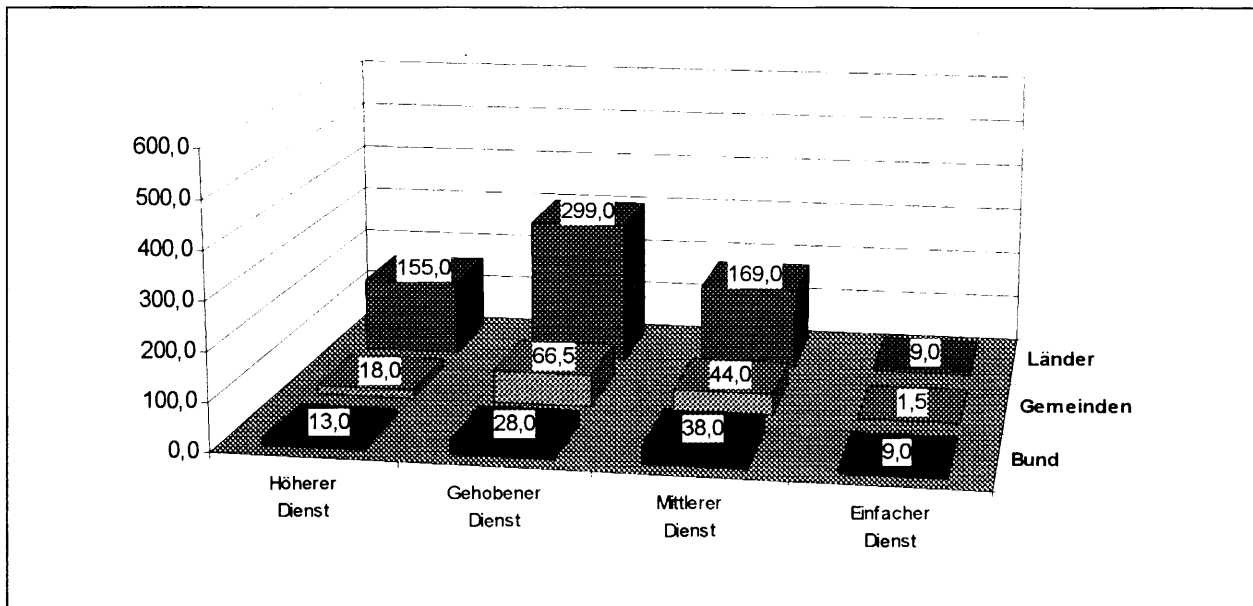


Schaubild B3

Aktive Beamte nach Laufbahngruppen im Jahr 1993 (in Tsd.)

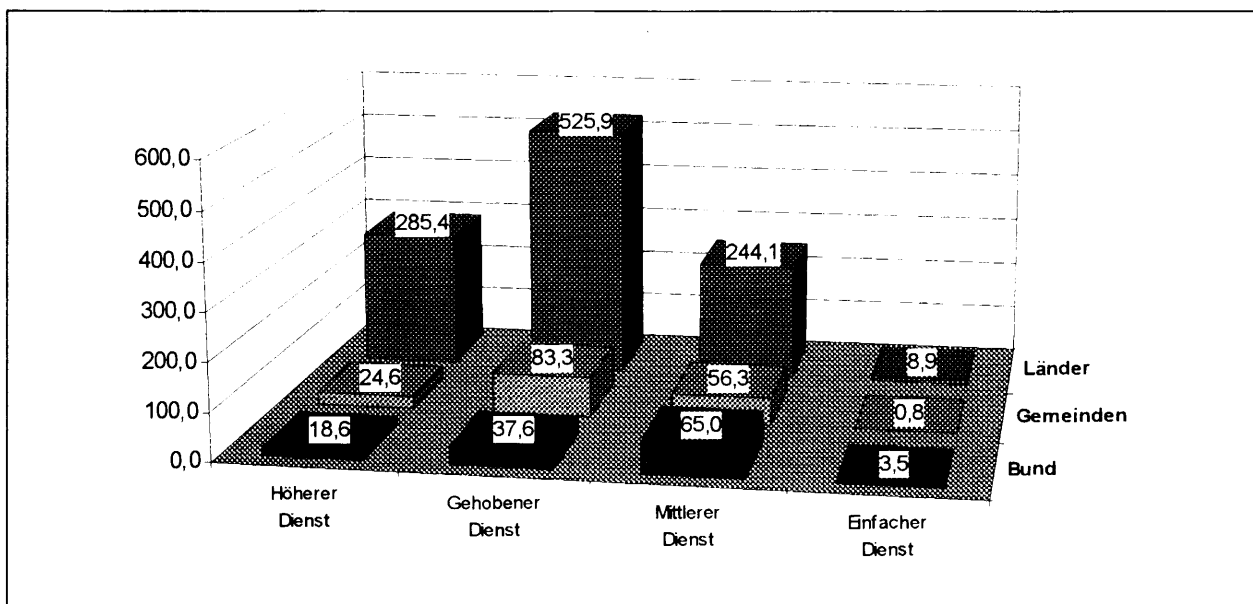
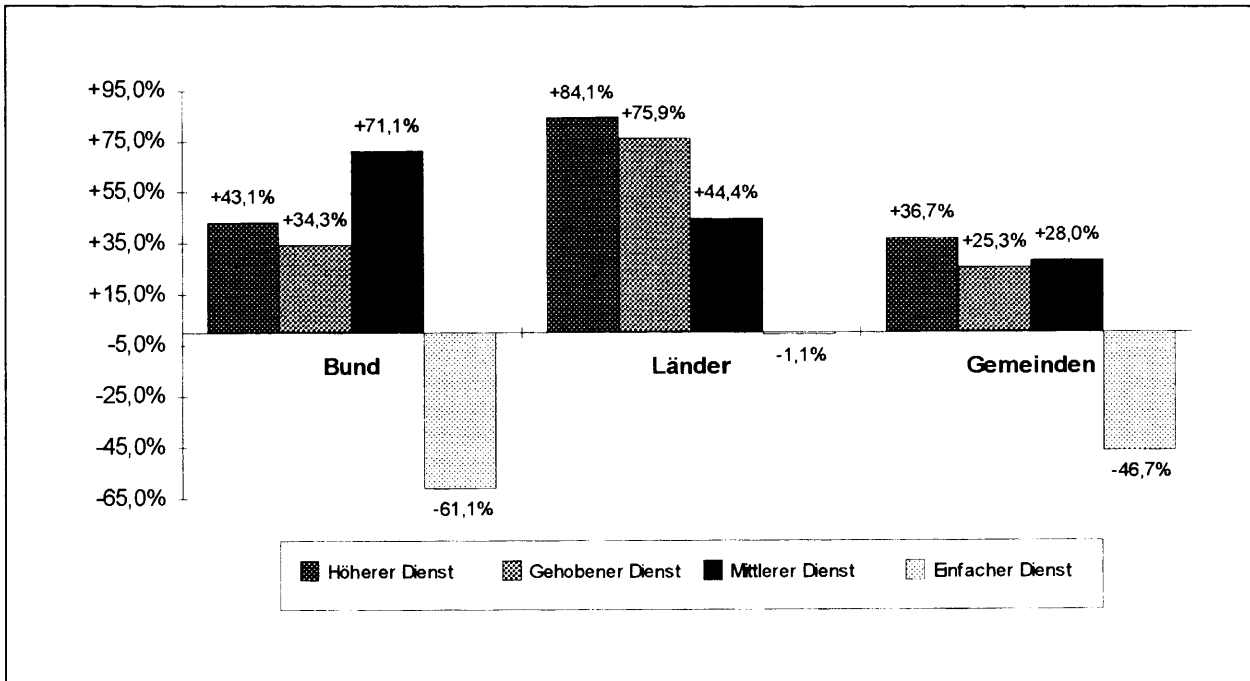


Schaubild B 4

Gegenüberstellung der aktiven Beamten nach Laufbahngruppen in den Jahren 1970 und 1993



Übersicht B 7 zeigt die Zunahme der Zahl der Beamten der **Gebietskörperschaften** von 850 000 (1970) um 504 000 (+59,3 v. H.) auf insgesamt 1 354 000 (1993). Von der absoluten Steigerung um 504 000 Personen entfielen 36 700 (7,3 v. H.) auf den Bund, 432 300 (85,8 v. H.) auf die Länder und 35 000 (6,9 v. H.) auf die Gemeinden. Die im Gesamtergebnis enorme Personalmehrung ist danach ganz überwiegend bei den Ländern erfolgt (Schaubild B4).

Vergleicht man die Entwicklung der einzelnen Laufbahngruppen in den Gebietskörperschaften insgesamt, ist festzustellen, daß die Zahl der Beamten nur im einfachen Dienst von 19 500 um 6 300 (-32,3 v. H.) auf 13 200 zurückgegangen ist. Demgegenüber sind die Zahlen im mittleren Dienst von 251 000 um

114 400 (+45,6 v. H.) auf 365 400, im gehobenen Dienst von 393 500 um 253 300 (+64,4 v. H.) auf 646 800 und im höheren Dienst von 186 000 um 142 600 (+76,7 v. H.) auf 328 600 gestiegen. Das Gros des Personalzuwachses betrifft somit den gehobenen und höheren Dienst.

Innerhalb der einzelnen Gebietskörperschaften ist diese Entwicklung vom Trend her einheitlich, im Ausmaß jedoch unterschiedlich. Die jeweiligen Auswirkungen des strukturellen Prozesses lassen sich anhand der absoluten Veränderungen noch verdeutlichen (Übersicht B8).

Der weitaus größte Teil des Zuwachses entfällt wegen der Länderzuständigkeit für die Bereiche Bildung und innere Sicherheit auf die Länder.

Übersicht B8

Verteilung der Entwicklung nach Laufbahngruppen auf die einzelnen Gebietskörperschaften

Laufbahngruppen	mehr/ weniger	davon in den einzelnen Beschäftigungsbereichen					
		Bund		Länder		Gemeinden	
		in Tsd.	in v. H.	in Tsd.	in v. H.	in Tsd.	in v. H.
Höherer Dienst	142,6	5,6	3,9	130,4	91,4	6,6	4,6
Gehobener Dienst	253,3	9,6	3,8	226,9	89,6	16,8	6,6
Mittlerer Dienst	114,4	27,0	23,6	75,1	65,6	12,3	10,8
Einfacher Dienst	-6,3	-5,5	-87,3	-0,1	-1,6	-0,7	-11,1

2.3 Altersstruktur und Aufgabenbereiche im Basisjahr 1993

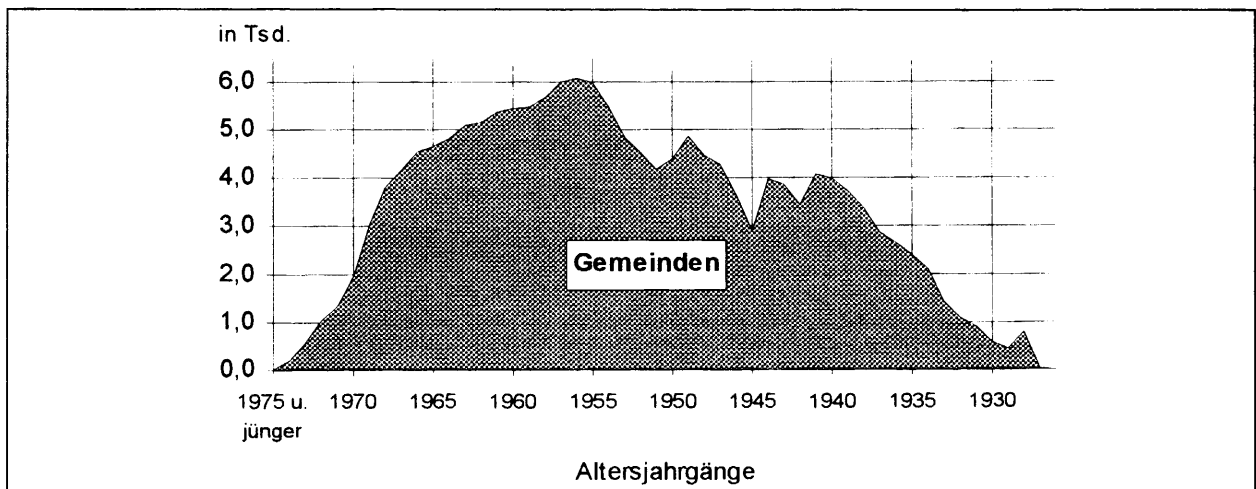
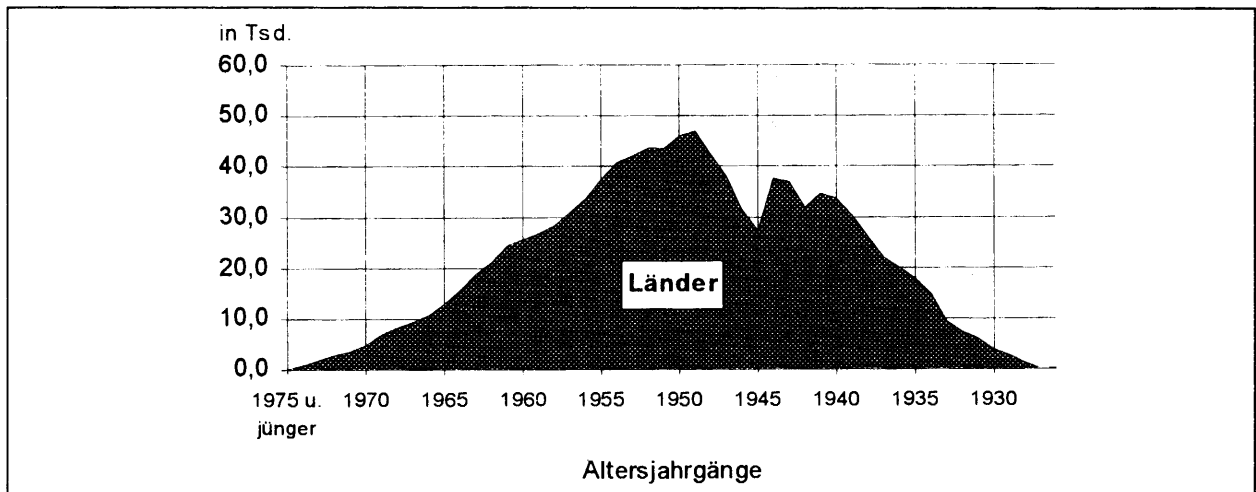
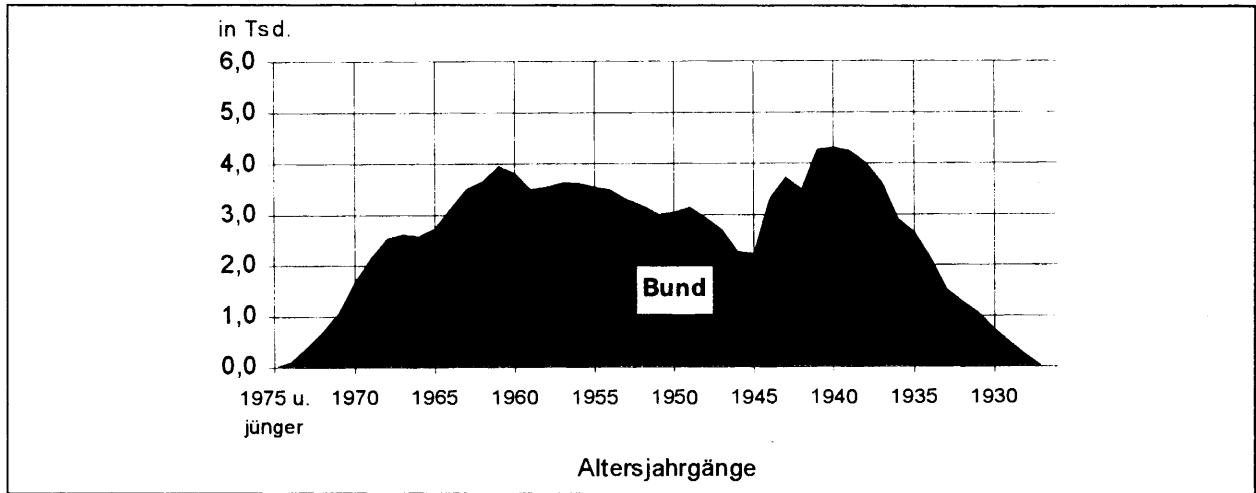
Wesentlich für die Entwicklung der Versorgungsausgaben in den nächsten Jahren ist die heutige Altersstruktur der Beamten. Eine detaillierte Aufstellung enthält die Tabelle B 2.3. Insbesondere die

mittleren und älteren Jahrgänge werden im Zeitraum bis 2008 von ausschlaggebender Bedeutung für den Anstieg der Zahl der Versorgungsempfänger und damit der Versorgungskosten sein.

Ein Blick auf die Altersjahrgänge der Beamten in den einzelnen Gebietskörperschaften zeigt im Jahre 1993 folgendes Bild:

Schaubild B5

Altersstruktur der aktiven Beamten im Jahr 1993



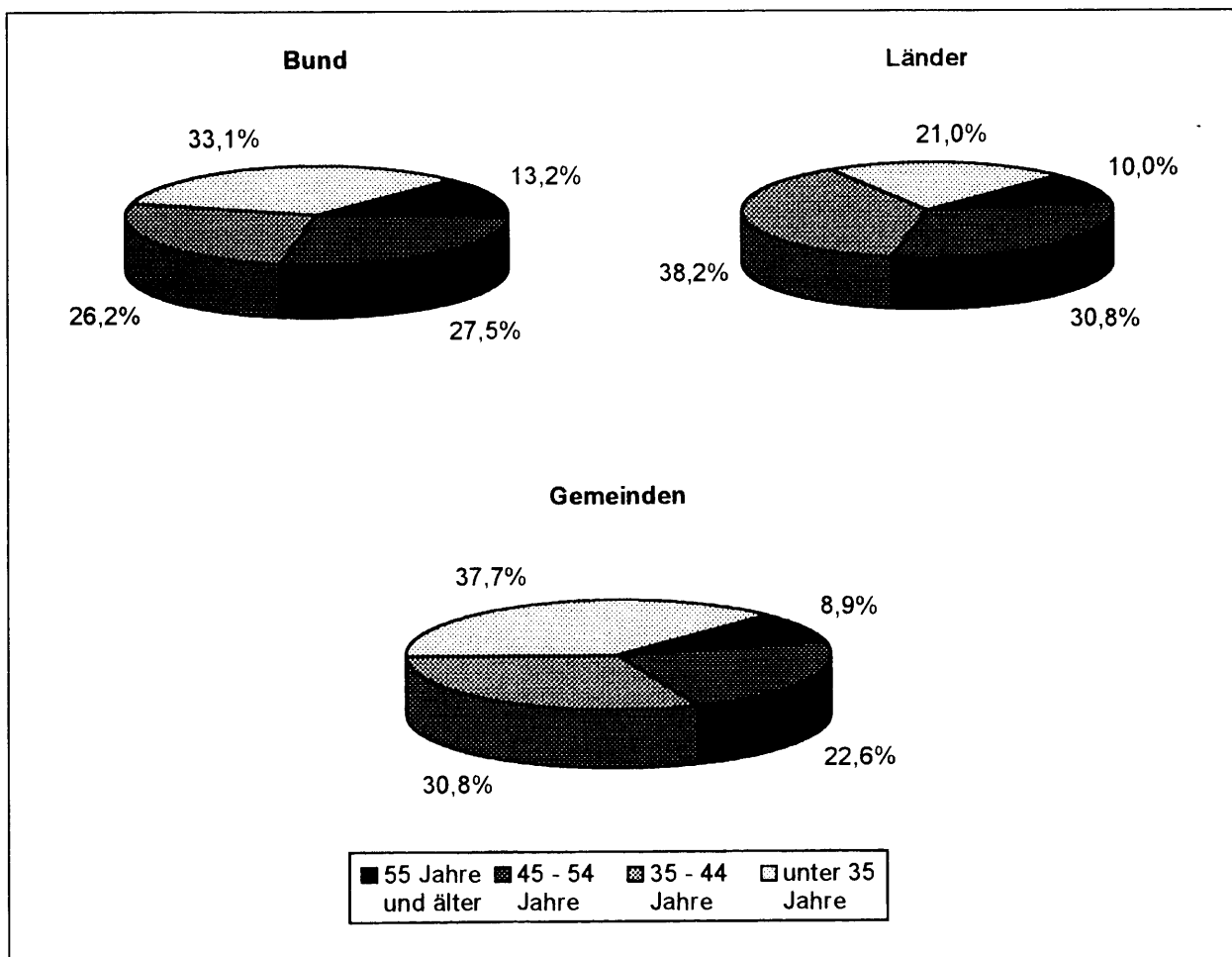
Beamte der Gebietskörperschaften nach Altersklassen im Jahr 1993

	Bund		Länder		Gemeinden	
	Anzahl	v. H.	Anzahl	v. H.	Anzahl	v. H.
55 Jahre und älter	16 650	13,2	106 305	10,0	14 731	8,9
45–54 Jahre	34 615	27,5	328 724	30,8	37 246	22,6
35–44 Jahre	32 946	26,2	407 307	38,2	50 809	30,8
unter 35 Jahre	41 605	33,1	223 544	21,0	62 329	37,7
insgesamt	125 816	100,0	1 065 880	100,0	165 115	100,0

Während die Verteilung auf einzelne Altersklassen beim **Bund** relativ ausgewogen ist, zeigt sich bei den **Ländern** ein deutliches Ungleichgewicht: der Schwerpunkt liegt hier in den mittleren Altersklassen, gleichzeitig sind die jüngeren Jahrgänge unterrepräsentiert. Dies hat zur Folge, daß es im Prognosezeitraum bis 2008 und darüber hinaus bei den Ländern zu einem überproportionalen Anstieg der Ver-

Schaubild B6

Aktive Beamte der Gebietskörperschaften nach Altersklassen im Jahr 1993



sorgungszugänge kommen wird. Bei den **Gemeinden** ist demgegenüber der hohe Anteil der jüngeren Altersjahrgänge hervorzuheben, deren spätere Versorgung – zeitversetzt – erst in einigen Jahrzehnten aufzubringen ist.

Ein Blick auf die Verteilung nach Geschlecht zeigt, daß bei den **Ländern** der Anteil weiblicher Beamter in der Altersklasse von 35 bis 44 Jahren besonders hoch ist:

Übersicht B10

Beamte der Länder nach Altersklassen und Geschlecht

Altersklasse	Männer		Frauen	
	Anzahl	v. H.	Anzahl	v. H.
55 Jahre und älter	85 060	12,9	21 245	5,2
45 bis 54 Jahre	223 311	33,9	105 413	25,9
35 bis 44 Jahre	223 806	34,0	183 501	45,1
unter 35 Jahre	126 862	19,2	96 682	23,8

Auf die unterschiedlichen **Aufgabenbereiche** innerhalb der Gebietskörperschaften³⁾ verteilen sich die insgesamt 1 293 353⁴⁾ Beamten wie folgt:

Übersicht B11

Beamte der Gebietskörperschaften nach Aufgabenbereichen

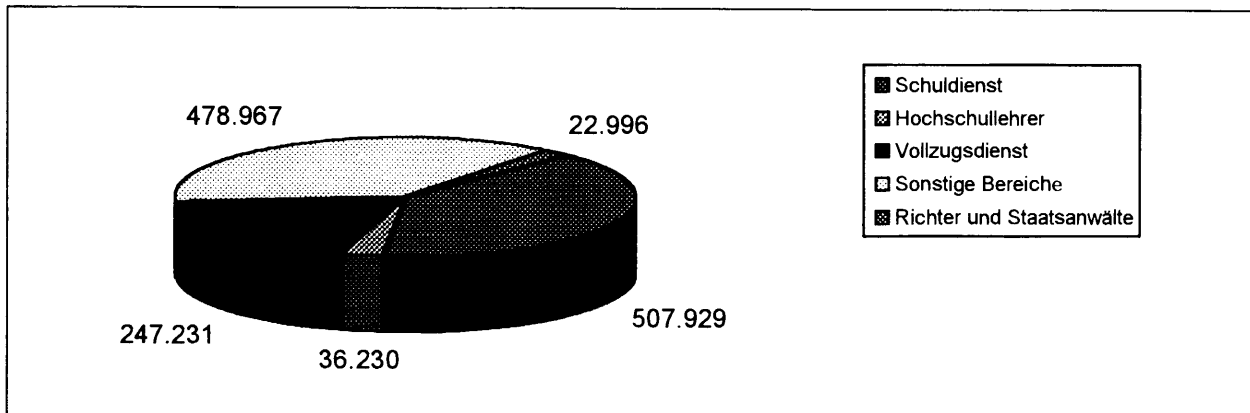
	Anzahl	v. H.
Schuldienst	507 929	39,3
Hochschullehrer	36 230	2,8
Vollzugsdienst	247 231	19,1
Sonstige Bereiche	478 967	37,0
Richter und Staatsanwälte	22 996	1,8
Insgesamt	1 293 353	100,0

³⁾ Nur Bund, Länder, Gemeinden (ohne Bahn, Post, mittelbaren öffentlichen Dienst).

⁴⁾ Ohne Beurlaubte, da keine Zuordnung zu Aufgabenbereichen möglich.

Schaubild B7

Beamte nach Aufgabenbereichen im Jahr 1993



Innerhalb der Aufgabenbereiche sind die jeweiligen Anteile der einzelnen Laufbahngruppen unterschiedlich verteilt:

Übersicht B12

Beamte der einzelnen Aufgabenbereiche nach Laufbahngruppen

	Insgesamt		davon									
			Schuldienst		Hochschullehrer		Vollzugsdienst		Sonstige Bereiche		Richter und Staatsanwälte	
	Anzahl	v. H.	Anzahl	v. H.	Anzahl	v. H.	Anzahl	v. H.	Anzahl	v. H.	Anzahl	v. H.
Höherer Dienst	317 815	24,6	171 438	33,8	36 230	100,0	5 258	2,1	81 893	17,1	22 996	100,0
Gehobener Dienst	610 660	47,2	336 491	66,2			52 626	21,3	221 543	46,3		
Mittlerer Dienst	351 775	27,2					189 120	76,5	162 655	34,0		
Einfacher Dienst	13 103	1,0					227	0,1	12 876	2,7		
Insgesamt	1 293 353	100,0	507 929	100,0	36 230	100,0	247 231	100,0	478 967	100,0	22 996	100,0

Die besondere Laufbahnstruktur in den jeweiligen Aufgabenbereichen verdeutlicht, daß an die berufliche Qualifikation der Beamten unterschiedlich hohe Anforderungen gestellt werden. So sind im Schuldienst nur Beamte des gehobenen (66,2 v. H.) und höheren Dienstes (33,8 v. H.) beschäftigt. Hochschullehrer sowie Richter und Staatsanwälte gehören ausschließlich dem höheren Dienst an. Die Beamten des Vollzugsdienstes sind dagegen überwiegend im mittleren (76,5 v. H.) und gehobenen Dienst (21,3 v. H.) eingestuft. Die Beamten der sonstigen Aufgabenbereiche verteilen sich auf alle Laufbahngruppen.

Insgesamt hat sich die Zahl der Beamten der Gebietskörperschaften gegenüber dem Personalbestand im Jahr 1970 um 445 400 erhöht (+52,5 v. H.). Innerhalb der einzelnen Aufgabenbereiche⁵⁾ ist der Zuwachs an aktiven Beamten⁶⁾ jedoch uneinheitlich (Übersicht B 13, Schaubild B 8):

⁵⁾ Gebietsstand früheres Bundesgebiet – Bund 1993 einschließlich neue Länder.
⁶⁾ Teilweise geschätzt (ohne Beamte auf Widerruf); ohne Beurlaubte.

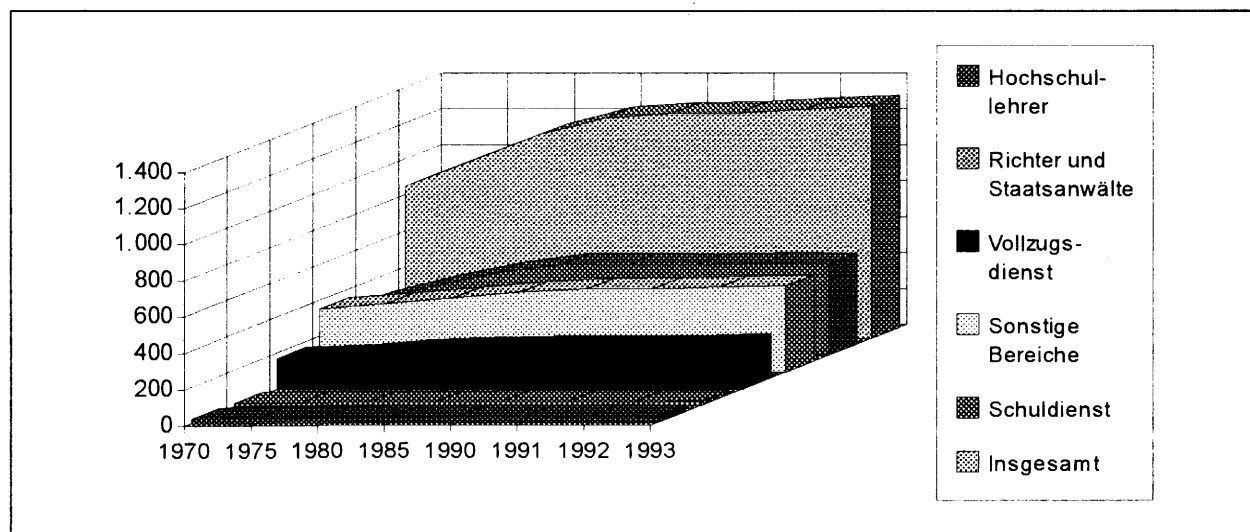
Übersicht B 13

Entwicklung der Zahl der Beamten nach Aufgabenbereichen von 1970 bis 1993

Jahr	Insgesamt in Tsd.	davon				
		Schuldienst	Hochschullehrer	Vollzugsdienst	Sonstige Bereiche	Richter und Staatsanwälte
1970	848,0	291,0	24,0	166,0	350,0	17,0
1975	989,5	380,5	29,0	183,0	379,0	18,0
1980	1 132,2	457,0	31,0	212,0	412,7	19,5
1985	1 227,8	506,2	33,0	225,0	443,3	20,3
1990	1 253,1	504,7	34,2	231,7	461,0	21,5
1991	1 255,5	503,9	35,6	231,5	462,5	22,0
1992	1 277,3	510,1	36,7	235,9	471,9	22,7
1993	1 293,4	507,9	36,2	247,2	479,0	23,0

Schaubild B 8

Entwicklung der Zahl der Beamten nach Aufgabenbereichen 1970 bis 1973



Die Entwicklung des Personalbestands von 1970 bis heute verdeutlicht das Ausmaß der Personalmehrungen, die in den nächsten Jahrzehnten zu einem entsprechend starken Anstieg der Versorgungsempfängerzahlen führen werden. Die durch diesen Personalbestand bereits vorgegebene Entwicklung der Versorgungsausgaben ist daher für den Zeitraum bis 2008 und darüber hinaus von der künftigen Entwicklung des Personals im Aktivbereich, d. h. der Einstellungspolitik der Zukunft, weitestgehend unabhängig. Gleichwohl wirken sich heutige Personaleinsparungen bei den Gesamt-Personalausgaben des öffentlichen Dienstes unmittelbar aus.

Der Anstieg des Personalbestands ist vor allem auf den Aufgabenzuwachs im öffentlichen Dienst und auf die veränderten gesellschaftlichen Anforderungen an den Staat zurückzuführen, und zwar insbesondere im Bildungsbereich (Schulen, Hochschulen) und im Bereich der inneren Sicherheit (Vollzugsdienst), in Bereichen also, auf die bei den Ländern der mit Abstand größte Personalanteil entfällt. Dies zeigen die signifikant unterschiedlich hohen Zuwachsraten in den genannten Aufgabenbereichen.

Übersicht B14

Gegenüberstellung der Zahl der Beamten nach Aufgabenbereichen 1970 und 1993

	Jahr		Steigerung	
	1970	1993	um (- 1 000-)	in v. H.
Schuldienst ...	291,0	507,9	216,9	74,5
Hochschul- lehrer	24,0	36,2	12,2	50,8
Vollzugsdienst	166,0	247,2	81,2	48,9
Sonstige Bereiche	350,0	479,0	129,0	36,9
Richter und Staatsanwälte .	17,0	23,0	6,0	35,3
Insgesamt	848,0	1 293,4	445,4	52,5

Seit 1970 hat sich der Personalbestand im Schuldienst um 74,5 v. H. und im Hochschulbereich um 50,8 v. H. erhöht. Im Bereich der inneren Sicherheit ist die Zahl der Beamten um 48,9 v. H. gestiegen. Dagegen hat die Zahl der Beamten in den sonstigen Aufgabenbereichen lediglich um 36,9 v. H. zugenommen.

Derzeit sind bei den Gebietskörperschaften allein in den Bereichen Bildung, innere Sicherheit und im Rechtsschutz rd. 63 v. H. aller Beamten (814 300) tätig. Ein Großteil von ihnen ist somit in Aufgabenbereichen eingesetzt, in denen aufgrund der Entwicklung der Schülerzahlen und zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung zusätzliches Personal eingestellt werden mußte. Hinzu kommt, daß die zunehmende Internationalisierung und Technisierung des Wirtschaftsstandortes Deutschland

- ein höheres Bildungs- und Ausbildungsniveau,
 - eine anspruchsvollere Rechtspflege,
 - mehr Sicherheit und
 - einen höheren Standard im Gesundheitswesen
- erforderlich gemacht haben. Aus diesen Gründen haben Gesellschaft und Wirtschaft in den letzten Jahrzehnten über den eigentlichen Aufgabenzuwachs hinaus

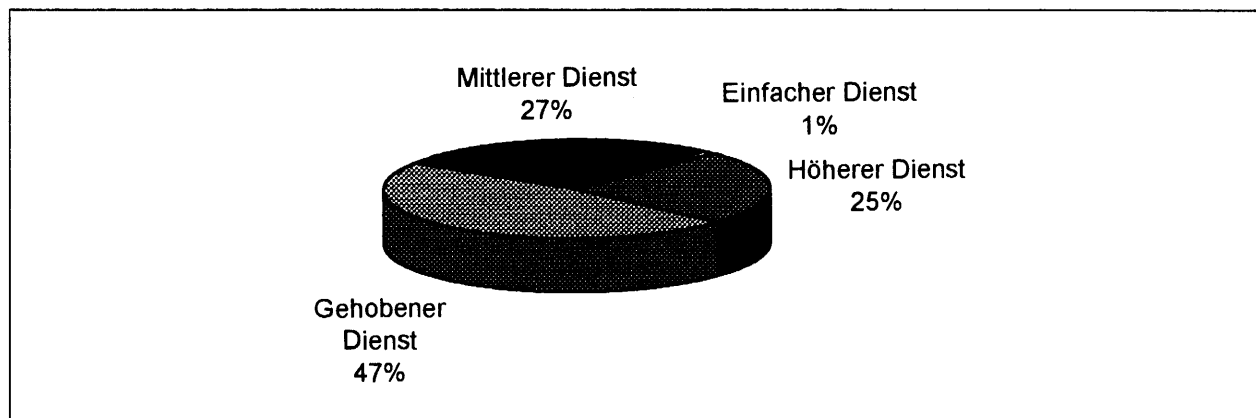
- mehr Lehrer,
- mehr wissenschaftliches Personal für die Hochschulen,
- mehr Polizei sowie
- mehr Ärzte und Pflegepersonal an Krankenhäusern und Kliniken

gefordert. Der Anstieg des Personalbestands im Bildungsbereich und im Bereich der inneren Sicherheit ist daher vor dem Hintergrund der zahlreichen Aufgaben zu sehen, die den Gebietskörperschaften seit 1970 verstärkt zugewachsen sind.

Die nachfolgenden Schaubilder geben wieder, welche Aufgabenbereiche von Beamten welcher Laufbahngruppen erfüllt werden (Schaubild B9).

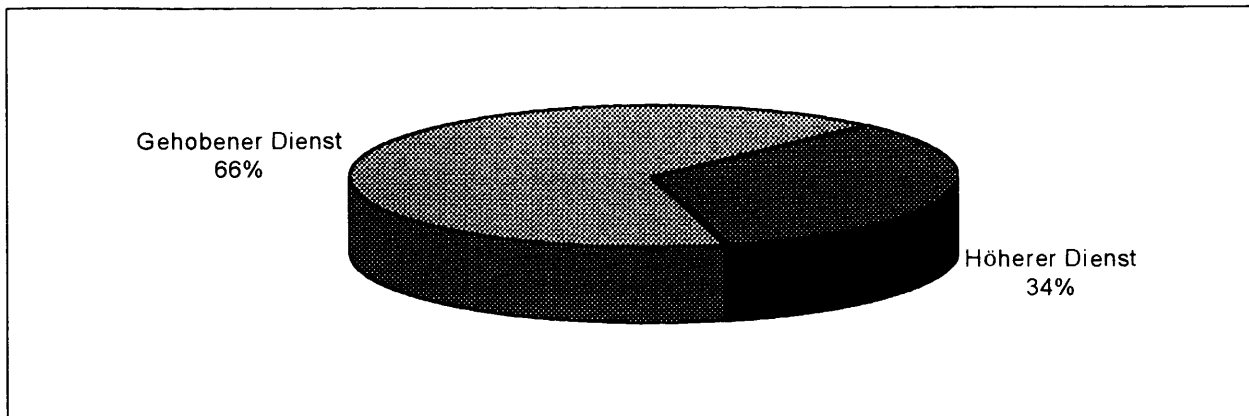
Schaubild B9

Beamte nach Laufbahngruppen im Jahr 1993 (insgesamt)

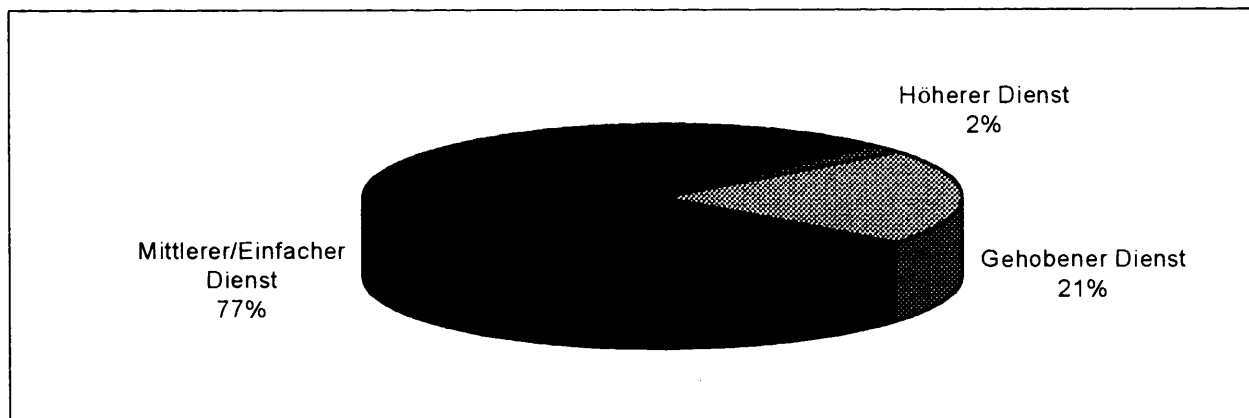


noch Schaubild B 9

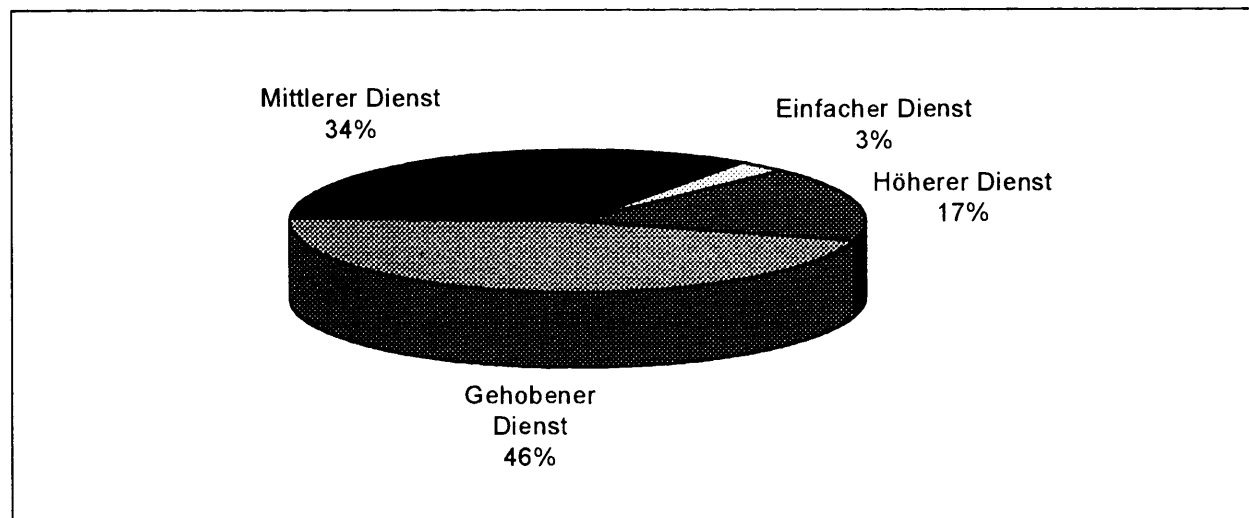
Beamte im Schuldienst



Beamte im Vollzugsdienst



Beamte in sonstigen Bereichen



3. Entwicklung der Zahl der Versorgungsempfänger nach BeamtenVG

Siehe auch Anhang, Tabellen B 4 bis B 7.3

Im Jahre 1993 betrug die Gesamtzahl der Versorgungsempfänger aller Beschäftigungsbereiche⁷⁾ rd. **1,08 Mio.**, davon allein der Gebietskörperschaften **809,2 Tsd.**⁸⁾

Bei den im folgenden als Versorgungsempfänger bezeichneten Personen handelt es sich ausschließlich um Ruhestandsbeamte und deren Hinterbliebene mit Anspruch auf Versorgung nach beamtenrechtlichen Vorschriften; dies gilt nicht für Versorgungsempfänger nach dem G131. Ebenso nicht enthalten sind Personen mit Versorgung nach beamtenrechtlichen Grundsätzen (z. B. Dienstordnungsangestellte) sowie ehemalige Angestellte oder Arbeiter, die Leistungen z. B. nach Ruhelohnordnungen oder Angestelltensatzungen aus dem jeweiligen Versorgungshaushalt eines Landes oder einer Gemeinde beziehen. Die Zahl dieser Personen und der Aufwand hierfür werden in Teil D I dargestellt.

3.1 in der Vergangenheit bis zum Basisjahr 1993

Von 1970 bis 1993 hat sich die Gesamtzahl der Versorgungsempfänger von 965,3 Tsd. um rd. 115,0 Tsd. auf rd. 1,08 Mio. erhöht. Dies entspricht einer Zuwachsrate von 11,9 v. H. Die stärksten Zunahmen entfielen auf den Zeitraum von 1975 bis 1980 (rd. 25,0 Tsd. Personen).

Innerhalb der einzelnen **Gebietskörperschaften** ist die Entwicklung unterschiedlich verlaufen:

Übersicht B 15

Gegenüberstellung der Zahl der Versorgungsempfänger der Gebietskörperschaften 1970 und 1993

	1970	Entwicklung		1993
	in Tsd.	in Tsd.	in v. H.	in Tsd.
Bund	38,5	24,4	+63,4	62,9
Länder	356,0	105,3	+29,6	461,3
Gemeinden . . .	112,0	-8,2	-7,3	103,8
gesamt	506,5	121,5	+24,0	628,0

⁷⁾ Bund, Länder und Gemeinden sowie Deutsche Bahn AG, Postunternehmen und mittelbarer öffentlicher Dienst.

⁸⁾ Aufgrund des Gesetzes über die Finanzstatistik vom 12. Juli 1973 (BGBl. I S. 773) wurde die Zahl der Versorgungsempfänger in Bund, Ländern und Gemeinden seit 1975 jährlich nach der Art der Versorgung erfaßt. Zusätzlich wurde alle drei Jahre die für die Versorgung maßgebende Besoldungsgruppe ermittelt; die entsprechenden Angaben für die Gemeinden/Gemeindeverbände wurden nur alle sechs Jahre erhoben. In der Zeit davor ist der Bestand an Versorgungsempfängern lediglich einmal für das Jahr 1968 statistisch erfaßt worden (Gesetz über eine Statistik des Personals, der Dienstbezüge, Vergütungen und Löhne im öffentlichen Dienst vom 15. Mai 1968, BGBl. I S. 385). Erhebungstichtag für die Zahl der Versorgungsempfänger ist der 1. Januar 1994.

Während **Bund** und **Länder** einen stetigen Anstieg zu verzeichnen haben, ist bei den **Gemeinden** insgesamt ein leichter Rückgang festzustellen.

Im Jahre 1993 verteilte sich dieser Gesamtbestand in den Gebietskörperschaften auf die einzelnen Versorgungsarten wie folgt:

Übersicht B 16

Versorgungsempfänger der Gebietskörperschaften 1993 (nach Versorgungsart)

	Gesamt	Empfänger von		
		Ruhegehalt	Witwen-/Witwergehalt	Waisengeld
in Tsd.				
Bund	62,9	35,3	25,4	2,2
Länder	461,3	280,1	162,0	19,2
Gemeinden . . .	103,8	58,1	42,9	2,8
Gebietskörperschaften insgesamt	628,0	373,5	230,3	24,2

Nachrichtlich:

Während der Gesamtbestand an Versorgungsempfängern seit 1970 bei der **Bahn** (Deutsche Bahn AG) von 284,3 Tsd. um rd. 40,0 Tsd. (-14,1 v. H.) auf 244,3 Tsd. gesunken ist, hat die **Post** (Postunternehmen) im gleichen Zeitraum einen Zuwachs zu verzeichnen: von 165,1 Tsd. im Jahre 1970 hat sich die Zahl um rd. 22,2 Tsd. (+13,4 v. H.) auf 187,3 Tsd. erhöht. Im **mittelbaren öffentlichen Dienst** ist der Bestand seit 1970 von 9,4 Tsd. um 8,1 Tsd. (+86,2 v. H.) auf 17,5 Tsd. gestiegen.

3.2 Analyse des Zugangsverhaltens im Basisjahr 1993

Versorgungszugänge 1993 (Ruhegehaltsempfänger)

Im Jahr 1993 sind insgesamt 21 423 Beamte der Gebietskörperschaften in den Ruhestand getreten (Zugänge). Davon entfielen auf die einzelnen Beschäftigungsbereiche:

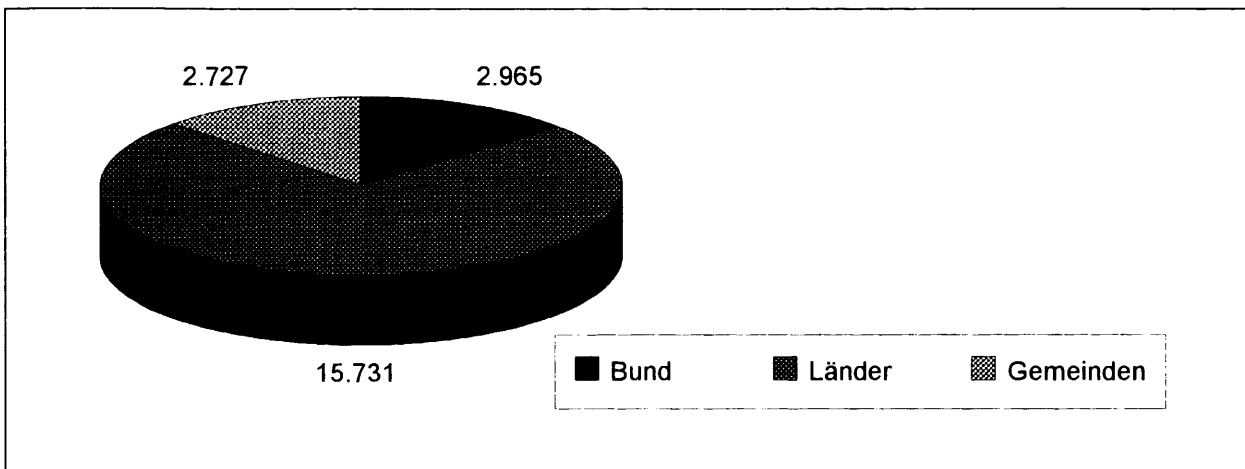
Übersicht B 17

Versorgungszugänge 1993 (Ruhegehaltsempfänger)

	Anzahl	in v. H.
Bund	2 965	13,9
Länder	15 731	73,4
Gemeinden	2 727	12,7
Gebietskörperschaften insgesamt	21 423	100,0

Versorgungszugänge (Ruhegehaltsempfänger)

Schaubild B10



Die Zahl der Versorgungszugänge von Ruhegehaltsempfängern ist durch die Anzahl und die Altersstruktur der in den einzelnen Beschäftigungsbereichen vorhandenen Beamten weitgehend vorgegeben (vgl. Teil B I 2).

Der mit 73,4 v. H. größte Anteil (bezogen auf die Gebietskörperschaften) entfiel auf die **Länder**. Dies ist auf den insgesamt hohen Personalbestand der Länder zurückzuführen, der in den letzten Jahrzehnten noch einmal stark angestiegen ist (von 1970 bis 1993 um 69,2 v. H.).

Der Anteil der auf den **Bund** entfallenden Versorgungszugänge war mit 13,9 v. H. dagegen relativ gering. Dies hat seine Ursache nicht nur in einem wesentlich niedrigeren Personalbestand, sondern auch in einem – im Vergleich zu den Ländern – deutlich geringeren Personalzuwachs (1970 bis 1993: +43,0 v. H.).

Auf die **Gemeinden** und Gemeindeverbände entfiel von der Gesamtzahl der Versorgungszugänge lediglich ein Anteil von 12,7 v. H., obwohl deren Personalbestand den des Bundes um fast ein Drittel übersteigt. Dies läßt sich mit einer günstigeren Altersstruktur der Beamten der Gemeinden und Gemeindeverbände erklären: anders als beim Bund steht hier ein vergleichs-

weise kleiner Anteil an älteren einem hohen Anteil an jüngeren Jahrgängen gegenüber.

Versorgungszugänge 1993 (Hinterbliebene)

Zu den Versorgungszugängen gehören neben den in den Ruhestand eintretenden Beamten auch die Hinterbliebenen (Witwen, Witwer, Waisen) der im aktiven Dienst verstorbenen Beamten, Hinterbliebene verstorbener Ruhegehaltsempfänger sowie sonstige Hinterbliebenenfälle. Davon entfielen auf die einzelnen Gebietskörperschaften:

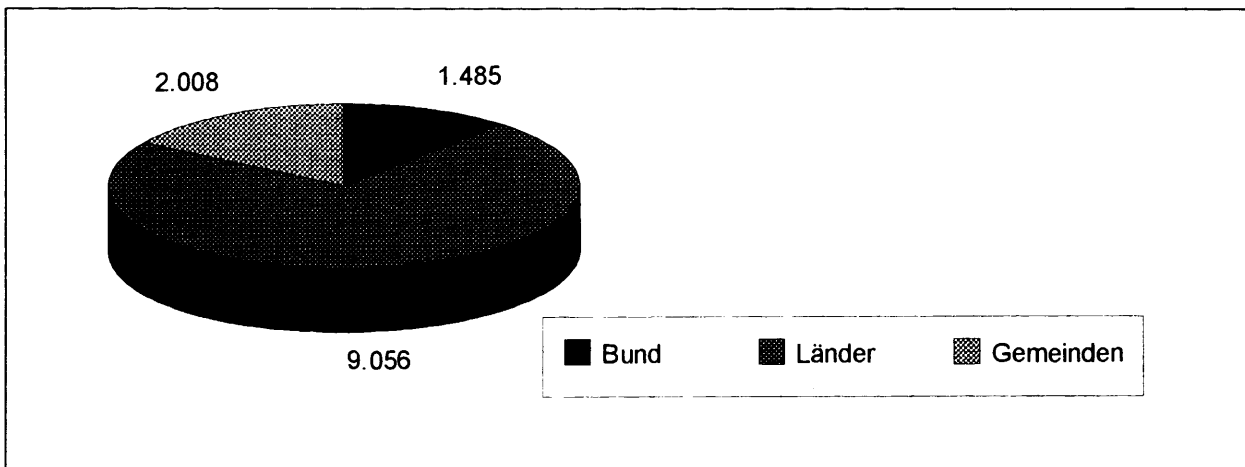
Übersicht B18

Versorgungszugänge 1993 (Hinterbliebene)

	Anzahl	in v. H.
Bund	1 485	11,8
Länder	9 056	72,2
Gemeinden	2 008	16,0
Gebietskörperschaften insgesamt	12 549	100,0

Versorgungszugänge (Hinterbliebene)

Schaubild B11



Auch die Zahl der Versorgungszugänge von Hinterbliebenen ist durch Anzahl der vorhandenen Beamten sowie Zahl und Altersstruktur der Ruhestandsbeamten in den einzelnen Beschäftigungsbereichen vorausbestimmt.

Auf die **Länder** entfiel wegen des großen Personalbestandes mit 72,2 v. H. auch hier wiederum der größte

Anteil. Beim **Bund** lag der Anteil der Versorgungszugänge von Ruhegehaltsempfängern etwas höher als der der Zugänge von Hinterbliebenen. Die **Gemeinden** stellten lediglich ein Sechstel aller Versorgungszugänge von Hinterbliebenen.

Im einzelnen stellen sich die Zugänge der Hinterbliebenen im Jahr 1993 wie folgt dar:

Übersicht B19

Zahl der Hinterbliebenen nach Beschäftigungsbereichen

	Hinterbliebene von						sonstige Hinterbliebene		
	Beamten			Ruhestandsbeamten			insgesamt	davon	
	insgesamt	davon		insgesamt	davon			Witwen	Waisen
		Witwen	Waisen		Witwen	Waisen			
Bund	325	197	128	1 159	1 082	77	1	–	1
Länder	2 489	1 282	1 207	6 493	5 625	868	74	19	55
Gemeinden	314	158	156	1 631	1 527	104	63	11	52
Gebietskörperschaften insgesamt	3 128	1 637	1 491	9 283	8 234	1 049	138	30	108

Bei der Bewertung der Versorgungszugänge von Hinterbliebenen darf nicht übersehen werden, daß sich die Gesamtzahlen sowohl auf Witwengeld- als auch auf Waisengeldempfänger beziehen. Diese Unterscheidung ist dort relevant, wo die Zahlungsdauer der Versorgungsbezüge eine Rolle spielt: Während das Witwengeld grundsätzlich bis zum Tod der Witwe gezahlt wird, steht Waisengeld in der Regel längstens bis zum 27. Lebensjahr zu (eine Ausnahme gilt nur für behinderte Waisen).

Analyse der Versorgungszugänge 1993 (Zugangsverhalten)

Von der Gesamtzahl der Zugänge von Ruhegehaltsempfängern (21 423) war der Anteil der Beamten, die wegen Erreichens der Regelaltersgrenze (65. Lebensjahr) in den Ruhestand getreten sind, relativ gering (11,5 v. H.). Die weitaus meisten Beamten wurden vorzeitig in den Ruhestand versetzt, wobei für ihr Ausscheiden aus dem aktiven Dienst verschiedene Gründe ursächlich waren:

Übersicht B20

Versorgungszugänge (Zurruhesetzungsverhalten)

Eintritt des Versorgungsfalles	insgesamt		davon			
			Männer		Frauen	
	Anzahl	v. H.	Anzahl	v. H.	Anzahl	v. H.
wegen Erreichens der Regelaltersgrenze (65 Jahre)	2 455	11,5	2 242	13,1	213	5,0
wegen Erreichens einer besonderen Altersgrenze	2 026	9,5	2 001	11,7	25	0,6
wegen Dienstunfähigkeit	8 436	39,4	5 592	32,6	2 844	66,7
auf Antrag ab dem 62. Lebensjahr	6 488	30,3	5 516	32,2	972	22,8
auf Antrag wegen Schwerbehinderung (ab dem 60. Lebensjahr)	920	4,3	774	4,5	146	3,4
wegen einer Vorruhestandsregelung	728	3,4	724	4,2	4	0,1
aus sonstigen Gründen	370	1,7	307	1,8	63	1,5
Versorgungszugänge (insgesamt)	21 423	100,0	17 156	100,0	4 267	100,0

Schaubild B 12

Versorgungszugänge (Zurruhesetzungsverhalten)

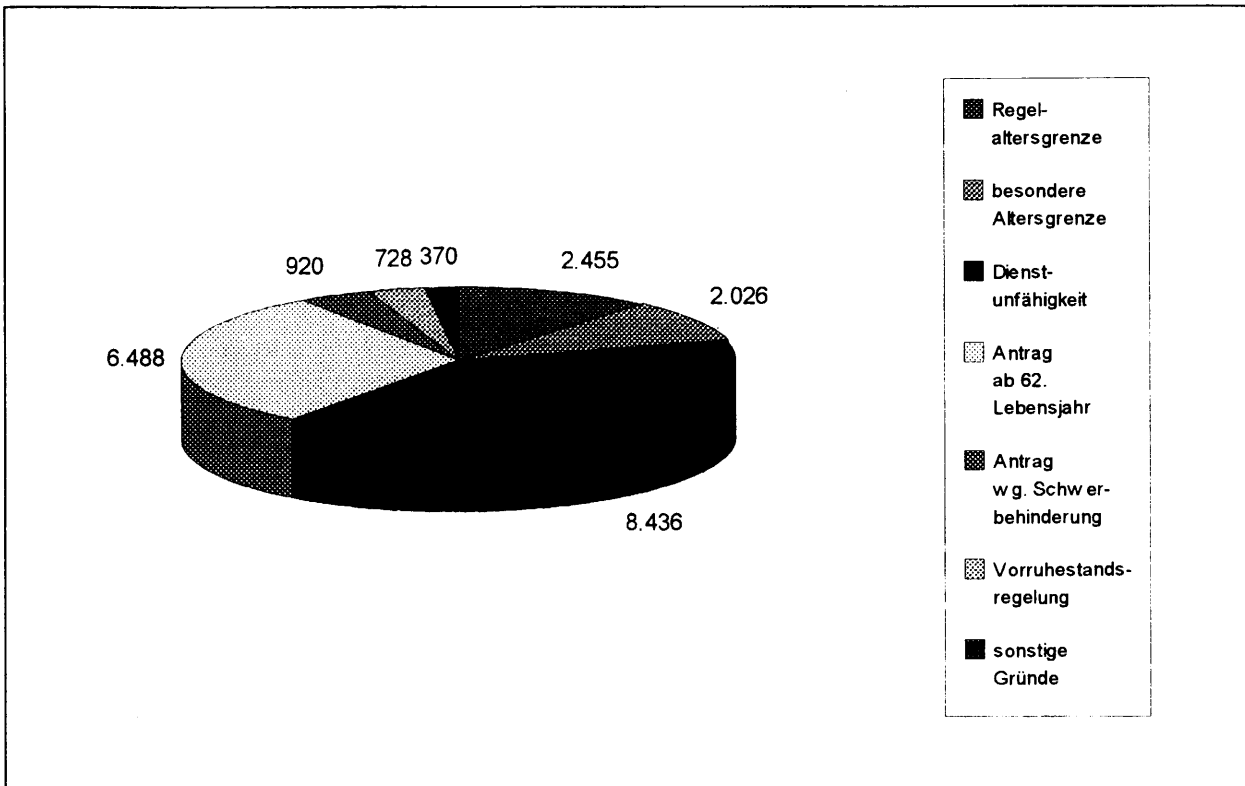
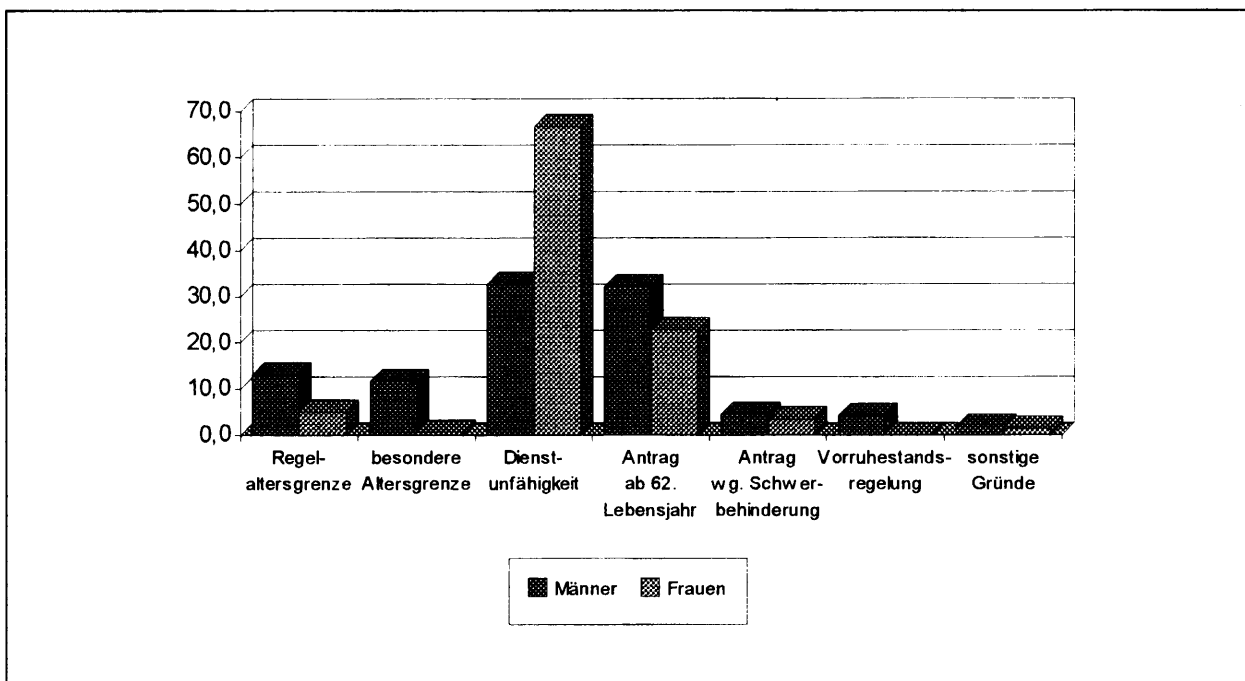


Schaubild B 13

Zurruhesetzungsverhalten (Männer/Frauen)
in v. H.



Auffallend ist der hohe Anteil der wegen Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzten Beamten (39,4 v. H.). Während bei den Männern nur etwa ein Drittel der Versorgungszugänge auf Ruhestandsversetzungen wegen Dienstunfähigkeit entfiel (32,6 v. H.), lag der entsprechende Anteil bei den Frauen mit 66,7 v. H. mehr als doppelt so hoch.

Neben der Dienstunfähigkeit, die mit Abstand den größten Teil der Versorgungszugänge ausmacht, stellt die Ruhestandsversetzung auf Antrag nach Vollendung des 62. Lebensjahres die zweitgrößte Gruppe der vorzeitigen Pensionierungen dar (30,3 v. H.). Bei den Männern betrug der Anteil der auf Antrag in den

Ruhestand versetzten Beamten 32,2 v. H., bei den Frauen machte er dagegen 22,8 v. H. aus.

Insgesamt 4,3 v. H. der Beamten sind auf Antrag wegen Schwerbehinderung, 3,4 v. H. aufgrund einer gesetzlichen Vorruhestandsregelung sowie 1,7 v. H. aus sonstigen Gründen in den Ruhestand versetzt worden.

**Versorgungszugänge 1993
(Zurruhesetzungen nach Laufbahngruppen)**

Innerhalb der einzelnen Laufbahngruppen lassen sich beim Zugangsverhalten der Beamten zum Teil gravierende Unterschiede feststellen, wie die folgende Übersicht zeigt:

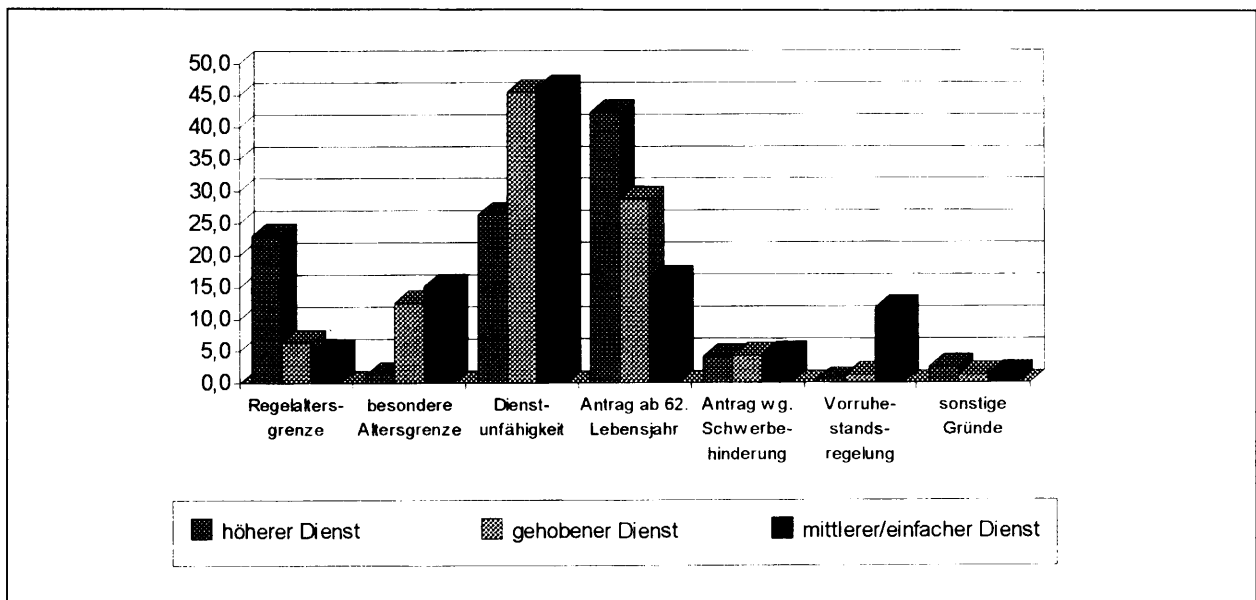
Übersicht B21

Versorgungszugänge (Zurruhesetzungsverhalten nach Laufbahngruppen)

Eintritt des Versorgungsfalles	insgesamt		davon					
			höherer		gehobener		mittlerer/einfacher	
	Anzahl	v. H.	Anzahl	v. H.	Anzahl	v. H.	Anzahl	v. H.
wegen Erreichens der Regelaltersgrenze (65 Jahre)	2 455	11,5	1 610	23,1	612	6,4	233	4,8
wegen Erreichens einer besonderen Altersgrenze	2 026	9,5	89	1,3	1 199	12,5	738	15,1
wegen Dienstunfähigkeit	8 436	39,4	1 836	26,3	4 350	45,5	2 250	46,1
auf Antrag ab dem 62. Lebensjahr	6 488	30,3	2 949	42,2	2 743	28,7	796	16,3
auf Antrag wegen Schwerbehinderung (ab dem 60. Lebensjahr)	920	4,3	228	4,1	412	4,3	220	4,5
wegen einer Vorruhestandsregelung ...	728	3,4	33	0,5	125	1,3	570	11,7
aus sonstigen Gründen	370	1,7	177	2,5	123	1,3	70	1,4
Versorgungszugänge (insgesamt)	21 423	100,0	6 982	100,0	9 564	100,0	4 877	100,0

Schaubild B14

**Versorgungszugänge (Laufbahngruppen)
in v. H.**



Die Regelaltersgrenze von 65 Jahren wurde am häufigsten von Beamten des höheren Dienstes (23,1 v. H.) erreicht. Im Vergleich dazu war der Anteil derer, die wegen Erreichens der Regelaltersgrenze ausschieden, in den übrigen Laufbahngruppen relativ gering: Im einfachen und mittleren Dienst waren dies lediglich 4,8 v. H. und im gehobenen Dienst nur 6,4 v. H. der gesamten Versorgungszugänge aus der jeweiligen Laufbahngruppe.

Ein völlig anderes Bild ergibt sich bei den Ruhestandsversetzungen wegen Dienstunfähigkeit: Während im höheren Dienst nur rund jeder vierte Beamte aus diesem Grunde in Ruhestand versetzt wurde (26,3 v. H.), war in den übrigen Laufbahngruppen bei fast jedem zweiten Beamten die Dienstunfähigkeit der Grund für den Ruhestandseintritt (45,5 v. H. des gehobenen Dienstes, 46,1 v. H. des einfachen und mittleren Dienstes).

Unterschiedlich hohe Zugangsquoten waren je nach Laufbahnzugehörigkeit auch bei den Ruhestandsversetzungen auf Antrag nach Vollendung des 62. Lebensjahres zu verzeichnen. Während 42,2 v. H. der Beamten des höheren Dienstes und 28,7 v. H. der Beamten des gehobenen Dienstes auf Antrag vorzeitig aus dem Dienst ausgeschieden sind, haben im einfachen und mittleren Dienst deutlich weniger Beamte von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht (16,3 v. H.).

Der relativ geringe Anteil der Ruhestandseintritte wegen Erreichens der Regelaltersgrenze und die große Zahl der vorzeitigen Ruhestandsversetzungen haben sich ersichtlich auf das bei Eintritt des Versorgungsfalles erreichte Durchschnittsalter der Beamten ausgewirkt. Daneben wird die Höhe dieses Durchschnittsalters zwangsläufig aber auch durch den Anteil der Beamten beeinflusst, für die eine besondere Altersgrenze gilt und die danach kraft Gesetzes bereits mit Vollendung des 60. Lebensjahres in den Ruhestand treten. Hierzu gehören insbesondere die Beamten im Polizei- und Justizvollzugsdienst sowie im Einsatzdienst der Berufsfeuerwehren.

Nicht zuletzt aus diesem Grunde ist das von den Beamten erreichte Durchschnittsalter innerhalb der einzelnen Beschäftigungsbereiche unterschiedlich:

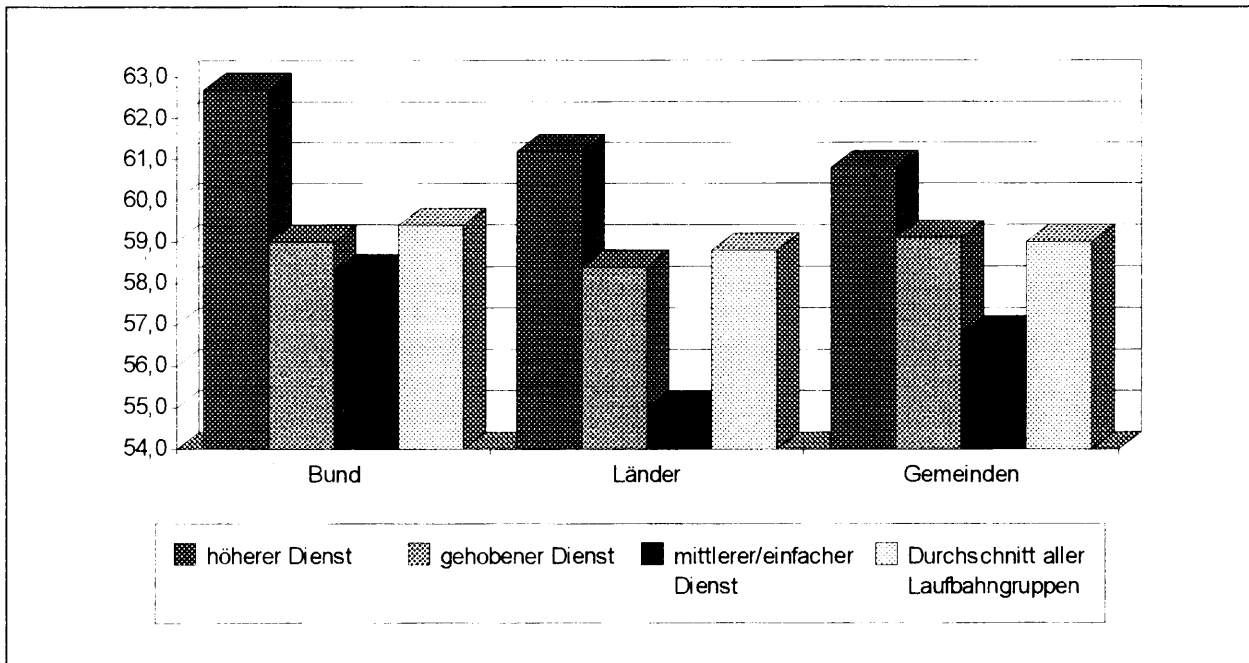
Übersicht B22

Durchschnittsalter bei Eintritt in den Ruhestand

	insgesamt	davon		
		höherer Dienst	gehobener Dienst	mittlerer/einfacher Dienst
Bund	59,4	62,7	59,0	58,3
Länder	58,8	61,2	58,4	55,0
Gemeinden	59,0	60,8	59,1	56,8

Schaubild B15

Durchschnittsalter bei Eintritt in den Ruhestand



Die Bandbreite des Durchschnittsalters beim Ruhestandseintritt liegt zwischen 55,0 Jahren (Länder) und 62,7 Jahren (Bund). In allen Beschäftigungsbereichen verbleiben die Beamten des höheren Dienstes im Durchschnitt am längsten im Dienst. Die Pensionierungen der Beamten des gehobenen Dienstes erfolgen

im Vergleich zum höheren Dienst im Schnitt etwa 2,5 Jahre früher, bei den Beamten des mittleren und einfachen Dienstes ist das Durchschnittsalter am niedrigsten. Dieses Ergebnis ist unter anderem auch darauf zurückzuführen, daß der Großteil der Beamten, die kraft Gesetzes mit Erreichen des 60. Lebensjahres

in den Ruhestand treten, den Laufbahngruppen des gehobenen und mittleren Dienstes angehört.

Interessant ist auch ein Vergleich der Altersstruktur und der Laufbahngruppen bei Dienstunfähigkeit.

Übersicht B23

Zurruhesetzungen wegen Dienstunfähigkeit

Laufbahngruppe	Alter bei Dienstunfähigkeit					gesamt	Durchschnittsalter bei Dienstunfähigkeit	Anteil an allen Zurruhesetzungen in v. H.
	unter 45	45 bis 49	50 bis 54	55 bis 59	über 60			
	Anzahl							
höherer Dienst	125	152	296	657	606	1 836	55,9	26,3
gehobener Dienst	425	500	1 004	1 406	1 015	4 350	54,3	45,5
mittlerer/einfacher Dienst	509	260	482	691	308	2 250	51,1	46,1
insgesamt	1 059	912	1 782	2 754	1 929	8 436	53,8	39,4

Während von allen dienstunfähig gewordenen Beamten des höheren Dienstes nur ein knappes Drittel jünger als 55 Jahre war, sind rund 44 v. H. der dienstunfähigen Beamten des gehobenen Dienstes und mehr als die Hälfte des mittleren und einfachen Dienstes vor Vollendung des 55. Lebensjahrs in den Ruhestand versetzt worden.

**Versorgungszugänge 1993
(Zurruhesetzungen nach Aufgabenbereichen)**

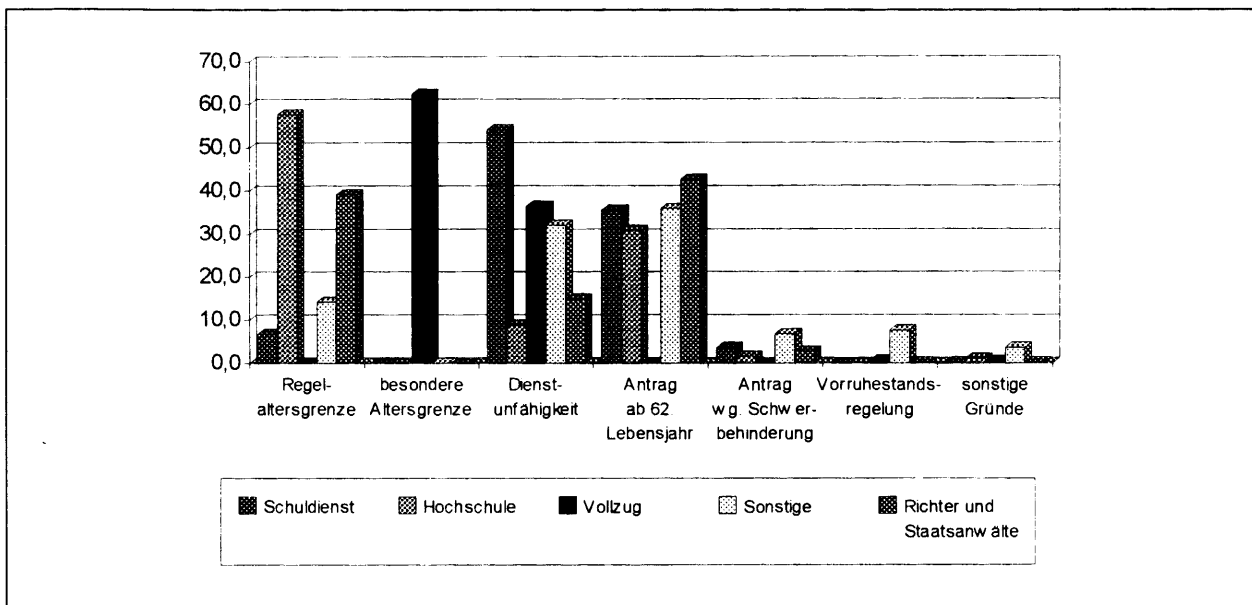
Bezogen auf Beamtengruppen einzelner Aufgabenbereiche ist hinsichtlich des jeweiligen Zurruhesetzungsverhaltens keine einheitliche Tendenz erkennbar:

Übersicht B24

Versorgungszugänge (Zurruhesetzungsverhalten nach Aufgabenbereichen)

Eintritt des Versorgungsfalles	insgesamt		davon									
			Beamte im Schuldienst		Hochschullehrer		Beamte im Vollzugsdienst		Beamte in sonstigen Bereichen		Richter und Staatsanwälte	
	Anzahl	v. H.	Anzahl	v. H.	Anzahl	v. H.	Anzahl	v. H.	Anzahl	v. H.	Anzahl	v. H.
wegen Erreichens der Regelaltersgrenze (65 Jahre)	2 455	11,5	509	6,7	469	57,6	-	-	1 334	14,2	143	39,2
wegen Erreichens einer besonderen Altersgrenze	2 026	9,5	-	-	-	-	2 026	62,5	-	-	-	-
wegen Dienstunfähigkeit	8 436	39,4	4 111	54,1	72	8,8	1 184	36,5	3 015	32,1	54	14,8
auf Antrag ab dem 62. Lebensjahr	6 488	30,3	2 703	35,5	251	30,8	-	-	3 378	35,9	156	42,7
auf Antrag wegen Schwerbehinderung (ab dem 60. Lebensjahr)	920	4,3	269	3,5	13	1,6	-	-	628	6,7	10	2,7
wegen einer Vorruhestandsregelung	728	3,4	-	-	-	-	19	0,6	708	7,5	1	0,3
aus sonstigen Gründen	370	1,7	12	0,2	9	1,1	14	0,4	334	3,6	1	0,3
Versorgungszugänge (insgesamt)	21 423	100,0	7 604	100,0	814	100,0	3 243	100,0	9 397	100,0	365	100,0

Versorgungszugänge (Aufgabenbereiche) in v. H.



Die Beamten des Schuldienstes nehmen eine auffällige Sonderstellung ein: über die Hälfte von ihnen (54,1 v. H.) wurde wegen Dienstunfähigkeit vorzeitig in den Ruhestand versetzt; die Regelaltersgrenze von 65 Jahren erreichten lediglich 6,7 v. H. Hier wird ein Zusammenhang mit dem hohen Frauenanteil im gehobenen Dienst der Länder deutlich: zwei Drittel (2 844) aller im Jahre 1993 in den Ruhestand versetzten Beamtinnen der Gebietskörperschaften (4 267) wurden wegen Dienstunfähigkeit vorzeitig pensioniert; davon waren 82,2 v. H. (2 339) im Schuldienst beschäftigt.

Unabhängig von dem Frauenanteil ist das Verhältnis bei den Hochschullehrern nahezu umgekehrt: von ihnen erreichten 57,6 v. H. die Regelaltersgrenze, während der Anteil der Ruhestandseintritte wegen Dienstunfähigkeit hier nur 8,8 v. H. ausmachte. Von allen Aufgabenbereichen stellen die Hochschullehrer damit den geringsten Anteil an Frühpensionierungen wegen Dienstunfähigkeit.

Bei den Beamten des Vollzugsdienstes erreichten knapp zwei Drittel (62,5 v. H.) die gesetzliche Sonderaltersgrenze von 60 Jahren. Nur gut ein Drittel (36,5 v. H.) wurden wegen Dienstunfähigkeit früher in den Ruhestand versetzt.

Die Beamten aus sonstigen Bereichen (überwiegend allgemeiner Verwaltungsdienst) erreichten zu 14,2 v. H. die Regelaltersgrenze von 65 Jahren. Knapp ein Drittel (32,1 v. H.) von ihnen ist wegen Dienstunfähigkeit vorzeitig aus dem Dienst ausgeschieden.

Von den Richtern und Staatsanwälten haben 39,2 v. H. die Regelaltersgrenze erreicht, der Anteil der Versorgungszugänge wegen Dienstunfähigkeit war mit 14,8 v. H. dagegen relativ niedrig.

Während der Anteil der Versorgungszugänge wegen Erreichens der Antragsaltersgrenze in allen Aufgabenbereichen nahezu identisch war, sind bei den Versorgungszugängen wegen Erreichens der Altersgrenze sowie wegen Dienstunfähigkeit große Abweichungen festzustellen:

Beim Erreichen der Regelaltersgrenze schwankt die Bandbreite zwischen 6,7 v. H. und 57,6 v. H. Das bedeutet, daß im Schuldienst nur noch jede fünfzehnte Lehrkraft die Altersgrenze erreicht hat, während bei den Hochschullehrern gut jeder zweite bis zum Erreichen der Altersgrenze im Dienst verblieben ist.

Bei der Dienstunfähigkeit lag die Bandbreite zwischen 8,8 v. H. und 54,1 v. H. Damit beruht etwas mehr als jeder zweite Versorgungszugang bei den Lehrern auf Dienstunfähigkeit, bei den Hochschullehrern dagegen nur jeder elfte.

Lediglich der Anteil der Beamten, die auf Antrag ab dem 62. Lebensjahr in den Ruhestand versetzt wurden, lag – mit Ausnahme der Richter und Staatsanwälte – in allen Aufgabenbereichen bei rund einem Drittel, nämlich zwischen 30,8 v. H. (Hochschullehrer) und 35,9 v. H. (Beamte in sonstigen Bereichen).

Versorgungsabgänge 1993

Im Jahr 1993 sind insgesamt 26 256 Versorgungsempfänger der Gebietskörperschaften (Ruhestandsbeamte und deren Hinterbliebene) aus der Versorgung ausgeschieden. Dabei handelte es sich um 13 070 Männer und 13 186 Frauen.

Von den ausgeschiedenen Versorgungsempfängern waren 14 765 (rd. 56,2 v. H.) 80 Jahre und älter. Hier von wiederum gehörten 5 024 Versorgungsempfänger der Altersgruppe 80 bis 85 Jahre und 4 974 der

Altersgruppe 85 bis 90 Jahre an, während 4 767 Versorgungsempfänger das 90. Lebensjahr erreicht bzw. überschritten hatten. Der Anteil der Frauen – insbesondere in den Altersgruppen 85 bis 90 Jahre sowie 90 Jahre und älter – überwog dabei deutlich. Auffallend ist, daß im Bereich der Gemeinden der Anteil der Versorgungsempfänger, die im Zeitpunkt ihres Ausscheidens aus der Versorgung 90 Jahre und älter waren, mit rd. 25,7 v. H. am größten war. Ansonsten zeigte sich hinsichtlich der Zugehörigkeit zu den einzelnen Altersgruppen in allen Beschäftigungsbereichen ein einheitliches Bild.

Von den 1993 ausgeschiedenen Versorgungsempfängern waren knapp die Hälfte (13 099 = 49,8 v. H.)

Empfänger von Ruhegehalt, davon der weit überwiegende Teil (11 166 = 85,2 v. H.) Männer; lediglich 1 933 (= 14,8 v. H.) der ausgeschiedenen Ruhegehaltsempfänger waren weiblichen Geschlechts.

Bei den ausgeschiedenen Empfängern von Witwen-/Witwergeld handelte es sich um 9 924 Frauen, denen lediglich 172 Männer gegenüberstanden; dies entspricht einem Verhältnis von 98,3 v. H. (Witwen) zu 1,7 v. H. (Witwer). Die Zahl der aus der Versorgung ausgeschiedenen Empfänger von Waisengeld betrug 3 061.

Die Versorgungsabgänge des Jahres 1993 verteilten sich in den einzelnen Beschäftigungsbereichen wie folgt:

Übersicht B25

Versorgungsabgänge 1993

Beschäftigungsbereich	Ruhegehaltsempfänger		Witwen-/Witwergeldempfänger		Waisengeldempfänger	
	Anzahl	v. H.	Anzahl	v. H.	Anzahl	v. H.
Bund	1 196	9,1	1 107	11,0	225	7,4
Länder	9 482	72,4	6 861	68,0	2 381	77,8
Gemeinden	2 421	18,5	2 128	21,1	455	14,9
Gebietskörperschaften insgesamt ...	13 099	100,0	10 096	100,0	3 061	100,0

Bei den ausgeschiedenen Ruhegehaltsempfängern (13 099) war der Anteil, der auf die Altersgruppe 80 bis 85 Jahre entfiel, mit 2 744 (20,9 v. H.) am größten. Bei den Empfängern von Witwen-/Witwergeld wirkte sich die allgemein höhere Lebenserwartung der Frauen aus: hier war der auf die Altersgruppe 90 Jahre und älter entfallende Anteil mit 2 808 (27,8 v. H.) am größten. Von den ganz überwiegend infolge Beendigung der Schul- oder Berufsausbildung aus der Versorgung ausgeschiedenen 3 061 Waisengeldempfängern waren 1 814 (59,3 v. H.) zwischen 25 und 30 Jahre alt.

3.3 Methodik der Hochrechnung

Der Vorausberechnung der Versorgungsausgaben bis zum Jahr 2008 liegt eine Modellrechnung über die zukünftige Entwicklung des Bestandes an Versorgungsempfängern (Ruhegehalt und Witwen-/Witwergeld) nach Altersjahrgängen im Vorausberechnungszeitraum zugrunde. Die Berechnung basiert auf dem Datenmaterial der

- Versorgungsempfängerstatistik zum 1. Januar 1994 und der
- Personalstandstatistik zum 30. Juni 1993,

die erstmals auf der Grundlage des Gesetzes über die Statistiken der öffentlichen Finanzen und des Personals im öffentlichen Dienst vom 21. Dezember 1992 (BGBl. I S. 2119) erstellt wurden.

Grundlage der Modellrechnung ist die Zahl der am 1. Januar 1994 vorhandenen Versorgungsempfänger. Dieser nach Ruhegehaltsempfängern und Witwen-/Witwern gegliederte Bestand verändert sich im Berechnungszeitraum durch Zu- und Abgänge.

Bei den Empfängern von Ruhegehalt ergeben sich die Zugänge durch das Ausscheiden von Beamten aus dem aktiven Dienst und Eintritt in den Ruhestand wegen Erreichens einer gesetzlichen Altersgrenze, auf Antrag nach Erreichen der Antragsaltersgrenze, wegen Dienstunfähigkeit oder bei Versetzung in den einstweiligen Ruhestand.

Für die Schätzung der zukünftigen Zugänge zum beamtenrechtlichen Alterssicherungssystem wurde der Bestand der in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis stehenden Beschäftigten auf der Grundlage der für das Jahr 1993 ermittelten Abgangsquoten⁹⁾ für den Berechnungszeitraum fortgeschrieben. Die Berechnung wurde für die einzelnen Beschäftigungsbereiche, getrennt für Männer und Frauen, durchgeführt. Bei den Ländern wurde aufgrund der dort festgestellten Abweichungen im Zuruhesetzungsverhalten zusätzlich nach Beamten im Schuldienst, Beamten im Vollzugsdienst sowie Beamten in sonstigen Bereichen unterschieden.

⁹⁾ Für 1993 ist diese Berechnungsmethode erstmals auf Grund der Angaben der erweiterten Versorgungsempfängerstatistik möglich.

Ausgangspunkt der Berechnung ist der durch die Personalstandstatistik zum 30. Juni 1993 ermittelte Bestand der aktiven Beamten. Dieser wurde anhand der in der Versorgungsempfängerstatistik erfaßten Zugänge zum Alterssicherungssystem für die Monate Februar 1993 bis Juli 1993 (= Abgänge in den Monaten Januar 1993 bis Juni 1993 bei den aktiven Beamten) sowie August 1993 bis Januar 1994 (= Abgänge in den Monaten Juli 1993 bis Dezember 1993) durch Zu- bzw. Absetzung auf den Jahresanfang bzw. das Jahresende 1993 umgerechnet. Danach wurden die spezifischen Abgangsquoten je Altersjahrgang ermittelt.

Die für 1993 ermittelten Abgangsquoten werden im Berechnungszeitraum durch folgende Annahmen modifiziert:

- entsprechend dem Grundsatz „Rehabilitation vor Versorgung“ und einer restriktiveren Verwaltungspraxis liegt die Zahl der Frühpensionierungen ab 1995 um 10 v. H. niedriger und
- durch die Einführung von Versorgungsabschlägen bei Inanspruchnahme der Antragsaltersgrenze ab dem Jahr 2002 (Rechtsstand 1995) verzichtet die Hälfte der Beamten auf ein früheres Ausscheiden aus dem aktiven Dienst und bleibt bis zur allgemeinen Altersgrenze im Dienst.

Der Bestand der aktiven Beamten in den einzelnen Jahren des Vorausberechnungszeitraums wurde mit den modifizierten altersbedingten Abgangsquoten und unter Berücksichtigung der Sterbefälle fortgeschrieben und gleichzeitig die Zugänge zum Alterssicherungssystem je Altersjahrgang errechnet.

Die künftige Entwicklung der Abgänge aus dem Bestand der Ruhegehaltsempfänger wegen Todes wurde – wie bei den aktiven Beamten – anhand der amtlichen Sterbetafel der Wohnbevölkerung von 1990/92 (eine Sterbetafel speziell für Beamte existiert nicht) ermittelt, wobei unterstellt wurde, daß sich die Lebenserwartung von 1991 (mittleres Jahr der Sterbetafel) bis zum Jahr 2001 in gleichem Ausmaß erhöht, wie es in dem im Jahr 1991 endenden Zehnjahreszeitraum der Fall war. Dies bedeutet eine Erhöhung der Lebenserwartung im Vergleich zur Sterbetafel 1988/90 bei sechzigjährigen Männern um 1,5 auf 19,2 und bei gleichaltrigen Frauen um 1,6 auf 23,7 Jahre. Das im Jahr 2001 erreichte Niveau wird dann im verbleibenden Vorausberechnungszeitraum bis 2008 beibehalten.

Die Bestandsentwicklung der Witwen- und Witwergehaltsempfänger wird entsprechend berechnet. Hierbei ergeben sich die Zugänge durch Todesfälle von aktiven Beamten sowie von Ruhegehaltsempfängern. Diese wurden aus den mit der Sterbetafel berechneten Todesfällen entsprechend dem Anteil der Todesfälle mit Hinterbliebenenversorgung im Jahr 1993 ermittelt.

3.3.1 Entwicklung nach Beschäftigungsbereichen

Die Zahl der Versorgungsempfänger in den einzelnen Beschäftigungsbereichen wird sich danach wie folgt entwickeln:

Übersicht B 26

Entwicklung der Zahl der Versorgungsempfänger nach Beschäftigungsbereichen von 1994 bis 2008

	Bestand 1994	Zuwachs		Bestand 2008
	in Tsd.	in Tsd.	in v. H.	in Tsd.
Bund	62,9	24,4	38,8	87,3
Länder	461,3	218,5	47,4	679,8
Gemeinden	103,8	2,0	1,9	105,8
Gebietskörperschaften insgesamt	628,0	244,9	39,0	872,9

Demnach wird die **Gesamtzahl aller Versorgungsempfänger** der Gebietskörperschaften von 628 000 im Jahre 1994 auf 872 900 im Jahre 2008 erhöhen. Dies entspricht einer Zunahme von 244 900 Personen oder 39,0 v. H. Der stärkste Zuwachs wird dabei um die Jahrtausendwende (2000 bis 2002) und in den Jahren ab 2004 eintreten.

Besonders deutlich wird der Zusammenhang zwischen der Entwicklung im Aktivbereich und der Zahl der Versorgungsempfänger am Beispiel der **Länder**, deren Versorgungsempfängerbestand sich im Vorausberechnungszeitraum um nahezu die Hälfte erhöht (+47,4 v. H.). Der **Bund** folgt mit einer Erhöhung der Zahl der Versorgungsempfänger um 38,8 v. H. Relativ stabil sind im Vergleich dazu die Versorgungsempfängerzahlen der **Gemeinden** mit einer Zunahme von nur 1,9 v. H.

Nachrichtlich:

Entgegen dem in allen Beschäftigungsbereichen erkennbaren Trend zur Zunahme der Zahl der Versorgungsempfänger wird bei der **Deutschen Bahn AG** der Bestand an Versorgungsempfängern von 1994 bis 2008 um 18,3 v. H. zurückgehen. Hier zeigen sich bereits Auswirkungen der in der Vergangenheit eingeleiteten Personaleinsparungen durch Rationalisierungsmaßnahmen, Verlagerung des Güterverkehrs von der Schiene auf die Straße sowie Zunahme des Pkw- und des Luftverkehrs.

Demgegenüber wird die Zahl der Versorgungsempfänger der **Postunternehmen** bis zum Jahre 2008 um 28,0 v. H. ansteigen. Die Personalreduzierungen im Rahmen der gegenwärtig laufenden Poststrukturmaßnahmen wirken sich im Vorausberechnungszeitraum noch nicht aus.

Im **mittelbaren öffentlichen Dienst** wird sich die Zahl der Versorgungsempfänger um 22,6 v. H. erhöhen.

3.3.2 Entwicklung nach Aufgabenbereichen

Innerhalb der einzelnen **Aufgabenbereiche** hebt sich die Entwicklung der Zahl der Versorgungsempfänger aus dem Schul- und Vollzugsdienst der Länder von den übrigen Bereichen deutlich ab:

Übersicht B27

Entwicklung der Zahl der Versorgungsempfänger nach Aufgabenbereichen von 1994 bis 2008

Aufgabenbereich	Bestand 1994	Zuwachs		Bestand 2008
	in Tsd.	in Tsd.	in v. H.	in Tsd.
Schuldienst	175,3	163,7	93,4	339,0
Vollzugsdienst . . .	90,2	38,8	43,0	129,0
übrige Bereiche . .	195,8	16,0	8,2	211,8
Länder insgesamt	461,3	218,5	47,4	679,8

Diese Entwicklung spiegelt den beachtlichen Personalzugang im Kultus- und Sicherheitsbereich seit Ende der sechziger/Anfang der siebziger Jahre wider.

3.3.3 Entwicklung nach Versorgungsart

Die Gesamtzahl der Versorgungsempfänger umfaßt sowohl die **Ruhegehaltsempfänger** als auch die **Empfänger von Hinterbliebenenversorgung**. Ein Vergleich der Entwicklungen beider Versorgungsarten zeigt, daß die Zahl der Ruhegehaltsempfänger bis zum Ende des Vorausberechnungszeitraums stetig ansteigt, während die Zahl der Hinterbliebenen im gleichen Zeitraum insgesamt leicht rückläufig sein wird.

Übersicht B28

Entwicklung der Zahl der Versorgungsempfänger nach Versorgungsart von 1994 bis 2008

	Ruhegehaltsempfänger				Hinterbliebene			
	1994	2008	Zuwachs		1994	2008	Zuwachs	
	in Tsd.		in v. H.		in Tsd.		in v. H.	
Bund	35,3	54,8	19,5	55,2	27,6	32,5	4,9	17,8
Länder	280,1	483,7	203,6	72,7	181,2	196,1	14,9	8,2
Gemeinden	58,2	68,8	10,6	18,2	45,6	37,0	-8,6	-18,9
Gebietskörperschaften insgesamt . . .	373,6	607,3	233,7	62,6	254,4	265,6	11,2	4,4

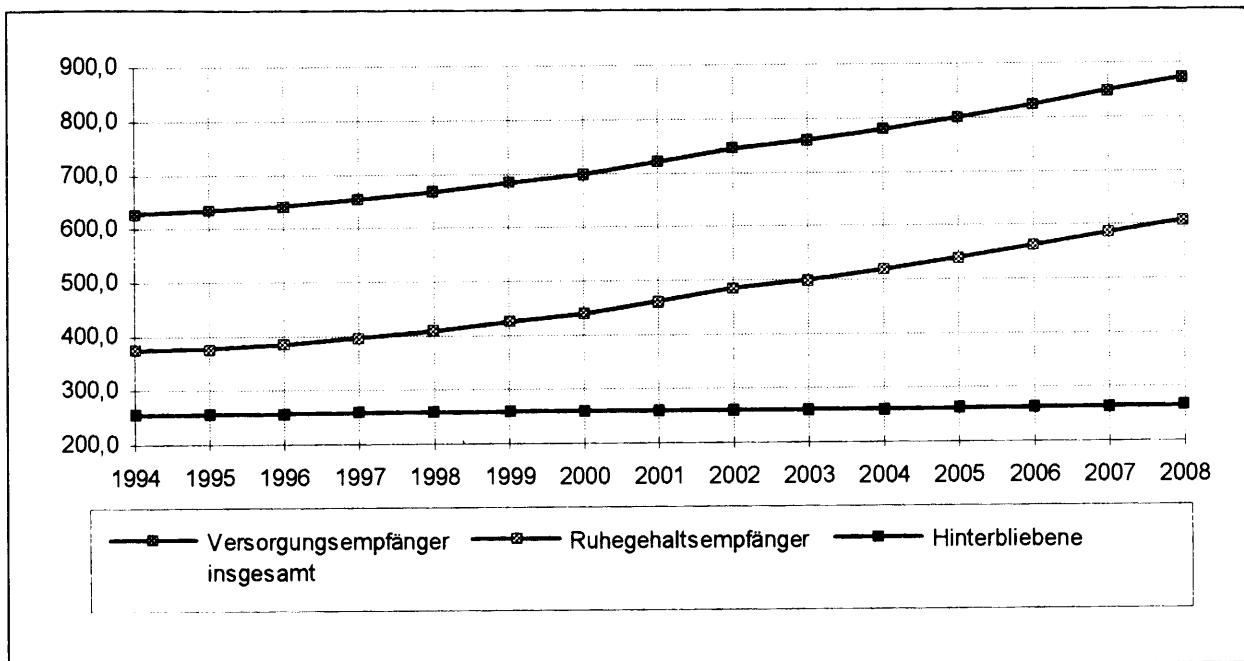
Durch diese Entwicklung wird sich der Anteil der Ruhegehaltsempfänger an der Gesamtzahl der Versorgungsempfänger im Vorausberechnungszeitraum von 59 v. H. auf 70 v. H. erhöhen, der Anteil der Hinterbliebenen wird entsprechend von 41 v. H. auf 30 v. H. zurückgehen.

Auch die starke Zunahme des Anteils der Ruhegehaltsempfänger gegenüber dem der Hinterbliebenen ist in erster Linie auf die Personalmehrungen seit Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre zurückzuführen. Diese Entwicklung wird weiter andauern, bis die Personalentwicklung des aktiven Bereichs sich auch im Versorgungsbereich voll niedergeschlagen hat. Aus-

wirkungen auf den Anteil der Hinterbliebenen werden auch erst dann – wiederum mit zeitlicher Verzögerung – erkennbar sein, wenn die durchschnittliche Lebenserwartung der Ruhegehaltsempfänger überschritten ist und die Anzahl der Sterbefälle unter den Versorgungsurhebern zunimmt. Im Vorausberechnungszeitraum bis 2008 spielt diese Entwicklung indes noch keine Rolle. Vor dem Hintergrund des geänderten Einstellungsverhaltens der Dienstherrn durch die zunehmende Berufung von Frauen mit deutlich höherer Lebenserwartung ist sogar wahrscheinlich, daß der Anteil der Hinterbliebenen langfristig hinter dem heutigen Niveau zurückbleiben wird.

Schaubild B 17

Entwicklung der Zahl der Versorgungsempfänger der Gebietskörperschaften nach BeamtVG (in Tsd.)



4. Entwicklung der Versorgungsausgaben nach dem BeamtVG

Siehe auch Anhang, Tabelle B 13

Die Versorgungsausgaben der Gebietskörperschaften nach dem Beamtenversorgungsgesetz betragen 1993 rd. **28,23 Mrd. DM** (Übersicht B 29).

4.1 Entwicklung der Versorgungsausgaben in der Vergangenheit bis zum Basisjahr 1993

Die Ausgaben der Gebietskörperschaften für Versorgungsempfänger mit Anspruch auf Versorgung nach dem BeamtVG haben sich seit 1970 von rd. 6,18 Mrd. DM bis 1993 um 22,05 Mrd. DM (+356,80 v. H.) auf rd. 28,23 Mrd. DM erhöht.

Bei den einzelnen Gebietskörperschaften haben sich die Versorgungsausgaben wie folgt entwickelt (siehe Übersicht B 30).

Zu den wichtigsten Gründen für den Anstieg der Versorgungskosten gehört die Entwicklung der Zahl der Versorgungsempfänger. So hat sich die Zahl der Versorgungsberechtigten des Bundes im Zeitraum von 1970 bis 1993¹⁰⁾ von 38,5 Tsd. um 24,4 Tsd. auf 62,9 Tsd. (+63,4 v. H.), die der Länder von 356,0 Tsd. um 105,3 Tsd. (+29,6 v. H.) auf 461,3 Tsd. erhöht.

¹⁰⁾ Erhebungsstichtag für die Zahl der Versorgungsempfänger ist der 1. Januar 1994.

Übersicht B 29

Entwicklung der Versorgungsausgaben von 1970 bis 1993

Jahr	Bund	Länder	Gemeinden	Gebietskörperschaften insgesamt*)
	– Mrd. DM –			
1970	0,56	4,51	1,11	6,18
1974	0,93	8,10	2,04	11,06
1975	1,02	8,82	2,20	12,04
1976	1,09	9,43	2,35	12,88
1977	1,19	10,12	2,48	13,79
1978	1,28	10,67	2,52	14,47
1979	1,37	11,25	2,63	15,25
1980	1,48	12,12	2,79	16,39
1981	1,58	12,83	2,93	17,34
1982	1,65	13,26	2,99	17,90
1983	1,71	13,72	3,07	18,50
1984	1,70	13,82	3,06	18,58
1985	1,74	14,39	3,14	19,27
1986	1,81	15,02	3,26	20,09
1987	1,90	15,70	3,42	21,02
1988	1,97	16,24	3,54	21,75
1989	2,04	16,79	3,61	22,44
1990	2,15	17,65	3,85	23,65
1991	2,32	18,88	4,06	25,26
1992	2,51	20,30	4,05	26,85
1993	2,66	21,26	4,32	28,23

*) Abweichungen durch Rundung.

Übersicht B30

**Gegenüberstellung der Versorgungsausgaben
1970 und 1993**

Beschäftigungs- bereich	Ausgaben 1970	Veränderung		Ausgaben 1993
	Mrd. DM	Mrd. DM	in v. H.	Mrd. DM
Bund (ohne Bahn und Post)	0,56	2,10	375,0	2,66
Länder	4,51	16,75	371,4	21,26
Gemeinden	1,11	3,21	289,2	4,32

4.2 Hochrechnung 1994 bis 2008

Die Vorausberechnung der Versorgungsausgaben bis zum Jahr 2008 geht vom geltenden Recht aus und berücksichtigt die Auswirkungen der Reform der Beamtenversorgung auf Grund des Beamtenversorgungsänderungsgesetzes vom 18. Dezember 1989 (BeamVGÄndG 1989, BGBl. I S. 2218) ab 1992. Die in der Zeit nach 1994 eingeleiteten gesetzgeberischen Maßnahmen zur Eindämmung der Frühpensionierungen wie die Anhebung der Antragsaltersgrenze vom 62. auf das 63. Lebensjahr und das Vorziehen der Versorgungsabschlagsregelung vom Jahre 2002 auf einen früheren Zeitpunkt konnten nicht mehr berücksichtigt werden. Sie stellen eine beträchtliche „Sicherheitsreserve“ für die Prognose dar.

Die Entwicklung der Versorgungsausgaben in den nächsten 15 Jahren wird auf Basis der Versorgungsleistungen vom Januar 1994 und der Fortschreibung des Bestandes der Versorgungsberechtigten berechnet. Hierbei wird berücksichtigt, daß zur Zeit die durchschnittlichen Versorgungsbezüge der Zugänge auf Grund einer verbesserten Besoldungsstruktur in bestimmten Bereichen (z. B. in den Vollzugsdiensten) über den Durchschnittsbezügen des Altbestandes liegen. Diese höheren Durchschnittsbezüge der Neuzugänge dürften in Zukunft von niedrigeren Versorgungsbezügen auf Grund der dann greifenden Maßnahmen der Reform des Beamtenversorgungsrechts (z. B. Linearisierung der Ruhegehaltsskala) und wegen verstärkter Freistellungen vom Dienst mehr als kompensiert werden. Die Modellrechnung geht deshalb von der Annahme aus, daß das höhere Niveau der Durchschnittsbezüge der Zugänge kontinuierlich zurückgeht und ab 2002 die gleiche Höhe wie der Altbestand aufweist. Für die Folgejahre wird unterstellt, daß die Durchschnittsbezüge der Zugänge entsprechend dem Einsparvolumen des BeamVGÄndG 1989 niedriger liegen.

Der Modellrechnung liegt ferner die Annahme zugrunde, daß sich die Versorgungsbezüge wie in der Vergangenheit auch künftig erhöhen werden. Für die Jahre 1994 und 1995 wurden die Er-

höhungen entsprechend den jeweiligen Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzen¹¹⁾ berücksichtigt. Den Jahren 1996 bis 2000 wird eine jährliche Erhöhung von 1,5 v. H. zugrunde gelegt; die deutliche Minderung in den Jahren 1996/1997 mit erheblichen Langzeitfolgen bedeutet eine weitere „Sicherheitsreserve“ für die Prognose. Für die folgenden Jahre des Vorausberechnungszeitraums werden alternativ drei Varianten berechnet: Variante 1 geht von einer jährlichen Steigerungsrate von 2,0 v. H., Variante 2 von 2,5 v. H. und Variante 3 von 3,0 v. H. jeweils ab 2001 aus. Außerdem werden die Versorgungsausgaben zu Vergleichszwecken auch ohne Steigerungsraten ab 1996 dargestellt (Variante 0).

**4.2.1 Entwicklung der Versorgungsausgaben
nach Beschäftigungsbereichen**

Die Versorgungsausgaben werden sich – ohne Berücksichtigung von Steigerungsraten – allein durch die Zunahme der Zahl der Versorgungsempfänger aufgrund der vermehrten Personaleinstellungen in den sechziger und siebziger Jahren wegen der seinerzeitigen Erweiterung der öffentlichen Aufgaben erhöhen. Für die **Gebietskörperschaften** insgesamt ergibt sich eine Steigerung von 28,85 Mrd. DM im Jahr 1994 bis zum Jahr 2008 um 14,63 Mrd. DM auf 43,48 Mrd. DM (+50,7 v. H.).

Übersicht B31

**Gegenüberstellung der Versorgungsausgaben
der Gebietskörperschaften 1994 und 2008
(ohne Anpassungen)**

Jahr	Gesamt	Bund	Länder	Gemeinden
	– Mrd. DM –			
1994 bis 2008	28,85 43,48	2,76 3,99	21,78 34,81	4,31 4,68

Bei der Variante ohne Besoldungsanstieg sind bereits deutlich die unterschiedlichen Belastungsquoten in den einzelnen Gebietskörperschaften zu erkennen. Die **Länder** werden den größten Anstieg zu verzeichnen haben. Ihre Versorgungsausgaben steigen von 21,78 Mrd. DM um 13,03 Mrd. DM auf 34,81 Mrd. DM (+59,8 v. H.). Es folgt der **Bund** mit einer Steigerung von 2,76 Mrd. DM um 1,23 Mrd. DM auf 3,99 Mrd. DM (+44,6 v. H.). Die **Gemeinden** haben lediglich einen Anstieg von 4,31 Mrd. DM um 0,37 Mrd. DM auf 4,68 Mrd. DM (+8,6 v. H.) zu erwarten.

¹¹⁾ 2 v. H. für die BesGr. A 1 bis A 8 ab 1. Oktober 1994, für die übrigen BesGr. ab 1. Januar 1995 gem. BBVAnpG 1994 vom 24. August 1994 (BGBl. I S. 2229) und 3,2 v. H. ab 1. Mai 1995 gem. BBVAnpG 1995 vom 18. Dezember 1995 (BGBl. I S. 1942).

nachrichtlich:

Jahr	Bahn	Post	mittelbarer öffentlicher Dienst
	– Mrd. DM –		
1994 bis 2008	6,89	5,59	0,70
	5,70	7,38	0,95

Die Versorgungsausgaben des **mittelbaren öffentlichen Dienstes** werden von 0,70 Mrd. DM um 0,25 Mrd. DM auf 0,95 Mrd. DM (+35,7 v. H.) steigen. Es folgt die **Post** mit einem Anstieg der Ausgaben von 5,59 Mrd. DM um 1,79 Mrd. DM auf 7,38 Mrd. DM (+32,0 v. H.). Bei der **Bahn** ist als einzigem Beschäftigungsbereich ein Rückgang von 6,89 Mrd. DM um 1,19 Mrd. DM auf 5,70 Mrd. DM (–17,3 v. H.) erkennbar.

Mit unterstellten Steigerungsraten von jährlich 1,5 v. H. von 1996 bis 2000 und den Varianten 2,0 v. H., 2,5 v. H. und 3,0 v. H. ab 2001 werden die Versorgungsausgaben nach dem Beamtenversorgungsgesetz von 1994 bis 2008 wie folgt ansteigen:

Bei **Variante 1** (1,5 v. H./2,0 v. H.) für die Versorgungsempfänger der **Gebietskörperschaften** von 28,85 Mrd. DM um 28,93 Mrd. DM auf 57,78 Mrd. DM (+100,3 v. H.):

Übersicht B32

Gegenüberstellung der Versorgungsausgaben 1994 und 2008 (Variante 1)

Jahr	Gesamt	Bund	Länder	Gemeinden
	– Mrd. DM –			
1994 bis 2008	28,85	2,76	21,78	4,31
	57,77	5,30	46,26	6,22

Bei der Variante 1 des Besoldungsanstiegs setzt sich – wie in den nachfolgenden Varianten – die ungleiche Verteilung des Belastungsanstiegs in den einzelnen Gebietskörperschaften fort. Die **Länder** werden die größte Ausgabensteigerung hinnehmen müssen. Ihre Versorgungsausgaben steigen auf mehr als das Doppelte von 21,78 Mrd. DM um 24,48 Mrd. DM auf 46,26 Mrd. DM (+112,4 v. H.); damit liegt die Steigerungsrate der Länder noch über der für die Gebietskörperschaften insgesamt ermittelten Rate von 100,3 v. H. Die Versorgungsausgaben des **Bundes** steigen von 2,76 Mrd. DM um 2,54 Mrd. DM auf 5,30 Mrd. DM (+92,0 v. H.) und liegen damit unter der durchschnittlichen Steigerungsrate aller Gebietskörperschaften. Die mit Abstand niedrigste Ausgabensteigerung haben die **Gemeinden** zu erwarten, deren Versorgungskosten

nur um knapp die Hälfte von 4,31 Mrd. DM um 1,91 Mrd. DM auf 6,22 Mrd. DM (+44,3 v. H.) steigen.

nachrichtlich:

Jahr	Bahn	Post	mittelbarer öffentlicher Dienst
	– Mrd. DM –		
1994 bis 2008	6,89	5,59	0,70
	7,57	9,81	1,26

Bei **Variante 2** (1,5 v. H./2,5 v. H.) für die Versorgungsempfänger der Gebietskörperschaften von 28,85 Mrd. DM um 31,23 Mrd. DM auf 60,08 Mrd. DM (+108,3 v. H.):

Übersicht B33

Gegenüberstellung der Versorgungsausgaben 1994 und 2008 (Variante 2)

Jahr	Gesamt	Bund	Länder	Gemeinden
	– Mrd. DM –			
1994 bis 2008	28,85	2,76	21,78	4,31
	60,08	5,51	48,10	6,47

Die von allen Gebietskörperschaften höchste und über der für die Gebietskörperschaften insgesamt liegende Steigerungsquote haben wiederum die **Länder** zu erwarten, deren Versorgungsausgaben von 21,78 Mrd. DM um 26,32 Mrd. DM auf 48,10 Mrd. DM (+120,8 v. H.) steigen. Demgegenüber hat der **Bund** innerhalb des Vorausberechnungszeitraums noch nicht mit einer Verdopplung seiner Versorgungsausgaben zu rechnen. Seine Ausgaben erhöhen sich von 2,76 Mrd. DM um 2,75 Mrd. DM auf 5,51 Mrd. DM (+99,6 v. H.). Die von allen Gebietskörperschaften geringste Steigerungsrate haben die **Gemeinden** mit einer Ausgabenerhöhung von 4,31 Mrd. DM um 2,16 Mrd. DM auf 6,47 Mrd. DM (+50,1 v. H.) zu erwarten.

nachrichtlich:

Jahr	Bahn	Post	mittelbarer öffentlicher Dienst
	– Mrd. DM –		
1994 bis 2008	6,89	5,59	0,70
	7,87	10,2	1,31

Bei **Variante 3** (1,5 v. H./3,0 v. H.) von 28,85 Mrd. DM um 33,5 Mrd. DM auf 62,4 Mrd. DM (+115,9 v. H.):

Übersicht B34

Gegenüberstellung der Versorgungsausgaben 1994 und 2008 (Variante 3)

Jahr	Gesamt	Bund	Länder	Gemeinden
1994	28,85	2,76	21,78	4,31
bis 2008	62,47	5,73	50,01	6,72

Bei der Variante 3 des Besoldungsanstiegs ist für die Gebietskörperschaften insgesamt mit einer Zunahme der Versorgungsausgaben bis zum Jahre 2008 um knapp das 1,2fache zu rechnen. Die Ausgaben der **Länder** steigen sogar um nahezu das 1,3fache von 21,78 Mrd. DM um 28,32 Mrd. DM auf 50,01 Mrd. DM (+130,0 v. H.). Die Prognose für den **Bund** weist auf eine Verdopplung der Ausgaben hin, die von 2,76 Mrd. DM um 2,97 Mrd. DM auf 5,73 Mrd. DM (+107,6 v. H.) steigen. Bei den **Gemeinden** liegt die Steigerung deutlich unter dem Durchschnitt. Hier er-

höhen sich die Versorgungsausgaben von 4,31 Mrd. DM um 2,41 Mrd. DM auf 6,72 Mrd. DM (+55,9 v. H.).

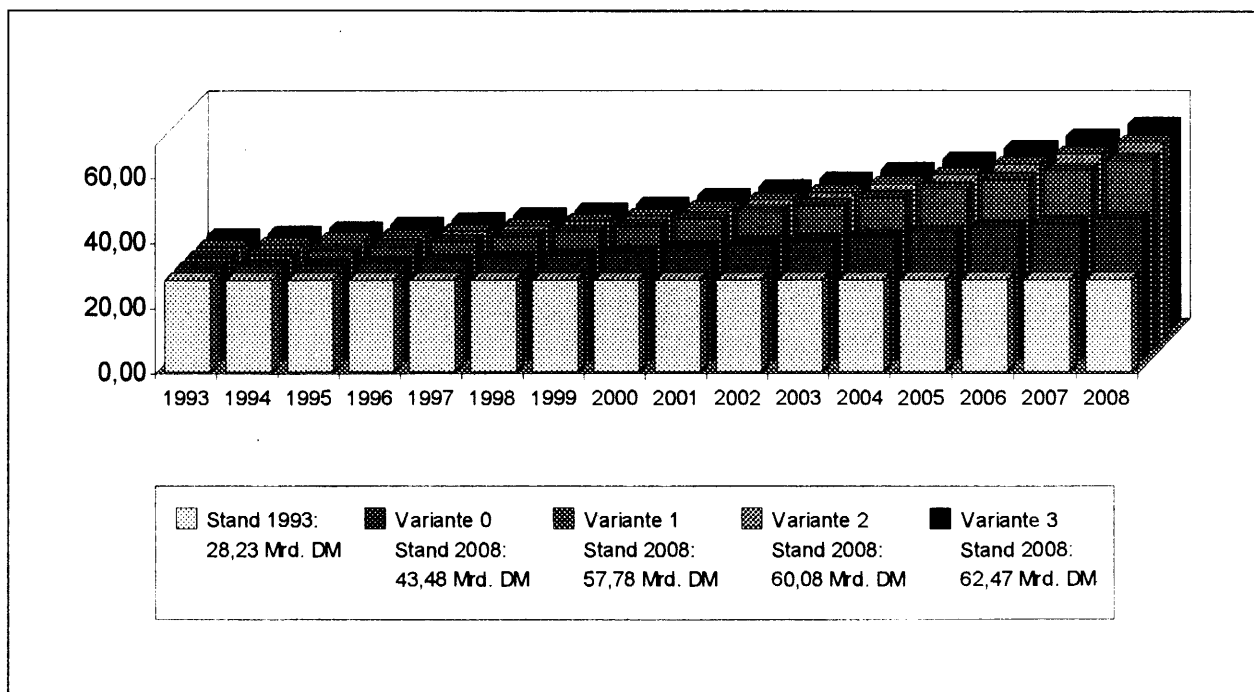
nachrichtlich:

Jahr	Bahn	Post	mittelbarer öffentlicher Dienst
	– Mrd. DM –		
1994 bis 2008	6,89	5,59	0,70
	8,18	10,61	1,36

Die unterschiedliche Entwicklung der Versorgungsausgaben unter Berücksichtigung des geschätzten Anstiegens der Zahl der Versorgungsempfänger sowie unter Berücksichtigung verschiedener jährlicher Erhöhungen (Varianten 1 bis 3) ist in Schaubild B 18 dargestellt. Ausgehend von dem Sockel „Stand 1993“ zeigt der Bereich „0-Variante“ exakt die auf die Zunahme der Empfängerzahlen zurückzuführenden Mehrausgaben. Die darüberliegenden Steigerungen ergeben sich ausschließlich aus den bei der Vorausberechnung berücksichtigten jährlichen Erhöhungen.

Schaubild B 18

Voraussichtliche Entwicklung der Versorgungsausgaben der Gebietskörperschaften nach BeamtVG unter Berücksichtigung jährlicher Steigerungsraten in Mrd. DM



4.2.2 Entwicklung der Versorgungsausgaben nach Aufgabenbereichen

Die Entwicklung der Versorgungsausgaben nach Aufgabenbereichen wird im folgenden **nur für den Bereich der Länder**, die von allen Beschäftigungsbereichen den höchsten Anstieg zu erwarten haben, dargestellt. Die Aufgabenbereiche werden in die wichtigsten Dienste der Länder, den **Schuldienst**, den **Vollzugsdienst** und **übrige Dienste** unterteilt. Da Schul- und Vollzugsdienst im Bundesbereich lediglich eine untergeordnete Rolle spielen, sind Bundesbeamte in die Betrachtungen dieses Abschnitts nicht mit einbezogen.

Im Schuldienst sind alle Lehrer einschließlich Hochschullehrer, im Vollzugsdienst insbesondere die Polizei und in den übrigen Diensten die Richter, Staatsanwälte und Angehörige der sonstigen Bereiche zusammengefaßt. Die Darstellung wird auf die Variante 2 (= 1,5 v. H. bis 2000 und 2,5 v. H. ab 2001) beschränkt.

Übersicht B35

Gegenüberstellung der Versorgungsausgaben 1994 und 2008 (Variante 2) nach Aufgabenbereichen

Jahr	Gesamt	Schuldienst	Vollzugsdienst	übrige Bereiche
	– Mrd. DM –			
1994	21,78	9,46	3,27	9,05
bis				
2008	48,10	26,88	6,81	14,42

Bemerkenswert ist der enorm hohe Ausgabenanstieg im **Schuldienst**. Die Ausgaben verdoppeln sich bereits bis Mitte des Jahres 2003; bis zum Jahre 2008 wachsen sie auf knapp das Dreifache an: von 9,46 Mrd. DM auf 26,88 Mrd. DM (+184,1 v. H.).

Während die Steigerung bei den **übrigen Bereichen** mit einer Ausgabenerhöhung von 9,05 Mrd. DM auf 14,42 Mrd. DM (+59,3 v. H.) deutlich unter dem Durchschnitt der Steigerungsraten innerhalb der Aufgabenbereiche bleibt, steigen die Ausgaben beim **Vollzugsdienst** von 3,27 Mrd. DM auf 6,81 Mrd. DM (+108,3 v. H.), das ist gut das Doppelte gegenüber den Ausgaben im Basisjahr 1994.

Die künftige Entwicklung der Versorgungskosten wird wesentlich auch davon beeinflusst werden, in welchem Umfang versorgungswirksame strukturelle Versorgungsverbesserungen für das aktive Personal stattfinden. Führen solche Verbesserungen dazu, daß Beamte aus einer höheren Besoldungsgruppe in den Ruhestand treten, wirkt sich das unmittelbar auf die Versorgungskosten aus.

Würde z. B. im Polizeidienst die sogenannte „zweigeteilte Laufbahn“ eingeführt – gäbe es dort also keinen mittleren Dienst mehr, sondern nur noch gehobenen und höheren Dienst – würden im Zeitverlauf rund 170 000 Beamte des mittleren Dienstes durch solche des gehobenen Dienstes ersetzt werden. Für

die Versorgung wäre nicht mehr höchstens die Besoldungsgruppe A 9 + Z, sondern Besoldungsgruppe A 12 oder A 13 maßgebend. Daraus ergäben sich im Beharrungszustand nach heutigen Besoldungstabellen Mehrkosten von 2,5 bis 3,3 Mrd. DM pro Jahr.

Versorgungswirksam ist nicht nur die Zuordnung zur höheren Besoldungsgruppe, sondern auch die Einführung bzw. Anhebung ruhegehaltfähiger Zulagen.

Mittelbar wirken sich strukturelle Besoldungsverbesserungen auch über den Kreis der unmittelbar begünstigten Beamten hinaus auf alle Versorgungsempfänger aus, nämlich über den Anpassungszuschlag nach § 71 BeamtVG. Mit diesem Zuschlag wird die strukturelle (d. h. nicht auf den allgemeinen Besoldungserhöhungen beruhende) Steigerung des Pro-Kopf-Besoldungsaufwandes zu 7/10 des Vomhundertsatzes an die Versorgungsempfänger weitergegeben; seit 1993 hat sich der Anpassungszuschlag für die damals vorhandenen Versorgungsempfänger auf 1,01 v. H. der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge aufaddiert. Hinzu kommt der Strukturausgleich i. H. v. 0,4 v. H. ab 1. März 1991.

Bei strukturellen Besoldungsverbesserungen werden in den Gesetzesvorlagen bislang nur die unmittelbaren Kosten der Aktivenbesoldung errechnet und angegeben. Soweit solche Verbesserungen versorgungswirksam sind, fallen Mehrkosten entsprechend dem Ruhegehaltssatz jedoch später auch in der Versorgung an, und zwar im Regelfalle neben den Besoldungsmehrkosten für die Amtsnachfolger der Ruhestandsbeamten.

Volle Klarheit über die Kostenfolgen einer Maßnahme kann der Gesetz- oder Verordnungsgeber daher nur dann gewinnen, wenn neben den bei der Aktivbesoldung entstehenden Mehrkosten auch die bei der Versorgung später eintretenden Mehrkosten angegeben und künftig gesondert ausgewiesen werden.

4.2.3 Entwicklung der Versorgungsausgaben nach Versorgungsart

Die Entwicklung der Versorgungsausgaben der Gebietskörperschaften nach Versorgungsart spiegelt insgesamt die vorgezeichnete Entwicklung nach Beschäftigungsbereichen (vgl. B I 4.2.1) wider. Innerhalb der Versorgungsarten (Ruhegehalt, Witwengeld, Waisengeld) lassen sich jedoch unterschiedliche Tendenzen feststellen. Die Ausgaben für Ruhegehälter werden deutlich höher ansteigen als die für Witwen- und Waisengelder. Am stärksten betroffen sind hier wiederum die Länder. Der Bund hat beim Witwengeld den relativ höchsten Anstieg innerhalb der Beschäftigungsbereiche zu verzeichnen. Die Ausgaben für das Waisengeld entwickeln sich prozentual in etwa gleich denen des Witwengeldes. Die Gemeinden werden von allen Gebietskörperschaften bei sämtlichen Versorgungsarten am geringsten belastet werden.

Die nachfolgend dargestellte Entwicklung der Versorgungsausgaben nach Versorgungsart wird auf die Variante 2 beschränkt, die beispielhaft die Entwicklung bei einer jährlichen Anpassung der Versorgungsausgaben in Höhe von 1,5 v. H. von 1996 bis 2000 und ab 2001 von 2,5 v. H. aufzeigen soll.

Übersicht B36

**Gegenüberstellungen der Versorgungsausgaben
der Gebietskörperschaften
(insgesamt, Bund, Länder, Gemeinden)
1994 und 2008 (Variante 2) nach Versorgungsart**

**Gebietskörperschaften
(Bund, Länder, Gemeinden)**

Jahr	Gesamt	Ruhe- gehalt	Witwen- geld	Waisen- geld
1994	28,85	21,54	7,11	0,20
bis 2008	60,08 *)	49,50	10,27	0,30

*) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Bezogen auf die Gebietskörperschaften insgesamt erhöhen sich die Ausgaben für das **Ruhegehalt** um das 1,3fache von 21,54 Mrd. DM auf 49,50 Mrd. DM (+129,8 v. H.). Demgegenüber steigen die Ausgaben für das **Witwengeld** lediglich um knapp die Hälfte von 7,11 Mrd. DM auf 10,27 Mrd. DM (+44,4 v. H.). Die Ausgaben für das **Waisengeld** erhöhen sich von 0,20 Mrd. DM auf 0,30 Mrd. DM (+50 v. H.).

Bund

Jahr	Gesamt	Ruhe- gehalt	Witwen- geld	Waisen- geld
1994	2,76	1,99	0,76	0,02
bis 2008	5,51	4,28	1,21	0,03

Die Ausgaben des Bundes für das **Ruhegehalt** steigen bis zum Ende des Vorausberechnungszeitraums auf gut das Doppelte (+115,1 v. H.) an. **Witwengeld** und **Waisengeld** erhöhen sich bis zum Jahre 2008 um 59,2 v. H. bzw. 50,0 v. H.

Länder

Jahr	Gesamt	Ruhe- gehalt	Witwen- geld	Waisen- geld
1994	21,77	16,45	5,16	0,16
bis 2008	48,10	40,10	7,75	0,25

Bereits bis Ende des Jahres 2002 verdoppeln sich die Ausgaben der Länder für das **Ruhegehalt**; sie wachsen bis zum Ende des Jahres 2008 auf mehr als das 2,4fache an (+143,8 v. H.). Die Ausgaben für das **Wit-**

wengeld und **Waisengeld** steigen weniger an. Sie erhöhen sich lediglich von 5,16 Mrd. DM auf 7,75 Mrd. DM (+50,2 v. H.) bzw. von 0,16 Mrd. DM auf 0,25 Mrd. DM (+56,3 v. H.) bis zum Ende des Berichtszeitraums.

Gemeinden

Jahr	Gesamt	Ruhe- gehalt	Witwen- geld	Waisen- geld
1994	4,30	3,10	1,19	0,021
bis 2008	6,47	5,13	1,32	0,024

Im Gegensatz zum Bund und den Ländern haben die Gemeinden bis zum Ende des Berichtszeitraums nicht mit einer Verdopplung der Versorgungsausgaben zu rechnen. Die Ausgaben für das **Ruhegehalt** steigen von 3,10 Mrd. DM auf 5,13 Mrd. DM (+65,5 v. H.). Die Ausgaben für das **Witwengeld** erhöhen sich von 1,19 Mrd. DM auf 1,32 Mrd. DM (+10,9 v. H.) und die des **Waisengeldes** von 0,021 Mrd. DM auf 0,024 Mrd. DM (+14,3 v. H.).

nachrichtlich:

Bahn

Jahr	Gesamt	Ruhe- gehalt	Witwen- geld	Waisen- geld
1994	6,90	4,84	2,03	0,030
bis 2008	7,87	5,75	2,09	0,031

Post

Jahr	Gesamt	Ruhe- gehalt	Witwen- geld	Waisen- geld
1994	5,58	4,37	1,19	0,024
bis 2008	10,20	8,48	1,69	0,034

Mittelbarer öffentlicher Dienst

Jahr	Gesamt	Ruhe- gehalt	Witwen- geld	Waisen- geld
1994	0,70	0,50	0,20	0,003
bis 2008	1,31	1,07	0,24	0,004

II. Soldatenversorgung nach dem SVG

1. Einleitung

Die Regelungen des Soldatenversorgungsgesetzes entsprechen im wesentlichen denen des Beamtenversorgungsgesetzes (vgl. Teil B I 1). Eine differenzierte Betrachtung der Versorgung nach dem Soldatenversorgungsgesetz innerhalb der öffentlich-rechtlichen Versorgungssysteme ist wegen der Besonderheiten, die sich auf Grund der für Berufssoldaten im Soldatengesetz und im Personalstärkegesetz erregelten besonderen Altersgrenzen¹²⁾ ergeben, erforderlich. Diese besonderen Altersgrenzen resultieren im wesentlichen aus

- den Anforderungen an die körperliche Leistungsfähigkeit in Dienststellungen, die körperliche Frische und die Kraft zu entschlossenem Handeln in einem Maße erfordern, das nur in jüngeren Lebensjahren gewährleistet ist und
- aus Vorgaben an die Struktur der Streitkräfte.

Die im Vergleich zu anderen Beschäftigtengruppen (Beamten und Richtern, Angestellten und Arbeitern) innerhalb der öffentlich-rechtlichen Versorgungssysteme niedrigen Altersgrenzen der Berufssoldaten beeinflussen die Versorgungsausgaben um so stärker, je früher sie den Zeitpunkt des Eintritts in den Ruhestand festlegen und damit die Laufzeit der Versorgungsbezüge bestimmen.

¹²⁾ Alleine aufgrund ruhegehaltstfähiger Dienstzeiten ist bei Zuruhesetzung wegen Erreichens einer besonderen Altersgrenze der Höchstruhegehaltssatz von 75 v. H. der ruhegehaltstfähigen Dienstbezüge i. d. R. nicht erreichbar; dieser Nachteil wird über eine nach Altersgrenzen gestaffelte prozentuale Erhöhung des Ruhegehaltssatzes ausgeglichen (vgl. § 26 Abs. 2 bis 4 SVG).

Zu berücksichtigen ist hierbei, daß das Spannungsfeld von sicherheitspolitischer Verantwortung und finanzpolitischer Begrenzung sowie völkerrechtlicher Vereinbarungen den Rahmen für die Bundeswehrplanung und damit auch den nach dem Ausscheiden der Berufssoldaten aus dem Wehrdienst den versorgungsrechtlichen Umfang bilden (siehe Tabelle).

Versorgungsleistungen nach dem Soldatenversorgungsgesetz im Sinne des Versorgungsberichtes sind ausschließlich die an ehemalige **Berufssoldaten** und deren Hinterbliebene gezahlten Versorgungsbezüge; nicht einbezogen und deshalb in diesem Abschnitt nur nachrichtlich ausgewiesen sind Angaben über ausgeschiedene **Soldaten auf Zeit**.

Im Gegensatz zu den ehemaligen Berufssoldaten und deren versorgungsberechtigten Hinterbliebenen, die nach dem Eintritt in den Ruhestand bzw. Tod des Versorgungsurhebers Anspruch auf laufende und einmalige Versorgungsleistungen (vgl. Teil B I 1) nach dem Soldatenversorgungsgesetz haben, erhalten Soldaten auf Zeit mit einer Wehrdienstzeit von mindestens vier Jahren für einen befristeten Zeitraum Übergangsgebühnisse, wenn ihr Dienstverhältnis wegen Ablaufs der Zeit, für die sie berufen sind oder wegen Dienstunfähigkeit, die nicht auf eigenes grobes Verschulden zurückzuführen ist, endet.

Die Übergangsgebühnisse betragen 75 v. H. der Dienstbezüge des letzten Monats und werden – abhängig von der Dauer der Dienstzeit – gewährt für

- 6 Monate bei vier und weniger als sechs Jahren,
- 12 Monate bei sechs und weniger als acht Jahren,
- 18 Monate bei acht und weniger als zwölf Jahren und
- 36 Monate bei zwölf und mehr Dienstjahren.

Altersgrenzen der Soldaten

	1993 bis 1998 § 1 Personalstärkegesetz	1999 bis 2001 § 45 Soldatengesetz ¹⁾	ab 2002 geänderter § 45 Soldatengesetz
	Lebensjahr		
Berufsunteroffiziere (Unteroffiziere bis Oberstabsfeldwebel) . . .	52	53	53
Offiziere im Truppendienst (Leutnant bis Hauptmann)	52	53	54
Major	54	55	56
Oberstleutnant	56	57	58
Oberst	58	59	60
Strahlflugzeugführer	41	41	41
Offiziere im Militärfachdienst (Leutnant bis Hauptmann)	52	53	54
Stabshauptmann ²⁾	54	55	56
General ³⁾ (allgemeine Altersgrenze)	60	60	61

¹⁾ Wie seit Dezember 1989 bis Dezember 1992.

²⁾ Bis zur Änderung der gesetzlichen Vorschriften werden die Offiziere bis zum angegebenen Alter im Dienst behalten.

³⁾ Die allgemeine Altersgrenze wird angewandt auf Generale und Offiziere des Sanitätsdienstes, des Militärmusik- und des Militärgeografischen Dienstes.

2. Entwicklung der Soldatenversorgung nach dem SVG in der Vergangenheit bis zum Basisjahr 1993

Siehe auch Anhang 4, Tabellen B 1 bis B 2.3

Die Gesamtstärke der Bundeswehr setzt sich zusammen aus Berufssoldaten, Soldaten auf Zeit und Grundwehrdienstleistenden bzw. freiwillig Wehrdienstleistenden. Das im Basisjahr 1993 gültige Planungskonzept ging von einer Friedensstärke von 370 Tsd. Soldaten aus, davon 62,6 Tsd. Berufssoldaten und 148,4 Tsd. Soldaten auf Zeit.

Nach der neuen Bundeswehr-Personalstrukturplanung soll der Umfang der Streitkräfte auf rd. 340 Tsd. Soldaten, davon etwa 200 Tsd. Berufs- und Zeitsoldaten zurückgeführt werden.

2.1 Zahl der Berufssoldaten

Die Zahl der Berufssoldaten ist seit 1960 von 32,5 Tsd. bis 1990 zunächst um 37,8 Tsd. (+116,3 v. H.) gestiegen. Grund hierfür war der kontinuierliche Aufbau der Bundeswehr. In den letzten Jahren wirken sich das Personalstrukturgesetz von 1985 sowie die auf der Grundlage des Zwei-plus-Vier-Vertrages vom 12. September 1990 festgelegte Reduzierung der Bundeswehr auf 370 Tsd. Soldaten und das in diesem Zusammenhang angewandte Personalstärkegesetz von 1991 u. a. auf die Zahl der Berufssoldaten aus, die damit bis zum Erhebungsstichtag ¹³⁾ auf rund 66,1 Tsd. verringert wurden.

Von Bedeutung ist hierbei, daß Umfang und Struktur der Bundeswehr in einer engen Wechselbeziehung

¹³⁾ Personalstandstatistik zum 30. Juni 1993.

stehen. Die Veränderung eines Bedingungsfaktors verändert stets das Gesamtsystem Bundeswehr.

Von exakt 66 079 am 30. Juni 1993 erfaßten Berufssoldaten gehörten

- 13 462 (20,4 v. H.) dem vergleichbar höheren Dienst,
- 16 939 (25,6 v. H.) dem vergleichbar gehobenen Dienst und
- 35 678 (54,0 v. H.) dem vergleichbar mittleren Dienst an.

Alle Berufssoldaten waren vollzeitbeschäftigt.

Da Frauen erst seit 1975, zunächst ausschließlich im Sanitätsdienst, Zugang zur Bundeswehr haben, ist ihr Anteil an der Gesamtzahl der Berufssoldaten bislang gering. Am Erhebungsstichtag wurden 79 weibliche Sanitätsoffiziere im höheren Dienst gezählt.

Die Altersstruktur der Berufssoldaten stellt sich nach Altersgruppen wie folgt dar:

Übersicht B37

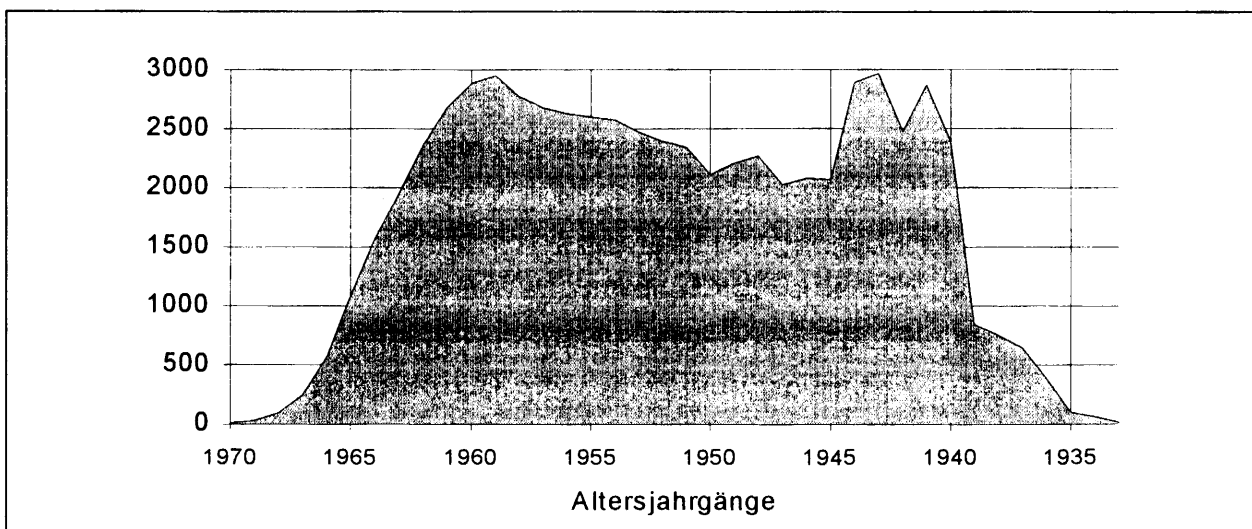
Altersstruktur der Berufssoldaten

	Anzahl	Anteil in v. H.
55 Jahre und älter	1 968	3,0
45–54 Jahre	22 872	34,6
35–44 Jahre	24 785	37,5
unter 35 Jahre	16 454	24,9

Die Altersklasse „35–44 Jahre“ ist am stärksten vertreten.

Schaubild B19

Altersstruktur der Berufssoldaten im Jahr 1993



nachrichtlich: Zahl der aktiven Zeitsoldaten am 30. Juni 1993: 159 763.

2.2 Zahl der Versorgungsempfänger

Siehe auch Anhang 4, Tabellen B 4 bis B 5.2 und B 7.1

Die Zahl der Versorgungsempfänger aus dem Personenkreis der Berufssoldaten ist seit 1970 von 23,3 Tsd. um 45,6 Tsd. (+195,7 v.H.) auf 68,9 Tsd. gestiegen. Aus dieser Entwicklung ergibt sich folgender Bestand an Versorgungsempfängern am 1. Januar 1994¹⁴⁾ – aufgeteilt nach Versorgungsarten –:

Übersicht B38

Zahl der Versorgungsempfänger (nach Versorgungsart)

Gesamt	Empfänger von		
	Ruhegehalt	Witwen-/Witwergeld	Waisengeld
68 938	53 363	14 007	1 568

77,4 v. H. aller Versorgungsberechtigten nach SVG sind Empfänger von Ruhegehalt; davon sind lediglich 64 ehemalige weibliche Berufssoldaten. Der Anteil der versorgungsberechtigten Hinterbliebenen beträgt 20,3 v. H. für Witwen-/Witwergeldempfänger und 2,3 v. H. für Waisengeldempfänger. Die Empfänger von Hinterbliebenenbezügen sind überwiegend weiblichen Geschlechts; lediglich 80 Versorgungsbe-rechtigte erhielten Witwergeld.

– nach Laufbahngruppen bzw. vergleichbaren Besoldungsgruppen

Mehr als die Hälfte (36 220 = 52,5 v. H.) der Versorgungsempfänger nach SVG erhielt Versorgungsbezüge aus einer der Laufbahn des mittleren Dienstes vergleichbaren Besoldungsgruppe. 15 555 Personen erhielten Versorgung aus einer der Laufbahn des gehobenen Dienstes und 16 892 aus einer der Laufbahn des höheren Dienstes vergleichbaren Besoldungsgruppe.

– nach Altersstruktur

Insgesamt 56,6 v. H. (= 30 185) der Ruhegehaltsempfänger nach SVG sind jünger als 65 Jahre; ursächlich hierfür sind die im Soldatengesetz geregelten besonderen Altersgrenzen für Berufssoldaten. Sie wurden durch § 1 Personalstärkegesetz von 1993 bis 1998 – außer für Strahlflugzeugführer und Waffensystem-offiziere – um ein Jahr gesenkt. 16,0 v. H. (= 8 537) der Ruhegehaltsempfänger sind jünger als 55 Jahre; der Altersgruppe 55 bis 64 Jahre gehören 40,6 v. H. (= 21 648) aller Ruhegehaltsempfänger an.

Versorgungszugänge im Jahr 1993

– nach Versorgungsart

Aus dem aktiven Dienst ausgeschieden und in den Ruhestand getreten sind im Laufe des Jahres 1993 insgesamt 6 729 Berufssoldaten. Zu diesen Versorgungszugängen kommen hinzu auch die Hinterbliebenenfälle, die infolge Todes eines aktiven Berufssoldaten (155) oder eines Ruhegehaltsempfängers (1 033) eingetreten sind.

¹⁴⁾ Erhebungsstichtag für die Zahl der Versorgungsempfänger ist der 1. Januar 1994.

– nach Zugangsverhalten

Siehe auch Anhang 4, Tabelle B 10.1

Ein Hauptgrund für die Zunahme von in den Ruhestand versetzten Berufssoldaten ist im Zusammenhang mit der Reduzierung der Bundeswehr u. a. die Anwendung des Personalstärkegesetzes.

Von insgesamt 6 729 Berufssoldaten, die im Laufe des Jahres 1993 aus dem aktiven Dienst ausgeschieden sind, wurden allein 4 199 (62,4 v. H.) auf Grund des Personalstärkegesetzes in den vorzeitigen Ruhestand versetzt. Der zweithäufigste Zuruhesetzungsgrund bei den Berufssoldaten ist mit 2 445 Fällen (36,3 v. H.) im Jahre 1993 das Erreichen einer (besonderen) gesetzlichen Altersgrenze. Eine im Vergleich zu anderen Beschäftigtengruppen im öffentlichen Dienst untergeordnete Rolle spielt bei den Berufssoldaten die Zuruhesetzung wegen Dienstunfähigkeit mit 71 Fällen (= 1,1 v. H.) im Jahre 1993.

nachrichtlich: Soldaten auf Zeit

Von den nach dem Stand vom 30. Juni 1993 vorhandenen 159 763 Soldaten auf Zeit sind 26 234 Soldaten zum 30. Juni 1993 mit Anspruch auf Zahlung von Übergangsgebührrnissen aus dem aktiven Dienst ausgeschieden.

2.3 Versorgungsausgaben

Übersicht B39

Entwicklung der Versorgungsausgaben für Berufssoldaten von 1970 bis 1993

Leistungen nach dem Soldatenversorgungsgesetz				
Jahr	Berufs-soldaten	nachrichtlich: Zeitsoldaten		
	einschließ-lich einmaliger Ausgleich	Über-gangs-gebührr-nisse	Über-gangs-beihilfen	gesamt
– in Mrd. DM –				
1970	0,45	0,14	0,19	0,33
1974	0,65	0,31	0,32	0,64
1975	0,75	0,30	0,37	0,67
1976	0,82	0,28	0,35	0,63
1977	0,91	0,31	0,29	0,60
1978	1,00	0,34	0,30	0,64
1979	1,10	0,40	0,38	0,78
1980	1,23	0,47	0,37	0,85
1981	1,34	0,51	0,38	0,89
1982	1,42	0,51	0,36	0,87
1983	1,50	0,50	0,30	0,80
1984	1,53	0,48	0,26	0,75
1985	1,61	0,50	0,28	0,78
1986	1,72	0,54	0,31	0,85
1987	1,84	0,57	0,31	0,88
1988	1,94	0,59	0,29	0,89
1989	2,09	0,61	0,29	0,90
1990	2,24	0,69	0,32	1,00
1991	2,49	0,72	0,33	1,05
1992	2,83	0,77	0,38	1,16
1993	3,27	0,85	0,43	1,28

Die Ausgaben des Bundes für Versorgungsleistungen nach dem SVG an Berufssoldaten sind in der Zeit von 1970 bis 1993 auf mehr als das siebenfache gestiegen.

3. Hochrechnung 1994 bis 2008

3.1 Zahl der Versorgungsempfänger

Siehe auch Anhang 4, Tabelle B 12

Übersicht B 40

Gegenüberstellung der Zahl der Versorgungsempfänger 1994 und 2008

Jahr	- Tsd. -
1994 bis 2008	69,0 88,0

Die Zahl der Versorgungsempfänger aus dem Personenkreis der Berufssoldaten wird sich von 69,0 Tsd. im Jahr 1994 bis zum Jahr 2008 um 19,0 Tsd. auf 88,0 Tsd. (+27,5 v. H.) erhöhen.

3.2 Versorgungsausgaben

Siehe auch Anhang 4, Tabelle B 13

Übersicht B 41

Gegenüberstellung der Versorgungsausgaben von 1994 und 2008

Jahr	Variante 0	Variante 1	Variante 2	Variante 3
	- Mrd. DM -			
1994 bis 2008	3,52 4,24	3,52 5,64	3,52 5,86	3,52 6,10

III. Versorgungsempfänger nach dem G131

1. Einleitung

Die nach dem Zweiten Weltkrieg nicht wiederverwendeten ehemaligen Beamten, Berufssoldaten, Führer des Reichsarbeitsdienstes, Angestellten und Arbeiter des Deutschen Reiches, soweit sie einen Anspruch auf beamtenrechtliche Versorgung hatten, sowie ehemalige Bedienstete aufgelöster Dienststellen und ihre Hinterbliebenen erhalten eine beamtenrechtliche Versorgung nach dem G131.

Das seit dem 1. April 1951 gültige Gesetz fand nur Anwendung in den alten Bundesländern und wurde mit Wirkung zum 1. Oktober 1994 endgültig aufge-

hoben. Für das Gebiet der ehemaligen DDR ist das G131 zu keiner Zeit in Kraft gesetzt worden.

Die Abwicklung der bestehenden Ansprüche noch vorhandener Versorgungsempfänger obliegt den zuständigen Behörden der alten Bundesländer, in geringerem Maße dem Bund sowie Bahn und Post. Die Versorgungsaufwendungen selbst gehen zu Lasten des Bundeshaushaltes einschließlich der Sondervermögen.

2. Entwicklung in der Vergangenheit bis zum Basisjahr 1993¹⁵⁾

Die Zahl der Leistungsberechtigten nach dem G131 ist – 50 Jahre nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges – stark rückläufig, da neue Ruhegehaltsempfänger nicht mehr hinzukommen. Der weitaus überwiegende Anteil besteht daher auch aus Empfängern von Hinterbliebenenversorgung.

2.1 Zahl der Versorgungsempfänger (auch nach Versorgungsart)

Siehe auch Anhang, Tabelle B 8

Im Jahre 1970 haben insgesamt 258 200 Personen Leistungen nach dem G131 erhalten. Diese Zahl der Versorgungsempfänger hat sich bis zum Ende des Jahres 1993 kontinuierlich um rd. 145 900 auf ca. 112 300 verringert. Dies entspricht einem Rückgang von 56,5 v. H.

Die Zahl der Ruhegehaltsempfänger ist dabei weit aus stärker gesunken als die der Hinterbliebenen. Dies ist nicht nur auf das höhere Alter der Ruhegehaltsempfänger zurückzuführen, sondern auch darauf, daß ein Ruhegehaltsempfänger als Versorgungsurheber nach seinem Tode in der Regel einen Angehörigen mit Anspruch auf Hinterbliebenenversorgung hinterläßt.

Aus dieser Entwicklung ergibt sich für das Basisjahr 1993 folgender Bestand:

Übersicht B 42

Versorgungsempfänger nach G131 im Jahr 1993

	Gesamt	Empfänger von		
		Ruhegehalt	Witwen-/Witwergeld	Waisengeld
	in Tsd.			
Bund	3,0	0,5	2,5	0,0
Länder	109,2	23,7	84,1	1,4
Gesamt	112,2	24,2	86,6	1,4

¹⁵⁾ Erhebungsstichtag für die Zahl der Versorgungsempfänger ist der 1. Januar 1994.

2.2 Altersstruktur im Basisjahr 1993

Siehe auch Anhang, Tabelle B 9

Die meisten Versorgungsempfänger nach dem G131 waren 1993 zwischen 70 und 89 Jahre alt (rd. 100 000 Personen). 90 Jahre und älter waren nur knapp 7 000 Personen; der Anteil der unter 70jährigen ist mit rd. 5 500 Leistungsempfängern nur noch sehr gering.

Der Großteil der Leistungen geht an die Empfänger von Witwengeld. Der Anteil der Ruhegehaltsempfänger ist demgegenüber um ein Vielfaches kleiner. Waisengeld erhalten im wesentlichen nur noch die nach Kriegsende geborenen Personen, denen auf Grund einer körperlichen oder geistigen Behinderung Versorgungsleistungen gewährt werden.

Übersicht B 43

**Versorgungsempfänger nach G131
(Versorgungsart und Altersstruktur)**

	Empfänger von		
	Ruhe- gehalt	Witwen-/ Witwer- geld	Waisen- geld
90 Jahre und älter . . .	1 139	5 748	1
80 bis 89 Jahre	13 013	31 938	43
70 bis 79 Jahre	9 905	44 948	117
unter 70 Jahre	178	3 941	1 281
insgesamt	24 235	86 575	1 442

2.3 Versorgungsausgaben

Übersicht B 44

**Gegenüberstellung der Versorgungsausgaben
1970 und 1993**

Ausgaben 1970	Zuwachs		Ausgaben 1993
	absolut	in v. H.	
2,10 Mrd.	0,48 Mrd.	22,9	2,58 Mrd.

Die Entwicklung der Versorgungsausgaben innerhalb der einzelnen Beschäftigungsbereiche ist auf der Grundlage der in den jeweiligen Haushalten eingestellten und tatsächlich verausgabten Beträge dargestellt (siehe Übersicht B 45).

Nicht berücksichtigt sind dabei die gesetzlich geregelten Erstattungen, die im Ergebnis eine Verteilung der Versorgungslasten zwischen Dienstherren zum Inhalt haben. Im wesentlichen handelt es sich dabei um folgende Regelungen:

- Beteiligung des Bundes an den Versorgungsausgaben für die Beamten und Berufssoldaten, die von den Ländern, Gemeinden und Gemeindever-

Übersicht B 45

**Entwicklung der Versorgungsausgaben
von 1970 bis 1993 nach Beschäftigungsbereichen**

Jahr	insgesamt	Beschäftigungsbereich	
		Bund	Land
– in Mrd. DM –			
1970	2,10	2,01	0,09
1974	3,48	3,32	0,16
1975	3,64	3,48	0,16
1976	3,70	3,55	0,15
1977	3,79	3,64	0,15
1978	3,78	3,64	0,14
1979	3,77	3,64	0,13
1980	3,83	3,70	0,13
1981	3,84	3,70	0,13
1982	3,72	3,60	0,13
1983	3,60	3,49	0,12
1984	3,36	3,25	0,11
1985	3,26	3,16	0,10
1986	3,17	3,07	0,10
1987	3,07	2,98	0,09
1988	2,93	2,85	0,08
1989	2,79	2,71	0,08
1990	2,76	2,69	0,07
1991	2,69	2,62	0,07
1992	2,69	2,63	0,07
1993	2,58	2,52	0,06

bänden im Beamtenverhältnis wiederverwendet worden sind und daraus einen Versorgungsanspruch erworben haben,

- Beteiligung der Länder an den Versorgungsausgaben des Bundes für versorgungsberechtigte Beamte und Berufssoldaten, die von den Beteiligungsdienstherren ohne Versorgungsanspruch wiederverwendet worden sind,
- Beteiligung der Länder an den Versorgungsausgaben für die früheren Landesbeamten, die von Bund, anderen Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden im Beamtenverhältnis mit Versorgungsanspruch wiederverwendet worden sind.

3. Hochrechnung 1994 bis 2008**3.1 Zahl der Versorgungsempfänger
(auch nach Versorgungsart)**

Siehe auch Anhang, Tabelle B 12

Die Zahl der Versorgungsempfänger nach dem G131 insgesamt wird sich von rd. 112,2 Tsd. im Jahr 1994 bis zum Jahr 2008 um rd. 85,9 Tsd. auf rd. 26,3 Tsd. (-76,6 v. H.) verringern. Hierbei sinkt der Bestand an

Übersicht B46

**Gegenüberstellung der Zahl
der Versorgungsempfänger 1994 und 2008**

Jahr	in Tsd.
1994	112,2
bis 2008	26,3

Empfängern von Ruhegehalt von 24,2 Tsd. um 22 Tsd. auf 2,1 Tsd. (-90,9 v. H.) und der Bestand der Empfänger von Hinterbliebenenbezügen von 88,0 Tsd. um 63,8 Tsd. auf 24,2 Tsd. (-72,5 v. H.) ab.

3.2 Versorgungsausgaben

Siehe auch Anhang, Tabelle B 13

Entsprechend dem Rückgang der Zahl der Versorgungsempfänger verringern sich die Versorgungs-

Übersicht B47

**Gegenüberstellung der Versorgungsausgaben
1994 und 2008**

Jahr	Variante 0	Variante 1	Variante 2	Variante 3
	- Mrd. DM -			
1994	2,45	2,45	2,45	2,45
bis 2008	0,53	0,70	0,73	0,76

ausgaben. Hinzu kommt noch die altersbedingte Verringerung der Zahl der Ruhegehaltsempfänger gegenüber der Zahl der Empfänger von Hinterbliebenenbezügen. Da die Versorgungsempfänger nach dem G131 an den allgemeinen Anpassungen der Versorgungsbezüge teilnehmen, verlangsamt sich der Abbau der Versorgungsausgaben etwas.

Teil C Zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung für Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes (Zusatzversorgung)

1. Einleitung

Die zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung für Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes (Zusatzversorgung) erbringt Leistungen im Sinne des Gesetzes zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung vom 19. Dezember 1974 (Betriebsrentengesetz – BetrAVG). Die weitaus überwiegende Zahl der (früheren) Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes erhält Zusatzversorgung auf Grund tarifrechtlicher Verpflichtung im Wege privatrechtlicher Versicherung bei einer Zusatzversorgungseinrichtung (vgl. Ziffer 1.1). Diese Form der Zusatzversorgung stellt das typische Modell der zusätzlichen Alters- und Hinterbliebenenversorgung innerhalb des öffentlichen Dienstes dar.

Die Bereiche Bahn und Post nehmen infolge ihrer zwischenzeitlichen Privatisierung eine Sonderstellung ein:

Die neu gegründeten Postunternehmen Postdienst AG, Telekom AG und Postbank AG führen die bisherige Zusatzversorgung für ihre Arbeitnehmer als Gesamtversorgungssystem bei der Versorgungsanstalt der Deutschen Bundespost fort.

Die Deutsche Bahn AG (DB AG) hat zwischenzeitlich einen Tarifvertrag über die betriebliche Zusatzversorgung für ihre Arbeitnehmer abgeschlossen, der ein reines Betriebsrentenmodell vorsieht, wie sie in der freien Wirtschaft weithin üblich sind. Lediglich die bereits früher bei der Deutschen Bundesbahn beschäftigten Arbeitnehmer bleiben in dem unter Ziffer 1.1 im einzelnen erläuterten Gesamtversorgungssystem versichert. Es handelt sich insoweit um einen geschlossenen Bestand. Zuständiger Träger für beide Zusatzversorgungssysteme ist die Bahnversicherungsanstalt Abteilung B.

Unter Ziffer 1.2 sind die haushaltsfinanzierten Zusatzversorgungssysteme der Stadtstaaten Hamburg und Bremen sowie des Landes Berlin aufgeführt. Schließlich wird unter Ziffer 1.3 auf die Versicherungen beim Versorgungsverband bundes- und landesgeförderter Unternehmen e.V. (VBLU) und unter Ziffer 1.4 auf weitere Formen der Zusatzversorgung hingewiesen.

1.1 Zusatzversorgungseinrichtungen des öffentlichen Dienstes

Die Gebietskörperschaften (Bund, Länder¹⁾, Gemeinden¹⁾ und Gemeindeverbände) gewährleisten

Hinweis: Die Zahlen im Teil C beruhen auf Mitteilungen der jeweiligen Zusatzversorgungseinrichtungen.

¹⁾ Vgl. jedoch die unter Ziffer 1.2 dargestellten haushaltsfinanzierten Zusatzversorgungssysteme.

ihren Arbeitnehmern eine zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung im Wege privatrechtlicher Versicherung bei den Zusatzversorgungseinrichtungen des öffentlichen Dienstes. Dies sind

- die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) in Karlsruhe mit 1993 insgesamt
1 681,7 Tsd. Pflichtversicherten und
5 152,6 Mio. DM Versorgungsleistungen
sowie
- in der Arbeitsgemeinschaft kommunaler und kirchlicher Zusatzversorgungskassen (AGZVK) zusammengefaßte 20 Gebiets- und Stadtkassen einschließlich 2 Sparkasseneinrichtungen sowie 5 kirchliche Zusatzversorgungskassen mit 1993 insgesamt (einschließlich der kirchlichen Kassen)
2 191,9 Tsd. Pflichtversicherten²⁾ und
4 010,5 Mio. DM Versorgungsleistungen³⁾.

Zusatzversorgungseinrichtungen der Post bzw. der Bahn sind die

- Versorgungsanstalt der Deutschen Bundespost (VAP) in Stuttgart mit 1993 insgesamt
231,1 Tsd. Pflichtversicherten und
1 028,6 Mio. DM Versorgungsleistungen,
- Bahnversicherungsanstalt Abteilung B (BVA Abt. B) in Frankfurt/Main mit 1993 insgesamt
118,3 Tsd. Pflichtversicherten
(Teil D der Satzung) und
1 267,8 Mio. DM Versorgungsleistungen.

Das Recht dieser Zusatzversorgungseinrichtungen folgt einheitlichen Prinzipien.

1.1.1 Zielsetzung, Grundlagen

Ziel der Zusatzversorgung ist es, den Versicherten und ihren Hinterbliebenen eine an Grundsätzen der Beamtenversorgung ausgerichtete Gesamtversorgung zu gewährleisten (unter Anrechnung der Grundversorgung, in aller Regel der gesetzlichen Rente). Die tarifrechtlichen Grundlagen sind von den Tarifvertragsparteien in Versorgungstarifverträgen vereinbart worden. Auch den einzelnen Leistungsbestimmungen und den Finanzierungsvorschriften liegen Vereinbarungen der Tarifvertragsparteien zugrunde. Sie werden von den Zusatzversorgungseinrichtungen in ihr jeweiliges Satzungsrecht übertragen.

²⁾ Davon entfallen auf die kirchlichen Zusatzversorgungskassen 580,7 Tsd. Pflichtversicherte.

³⁾ Davon entfallen auf die kirchlichen Zusatzversorgungskassen 645,7 Mio. DM Versorgungsleistungen.

Voraussetzung für eine Versicherung ist die Beteiligung (Mitgliedschaft) des Arbeitgebers bei einer Zusatzversorgungseinrichtung. Die Versicherungen für die einzelnen Arbeitnehmer werden von den beteiligten Arbeitgebern bei der Zusatzversorgungseinrichtung abgeschlossen. Versicherungsnehmer ist der Arbeitgeber. Bezugsberechtigte sind die einzelnen versicherten Arbeitnehmer. Es handelt sich nach der Rechtsprechung um einen privatrechtlichen Gruppenversicherungsvertrag.

Versichert werden gemäß Tarifvertrag generell alle Arbeitnehmer (Pflichtversicherung), die

- das 17. Lebensjahr vollendet haben,
- nicht nur geringfügig im Sinne sozialversicherungsrechtlicher Regelungen beschäftigt oder nebenberuflich tätig sind und
- die Wartezeit von 60 Umlagemonaten erfüllen können.

Die Zusatzversorgungseinrichtungen haben untereinander Abkommen zur Überleitung von Versicherungen abgeschlossen. Wechselt ein Arbeitnehmer zu einem Arbeitgeber, der Beteiligter einer anderen Zusatzversorgungseinrichtung ist, hat der Arbeitnehmer die Überleitung der Versicherung zu der nun zuständigen Einrichtung zu beantragen.

Endet das Arbeitsverhältnis, z. B. weil die Beschäftigung vorzeitig aufgegeben wird oder weil der Arbeitnehmer zu einem Arbeitgeber wechselt, der nicht Beteiligter einer Zusatzversorgungseinrichtung ist, endet auch die Pflichtversicherung. Im späteren Versicherungsfall (z. B. wegen Alters) steht dem Berechtigten aus der beendeten Pflichtversicherung dann zwar keine Versorgungsrente, jedoch eine Versicherungsrente zu.

Eine freiwillige Weiterversicherung mit dem Ziel, die Versicherung unverändert aufrechtzuhalten, ist grundsätzlich nicht möglich. Im Zusammenhang mit der zunehmenden Privatisierung öffentlicher Aufgaben wurde bei der VBL eine Fortsetzung der Pflichtversicherung für den Fall ermöglicht, daß der Arbeitnehmer zu einem nichtbeteiligten Arbeitgeber wechselt, an dem der frühere Arbeitgeber „unmittelbar oder über ein verbundenes Unternehmen“ beteiligt ist.

1.1.2 Leistungen

a) Versorgungsrenten und Versicherungsrenten

Voraussetzung für die Zahlung von Versorgungs- und Versicherungsrenten ist generell, daß die Wartezeit von 60 Umlagemonaten erfüllt und der Versicherungsfall eingetreten ist. Die Versicherungsfälle der Zusatzversorgung entsprechen denen der gesetzlichen Rentenversicherung (Alter, verminderte Erwerbsfähigkeit, Tod).

Anspruch auf Versorgungsrente hat der Versicherte, der bei Eintritt des Versicherungsfalles pflichtversichert ist, d. h. im Dienst eines Arbeitgebers des öffentlichen Dienstes verblieben ist, der Beteiligter einer Zusatzversorgungseinrichtung ist. Vorbild ist das Beamtenversicherungsrecht; auch beamtenrechtli-

ches Ruhegehalt erhält der Beamte nur, wenn er bei Eintritt des Versorgungsfalles im Beamtenverhältnis steht.

Die Versorgungsrente wird im Rahmen eines Gesamtversorgungssystems errechnet, d. h. sie ergänzt die Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung bis zu einer Obergrenze, die sich an der Beamtenversorgung orientiert. Die (beamtenrechtsähnliche) Rechengröße „Gesamtversorgung“ wird aus der gesamtversorgungsfähigen Zeit und dem gesamtversorgungsfähigen Entgelt ermittelt.

Als gesamtversorgungsfähige Zeit werden die Zeiten der Pflichtversicherung bei der Zusatzversorgungseinrichtung (Umlagemonate) sowie die Hälfte der Beitragszeiten und beitragsfreien Zeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung, die nicht zugleich Umlagemonate sind, berücksichtigt. Aus der gesamtversorgungsfähigen Zeit werden ein Brutto- und ein Nettoversorgungssatz ermittelt.

Brutto- und Nettoversorgungssatz steigen linear, nämlich für jedes Jahr der gesamtversorgungsfähigen Zeit um brutto 1,875 v. H./netto 2,294 v. H., so daß nach einer gesamtversorgungsfähigen Zeit von 40 Jahren mit brutto 75 v. H./netto 91,75 v. H. die Höchstversorgung erreicht wird. Elemente einer Mindestsicherung sind in Gestalt des Mindestversorgungssatzes (brutto 35 v. H./netto 45 v. H.), ferner als Mindestgesamtversorgung in Höhe des beamtenrechtlichen Mindestruhegehalts vorhanden.

Hat der pflichtversicherte Arbeitnehmer bei Eintritt des Versicherungsfalles das 50. Lebensjahr vollendet und ist die gesamtversorgungsfähige Zeit kürzer als die Zeit von der Vollendung des 50. Lebensjahres bis zum Eintritt des Versicherungsfalles, betragen die Versorgungssätze für jedes Jahr der gesamtversorgungsfähigen Zeit brutto 1,6 v. H./netto 1,957 v. H. Diese besondere Skala, die kein beamtenrechtliches Vorbild hat, stellt eine andersartige Übertragung des im Beamtenrecht geltenden Grundsatzes dar, daß Bewerber, die das 50. Lebensjahr vollendet haben, grundsätzlich nicht mehr in das Beamtenverhältnis berufen werden können, weil die Dienstherren sonst eine im Verhältnis zur Länge der Dienstzeit unangemessen hohe Versorgungslast zu tragen hätten. Ohne diese Sonderskala könnte dieser beamtenrechtliche Grundsatz umgangen werden, indem die überalterten Bewerber ins Angestelltenverhältnis übernommen würden.

Übergangsweise wird für Altfälle die Höchstversorgung mit brutto 75 v. H./netto 91,75 v. H. bereits nach 35 Jahren erreicht, und zwar in der Weise, daß der Vomhundertsatz für die ersten 10 Jahre der gesamtversorgungsfähigen Zeit brutto 35 v. H./netto 45 v. H. beträgt, in den folgenden 15 Jahren um jährlich brutto 2 v. H./netto 2,35 v. H. und schließlich in den danach folgenden Jahren um jährlich brutto 1 v. H./netto 1,15 v. H. des gesamtversorgungsfähigen Entgelts bzw. des fiktiven Nettoarbeitsentgelts steigt.

Das gesamtversorgungsfähige Entgelt wird anhand des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts bemessen. Zusatzversorgungspflichtiges Entgelt ist im wesentlichen der steuerpflichtige Arbeitslohn, also ein-

schließlich Sonderzuwendung und aller Zulagen/Zuschläge usw., soweit nicht ausdrücklich ausgenommen. Für die Versorgung ist maßgeblich der dynamisierte monatliche Durchschnitt der letzten drei Kalenderjahre vor dem Versicherungsfall; bei Entgelten für Überstunden, Bereitschaftsdienste o. ä. wird jedoch der ebenfalls dynamisierte Durchschnitt der letzten zehn Jahre zugrunde gelegt.

Aus dem Bruttoentgelt wird ein fiktives Nettoarbeitsentgelt ermittelt, und zwar in der Weise, daß das gesamtversorgungsfähige Entgelt um Beträge vermindert wird, die als Lohnsteuer sowie als Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung zu zahlen wären. Diese seit dem 1. Januar 1985 geltende Nettobegrenzung ist (für die VBL mit der 19. Satzungsänderung) eingeführt worden, weil eine bis dahin eingetretene „Übersorgung“ der Rentner des öffentlichen Dienstes im Vergleich mit den Nettoarbeitsentgelten der aktiven Arbeitnehmer aus arbeits- und sozialpolitischen Gründen der Korrektur bedurfte hatte. Die Nettoformel ist so angelegt, daß über die fiktiven Abzüge künftige Änderungen der Steuer- und Soziallastquoten automatisch berücksichtigt werden. Zum 1. April 1995 haben die Tarifvertragsparteien die Beiträge zur Pflegeversicherung und den Solidaritätszuschlag in die Nettobegrenzung mit einbezogen und damit diese Methode durch weitere Berechnungsschritte ergänzt und konsequent weiter entwickelt (vgl. für die VBL die 27. Satzungsänderung). Ein Ansteigen der Steuer- und Soziallastquoten führt zu einer Verminderung der Versorgungsrente; dagegen führt eine Verminderung der Steuer- und Soziallastquoten zu einer Erhöhung der Versorgungsrente.

Die (nettobegrenzte) Gesamtversorgung wird errechnet, indem das fiktive Nettoarbeitsentgelt mit dem Nettoversorgungssatz multipliziert wird. Von dieser maßgebenden Gesamtversorgung wird die Grundversorgung (in der Regel die gesetzliche Rente) abgezogen. Der verbleibende Betrag ist die Versorgungsrente. Erreicht die so ermittelte Versorgungsrente nicht den Betrag, der als Versicherungsrente (vgl. hierzu unten), ggf. bei Vorliegen der Voraussetzungen als Versicherungsrente auf Grund des Betriebsrentengesetzes, zu zahlen wäre, wird in jedem Falle die Versicherungsrente bzw. die Versicherungsrente auf Grund des Betriebsrentengesetzes als „Mindestbetrag der Versorgungsrente“ (sog. Garantieverorgungsrente) gezahlt.

Teilzeitbeschäftigungen und Beurlaubungen von mehr als einem Jahr werden nach ihrem Umfang und ihrer Dauer mittels sog. Beschäftigungsquotienten bei der Ermittlung der Gesamtversorgung berücksichtigt.

Bei Versicherungsfällen wegen Berufsunfähigkeit wird die Gesamtversorgung auf 70 v. H. (übergangsweise auf 80 v. H.) gekürzt.

Die Gesamtversorgung wird wie die Beamtenversorgung angepaßt. Und zwar wird das gesamtversorgungsfähige Entgelt zum gleichen Zeitpunkt und in dem gleichen Ausmaß angepaßt, wie die Versorgungsbezüge der Ruhestandsbeamten in Folge von Veränderungen der wirtschaftlichen Verhältnisse all-

gemein erhöht oder vermindert werden. Gleichzeitig wird das für die Berechnung der Versorgungsrente maßgebende fiktive Nettoarbeitsentgelt auf der Grundlage der im Anpassungszeitpunkt geltenden allgemeinen Lohnsteuertabelle und der dann in der Sozialversicherung geltenden Beitragssätze und Beitragsbemessungsgrenzen neu errechnet. Weiter wird die Versorgungsrente stets neu errechnet, wenn die im Rahmen des Gesamtversorgungssystems angerechnete Grundversorgung (gesetzliche Rente) ihrerseits angepaßt wird.

Die Versicherungsrente ist eine beitragsbezogene Leistung, die nicht dynamisiert wird. Sie wird bei Eintritt des Versicherungsfalles gezahlt, wenn der Versicherte zuvor aus der Pflichtversicherung ausgeschieden ist (z. B. bei Aufgabe der Erwerbstätigkeit oder Wechsel zu einem Arbeitgeber, der nicht bei einer Zusatzversorgungseinrichtung des öffentlichen Dienstes beteiligt ist). Die monatliche Versicherungsrente wird in Höhe von 0,03125 v. H. der Summe der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte, von denen Umlagen entrichtet worden sind, gezahlt. Der Vomhundertsatz von 0,03125 v. H. ist festgelegt worden, damit auch nach Wegfall des Pflichtbeitrages in Höhe von 2,5 v. H. des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts ab 1. Januar 1978 weiterhin 1,25 v. H. der Summe der angenommenen Pflichtbeiträge als Versicherungsrente zustehen ($\frac{2,5 \times 1,25}{100} = 0,03125$).

Liegen die Unverfallbarkeitsvoraussetzungen nach dem Betriebsrentengesetz vor, wird eine erhöhte Versicherungsrente auf Grund des Betriebsrentengesetzes gezahlt. Sie beträgt für je zwölf volle zurückgelegte Umlagemonate bei demselben Arbeitgeber 0,4 v. H. des gesamtversorgungsfähigen Entgelts im Zeitpunkt des Ausscheidens.

Versorgungsrenten und Versicherungsrenten werden auch an Hinterbliebene (Witwen/Witwer, Waisen) gewährt. Ausgehend von der Gesamtversorgung bzw. der Versicherungsrente/Versicherungsrente auf Grund des Betriebsrentengesetzes des verstorbenen Berechtigten beträgt die Leistung

für die Witwe/den Witwer	60 v. H.,
für die Halbwaise	12 v. H.,
für die Vollwaise	20 v. H.

Insgesamt dürfen die Leistungen an mehrere Hinterbliebene die Gesamtversorgung bzw. die Versicherungsrente/Versicherungsrente auf Grund des Betriebsrentengesetzes für den verstorbenen Berechtigten nicht überschreiten. Ggf. werden die einzelnen Leistungen anteilig gekürzt.

b) Sterbegeld

Neben den genannten laufenden Leistungen gewähren die Zusatzversorgungseinrichtungen beim Tode eines Versorgungsrentenberechtigten den Angehörigen ein einmaliges Sterbegeld von maximal 3 000 DM.

c) Abfindung

Versicherungsrenten sowie Versorgungsrenten und Versicherungsrenten für Witwen/Witwer (bei Wiederheirat) werden auf Antrag kapitalisiert und einmalig abgefunden.

1.1.3 Finanzierung

Die Leistungen der Zusatzversorgungseinrichtungen werden seit 1978 überwiegend aus Umlagen der beteiligten Arbeitgeber finanziert. Als Umlage zahlt der Arbeitgeber einen bestimmten Vomhundertsatz des jeweiligen steuerpflichtigen Arbeitsentgelts seiner bei der Zusatzversorgungseinrichtung versicherten Arbeitnehmer. Der Umlagesatz muß so festgelegt werden, daß er innerhalb des für die jeweilige Zusatzversorgungseinrichtung geltenden Deckungsabschnitts (bei der VBL 5 Jahre, bei anderen Einrichtungen bis zu 10 Jahren) einschließlich Zinsen und vorhandenem Vermögen ausreicht, um die in diesem Zeitraum voraussichtlich anfallenden Ausgaben zu bestreiten.

Der Umlagesatz der einzelnen Zusatzversorgungskassen differiert je nach Zusammensetzung des Versicherten- und Rentnerbestandes und dem vorhandenen Vermögen zum Teil erheblich.

Bei der VBL hat sich der Umlagesatz von 4 v. H. ab 1. Januar 1978 über 4,5 v. H. ab 1. Januar 1990 bis 4,8 v. H. ab 1. Januar 1995 entwickelt. Bei diesen Umlagesätzen ist zu berücksichtigen, daß die Ausgaben zum Teil aus dem Anstaltsvermögen, das sich auf Grund der früher zu entrichtenden Beiträge angesammelt hat, und aus dessen Erträgen bestritten werden. Ein die aktuellen Ausgaben vollständig abdeckender Umlagesatz müßte höher veranschlagt werden. Er läge derzeit bei knapp 7 v. H.

Bei der AGZVK reicht die Bandbreite der Umlagesätze zum 1. Januar 1995 von 3,65 v. H. bis 6,0 v. H.

Tarifvertraglich ist für die versicherten Arbeitnehmer sowohl bei der VBL als auch bei den in der AGZVK zusammengeschlossenen Zusatzversorgungseinrichtungen festgelegt, daß der Arbeitgeber die von ihm zu zahlende Umlage bis zu einem Betrag von monatlich 175 DM pauschal zu versteuern hat, solange die Pauschalbesteuerung rechtlich möglich ist. Für die über monatlich 175 DM hinausgehende Umlage hat der Arbeitnehmer individuell die Steuern zu tragen.

Bei der VAP (Post) beträgt seit dem 1. Januar 1994 der Umlagesatz 7,33 v. H. Daneben hat der Arbeitgeber für jeden Versicherten am Ende der Versicherungszeit für jedes Jahr des Arbeitsverhältnisses eine Zuwendung in Höhe von 2 400 DM an die VAP zu zahlen. Tarifvertraglich ist für die bei der VAP versicherten Arbeitnehmer festgelegt, daß der Arbeitgeber die von ihm zu zahlende Umlage pauschal zu versteuern hat, solange die Pauschalbesteuerung rechtlich möglich ist.

Für die Finanzierung der BVA Abt. B (Bahn) gilt folgendes:

a) Teil C der Satzung

Es handelt sich seit 1979 um einen geschlossenen Bestand (Altrentner). Die Finanzierung erfolgt ausschließlich über den Wirtschaftsplan des Bundeseisenbahnvermögens (BEV). Die Ausgaben betragen 478 Mio. DM im Jahr 1995 (mit fallender Tendenz).

b) Teil D der Satzung (entspricht VBL-Recht)

Die Bestände gemäß Teil D der Satzung sind seit dem 1. Januar 1994 getrennt:

aa) Beteiligter: Bundeseisenbahnvermögen

Es handelt sich um die am 1. Januar 1994 vorhandenen Beschäftigten der früheren Deutschen Bundesbahn, die über das BEV nach Gründung der DB AG weiterversichert werden. Auch dieser Bestand ist seit dem 1. Januar 1994 geschlossen. Die Finanzierung erfolgt durch Umlagen in Höhe von 7 v. H. sowie einen Bundeszuschuß.

bb) Alle übrigen Beteiligten

Es handelt sich im wesentlichen um die Wasser- und Schifffahrtsverwaltungen (WSV) des Bundes und einiger Länder sowie die Bahnversicherungsträger. Die Finanzierung erfolgt durch Umlagen in Höhe von 7 v. H. sowie Zuwendungen (für die Jahre 1995 bis 1999 in Höhe von jährlich 18,1 Mio. DM).

Auch für die bei der BVA Abt. B versicherten Arbeitnehmer erfolgt eine Pauschalversteuerung der Umlage durch die Arbeitgeber gemäß den gesetzlichen Bestimmungen.

Allgemein gilt für die bei der VBL, bei den Kassen der AGZVK sowie bei der VAP und der BVA Abt. B versicherten Arbeitnehmer, daß für die Beitragsberechnung in der Sozialversicherung – soweit die Umlage pauschal versteuert wird und deswegen an sich in der Sozialversicherung beitragsfrei wäre – 2,5 v. H. des der pauschal versteuerten Umlage zugrunde liegenden zusatzversorgungspflichtigen Entgelts, vermindert um den Betrag von monatlich 26 DM, dem sozialversicherungspflichtigen Arbeitsentgelt im Rahmen der Beitragsbemessungsgrenzen hinzuzurechnen sind (§ 2 Abs. 1 Satz 2 Arbeitsentgeltverordnung). Darüber hinaus haben die versicherten Arbeitnehmer für den individuell versteuerten Teil der Umlage Sozialversicherungsbeiträge im Rahmen der Beitragsbemessungsgrenzen zu zahlen.

1.2 Haushaltsfinanzierte Zusatzversorgungssysteme

Die Freie und Hansestadt Hamburg ist nicht und die Freie Hansestadt Bremen ist nur für einen Teil ihrer Arbeitnehmer der VBL angeschlossen.

Das Land Berlin war nach einem Beschluß der Alliierten vorübergehend nach 1945 gehindert, seine Arbeitnehmer bei der VBL zu versichern. Daher hat es auf Grund der „Vereinbarung über die Versorgung der Angestellten und Arbeiter des Landes Berlin (VVA)“ seine Arbeitnehmer zunächst selbst zusätzlich versorgt.

Im einzelnen bestehen folgende Regelungen:

a) Hamburg

Die Freie und Hansestadt Hamburg gewährt ihren ehemaligen Arbeitnehmern aus dem Landeshaushalt Versorgungsleistungen nach dem Gesetz über die zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung für Angestellte und Arbeiter der Freien und Hansestadt Hamburg (Ruhegeldgesetz – RGG).

Am 31. Dezember 1993 erfüllten 46 664 aktive Arbeitnehmer die Wartezeit nach dem RGG und es waren 42 826 Leistungsempfänger vorhanden. Die Versorgungsleistungen im Jahr 1993 betragen insgesamt 233,8 Mio. DM.

b) Bremen

Die Freie Hansestadt Bremen gewährt einem Teil ihrer ehemaligen Arbeitnehmer aus dem Landeshaushalt Versorgungsleistungen nach dem Gesetz zur Neuregelung der Zusatzversorgung der arbeiterrentenversicherungspflichtigen Arbeitnehmer der Freien Hansestadt Bremen (Land und Stadtgemeinde) und ihrer Hinterbliebenen (Bremisches Zusatzversorgungsneuregelungsgesetz – BremZVNG).

Am 31. Dezember 1993 hatte die Freie Hansestadt Bremen insgesamt 8 056 anwartschaftsberechtigte Arbeitnehmer nach dem Zusatzversorgungsneuregelungsgesetz und 7 167 Leistungsempfänger. Die Versorgungsleistungen im Jahr 1993 betragen insgesamt 39,6 Mio. DM.

c) Berlin

Die Vereinbarung über die Versorgung der Angestellten und Arbeiter des Landes Berlin (VVA) ist 1955 als Tarifvertrag abgeschlossen worden.

Vom Geltungsbereich sind nur die Angestellten und Arbeiter erfaßt, die bereits am 31. März 1955 beschäftigt waren und bis zum Eintritt des Versorgungsfalles in einem ununterbrochenen Arbeitsverhältnis zum Land Berlin standen. Es kann davon ausgegangen werden, daß spätestens im Jahr 1996 der letzte anwartschaftsberechtigte Arbeitnehmer aus dem Arbeitsverhältnis zum Land Berlin ausscheiden wird. Die Leistungen nach der VVA werden aus dem Landeshaushalt gezahlt.

Am 31. Dezember 1993 waren im Land Berlin noch 60 Arbeitnehmer anwartschaftsberechtigt nach der VVA und 15 750 Leistungsempfänger vorhanden. Die Versorgungsleistungen betragen insgesamt 195,1 Mio. DM.

1.3 Versorgungsverband bundes- und landesgeförderter Unternehmen e.V. (VBLU)

Der Versorgungsverband bundes- und landesgeförderter Unternehmen e.V. (VBLU), Bonn, nimmt die Aufgaben eines Trägers der zusätzlichen Alters- und Hinterbliebenenversorgung wahr für die sogenannten „Zuwendungsempfänger“ des Bundes und der Länder, die nicht die Voraussetzungen für eine

Beteiligung an der VBL oder einer kommunalen Zusatzversorgungskasse erfüllen. Der VBLU versichert Arbeitnehmer von Einrichtungen und Unternehmen,

- die Zuwendungsempfänger im Sinne des § 23 der Bundeshaushaltsordnung sind,
- auf welche die öffentliche Hand maßgeblichen Einfluß nimmt,
- die öffentliche Belange wahrnehmen,

in Anlehnung an die tarifvertraglichen Regelungen des öffentlichen Dienstes.

Grundlage der Versicherung ist ein Gruppenversicherungsvertrag, den der VBLU (für die ihm angeschlossenen Arbeitgeber) mit z. Z. 25 Lebensversicherungsunternehmen abgeschlossen hat. Zur Finanzierung werden Beiträge in Höhe von 6,9 v. H. des versicherungspflichtigen Arbeitsentgelts erhoben, die in der Regel zu zwei Drittel der Arbeitgeber (= 4,6 v. H.) und zu einem Drittel (= 2,3 v. H.) der Arbeitnehmer trägt. Die Leistungen werden nicht nach einem Gesamtversorgungssystem, sondern beitragsbezogen berechnet.

Am 31. Dezember 1993 waren beim VBLU insgesamt 76 235 anwartschaftsberechtigte Arbeitnehmer versichert. Es wurden im Jahr 1993 3 830 Renten gezahlt, die Versorgungsleistungen betragen insgesamt 71,5 Mio. DM.

1.4 Weitere Zusatzversorgungssysteme

Versorgungsanstalt der deutschen Bühnen

Am 31. Dezember 1993 waren bei der Versorgungsanstalt der deutschen Bühnen, München, 52 228 anwartschaftsberechtigte Arbeitnehmer und 7 008 Renteneempfänger vorhanden. Die Versorgungsleistungen betragen im Jahr 1993 insgesamt 63,6 Mio. DM.

Versorgungsanstalt der deutschen Kulturorchester

Am 31. Dezember 1993 waren bei der Versorgungsanstalt der deutschen Kulturorchester, München, 12 113 anwartschaftsberechtigte Arbeitnehmer und 3 406 Renteneempfänger vorhanden. Die Versorgungsleistungen betragen im Jahr 1993 insgesamt 40,2 Mio. DM.

Pensionskasse Deutscher Eisenbahnen und Straßenbahnen

Am 31. Dezember 1993 waren bei der Pensionskasse Deutscher Eisenbahnen und Straßenbahnen, Köln, 6 509 anwartschaftsberechtigte Arbeitnehmer und 7 352 Renteneempfänger vorhanden. Die Versorgungsleistungen betragen im Jahr 1993 insgesamt 78,0 Mio. DM.

Ersatzkassen

Am 31. Dezember 1993 waren bei den Ersatzkassen für Angestellte 8 608 anwartschaftsberechtigte Ar-

beitnehmer und 5 762 Rentenempfänger, bei den Ersatzkassen für Arbeiter 414 anwartschaftsberechtigte Arbeitnehmer und 229 Rentenempfänger vorhanden. Die Versorgungsleistungen betragen im Jahr 1993 bei den Ersatzkassen für Angestellte 89,4 Mio. DM, bei den Ersatzkassen für Arbeiter 5,7 Mio. DM.

Öffentlich-rechtliche und vergleichbare Kreditanstalten

Für die öffentlich-rechtlichen und vergleichbaren Kreditanstalten liegen der Bundesregierung aktuelle Angaben nicht vor. Der Verband öffentlicher Banken e.V. hat trotz wiederholter Anfragen entsprechende Daten nicht mitgeteilt. Die letzten verfügbaren Daten beziehen sich auf den Stichtag 31. Dezember 1985 bzw. auf das Jahr 1985: Danach waren bei den öffentlich-rechtlichen und vergleichbaren Kreditanstalten 39 672 anwartschaftsberechtigte Arbeitnehmer vorhanden. Es wurden 11 519 Renten gezahlt, die Rentenausgaben betragen 395,6 Mio. DM⁴⁾.

Öffentlich-rechtliche Rundfunk- und Fernsehanstalten

Mit Ausnahme der Deutschen Welle waren die öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten nicht bereit, Auskunft zur Zahl der anwartschaftsberechtigten Arbeitnehmer und zur Höhe der Versorgungsleistungen zu erteilen. Die Rundfunkanstalten haben die Auffassung vertreten, sie seien nicht dem öffentlichen Dienst zuzuordnen und haben sich insoweit auf den „Grundsatz der Staatsferne“ berufen. Die letzten verfügbaren Daten beziehen sich auch hierzu auf den Stichtag 31. Dezember 1985 bzw. auf das Jahr 1985: Danach wurden 7 970 Renten gezahlt, die Rentenausgaben betragen 233,4 Mio. DM⁴⁾.

Die Deutsche Welle hatte am 31. Dezember 1993 1 716 anwartschaftsberechtigte Arbeitnehmer. Es wurden im Jahr 1993 6 458 Renten gezahlt, die Versorgungsleistungen betragen insgesamt 20,0 Mio. DM.

2. Die Entwicklung der Zahlen der Versicherten und der Rentner sowie der Leistungen der Zusatzversorgung und der haushaltsfinanzierten Zusatzversorgungssysteme in den Jahren 1970 bis 1993

Nachstehend werden in einer Gesamtbetrachtung (Ziffer 2.1) die wesentlichen Daten der Zusatzversorgungseinrichtungen sowie der haushaltsfinanzierten Zusatzversorgungssysteme und die Daten der einzelnen Zusatzversorgungseinrichtungen (Ziffer 2.2) zwischen den Jahren 1970 und 1993 dargestellt. Die Darstellung beginnt mit dem Jahr 1970, weil die Tarif-

vertragsparteien des öffentlichen Dienstes in einer grundlegenden Zäsur zum 1. Januar 1967 das bis dahin in der Zusatzversorgung geltende Versicherungssystem durch das heute maßgebliche System einer (seit 1985 nettobegrenzten) beamtenähnlichen Gesamtversorgung ersetzt haben. Die weiteren Zusatzversorgungssysteme werden nicht näher erläutert; hierzu wird auf die Ziffern 1.3 und 1.4 verwiesen.

2.1 Gesamtbetrachtung

Die Gesamtzahl der Pflichtversicherten und der unter die haushaltsfinanzierten Zusatzversorgungssysteme fallenden Arbeitnehmer hat sich seit 1970 von insgesamt 2 059 304 bis 1993 auf 4 277 724 erhöht. Dies entspricht einem Anstieg um 107,7 v. H. Die Zahl der Pflichtversicherten der Zusatzversorgungseinrichtungen (ohne die unter die haushaltsfinanzierten Zusatzversorgungssysteme fallenden Arbeitnehmer) hat sich seit 1970 von 2 004 416 bis 1993 auf 4 222 944 um 110,7 v. H. erhöht.

Für die Zusatzversorgungseinrichtungen ohne Bahn und Post fällt der Anstieg allerdings höher aus, nämlich seit 1970 von 1 623 954 bis 1993 auf 3 873 554 um 138,5 v. H.

Die Zahlen der beitragsfrei Versicherten bei den Zusatzversorgungseinrichtungen entwickelte sich im Zeitraum 1970 bis 1993 von 486 977 auf 3 379 897 um 594,1 v. H. Der Anstieg ohne Bahn und Post fällt etwas niedriger aus, nämlich seit 1970 von 481 957 bis 1993 auf 3 021 140 um 526,8 v. H.

Die Entwicklung der Gesamtausgaben für Versorgungsleistungen ist von der Zahl der Leistungsempfänger und der Höhe der im Einzelfall zu erbringenden Leistungen abhängig. Die Gesamtzahl der Rentenempfänger ist von 630 829 im Jahr 1970 auf 1 659 549 im Jahr 1993, also um 163,1 v. H. gewachsen. Dabei verlief die Entwicklung in den einzelnen Bereichen sehr unterschiedlich.

Die Gesamtausgaben für Versorgungsleistungen sind von 1 170,2 Mio. DM im Jahr 1970 auf 11 928,0 Mio. DM im Jahr 1993, somit um 919,3 v. H. angestiegen. Der anteilmäßig größte Anstieg lag zwischen den Jahren 1970 bis 1975. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß nicht von allen Zusatzversorgungseinrichtungen bzw. Zusatzversorgungssystemen vollständige Zahlen mitgeteilt werden konnten und daher einzelne Zahlen geschätzt werden mußten. Auch bei den Versorgungsleistungen zeigen die einzelnen Bereiche sehr unterschiedliche Entwicklungen. Zu den Auswirkungen der ab 1. Januar 1985 eingeführten sogenannten Nettobegrenzung der Zusatzversorgung erfolgen nähere Ausführungen bei der exemplarisch heranzuziehenden Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (Ziff. 2.2.1 Buchst. b).

Die Übersichten C 1 bis C 4 und das Schaubild C 1 veranschaulichen diese Entwicklungen und vermitteln weitere Einzelheiten.

⁴⁾ Vgl. BT-Drucksache 10/6294 vom 3. November 1986, Seite 16, Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD zur Strukturreform der Alterssicherung – BT-Drucksache 10/5857 –.

Übersicht C1

**Entwicklung der Zahl der in den Zusatzversorgungseinrichtungen pflichtversicherten
sowie der unter die haushaltsfinanzierten Zusatzversorgungssysteme fallenden Arbeitnehmer
von 1970 bis 1993**

31. Dezember	VBL	AGZVK	VAP	BVA	Zwischen- summe Sp. 2-5	Ham- burg ****)	Bremen	Berlin	Zwischen- summe Sp. 7-9	Insgesamt Sp. 6+10
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1970	1 012 074	611 880 *)	183 109	197 353	2 004 416	37 916 **)	9 300 **)	7 672	54 888	2 059 304
1975	1 281 374	1 037 626	182 396	195 321	2 696 717	40 021 **)	9 200 **)	6 260	55 481	2 752 198
1980	1 394 817	1 415 554	194 688	155 433	3 160 492	42 126	9 100 **)	3 282	54 508	3 215 000
1985	1 447 056	1 608 558	189 112	139 301	3 384 027	45 202	8 956	1 500 **)	55 658	3 439 685
1990	1 575 714	1 903 640	211 725	116 625	3 807 704	46 332	8 541	375	55 248	3 862 952
1991	1 627 236	2 047 347	223 095	117 559	4 015 237	46 435	8 543	200 **)	55 178	4 070 415
1992	1 668 107	2 137 999	229 429	119 140	4 154 675	46 685	8 450	90	55 225	4 209 900
1993	1 681 688	2 191 866 ***)	231 139	118 251	4 222 944	46 664	8 056	60	54 780	4 277 724

*) Die Angaben sind unvollständig, weil Daten zum Teil nicht mehr ermittelbar waren.

**) Die Zahlen sind geschätzt.

***) 1993 entfallen von den Pflichtversicherten bei der AGZVK auf die kirchlichen Zusatzversorgungskassen 580 734 Pflichtversicherte.

****) Die Zahlen berücksichtigen auch die Beschäftigten der Landesbetriebe und sonstigen Einrichtungen der Freien und Hansestadt Hamburg.

Übersicht C2

**Entwicklung der Zahl der in den Zusatzversorgungseinrichtungen beitragsfrei Versicherten
von 1970 bis 1993**

31. Dezember	VBL	AGZVK	VAP	BVA	Insgesamt
1970	420 000 *)	61 957 **)	5 020	***)	486 977
1975	649 397	311 642	29 667	***)	990 706
1980	955 455	679 509	73 597	11 000 *)	1 719 561
1985	1 233 945	992 624	132 653	46 681	2 405 903
1990	1 403 423	1 302 512	212 551	77 375	2 995 861
1991	1 445 774	1 366 911	232 143	79 118	3 123 946
1992	1 480 398	1 446 761	250 547	83 590	3 261 296
1993	1 499 239	1 521 901	263 421	95 336	3 379 897

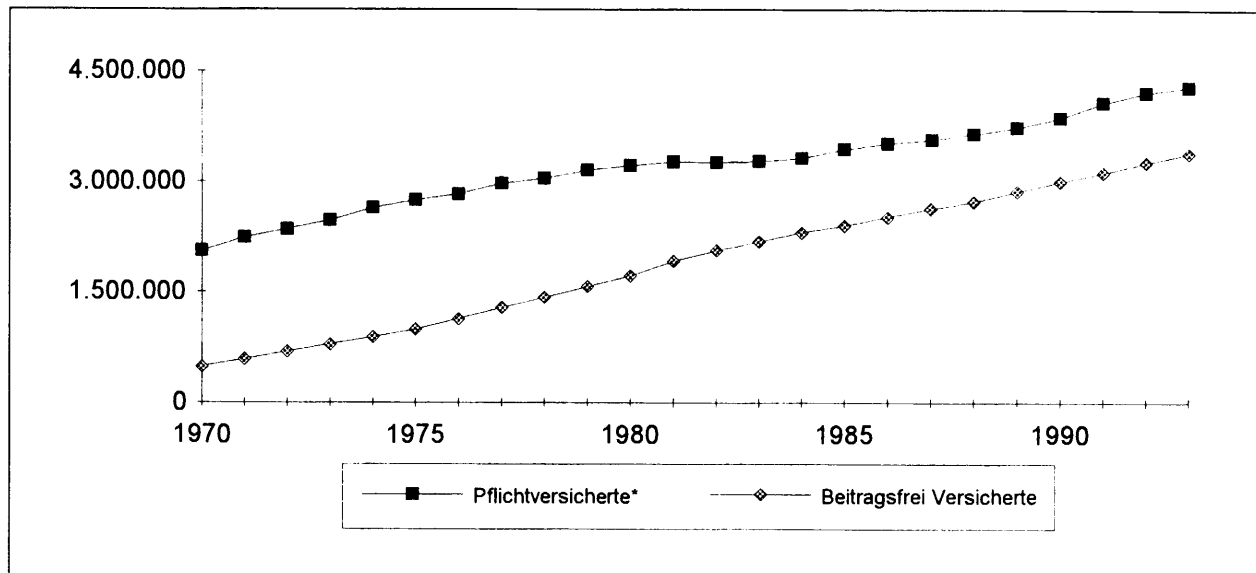
*) Die Zahlen sind geschätzt.

**) Die Angaben sind unvollständig, weil Daten zum Teil nicht mehr ermittelbar waren.

***) Vor dem 1. August 1979 gab es nach dem Teil C der Satzung keine beitragsfrei Versicherten.

Schaubild C 1

Entwicklung der Zahl der Pflichtversicherten *) und der beitragsfrei Versicherten bei den Zusatzversorgungseinrichtungen sowie der unter die haushaltsfinanzierten Zusatzversorgungssysteme fallenden Arbeitnehmer insgesamt von 1970 bis 1993



Die Zahlen in den Zwischenräumen der 5-Jahresschritte der Jahre 1970 bis 1990 sind teilweise errechnete Mittelwerte.

*) In der Zahl der Pflichtversicherten sind die anwartschaftsberechtigten Arbeitnehmer der haushaltsfinanzierten Zusatzversorgungssysteme enthalten.

Übersicht C 3

Entwicklung der Zahl der Renten bei den Zusatzversorgungseinrichtungen sowie den haushaltsfinanzierten Zusatzversorgungssystemen von 1970 bis 1993

Jahr	VBL	AGZVK	VAP	BVA	Zwischen- summe Sp. 2-5	Hamburg	Bremen	Berlin	Zwischen- summe Sp. 7-9	Insgesamt
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1970	242 855	94 837	62 151	178 257	578 100	22 444 *)	3 500 *)	26 785	52 729	630 829
1975	344 921	172 145	75 746	179 628	772 440	28 549 *)	4 000 *)	28 727	61 276	833 716
1980	461 324	265 864	86 894	174 180	988 262	33 438 *)	4 500 *)	27 145	65 083	1 053 345
1985	593 238	388 197	98 848	166 070	1 246 353	38 105	5 252 *)	23 808	67 165	1 313 518
1990	690 675	512 700	107 214	160 327	1 470 916	41 665	6 583	18 865	67 113	1 538 029
1991	709 119	537 913	108 873	158 941	1 514 846	42 186	6 796	17 852	66 834	1 581 680
1992	720 545	558 468	109 675	155 187	1 543 875	42 609	7 193	16 847	66 649	1 610 524
1993	741 163	586 632	110 615	155 396	1 593 806	42 826	7 167	15 750	65 743	1 659 549

*) Die Zahlen sind geschätzt.

Übersicht C 4

**Entwicklung der Gesamtausgaben für Versorgungsleistungen der Zusatzversorgungseinrichtungen
sowie der haushaltsfinanzierten Zusatzversorgungssysteme von 1970 bis 1993**

in Mio. DM

Jahr	VBL	AGZVK	VAP	BVA	Zwischen- summe Sp. 2-5	Hamburg	Bremen	Berlin	Zwischen- summe Sp. 7-9	Insgesamt Sp. 6+10
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1970	397,2	171,8*)	161,9	266,0	996,9	62,0	10,0**)	101,3	173,3	1 170,2
1975	1 174,1	611,0	417,7	688,4	2 891,2	135,2	15,0**)	166,8	317,0	3 208,2
1980	2 224,1	1 391,4	607,0	963,4	5 185,9	150,5	20,0**)	210,1	380,6	5 566,5
1985	3 414,4	2 337,3	827,5	1 029,5	7 608,7	192,4	26,0**)	200,9	419,3	8 028,0
1990	4 650,9	3 431,8	950,4	1 201,2	10 234,3	230,1	32,3	183,2	445,6	10 679,9
1991	4 868,6	3 651,2	985,6	1 243,5	10 748,9	235,6	36,6	188,6	460,8	11 209,7
1992	5 143,6	3 919,9	1 033,0	1 280,4	11 376,9	234,9	38,1	198,9	471,9	11 848,8
1993	5 152,6	4 010,5***)	1 028,6	1 267,8	11 459,5	233,8	39,6	195,1	468,5	11 928,0

*) Angaben unvollständig, weil Daten zum Teil nicht mehr ermittelbar.

***) Die Zahlen lagen entweder nicht oder nur unvollständig vor und mußten geschätzt werden.

***) Davon entfallen auf die kirchlichen Zusatzversorgungskassen 645,7 Mio. DM.

2.2 Zusatzversorgungseinrichtungen des öffentlichen Dienstes

2.2.1 Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL)

Siehe auch Anhang C 1 bis Anhang C 5

Bei der VBL sind die Arbeitnehmer der Bundesrepublik Deutschland und der alten Bundesländer mit Ausnahme der Freien und Hansestadt Hamburg und des Saarlandes, die Arbeitnehmer der kommunalen Arbeitgeber in Bremen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein, Arbeitnehmer von Trägern der Sozialversicherung sowie Arbeitnehmer von sonstigen Arbeitgebern versichert (vgl.

Übersicht C 7). Am 31. Dezember 1993 waren insgesamt 5 645 Arbeitgeber bei der VBL beteiligt.

a) Versicherte

Die Übersicht C 5 zeigt die Entwicklung der Zahl der Pflichtversicherten und der beitragsfrei Versicherten bei der VBL.

Die Gesamtzahl der Pflichtversicherten hat sich seit 1970 von 1 012 074 bis 1993 auf 1 681 688 erhöht. Dies entspricht einem Anstieg um 66,2 v. H. Die Entwicklung bei den verschiedenen Arbeitgebern weist hierbei deutliche Unterschiede auf (siehe auch Schaubild C 2).

Für den Bereich des **Bundes** ist bezogen auf die beiden Vergleichsjahre eine nahezu zu vernachlässigen-

Übersicht C 5

**Entwicklung der Zahl der Pflichtversicherten und der beitragsfrei Versicherten
bei der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) von 1970 bis 1993**

31. Dezember	Pflichtversicherte						Beitragsfrei Versicherte insgesamt
	Bund	Länder	Kommunen	Träger der Sozial- versicherung	Sonstige Arbeitgeber	Insgesamt	
1970	193 830	426 680	183 483	60 609	147 472	1 012 074	420 000*)
1975	210 573	558 545	220 611	81 349	210 296	1 281 374	649 397
1980	209 613	622 396	219 216	90 785	252 807	1 394 817	955 455
1985	207 325	625 489	228 866	102 678	282 698	1 447 056	1 233 945
1990	209 311	653 306	236 327	121 195	355 575	1 575 714	1 403 423
1991	205 785	667 218	251 777	134 047	368 409	1 627 236	1 445 774
1992	201 674	681 761	259 344	143 988	381 340	1 668 107	1 480 398
1993	195 057	688 915	259 781	148 685	389 250	1 681 688	1 499 239

*) Die Zahl der beitragsfrei Versicherten für 1970 ist geschätzt.

de Zunahme der Zahl der Versicherten festzustellen. Die Zahl der Pflichtversicherten überstieg dort im Jahr 1993 die des Jahres 1970 um 1 227; dies ist ein Anstieg um 0,6 v. H. Zwischen 1970 und 1975 war es zunächst zu einem deutlichen Anstieg der Pflichtversicherten um 8,6 v. H. gekommen. Die Zahlen blieben bis 1990 annähernd auf dem gleichen Stand und nahmen danach kontinuierlich ab.

Bei den **Ländern** hat sich die Zahl der Pflichtversicherten von 426 680 im Jahr 1970 auf 688 915 im Jahr 1993 und damit also um 61,5 v. H. erhöht. Die Entwicklung ist über den gesamten Zeitraum zunehmend. Die vergleichsweise größte Zunahme hat zwischen 1970 und 1975 stattgefunden (30,9 v. H.). Zwischen 1990 und 1993 ist nur noch eine geringfügige Zunahme zu verzeichnen (5,5 v. H.).

Bei den **kommunalen Arbeitgebern** hat die Zahl der Pflichtversicherten seit 1970 von 183 483 bis 1993 auf 259 781 zugenommen. Dies entspricht einem Anstieg um 41,6 v. H. Auch hier ist eine erhebliche Zunahme im ersten Fünfjahreszeitraum festzustellen (20,2 v. H.),

während es in den dann folgenden Jahren zu einem langsameren Anstieg gekommen ist. Die Zahlen für 1993 und 1992 sind nahezu identisch.

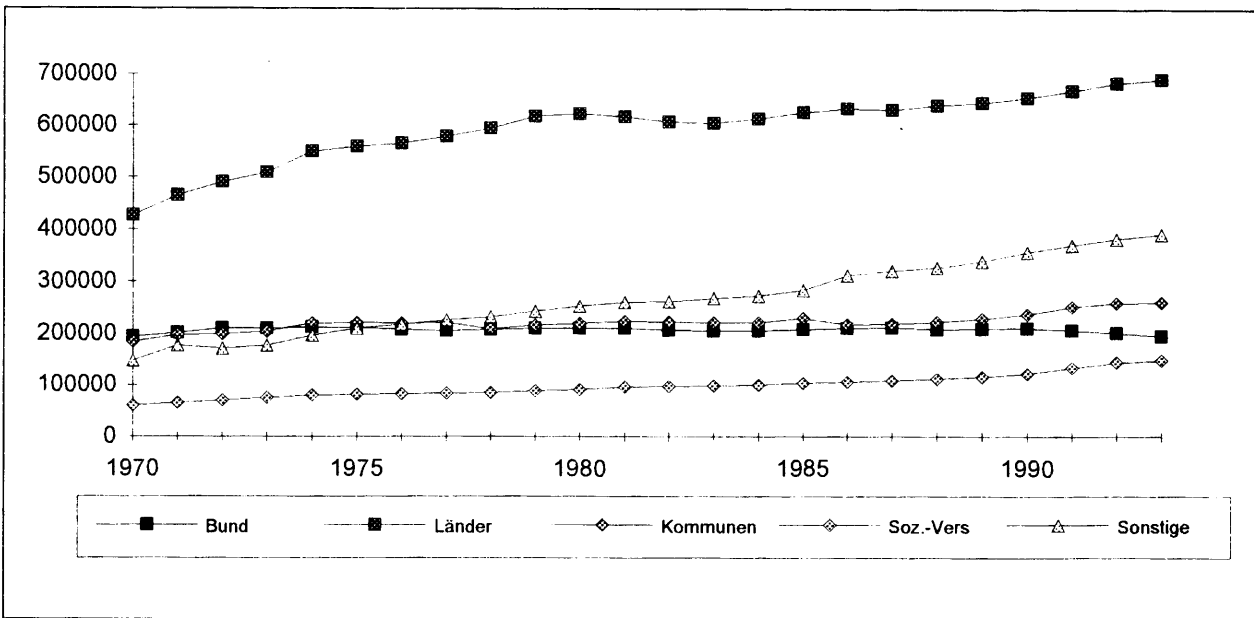
Der relativ hohe Gesamtanstieg der Versichertenzahl (66,2 v. H.) ist damit zu erklären, daß die Zahl der Pflichtversicherten der anderen bei der VBL beteiligten Arbeitgeber weit stärker angestiegen ist (Träger der Sozialversicherung: 145,3 v. H.; sonstige Arbeitgeber: 163,9 v. H.).

Die Zahl der beitragsfrei Versicherten, die also den öffentlichen Dienst verlassen und damit eine Anwartschaft auf spätere Versicherungsrente haben, ist für 1970 nicht mehr zu ermitteln; sie wurde mit 420 000 geschätzt. Die Zahl der beitragsfrei Versicherten ist bis 1993 um 257 v. H. gestiegen und beträgt jetzt rd. 1,5 Mio.; sie liegt damit knapp unter der Zahl der Pflichtversicherten (Schaubild C 3).

Die Zusammensetzung der Versicherten am 31. Dezember 1993 nach Männern und Frauen ergibt sich aus der Übersicht C 6.

Schaubild C 2

Entwicklung der Zahl der Pflichtversicherten bei der VBL nach Beteiligten bzw. Beteiligengruppen von 1970 bis 1993



Übersicht C 6

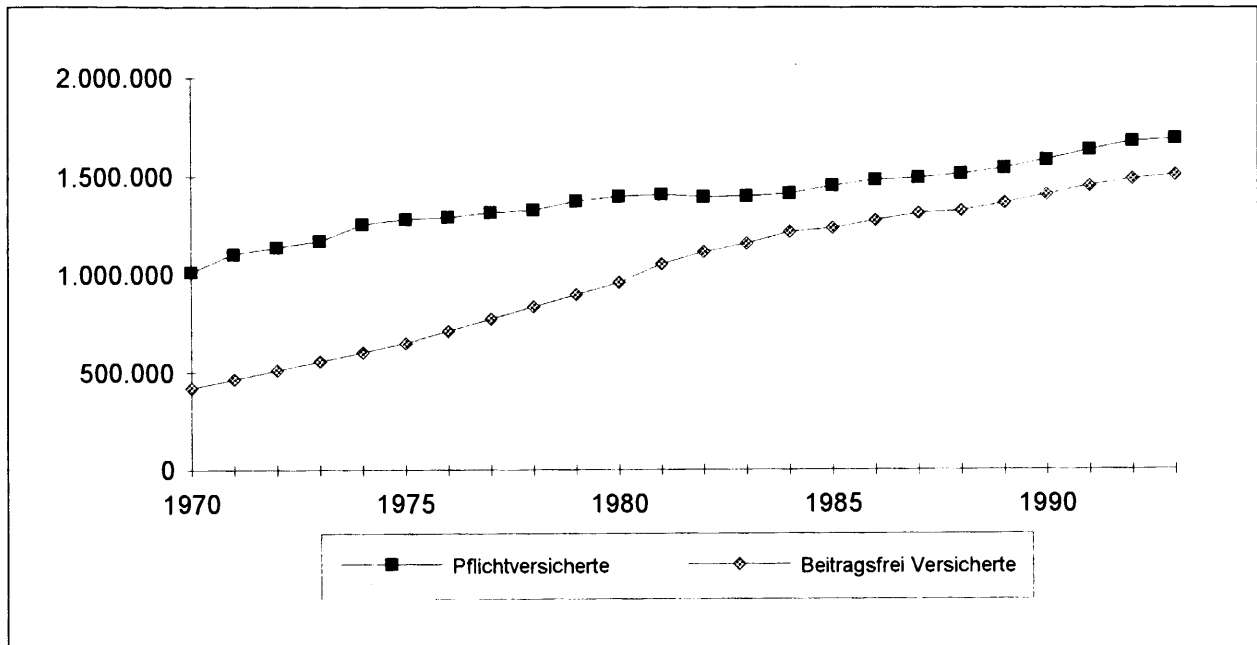
Übersicht C 6

Zusammensetzung der Versicherten bei der VBL am 31. Dezember 1993

	Männer	Frauen	Insgesamt
Pflichtversicherte	718 081	963 607	1 681 688
Beitragsfrei Versicherte	615 136	884 103	1 499 239
Versicherte insgesamt	1 333 217	1 847 710	3 180 927

Schaubild C3

Entwicklung der Zahl der Pflichtversicherten und der beitragsfrei Versicherten bei der VBL von 1970 bis 1993



Die Zahlen der beitragsfrei Versicherten der Jahre 1971 bis 1974 und 1976 bis 1980 sind errechnete Mittelwerte. Die Zahl der beitragsfrei Versicherten im Jahr 1970 ist geschätzt.

Der Anteil der Pflichtversicherten am Bestand beträgt 52,9 v. H., beitragsfrei versichert sind 47,1 v. H., die freiwillig Weiterversicherten machen lediglich 0,02 v. H. des Gesamtbestandes aus und sind deshalb vernachlässigt.

Die Verteilung der Pflichtversicherten nach dem Stand 31. Dezember 1993 auf die einzelnen Beteiligtenbereiche ist in der Übersicht C 7 und im Schaubild C 4 dargestellt.

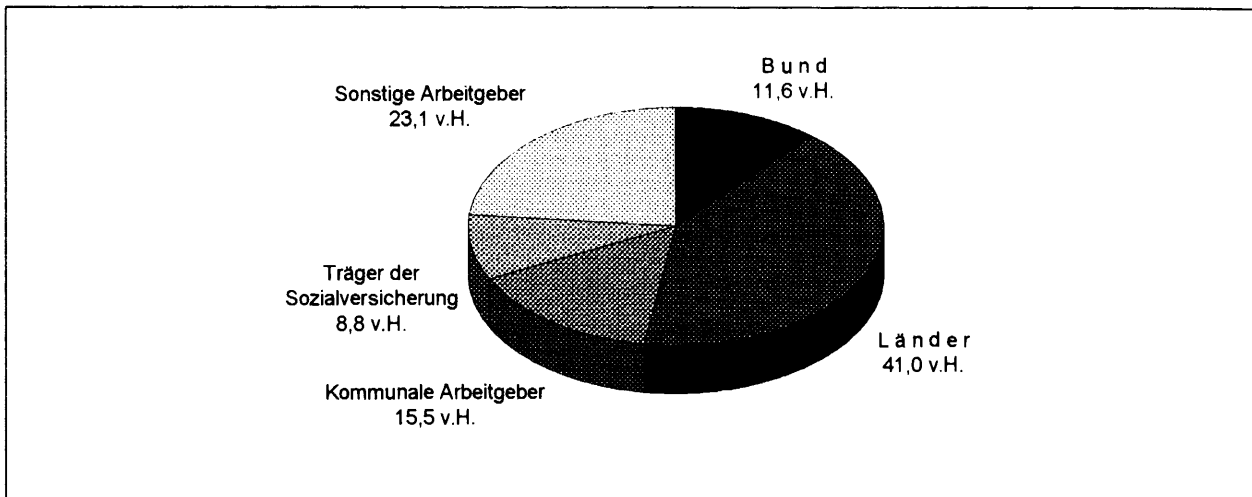
Übersicht C7

Pflichtversicherte bei der VBL nach Beteiligten bzw. Beteiligengruppen am 31. Dezember 1993

Bund		195 057
Länder		
Baden-Württemberg	110 168	
Bayern	104 729	
Berlin	120 530	
Bremen	18 537	
Hessen	66 266	
Niedersachsen	80 031	
Nordrhein-Westfalen	123 039	
Rheinland-Pfalz	37 453	
Schleswig-Holstein	<u>28 202</u>	688 915
Kommunale Arbeitgeber		259 781
Träger der Sozialversicherung		148 685
Sonstige Arbeitgeber		389 250
Insgesamt		1 681 688

Schaubild C 4

**Pflichtversicherte bei der VBL nach Beteiligten
bzw. Beteiligengruppen am 31. Dezember 1993**



Zahlenmäßig bedeutendste Beteiligengruppe sind die Länder. Der Bund folgt erst an vierter Stelle. Von den 195 057 Pflichtversicherten des Bundes (11,6 v.H.) gehören 127 203 Pflichtversicherte (7,6 v.H.) zum Bereich der Bundeswehr; ohne Bundeswehr betrage der Anteil des Bundes lediglich 4,0 v.H.

b) Leistungsempfänger

Die Anzahl der Renten und die jährlichen Leistungen der VBL sind in der Übersicht C 8 dargestellt.

Die Entwicklung der Versorgungsausgaben hängt von der Zahl der Leistungsempfänger und der Höhe der im Einzelfall zu erbringenden Leistungen ab.

Wesentlichste Leistung sind die Versorgungsrenten. Die Zahl der Empfänger von Versorgungsrenten ist zwischen 1970 und 1993 kontinuierlich und erheblich gestiegen. Während 1970 181 397 Versorgungsrenten gezahlt wurden, lag diese Zahl 1993 bei 682 742. Dies ist eine Zunahme um 276,4 v.H. (Schaubild C 5).

Die Versorgungsleistungen insgesamt (also nicht nur Versorgungsrenten) sind von 397,2 Mio. DM im Jahr 1970 auf 5 152,6 Mio. DM im Jahr 1993, mithin um ca. 1 197 v.H. angestiegen. Der Anstieg bei den Versorgungsrenten von 360,0 Mio. DM im Jahr 1970 auf 4 821,3 Mio. DM im Jahr 1993, also um 4 461,3 Mio. DM und mithin um ca. 1 239 v.H., fällt noch höher aus (Schaubild C 6).

Übersicht C 8

Anzahl der Renten und jährliche Leistungen der VBL von 1970 bis 1993

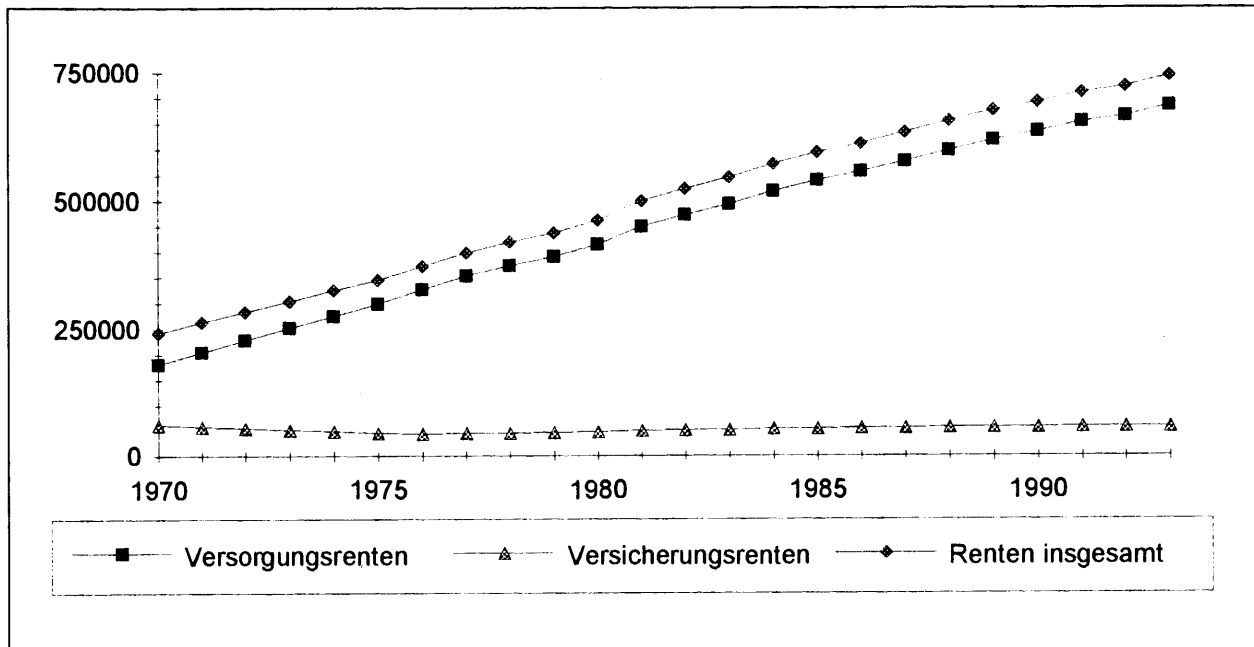
Jahr	Versorgungsrenten		Versicherungsrenten		Versorgungsleistungen *) insgesamt Mio. DM
	Anzahl (31. Dezember)	Mio. DM	Anzahl (31. Dezember)	Mio. DM	
1970 **)	181 397	360,0	61 458	35,0	397,2
1975	298 993	901,6	45 928	38,0	1 174,1
1980	413 228	1 969,4	48 096	38,5	2 224,1
1985	538 607	3 079,9	54 631	50,0	3 414,4
1990	633 695	4 339,5	56 980	60,6	4 650,9
1991	651 518	4 508,3	57 601	62,8	4 868,6
1992	662 684	4 721,9	57 861	65,0	5 143,6
1993	682 742	4 821,3	58 421	67,4	5 152,6

*) Einschließlich Sterbegelder, Abfindungen, Erstattungen im Rahmen des Versorgungsausgleichs und Beitragszahlungen nach § 225 Abs. 2 SGB VI sowie Rentennachzahlungen.

***) Die Aufteilung der Rentenausgaben nach Versorgungs- und Versicherungsrenten für das Jahr 1970 ist geschätzt.

Schaubild C5

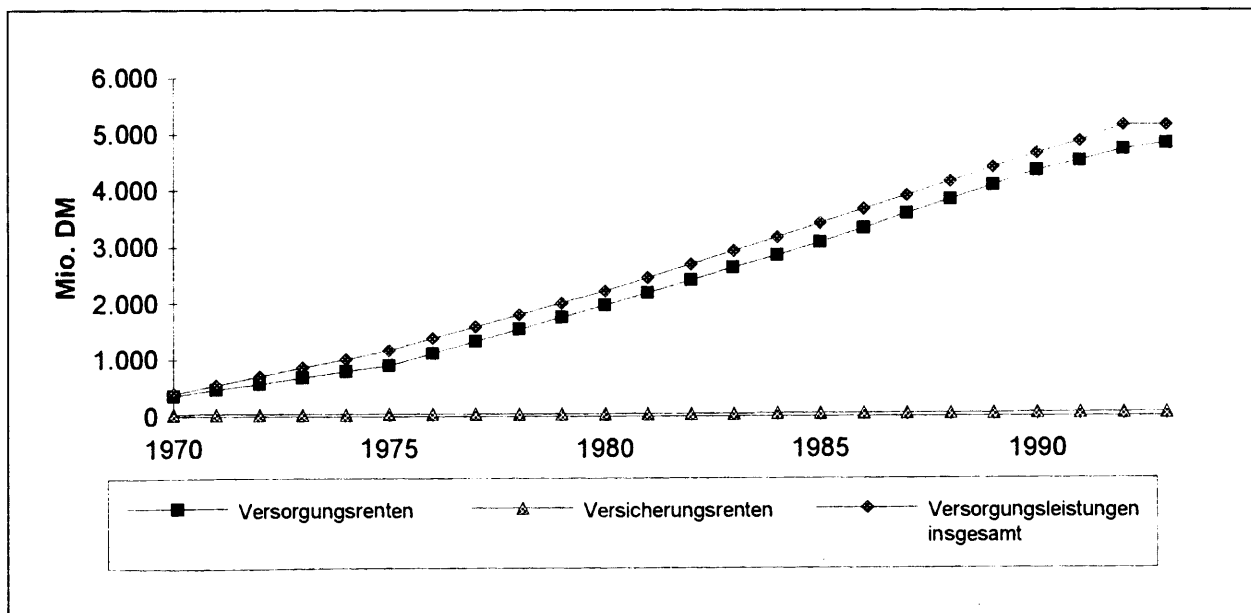
Anzahl der Leistungen der VBL nach Versorgungs- und Versicherungsrenten sowie Renten insgesamt von 1970 bis 1993



Die Zahlen der Jahre 1971 bis 1974 sind errechnete Mittelwerte.

Schaubild C6

Entwicklung der Ausgaben für Versorgungsleistungen der VBL nach Versorgungs- und Versicherungsrenten sowie Versorgungsleistungen insgesamt von 1970 bis 1993



Die Zahlen in den Zwischenräumen der 5-Jahresschritte der Jahre 1970 bis 1990 sind errechnete Mittelwerte.

Einem weiteren übermäßigen Anstieg der Versorgungsleistungen wurde bereits durch die ab 1. Januar 1985 eingeführte Nettobegrenzung der Zusatzversorgung entgegengewirkt, mit der gleichzeitig ein Abbau der sogenannten „Überversorgung“ vorgenommen wurde bzw. noch vorgenommen wird. Diese in der Vergangenheit aufgetretene Überversorgung war im wesentlichen in folgendem begründet:

Bei Einführung des Gesamtversorgungssystems im Jahr 1967 hatten die Arbeitnehmer unter Berücksichtigung der damals vorhandenen Belastungen durch Steuern und Sozialversicherungsbeiträge eine Gesamtversorgung zu erwarten, die bei erreichtem Höchstversorgungssatz von 75 v. H. des gesamtversorgungsfähigen Entgelts rd. 90 v. H. der letzten Nettobezüge betrug. Diese Relation hatte sich insbesondere wegen der Erhöhung der Beitragssätze in der Sozialversicherung und wegen der mit steigendem Arbeitseinkommen verbundenen höheren Belastungen durch Steuern verschoben. Die Tarifvertragsparteien haben in langwierigen Verhandlungen für die Bemessung der Gesamtversorgung eine Formel gesucht, die einen angemessenen Abstand zu den vergleichbaren Nettoarbeitsentgelten sowie eine gleichgewichtige Fortentwicklung der Nettoarbeitsentgelte vergleichbarer aktiver Arbeitnehmer und der entsprechenden Gesamtversicherungen gewährleistet. Sie haben mit Wirkung ab 1. Januar 1985 (19. Satzungsänderung der VBL) die Einführung eines fiktiven Nettoarbeitsentgelts in der Zusatzversorgung vereinbart, das bei jeder Neuberechnung der Versorgungsrente und bei jeder Anpassung des gesamtversorgungsfähigen Entgelts aktualisiert wird und damit sowohl an die Steuer- und Soziallastquoten als auch an das letzte Nettoarbeitsentgelt aller aktiven Arbeitnehmer anknüpft. Das fiktive Nettoarbeitsentgelt wird dadurch ermittelt, daß das gesamtversorgungsfähige Entgelt um Beträge vermindert wird, die als Lohnsteuer sowie als Arbeitnehmeranteile an den Beiträgen zur Sozialversicherung zu zahlen wären. Um einen sozial- und versorgungspolitisch vertretbaren Abstand zum Nettoarbeitsentgelt

zu erhalten, wurden die Vomhundertsätze der aus dem fiktiven Nettoarbeitsentgelt zu ermittelnden begrenzten Gesamtversorgung neu festgesetzt.

Die mit der 19. Satzungsänderung der VBL ab 1. Januar 1985 eingeführte Nettobegrenzung der Zusatzversorgung zeigt ihre finanziellen Auswirkungen deutlich in dem Absinken der durchschnittlichen jährlichen Versorgungsrente je Rentner ab dem Jahr 1993. Dieses zeitversetzte Absinken ist darauf zurückzuführen, daß nach der erwähnten Satzungsänderung für die vorhandenen Rentner und Versicherten, abbaubare Besitzstandsregelungen (Ausgleichsbeträge) von den Tarifvertragsparteien vereinbart sind, die in vier Stufen – beginnend bei den jeweiligen Anpassungen der Gesamtversorgung nach dem 1. Januar 1985, 1987, 1990 und 1993 – in jeweils mindestens sechs Raten abgebaut wurden bzw. werden. Der Abbau der ersten zwei Stufen der Ausgleichsbeträge hat bei den Anpassungen der Gesamtversorgung in den Jahren 1991, 1992 und 1993 geendet. Der ab dem Jahr 1993 zu beobachtende Trend hat sich auch im Jahr 1994 fortgesetzt (vgl. Übersicht C 22).

Das Durchschnittsalter der neu zugegangenen Versichertenrentner betrug 1993 wie in den Vorjahren 58,83 Jahre. Die Übersicht C 9 zeigt die Gliederung der Rentenneuzugänge bei der VBL im Jahr 1993 nach Versicherungsfällen. Die Schaubilder C 7 und C 8 zeigen die Gliederung der Rentenneuzugänge bei der VBL im Jahr 1993 für Männer und für Frauen.

Die Regelaltersrente macht danach bei Männern und Frauen zusammen lediglich 6,5 v. H. aller Rentenneuzugänge aus, d. h. 93,5 v. H. der Rentenneuzugänge bei der VBL erfolgten 1993 vor dem vollendeten 65. Lebensjahr.

Die Übersicht C 10 zeigt die Rentenneuzugänge bei der VBL im Jahr 1993 nach Versicherungsfällen, Alter und Geschlecht. Das durchschnittliche Renteneintrittsalter bei der VBL im Jahr 1993 zeigt die Übersicht C 11.

Übersicht C 9

Rentenneuzugänge bei der VBL nach Rentenarten im Jahr 1993

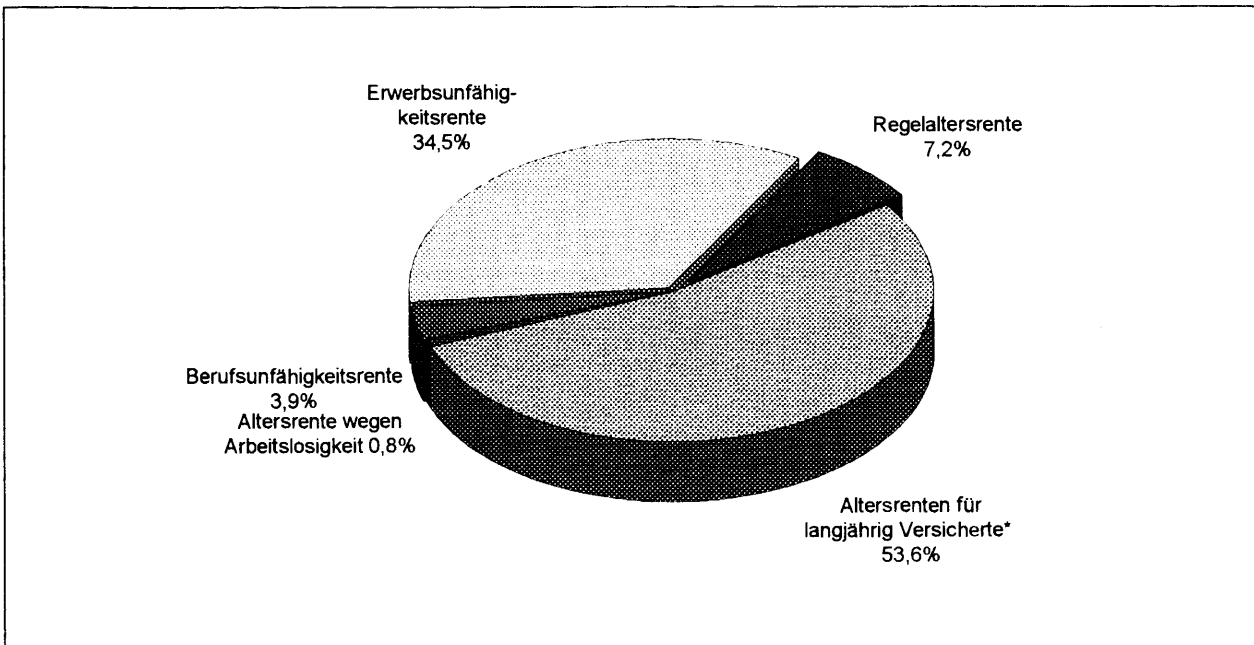
Rentenart	Anzahl		
	Männer	Frauen	Insgesamt
Regelaltersrente	1 537	989	2 526
Altersrenten für langjährig Versicherte *)	11 447	1 762	13 209
Vorgezogene Altersrenten **)	178	8 608	8 786
Berufsunfähigkeitsrente	825	280	1 105
Erwerbsunfähigkeitsrente	7 354	6 038	13 392
Gesamt	21 341	17 677	39 018

*) Altersrente für langjährig Versicherte nach § 36 SGB VI, Altersrente für Schwerbehinderte, Berufsunfähige oder Erwerbsunfähige nach § 37 SGB VI und Altersrente für langjährig unter Tage beschäftigte Bergleute nach § 40 SGB VI.

***) Altersrente für Frauen nach § 39 SGB VI und Altersrente wegen Arbeitslosigkeit nach § 38 SGB VI.

Schaubild C7

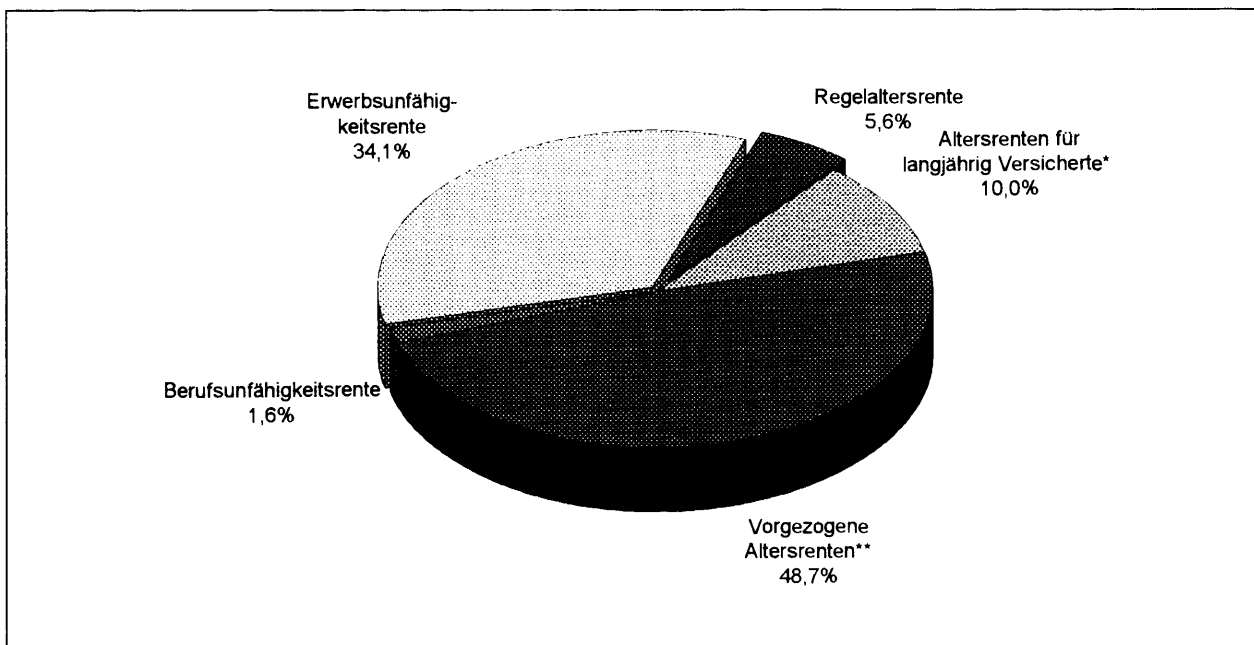
Rentennewuzugänge 1993 bei der VBL nach Rentenarten – Männer –



*) Altersrente für langjährig Versicherte nach § 36 SGB VI, Altersrente für Schwerbehinderte, Berufsunfähige oder Erwerbsunfähige nach § 37 SGB VI und Altersrente für langjährig unter Tage beschäftigte Bergleute nach § 40 SGB VI.

Schaubild C8

Rentennewuzugänge 1993 bei der VBL nach Rentenarten – Frauen –



*) Altersrente für langjährig Versicherte nach § 36 SGB VI, Altersrente für Schwerbehinderte, Berufsunfähige oder Erwerbsunfähige nach § 37 SGB VI und Altersrente für langjährig unter Tage beschäftigte Bergleute nach § 40 SGB VI.

***) Altersrente für Frauen nach § 39 SGB VI und Altersrente wegen Arbeitslosigkeit nach § 38 SGB VI, der Anteil der Altersrente wegen Arbeitslosigkeit beträgt ca. 1 v. H. (siehe Schaubild C 7).

Übersicht C 10

Rentennewuzugänge bei der VBL im Jahr 1993 nach Rentenarten, Alter und Geschlecht

	Zugang mit den Lebensjahren					
	60 Anzahl	61 Anzahl	62 Anzahl	63 Anzahl	64 Anzahl	Gesamt Anzahl
Altersrenten für langjährig Versicherte *)						
Männer	3 391	602	333	6 839	282	11 447
Frauen	1 251	86	54	292	79	1 762
	4 642	688	387	7 131	361	13 209
Vorgezogene Altersrenten **)						
Männer	126	23	18	7	4	178
Frauen	6 864	497	950	212	85	8 608
	6 990	520	968	219	89	8 786
	Zugang mit den Lebensjahren					
	bis 30 Anzahl	31 bis 40 Anzahl	41 bis 50 Anzahl	51 bis 60 Anzahl	über 60 Anzahl	Gesamt Anzahl
Berufsunfähigkeitsrente						
Männer	2	11	136	643	33	825
Frauen	5	20	50	204	1	280
	7	31	186	847	34	1 105
Erwerbsunfähigkeitsrente						
Männer	22	149	754	5 844	585	7 354
Frauen	67	302	1 150	4 456	63	6 038
	89	451	1 904	10 300	648	13 392

*) Altersrente für langjährig Versicherte nach § 36 SGB VI, Altersrente für Schwerbehinderte, Berufsunfähige oder Erwerbsunfähige nach § 37 SGB VI und Altersrente für langjährig unter Tage beschäftigte Bergleute nach § 40 SGB VI.
 **) Altersrente für Frauen nach § 39 SGB VI und Altersrente wegen Arbeitslosigkeit nach § 38 SGB VI.

Übersicht C 11

**Durchschnittliches Renteneintrittsalter bei der VBL im Jahr 1993
nach Rentenarten und Geschlecht**

Rentenart	Durchschnittsalter		
	Männer	Frauen	Insgesamt
Berufsunfähigkeitsrente	54,07	51,80	53,49
Erwerbsunfähigkeitsrente	55,24	52,74	54,11
Altersrenten für langjährig Versicherte *)	62,00	60,78	61,83
Vorgezogene Altersrenten **)	60,53	60,39	60,39
Gesamtdurchschnitt	59,57	57,94	58,83

*) Altersrente für langjährig Versicherte nach § 36 SGB VI, Altersrente für Schwerbehinderte, Berufsunfähige oder Erwerbsunfähige nach § 37 SGB VI und Altersrente für langjährig unter Tage beschäftigte Bergleute nach § 40 SGB VI.
 **) Altersrente für Frauen nach § 39 SGB VI und Altersrente wegen Arbeitslosigkeit nach § 38 SGB VI.

2.2.2 Arbeitsgemeinschaft der kommunalen und kirchlichen Zusatzversorgungskassen (AGZVK)

Siehe auch Anhang C 6 bis Anhang C 10

Die AGZVK ist ein Zusammenschluß von 25 Zusatzversorgungseinrichtungen, davon 10 Gebietskassen, 8 Stadtkassen, 2 Sparkasseneinrichtungen sowie 5 kirchlichen Zusatzversorgungskassen. Bei diesen Zusatzversorgungseinrichtungen versichern ca. 28 000 Mitglieder (kommunale und kirchliche Arbeitgeber) ihre Arbeitnehmer.

a) Versicherte

Die Entwicklung der Zahl der Pflichtversicherten und beitragsfrei Versicherten für den Bereich der AGZVK⁵⁾ ist in der Übersicht C 12 und im Schaubild C 9 dargestellt.

⁵⁾ Die Zahlen beruhen auf von der AGZVK zusammengeführten Angaben der 25 Zusatzversorgungseinrichtungen. Abweichende Zahlen im Anhang C sind darauf zurückzuführen, daß nicht alle Zusatzversorgungseinrichtungen die entsprechenden Daten mitteilen konnten.

Übersicht C 12

Entwicklung der Zahl der Pflichtversicherten und der beitragsfrei Versicherten bei der AGZVK von 1970 bis 1993

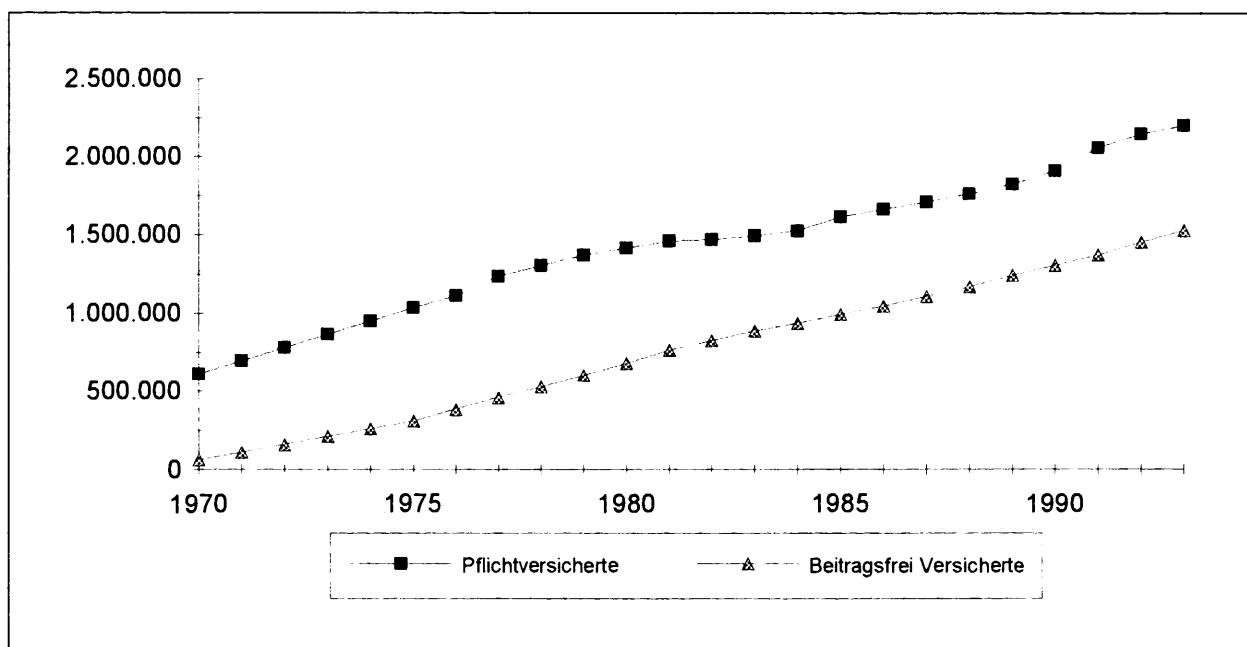
31. Dezember	Pflichtversicherte (einschließlich kirchliche Zusatzversorgungskassen)	Beitragsfrei Versicherte (einschließlich kirchliche Zusatzversorgungskassen)
1970 *)	611 880	61 957
1975	1 037 626	311 642
1980	1 415 554	679 509
1985	1 608 558	992 624
1990	1 903 640	1 302 512
1991	2 047 347	1 366 911
1992	2 137 999	1 446 761
1993 **)	2 191 866	1 521 901

*) Die Angaben zu den Versicherten sind unvollständig, weil Daten zum Teil nicht mehr ermittelbar waren.

***) 1993 entfallen von den Pflichtversicherten bei der AGZVK auf die kirchlichen Zusatzversorgungskassen 580 734 Pflichtversicherte.

Schaubild C 9

Entwicklung der Zahl der Pflichtversicherten und der beitragsfrei Versicherten bei der AGZVK von 1970 bis 1993



Die Zahlen für die Jahre 1971 bis 1974 und 1976 sind errechnete Mittelwerte.

Übersicht C 13

**Anzahl der Renten und jährliche Leistungen der AGZVK
von 1970 bis 1993**
(kommunale und kirchliche Zusatzversorgungskassen)

Jahr	Versorgungsrenten		Versicherungsrenten		Versorgungsleistungen *) insgesamt Mio. DM
	Anzahl (31. Dezember)	Mio. DM	Anzahl (31. Dezember)	Mio. DM	
1970 **)	94 837	169,2	–	–	171,8 ***)
1975 **)	172 145	611,0	–	–	611,0
1980	252 016	1 358,0	13 848	15,6	1 391,4
1985	365 930	2 283,0	22 267	26,6	2 337,3
1990	481 661	3 350,0	31 039	34,4	3 431,8
1991	504 972	3 564,0	32 941	36,8	3 651,2
1992	523 923	3 827,6	34 545	39,4	3 919,9
1993	549 998	3 907,1	36 634	42,9	4 010,5 ****)

*) Einschließlich Sterbegelder, Abfindungen, Erstattungen im Rahmen des Versorgungsausgleichs und Beitragszahlungen nach § 225 Abs. 2 SGB VI.

***) Eine Aufteilung der Rentenausgaben nach Versorgungs- und Versicherungsrenten für die Jahre 1970 und 1975 ist nicht möglich.

****) Die Angaben sind unvollständig, da Daten zum Teil nicht mehr ermittelbar waren.

*****) Davon entfallen auf die kirchlichen Zusatzversorgungskassen 645,7 Mio. DM.

Die Gesamtzahl der in der AGZVK Pflichtversicherten ist von 1970 bis 1993 um 258,2 v. H. von 611 880 auf 2 191 866 gestiegen. Daten zur Entwicklung der Pflichtversichertenanzahl getrennt nach Arbeitgebern konnten nicht zur Verfügung gestellt werden.

Die Entwicklung der Pflichtversichertenanzahl verläuft nicht geradlinig. Während in den Jahren 1970 bis 1990 die Zahl der jährlich hinzugekommenen Personen deutlich unter 100 000 lag, ist von 1990 auf 1991 ein Zuwachs in Höhe von 143 707 Personen zu verzeichnen. In den folgenden Jahren sinkt die Zahl zunächst auf etwas mehr als 90 000 und danach auf ca. 54 000.

Die Zahl der beitragsfrei Versicherten stieg zunächst von 61 957 im Jahr 1970 auf 311 642 im Jahr 1975 und danach relativ konstant um jährlich zwischen 60 000 und 80 000 Personen bis 1 521 901 im Jahr 1993.

Das Verhältnis der beitragsfrei Versicherten zu den Pflichtversicherten stieg in dem Vergleichszeitraum von 10,1 v. H. auf 69,4 v. H.

Am 31. Dezember 1993 hatte die AGZVK 3 713 767 Versicherte insgesamt, davon 2 191 866 Pflichtversicherte (746 840 Männer und 1 445 026 Frauen) sowie 1 521 901 beitragsfrei Versicherte. Von den 2 191 866 Pflichtversicherten im Jahr 1993 waren 580 734 bei kirchlichen Zusatzversorgungskassen versichert.

b) Leistungsempfänger

Die Anzahl der Renten und die jährlichen Leistungen bei der AGZVK sind in der Übersicht C 13 und im Schaubild C 10 dargestellt.

Die Zahl der Rentner hat sich von 1970 bis 1993 mehr als versechsfacht (von 94 837 auf 586 632); das

Gesamtleistungsvolumen hat sich von 171,8 Mio. DM auf 4 010,5 Mio. DM erhöht. Von dem Gesamtleistungsvolumen des Jahres 1993 entfallen 645,7 Mio. DM auf die kirchlichen Zusatzversorgungskassen.

Das durchschnittliche Renteneintrittsalter nach Versicherungsfällen im Jahr 1993 liegt nicht für alle Versicherten der kommunalen Zusatzversorgungskassen vor. Stellvertretend für diese beziehen sich die Angaben in der Übersicht C 14 auf die Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden (größte Zusatzversorgungseinrichtung innerhalb der AGZVK).

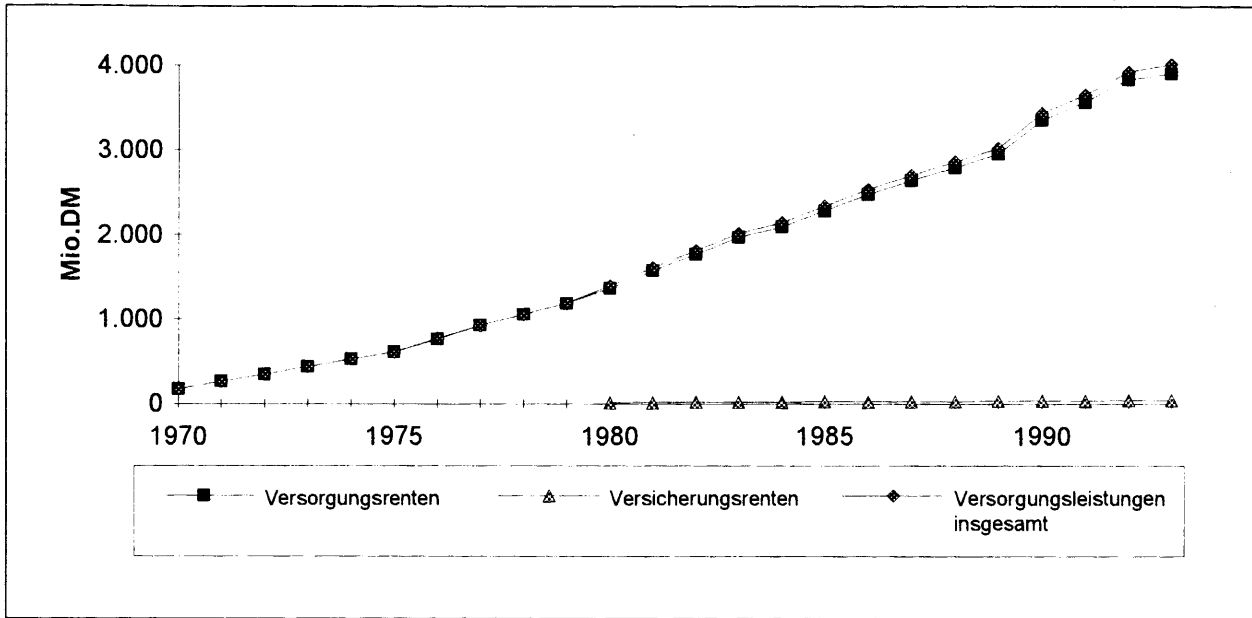
Übersicht C 14

Durchschnittliches Renteneintrittsalter bei der AGZVK im Jahr 1993 nach Rentenarten

Rentenart	Durchschnittsalter insgesamt
Berufsunfähigkeitsrente	51,73
Erwerbsunfähigkeitsrente	53,57
Altersrente für langjährig Versicherte und für Schwer- behinderte, Berufsunfähige oder Erwerbsunfähige	61,75
Altersrente für Frauen	60,62
Altersrente wegen Arbeitslosigkeit	60,28
Gesamtdurchschnitt	58,83

Schaubild C 10

Entwicklung der Ausgaben für Versorgungsleistungen bei der AGZVK nach Versorgungs- und Versicherungsrenten sowie Versorgungsleistungen insgesamt von 1970 bzw. 1980 bis 1993



Die Zahlen für die Jahre 1971 bis 1974 und 1976 sind errechnete Mittelwerte. In den Werten der Versorgungsrenten vor 1980 sind die Ausgaben für die Versicherungsrenten enthalten.

2.2.3 Versorgungsanstalt der Deutschen Bundespost (VAP)

Siehe auch Anhang C 11 und Anhang C 12

Die Deutsche Bundespost (seit 1. Januar 1995 die Postunternehmen Postdienst AG, Telekom AG und Postbank AG), das Direktorium der Deutschen Bundespost, die Bundesdruckerei sowie weitere privatrechtliche Gesellschaften im Post- und Telekombereich versichern ihre Arbeitnehmer bei der VAP.

a) Versicherte

Die Übersicht C 15 zeigt die Entwicklung der Zahl der Pflichtversicherten und der beitragsfrei Versicherten.

Die Gesamtzahl der in der VAP Pflichtversicherten hat sich seit 1970 von 183 109 bis 1993 auf 231 139 erhöht. Dies entspricht einem Anstieg um 26,2 v. H.

Die Zahl der beitragsfrei Versicherten hat sich von 5 020 im Jahr 1970 bis 263 421 im Jahr 1993 erhöht.

Übersicht C 15

Entwicklung der Zahl der Pflichtversicherten und der beitragsfrei Versicherten bei der VAP von 1970 bis 1993

31. Dezember	Pflichtversicherte				Beitragsfrei Versicherte insgesamt
	Bundespost	Bundesdruckerei	Privatrechtliche Gesellschaften der DBP	Insgesamt	
1970 *)	–	–	–	183 109	5 020
1975	178 039	3 593	764	182 396	29 667
1980	190 789	3 326	573	194 688	73 597
1985	185 908	2 808	396	189 112	132 653
1990	206 943	4 307	475	211 725	212 551
1991	217 609	4 648	838	223 095	232 143
1992	224 695	3 793	941	229 429	250 547
1993	226 781	3 438	920	231 139	263 421

*) Für 1970 ist eine Aufteilung der Daten nach den einzelnen Geschäftsbereichen nicht möglich.

Der extrem niedrige Ausgangswert für das Jahr 1970 ist darauf zurückzuführen, daß die beitragsfreie Versicherung erstmals ab dem Inkrafttreten einer neuen Satzung ab 1. Dezember 1969 eingeführt wurde.

Am 31. Dezember 1993 hatte die VAP 494 560 Versicherte insgesamt (260 004 Männer und 234 556 Frauen), davon 231 139 Pflichtversicherte (110 821

Männer und 120 318 Frauen) sowie 263 421 beitragsfrei Versicherte (149 183 Männer und 114 238 Frauen).

b) Leistungsempfänger

Die Übersicht C 16 zeigt die Anzahl der Renten und der jährlichen Leistungen der VAP.

Übersicht C 16

Anzahl der Renten und jährliche Leistungen der VAP von 1970 bis 1993

Jahr	Versorgungsrenten		Versicherungsrenten		Versorgungsleistungen *) insgesamt Mio. DM
	Anzahl (31. Dezember)	Mio. DM	Anzahl (31. Dezember)	Mio. DM	
1970	58 466	143,4	3 685	1,7	161,9
1975	68 588	390,8	7 158	3,2	417,7
1980	78 165	599,4	8 729	3,9	607,0
1985	90 091	819,2	8 757	4,8	827,5
1990	98 784	941,4	8 430	4,9	950,4
1991	100 574	976,0	8 299	4,9	985,6
1992	101 494	1 022,4	8 181	4,9	1 033,0
1993	102 466	1 017,6	8 149	4,9	1 028,6

*) Einschließlich Sterbegelder, Abfindungen, Erstattungen im Rahmen des Versorgungsausgleichs und Beitragszahlungen nach § 225 Abs. 2 SGB VI.

Die Entwicklung der Versorgungsausgaben hängt auch hier von der Zahl der Leistungsempfänger und der Höhe der zu erbringenden Leistung ab. Die Zahl der Empfänger einer Versorgungsrente hat sich von 58 466 im Jahr 1970 auf 102 466 im Jahr 1993 nahezu verdoppelt, während das Leistungsvolumen von 143,4 Mio. DM auf 1 017,6 Mio. DM angestiegen ist, also um 609,6 v. H.

Das durchschnittliche Renteneintrittsalter bei der VAP im Jahr 1993 betrug für die Männer 59,0 Jahre, für die Frauen 58,2 Jahre, insgesamt 58,4 Jahre.

2.2.4 Bahnversicherungsanstalt Abteilung B (BVA Abt. B)

Siehe auch Anhang C 13 bis Anhang C 20

Die BVA Abt. B versichert Arbeiter und Angestellte des Bundeseisenbahnvermögens (BEV) – hierbei handelt es sich fast ausschließlich um die Arbeitnehmer, die nach dem Eisenbahnneuordnungsgesetz von der früheren Deutschen Bundesbahn zum 1. Januar 1994 auf die Deutsche Bahn AG (DB AG) übergeleitet wurden –, der Bahnversicherungsträger, der Krankenversorgung der Bundesbahnbeamten, des Eisenbahn-Waisenorts, die Arbeiter der Wasser- und Schifffahrtsverwaltungen (WSV) des Bundes und bestimmter Länder sowie (bis 31. Dezember 1994) die Arbeitnehmer der Duisburg-Ruhrorter Häfen AG. Die Satzung der BVA Abt. B gliedert sich in die Teile C und D.

Teil C betrifft den am 31. Juli 1979 vorhandenen Rentenbestand. Dieser Bestand wird nach dem bisherigen Recht abgewickelt. Alle der BVA Abt. B Teil C entstehenden Ausgaben wurden von der Deutschen Bundesbahn getragen. Diese Verpflichtung ist mit Inkrafttreten des Eisenbahnneuordnungsgesetzes am 1. Januar 1994 auf das BEV übergegangen.

Am 1. August 1979 wurde das Versicherungs- und Leistungsrecht der VBL nahezu deckungsgleich übernommen und als neuer Teil D in die Satzung der damaligen Bundesbahn-Versicherungsanstalt übertragen. Der zu diesem Zeitpunkt vorhandene Versichertenbestand ist in das neue Satzungsrecht überführt worden.

Das BEV hat die am 31. Dezember 1993 bestehenden Pflichtversicherungen bei der BVA Abt. B fortzuführen. Nachdem der Vorstand der DB AG im Februar 1994 entschieden hat, daß sich die DB AG nicht am Teil D der Satzung beteiligen wird, ist insoweit auch Teil D der Satzung der BVA Abt. B für den Bereich des BEV faktisch geschlossen. Neue Versicherte kommen nur noch aus dem Bereich der sonstigen Beteiligten, insbesondere der Wasser- und Schifffahrtsverwaltungen.

a) Versicherte

Die Entwicklung der Zahl der Pflichtversicherten der BVA Abt. B (Teile C und D) sowie der beitragsfrei Versicherten (Teil D) zeigt die Übersicht C 17.

Übersicht C 17

**Entwicklung der Zahl der Pflichtversicherten und der beitragsfrei Versicherten
bei der BVA Abt. B (Teile C und D der Satzung) von 1970 bis 1993**

31. Dezember	Pflichtversicherte, Teile C und D der Satzung *)					Beitragsfrei Versicherte Teil D **) ***) insgesamt
	Bundesbahn	WSV des Bundes	WSV der Länder	Sonstige Arbeitgeber	Insgesamt	
1970	185 600	9 149	1 731	873	197 353	–
1975	183 463	9 940	948	970	195 321	–
1980	143 420	9 939	1 286	788	155 433	11 000
1985	127 957	9 260	1 306	778	139 301	46 681
1990	106 245	8 170	1 377	833	116 625	77 375
1991	107 232	8 163	1 340	824	117 559	79 118
1992	108 802	8 173	1 322	843	119 140	83 590
1993	107 954	8 122	1 316	859	118 251	95 336

*) Teil C der Satzung war gültig bis 31. Juli 1979; der Bestand ist geschlossen, Versicherte sind nicht mehr vorhanden. Teil D der Satzung ist gültig ab 1. August 1979.

***) Vor dem 1. August 1979 gab es nach dem Teil C der Satzung keine beitragsfreie Versicherung.

****) Im Jahr 1980 wurden die beitragsfrei Versicherten noch nicht gesondert erfaßt und daher geschätzt.

Die Gesamtzahl der in der BVA Abt. B Pflichtversicherten hat sich von 197 353 im Jahr 1970 bis auf 118 251 im Jahr 1993 verringert. Diese Entwicklung verlief bei den verschiedenen Arbeitgebern nicht einheitlich; jedoch bedürfen die Unterschiede nicht der näheren Erläuterung.

In dem zum 31. Juli 1979 geschlossenen Teil C der Satzung gab es keine beitragsfreie Versicherung.

Im Teil D der Satzung ist die Zahl der beitragsfrei Versicherten, bedingt durch die Neueröffnung des Bestandes zum 1. August 1979, von rd. 11 000 im Jahr 1980 auf 95 336 im Jahr 1993, also um 766,7 v. H. angewachsen.

b) Leistungsempfänger

Die Anzahl der Renten und der jährlichen Leistungen der BVA Abt. B (Teile C und D) ist in der Übersicht C 18 dargestellt.

Übersicht C 18

Anzahl der Renten und jährliche Leistungen der BVA Abt. B von 1970 bis 1993

Jahr	Teil D (gültig ab 1. August 1979)				Teil C (Bestand geschlossen am 31. Juli 1979)		Versorgungs- leistungen *)
	Versorgungsrenten		Versicherungsrenten		Zusatzrenten		
	Anzahl (31. Dezember)	Mio. DM	Anzahl (31. Dezember)	Mio. DM	Anzahl (31. Dezember)	Mio. DM	insgesamt Mio. DM
1970	–	–	–	–	178 257	266,0	266,0
1975	–	–	–	–	179 628	688,4	688,4
1980	4 220	22,8	–	–	169 960	940,1	963,4
1985	28 755	266,3	290	0,3	137 025	761,4	1 029,5
1990	54 048	524,1	785	1,3	105 494	671,6	1 201,2
1991	58 447	568,3	871	1,4	99 623	669,2	1 243,5
1992	60 281	619,4	947	1,5	93 959	654,9	1 280,4
1993	66 034	639,7	1 053	1,7	88 309	620,5	1 267,8

*) Einschließlich Sterbegelder, Abfindungen, Erstattungen im Rahmen des Versorgungsausgleichs und Beitragszahlungen nach § 225 Abs. 2 SGB VI.

Die Versorgungsleistungen sind insgesamt von 1970 bis 1993 von 266,0 Mio. DM um rd. 376,6 v. H. auf 1 267,8 Mio. DM gestiegen. Die Zahl der Rentempfänger im Teil C ist bedingt durch die Schließung des Bestandes zum 31. Juli 1979 von 178 257 im Jahr 1970 auf 88 309 im Jahr 1993 gesunken. Der Rückgang des Leistungsvolumens infolge der Schließung des Bestandes ist zwischen den Jahren 1980 und 1985 deutlich festzustellen. Insgesamt verringert sich das Leistungsvolumen im Teil C von 940,1 Mio. DM im Jahr 1980 auf 620,5 Mio. DM im Jahr 1993.

Im Teil D ist die Zahl der Versorgungsrentner seit Eröffnung des Bestandes von 4 220 im Jahr 1980 über 28 755 im Jahr 1985 auf 66 034 im Jahr 1993 angestiegen. Die Leistungen entwickelten sich hierzu entsprechend von 22,8 Mio. DM über 266,3 Mio. DM auf 639,7 Mio. DM. Im Bereich der Versicherungsrenten ist die Zahl der Rentempfänger von 290 im Jahr 1985 auf 1 053 im Jahr 1993 gestiegen. Das Leistungsvolumen entwickelte sich von 0,3 Mio. DM im Jahr 1985 auf 1,7 Mio. DM im Jahr 1993.

3. Hochrechnung für die Zukunft (1994 bis 2008)

3.1 Gesamtbetrachtung

Die VBL und die AGZVK haben für den Vorausberechnungszeitraum bis zum Jahr 2008 versicherungsmathematische Hochrechnungen zur Verfügung gestellt. Auf der Grundlage dieser versicherungsmathematischen Hochrechnungen wurde die Entwicklung der Versorgungsleistungen in nachstehenden verschiedenen Modellvarianten errechnet (vgl. hierzu auch Teil A, Ziffern 6.2 und 6.3):

- Der Einkommenstrend 0 v. H. beinhaltet die Steigerung der Versorgungsleistungen allein auf Grund des Ansteigens der Zahl der Rentner sowie auf Grund struktureller Veränderungen.
- Die weiteren Varianten berücksichtigen zusätzlich Versorgungs-(Renten-)Anpassungen ab 1993:

Für die Jahre 1994 und 1995 wurde einheitlich bei den verschiedenen Varianten die tatsächliche Entwicklung mit 1,9 v. H. und 3,2 v. H. berücksichtigt.

Ab dem Jahr 1996 bis zum Jahr 2000 ist bei den Varianten 2,0 v. H., 2,5 v. H. und 3,0 v. H. jeweils einheitlich mit 1,5 v. H. gerechnet, d. h. die Varianten 2,0 v. H., 2,5 v. H. und 3,0 v. H. beginnen ab dem Jahr 2001. Der günstigere Abschluß für die Jahre 1996/97 geht wiederum in die „Sicherheitsreserve“ der Prognose ein.

Nach der Übersicht C 19 wird im Bereich der Zusatzversorgung (VBL, AGZVK, einschließlich der kirchlichen Zusatzversorgungskassen) der Bestand der Rentner von 1 327 795 im Jahr 1993 auf 2 231 718 im Jahr 2008 ansteigen, also um 68,1 v. H.

In der Übersicht C 20 und im Schaubild C 11 ist die Entwicklung der Versorgungsleistungen der VBL und der AGZVK (einschließlich kirchliche Zusatzversorgungskassen) nach den verschiedenen Modellvarianten dargestellt.

Danach steigen die Versorgungsleistungen von 9 163,1 Mio. DM im Jahr 1993 bei einem Einkommenstrend von 0 v. H. auf 14 089,8 Mio. DM (um 53,8 v. H.), bei den Modellvarianten 2,0 v. H. auf 17 046,8 Mio. DM (um 86,0 v. H.), 2,5 v. H. auf 17 720,3 Mio. DM (um 93,4 v. H.) und 3,0 v. H. auf 18 361,3 Mio. DM (um 100,4 v. H.) im Jahr 2008 an.

Diese Gesamtbetrachtung beinhaltet nur die Entwicklung der Rentnerbestände und Versorgungsleistungen (einschließlich Sterbegelder, Abfindungen, Erstattungen im Rahmen des Versorgungsausgleichs und Beitragszahlungen nach § 225 Abs. 2 SGB VI) der VBL sowie der Zusatzversorgungseinrichtungen, die der AGZVK angeschlossen sind. Nicht darin aufgenommen sind die VAP sowie die BVA Abt. B unter Hinweis auf die zwischenzeitliche Privatisierung von Bahn und Post. Es wird insoweit nur der nach diesen Privatisierungen verbliebene Kernbereich der Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes in die Gesamtbetrachtung einbezogen.

In den Übersichten C 19 und C 20 sind im Interesse einer Vergleichsmöglichkeit die Rentnerbestände und die Ausgaben der AGZVK einschließlich der kirchlichen Zusatzversorgungskassen unter Annahme eines von 1993 bis 2008 gleichbleibenden Verhältnisses des Rentnerbestandes und der Versorgungsleistungen der kirchlichen Zusatzversorgungskassen zu dem Rentnerbestand und den Versorgungsleistungen bei der AGZVK insgesamt rechnerisch ermittelt worden, da die durch Hochrechnung ermittelten Entwicklungen der Rentnerbestände und der Versorgungsleistungen der AGZVK (vgl. Übersichten C 23 und C 24) lediglich die kommunalen Zusatzversorgungseinrichtungen einschließlich der Sparkasseneinrichtungen umfassen, die Angaben für die Vergangenheit von 1970 bis zum Basisjahr 1993 jedoch die kirchlichen Zusatzversorgungskassen mit einschließen. Die Gesamtbetrachtung umfaßt nur deshalb auch die kirchlichen Zusatzversorgungskassen. Diese Methode liegt auch den Angaben zur Zusatzversorgung im Teil A zugrunde.

Die von den Tarifvertragsparteien vereinbarte Einführung der Zusatzversorgung für die Arbeitnehmer im Tarifgebiet Ost (neue Bundesländer) zum 1. Januar 1997 ist sowohl in der Gesamtbetrachtung als auch bei den Einzeldarstellungen der Zusatzversorgungseinrichtungen nicht berücksichtigt. Erste Rentenfälle werden – abgesehen von wenigen Rentenfällen infolge eines Arbeitsunfalles und Rentenfällen (Versicherungsrenten) aufgrund einer Sonderregelung für das Tarifgebiet Ost – erst ab dem Jahr 2002 je nach dem Renteneintrittsverhalten und den Jahrgangsstärken eintreten. Bei der VBL wird für die Versicherungen aus dem Tarifgebiet Ost ein besonderer Abrechnungsverband eingerichtet. Die Versorgungsleistungen in diesem Abrechnungsverband werden im Vorausberechnungszeitraum noch relativ gering sein. Daher konnte auch der Umlagesatz für die Versicherungen aus dem Tarifgebiet Ost auf 1 v. H. festgesetzt werden.

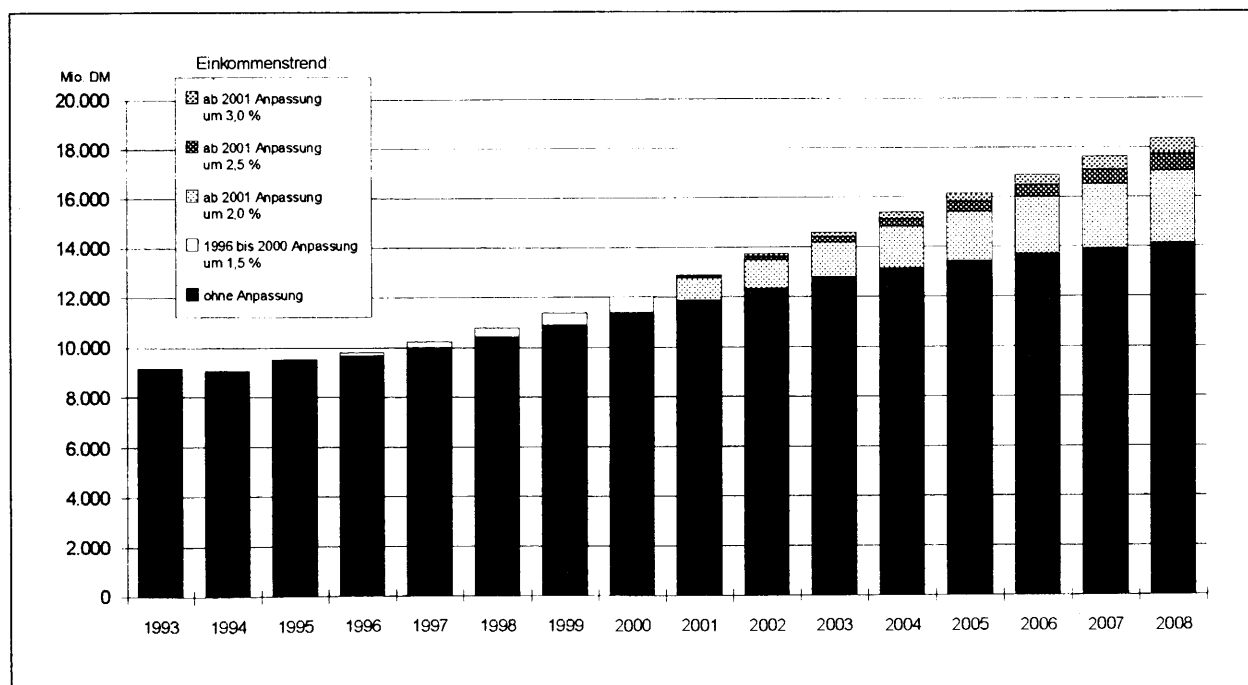
Entwicklung der Rentnerbestände der VBL und der AGZVK von 1993 bis 2008

Jahr	VBL	AGZVK		Insgesamt Sp. 2+4
		ohne kirchliche Zusatzversorgungskassen	mit kirchlichen Zusatzversorgungskassen *)	
1	2	3	4	5
1993	741 163	486 675	586 632	1 327 795
1994	759 471	511 069	616 036	1 375 507
1995	816 255	532 913	642 367	1 458 622
1996	843 847	556 883	671 260	1 515 107
1997	872 678	584 524	704 578	1 577 256
1998	903 781	614 318	740 491	1 644 272
1999	936 748	645 805	778 445	1 715 193
2000	971 015	678 325	817 645	1 788 660
2001	1 005 570	710 782	856 768	1 862 338
2002	1 038 626	741 977	894 370	1 932 996
2003	1 067 586	770 507	928 760	1 996 346
2004	1 095 422	797 480	961 272	2 056 694
2005	1 120 557	821 992	990 819	2 111 376
2006	1 138 295	843 940	1 017 275	2 155 570
2007	1 156 683	859 771	1 036 357	2 193 040
2008	1 175 058	876 614	1 056 660	2 231 718

*) Bei diesen Zahlen handelt es sich um rechnerisch ermittelte Werte.

Schaubild C 11

Entwicklung der Versorgungsleistungen der VBL und der AGZVK (einschließlich kirchliche Zusatzversorgungskassen) von 1993 bis 2008



Übersicht C 20

**Entwicklung der Versorgungsleistungen der VBL und der AGZVK
(einschließlich kirchliche Zusatzversorgungskassen) bei unterschiedlichen Einkommenstrends
von 1993 bis 2008
(in Mio. DM)**

Erläuterung zu den Einkommenstrends

- Bei den Zahlen des Basisjahres 1993 handelt es sich um Ist-Zahlen.
- Für die Jahre 1994 und 1995 wurde einheitlich bei den verschiedenen Varianten die tatsächliche Entwicklung mit 1,9 v. H. und 3,2 v. H. (davon in 1995 wirksam 2,2 v. H.) berücksichtigt.
- Ab dem Jahr 1996 bis zum Jahr 2000 ist bei den Varianten 2,0 v. H., 2,5 v. H. und 3,0 v. H. jeweils einheitlich mit 1,5 v. H. gerechnet, d. h. die Varianten 2,0 v. H., 2,5 v. H. und 3,0 v. H. beginnen ab dem Jahr 2001.

Jahr	Einkommenstrend			
	1996 bis 2000 einheitlich 1,5 v. H. ab 2001			
	0 v. H.	2,0 v. H.	2,5 v. H.	3,0 v. H.
1993	9 163,1	9 163,1	9 163,1	9 163,1
1994	9 060,7	9 060,7	9 060,7	9 060,7
1995	9 533,4	9 533,4	9 533,4	9 533,4
1996	9 665,2	9 809,8	9 809,8	9 809,8
1997	9 993,6	10 245,1	10 245,1	10 245,1
1998	10 413,9	10 788,9	10 788,9	10 788,9
1999	10 880,2	11 396,2	11 396,2	11 396,2
2000	11 366,5	12 041,8	12 041,8	12 041,8
2001	11 854,1	12 758,0	12 818,3	12 875,7
2002	12 323,5	13 478,0	13 606,2	13 728,1
2003	12 749,7	14 172,9	14 376,0	14 569,3
2004	13 107,3	14 815,7	15 101,7	15 373,9
2005	13 407,2	15 415,7	15 791,6	16 149,3
2006	13 672,4	15 990,4	16 461,1	16 909,0
2007	13 894,8	16 526,8	17 096,2	17 638,1
2008	14 089,8	17 046,8	17 720,3	18 361,3

3.2 Die einzelnen Zusatzversorgungseinrichtungen des öffentlichen Dienstes

3.2.1 Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL)

Die VBL hat eine versicherungsmathematische Hochrechnung erstellen lassen, die die Entwicklung bis zum Jahr 2008 wiedergibt. In der Übersicht C 21 ist die voraussichtliche Entwicklung der Rentnerbestände dargestellt.

Die Zahl der Versichertenrentner wächst von 566 826 zum Ende des Jahres 1993 auf 927 503 zum Ende des Jahres 2008 (um 63,6 v. H.). Im gleichen Zeitraum wächst die Zahl der Hinterbliebenenrentner von 174 337 auf 247 555 (um 42,0 v. H.). Die Gesamtzahl der Rentner steigt im Prognosezeitraum von 741 163 auf 1 175 058 (um 58,5 v. H.).

Der im Verhältnis zu den Folgejahren leicht höhere Anstieg der Rentner im Jahr 1995 ist begründet durch eine große Anzahl von derzeit noch pflicht- bzw. beitragsfrei versicherten Arbeitnehmern mit erfüllter Wartezeit, die jedoch die Altersgrenze bereits überschritten, einen Anspruch aber noch nicht angemeldet haben. Diese Fälle sind im Rahmen der Prognoseuntersuchungen im Prognosejahr 1995 sofort in den Bestand der Versichertenrentner überführt worden. Diese Vorgehensweise entspricht versicherungsmathematischer Üblichkeit.

Auf der Basis der von der VBL erstellten versicherungsmathematischen Hochrechnung der Versorgungsleistungen bis zum Jahr 2008 wurde unter Annahme verschiedener Einkommenstrends die in der Übersicht C 22 und im Schaubild C 12 dargestellte Entwicklung der Versorgungsleistungen der VBL errechnet.

**Entwicklung der Rentnerbestände der VBL
von 1993 bis 2008**

Jahr	Anzahl jeweils am Ende des Kalenderjahres		
	Versichertenrentner	Hinterbliebenenrentner	Gesamt
1993	556 826	174 337	741 163
1994	582 275	177 196	759 471
1995	633 792	182 463	816 255
1996	656 321	187 526	843 847
1997	680 087	192 591	872 678
1998	706 131	197 650	903 781
1999	734 043	202 705	936 748
2000	763 257	207 758	971 015
2001	792 763	212 807	1 005 570
2002	820 776	217 850	1 038 626
2003	844 698	222 888	1 067 586
2004	867 510	227 912	1 095 422
2005	887 661	232 896	1 120 557
2006	900 441	237 854	1 138 295
2007	913 935	242 748	1 156 683
2008	927 503	247 555	1 175 058

Die Versorgungsleistungen steigen von 5 152,6 Mio. DM im Jahr 1993 bei einem Einkommenstrend von 0 v. H. auf 7 192,9 Mio. DM (um 39,6 v. H.), bei den Modellvarianten 2,0 v. H. auf 8 515,7 Mio. DM (um 65,3 v. H.), 2,5 v. H. auf 8 826,8 Mio. DM (um 71,3 v. H.) und 3,0 v. H. auf 9 125,3 Mio. DM (um 77,1 v. H.) im Jahr 2008 an. Bei der Entgeltvariante 0 v. H. ist zu berücksichtigen, daß sich die auf Besitzstandsregelungen beruhenden abbaubaren Ausgleichsbeträge bei den einzelnen Rentnern nicht reduzieren.

3.2.2 Arbeitsgemeinschaft der kommunalen und kirchlichen Zusatzversorgungskassen (AGZVK)

Für die kommunalen Zusatzversorgungskassen einschließlich der Sparkasseneinrichtungen (d. h. ohne kirchliche Zusatzversorgungskassen) hat die AGZVK die Entwicklung bis zum Jahr 2008 in einer eigenen versicherungsmathematischen Hochrechnung ermittelt. In der Übersicht C 23 ist die voraussichtliche Entwicklung der Rentnerbestände dargestellt.

Die Zahl der Versichertenrentner steigt von 376 259 zum Ende des Jahres 1993 auf 707 295 zum Ende des Jahres 2008 (um 88,0 v. H.). Im gleichen Zeitraum wächst die Zahl der Hinterbliebenenrentner von 110 416 auf 169 319 (um 53,3 v. H.). Die Gesamtzahl der Rentner wächst im Prognosezeitraum von 486 575 auf 876 614 (um 80,1 v. H.).

Auf der Grundlage der von der AGZVK erstellten versicherungsmathematischen Hochrechnung der Versorgungsleistungen bis zum Jahr 2008 wurde unter Annahme verschiedener Einkommenstrends die in der Übersicht C 24 und im Schaubild C 13 dargestellte Entwicklung der Versorgungsleistungen der AGZVK errechnet.

Die Versorgungsleistungen steigen von 3 364,8 Mio. DM im Jahr 1993 bei einem Einkommenstrend von 0 v. H. auf 5 785,5 Mio. DM (um 72,0 v. H.), bei den Modellvarianten 2,0 v. H. auf 7 156,5 Mio. DM (um 112,7 v. H.), 2,5 v. H. auf 7 457,5 Mio. DM (um 121,6 v. H.) und 3,0 v. H. auf 7 741,3 Mio. DM (um 130,1 v. H.) im Jahr 2008 an. Bei der Entgeltvariante 0 v. H. ist zu berücksichtigen, daß sich die auf Besitzstandsregelungen beruhenden abbaubaren Ausgleichsbeträge bei den einzelnen Rentnern nicht reduzieren.

Vergleich der Hochrechnungen der VBL und der Zusatzversorgungskassen im Bereich der AGZVK

Die für die VBL und für die AGZVK (kommunale Zusatzversorgungskassen einschließlich Sparkasseneinrichtungen) vorgenommenen Hochrechnungen bis zum Jahr 2008 beinhalten signifikante Unterschiede insbesondere bei den Leistungsentwicklungen: Während sich die Versorgungsleistungen im Bereich der AGZVK bei dem höchsten angenommenen

Übersicht C 22

**Entwicklung der Versorgungsleistungen bei der VBL bei unterschiedlichen Einkommenstrends
von 1993 bis 2008**
(in Mio. DM)

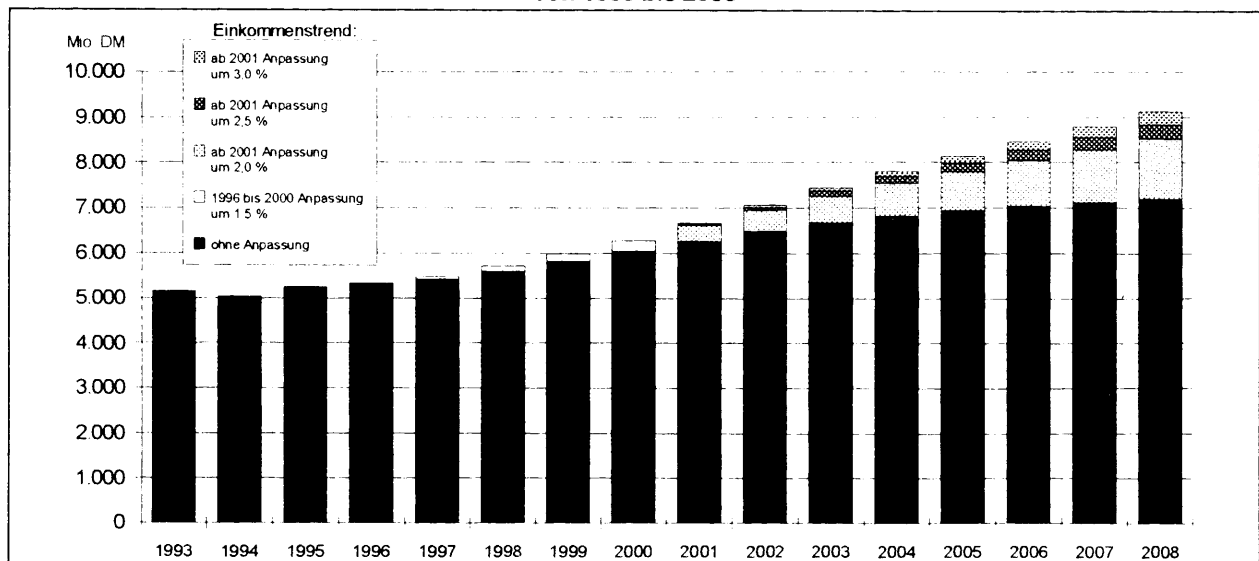
Erläuterung zu den Einkommenstrends

- Bei den Zahlen des Basisjahres 1993 handelt es sich um Ist-Zahlen.
- Für die Jahre 1994 und 1995 wurde einheitlich bei den verschiedenen Varianten die tatsächliche Entwicklung mit 1,9 v. H. und 3,2 v. H. (davon in 1995 wirksam 2,2 v. H.) berücksichtigt.
- Ab dem Jahr 1996 bis zum Jahr 2000 ist bei den Varianten 2,0 v. H., 2,5 v. H. und 3,0 v. H. jeweils einheitlich mit 1,5 v. H. gerechnet, d. h. die Varianten 2,0 v. H., 2,5 v. H. und 3,0 v. H. beginnen ab dem Jahr 2001.

Jahr	Einkommenstrend			
	1996 bis 2000 einheitlich 1,5 v. H. ab 2001			
	0 v. H.	2,0 v. H.	2,5 v. H.	3,0 v. H.
1993	5 152,6	5 152,6	5 152,6	5 152,6
1994	5 039,7	5 039,7	5 039,7	5 039,7
1995	5 252,9	5 252,9	5 252,9	5 252,9
1996	5 298,4	5 333,1	5 333,1	5 333,1
1997	5 404,7	5 478,7	5 478,7	5 478,7
1998	5 588,0	5 710,1	5 710,1	5 710,1
1999	5 804,5	5 984,2	5 984,2	5 984,2
2000	6 031,9	6 278,8	6 278,8	6 278,8
2001	6 258,5	6 609,5	6 638,3	6 666,0
2002	6 475,2	6 941,9	7 002,8	7 061,3
2003	6 669,1	7 261,1	7 357,1	7 449,2
2004	6 816,2	7 542,6	7 677,1	7 806,2
2005	6 927,0	7 796,3	7 972,4	8 141,5
2006	7 022,2	8 037,8	8 256,9	8 467,2
2007	7 110,3	8 275,4	8 539,2	8 792,3
2008	7 192,9	8 515,7	8 826,8	9 125,3

Schaubild C 12

**Entwicklung der Versorgungsleistungen der VBL
von 1993 bis 2008**

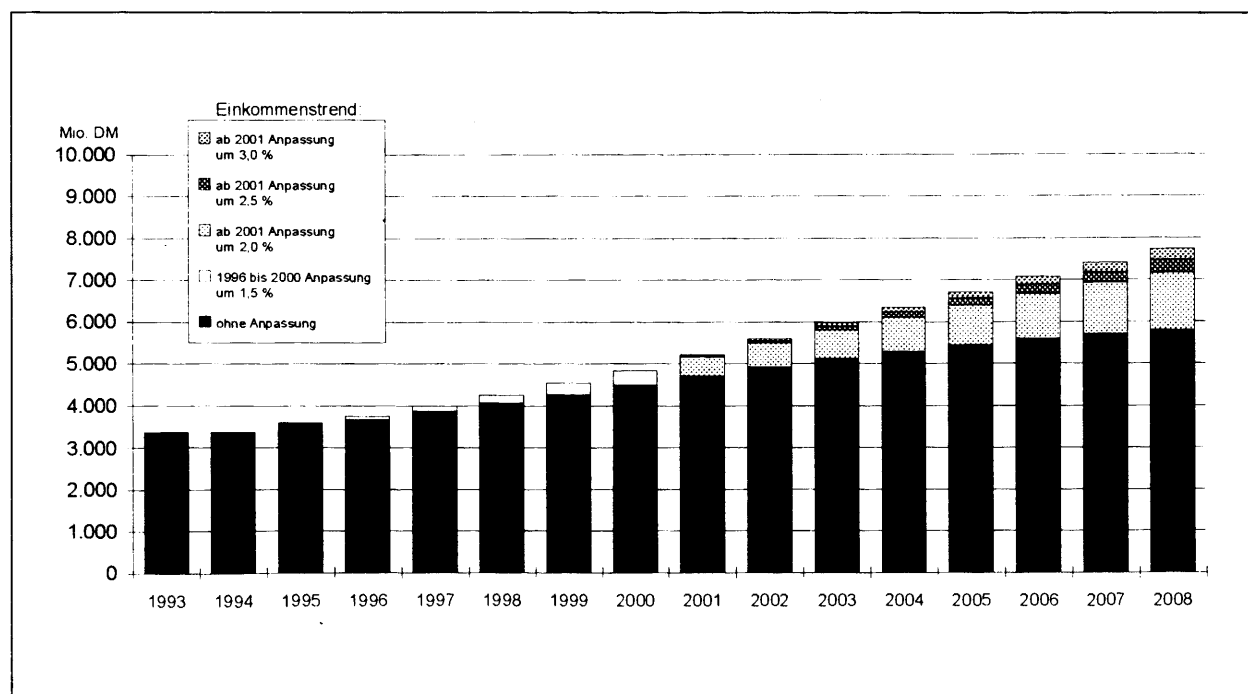


**Entwicklung der Rentnerbestände bei der AGZVK
(nur kommunale Zusatzversorgungskassen einschließlich Sparkasseneinrichtungen)
von 1993 bis 2008**

Jahr	Anzahl jeweils am Ende des Kalenderjahres		
	Versichertenrentner	Hinterbliebenenrentner	Gesamt
1993	376 259	110 416	486 675
1994	394 162	116 907	511 069
1995	413 019	119 894	532 913
1996	433 899	122 984	556 883
1997	458 332	126 192	584 524
1998	484 782	129 536	614 318
1999	512 785	133 020	645 805
2000	541 682	136 643	678 325
2001	570 386	140 396	710 782
2002	597 703	144 273	741 977
2003	622 303	148 204	770 507
2004	645 188	152 292	797 480
2005	665 535	156 457	821 992
2006	683 254	160 686	843 940
2007	694 795	164 977	859 771
2008	707 295	169 319	876 614

Schaubild C13

**Entwicklung der Versorgungsleistungen der AGZVK
(nur kommunale Zusatzversorgungskassen einschließlich Sparkasseneinrichtungen) von 1993 bis 2008**



Übersicht C 24

**Entwicklung der Versorgungsleistungen bei der AGZVK
(nur kommunale Zusatzversorgungskassen einschließlich Sparkasseneinrichtungen)
bei unterschiedlichen Einkommenstrends
von 1993 bis 2008
(in Mio. DM)**

Erläuterung zu den Einkommenstrends

- Bei den Zahlen des Basisjahres 1993 handelt es sich um Ist-Zahlen.
- Für die Jahre 1994 und 1995 wurde einheitlich bei den verschiedenen Varianten die tatsächliche Entwicklung mit 1,9 v. H. und 3,2 v. H. (davon in 1995 wirksam 2,2 v. H.) berücksichtigt.
- Ab dem Jahr 1996 bis zum Jahr 2000 ist bei den Varianten 2,0 v. H., 2,5 v. H. und 3,0 v. H. jeweils einheitlich mit 1,5 v. H. gerechnet, d. h. die Varianten 2,0 v. H., 2,5 v. H. und 3,0 v. H. beginnen ab dem Jahr 2001.

Jahr	Einkommenstrend			
	1996 bis 2000 einheitlich 1,5 v. H. ab 2001			
	0 v. H.	2,0 v. H.	2,5 v. H.	3,0 v. H.
1993	3 364,8	3 364,8	3 364,8	3 364,8
1994	3 373,6	3 373,6	3 373,6	3 373,6
1995	3 591,3	3 591,3	3 591,3	3 591,3
1996	3 663,7	3 756,0	3 756,0	3 756,0
1997	3 850,1	3 999,0	3 999,0	3 999,0
1998	4 048,9	4 261,1	4 261,1	4 261,1
1999	4 258,5	4 540,7	4 540,7	4 540,7
2000	4 475,7	4 835,2	4 835,2	4 835,2
2001	4 694,7	5 158,4	5 184,5	5 209,2
2002	4 906,7	5 483,5	5 539,2	5 591,8
2003	5 101,6	5 798,5	5 887,4	5 971,3
2004	5 278,2	6 101,5	6 227,2	6 345,7
2005	5 436,9	6 391,9	6 557,6	6 713,8
2006	5 579,5	6 671,3	6 879,9	7 076,7
2007	5 692,2	6 921,9	7 175,5	7 414,7
2008	5 786,5	7 156,5	7 457,5	7 741,3

jährlichen Einkommenstrend von 3 v. H. von 3 364,8 Mio. DM in 1993 auf 7 741,3 Mio. DM im Jahr 2008, also um 130,1 v. H. erhöhen, steigen die Leistungen der VBL in diesem Zeitraum lediglich von 5 152,6 Mio. DM auf 9 125,1 Mio. DM, das sind 77,1 v. H.

Nach Analyse durch die Versicherungsmathematiker sind für die unterschiedliche Entwicklung der Rentenzahlungen der VBL und der Zusatzversorgungskassen im Bereich der AGZVK im wesentlichen folgende Umstände ursächlich:

– Entwicklung der Rentnerquote

Der Entwicklungsstand einer Versorgungseinrichtung ist vornehmlich durch ihre sog. Rentnerquote als Zahlenverhältnis von Leistungsempfängern (Rentnern) zu Pflichtversicherten (Anwärtern) charakterisiert. Die VBL als ältere Zusatzversorgungskassen

anstalt hat zu Beginn des Untersuchungszeitraumes eine Rentnerquote von etwa 1 : 2,3. Bei den erst später gegründeten Zusatzversorgungskassen im Bereich der AGZVK entfallen dagegen auf etwa vier Anwärter erst ein Rentner.

Beide Bereiche sind von dem sog. Beharrungszustand, in dem sich Zu- und Abgänge im Rentnerbestand in etwa ausgleichen und auch die übrigen Lastkennzahlen, wie Umlagen und Rentenzahlungen im Verhältnis zur Summe der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte allmählich konstante Grenzwerte annehmen, noch sehr weit entfernt. Bei zahlenmäßig gleichbleibenden Anwärterbeständen rechnet man längerfristig mit einer Rentnerquote zwischen 1 : 1,5 und 1 : 1,2. Da der relative Anstieg bis zum Beharrungszustand im Laufe der Jahre abnimmt, sind bei den Zusatzversor-

gungskassen im Bereich der AGZVK höhere Zuwachsraten beim Rentnerbestand die zwangsläufige Folge.

Den vorbeschriebenen Zusammenhang verdeutlicht das Schaubild C 14. Dargestellt ist hier für den Altersbereich 45 bis 65 Jahre die Anzahl der Pflichtversicherten im Verhältnis zur Gesamtzahl der Leistungsempfänger. Bei einem Vergleich der beiden Kurvenverläufe haben die Zusatzversorgungskassen im Bereich der AGZVK im Altersbereich 45 bis 65 Jahre im Mittel nahezu 30 v. H. mehr Pflichtversicherte bezogen auf den bereits vorhandenen Rentnerbestand als die VBL. Dementsprechend kommen auf die Zusatzversorgungskassen im Bereich der AGZVK in den nächsten 15 Jahren verhältnismäßig erheblich mehr Neurentner zu. Ein Vergleich der Untersuchungsergebnisse bestätigt diesen Zusammenhang: Bei den Zusatzversorgungskassen im Bereich der AGZVK führt die versicherungsmathematische Bestandsfortschreibung von 376 259 Versichertenrentner im Ausgangsjahr 1993 auf einen Versichertenrentner-Bestand von 707 295 im Jahr 2008. Der Zuwachsrate von 88,0 v. H. steht bei der VBL nur eine solche von 63,6 v. H. gegenüber (566 826 Versichertenrentner im Jahr 1993; 927 503 Versichertenrentner im Jahr 2008).

- Einfluß von Ausgleichsbeträgen, die nach Einführung der nettobegrenzten Gesamtversorgung abgebaut werden

Die anfänglichen Durchschnittsrenten der VBL und der Zusatzversorgungskassen im Bereich der AGZVK stimmen im wesentlichen überein. Durch

die Umstellung der Brutto-Gesamtversorgung auf die nunmehrige Netto-Gesamtversorgung enthält jedoch die VBL-Rente derzeit noch einen relativ höheren Anteil an sog. Ausgleichsbeträgen. Die satzungsmäßige Verrechnung anlässlich der jährlichen Anpassungen der Gesamtversorgung führt im Vergleich mit den unterstellten Trendannahmen zu einer unterproportionalen Rentenentwicklung. Der Abbau der Ausgleichsbeträge ist in dem 15jährigen Untersuchungszeitraum vollständig vollzogen (Ausnahme 0 v. H.-Variante).

- Einfluß beitragsfreier Versicherungen

Im Vergleich zu den Pflichtversichertenbeständen hat die VBL einen erheblich höheren Anteil an beitragsfreien Versicherungen als die Zusatzversorgungskassen im Bereich der AGZVK.

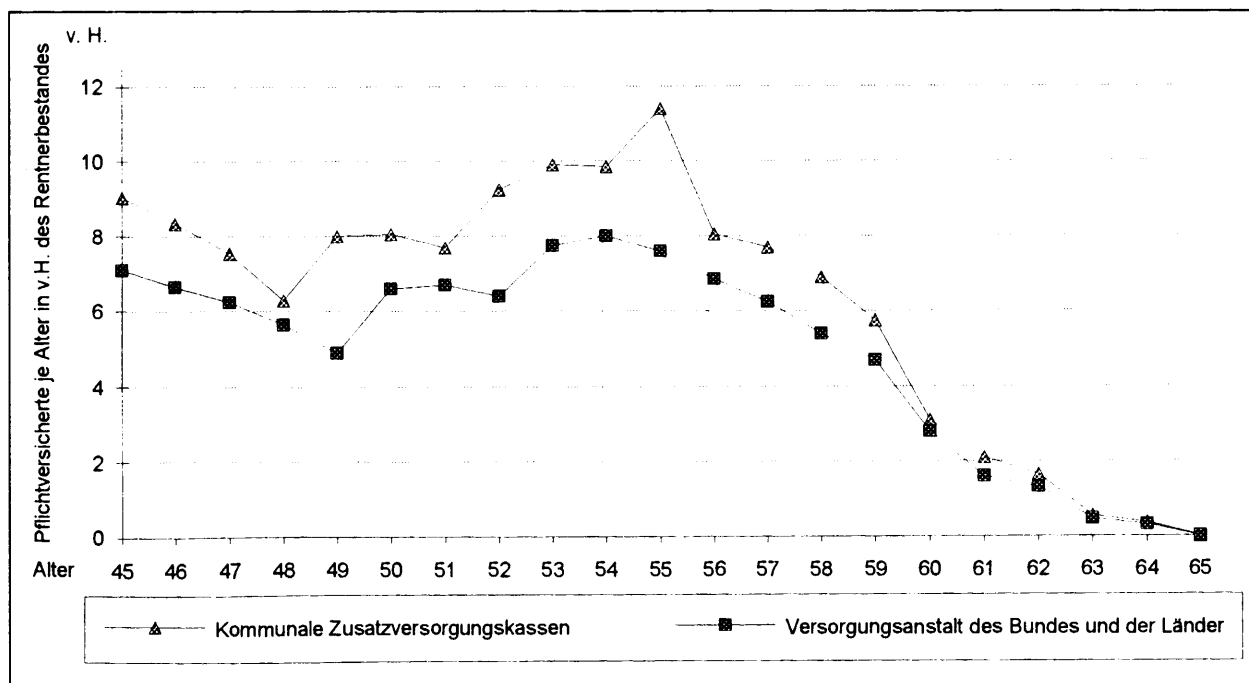
3.2.3 Versorgungsanstalt der Deutschen Bundespost (VAP)

Die VAP hat auf Grund eigener Schätzungen die in den Übersichten C 25 und C 26 dargestellten Entwicklungen der Rentnerbestände und der Versorgungsleistungen bis zum Jahr 2004 mitgeteilt.

Grundlage ist ein im Jahr 1993 erstelltes versicherungsmathematisches Gutachten, das einen Zeitraum von 10 Jahren sowie ein Reservejahr berücksichtigt. Für die Berechnung des Einkommens-trends wurden 3 v. H. pro Jahr und für die entsprechende Rentenerhöhung ebenfalls 3 v. H. pro Jahr unterstellt.

Schaubild C 14

Altersschichtung der Pflichtversicherten der AGZVK (nur kommunale Zusatzversorgungskassen einschließlich Sparkasseneinrichtungen) und der VBL in 1994



Übersicht C 25

**Voraussichtliche Entwicklung der Rentenbestände der VAP
von 1994 bis 2008**

Jahr	Versichertenrentner	Hinterbliebenenrentner	Gesamt
1994 *)	81 111	22 870	103 981
1995	82 894	23 113	106 007
1996	84 752	23 326	108 078
1997	86 581	23 518	110 099
1998	88 513	23 690	112 203
1999	90 524	23 846	114 370
2000	92 475	23 988	116 463
2001	94 080	24 121	118 201
2002	95 112	24 252	119 364
2003	96 095	24 389	120 484
2004	96 943	24 541	121 484

*) Abweichungen zum Geschäftsbericht 1994 der VAP: Die dortigen Zahlen beinhalten auch die Empfänger von vorläufigen Renten.

Übersicht C 26

**Entwicklung der Versorgungsleistungen der VAP
von 1994 bis 2004**

(in Mio. DM)

Jahr	Einkommensrend 3 v. H.		
	Versorgungsrenten	Versicherungsrenten	Gesamt
1994	1 013,8	5,0	1 018,8
1995	1 020,6	6,3	1 026,9
1996	1 052,1	6,8	1 058,8
1997	1 090,6	7,3	1 097,9
1998	1 131,2	7,7	1 138,9
1999	1 174,3	8,2	1 182,5
2000	1 219,1	8,7	1 227,8
2001	1 263,6	9,2	1 272,8
2002	1 305,2	9,7	1 314,9
2003	1 345,0	10,2	1 355,2
2004	1 384,9	10,7	1 395,6

Bei allen Berechnungen wurde von den bei der Erstellung des versicherungsmathematischen Gutachtens bekannten Vorgaben und Satzungsbestimmungen ausgegangen. Nicht berücksichtigt wurden

- ggf. außerordentliche, über den eingerechneten Personalabbau hinausgehende Personalreduzierungsmaßnahmen,

- eine ggf. rückwirkende Aufnahme von „kurzzeitig“ teilzeitbeschäftigten Arbeitnehmern in die VAP.

Anders als bei der Hochrechnung für die VBL ist auch die Einbeziehung der Pflegeversicherung und des Solidaritätszuschlags in die Nettobegrenzung nicht berücksichtigt.

Weitergehende Aussagen sind der VAP zur Zeit nicht möglich. Das nächste versicherungsmathematische Gutachten ist erst für Sommer/Herbst 1996 in Aussicht gestellt. Es wird Aussagen treffen über den Zeitraum 1997 bis 2007.

Seit Inkrafttreten des Gesetzes zur Neuordnung des Postwesens und der Telekommunikation (PTNeuOG) zum 1. Januar 1995 und der damit verbundenen Umwandlung der früheren Post-Unternehmen in Aktiengesellschaften (Deutsche Post AG, Deutsche Postbank AG und Deutsche Telekom AG) sind über 99 v. H. der Pflichtversicherten der VAP, für die Umlagen zur VAP gezahlt werden, Beschäftigte dieser Aktiengesellschaften. Dies bedeutet, daß die Finanzierung der VAP zu über 99 v. H. privatrechtlich erfolgt und die VAP damit nicht mehr zur Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes im engeren Sinne gehört.

3.2.4 Bahnversicherungsanstalt Abteilung B (BVA Abt. B)

In die mittel- und längerfristigen Betrachtungen über die Entwicklung der Zusatzversorgung der BVA Abt. B sind drei Bestände mit unterschiedlichen Voraussetzungen einzubeziehen:

a) Rentenbestand nach Teil C der Satzung

Nach der Schließung des Bestandes zum 31. Juli 1979 ist die Zahl der Renten und der hiermit verbundenen Leistungen rückläufig.

*b) Rentenbestand nach Teil D der Satzung –
Beteiligter: Bundeseisenbahnvermögen*

Die von der Besitzstandsregelung des Eisenbahnneuordnungsgesetzes geschützten Pflichtversicherten der Abteilung B der BVA sind mit wenigen Ausnahmen bei der Deutschen Bahn AG (DB AG) beschäftigt. Nachdem die DB AG von der Möglichkeit einer Beteiligung an der Abteilung B, Teil D, der BVA keinen Gebrauch gemacht hat, handelt es sich auch hierbei um einen seit dem 1. Januar 1994 geschlossenen Bestand, dem grundsätzlich keine neuen Versicherten mehr zugeführt werden.

Infolge der Personalpolitik der DB AG kam es bereits im Geschäftsjahr 1994 zu einem vermehrten vorzeitigen Ausscheiden aus dem Beschäftigungsverhältnis. Auch in Zukunft muß mit einer Fortsetzung dieses Trends gerechnet werden. Einem vorerst noch überproportional ansteigenden Rentenbestand wird ein stark abnehmender Bestand an Pflichtversicherten gegenüberstehen.

*c) Rentenbestand nach Teil D der Satzung –
alle übrigen Beteiligten*

Hierbei handelt es sich um die Wasser- und Schifffahrtsverwaltungen des Bundes und einiger Länder sowie um die Eigenbetriebe der Versicherungsträger der Bahn sowie die sonstigen Beteiligten. Der Bereich wurde ab 1. Januar 1995 einer getrennten Vermögens- und Haushaltsführung zugeführt. Er hat auf Grund der absoluten Bestandszahlen an Versicherten und Renten hinsichtlich der Hochrechnung für den gesamten Zusatzversorgungsbereich des Bundes ohnehin nur untergeordnete Bedeutung. Die BVA hat für die nahe Zukunft auf die Möglichkeit einschneidender Veränderungen bei Aufkündigung von Beteiligungen hingewiesen.

Die BVA hat sich für alle drei Bestände außerstande gesehen, Vorausberechnungen der zu erwartenden Rentnerzahlen und Versorgungsleistungen bis zum Jahr 2008 vorzunehmen. Wesentliche Bestimmungsgrößen dafür könnten nicht hinreichend genau beschrieben werden. Es sei zu erkennen, daß die Gesamtentwicklung bei der BVA rückläufig sein werde.

**3.3 Haushaltsfinanzierte
Zusatzversorgungssysteme***a) Freie und Hansestadt Hamburg*

Die Freie und Hansestadt Hamburg hat auf Grund eigener Schätzungen einen Anstieg der zu erwartenden Versorgungsleistungen nach dem Hamburger Ruhegeldgesetz von 211,8 Mio. DM im Jahr 1994 auf 222,4 Mio. DM im Jahr 2008 angegeben. Nach dem Gesetz zur Neuregelung und Änderung des Ruhegeldgesetzes vom 7. März 1995 werden ab dem

Jahr 2002 Einsparungen erwartet. Da diese Einsparungen derzeit noch nicht quantifizierbar sind, konnten sie in der Hochrechnung noch nicht berücksichtigt werden.

b) Freie Hansestadt Bremen

Die Freie Hansestadt Bremen hat auf Grund eigener Schätzungen einen Anstieg der zu erwartenden Versorgungsleistungen von insgesamt 43,8 Mio. DM im Jahr 1994 auf 83,5 Mio. DM bis zum Jahr 2008 angegeben. In diesen Versorgungsleistungen sind auch die Leistungen der Eigen- und Wirtschaftsbetriebe der Freien Hansestadt Bremen enthalten.

c) Land Berlin

Das Land Berlin hat auf Grund eigener Schätzungen einen Rückgang der zu erwartenden Versorgungsleistungen der VVA von insgesamt 190 Mio. DM im Jahr 1994 auf 71 Mio. DM bis zum Jahr 2008 angegeben.

**3.4 Versorgungsverband bundes- und
landesgeförderter Unternehmen e.V. (VBLU)**

Der Versorgungsverband bundes- und landesgeförderter Unternehmen e.V. (VBLU) hat auf Grund eigener Schätzungen einen Anstieg der zu erwartenden Versorgungsleistungen von insgesamt 73,0 Mio. DM im Jahr 1994 auf 96,3 Mio. DM bis zum Jahr 2008 angegeben.

3.5 Weitere Zusatzversorgungssysteme*Versorgungsanstalt der deutschen Bühnen*

Die Versorgungsanstalt der deutschen Bühnen hat auf Grund eigener Schätzungen einen Anstieg der zu erwartenden Versorgungsleistungen von insgesamt 70,3 Mio. DM im Jahr 1994 auf 231,3 Mio. DM bis zum Jahr 2008 angegeben.

Versorgungsanstalt der deutschen Kulturorchester

Die Versorgungsanstalt der deutschen Kulturorchester hat auf Grund eigener Schätzungen einen Anstieg der zu erwartenden Versorgungsleistungen von insgesamt 44,4 Mio. DM im Jahr 1994 auf 127,3 Mio. DM bis zum Jahr 2008 angegeben.

*Pensionskasse Deutscher Eisenbahnen
und Straßenbahnen*

Die Pensionskasse Deutscher Eisenbahnen und Straßenbahnen hat auf Grund eigener Schätzungen einen Anstieg der zu erwartenden Versorgungsleistungen von insgesamt 78,0 Mio. DM im Jahr 1994 auf 79,6 Mio. DM bis zum Jahr 2008 angegeben.

Ersatzkassen

Die Ersatzkassen der Angestellten haben auf Grund eigener Schätzungen einen Anstieg der zu erwartenden Versorgungsleistungen von insgesamt 94,0 Mio. DM im Jahr 1994 auf 184,5 Mio. DM bis zum Jahr 2008 angegeben.

Die Ersatzkassen für Arbeiter haben auf Grund eigener Schätzungen einen Anstieg der zu erwartenden Versorgungsleistungen von insgesamt 6,0 Mio. DM im Jahr 1994 auf 8,7 Mio. DM bis zum Jahr 2008 angegeben.

Öffentlich-rechtliche und vergleichbare Kreditanstalten

Daten wurden nicht mitgeteilt (vgl. Ziffer 1.4).

Öffentlich-rechtliche Rundfunk- und Fernsehanstalten

Mit Ausnahme der Deutschen Welle haben die öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten keine Daten mitgeteilt (vgl. Ziffer 1.4). Die Deutsche Welle hat auf Grund eigener Schätzungen einen Anstieg der zu erwartenden Versorgungsleistungen von insgesamt 22,6 Mio. DM im Jahr 1994 auf 69,2 Mio. DM bis zum Jahr 2008 angegeben.

Teil D Beamtenähnliche Versorgung und Sonderversorgung

I. Versorgungsleistungen nach beamtenrechtlichen Grundsätzen oder Vorschriften*)

Versorgung nach Dienstordnungen (Dienstordnungsangestellte)

Dienstordnungsangestellte sind im Bereich der Sozialversicherungsträger tätig und nehmen dort hoheitliche Aufgaben als Daueraufgaben wahr. Sie stehen in einem privatrechtlichen Arbeitsverhältnis, obwohl ihre Rechts- und allgemeinen Dienstverhältnisse in Dienstordnungen der jeweiligen Sozialversicherungsträger geregelt sind. Die Dienstordnungen, die im wesentlichen auf Musterdienstordnungen beruhen, bedürfen der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörden der Sozialversicherungsträger. Kraft der Dienstordnungen werden auf die Rechtsverhältnisse der Dienstordnungsangestellten beamtenrechtliche Vorschriften angewendet.

Durch Artikel VIII des Zweiten Gesetzes zur Vereinheitlichung und Neuregelung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern (2. BesVNG) vom 23. Mai 1975 wurden die bundesunmittelbaren und die landesunmittelbaren Körperschaften des öffentlichen Rechts im Bereich der Sozialversicherung verpflichtet, bei der Aufstellung ihrer Dienstordnung den Rahmen des Bundesbesoldungsgesetzes bzw. des jeweiligen Landesbesoldungsgesetzes, insbesondere das für die Bundesbeamten geltende Besoldungs- und Stellengefüge einzuhalten und alle weiteren Geld- und geldwerten Leistungen sowie die Versorgung im Rahmen und nach den Grundsätzen der für die Bundesbeamten geltenden Bestimmungen zu regeln. Relevant im Sinne des Versorgungsberichts ist dabei, daß bei Eintritt des Versorgungsfalles die für Beamten maßgeblichen Vorschriften entsprechend gelten.

Rechtsgrundlagen für die Beschäftigung von Dienstordnungsangestellten sind:

1. §§ 349 ff. Reichsversicherungsordnung (RVO) für die Orts- und Innungskrankenkassen (bei den Betriebskrankenkassen und den Ersatzkassen ist die Beschäftigung von Dienstordnungsangestellten nicht möglich), § 413 Abs. 2 RVO für die regionalen Verbände der Orts-, Betriebs- und Innungskrankenkassen und § 414 b RVO für die Landes- und Bundesverbände der Orts-, Betriebs- und Innungskrankenkassen.

Auf Grund Artikel 5 des Gesundheitsstrukturgesetzes vom 21. Dezember 1992 dürfen die Krankenkassen und die Verbände der Krankenkassen ab 1. Januar 1993 neue Verträge mit Angestellten,

die der Dienstordnung unterstehen sollen, nicht mehr abschließen. Hintergrund ist die Einführung der Wahlfreiheit in der gesetzlichen Krankenversicherung ab dem Jahr 1996/97 und die damit auch im Bereich des Personalwesens bei den Orts- und Innungskrankenkassen verbundene Angleichung der Wettbewerbsbedingungen zwischen den Kassenarten.

2. §§ 690 bis 704 und § 978 RVO für die Berufsgenossenschaften.
3. § 1147 RVO für die Seekasse.
4. § 52 Abs. 2 des Gesetzes über die Alterssicherung der Landwirte (ALG) für die landwirtschaftlichen Alterskassen und § 56 Abs. 3 ALG für den Gesamtverband der landwirtschaftlichen Alterskassen.
5. § 58 des Zweiten Gesetzes über die Krankenversicherung der Landwirte (KVLG 1989) für die landwirtschaftlichen Krankenkassen und den Bundesverband der landwirtschaftlichen Krankenkassen.
6. Aufgrund der früher geltenden Vorschriften §§ 185 ff. Reichsknappschaftsgesetz waren im Bereich der Knappschaftsversicherung Dienstordnungsangestellte tätig. Aktive Dienstordnungsangestellte sind heute in diesem Bereich nicht mehr tätig, jedoch sind noch Versorgungsempfänger vorhanden, die der Bundesknappschaft zugeordnet sind.

Am Erhebungsstichtag (30. Juni 1993) waren insgesamt 31 378 Dienstordnungsangestellte – davon ca. 21 000 bei den Krankenkassen bzw. deren Verbänden – beschäftigt. Diese Zahl wird sich in den nächsten Jahren zunehmend reduzieren, da ab 1. Januar 1993 bei den in obiger Ziffer 1 erwähnten Krankenkassen und Krankenkassenverbänden Verträge mit Angestellten, die der Dienstordnung unterstehen sollen, nicht mehr abgeschlossen werden dürfen.

Am 1. Januar 1994 erhielten insgesamt 16 118 Personen (davon 8 846 Ruhegehaltsempfänger, 6 887 Witwengeldempfänger und 385 Waisengeldempfänger) Versorgungsleistungen auf Grund einer Dienstordnung. Im Gegensatz zu den Beschäftigten mit Versorgungsanwartschaft wird sich die Schließung des Dienstordnungssystems im Bereich der Krankenkassen ab 1. Januar 1993 im Vorausberechnungszeitraum nicht wesentlich bemerkbar machen, da Versorgungsabgänge durch Zugänge aus dem vorhandenen Bestand der Beschäftigten mit Versorgungsanwartschaft voraussichtlich kompensiert werden.

Die Versorgungsleistungen im Jahr 1993 betragen nach einer Schätzung des Statistischen Bundesamtes insgesamt 670 Mio. DM.

*) Die Zahlen beruhen auf Ermittlungen des Statistischen Bundesamtes

Versorgung nach Angestelltensatzungen und Ruhegehaltordnungen

Vorwiegend in den 20er Jahren haben insbesondere kommunale Gebietskörperschaften Bestimmungen erlassen, die Rechte und Pflichten der bei ihnen beschäftigten Personen regelten, die nicht im Beamtenverhältnis stehen. Es handelt sich dabei für Angestellte um Angestelltensatzungen und für Arbeiter um Ruhegehaltordnungen.

Diese Angestelltensatzungen und Ruhegehaltordnungen verweisen insbesondere im Versorgungsteil auf die für die Beamten der Einrichtung maßgebenden Vorschriften bzw. haben solche in ihr Regelwerk übernommen. Ansprüche aus diesen Versorgungsordnungen sind nur dann entstanden, wenn der nicht beamtete Beschäftigte der Angestelltensatzung unterstellt bzw. ihm die Ruhegehaltberechtigung verliehen wurde.

Soweit mit dem Erwerb von Ansprüchen aus Versorgungsordnungen Versicherungsfreiheit in der gesetzlichen Rentenversicherung verbunden war, stellen diese die Hauptversorgung dar, und zwar auch dann, wenn die in den Versorgungsordnungen enthaltenen Kürzungsbestimmungen bei bereits zuvor bestandenen Ansprüchen aus der gesetzlichen Rentenversicherung oder bei sonstigen Leistungen aus öffentlichen Mitteln zum Tragen kommen.

Bestand die Versicherungspflicht weiter, wurde die nach den Bestimmungen der RVO oder des AVG zustehende Rente auf den Betrag ergänzt, der einem Beamten mit gleicher Dienstzeit und gleichen Bezügen als Versorgung zugestanden hätte. Hier werden Parallelen zur heutigen Zusatzversorgung der Angestellten und Arbeiter im öffentlichen Dienst deutlich. Die Frage, welcher Teil der Alterssicherung dabei als Hauptversorgung gilt, ist gleitend. Mit der Einführung der Zusatzversorgung wurden diese Versorgungssysteme zunehmend an die dort geltenden Regelungen angepaßt bzw. übernahmen bei den Einrichtungen, die keiner Zusatzversorgungskasse angeschlossen waren, die Funktion einer Zusatzversorgung. Durch den Wegfall der Versicherungsfreiheit wandelten sich diese Systeme in die gesetzliche Sozialversicherung ergänzende Versorgungsleistungen.

In der Regel sind diese Versorgungssysteme schon längere Zeit geschlossen, die Zahlen der Berechtigten deshalb gering. Am 1. Januar 1994 waren rd. 3 800 Empfänger von Leistungen nach einer Angestelltensatzung bzw. Ruhegehaltordnung zu verzeichnen. Der fehlende Zugang an Versorgungsempfängern führt dazu, daß sich der versorgte Personenkreis im Vorausrechnungszeitraum permanent verringern wird.

II. Versorgungsleistungen aus Sonderversorgungssystemen der ehemaligen DDR

Ehemalige Arbeitnehmer/Soldaten in besonderen Versorgungssystemen

Bei den Empfängern von Versorgungsleistungen aus Sonderversorgungssystemen der ehemaligen DDR

handelt es sich um ehemalige NVA-Soldaten, Volkspolizisten, DDR-Zöllner und Angehörige des aufgelösten Ministeriums für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit, die Anspruch auf Leistungen nach §§ 9 und 11 des Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetzes (AAÜG) haben. Es sind Vorruhestandsleistungen und Teilrenten wegen gesundheitlicher Einschränkungen, die aufgrund der Bestimmungen der damaligen (DDR-)Versorgungsordnungen (VSO) bzw. deren Ergänzungen aus dem Jahre 1990 gewährt werden. Da es sich hierbei nicht um Rentenleistungen handelt – diese werden im Rentenbericht der Bundesregierung berücksichtigt –, sind sie im vorliegenden Bericht aufgenommen worden. Im einzelnen sind dies folgende Leistungen aus den Sonderversorgungssystemen der ehemaligen DDR, die nach § 9 Abs. 1 AAÜG nicht in die gesetzliche Rentenversicherung überführt wurden:

- **Dienstbeschädigungsteilrente** (diese Rente war Angehörigen und ehemaligen Angehörigen grundsätzlich zu gewähren, wenn infolge einer Dienstbeschädigung ein Körper- oder Gesundheitsschaden von mindestens 20 v. H. vorliegt),
- **Übergangrente** (diese Rente wurde nach Entlassung aus dem Dienst nach 25jähriger Dienstzeit (DDR-Zoll und Volkspolizei) oder bei Vorliegen bestimmter gesundheitlicher oder altersmäßiger Voraussetzungen (NVA), auch nach kürzerer Dienstzeit gezahlt);
- **Invalidenrente bei Erreichen besonderer Altersgrenzen** (diese „besondere Invalidenrente“ wurde ehemaligen Angehörigen der früheren NVA und des aufgelösten MfS/AfNS gezahlt, die fünf Jahre vor Erreichen des regulären Rentenalters aufgrund gesundheitlicher Beeinträchtigungen aus dem aktiven Dienst entlassen wurden),
- **Vorruhestandsgeld** (Anspruch auf Vorruhestandsgeld hatten Angehörige der früheren Volkspolizei und der DDR-Zollverwaltung, die ab dem fünften Jahr vor Erreichen des Rentenalters infolge von Strukturveränderungen, Rationalisierungsmaßnahmen oder aus anderen von ihnen nicht zu vertretenden Gründen aus dem Dienst ausschieden, wenn eine mindestens 25jährige Dienstzeit vorlag oder sie – ohne diese Voraussetzung – Anspruch auf eine spätere Altersrente erworben hatten),
- **Invalidenteilrente** (diese Rente war an Angehörige zu zahlen, bei denen eine dauernde Dienstuntauglichkeit zur Entlassung führte und ein Körper- oder Gesundheitsschaden von mindestens 30 v. H. vorlag sowie die altersmäßigen und Mindestdienstzeit-Voraussetzungen erfüllt waren) und
- **befristete erweiterte Versorgung** (Anspruch hatten Angehörige der ehemaligen NVA, der Volkspolizei und der DDR-Zollverwaltung, nicht des MfS/AfNS, die mindestens 50 Jahre alt waren und wegen struktureller Veränderungen oder aus sonstigen von ihnen nicht zu vertretenden Gründen entlassen wurden und nicht in ein ziviles Arbeitsverhältnis vermittelt werden konnten. Die Leistung entfällt, wenn der Anspruch auf Vorruhestandsgeld erfüllt ist).

Diese Leistungen werden von der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte zwar ausgezahlt (§ 9 Abs. 2 AAÜG), die zuständigen Versorgungsträger gemäß § 8 Abs. 4 Nr. 2 AAÜG (BMI, BMVg, BMF und neue Bundesländer) bleiben aber weiterhin verantwortlich (§ 9 Abs. 3 AAÜG).

Die Regelungen der (DDR-)Versorgungsordnungen über Leistungen aufgrund vorzeitiger Entlassung bei Erreichen besonderer Altersgrenzen oder bestimmter Dienstzeiten traten gemäß Anlage II Kap. VIII Sachgebiet H Abschn. III Nr. 9 des Einigungsvertrages zum 31. Dezember 1990 außer Kraft. Ansprüche auf solche Leistungen konnten nur die Angehörigen der bewaffneten Organe der ehemaligen DDR geltend machen, die am 3. Oktober 1990 die jeweiligen Anspruchsvoraussetzungen erfüllt hatten und bis zum 31. Dezember 1990 entlassen worden sind. Dies betrifft die befristete erweiterte Versorgung und die Übergangsrenten der VSO-MdI, VSO-NVA und VSO-Zoll, das Vorruhestandsgeld im Bereich der VSO-MdI und VSO-Zoll sowie die Invalidenrente bei Erreichen besonderer Altersgrenzen nach der VSO-NVA und VSO-MfS/AfNS.

Die Kosten tragen Bund und die Länder im Beitrittsgebiet, wobei der Bund die Gesamtkosten zunächst vorfinanziert; der Bund hat einen Erstattungsanspruch gegenüber den Ländern für deren Leistungsbezieher (vgl. § 15 Abs. 3 AAÜG i.V.m. der AAÜG-Erstattungsverordnung in der Fassung der AAÜG-Erstattungs-Änderungsverordnung vom 28. Juli 1995 (BGBl. I S. 999)).

Übersicht D 1

Zahl der Empfänger von Versorgungsleistungen aus Sonderversorgungssystemen der ehemaligen DDR und Höhe der Ausgaben 1993

	Zahl der Leistungsbezieher	Ausgaben 1993
Bund	32 368	243,8 Mio. DM *)
Länder . . .	24 173	279,8 Mio. DM
	56 541	523,6 Mio. DM

*) einschließlich der vom Versorgungsträger zu tragenden Rentenversicherungsbeiträge

Die maßgebenden statistischen Daten sind aufgrund des Finanz- und Personalstatistikgesetzes vom 21. Dezember 1992 (BGBl. I S. 2119) erstmals zum 1. Januar 1994 erhoben worden. Die Entwicklung aus der Vergangenheit kann daher nicht mit Zahlen belegt werden.

Die Zahl der Leistungsbezieher ist sowohl beim Bund als auch bei den Ländern rückläufig und wird auch künftig abnehmen, da (echte) Neuzugänge – bis auf wenige Ausnahmen z. B. im Bereich der Dienstbeschädigungsteilrenten und beim Wechsel von der befristeten erweiterten Versorgung zum Vorruhestandsgeld – ausgeschlossen sind; darüber hinaus sind die Versorgungsleistungen mit Beginn einer Altersrente – spätestens mit Vollendung des 65. Lebensjahres – einzustellen. Die Zahl der Versorgungs-

empfänger wird daher bis zum Jahr 2005 stark abnehmen, da die Berechtigten, die im Grundsatz letztmalig 1990 Leistungen bewilligt bekommen konnten, dann in überwiegendem Maße das Rentenalter erreicht haben; dabei kann von einem linearen Rückgang der Zahl der Versorgungsempfänger ausgegangen werden. Lediglich die Zahlung von Teilversorgungen – wie etwa die Übergangsrente und die Dienstbeschädigungsteilrente – ist noch nach dem Jahr 2005 denkbar, da diese bei Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen auch vor Vollendung des 50. Lebensjahres bewilligt werden konnten.

Auch die Ausgaben für die nicht überführten Leistungen aus den Sonderversorgungssystemen nehmen weiter ab, da die Abgänge (z. B. wegen Bezugs einer Altersrente) höher sind als die jährlichen Dynamisierungen dieser Leistungen (Hinweis: Die Leistungen nehmen mit 50 v. H. an den Rentenanpassungen des Beitrittsgebietes teil.)

Obwohl die Länder weniger Versorgungsempfänger zu betreuen hatten, waren die Gesamtausgaben in diesem Bereich wesentlich höher als die des Bundes, da im Bundesbereich eine überwiegende Mehrheit (18 843 = 58,2 v. H.) die sog. Übergangsrente erhielt, die bis zum 31. Dezember 1994 auf 400 DM begrenzt gewesen ist. Hingegen bezogen im Länderbereich 16 425 Versorgungsempfänger (= 67,9 v. H.) die wesentlich höhere sog. befristete erweiterte Versorgung bzw. Vorruhestandsgeld (Begrenzung bis zum 31. Dezember 1994: max. 2 010 DM).

Nach dem Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung und Ergänzung des Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetzes (AAÜG-ÄndG), der in erster Linie die Begrenzung des bei der Rentenberechnung berücksichtigungsfähigen Einkommens neu regelt, soll den Angehörigen der ehemaligen Sonderversorgungssysteme der DDR eine eigenständige Leistung zum Ausgleich von Dienstbeschädigungen bewilligt werden, wenn sie nach geltendem Recht eine Dienstbeschädigungsteilrente – beispielsweise wegen des Zusammentreffens mit einer Altersrente der gesetzlichen Rentenversicherung – nicht erhalten konnten. Die bisherigen Dienstbeschädigungsteilrenten sollen nach dem Gesetzentwurf künftig als Dienstbeschädigungsausgleich weitergezahlt werden. Anspruchsberechtigt sind ehemalige Angehörige der Sonderversorgungssysteme der DDR, die bis zum 31. Dezember 1991 während ihrer Zugehörigkeit zu einem Versorgungssystem einen Dienst- oder Arbeitsunfall erlitten haben, wenn daraus ein Körper- bzw. Gesundheitsschaden von mindestens 20 v. H. MdE resultiert. Ein Ausgleich kommt nicht in Betracht, wenn aufgrund des gleichen schädigenden Ereignisses Anspruch auf eine Leistung der gesetzlichen Unfallversicherung besteht. Die Mehrkosten, die etwa hälftig vom Bund und den neuen Ländern zu tragen wären, belaufen sich auf anfänglich ca. 10 Mio. DM. Nach groben Schätzungen dürften durch diese beabsichtigte Regelung rd. 3 000 Personen erstmals (wieder) einen Ausgleich für dienstbeschädigungsbedingte Körper- oder Gesundheitsschäden erhalten können, wobei vorgesehen ist, es für die ehemaligen Angehörigen des Ministeriums für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit bei der bisherigen Rechtslage zu belassen.

Anhang 1

Begriffserläuterungen

Altersgrenze	= Gesetzlich bestimmter Zeitpunkt des Eintritts in den Ruhestand
– Antragsaltersgrenze	= 62. Lebensjahr (bisher), bei Schwerbehinderten 60. Lebensjahr
– gesetzliche Altersgrenze	= i. d. R. 65. Lebensjahr, Ausnahme: vorgezogene gesetzliche Altersgrenze (z. B. bei Polizei 60. Lebensjahr)
Altersrente für langjährig Versicherte	= Altersrente für Versicherte, die das 63. Lebensjahr vollendet und die Wartezeit von 35 Jahren erfüllt haben nach 36 SGB VI
Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes	= In einem privatrechtlichen Arbeitsvertragsverhältnis Beschäftigte, die in der Regel in der gesetzlichen Rentenversicherung versicherungspflichtig sind
Aufgabenbereich	= Art der Tätigkeit, z. B. Beamte im Schuldienst, Hochschullehrer, Beamte im Vollzugsdienst, in sonstigen Bereichen, Richter und Staatsanwälte
Beamte	= Bedienstete, die durch Ernennungsurkunde in ein Beamtenverhältnis auf Lebenszeit, auf Zeit oder auf Probe berufen worden sind; hier jedoch ohne Beamte auf Widerruf
Bedienstete	= Beschäftigte im öffentlichen Dienst (Beamte einschl. Richter und Berufssoldaten sowie Arbeitnehmer)
Beitragsbemessungsgrenze	= Höchstbetrag des Arbeitsentgelts, von dem Beiträge zur Sozialversicherung (Renten-, Kranken-, Pflegeversicherung und nach dem Arbeitsförderungsgesetz) zu entrichten sind
beitragsfrei Versicherte	= Versicherte, deren Pflichtversicherung bei einer Zusatzversorgungseinrichtung geendet hat (z. B. Wechsel in den Bereich der Privatwirtschaft), ohne daß ein Rentenfall eingetreten ist
Berufssoldaten	= Berufsmäßige Soldaten der Bundeswehr i.S.d. Soldatengesetzes; ohne Zeitsoldaten und Grundwehrdienstleistende
Berufsunfähigkeit	= gesundheitlich bedingte Minderung der Erwerbsfähigkeit auf weniger als die Hälfte der Erwerbsfähigkeit eines gesunden Arbeitnehmers
Berufsunfähigkeitsrente	= Rente bei Vorliegen von Berufsunfähigkeit und nach Erfüllung der Wartezeit von 60 Monaten nach § 43 SGB VI
Beschäftigungsbereich	= Bund, Länder, Gemeinden (Gebietskörperschaften), mittelbarer öffentlicher Dienst, Bahn, Post
Beschäftigungsquotient	= Teilzahl, die das Verhältnis von einzelvertraglich vereinbarter zur regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit darstellt
Betriebsrentengesetz	= Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung (BetrAVG) vom 19. Dezember 1974 (BGBl. I S. 3610)
Bruttoversorgungssatz	= Vomhundertsatz, der mit der Dauer der gesamtversorgungsfähigen Zeit ansteigt und mit dem aus dem gesamtversorgungsfähigen Entgelt die ungekürzte Gesamtversorgung ermittelt wird
Deckungsabschnitt	= Zeitraum, für den der Umlagesatz einer Zusatzversorgungseinrichtung kalkuliert wird – z. B. fünf oder zehn Jahre
Dienstherr	= Juristische Person, der gegenüber Rechte und Pflichten des Beamten aus seinem Beamtenverhältnis bestehen; hier insbesondere Bund, Länder und Gemeinden
Dienstunfähigkeit	= Gesundheitlich bedingte Unfähigkeit zur Dienstausübung auf Dauer oder vorübergehend (bei Beamten)
DO-Angestellte	= Angestellte, deren Rechts- und allgemeine Dienstverhältnisse in einer Dienstordnung geregelt sind

Erwerbsunfähigkeit	= Gesundheitlich bedingte Minderung der Erwerbsfähigkeit in dem Umfang, daß eine Erwerbstätigkeit in gewisser Regelmäßigkeit nicht mehr ausgeübt werden kann oder dabei nur geringfügige Einkünfte erzielt werden können
Erwerbsunfähigkeitsrente	= Rente bei Vorliegen von Erwerbsunfähigkeit und nach Erfüllung der Wartezeit von 60 Monaten nach § 44 SGB VI
Freistellung vom Dienst	= Teilzeitbeschäftigung oder Beurlaubung ohne Bezüge (bei Beamten)
Frühpensionierung	= Eintritt in den Ruhestand vor Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze, z. B. wegen dauernder Dienstunfähigkeit
Gebietskörperschaften	= Bund, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände
gesamtversorgungsfähige Zeit	= Zeiten, in denen Umlagen an eine Zusatzversorgungseinrichtung entrichtet worden sind, zuzüglich Hälfte der Rentenversicherungszeiten, die nicht gleichzeitig Umlagemonate sind; diese Zeiten werden bei der Festsetzung des Brutto- und Nettoversorgungssatzes berücksichtigt
gesamtversorgungsfähiges Entgelt	= In der Regel dynamisierter monatlicher Durchschnitt des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts der letzten drei Kalenderjahre vor dem Versicherungsfall
G131	= Nach dem Gesetz zu Artikel 131 des Grundgesetzes erhalten nach dem Zweiten Weltkrieg nicht wiederverwendete ehemalige Beamte und Berufssoldaten sowie deren Hinterbliebene Versorgung
Grundversorgung	= In der Regel die gesetzliche Rente; aber auch Leistungen aus Lebensversicherungen oder berufsständischen Versorgungswerken (z. B. Ärzteversorgung), die die gesetzliche Rente ersetzen und zu denen der Arbeitgeber Beiträge oder Zuschüsse geleistet hat
Hinterbliebene	= Witwen/Witwer und Waisen
Hinterbliebenenrentner	= Empfänger von Witwen-/Witwer- und Waisenrenten
Laufbahngruppe	= Beamte werden – je nach Aus- und Vorbildung – einer Laufbahngruppe des einfachen, mittleren, gehobenen oder höheren Dienstes zugeordnet
Mindestbetrag der Versorgungsrente	= Betrag, der dem Rentenberechtigten in jedem Fall als Versorgungsrente gezahlt wird – Betrag der Versicherungsrente
mittelbarer öffentlicher Dienst	= Dienst z. B. bei der Bundesbank, der Arbeitsverwaltung, den Sozialversicherungsträgern und den Trägern der Zusatzversorgung von Bund, Ländern und Gemeinden
Nettoarbeitsentgelt, fiktives	= Gesamtversorgungsfähiges Entgelt, das um fiktive Abzüge (Lohnsteuer, Solidaritätszuschlag sowie Arbeitnehmeranteile an den Beiträgen zur Sozialversicherung) gemindert ist
nettobegrenzte Gesamtversorgung	= Betrag, der sich aus der Multiplikation des fiktiven Nettoarbeitsentgelts mit dem Nettoversorgungssatz ergibt
Nettoversorgungssatz	= Vomhundertsatz, mit dem aus dem fiktiven Nettoarbeitsentgelt die nettobegrenzte Gesamtversorgung ermittelt wird
Pflichtversicherte	= Arbeitnehmer, die von ihrem Arbeitgeber aufgrund eines Tarifvertrages oder aufgrund eines Einzelarbeitsvertrages bei einer Zusatzversorgungseinrichtung zu versichern sind
Regelaltersrente	= Altersrente mit Vollendung des 65. Lebensjahres und nach Erfüllung der Wartezeit von 60 Monaten nach § 35 SGB VI
Ruhegehalt	= Pension
Sozialversicherungsbeiträge	= Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung, zur gesetzlichen Krankenversicherung, nach dem Pflegeversicherungsgesetz und nach dem Arbeitsförderungsgesetz
Umlagemonate	= Monate, für die Umlagen für einen Pflichtversicherten an eine Zusatzversorgungseinrichtung entrichtet worden sind

Umlagesatz	= Bemessungssatz (Vomhundertsatz) des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts für die vom Arbeitgeber an die Zusatzversorgungseinrichtung zu zahlende Umlage
Unverfallbarkeitsvoraussetzungen (Betriebsrentengesetz)	= Voraussetzungen, bei deren Vorliegen Zusagen auf Leistungen einer betrieblichen Altersversorgung nicht mehr verfallen (vgl. § 1 Betriebsrentengesetz)
verminderte Erwerbsfähigkeit	= Berufsunfähigkeit, Erwerbsunfähigkeit, verminderte Berufsfähigkeit im Bergbau (vgl. §§ 43 bis 45 SGB VI)
Versichertenrente	= Rente, die an einen früheren Versicherten gezahlt wird
Versicherungsrente	= Rente, die den versicherungsmathematischen Gegenwert der gezahlten Beiträge bzw. den den früheren Beiträgen entsprechenden Teil der Umlage darstellt
Versicherungsrente auf Grund des Betriebsrentengesetzes	= Rente nach § 18 Abs. 2 Betriebsrentengesetz
Versorgungsanwartschaft	= Nach Erfüllung der Wartezeit (wie in der gesetzlichen Rentenversicherung 5 Jahre) entsteht ein Anspruch auf spätere Versorgung
Versorgungsart	= Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung als Versorgungsbezüge
Versorgungsempfänger	= Personen, die nach beamten- oder soldatenrechtlichen Vorschriften Versorgung erhalten. Hierzu zählen ehemalige Beamte, Richter und Berufssoldaten sowie deren Hinterbliebene
Versorgungsrente	= Rente, die im Rahmen eines Gesamtversorgungssystems ermittelt wird
Versorgungstarifverträge	= Tarifverträge, die die zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung regeln (z. B. Tarifvertrag über die Versorgung der Arbeitnehmer des Bundes und der Länder sowie von Arbeitnehmern kommunaler Verwaltungen und Betriebe [Versorgungs-TV] vom 4. November 1966)
Versorgungsurheber	= Die Person, aus deren früherem Dienstverhältnis der Anspruch der Hinterbliebenen auf Versorgung abgeleitet wird
Witwen-/Witwerabfindung	= Einmalige Zahlung an den hinterbliebenen Ehegatten eines Beamten bei Wiederheirat
Zusatzversorgung	= Zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung für die Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes
Zusatzversorgungseinrichtungen	= Träger der Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes
zusatzversorgungspflichtiges Entgelt	= Steuerpflichtiger Arbeitslohn; das zusatzversorgungspflichtige Entgelt bildet die Grundlage für die vom Arbeitgeber an die jeweilige Zusatzversorgungseinrichtung zu zahlende Umlage und für die Ermittlung des gesamtversorgungsfähigen Entgelts
Zusatzversorgungssysteme, haushaltsfinanzierte	= Zusatzversorgungssysteme, deren Leistungen unmittelbar aus dem Haushalt einer Gebietskörperschaft gezahlt werden

Abkürzungsverzeichnis

AGZVK	Arbeitsgemeinschaft der kommunalen und kirchlichen Zusatzversorgungskassen
AnpG	Anpassungsgesetz
BeamtVG	Beamtenversorgungsgesetz vom 16. Dezember 1994, BGBl. I S. 3858
BeamtVGÄndG	Gesetz zur Änderung des Beamtenversorgungsgesetzes und sonstiger dienst- und versorgungsrechtlicher Vorschriften vom 18. Dezember 1989, BGBl. I S. 2218
BetrAVG	Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung vom 19. Dezember 1974
BEV	Bundeseisenbahnvermögen
BGBl. I	Bundesgesetzblatt Teil I
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BremZVNG	Bremisches Zusatzversorgungsneuregelungsgesetz – Gesetz zur Neuregelung der Zusatzversorgung der arbeiterrentenversicherungspflichtigen Arbeitnehmer der Freien Hansestadt Bremen (Land und Stadtgemeinde) und ihrer Hinterbliebenen
BSP	Bruttosozialprodukt
BT	Bundestag
BU-Rente	Rente wegen Berufsunfähigkeit
BVA, Abt. B	Bahnversicherungsanstalt, Abteilung B
DB AG	Deutsche Bahn Aktiengesellschaft
DO	Dienstordnung
Drs.	Drucksache
EU-Rente	Rente wegen Erwerbsunfähigkeit
FPStatG	Finanz- und Personalstatistikgesetz vom 21. Dezember 1992, BGBl. I S. 2119
G 131	Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen vom 13. Oktober 1965, BGBl. I S. 1685
GRV	Gesetzliche Rentenversicherung
Mio.	Millionen
Mrd.	Milliarden
RGG	Ruhegeldgesetz – Gesetz über die zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung für Angestellte und Arbeiter der Freien und Hansestadt Hamburg
StBA	Statistisches Bundesamt
SVG	Soldatenversorgungsgesetz vom 19. Januar 1995, BGBl. I S. 50
VAP	Versorgungsanstalt der Deutschen Bundespost
VBL	Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder
VBLU	Versorgungsverband bundes- und landesgeförderter Unternehmen e.V.

VDR	Verband Deutscher Rentenversicherungsträger
VVA	Vereinbarung über die Versorgung der Angestellten und Arbeiter des Landes Berlin
WSV	Wasser- und Schifffahrtsverwaltungen
ZVK	Zusatzversorgungskasse

Verzeichnis der Übersichten und Schaubilder

Verzeichnis der Übersichten

Übersicht	Seite
A 1 Entwicklung des Personalbestandes der Gebietskörperschaften von 1960 bis 1993	7
A 2 Gegenüberstellung der aktiven Beamten, Richter und Berufssoldaten der Gebietskörperschaften 1970 und 1993	9
A 3 Gegenüberstellung der Zahl der Versorgungsempfänger der Gebietskörperschaften 1970, 1993, 2008	10
A 4 Gegenüberstellung der Zahl der in den Zusatzversorgungseinrichtungen pflichtversicherten sowie der unter die haushaltsfinanzierten Zusatzversorgungssysteme fallenden Arbeitnehmer 1970 und 1993	12
A 5 Gegenüberstellung der Rentenbestände bei der VBL und der AGZVK 1970, 1993, 2008	12
A 6 Entwicklung der Zahl weiblicher Beamter in den Gebietskörperschaften von 1960 bis 1993	15
A 7 Frauenanteil nach Laufbahngruppen in den Gebietskörperschaften im Jahre 1993	15
A 8 Entwicklung der Versorgungsausgaben 1970 bis 1993	16
A 9 Anteil der Versorgungsausgaben an den gesamten Personalausgaben	17
A 10 Anteil der Personalausgaben an den Gesamthaushaltsausgaben	18
A 11 Anteil der Versorgungsausgaben an den Gesamthaushaltsausgaben ..	18
A 12 Entwicklung der Versorgungsausgaben der Gebietskörperschaften 1993 bis 2008 (ohne Anpassung)	20
A 13 Drei-Varianten-Modellrechnung für die Wachstumsraten des BIP und für die lineare Versorgungsanpassung von 1993 bis 2008 im Vergleich zur PROGNOSE-Studie (alte Bundesländer)	22
A 14 Entwicklung der Versorgungsausgaben bis 2008 (Variante 1)	23
A 15 Entwicklung der Versorgungsausgaben bis 2008 (Variante 2)	23
A 16 Entwicklung der Versorgungsausgaben bis 2008 (Variante 3)	24
A 17 Modellrechnung der Versorgungsausgaben, des nominalen BIP und der Versorgungsquote von 1993 bis 2008 unter verschiedenen Annahmen (alte Bundesländer)	27
A 18 Steuereinnahmen und Versorgungs-Steuer-Quoten der Gebietskörperschaften von 1970 bis 2008 (alte Bundesländer)	31
A 19 Entwicklungsvergleich der Versorgungsausgaben der Gebietskörperschaften, der Zusatzversorgung, der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) und des Bruttoinlandsprodukts von 1970 bis 2008	33
A 20 Modellrechnung der Versorgungsausgaben, des nominalen BIP und der Versorgungsquote für den Zeitraum 2010 bis 2040	36
A 21 Projektion der Steuereinnahmen und der Versorgungs-Steuer-Quote der Gebietskörperschaften im früheren Bundesgebiet bis 2040	37
B 1 Entwicklung der Zahl der aktiven Beamten der Gebietskörperschaften von 1970 bis 1993	42
B 2 Beamte der Gebietskörperschaften (nach Beschäftigungsumfang)	43
B 3 Verteilung der weiblichen Beamten (nach Gebietskörperschaften)	44

Übersicht	Seite
B 4 Entwicklung der Zahl der Beamten der Gebietskörperschaften (nach Geschlecht)	44
B 5 Verteilung der Beamten der Gebietskörperschaften nach Geschlecht und Laufbahngruppen im Jahr 1993	45
B 6 Prozentualer Anteil weiblicher Beamter nach Laufbahngruppen	45
B 7 Entwicklung der Zahl der aktiven Beamten nach Laufbahngruppen 1970 und 1993	45
B 8 Verteilung der Entwicklung nach Laufbahngruppen auf die einzelnen Gebietskörperschaften	47
B 9 Beamte der Gebietskörperschaften nach Altersklassen im Jahr 1993 ..	49
B 10 Beamte der Länder nach Altersklassen und Geschlecht	50
B 11 Beamte der Gebietskörperschaften nach Aufgabenbereichen	50
B 12 Beamte der einzelnen Aufgabenbereiche nach Laufbahngruppen	50
B 13 Entwicklung der Zahl der Beamten nach Aufgabenbereichen von 1970 bis 1993	51
B 14 Gegenüberstellung der Zahl der Beamten nach Aufgabenbereichen 1970 und 1993	52
B 15 Gegenüberstellung der Zahl der Versorgungsempfänger der Gebietskörperschaften 1970 und 1993	54
B 16 Versorgungsempfänger der Gebietskörperschaften 1993 (nach Versorgungsart)	54
B 17 Versorgungszugänge 1993 (Ruhegehaltsempfänger)	54
B 18 Versorgungszugänge 1993 (Hinterbliebene)	55
B 19 Zahl der Hinterbliebenen nach Beschäftigungsbereichen	56
B 20 Versorgungszugänge (Zurruhesetzungsverhalten)	56
B 21 Versorgungszugänge (Zurruhesetzungsverhalten nach Laufbahngruppen)	58
B 22 Durchschnittsalter bei Eintritt in den Ruhestand	59
B 23 Zurruhesetzungen wegen Dienstunfähigkeit	60
B 24 Versorgungszugänge (Zurruhesetzungsverhalten nach Aufgabenbereichen)	60
B 25 Versorgungsabgänge 1993	62
B 26 Entwicklung der Zahl der Versorgungsempfänger nach Beschäftigungsbereichen von 1994 bis 2008	63
B 27 Entwicklung der Zahl der Versorgungsempfänger nach Aufgabenbereichen von 1994 bis 2008	64
B 28 Entwicklung der Zahl der Versorgungsempfänger nach Versorgungsart von 1994 bis 2008	64
B 29 Entwicklung der Versorgungsausgaben von 1970 bis 1993	65
B 30 Gegenüberstellung der Versorgungsausgaben 1970 und 1993	66
B 31 Gegenüberstellung der Versorgungsausgaben der Gebietskörperschaften 1994 und 2008 (ohne Anpassung)	66
B 32 Gegenüberstellung der Versorgungsausgaben der 1994 und 2008 (Variante 1)	67
B 33 Gegenüberstellung der Versorgungsausgaben 1994 und 2008 (Variante 2)	67
B 34 Gegenüberstellung der Versorgungsausgaben 1994 und 2008 (Variante 3)	68

Übersicht	Seite
B 35 Gegenüberstellung der Versorgungsausgaben 1994 und 2008 (Variante 3) nach Aufgabenbereichen	69
B 36 Gegenüberstellungen der Versorgungsausgaben der Gebietskörperschaften (insgesamt, Bund, Länder, Gemeinden) 1994 und 2008 (Variante 3) nach Versorgungsart	70
B 37 Altersstruktur der Berufssoldaten	72
B 38 Zahl der Versorgungsempfänger (nach Versorgungsart)	73
B 39 Entwicklung der Versorgungsausgaben für Berufssoldaten von 1970 bis 1993	73
B 40 Gegenüberstellung der Zahl der Versorgungsempfänger 1994 und 2008	74
B 41 Gegenüberstellung der Versorgungsausgaben 1994 und 2008	74
B 42 Versorgungsempfänger nach G 131 im Jahr 1993	74
B 43 Versorgungsempfänger nach G 131 (Versorgungsart und Altersstruktur)	75
B 44 Gegenüberstellung der Versorgungsausgaben 1970 und 1993	75
B 45 Entwicklung der Versorgungsausgaben von 1970 bis 1993 nach Beschäftigungsbereichen	75
B 46 Gegenüberstellung der Zahl der Versorgungsempfänger 1994 und 2008	76
B 47 Gegenüberstellung der Versorgungsausgaben 1994 und 2008	76
C 1 Entwicklung der Zahl der in den Zusatzversorgungseinrichtungen pflichtversicherten sowie der unter die haushaltsfinanzierten Zusatzversorgungssysteme fallenden Arbeitnehmer von 1970 bis 1993	83
C 2 Entwicklung der Zahl der in den Zusatzversorgungseinrichtungen beitragsfrei Versicherten von 1970 bis 1993	83
C 3 Entwicklung der Zahl der Renten bei den Zusatzversorgungseinrichtungen sowie den haushaltsfinanzierten Zusatzversorgungssystemen von 1970 bis 1993	84
C 4 Entwicklung der Gesamtausgaben für Versorgungsleistungen der Zusatzversorgungseinrichtungen sowie der haushaltsfinanzierten Zusatzversorgungssysteme von 1970 bis 1993	85
C 5 Entwicklung der Zahl der Pflichtversicherten und der beitragsfrei Versicherten bei der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) von 1970 bis 1993	85
C 6 Zusammensetzung der Versicherten bei der VBL am 31. Dezember 1993	86
C 7 Pflichtversicherte bei der VBL nach Beteiligten bzw. Beteiligtengruppen am 31. Dezember 1993	87
C 8 Anzahl der Renten und jährliche Leistungen der VBL von 1970 bis 1993	88
C 9 Rentenneuzugänge bei der VBL nach Rentenarten im Jahr 1993	90
C 10 Rentenneuzugänge bei der VBL im Jahr 1993 nach Rentenarten, Alter und Geschlecht	92
C 11 Durchschnittliches Renteneintrittsalter bei der VBL im Jahr 1993 nach Rentenarten und Geschlecht	92
C 12 Entwicklung der Zahl der Pflichtversicherten und der beitragsfrei Versicherten bei der AGZVK von 1970 bis 1993	93
C 13 Anzahl der Renten und jährliche Leistungen der AGZVK von 1970 bis 1993 (kommunale und kirchliche Zusatzversorgungskassen)	94
C 14 Durchschnittliches Renteneintrittsalter bei der AGZVK im Jahr 1993 nach Rentenarten	94

Übersicht	Seite
C 15 Entwicklung der Zahl der Pflichtversicherten und der beitragsfrei Versicherten bei der VAP von 1970 bis 1993	95
C 16 Anzahl der Renten und jährliche Leistungen der VAP von 1970 bis 1993	96
C 17 Entwicklung der Zahl der Pflichtversicherten und der beitragsfrei Versicherten bei der BVA Abt. B (Teile C und D der Satzung) von 1970 bis 1993	97
C 18 Anzahl der Renten und jährliche Leistungen der BVA Abt. B von 1970 bis 1993	97
C 19 Entwicklung der Rentnerbestände der VBL und der AGZVK von 1993 bis 2008	99
C 20 Entwicklung der Versorgungsleistungen der VBL und der AGZVK (einschließlich kirchliche Zusatzversorgungskassen) bei unterschiedlichen Einkommenstrends von 1993 bis 2008	100
C 21 Entwicklung der Rentnerbestände der VBL von 1993 bis 2008	101
C 22 Entwicklung der Versorgungsleistungen bei der VBL bei unterschiedlichen Einkommenstrends von 1993 bis 2008	102
C 23 Entwicklung der Rentnerbestände bei der AGZVK (nur kommunale Zusatzversorgungskassen einschließlich Sparkasseneinrichtungen) von 1993 bis 2008	103
C 24 Entwicklung der Versorgungsleistungen bei der AGZVK (nur kommunale Zusatzversorgungskassen einschließlich Sparkasseneinrichtungen) bei unterschiedlichen Einkommenstrends von 1993 bis 2008 ..	104
C 25 Entwicklung der Rentnerbestände der VAP von 1994 bis 2004	106
C 26 Entwicklung der Versorgungsleistungen der VAP von 1994 bis 2004 ..	106
D 1 Zahl der Empfänger von Versorgungsleistungen aus Sonderversorgungssystemen der ehemaligen DDR und Höhe der Ausgaben 1993 ..	111

Verzeichnis der Schaubilder

Schaubild	Seite
A 1 Entwicklung der Zahl der Beamten (Beamte, Richter und Berufssoldaten) in den Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Gemeinden) von 1960 bis 1993	8
A 2 Entwicklung der Zahl der Arbeitnehmer in den Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Gemeinden) von 1960 bis 1993	8
A 3 Gründe für den Pensionseintritt von Beamten und Richtern in Bund, Ländern und Gemeinden – Erhebung 1993 –	13
A 4 Rentenneuzugänge 1993 bei der VBL nach Rentenarten	14
A 5 Anteil der Ausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung, der Beamten- und Soldatenversorgung sowie der Zusatzversorgung am Bruttoinlandsprodukt	25
A 6 Anteil der Versorgungs-/Zusatzversorgungsausgaben der Gebietskörperschaften am Bruttoinlandsprodukt (Modellvariante 2)	28
A 7 Versorgungs-Steuer-Quote der Gebietskörperschaften	32
A 8 Entwicklungsvergleich der Versorgungsausgaben der Gebietskörperschaften, der Zusatzversorgung, der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) und des Bruttoinlandsprodukts von 1970 bis 2008	34
A 9 Anteil der Versorgungsausgaben der Gebietskörperschaften und der Zusatzversorgungsausgaben (VBL und AGZVK) am Bruttoinlandsprodukt – Versorgungsquote –	36
A 10 Modellrechnung der Versorgungs-Steuer-Quote der Gebietskörperschaften (früheres Bundesgebiet) im Zeitraum 1995 bis 2040	38
B 1 Entwicklung der Zahl der aktiven Beamten (Beamte und Richter) der Gebietskörperschaften von 1970 bis 1993	43
B 2 Aktive Beamte nach Laufbahngruppen im Jahr 1970	46
B 3 Aktive Beamte nach Laufbahngruppen im Jahr 1993	46
B 4 Gegenüberstellung der aktiven Beamten nach Laufbahngruppen in den Jahren 1970 und 1993	47
B 5 Altersstruktur der aktiven Beamten im Jahr 1993	48
B 6 Aktive Beamte der Gebietskörperschaften nach Altersklassen im Jahr 1993	49
B 7 Beamte nach Aufgabenbereichen im Jahr 1993	50
B 8 Entwicklung der Zahl der Beamten nach Aufgabenbereichen 1970 bis 1993	51
B 9 Beamte nach Laufbahngruppen im Jahr 1993	52
B 10 Versorgungszugänge (Ruhegehaltsempfänger)	55
B 11 Versorgungszugänge (Hinterbliebene)	55
B 12 Versorgungszugänge (Zurruhesetzungsverhalten)	57
B 13 Zurruhesetzungsverhalten (Männer/Frauen)	57
B 14 Versorgungszugänge (Laufbahngruppen)	58
B 15 Durchschnittsalter bei Eintritt in den Ruhestand	59
B 16 Versorgungszugänge (Aufgabenbereiche)	61
B 17 Voraussichtliche Entwicklung der Zahl der Versorgungsempfänger 1994 bis 2008	65

Schaubild	Seite
B 18 Voraussichtliche Entwicklung der Versorgungsausgaben der Gebietskörperschaften nach BeamVG unter Berücksichtigung jährlicher Steigerungsraten	68
B 19 Altersstruktur der Berufssoldaten im Jahr 1993	72
C 1 Entwicklung der Zahl der Pflichtversicherten und der beitragsfrei Versicherten bei den Zusatzversorgungseinrichtungen sowie der unter die haushaltsfinanzierten Zusatzversorgungssysteme fallenden Arbeitnehmer insgesamt von 1970 bis 1993	84
C 2 Entwicklung der Zahl der Pflichtversicherten bei der VBL nach Beteiligten bzw. Beteiligengruppen von 1970 bis 1993	86
C 3 Entwicklung der Zahl der Pflichtversicherten und der beitragsfrei Versicherten bei der VBL von 1970 bis 1993	87
C 4 Pflichtversicherte bei der VBL nach Beteiligten bzw. Beteiligengruppen am 31. Dezember 1993	88
C 5 Anzahl der Leistungen der VBL nach Versorgungs- und Versicherungsrenten sowie Renten insgesamt von 1970 bis 1993	89
C 6 Entwicklung der Ausgaben für Versorgungsleistungen der VBL nach Versorgungs- und Versicherungsrenten sowie Versorgungsleistungen insgesamt von 1970 bis 1993	89
C 7 Rentenneuzugänge 1993 bei der VBL nach Rentenarten – Männer –	91
C 8 Rentenneuzugänge 1993 bei der VBL nach Rentenarten – Frauen –	91
C 9 Entwicklung der Zahl der Pflichtversicherten und der beitragsfrei Versicherten bei der AGZVK von 1970 bis 1993	93
C 10 Entwicklung der Ausgaben für Versorgungsleistungen bei der AGZVK nach Versorgungs- und Versicherungsrenten sowie Versorgungsleistungen insgesamt von 1970 bzw. 1980 bis 1993	95
C 11 Entwicklung der Versorgungsleistungen der VBL und der AGZVK (einschließlich kirchliche Zusatzversorgungskassen) von 1993 bis 2008	99
C 12 Entwicklung der Versorgungsleistungen der VBL von 1993 bis 2008 ..	102
C 13 Entwicklung der Versorgungsleistungen der AGZVK (nur kommunale Zusatzversorgungskassen einschließlich Sparkasseneinrichtungen) von 1993 bis 2008	103
C 14 Altersschichtung der Pflichtversicherten der AGZVK (nur kommunale Zusatzversorgungskassen einschließlich Sparkasseneinrichtungen) und der VBL in 1994	105

Zahlen zur Versorgung im öffentlichen Dienst**zu Teil B Die öffentlich-rechtlichen Versorgungssysteme**

Tabelle	Seite	
B 1	Entwicklung der Zahl der Beamten, Richter und Berufssoldaten von 1960 bis 1993 nach Beschäftigungsbereichen	
	Beschäftigte insgesamt	125
	Vollzeitbeschäftigte	126
	Teilzeitbeschäftigte	127
B 2	Beamte, Richter und Berufssoldaten am 30. Juni 1993 nach Beschäftigungsbereichen	
B 2.1	nach Besoldungsgruppen (Männer und Frauen)	128
B 2.2	nach Laufbahngruppen und Beschäftigungsumfang	129
	Männer und Frauen	129
	Männer	130
	Frauen	131
B 2.3	nach Altersjahrgängen	
	Männer und Frauen	132
	Männer (Beamte und Richter)	133
	Frauen (Beamte und Richter)	134
B 3	Beamte und Richter der Gebietskörperschaften am 30. Juni 1993 nach Aufgabenbereichen und Besoldungsgruppen	135
B 4	Entwicklung der Zahl der Versorgungsempfänger (ehemalige Beamte, Richter und Berufssoldaten) von 1970 bis 1994 nach Beschäftigungsbereichen und Versorgungsart	136
B 5	Versorgungsempfänger (ehemalige Beamte, Richter und Berufssoldaten) am 1. Januar 1994 nach Beschäftigungsbereichen und Versorgungsart	
B 5.1	nach Besoldungsgruppen	
	insgesamt	137
	Empfänger von Ruhegehalt	138
	Empfänger von Hinterbliebenenbezügen	139
B 5.2	nach Laufbahngruppen	
	Männer und Frauen	140
	Männer	141
	Frauen	142
B 6	Versorgungsempfänger (ehemalige Beamte und Richter) der Gebietskörperschaften am 1. Januar 1994 nach Aufgabenbereichen und Versorgungsart	
B 6.1	nach Besoldungsgruppen	
	insgesamt	143
	Empfänger von Ruhegehalt	144
	Empfänger von Hinterbliebenenbezügen	145
B 6.2	nach Laufbahngruppen	
	Männer und Frauen	146
	Männer	147
	Frauen	148
B 7	Versorgungsempfänger (ehemalige Beamte, Richter und Berufssoldaten) am 1. Januar 1994 nach Altersjahrgängen und Versorgungsart	
B 7.1	nach Beschäftigungsbereichen	
	Empfänger von Ruhegehalt	149
	Empfänger von Witwen-/Witwergeld	150
	Empfänger von Waisengeld	151
B 7.2	in den Gebietskörperschaften	152

Tabelle	Seite	
B 7.3	nach Aufgabenbereichen (ehemalige Beamte und Richter)	
	Empfänger von Ruhegehalt	153
	Empfänger von Witwen-/Witwergeld	154
	Empfänger von Waisengeld	155
B 8	Entwicklung der Zahl der Versorgungsempfänger nach G 131 von 1970 bis 1994 nach Versorgungsart	156
B 9	Versorgungsempfänger nach G 131 am 1. Januar 1994 nach Versorgungsart und Altersjahrgängen	157
B 10	Versorgungszugänge (Beamte und Richter) in den Gebietskörperschaften nach Laufbahngruppen im Jahr 1993	
B 10.1	Empfänger von Ruhegehalt	
	Männer und Frauen	158
	Männer	160
	Frauen	161
	Empfänger von Hinterbliebenenbezügen	162
B 10.2	Empfänger von Ruhegehalt nach Aufgabenbereichen	
	Männer und Frauen	163
	Männer	164
	Frauen	165
B 10.3	Durchschnittsalter bei Eintritt in den Ruhestand	
	Männer und Frauen	166
	Männer	167
	Frauen	168
B 11	Versorgungsabgänge (Beamte und Richter) der Gebietskörperschaften nach Versorgungsart im Jahr 1993	
B 11.1	nach Altersjahrgängen	169
B 11.2	nach Altersgruppen und Beschäftigungsbereichen	170
B 11.3	nach Altersgruppen und Aufgabenbereichen	171
B 12	Entwicklung der Zahl der Versorgungsempfänger 1994 bis 2008	
	in den Gebietskörperschaften	172
	Bund	
	Beamte und Richter	172
	Berufssoldaten	172
	G 131	172
	Länder	
	insgesamt	173
	Schuldienst	173
	Vollzugsdienst	173
	übrige Bereiche	173
	Gemeinden	174
	nachrichtlich:	
	Bahn	174
	Post	174
	mittelbarer öffentlicher Dienst	174
B 13	Entwicklung der Versorgungsausgaben 1994 bis 2008 in den Gebietskörperschaften	175
	Bund	
	Beamte und Richter	175
	Berufssoldaten	176
	G 131	176
	Länder	
	insgesamt	177
	Schuldienst	177
	Vollzugsdienst	178
	übrige Bereiche	178
	Gemeinden	179
	nachrichtlich:	
	Bahn	179
	Post	180
	mittelbarer öffentlicher Dienst	180

Tabelle B 1

**Entwicklung der Zahl der Beamten, Richter und Berufssoldaten von 1960 bis 1993
nach Beschäftigungsbereichen *)**

– Beschäftigte insgesamt –

– in 1 000 –

Jahr	Beamte ¹⁾ und Richter							Berufs- soldaten
	Gebietskörperschaften				nachrichtlich			
	zusammen	Bund	Länder	Gemein- den ²⁾	Bahn	Post	Mittelbarer öffentl. Dienst	
	Insgesamt							
1960	633,8	69,8	458,0	106,0	230,3	216,8	11,9	32,5
1965	727,0	84,6	522,9	119,5	228,7	241,2	12,8	49,5
1970	848,0	88,0	630,0	130,0	209,6	248,4	14,3	54,4
1975	989,5	99,0	766,9	123,6	213,6	268,7	17,0	63,3
1980	1 132,2	100,7	900,3	131,2	186,4	284,3	20,2	62,0
1985	1 227,6	107,2	977,9	142,5	169,6	303,5	23,8	65,7
1990	1 253,3	108,5	992,0	152,8	142,1	306,6	27,5	70,3
1991	1 255,6	108,2	991,4	156,0	137,2	305,2	28,1	69,5
1992	1 277,1	116,8	1 003,3	157,0	130,6	300,0	29,2	65,1
1993 ³⁾	1 293,4	123,1	1 012,5	157,8	127,5	298,5	35,7	66,1
1993 ⁴⁾	1 356,8	125,8	1 065,9	165,1	131,4	320,6	36,9	66,1
	Männer							
1960	541,5	69,4	372,4	99,7	227,9	188,9	9,4	32,5
1965	602,6	83,4	408,3	110,9	225,8	211,9	10,1	49,5
1970	681,2	86,5	475,7	119,0	207,0	216,1	11,2	54,4
1975	755,9	95,9	550,3	109,7	209,2	229,9	13,3	63,3
1980	840,4	96,6	632,5	111,3	181,7	230,0	16,1	62,0
1985	880,5	100,1	666,8	113,6	164,6	244,4	17,2	65,6
1990	869,9	98,6	655,5	115,8	136,4	237,9	18,9	70,2
1991	870,0	98,2	654,8	117,0	131,2	229,9	19,6	69,4
1992	873,1	104,2	652,9	116,0	124,4	223,7	19,2	65,0
1993 ³⁾	877,5	108,8	652,2	116,5	120,9	220,1	25,4	66,0
1993 ⁴⁾	885,8	109,7	659,0	117,1	122,7	223,7	25,5	66,0
	Frauen							
1960	92,3	0,4	85,6	6,3	2,4	27,9	2,5	–
1965	124,4	1,2	114,6	8,6	2,9	29,3	2,7	–
1970	166,8	1,5	154,3	11,0	2,6	32,3	3,1	–
1975	233,6	3,1	216,6	13,9	4,4	38,8	3,7	–
1980	291,8	4,1	267,8	19,9	4,7	54,3	4,1	–
1985	347,1	7,1	311,1	28,9	5,0	59,1	6,6	0,1
1990	383,4	9,9	336,5	37,0	5,7	68,7	8,6	0,1
1991	385,6	10,0	336,6	39,0	6,0	75,3	8,5	0,1
1992	404,0	12,6	350,4	41,0	6,2	76,3	10,0	0,1
1993 ³⁾	415,9	14,3	360,2	41,4	6,6	78,4	10,2	0,1
1993 ⁴⁾	470,8	16,1	406,8	47,9	8,7	96,9	11,4	0,1

*) Gebietsstand früheres Bundesgebiet; die Angaben für den Bereich des Bundes beziehen sich ab 1991 auf den Gebietsstand Deutschland.

¹⁾ Ohne Beamtinnen/Beamte auf Widerruf.

²⁾ Einschl. Gemeindeverbände und kommunale Zweckverbände.

³⁾ Ohne Beurlaubte.

⁴⁾ Einschl. Beurlaubte.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Personalstandstatistik

noch Tabelle B 1

**Entwicklung der Zahl der Beamten, Richter und Berufssoldaten von 1960 bis 1993
nach Beschäftigungsbereichen *)**
– Vollzeitbeschäftigte –
– in 1 000 –

Jahr	Beamte ¹⁾ und Richter							Berufs- soldaten
	Gebietskörperschaften				nachrichtlich			
	zusammen	Bund	Länder	Gemein- den ²⁾	Bahn	Post	Mittelbarer öffentl. Dienst	
	Insgesamt							
1960	633,4	69,8	457,6	106,0	230,3	216,8	11,9	32,5
1965	724,5	84,6	521,9	118,0	228,7	241,2	12,8	49,5
1970	840,6	88,0	623,6	129,0	209,6	247,9	14,3	54,4
1975	961,7	98,8	740,3	122,6	213,5	266,1	16,9	63,3
1980	1 074,7	100,4	844,9	129,4	186,2	279,4	20,0	62,0
1985	1 101,1	106,4	856,0	138,7	169,0	294,7	23,2	65,7
1990	1 089,5	107,0	836,7	145,8	141,0	292,4	26,2	70,3
1991	1 089,3	106,6	834,5	148,2	136,0	290,4	26,6	69,5
1992	1 103,0	114,9	839,6	148,5	129,4	284,5	27,5	65,1
1993	1 116,2	120,9	846,9	148,4	126,2	281,8	33,6	66,1
	Männer							
1960	541,2	69,4	372,1	99,7	227,9	188,9	9,4	32,5
1965	600,8	83,4	408,0	109,4	225,8	211,9	10,1	49,5
1970	679,9	86,5	475,4	118,0	207,0	216,1	11,2	54,4
1975	755,2	95,9	550,1	109,2	209,2	229,9	13,3	63,3
1980	838,3	96,6	630,7	111,0	181,7	230,0	16,1	62,0
1985	868,4	100,0	655,3	113,1	164,5	244,3	17,2	65,6
1990	855,8	98,4	642,2	115,2	136,3	237,6	18,9	70,2
1991	856,3	98,0	641,9	116,4	131,0	229,5	19,5	69,4
1992	858,9	103,9	639,7	115,3	124,3	223,3	19,1	65,0
1993	863,1	108,5	638,9	115,7	120,8	219,6	25,3	66,0
	Frauen							
1960	92,2	0,4	85,5	6,3	2,4	27,9	2,5	–
1965	123,7	1,2	113,9	8,6	2,9	29,3	2,7	–
1970	160,7	1,5	148,2	11,0	2,6	31,8	3,1	–
1975	206,5	2,9	190,2	13,4	4,3	36,2	3,6	–
1980	236,4	3,8	214,2	18,4	4,5	49,4	3,9	–
1985	232,7	6,4	200,7	25,6	4,5	50,4	6,0	0,1
1990	233,7	8,6	194,5	30,6	4,7	54,8	7,3	0,1
1991	233,0	8,6	192,6	31,8	5,0	60,9	7,1	0,1
1992	244,0	11,0	199,8	32,2	5,1	61,2	8,4	0,1
1993	253,1	12,5	208,0	32,6	5,4	62,2	8,3	0,1

*) Gebietsstand früheres Bundesgebiet; die Angaben für den Bereich des Bundes beziehen sich ab 1991 auf den Gebietsstand Deutschland.

¹⁾ Ohne Beamtinnen/Beamte auf Widerruf.

²⁾ Einschl. Gemeindeverbände und kommunale Zweckverbände.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Personalstandstatistik

noch Tabelle B1

**Entwicklung der Zahl der Beamten, Richter und Berufssoldaten von 1960 bis 1993
nach Beschäftigungsbereichen *)**

– Teilzeitbeschäftigte –

– in 1 000 –

Jahr	Beamte ¹⁾ und Richter							Berufs- soldaten
	Gebietskörperschaften				nachrichtlich			
	zusammen	Bund	Länder	Gemein- den ²⁾	Bahn	Post	Mittelbarer öffentl. Dienst	
	Insgesamt							
1960	0,4	–	0,4	–	–	–	–	–
1965	2,5	–	1,0	1,5	–	–	–	–
1970	7,5	0,0	6,4	1,1	0,0	0,5	0,0	–
1975	27,8	0,2	26,6	1,0	0,1	2,6	0,1	–
1980	57,5	0,3	55,4	1,8	0,2	4,9	0,2	–
1985	126,5	0,8	121,9	3,8	0,6	8,8	0,6	–
1990	163,8	1,5	155,3	7,0	1,1	14,2	1,3	–
1991	166,3	1,6	156,9	7,8	1,2	14,8	1,5	–
1992	174,1	1,9	163,7	8,5	1,2	15,6	1,7	–
1993	177,1	2,1	165,5	9,5	1,3	16,6	2,0	–
	Männer							
1960	0,3	–	0,3	–	–	–	–	–
1965	1,8	–	0,3	1,5	–	–	–	–
1970	1,4	0,0	0,3	1,1	0,0	0,0	0,0	–
1975	0,7	0,0	0,2	0,5	0,0	0,0	0,0	–
1980	2,1	0,0	1,8	0,3	0,0	0,0	0,0	–
1985	12,1	0,1	11,5	0,5	0,1	0,1	0,0	–
1990	14,1	0,2	13,3	0,6	0,1	0,3	0,0	–
1991	13,7	0,2	12,9	0,6	0,2	0,4	0,1	–
1992	14,1	0,3	13,1	0,7	0,1	0,4	0,1	–
1993	14,4	0,3	13,4	0,7	0,1	0,5	0,1	–
	Frauen							
1960	0,1	–	0,1	–	–	–	–	–
1965	0,7	–	0,7	0,0	–	–	–	–
1970	6,1	0,0	6,1	0,0	0,0	0,5	0,0	–
1975	27,1	0,2	26,4	0,5	0,1	2,6	0,1	–
1980	55,4	0,3	53,6	1,5	0,2	4,9	0,2	–
1985	114,4	0,7	110,4	3,3	0,5	8,7	0,6	–
1990	149,7	1,3	142,0	6,4	1,0	13,9	1,3	–
1991	152,6	1,4	144,0	7,2	1,0	14,4	1,4	–
1992	160,0	1,6	150,6	7,8	1,1	15,2	1,6	–
1993	162,7	1,8	152,2	8,7	1,2	16,2	1,9	–

*) Gebietsstand früheres Bundesgebiet; die Angaben für den Bereich des Bundes beziehen sich ab 1991 auf den Gebietsstand Deutschland.

¹⁾ Ohne Beamtinnen/Beamte auf Widerruf.

²⁾ Einschl. Gemeindeverbände und kommunale Zweckverbände.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Personalstandstatistik

Tabelle B 2.1

Beamte, Richter und Berufssoldaten am 30. Juni 1993 nach Beschäftigungsbereichen
– nach Besoldungsgruppen (Männer und Frauen) –

Laufbahngruppen/ Besoldungsgruppen	Beamte ¹⁾ und Richter							Berufs- soldaten
	Gebietskörperschaften				nachrichtlich			
	zu- sammen	Bund	Länder	Gemein- den ²⁾	Bahn	Post	Mittelbarer öffentl. Dienst	
Höherer Dienst								
B 11–B 5, R 10–R 5	2 928	1 003	1 127	798	42	27	70	226
B 4–B 1, R 4, R 3, C 4	17 855	2 111	13 816	1 928	154	396	200	347
A 16 + Amtszulage, A 16, R 2, C 3	31 014	1 706	26 776	2 532	170	393	517	939
A 15, R 1, C 2	74 665	5 828	63 266	5 571	764	1 121	1 391	2 636
A 14, C 1	104 916	4 333	92 553	7 930	671	977	1 269	5 751
A 13	97 190	3 474	87 843	5 873	2	730	1 822	3 563
Zusammen . . .	328 568	18 555	285 381	24 632	1 803	3 644	5 269	13 462
Gehobener Dienst								
A 16 „L“-A 13 „L“	111 886	30	111 086	770	–	–	1	–
A 14 „S“, A 13 „S“ + Amtszulage	2 374	121	1 665	588	291	76	2	92
A 13 „S“	35 611	6 216	22 393	7 002	2 231	4 902	1 035	–
A 12	261 914	7 809	238 560	15 545	5 170	10 657	3 929	988
A 11	99 610	10 777	63 701	25 132	6 923	16 607	8 956	8 426
A 10	86 279	7 248	57 708	21 323	3 973	10 900	8 684	5 212
A 9	49 162	5 420	30 809	12 933	1 057	4 419	5 260	2 221
Zusammen . . .	646 836	37 621	525 922	83 293	19 645	47 561	27 867	16 939
Mittlerer Dienst								
A 10 „S“, A 9 „S“ + Amtszulage	26 080	4 014	20 164	1 902	4 188	6 240	141	2 324
A 9 „S“	80 855	8 900	62 633	9 322	10 034	14 424	514	6 800
A 8	116 873	18 528	83 170	15 175	31 180	60 366	895	17 091
A 7	100 890	25 017	56 341	19 532	41 012	64 186	901	9 463
A 6	21 165	4 553	11 746	4 866	10 671	15 487	537	–
A 5	19 528	3 940	10 047	5 541	3 311	9 519	471	–
Zusammen . . .	365 391	64 952	244 101	56 338	100 396	170 222	3 459	35 678
Einfacher Dienst								
E 6 „S“, A 5 „S“ + Amtszulage	2 991	916	1 986	89	2 317	20 027	27	–
A 5 „S“	5 521	1 070	4 029	422	5 126	30 909	89	–
A 4–A 1	4 662	1 504	2 889	269	2 086	48 259	177	–
Zusammen . . .	13 174	3 490	8 904	780	9 529	99 195	293	–
Nicht zuordenbar (Beurlaubte)	2 805	1 198	1 572	35	–	–	2	–
Insgesamt . . .	1 356 774	125 816	1 065 880	165 078	131 373	320 622	36 890	66 079

¹⁾ Ohne Beamte auf Widerruf.²⁾ Einschl. Gemeindeverbände und kommunale Zweckverbände.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Personalstandstatistik

Tabelle B 2.2

Beamte, Richter und Berufssoldaten am 30. Juni 1993 nach Beschäftigungsbereichen
– nach Laufbahngruppen und Beschäftigungsumfang (Männer und Frauen) –

Laufbahngruppen	Beamte ¹⁾ und Richter							Berufs- soldaten
	Gebietskörperschaften				nachrichtlich			
	zusammen	Bund	Länder	Gemein- den ²⁾	Bahn	Post	Mittelbarer öffentl. Dienst	
Beschäftigte								
Höherer Dienst . .	328 568	18 555	285 381	24 632	1 803	3 644	5 269	13 462
Gehobener Dienst	646 836	37 621	525 922	83 293	19 645	47 561	27 867	16 939
Mittlerer Dienst . .	365 391	64 952	244 101	56 338	100 396	170 222	3 459	35 678
Einfacher Dienst . .	13 174	3 490	8 904	780	9 529	99 195	293	–
Nicht zuordenbar	2 805	1 198	1 572	35	–	–	2	–
Insgesamt . . .	1 356 774	125 816	1 065 880	165 078	131 373	320 622	36 890	66 079
Vollzeitbeschäftigte								
Höherer Dienst . .	282 287	18 070	241 118	23 099	1 655	3 322	5 050	13 462
Gehobener Dienst	484 882	35 892	374 628	74 362	18 485	44 638	25 044	16 939
Mittlerer Dienst . .	336 040	63 512	222 378	50 150	96 604	139 657	3 250	35 678
Einfacher Dienst . .	13 013	3 453	8 805	755	9 444	94 214	293	–
Zusammen . . .	1 116 222	120 927	846 929	148 366	126 188	281 831	33 637	66 079
Teilzeitbeschäftigte								
Höherer Dienst . .	35 528	266	34 110	1 152	8	21	162	–
Gehobener Dienst	125 778	1 078	119 558	5 142	242	961	1 778	–
Mittlerer Dienst . .	15 735	771	11 818	3 146	1 069	14 615	105	–
Einfacher Dienst . .	90	17	54	19	7	1 051	–	–
Zusammen . . .	177 131	2 132	165 540	9 459	1 326	16 648	2 045	–
Beurlaubte								
Höherer Dienst . .	10 753	219	10 153	381	140	301	57	–
Gehobener Dienst	36 176	651	31 736	3 789	918	1 962	1 045	–
Mittlerer Dienst . .	13 616	669	9 905	3 042	2 723	15 950	104	–
Einfacher Dienst . .	71	20	45	6	78	3 930	–	–
Nicht zuordenbar	2 805	1 198	1 572	35	–	–	2	–
Zusammen . . .	63 421	2 757	53 411	7 253	3 859	22 143	1 208	–

1) Ohne Beamte auf Widerruf.

2) Einschl. Gemeindeverbände und kommunale Zweckverbände.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Personalstandstatistik

noch Tabelle B 2.2

Beamte, Richter und Berufssoldaten am 30. Juni 1993 nach Beschäftigungsbereichen
 – nach Laufbahngruppen und Beschäftigungsumfang (Männer) –

Laufbahngruppen	Beamte ¹⁾ und Richter							Berufs- soldaten
	Gebietskörperschaften				nachrichtlich			
	zusammen	Bund	Länder	Gemein- den ²⁾	Bahn	Post	Mittelbarer öffentl. Dienst	
Beschäftigte								
Höherer Dienst ..	249 184	16 448	211 580	21 156	1 744	3 303	4 230	13 383
Gehobener Dienst	337 904	31 372	248 735	57 797	18 322	39 304	18 147	16 939
Mittlerer Dienst ..	285 716	58 348	189 912	37 456	93 189	97 443	2 883	35 678
Einfacher Dienst .	12 538	3 260	8 540	738	9 461	83 628	277	–
Nicht zuordenbar	514	240	272	2	–	–	–	–
Insgesamt ...	885 856	109 668	659 039	117 149	122 716	223 678	25 537	66 000
Vollzeitbeschäftigte								
Höherer Dienst ..	238 700	16 208	201 667	20 825	1 611	3 042	4 193	13 383
Gehobener Dienst	328 513	31 009	240 357	57 147	17 656	38 559	17 986	16 939
Mittlerer Dienst ..	283 437	58 018	188 373	37 046	92 114	95 587	2 860	35 678
Einfacher Dienst .	12 446	3 239	8 494	723	9 402	82 419	277	–
Zusammen ...	863 096	108 474	638 881	115 741	120 783	219 607	25 316	66 000
Teilzeitbeschäftigte								
Höherer Dienst ..	6 799	59	6 501	239	1	2	16	–
Gehobener Dienst	6 725	120	6 240	365	37	137	99	–
Mittlerer Dienst ..	809	99	599	111	86	143	9	–
Einfacher Dienst .	47	8	28	11	–	81	–	–
Zusammen ...	14 380	286	13 368	726	124	463	124	–
Beurlaubte								
Höherer Dienst ..	3 685	181	3 412	92	132	259	21	–
Gehobener Dienst	2 666	243	2 138	285	629	608	62	–
Mittlerer Dienst ..	1 470	231	940	299	989	1 613	14	–
Einfacher Dienst .	45	13	28	4	59	1 128	–	–
Nicht zuordenbar	514	240	272	2	–	–	–	–
Zusammen ...	8 380	908	6 790	682	1 809	3 608	97	–

1) Ohne Beamte auf Widerruf.

2) Einschl. Gemeindeverbände und kommunale Zweckverbände.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Personalstandstatistik

noch Tabelle B 2.2

Beamte, Richter und Berufssoldaten am 30. Juni 1993 nach Beschäftigungsbereichen
– nach Laufbahngruppen und Beschäftigungsumfang (Frauen) –

Laufbahngruppen	Beamte ¹⁾ und Richter							Berufs- soldaten
	Gebietskörperschaften				nachrichtlich			
	zusammen	Bund	Länder	Gemein- den ²⁾	Bahn	Post	Mittelbarer öffentl. Dienst	
Beschäftigte								
Höherer Dienst . .	79 384	2 107	73 801	3 476	59	341	1 039	79
Gehobener Dienst	308 932	6 249	277 187	25 496	1 323	8 257	9 720	–
Mittlerer Dienst . .	79 675	6 604	54 189	18 882	7 207	72 779	576	–
Einfacher Dienst .	636	230	364	42	68	15 567	16	–
Nicht zuordenbar	2 291	958	1 300	33	–	–	2	–
Insgesamt . . .	470 918	16 148	406 841	47 929	8 657	96 944	11 353	79
Vollzeitbeschäftigte								
Höherer Dienst . .	43 587	1 862	39 451	2 274	44	280	857	79
Gehobener Dienst	156 369	4 883	134 271	17 215	829	6 079	7 058	–
Mittlerer Dienst . .	52 603	5 494	34 005	13 104	4 490	44 070	390	–
Einfacher Dienst .	567	214	321	32	42	11 795	16	–
Zusammen . . .	253 126	12 453	208 048	32 625	5 405	62 224	8 321	79
Teilzeitbeschäftigte								
Höherer Dienst . .	28 729	207	27 609	913	7	19	146	–
Gehobener Dienst	119 053	958	113 318	4 777	205	824	1 679	–
Mittlerer Dienst . .	14 926	672	11 219	3 035	983	14 372	96	–
Einfacher Dienst .	43	9	26	8	7	970	–	–
Zusammen . . .	162 751	1 846	152 172	8 733	1 202	16 185	1 921	–
Beurlaubte								
Höherer Dienst . .	7 068	38	6 741	289	8	42	36	–
Gehobener Dienst	33 510	408	29 598	3 504	289	1 354	983	–
Mittlerer Dienst . .	12 146	438	8 965	2 743	1 734	14 337	90	–
Einfacher Dienst .	26	7	17	2	19	2 802	–	–
Nicht zuordenbar	2 291	958	1 300	33	–	–	2	–
Zusammen . . .	55 041	1 849	46 621	6 571	2 050	18 535	1 111	–

¹⁾ Ohne Beamte auf Widerruf.²⁾ Einschl. Gemeindeverbände und kommunale Zweckverbände.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Personalstandstatistik

Tabelle B 2.3

Beamte, Richter und Berufssoldaten am 30. Juni 1993 nach Beschäftigungsbereichen
– nach Altersjährgängen (Männer und Frauen) –

Altersjährgänge	Beamte ¹⁾ und Richter							Berufs- soldaten
	Gebietskörperschaften				nachrichtlich			
	zusammen	Bund	Länder	Gemein- den ²⁾	Bahn	Post	Mittelbarer öffentl. Dienst	
1970 und jünger	22 975	3 832	14 021	5 122	2 354	12 908	389	10
1969	12 063	2 153	6 899	3 011	1 039	5 001	574	31
1968	14 573	2 532	8 240	3 801	1 078	6 082	767	95
1967	16 177	2 621	9 393	4 163	1 220	7 026	860	248
1966	17 785	2 579	10 667	4 539	1 331	8 107	932	569
1965	20 278	2 738	12 889	4 651	1 526	9 712	917	1 088
1964	23 757	3 134	15 804	4 819	1 948	11 210	902	1 578
1963	27 485	3 514	18 873	5 098	1 937	11 370	885	1 954
1962	30 114	3 661	21 293	5 160	1 857	11 015	933	2 362
1961	33 879	3 961	24 545	5 373	1 965	9 978	1 010	2 683
1960	34 901	3 825	25 630	5 446	2 378	8 565	1 078	2 884
1959	35 857	3 501	26 884	5 472	3 342	7 935	1 085	2 952
1958	37 634	3 554	28 406	5 674	3 743	8 656	1 197	2 772
1957	40 725	3 636	31 089	6 000	4 175	10 243	1 211	2 678
1956	43 480	3 628	33 770	6 082	4 310	11 083	1 383	2 629
1955	46 978	3 554	37 431	5 993	3 988	11 487	1 442	2 600
1954	49 718	3 494	40 746	5 478	3 435	10 424	1 435	2 577
1953	50 148	3 307	42 004	4 837	3 226	9 191	1 352	2 473
1952	51 298	3 184	43 585	4 529	3 468	8 807	1 284	2 395
1951	50 716	3 016	43 524	4 176	3 787	8 286	1 264	2 341
1950	53 328	3 044	45 899	4 385	4 130	8 390	1 226	2 110
1949	54 946	3 150	46 934	4 862	4 593	8 846	1 268	2 210
1948	49 725	2 933	42 325	4 467	4 279	8 524	1 158	2 266
1947	45 072	2 703	38 094	4 275	3 905	8 307	940	2 026
1946	37 563	2 275	31 632	3 656	3 420	7 194	861	2 080
1945	32 489	2 232	27 370	2 887	2 832	6 021	766	2 067
1944	44 920	3 314	37 629	3 977	4 138	7 849	1 086	2 889
1943	44 601	3 740	37 005	3 856	4 450	7 373	1 045	2 966
1942	38 877	3 501	31 927	3 449	4 411	6 540	929	2 479
1941	43 053	4 280	34 704	4 069	5 444	7 686	1 052	2 868
1940	41 918	4 310	33 619	3 989	5 585	8 103	965	2 387
1939	38 478	4 256	30 497	3 725	5 739	8 105	912	844
1938	33 614	4 004	26 247	3 363	5 539	7 334	793	752
1937	28 563	3 626	22 069	2 868	4 727	6 661	672	647
1836	25 691	2 907	20 127	2 657	4 364	6 087	572	380
1935	22 995	2 652	17 951	2 392	3 667	5 372	458	103
1934	19 308	2 151	15 042	2 115	2 716	4 801	388	68
1933	12 433	1 524	9 487	1 422	1 806	3 484	255	18
1932	9 719	1 282	7 345	1 092	1 257	2 956	205	–
1931	8 010	1 060	6 045	905	948	2 073	181	–
1930	5 199	738	3 874	587	707	1 042	124	–
1929 und älter ..	5 731	710	4 365	656	609	788	134	–
Insgesamt ...	1 356 774	125 816	1 065 880	165 078	131 373	320 622	36 890	66 079

1) Ohne Beamte auf Widerruf.

2) Einschl. Gemeindeverbände und kommunale Zweckverbände.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Personalstandstatistik

noch Tabelle B 2.3

Beamte, Richter und Berufssoldaten am 30. Juni 1993 nach Beschäftigungsbereichen
– nach Altersjährgängen (Frauen – Beamte und Richter) –

Altersjährgänge	Beamte ¹⁾ und Richter						
	Gebietskörperschaften				nachrichtlich		
	zusammen	Bund	Länder	Gemeinden ²⁾	Bahn	Post	Mittelbarer öffentl. Dienst
1970 und jünger ...	12 160	1 008	7 441	3 711	1 074	7 407	292
1969	6 050	632	3 419	1 999	332	2 770	407
1968	6 955	720	3 808	2 427	332	3 430	504
1967	7 524	727	4 335	2 462	290	3 673	509
1966	7 970	677	4 737	2 556	229	4 058	536
1965	8 539	697	5 430	2 412	323	4 898	495
1964	9 771	721	6 682	2 368	593	5 806	473
1963	11 360	856	8 009	2 495	585	5 674	474
1962	12 449	923	9 049	2 477	386	5 283	485
1961	13 839	939	10 365	2 535	274	4 366	520
1960	13 736	759	10 706	2 271	229	3 151	480
1959	13 704	611	10 970	2 123	291	2 110	471
1958	14 405	557	11 731	2 117	380	1 975	507
1957	15 824	571	13 150	2 103	479	2 512	474
1956	18 061	633	15 394	2 034	495	3 309	532
1955	20 914	558	18 516	1 840	458	4 086	531
1954	22 052	506	20 111	1 435	444	3 881	462
1953	21 685	470	20 197	1 018	292	3 273	330
1952	21 281	352	20 103	826	190	2 485	281
1951	20 588	317	19 633	638	129	1 997	278
1950	20 977	305	20 043	629	74	1 887	221
1949	20 438	280	19 531	627	108	1 730	204
1948	17 595	230	16 823	542	111	1 520	196
1947	15 162	223	14 467	472	80	1 478	163
1946	12 242	178	11 732	332	64	1 291	148
1945	10 370	185	9 901	284	37	1 120	125
1944	13 281	205	12 705	371	60	1 448	151
1943	12 746	223	12 178	345	38	1 371	149
1942	10 530	203	10 045	282	29	1 147	128
1941	10 970	211	10 427	332	39	1 284	144
1940	9 973	129	9 525	319	31	1 285	100
1939	8 377	123	7 958	296	34	1 083	117
1938	6 834	88	6 475	271	33	839	104
1937	5 394	69	5 127	198	25	736	83
1936	4 688	55	4 432	201	14	622	72
1935	3 892	41	3 674	177	20	556	62
1934	3 037	53	2 851	133	13	487	49
1933	1 909	27	1 776	106	12	303	29
1932	1 493	30	1 382	81	10	271	26
1931	1 098	25	1 014	59	10	173	24
1930	578	12	545	21	2	110	10
1929 und älter	467	19	444	4	8	59	7
Insgesamt ...	470 918	16 148	406 841	47 929	8 657	96 944	11 353

¹⁾ Ohne Beamte auf Widerruf.²⁾ Einschl. Gemeindeverbände und kommunale Zweckverbände.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Personalstandstatistik

noch Tabelle B 2.3

Beamte, Richter und Berufssoldaten am 30. Juni 1993 nach Beschäftigungsbereichen
– nach Altersjährgängen (Männer – Beamte und Richter) –

Altersjährgänge	Beamte ¹⁾ und Richter						
	Gebietskörperschaften				nachrichtlich		
	zusammen	Bund	Länder	Gemeinden ²⁾	Bahn	Post	Mittelbarer öffentl. Dienst
1970 und jünger ...	10 815	2 824	6 580	1 411	1 280	5 501	97
1969	6 013	1 521	3 480	1 012	707	2 231	167
1968	7 618	1 812	4 432	1 374	746	2 652	263
1967	8 653	1 894	5 058	1 701	930	3 353	351
1966	9 815	1 902	5 930	1 983	1 102	4 049	396
1965	11 739	2 041	7 459	2 239	1 203	4 814	422
1964	13 986	2 413	9 122	2 451	1 355	5 404	429
1963	16 125	2 658	10 864	2 603	1 352	5 696	411
1962	17 665	2 738	12 244	2 683	1 471	5 732	448
1961	20 040	3 022	14 180	2 838	1 691	5 612	490
1960	21 165	3 066	14 924	3 175	2 149	5 414	598
1959	22 153	2 890	15 914	3 349	3 051	5 825	614
1958	23 229	2 997	16 675	3 557	3 363	6 681	690
1957	24 901	3 065	17 939	3 897	3 696	7 731	737
1956	25 419	2 995	18 376	4 048	3 815	7 774	851
1955	26 064	2 996	18 915	4 153	3 530	7 401	911
1954	27 666	2 988	20 635	4 043	2 991	6 543	973
1953	28 463	2 837	21 807	3 819	2 934	5 918	1 022
1952	30 017	2 832	23 482	3 703	3 278	6 322	1 003
1951	30 128	2 699	23 891	3 538	3 658	6 289	986
1950	32 351	2 739	25 856	3 756	4 056	6 503	1 005
1949	34 508	2 870	27 403	4 235	4 485	7 116	1 064
1948	32 130	2 703	25 502	3 925	4 168	7 004	962
1947	29 910	2 480	23 627	3 803	3 825	6 829	777
1946	25 321	2 097	19 900	3 324	3 356	5 903	713
1945	22 119	2 047	17 469	2 603	2 795	4 901	641
1944	31 639	3 109	24 924	3 606	4 078	6 401	935
1943	31 855	3 517	24 827	3 511	4 412	6 002	896
1942	28 347	3 298	21 882	3 167	4 382	5 393	801
1941	32 083	4 069	24 277	3 737	5 405	6 402	908
1940	31 945	4 181	24 094	3 670	5 554	6 818	865
1939	30 101	4 133	22 539	3 429	5 705	7 022	795
1938	26 780	3 916	19 772	3 092	5 506	6 495	689
1937	23 169	3 557	16 942	2 670	4 702	5 925	589
1936	21 003	2 852	15 695	2 456	4 350	5 465	500
1935	19 103	2 611	14 277	2 215	3 647	4 816	396
1934	16 271	2 098	12 191	1 982	2 703	4 314	339
1933	10 524	1 497	7 711	1 316	1 794	3 181	226
1932	8 226	1 252	5 963	1 011	1 247	2 685	179
1931	6 912	1 035	5 031	846	938	1 900	157
1930	4 621	726	3 329	566	705	932	114
1929 und älter	5 264	691	3 921	652	601	729	127
Insgesamt ...	885 856	109 668	659 039	117 149	122 716	223 678	25 537

1) Ohne Beamte auf Widerruf.

2) Einschl. Gemeindeverbände und kommunale Zweckverbände.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Personalstandstatistik

Tabelle B 3

**Beamte und Richter der Gebietskörperschaften am 30. Juni 1993
nach Aufgabenbereichen und Besoldungsgruppen**

Laufbahngruppen/ Besoldungsgruppen	Beamte ¹⁾ und Richter					
	Insgesamt	Beamte im Schuldienst	Hochschul- lehrer	Beamte im Vollzugs- dienst	Beamte in sonstigen Bereichen	Richter und Staats- anwälte
Höherer Dienst						
B 11–B 5, R 10–R 5	2 894	9	–	12	2 357	516
B 4–B 1, R 4, R 3, C 4	17 633	42	9 775	91	6 483	1 242
A 16 + Amtszulage, A 16, R 2, C 3	30 656	3 324	11 634	823	8 878	5 997
A 15, R 1, C 2	73 539	26 346	8 833	1 107	22 012	15 241
A 14, C 1	102 587	70 505	5 988	1 676	24 418	–
A 13	90 506	71 212	–	1 549	17 745	–
Zusammen ...	317 815	171 438	36 230	5 258	81 893	22 996
Gehobener Dienst						
A 16 „L“–A 13 „L“	105 690	105 166	–	124	400	–
A 14 „S“, A 13 „S“ + Amtszulage	2 332	1 015	–	59	1 258	–
A 13 „S“	35 143	7 789	–	3 271	24 083	–
A 12	246 534	193 949	–	8 108	44 477	–
A 11	97 055	13 388	–	14 893	68 774	–
A 10	78 997	11 031	–	16 974	50 992	–
A 9	44 909	4 153	–	9 197	31 559	–
Zusammen ...	610 660	336 491	–	52 626	221 543	–
Mittlerer Dienst						
A 10 „S“, A 9 „S“ + Amtszulage .	25 779	–	–	13 299	12 480	–
A 9 „S“	80 225	–	–	51 170	29 055	–
A 8	113 110	–	–	64 565	48 545	–
A 7	95 339	–	–	54 271	41 068	–
A 6	19 041	–	–	4 190	14 851	–
A 5	18 281	–	–	1 625	16 656	–
Zusammen ...	351 775	–	–	189 120	162 655	–
Einfacher Dienst						
A 6 „S“, A 5 „S“ + Amtszulage ..	2 989	–	–	47	2 942	–
A 5 „S“	5 505	–	–	70	5 435	–
A 4–A 1	4 609	–	–	110	4 499	–
Zusammen ...	13 103	–	–	227	12 876	–
Insgesamt ...	1 293 353	507 929	36 230	247 231	478 967	22 996

¹⁾ Ohne Beamte auf Widerruf, ohne Beurlaubte.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Personalstatistik

Tabelle B 4

**Entwicklung der Zahl der Versorgungsempfänger (ehemalige Beamte, Richter und Berufssoldaten)
von 1970 bis 1994 nach Beschäftigungsbereichen und Versorgungsart*)**

– in 1 000 –

Jahr	Beamte und Richter							Berufs- soldaten
	Gebietskörperschaften				nachrichtlich			
	zusammen	Bund	Länder	Gemein- den ¹⁾	Bahn ²⁾	Post ²⁾	Mittel- barer ^{2) 3)} öffentl. Dienst	
	Insgesamt							
1970 ⁴⁾	506,5	38,5	356,0	112,0	284,3	165,1	9,4	23,3
1975	553,8	44,4	395,4	114,0	283,8	172,5	10,0	27,2
1980	573,9	51,9	411,8	110,2	286,8	172,7	11,1	35,9
1985	583,8	54,1	424,0	105,7	271,1	169,1	11,8	42,9
1990	602,9	58,5	441,9	102,5	253,7	176,8	12,5	51,7
1991	608,8	59,3	446,8	102,7	251,0	179,1	12,7	54,3
1992	613,1	60,4	449,8	102,9	247,9	182,1	13,1	57,0
1993	619,6	60,9	455,3	103,4	244,5	184,6	13,3	62,6
1994	628,0	62,9	461,3	103,8 ⁵⁾	244,3	187,3	17,5 ⁶⁾	68,9
	Ruhehaltsempfänger							
1970 ⁴⁾	274,0	21,0	196,0	57,0	141,0	89,0	4,9	21,7
1975	297,5	24,0	215,5	58,0	138,6	89,1	5,0	22,1
1980	309,1	27,5	226,3	55,3	149,7	91,5	5,6	28,6
1985	317,9	27,9	236,8	53,2	142,8	92,6	6,3	32,7
1990	343,4	31,2	257,8	54,4	136,6	105,4	7,0	38,7
1991	350,3	31,9	263,5	54,9	135,9	108,7	7,1	40,6
1992	357,2	33,0	268,8	55,4	134,8	112,6	7,3	42,9
1993	364,8	33,8	274,7	56,3	133,3	115,8	7,3	47,9
1994	373,5	35,3	280,1	58,1 ⁵⁾	133,2	119,5	9,6 ⁶⁾	53,4
	Witwen-/Witwergeldempfänger							
1970 ⁴⁾	214,0	16,0	147,0	51,0	138,0	73,0	4,2	1,0
1975	229,5	18,4	160,1	51,0	135,1	76,6	4,6	2,9
1980	236,2	21,4	164,6	50,2	127,2	74,1	5,0	4,8
1985	237,3	23,4	165,9	48,0	119,9	70,1	5,0	7,7
1990	233,6	24,9	164,1	44,6	111,3	66,2	5,1	11,1
1991	233,1	25,1	163,5	44,5	109,6	65,4	5,2	11,9
1992	231,7	25,2	162,2	44,3	107,9	64,7	5,4	12,4
1993	231,1	25,0	161,9	44,2	106,3	64,1	5,5	13,1
1994	230,3	25,4	162,0	42,9 ⁵⁾	106,1	63,2	7,4 ⁶⁾	14,0
	Waisengeldempfänger							
1970 ⁴⁾	18,5	1,5	13,0	4,0	5,3	3,1	0,3	0,6
1975	26,8	2,0	19,8	5,0	10,1	6,8	0,4	2,2
1980	28,6	3,0	20,9	4,7	9,9	7,1	0,5	2,5
1985	28,6	2,9	21,3	4,4	8,4	6,4	0,5	2,5
1990	25,8	2,4	20,0	3,4	5,8	5,2	0,4	1,9
1991	25,3	2,2	19,8	3,3	5,5	5,0	0,4	1,8
1992	24,2	2,2	18,8	3,2	5,2	4,8	0,4	1,7
1993	23,8	2,1	18,8	2,9	4,9	4,7	0,5	1,6
1994	24,2	2,2	19,2	2,8 ⁵⁾	5,0	4,5	0,5 ⁶⁾	1,6

*) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. – Gebietsstand früheres Bundesgebiet; die Angaben für die Versorgungsempfänger des Bundes beziehen sich ab 1991 auf den Gebietsstand Deutschland.

¹⁾ Einschl. Gemeindeverbände und kommunale Zweckverbände.

²⁾ Einschl. Versorgungsempfänger nach Kap. I G 131.

³⁾ Ab 1994 einschl. Deutsche Bundesbank.

⁴⁾ Teilweise geschätzt.

⁵⁾ Eine Gemeinde hat keine Einzeldatensätze geliefert. Die vollständigen Ergebnisse sind nur in dieser Tabelle enthalten.

⁶⁾ Ein Teil des mittelbaren öffentlichen Dienstes ist nur mit verkürztem Erhebungsprogramm zu erfassen. Die vollständigen Ergebnisse sind nur in dieser Tabelle enthalten.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Versorgungsempfängerstatistik

Tabelle B 5.1

**Versorgungsempfänger (ehemalige Beamte, Richter und Berufssoldaten) am 1. Januar 1994
nach Beschäftigungsbereichen und Versorgungsart**

– nach Besoldungsgruppen (insgesamt) –

Laufbahngruppen/ Besoldungsgruppen	Beamte und Richter							Berufs- soldaten
	Gebietskörperschaften				nachrichtlich			
	zusam- men	Bund	Länder	Gemein- den ¹⁾	Bahn	Post	Mittel- barer öffentl. Dienst	
Höherer Dienst								
B 11–B 5, R 10–R 5	5 197	1 815	2 240	1 142	112	118	141	905
B 4–B 1, R 4, R 3, C 4	15 043	2 641	10 058	2 344	329	313	269	1 417
A 16+ Amtszulage, A 16, R 2, C 3	26 750	1 870	21 359	3 521	405	355	703	1 962
A 15, R 1, C 2	47 131	3 962	35 958	7 211	1 112	649	1 313	5 286
A 14, C 1	48 161	2 198	38 261	7 702	879	635	1 128	6 859
A 13	23 050	227	20 003	2 820	81	68	265	463
Zusammen . . .	165 332	12 713	127 879	24 740	2 918	2 138	3 819	16 892
Gehobener Dienst								
A 16 „L“, A 13 „L“	43 905	–	43 874	31	–	–	–	–
A 14 „S“, A 13 „S“+ Amtszulage	1 275	30	1 115	130	66	–	1	1
A 13 „S“	36 997	6 561	22 313	8 123	4 519	5 666	1 596	1 697
A 12	106 299	5 244	88 136	12 919	5 785	5 515	2 315	4 313
A 11	45 901	5 527	27 697	12 677	6 807	5 528	3 060	8 897
A 10	31 030	3 314	18 492	9 224	6 467	6 028	2 593	539
A 9	17 214	180	16 378	656	467	238	228	108
Zusammen . . .	282 621	20 856	218 005	43 760	24 111	22 975	9 793	15 555
Mittlerer Dienst								
A 10 „S“, A 9 „S“+ Amtszulage .	25 386	3 647	19 338	2 401	6 741	7 758	122	4 593
A 9 „S“	52 316	7 654	35 776	8 886	23 636	15 848	576	17 536
A 8	39 888	8 385	25 192	6 311	42 191	25 109	588	12 292
A 7	25 034	3 900	15 318	5 816	58 580	16 769	369	1 668
A 6	12 530	2 266	7 102	3 162	24 739	8 685	274	78
A 5	2 981	135	2 514	332	3 374	356	30	53
Zusammen . . .	158 135	25 987	105 240	26 908	159 261	74 525	1 959	36 220
Einfacher Dienst								
A 6 „S“, A 5 „S“+ Amtszulage	2 113	374	1 666	73	676	35 946	19	3
A 5 „S“	5 170	1 437	2 597	1 136	22 425	7 262	48	3
A 4–A 1	4 846	1 135	2 558	1 153	34 719	44 474	93	–
Zusammen . . .	12 129	2 946	6 821	2 362	57 820	87 682	160	6
Sonstige	7 703	353	3 315	4 035	217	–	200	265
Insgesamt . . .	625 920	62 855	461 260	101 805	244 327	187 320	15 931	68 938

¹⁾ Einschl. Gemeindeverbände und kommunale Zweckverbände.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Versorgungsempfängerstatistik

noch Tabelle B 5.1

Versorgungsempfänger (ehemalige Beamte, Richter und Berufssoldaten) am 1. Januar 1994
nach Beschäftigungsbereichen und Versorgungsart
– nach Besoldungsgruppen (Empfänger von Ruhegehalt) –

Laufbahngruppen/ Besoldungsgruppen	Beamte und Richter							Berufs- soldaten
	Gebietskörperschaften				nachrichtlich			
	zusam- men	Bund	Länder	Gemein- den ¹⁾	Bahn	Post	Mittel- barer öffentl. Dienst	
Höherer Dienst								
B 11–B 5, R 10–R 5	3 398	1 162	1 435	801	65	58	86	669
B 4–B 1, R 4, R 3, C 4	9 316	1 777	5 932	1 607	211	208	161	1 127
A 16+ Amtszulage, A 16, R 2, C 3	17 579	1 165	13 973	2 441	214	212	484	1 388
A 15, R 1, C 2	31 221	2 547	23 596	5 078	635	390	853	4 193
A 14, C 1	28 406	994	23 008	4 404	303	342	478	5 269
A 13	14 932	114	13 139	1 679	7	25	107	399
Zusammen ...	104 852	7 759	81 083	16 010	1 435	1 235	2 169	13 045
Gehobener Dienst								
A 16 „L“–A 13 „L“	29 024	–	28 999	25	–	–	–	–
A 14 „S“, A 13 „S“+ Amtszulage	831	28	708	95	66	–	1	1
A 13 „S“	26 225	4 586	15 640	5 999	3 261	4 587	1 199	1 052
A 12	70 967	3 189	59 464	8 314	3 800	3 953	1 531	3 528
A 11	27 048	3 014	17 000	7 034	3 791	3 619	1 863	7 498
A 10	11 241	977	7 553	2 711	1 865	3 251	722	245
A 9	10 095	47	9 812	236	56	37	78	24
Zusammen ...	175 431	11 841	139 176	24 414	12 839	15 447	5 394	12 348
Mittlerer Dienst								
A 10 „S“, A 9 „S“+ Amtszulage	21 179	3 181	15 944	2 054	6 119	7 155	115	3 794
A 9 „S“	31 546	4 815	21 160	5 571	16 868	12 095	385	15 645
A 8	18 940	4 407	11 565	2 968	27 922	17 985	361	7 740
A 7	8 305	1 237	4 544	2 524	35 086	11 311	131	648
A 6	2 760	341	1 711	708	8 338	4 892	50	47
A 5	1 050	52	890	108	671	138	12	30
Zusammen ...	83 780	14 033	55 814	13 933	95 004	53 576	1 054	27 904
Einfacher Dienst								
A 6 „S“, A 5 „S“+ Amtszulage	1 485	307	1 140	38	635	29 147	10	1
A 5 „S“	2 877	879	1 499	499	11 940	3 337	28	3
A 4–A 1	1 157	413	539	205	11 362	16 801	17	–
Zusammen ...	5 519	1 599	3 178	742	23 937	49 285	55	4
Sonstige	2 805	70	846	1 889	26	–	37	62
Insgesamt ...	372 387	35 302	280 097	56 988	133 241	119 543	8 709	53 363

¹⁾ Einschl. Gemeindeverbände und kommunale Zweckverbände.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Versorgungsempfängerstatistik

noch Tabelle B 5.1

**Versorgungsempfänger (ehemalige Beamte, Richter und Berufssoldaten) am 1. Januar 1994
nach Beschäftigungsbereichen und Versorgungsart**

– nach Besoldungsgruppen (Empfänger von Hinterbliebenenbezügen) –

Laufbahngruppen/ Besoldungsgruppen	Beamte und Richter							Berufs- soldaten
	Gebietskörperschaften				nachrichtlich			
	zusam- men	Bund	Länder	Gemein- den ¹⁾	Bahn	Post	Mittel- barer öffentl. Dienst	
Höherer Dienst								
B 11–B 5, R 10–R 5	1 799	653	805	341	47	60	55	236
B 4–B 1, R 4, R 3, C 4	5 727	864	4 126	737	118	105	108	290
A 16+ Amtszulage, A 16, R 2, C 3	9 171	705	7 386	1 080	191	143	219	574
A 15, R 1, C 2	15 910	1 415	12 362	2 133	477	259	460	1 093
A 14, C 1	19 755	1 204	15 253	3 298	576	293	650	1 590
A 13	8 118	113	6 864	1 141	74	43	158	64
Zusammen ...	60 480	4 954	46 796	8 730	1 483	903	1 650	3 847
Gehobener Dienst								
A 16 „L“-A 13 „L“	14 881	–	14 875	6	–	–	–	–
A 14 „S“, A 13 „S“+ Amtszulage	444	2	407	35	–	–	–	–
A 13 „S“	10 772	1 975	6 673	2 124	1 258	1 079	397	645
A 12	35 332	2 055	28 672	4 605	1 985	1 562	784	785
A 11	18 853	2 513	10 697	5 643	3 016	1 909	1 197	1 399
A 10	19 789	2 337	10 939	6 513	4 602	2 777	1 871	294
A 9	7 119	133	6 566	420	411	201	150	84
Zusammen ...	107 190	9 015	78 829	19 346	11 272	7 528	4 399	3 207
Mittlerer Dienst								
A 10 „S“, A 9 „S“+ Amtszulage	4 207	466	3 394	347	622	603	7	799
A 9 „S“	20 770	2 839	14 616	3 315	6 768	3 753	191	1 891
A 8	20 948	3 978	13 627	3 343	14 269	7 124	227	4 552
A 7	16 729	2 663	10 774	3 292	23 494	5 458	238	1 020
A 6	9 770	1 925	5 391	2 454	16 401	3 793	224	31
A 5	1 931	83	1 624	224	2 703	218	18	23
Zusammen ...	74 355	11 954	49 426	12 975	64 257	20 949	905	8 316
Einfacher Dienst								
A 6 „S“, A 5 „S“+ Amtszulage	628	67	526	35	41	6 799	9	2
A 5 „S“	2 293	558	1 098	637	10 485	3 925	20	–
A 4–A 1	3 689	722	2 019	948	23 357	27 673	76	–
Zusammen ...	6 610	1 347	3 643	1 620	33 883	38 397	105	2
Sonstige	4 898	283	2 469	2 146	191	–	163	203
Insgesamt ...	253 533	27 553	181 163	44 817	111 086	67 777	7 222	15 575

¹⁾ Einschl. Gemeindeverbände und kommunale Zweckverbände.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Versorgungsempfängerstatistik

Tabelle B 5.2

**Versorgungsempfänger (ehemalige Beamte, Richter und Berufssoldaten) am 1. Januar 1994
nach Beschäftigungsbereichen und Versorgungsart**

– nach Laufbahngruppen (Männer und Frauen) –

Art der Versorgung/ Laufbahngruppen	Beamte und Richter							Berufs- soldaten
	Gebietskörperschaften				nachrichtlich			
	zusammen	Bund	Länder	Gemein- den ¹⁾	Bahn	Post	Mittelbarer öffentl. Dienst	
Insgesamt								
Höherer Dienst . . .	165 332	12 713	127 879	24 740	2 918	2 138	3 819	16 892
Gehobener Dienst . .	282 621	20 856	218 005	43 760	24 111	22 975	9 793	15 555
Mittlerer Dienst . . .	158 135	25 987	105 240	26 908	159 261	74 525	1 959	36 220
Einfacher Dienst . . .	12 129	2 946	6 821	2 362	57 820	87 682	160	6
Sonstige	7 703	353	3 315	4 035	217	–	200	265
Insgesamt . . .	625 920	62 855	461 260	101 805	244 327	187 320	15 931	68 938
Empfänger von Ruhegehalt								
Höherer Dienst . . .	104 852	7 759	81 083	16 010	1 435	1 235	2 169	13 045
Gehobener Dienst . .	175 431	11 841	139 176	24 414	12 839	15 447	5 394	12 348
Mittlerer Dienst . . .	83 780	14 033	55 814	13 933	95 004	53 576	1 054	27 904
Einfacher Dienst . . .	5 519	1 599	3 178	742	23 937	49 285	55	4
Sonstige	2 805	70	846	1 889	26	–	37	62
Zusammen . . .	372 387	35 302	280 097	56 988	133 241	119 543	8 709	53 363
Empfänger von Witwen-/Witwergeld								
Höherer Dienst . . .	52 848	4 343	40 465	8 040	1 404	813	1 539	3 430
Gehobener Dienst . .	95 836	8 292	69 474	18 070	10 711	6 849	4 080	2 708
Mittlerer Dienst . . .	70 092	11 188	46 493	12 411	61 233	19 265	862	7 677
Einfacher Dienst . . .	6 265	1 267	3 440	1 558	32 527	36 305	98	2
Sonstige	4 406	267	2 099	2 040	183	–	161	190
Zusammen . . .	229 447	25 357	161 971	42 119	106 058	63 232	6 740	14 007
Empfänger von Waisengeld								
Höherer Dienst . . .	7 632	611	6 331	690	79	90	111	417
Gehobener Dienst . .	11 354	723	9 355	1 276	561	679	319	499
Mittlerer Dienst . . .	4 263	766	2 933	564	3 024	1 684	43	639
Einfacher Dienst . . .	345	80	203	62	1 356	2 092	7	–
Sonstige	492	16	370	106	8	–	2	13
Zusammen . . .	24 086	2 196	19 192	2 698	5 028	4 545	482	1 568

¹⁾ Einschl. Gemeindeverbände und kommunale Zweckverbände.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Versorgungsempfängerstatistik

noch Tabelle B 5.2

Versorgungsempfänger (ehemalige Beamte, Richter und Berufssoldaten) am 1. Januar 1994
nach Beschäftigungsbereichen und Versorgungsart
 – nach Laufbahngruppen (Männer) –

Art der Versorgung/ Laufbahngruppen	Beamte und Richter							Berufs- soldaten
	Gebietskörperschaften				nachrichtlich			
	zusammen	Bund	Länder	Gemein- den ¹⁾	Bahn	Post	Mittelbarer öffentl. Dienst	
Insgesamt								
Höherer Dienst ...	90 011	7 866	67 116	15 029	1 480	1 252	1 958	13 263
Gehobener Dienst .	132 702	12 021	98 101	22 580	13 067	14 503	5 016	12 650
Mittlerer Dienst ...	81 807	14 342	54 410	13 055	95 178	35 203	1 005	28 254
Einfacher Dienst ..	5 637	1 633	3 250	754	24 445	46 709	57	4
Sonstige	2 671	72	872	1 727	27	–	37	68
Insgesamt ...	312 828	35 934	223 749	53 145	134 197	97 667	8 073	54 239
Empfänger von Ruhegehalt								
Höherer Dienst ...	85 273	7 494	63 112	14 667	1 423	1 204	1 888	13 018
Gehobener Dienst .	123 830	11 570	90 375	21 885	12 710	14 105	4 818	12 337
Mittlerer Dienst ...	79 185	13 856	52 608	12 721	93 303	33 666	980	27 881
Einfacher Dienst ..	5 453	1 585	3 140	728	23 717	45 435	52	4
Sonstige	2 393	59	665	1 669	25	–	17	59
Zusammen ...	296 134	34 564	209 900	51 670	131 178	94 410	7 755	53 299
Empfänger von Witwen-/Witwergeld								
Höherer Dienst ...	786	28	706	52	15	1	15	20
Gehobener Dienst .	2 943	39	2 805	99	67	24	33	12
Mittlerer Dienst ...	472	43	351	78	473	634	4	45
Einfacher Dienst ..	16	3	6	7	182	157	2	–
Sonstige	24	2	10	12	1	–	19	3
Zusammen ...	4 241	115	3 878	248	738	816	73	80
Empfänger von Waisengeld								
Höherer Dienst ...	3 952	344	3 298	310	42	47	55	225
Gehobener Dienst .	5 929	412	4 921	596	290	374	165	301
Mittlerer Dienst ...	2 150	443	1 451	256	1 402	903	21	328
Einfacher Dienst ..	168	45	104	19	546	1 117	3	–
Sonstige	254	11	197	46	1	–	1	6
Zusammen ...	12 453	1 255	9 971	1 227	2 281	2 441	245	860

1) Einschl. Gemeindeverbände und kommunale Zweckverbände.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Versorgungsempfängerstatistik

noch Tabelle B 5.2

Versorgungsempfänger (ehemalige Beamte, Richter und Berufssoldaten) am 1. Januar 1994
nach Beschäftigungsbereichen und Versorgungsart
 – nach Laufbahngruppen (Frauen) –

Art der Versorgung/ Laufbahngruppen	Beamte und Richter							Berufs- soldaten
	Gebietskörperschaften				nachrichtlich			
	zusammen	Bund	Länder	Gemein- den ¹⁾	Bahn	Post	Mittelbarer öffentl. Dienst	
Insgesamt								
Höherer Dienst . . .	75 321	4 847	60 763	9 711	1 438	886	1 861	3 629
Gehobener Dienst . .	149 919	8 835	119 904	21 180	11 044	8 472	4 777	2 905
Mittlerer Dienst . . .	76 328	11 645	50 830	13 853	64 083	39 322	954	7 966
Einfacher Dienst . . .	6 492	1 313	3 571	1 608	33 375	40 973	103	2
Sonstige	5 032	281	2 443	2 308	190	–	163	197
Insgesamt . . .	313 092	26 921	237 511	48 660	110 130	89 653	7 858	14 699
Empfänger von Ruhegehalt								
Höherer Dienst . . .	19 579	265	17 971	1 343	12	31	281	27
Gehobener Dienst . .	51 601	271	48 801	2 529	129	1 342	576	11
Mittlerer Dienst . . .	4 595	177	3 206	1 212	1 701	19 910	74	23
Einfacher Dienst . . .	66	14	38	14	220	3 850	3	–
Sonstige	412	11	181	220	1	–	20	3
Zusammen . . .	76 253	738	70 197	5 318	2 063	25 133	954	64
Empfänger von Witwen-/Witwergeld								
Höherer Dienst . . .	52 062	4 315	39 759	7 988	1 389	812	1 524	3 410
Gehobener Dienst . .	92 893	8 253	66 669	17 971	10 644	6 825	4 047	2 696
Mittlerer Dienst . . .	69 620	11 145	46 142	12 333	60 760	18 631	858	7 632
Einfacher Dienst . . .	6 249	1 264	3 434	1 551	32 345	36 148	96	2
Sonstige	4 382	265	2 089	2 028	182	–	142	187
Zusammen . . .	225 206	25 242	158 093	41 871	105 320	62 416	6 667	13 927
Empfänger von Waisengeld								
Höherer Dienst . . .	3 680	267	3 033	380	37	43	56	192
Gehobener Dienst . .	5 425	311	4 434	680	271	305	154	198
Mittlerer Dienst . . .	2 113	323	1 482	308	1 622	781	22	311
Einfacher Dienst . . .	177	35	99	43	810	975	4	–
Sonstige	238	5	173	60	7	–	1	7
Zusammen . . .	11 633	941	9 221	1 471	2 747	2 104	237	708

1) Einschl. Gemeindeverbände und kommunale Zweckverbände.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Versorgungsempfängerstatistik

Tabelle B 6.1

**Versorgungsempfänger (ehemalige Beamte und Richter) der Gebietskörperschaften am 1. Januar 1994
nach Aufgabenbereichen und Versorgungsart**

– nach Besoldungsgruppen (insgesamt) –

Laufbahngruppen/ Besoldungsgruppen	Beamte und Richter					
	Insgesamt	Beamte im Schuldienst	Hochschul- lehrer	Beamte im Vollzugs- dienst	Beamte in sonstigen Bereichen	Richter und Staats- anwälte
Höherer Dienst						
B 11–B 5, R 10–R 5	5 197	16	–	26	4 588	567
B 4–B 1, R 4, R 3, C 4	15 043	174	4 956	101	8 385	1 427
A 16 + Amtszulage, A 16, R 2, C 3	26 750	4 299	5 750	288	13 149	3 264
A 15, R 1, C 2	47 131	16 183	1 692	688	25 736	2 832
A 14, C 1	48 161	25 410	192	401	22 158	–
A 13	23 050	15 758	–	975	6 317	–
Zusammen . . .	165 332	61 840	12 590	2 479	80 333	8 090
Gehobener Dienst						
A 16 „L“–A 13 „L“	43 905	43 905	–	–	–	–
A 14 „S“, A 13 „S“ + Amtszulage	1 275	540	–	50	685	–
A 13 „S“	36 997	4 785	–	2 265	29 947	–
A 12	106 299	62 219	–	3 920	40 160	–
A 11	45 901	2 738	–	7 083	36 080	–
A 10	31 030	1 548	–	4 304	25 178	–
A 9	17 214	222	–	13 449	3 543	–
Zusammen . . .	282 621	115 957	–	31 071	135 593	–
Mittlerer Dienst						
A 10 „S“, A 9 „S“ + Amtszulage	25 386	–	–	11 504	13 882	–
A 9 „S“	52 316	–	–	21 960	30 356	–
A 8	39 888	–	–	14 508	25 380	–
A 7	25 034	–	–	8 353	16 681	–
A 6	12 530	–	–	3 246	9 284	–
A 5	2 981	–	–	523	2 458	–
Zusammen . . .	158 135	–	–	60 094	98 041	–
Einfacher Dienst						
A 6 „S“, A 5 „S“ + Amtszulage . .	2 113	–	–	228	1 885	–
A 5 „S“	5 170	–	–	250	4 920	–
A 4–A 1	4 846	–	–	145	4 701	–
Zusammen . . .	12 129	–	–	623	11 506	–
Sonstige	7 703	–	–	405	7 298	–
Insgesamt . . .	625 920	177 797	12 590	94 672	332 771	8 090

Quelle: Statistisches Bundesamt, Versorgungsempfängerstatistik

noch Tabelle B 6.1

**Versorgungsempfänger (ehemalige Beamte und Richter) der Gebietskörperschaften am 1. Januar 1994
nach Aufgabenbereichen und Versorgungsart**

– nach Besoldungsgruppen (Empfänger von Ruhegehalt) –

Laufbahngruppen/ Besoldungsgruppen	Beamte und Richter					
	Insgesamt	Beamte im Schuldienst	Hochschul- lehrer	Beamte im Vollzugs- dienst	Beamte in sonstigen Bereichen	Richter und Staats- anwälte
Höherer Dienst						
B 11–B 5, R 10–R 5	3 398	10	–	14	2 946	428
B 4–B 1, R 4, R 3, C 4	9 316	117	2 578	67	5 442	1 112
A 16 + Amtszulage, A 16, R 2, C 3	17 579	2 862	4 178	202	8 034	2 303
A 15, R 1, C 2	31 221	12 335	1 022	488	15 975	1 401
A 14, C 1	28 406	17 094	40	186	11 086	–
A 13	14 932	10 693	–	636	3 603	–
Zusammen ...	104 852	43 111	7 818	1 593	47 086	5 244
Gehobener Dienst						
A 16 „L“–A 13 „L“	29 024	29 024	–	–	–	–
A 14 „S“, A 13 „S“ + Amtszulage	831	372	–	19	440	–
A 13 „S“	26 225	2 930	–	1 805	21 490	–
A 12	70 967	42 905	–	2 852	25 210	–
A 11	27 048	2 291	–	5 118	19 639	–
A 10	11 241	1 246	–	2 792	7 203	–
A 9	10 095	149	–	8 329	1 617	–
Zusammen ...	175 431	78 917	–	20 915	75 599	–
Mittlerer Dienst						
A 10 „S“, A 9 „S“ + Amtszulage .	21 179	–	–	9 568	11 611	–
A 9 „S“	31 546	–	–	12 979	18 567	–
A 8	18 940	–	–	6 584	12 356	–
A 7	8 305	–	–	2 502	5 803	–
A 6	2 760	–	–	861	1 899	–
A 5	1 050	–	–	140	910	–
Zusammen ...	83 780	–	–	32 634	51 146	–
Einfacher Dienst						
A 6 „S“, A 5 „S“ + Amtszulage ..	1 485	–	–	161	1 324	–
A 5 „S“	2 877	–	–	89	2 788	–
A 4–A1	1 157	–	–	29	1 128	–
Zusammen ...	5 519	–	–	279	5 240	–
Sonstige	2 805	–	–	16	2 789	–
Insgesamt ...	372 387	122 028	7 818	55 437	181 860	5 244

Quelle: Statistisches Bundesamt, Versorgungsempfängerstatistik

noch Tabelle B 6.1

**Versorgungsempfänger (ehemalige Beamte und Richter) der Gebietskörperschaften am 1. Januar 1994
nach Aufgabenbereichen und Versorgungsart**

– nach Besoldungsgruppen (Empfänger von Hinterbliebenenbezügen) –

Laufbahngruppen/ Besoldungsgruppen	Beamte und Richter					
	Insgesamt	Beamte im Schuldiens	Hochschul- lehrer	Beamte im Vollzugs- dienst	Beamte in sonstigen Bereichen	Richter und Staats- anwälte
Höherer Dienst						
B 11–B 5, R 10–R 5	1 799	6	–	12	1 642	139
B 4–B 1, R 4, R 3, C 4	5 727	57	2 378	34	2 943	315
A 16+ Amtszulage, A 16, R 2, C 3	9 171	1 437	1 572	86	5 115	961
A 15, R 1, C 2	15 910	3 848	670	200	9 761	1 431
A 14, C 1	19 755	8 316	152	215	11 072	–
A 13	8 118	5 065	–	339	2 714	–
Zusammen . . .	60 480	18 729	4 772	886	33 247	2 846
Gehobener Dienst						
A 16 „L“–A 13 „L“	14 881	14 881	–	–	–	–
A 14 „S“, A 13 „S“+ Amtszulage	444	168	–	31	245	–
A 13 „S“	10 772	1 855	–	460	8 457	–
A 12	35 332	19 314	–	1 068	14 950	–
A 11	18 853	447	–	1 965	18 441	–
A 10	19 789	302	–	1 512	17 975	–
A 9	7 119	73	–	5 120	1 926	–
Zusammen . . .	107 190	37 040	–	10 156	59 994	–
Mittlerer Dienst						
A 10 „S“, A 9 „S“+ Amtszulage .	4 207	–	–	1 936	2 271	–
A 9 „S“	20 770	–	–	8 981	11 789	–
A 8	20 948	–	–	7 924	13 024	–
A 7	16 729	–	–	5 851	10 878	–
A 6	9 770	–	–	2 385	7 385	–
A 5	1 931	–	–	383	1 548	–
Zusammen . . .	74 355	–	–	27 460	46 895	–
Einfacher Dienst						
A 6 „S“, A 5 „S“+ Amtszulage . .	628	–	–	67	561	–
A 5 „S“	2 293	–	–	161	2 132	–
A 4–A1	3 689	–	–	116	3 573	–
Zusammen . . .	6 610	–	–	344	6 266	–
Sonstige	4 898	–	–	389	4 509	–
Insgesamt . . .	253 533	55 769	4 772	39 235	150 911	2 846

Quelle: Statistisches Bundesamt, Versorgungsempfängerstatistik

Tabelle B 6.2

**Versorgungsempfänger (ehemalige Beamte und Richter) der Gebietskörperschaften am 1. Januar 1994
nach Aufgabenbereichen und Versorgungsart
– nach Laufbahngruppen (Männer und Frauen) –**

Art der Versorgung/ Laufbahngruppen	Beamte und Richter					
	Insgesamt	Beamte im Schuldienst	Hochschul- lehrer	Beamte im Vollzugsdienst	Beamte in sonstigen Bereichen	Richter und Staats- anwälte
Insgesamt						
Höherer Dienst	165 332	61 840	12 590	2 479	80 333	8 090
Gehobener Dienst	282 621	115 957	–	31 071	135 593	–
Mittlerer Dienst	158 135	–	–	60 094	98 041	–
Einfacher Dienst	12 129	–	–	623	11 506	–
Sonstige	7 703	–	–	405	7 298	–
Insgesamt	625 920	177 797	12 590	94 672	332 771	8 090
Empfänger von Ruhegehalt						
Höherer Dienst	104 852	43 111	7 818	1 593	47 086	5 244
Gehobener Dienst	175 431	78 917	–	20 915	75 599	–
Mittlerer Dienst	83 780	–	–	32 634	51 146	–
Einfacher Dienst	5 519	–	–	279	5 240	–
Sonstige	2 805	–	–	16	2 789	–
Zusammen	372 387	122 028	7 818	55 437	181 860	5 244
Empfänger von Witwen-/Witwergeld						
Höherer Dienst	52 848	15 636	3 779	831	30 271	2 331
Gehobener Dienst	95 836	30 797	–	9 399	55 640	–
Mittlerer Dienst	70 092	–	–	25 822	44 270	–
Einfacher Dienst	6 265	–	–	325	5 940	–
Sonstige	4 406	–	–	311	4 095	–
Zusammen	229 447	46 433	3 779	36 688	140 216	2 331
Empfänger von Waisengeld						
Höherer Dienst	7 632	3 093	993	55	2 976	515
Gehobener Dienst	11 354	6 243	–	757	4 354	–
Mittlerer Dienst	4 263	–	–	1 638	2 625	–
Einfacher Dienst	345	–	–	19	326	–
Sonstige	492	–	–	78	414	–
Zusammen	24 086	9 336	993	2 547	10 695	515

Quelle: Statistisches Bundesamt, Versorgungsempfängerstatistik

noch Tabelle B 6.2

**Versorgungsempfänger (ehemalige Beamte und Richter) der Gebietskörperschaften am 1. Januar 1994
nach Aufgabenbereichen und Versorgungsart
– nach Laufbahngruppen (Männer) –**

Art der Versorgung/ Laufbahngruppen	Beamte und Richter					
	Insgesamt	Beamte im Schuldiens	Hochschul- lehrer	Beamte im Vollzugsdienst	Beamte in sonstigen Bereichen	Richter und Staats- anwälte
Insgesamt						
Höherer Dienst	90 011	30 185	7 750	1 605	45 249	5 222
Gehobener Dienst	132 702	42 045	–	20 998	69 659	–
Mittlerer Dienst	81 807	–	–	32 729	49 078	–
Einfacher Dienst	5 637	–	–	285	5 352	–
Sonstige	2 671	–	–	49	2 622	–
Insgesamt . . .	312 828	72 230	7 750	55 666	171 960	5 222
Empfänger von Ruhegehalt						
Höherer Dienst	85 273	28 041	7 193	1 563	43 531	4 945
Gehobener Dienst	123 830	36 470	–	20 502	66 858	–
Mittlerer Dienst	79 185	–	–	31 829	47 356	–
Einfacher Dienst	5 453	–	–	277	5 176	–
Sonstige	2 393	–	–	11	2 382	–
Zusammen . . .	296 134	64 511	7 193	54 182	165 303	4 945
Empfänger von Witwen-/Witwergeld						
Höherer Dienst	786	556	43	8	160	19
Gehobener Dienst	2 943	2 310	–	113	520	–
Mittlerer Dienst	472	–	–	99	373	–
Einfacher Dienst	16	–	–	1	15	–
Sonstige	24	–	–	–	24	–
Zusammen . . .	4 241	2 866	43	221	1 092	19
Empfänger von Waisengeld						
Höherer Dienst	3 952	1 588	514	34	1 558	258
Gehobener Dienst	5 929	3 265	–	383	2 281	–
Mittlerer Dienst	2 150	–	–	801	1 349	–
Einfacher Dienst	168	–	–	7	161	–
Sonstige	254	–	–	38	216	–
Zusammen . . .	12 453	4 853	514	1 263	5 565	258

Quelle: Statistisches Bundesamt, Versorgungsempfängerstatistik

noch Tabelle B 6.2

**Versorgungsempfänger (ehemalige Beamte und Richter) der Gebietskörperschaften am 1. Januar 1994
nach Aufgabenbereichen und Versorgungsart**

– nach Laufbahngruppen (Frauen) –

Art der Versorgung/ Laufbahngruppen	Beamte und Richter					
	Insgesamt	Beamte im Schuldiens	Hochschul- lehrer	Beamte im Vollzugsdienst	Beamte in sonstigen Bereichen	Richter und Staats- anwälte
Insgesamt						
Höherer Dienst	75 321	31 655	4 840	874	35 084	2 868
Gehobener Dienst	149 919	73 912	–	10 073	65 934	–
Mittlerer Dienst	76 328	–	–	27 365	48 963	–
Einfacher Dienst	6 492	–	–	338	6 154	–
Sonstige	5 032	–	–	356	4 676	–
Insgesamt . . .	313 092	105 567	4 840	39 006	160 811	2 868
Empfänger von Ruhegehalt						
Höherer Dienst	19 579	15 070	625	30	3 555	299
Gehobener Dienst	51 601	42 447	–	413	8 741	–
Mittlerer Dienst	4 595	–	–	805	3 790	–
Einfacher Dienst	86	–	–	2	64	–
Sonstige	412	–	–	5	407	–
Zusammen . . .	76 253	57 517	625	1 255	16 557	299
Empfänger von Witwen-/Witwergeld						
Höherer Dienst	52 062	15 080	3 736	823	30 111	2 312
Gehobener Dienst	92 893	28 487	–	9 286	55 120	–
Mittlerer Dienst	69 620	–	–	25 723	43 897	–
Einfacher Dienst	6 249	–	–	324	5 925	–
Sonstige	4 382	–	–	311	4 071	–
Zusammen . . .	225 206	43 567	3 736	36 467	139 124	2 312
Empfänger von Waisengeld						
Höherer Dienst	3 680	1 505	479	21	1 418	257
Gehobener Dienst	5 425	2 978	–	374	2 073	–
Mittlerer Dienst	2 113	–	–	837	1 276	–
Einfacher Dienst	177	–	–	12	165	–
Sonstige	238	–	–	40	198	–
Zusammen . . .	11 633	4 483	479	1 284	5 130	257

Quelle: Statistisches Bundesamt, Versorgungsempfängerstatistik

Tabelle B 7.1

**Versorgungsempfänger (ehemalige Beamte, Richter und Berufssoldaten) am 1. Januar 1994
nach Altersjährgängen und Versorgungsart**

– nach Beschäftigungsbereichen (Empfänger von Ruhegehalt) –

Altersjährgänge	Beamte und Richter							Berufs- soldaten
	Gebietskörperschaften				nachrichtlich			
	zusammen	Bund	Länder	Gemein- den ¹⁾	Bahn	Post	Mittelbarer öffentlicher Dienst	
1962 und jünger	348	84	136	128	28	160	2	10
1961, 1960	291	57	201	33	34	156	5	9
1959, 1958	459	57	353	49	71	186	11	11
1957, 1956	613	60	484	69	130	310	12	22
1955, 1954	958	74	773	111	172	406	18	22
1953, 1952	1 269	100	1 031	138	209	434	33	75
1951, 1950	1 722	100	1 461	161	389	451	28	191
1949, 1948	2 179	92	1 856	231	483	622	47	219
1947, 1946	2 437	132	2 035	270	519	759	49	193
1945, 1944	2 912	161	2 421	330	702	975	65	1 048
1943, 1942	4 093	220	3 401	472	1 110	1 226	82	2 172
1941, 1940	5 376	444	4 201	731	1 839	1 960	92	4 575
1939, 1938	6 135	744	4 528	863	2 823	2 635	98	6 517
1937, 1936	6 938	972	4 968	998	4 142	3 379	107	6 328
1935, 1934	8 296	1 039	6 117	1 140	5 539	4 774	129	4 317
1933, 1932	13 777	1 070	10 961	1 746	6 002	5 921	162	2 512
1931, 1930	24 741	2 301	18 759	3 681	9 179	10 750	458	1 974
1929, 1928	33 807	3 394	24 677	5 736	14 808	13 857	794	1 429
1927, 1926	38 928	3 869	28 903	6 156	12 303	13 255	932	1 834
1925, 1924	37 161	3 702	28 017	5 442	10 225	11 581	920	2 660
1923, 1922	31 025	3 098	23 003	4 924	9 344	9 621	891	2 909
1921, 1920	31 163	2 768	23 428	4 967	9 872	8 479	935	3 607
1919, 1918	18 185	1 463	13 712	3 010	6 313	4 644	526	2 795
1917, 1916	15 007	1 227	11 627	2 153	5 394	3 400	372	2 567
1915, 1914	21 498	2 099	16 365	3 034	9 845	5 330	497	2 981
1913, 1912	18 397	1 882	13 384	3 131	9 108	5 006	489	1 391
1911, 1910	13 771	1 205	10 281	2 285	5 412	3 128	305	578
1909, 1908	10 691	1 015	7 940	1 736	3 176	1 992	231	251
1907, 1906	7 395	837	5 298	1 260	1 670	1 316	133	117
1905, 1904	5 210	569	3 802	839	939	1 040	119	36
1903, 1902	3 676	295	2 823	558	578	899	82	8
1901, 1900	2 097	111	1 661	325	407	336	48	5
1899 und älter	1 832	61	1 490	281	476	555	37	–
Insgesamt ...	372 387	35 302	280 097	56 988	133 241	119 543	8 709	53 363

¹⁾ Einschl. Gemeindeverbände und kommunale Zweckverbände.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Versorgungsempfängerstatistik

noch Tabelle B 7.1

**Versorgungsempfänger (ehemalige Beamte, Richter und Berufssoldaten) am 1. Januar 1994
nach Altersjahrgängen und Versorgungsart**

– nach Beschäftigungsbereichen (Empfänger von Witwen-/Witwergeld) –

Altersjahrgänge	Beamte und Richter							Berufs- soldaten
	Gebietskörperschaften				nachrichtlich			
	zusammen	Bund	Länder	Gemein- den ¹⁾	Bahn	Post	Mittelbarer öffentlicher Dienst	
1962 und jünger	166	26	114	26	34	59	3	24
1961, 1960	148	11	117	20	29	55	5	16
1959, 1958	220	19	169	32	52	54	5	28
1957, 1956	324	40	239	45	68	107	10	32
1955, 1954	518	53	409	56	86	151	14	32
1953, 1952	607	51	476	80	140	175	13	53
1951, 1950	897	83	708	106	169	235	28	91
1949, 1948	1 210	127	928	155	212	324	30	112
1947, 1946	1 277	108	1 008	161	276	313	35	153
1945, 1944	1 467	166	1 122	179	341	373	42	215
1943, 1942	2 163	282	1 608	273	404	500	48	284
1941, 1940	3 000	395	2 221	384	780	779	86	347
1939, 1938	3 494	457	2 548	489	1 079	997	80	417
1937, 1936	3 842	516	2 737	589	1 304	1 278	77	398
1935, 1934	4 274	530	3 041	703	1 674	1 592	91	404
1933, 1932	4 129	491	2 940	698	1 831	1 678	83	316
1931, 1930	5 045	616	3 537	892	2 635	2 271	139	438
1929, 1928	7 048	816	4 925	1 307	3 478	2 740	205	658
1927, 1926	9 151	953	6 459	1 739	4 107	3 036	242	854
1925, 1924	12 205	1 331	8 607	2 267	5 617	3 436	362	1 301
1923, 1922	14 590	1 550	10 306	2 734	7 429	3 838	396	1 594
1921, 1920	19 648	2 117	14 084	3 447	10 381	5 021	580	2 052
1919, 1918	13 960	1 474	9 973	2 513	7 849	3 729	400	1 283
1917, 1916	11 977	1 311	8 533	2 133	6 855	3 049	363	823
1915, 1914	18 443	2 095	12 970	3 378	10 430	4 664	512	860
1913, 1912	20 045	2 476	13 721	3 848	10 304	5 110	630	601
1911, 1910	18 070	2 229	12 357	3 484	7 779	4 388	544	331
1909, 1908	16 167	1 928	11 077	3 162	6 272	3 980	499	186
1907, 1906	12 900	1 371	8 952	2 577	4 780	3 320	452	64
1905, 1904	9 069	796	6 416	1 857	3 448	2 496	316	24
1903, 1902	6 107	460	4 405	1 242	2 529	1 821	206	13
1901, 1900	3 671	238	2 629	804	1 755	625	118	3
1899 und älter	3 615	241	2 635	739	1 931	1 038	126	–
Insgesamt ...	229 447	25 357	161 971	42 119	106 058	63 232	6 740	14 007

1) Einschl. Gemeindeverbände und kommunale Zweckverbände.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Versorgungsempfängerstatistik

noch Tabelle B 7.1

**Versorgungsempfänger (ehemalige Beamte, Richter und Berufssoldaten) am 1. Januar 1994
nach Altersjährgängen und Versorgungsart**
– nach Beschäftigungsbereichen (Empfänger von Waisengeld) –

Altersjährgänge	Beamte und Richter							Berufs- soldaten
	Gebietskörperschaften				nachrichtlich			
	zusammen	Bund	Länder	Gemein- den ¹⁾	Bahn	Post	Mittelbarer öffentlicher Dienst	
1991 und jünger	81	11	59	11	15	20	3	14
1990, 1989	182	14	151	17	22	57	8	14
1988, 1987	306	22	256	28	32	88	7	32
1986, 1985	546	45	445	56	53	117	7	33
1984, 1983	764	52	658	54	70	131	16	48
1982, 1981	1 101	77	927	97	127	174	23	85
1980, 1979	1 382	81	1 202	99	178	247	30	93
1978, 1977	1 756	128	1 480	148	252	330	28	112
1976, 1975	2 038	167	1 690	181	386	426	33	149
1974, 1973	2 080	191	1 692	197	381	389	35	138
1972, 1971	2 575	262	2 031	282	339	371	47	170
1970, 1969	2 895	297	2 318	280	376	416	61	212
1968, 1967	3 156	342	2 457	357	415	445	73	279
1966, 1965	1 058	109	824	125	173	128	21	69
1964, 1963	138	16	110	12	50	30	–	3
1962, 1961	136	19	91	26	40	33	2	6
1960, 1959	153	19	109	25	69	40	3	14
1958, 1957	131	18	97	16	73	50	5	7
1956, 1955	145	22	110	13	70	46	3	13
1954, 1953	152	18	105	29	77	47	5	13
1952, 1951	190	15	142	33	78	45	4	12
1950 und älter	3 121	271	2 238	612	1 752	915	68	52
Insgesamt ...	24 086	2 196	19 192	2 698	5 028	4 545	482	1 568

¹⁾ Einschl. Gemeindeverbände und kommunale Zweckverbände.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Versorgungsempfängerstatistik

Tabelle B 7.2

**Versorgungsempfänger (ehemalige Beamte, Richter und Berufssoldaten) der Gebietskörperschaften
am 1. Januar 1994 nach Altersjährgängen und Versorgungsart**

Altersjährgänge	Insgesamt			Ruhegehaltsempfänger			Witwen-/ Witwergeldempfänger		Waisen- geld- empfänger
	Männer u. Frauen	Männer	Frauen	Männer u. Frauen	Männer	Frauen	Männer u. Frauen	darunter: Frauen	insgesamt
1962 und jünger	22 114	11 658	10 456	358	247	111	190	182	21 566
1961, 1960	634	326	308	300	229	71	164	156	170
1959, 1958	873	445	428	470	350	120	248	235	155
1957, 1956	1 129	544	585	635	455	180	356	336	138
1955, 1954	1 688	787	901	980	642	338	550	487	158
1953, 1952	2 197	1 045	1 152	1 344	870	474	660	591	193
1951, 1950	3 095	1 465	1 630	1 913	1 230	683	988	868	194
1949, 1948	3 903	1 767	2 136	2 398	1 509	889	1 322	1 162	183
1947, 1946	4 225	2 036	2 189	2 630	1 777	853	1 430	1 256	165
1945, 1944	5 803	3 171	2 632	3 960	2 933	1 027	1 682	1 525	161
1943, 1942	8 936	5 236	3 700	6 265	4 895	1 370	2 447	2 220	224
1941, 1940	13 552	8 694	4 858	9 951	8 310	1 641	3 347	3 084	254
1939, 1938	16 828	11 399	5 429	12 652	11 010	1 642	3 911	3 652	265
1937, 1936	17 751	11 852	5 899	13 266	11 525	1 741	4 240	4 042	245
1935, 1934	17 516	10 755	6 761	12 613	10 499	2 114	4 678	4 528	225
1933, 1932	20 904	14 015	6 889	16 289	13 622	2 667	4 445	4 125	170
1931, 1930	32 383	22 115	10 268	26 715	21 896	4 819	5 483	5 349	185
1929, 1928	43 094	29 063	14 031	35 236	28 829	6 407	7 706	7 535	152
1927, 1926	50 912	33 558	17 354	40 762	33 317	7 445	10 005	9 817	145
1925, 1924	53 480	32 513	20 967	39 821	32 242	7 579	13 506	13 300	153
1923, 1922	50 235	28 193	22 042	33 934	27 959	5 975	16 184	15 995	117
1921, 1920	56 580	29 322	27 258	34 770	29 060	5 710	21 700	21 473	110
1919, 1918	36 279	17 858	18 421	20 980	17 708	3 272	15 243	15 111	56
1917, 1916	30 421	14 990	15 431	17 574	14 864	2 710	12 800	12 686	47
1915, 1914	43 840	21 369	22 471	24 479	21 195	3 284	19 303	19 146	58
1913, 1912	40 480	16 987	23 493	19 788	16 818	2 970	20 646	20 485	46
1911, 1910	32 782	11 722	21 060	14 349	11 592	2 757	18 401	18 280	32
1909, 1908	27 327	8 737	18 590	10 942	8 634	2 308	16 353	16 258	32
1907, 1906	20 496	5 889	14 607	7 512	5 825	1 687	12 964	12 905	20
1905, 1904	14 350	4 123	10 227	5 246	4 054	1 192	9 093	9 026	11
1903, 1902	9 811	2 797	7 014	3 684	2 757	927	6 120	6 081	7
1901, 1900	5 781	1 471	4 310	2 102	1 445	657	3 674	3 648	5
1899 und älter	5 459	1 165	4 294	1 832	1 135	697	3 615	3 589	12
Insgesamt ...	694 858	367 067	327 791	425 750	349 433	76 317	243 454	239 133	25 654

Quelle: Statistisches Bundesamt, Versorgungsempfängerstatistik

Tabelle B 7.3

**Versorgungsempfänger (ehemalige Beamte und Richter) der Gebietskörperschaften am 1. Januar 1994
nach Altersjährgängen und Versorgungsart**
– nach Aufgabenbereichen (Empfänger von Ruhegehalt) –

Altersjährgänge	Beamte und Richter					
	Insgesamt	Beamte im Schuldienst	Hochschul- lehrer	Beamte im Vollzugsdienst	Beamte in sonstigen Bereichen	Richter und Staatsanwälte
1948 und jünger	7 839	2 331	5	2 245	3 251	7
1947, 1946	2 437	1 007	6	617	804	3
1945, 1944	2 912	1 252	8	657	983	12
1943, 1942	4 093	1 748	9	968	1 353	15
1941, 1940	5 376	2 186	20	1 194	1 964	12
1939, 1938	6 135	2 249	26	1 330	2 504	26
1937, 1936	6 938	2 437	31	1 325	3 104	41
1935, 1934	8 296	3 054	58	1 457	3 670	57
1933, 1932	13 777	4 117	93	4 803	4 699	65
1931, 1930	24 741	9 060	465	4 232	10 718	266
1929, 1928	33 807	12 779	993	3 072	16 499	464
1927, 1926	38 928	14 199	1 257	3 766	19 148	558
1925, 1924	37 161	13 741	1 143	3 811	17 933	533
1923, 1922	31 025	10 076	830	3 971	15 629	519
1921, 1920	31 163	9 347	778	4 962	15 494	582
1919, 1918	18 185	4 971	452	3 139	9 245	378
1917, 1916	15 007	4 008	295	2 677	7 786	241
1915, 1914	21 498	5 080	309	4 406	11 354	349
1913, 1912	18 397	4 474	300	2 619	10 604	400
1911, 1910	13 771	3 999	253	1 619	7 643	257
1909, 1908	10 691	3 197	184	1 215	6 033	62
1907, 1906	7 395	2 151	138	651	4 404	51
1905, 1904	5 210	1 633	79	277	3 195	26
1903, 1902	3 676	1 316	38	211	2 103	8
1901, 1900	2 097	857	26	99	1 110	5
1899 und älter	1 832	759	22	114	932	5
Insgesamt ...	372 387	122 028	7 818	55 437	182 162	4 942

Quelle: Statistisches Bundesamt, Versorgungsempfängerstatistik

noch Tabelle B 7.3

**Versorgungsempfänger (ehemalige Beamte und Richter) der Gebietskörperschaften am 1. Januar 1994
nach Altersjährgängen und Versorgungsart**

– nach Aufgabenbereichen (Empfänger von Witwen-/Witwergeld) –

Altersjährgänge	Beamte und Richter					
	Insgesamt	Beamte im Schuldienst	Hochschul- lehrer	Beamte im Vollzugsdienst	Beamte in sonstigen Bereichen	Richter und Staatsanwälte
1958 und jünger	534	84	7	175	265	3
1957, 1956	324	72	5	75	167	5
1955, 1954	518	150	7	111	247	3
1953, 1952	607	203	10	106	281	7
1951, 1950	897	337	16	139	390	15
1949, 1948	1 210	423	23	201	545	18
1947, 1946	1 277	420	36	206	595	20
1945, 1944	1 467	471	43	265	666	22
1943, 1942	2 163	677	78	317	1 048	43
1941, 1940	3 000	859	117	491	1 489	44
1939, 1938	3 494	872	145	566	1 848	63
1937, 1936	3 842	891	147	658	2 061	85
1935, 1934	4 274	945	136	743	2 370	80
1933, 1932	4 129	867	120	726	2 356	60
1931, 1930	5 045	1 025	159	819	2 976	66
1929, 1928	7 048	1 458	198	1 236	4 064	92
1927, 1926	9 151	1 872	184	1 694	5 280	121
1925, 1924	12 205	2 438	222	2 314	7 054	177
1923, 1922	14 590	2 635	276	2 877	8 608	194
1921, 1920	19 648	3 403	269	4 162	11 604	210
1919, 1918	13 960	2 396	178	2 784	8 476	126
1917, 1916	11 977	2 200	153	2 113	7 382	129
1915, 1914	18 443	3 392	206	2 939	11 750	156
1913, 1912	20 045	3 561	234	2 953	13 150	147
1911, 1910	18 070	3 381	201	2 516	11 855	117
1909, 1908	16 167	3 265	161	1 949	10 722	70
1907, 1906	12 900	2 839	146	1 377	8 493	45
1905, 1904	9 069	2 083	123	891	5 942	30
1903, 1902	6 107	1 463	77	612	3 933	22
1901, 1900	3 671	888	49	379	2 348	7
1899 und älter	3 615	863	53	294	2 396	9
Insgesamt ...	229 447	46 433	3 779	36 688	140 361	2 186

Quelle: Statistisches Bundesamt, Versorgungsempfängerstatistik

noch Tabelle B 7.3

**Versorgungsempfänger (ehemalige Beamte und Richter) der Gebietskörperschaften am 1. Januar 1994
nach Altersjährgängen und Versorgungsart
– nach Aufgabenbereichen (Empfänger von Waisengeld) –**

Altersjährgänge	Beamte und Richter					
	Insgesamt	Beamte im Schuldienst	Hochschul- lehrer	Beamte im Vollzugsdienst	Beamte in sonstigen Bereichen	Richter und Staats- anwälte
1991 und jünger	81	13	3	24	41	–
1990, 1989	182	72	4	30	70	6
1988, 1987	306	107	11	62	120	6
1986, 1985	546	215	10	107	210	4
1984, 1983	764	360	20	100	271	13
1982, 1981	1 101	527	33	140	381	20
1980, 1979	1 382	697	43	157	461	24
1978, 1977	1 756	815	70	209	631	31
1976, 1975	2 038	899	91	241	768	39
1974, 1973	2 080	819	86	259	875	41
1972, 1971	2 575	1 056	120	211	1 129	59
1970, 1969	2 895	1 197	156	238	1 226	78
1968, 1967	3 156	1 170	205	250	1 445	86
1966, 1965	1 058	332	61	67	565	33
1964, 1963	138	43	8	12	74	1
1962, 1961	136	42	5	12	76	1
1960, 1959	153	38	8	20	83	4
1958, 1957	131	37	12	10	69	3
1956, 1955	145	39	2	16	86	2
1954, 1953	152	32	4	14	100	2
1952, 1951	190	52	4	30	102	2
1950 und älter	3 121	774	37	338	1 952	20
Insgesamt ...	24 086	9 336	993	2 547	10 735	475

Quelle: Statistisches Bundesamt, Versorgungsempfängerstatistik

Tabelle B8

Entwicklung der Zahl der Versorgungsempfänger nach G 131 von 1970 bis 1994 nach Versorgungsart*)

– in 1 000 –

Jahr	Bund und Länder			Jahr	Bund und Länder		
	Insgesamt	Bund	Länder		Insgesamt	Bund	Länder
Insgesamt				Witwen-/Witwergeldempfänger			
1970 ¹⁾	258,2	8,0	250,2	1970 ¹⁾	146,8	5,4	141,4
1975	237,3	7,5	229,8	1975	143,2	5,3	137,9
1980	200,6	6,2	194,4	1980	130,4	4,5	125,9
1985	166,3	5,1	161,2	1985	114,9	3,8	111,1
1990	134,3	3,9	130,4	1990	98,6	3,1	95,5
1991	127,9	3,7	124,2	1991	95,0	2,9	92,1
1992	121,4	3,3	118,1	1992	91,6	2,7	88,9
1993	115,5	3,3	112,2	1993	88,1	2,6	85,5
1994	112,3	3,1	109,2	1994	86,6	2,5	84,1
Ruhegehaltsempfänger				Waisengeldempfänger			
1970 ¹⁾	105,9	2,5	103,4	1970 ¹⁾	5,5	0,1	5,4
1975	88,8	2,2	86,6	1975	5,4	0,1	5,3
1980	67,0	1,6	65,4	1980	3,2	0,1	3,1
1985	49,1	1,2	47,9	1985	2,3	0,1	2,2
1990	34,0	0,8	33,2	1990	1,7	0,0	1,7
1991	31,1	0,7	30,4	1991	1,6	0,0	1,6
1992	28,4	0,6	27,8	1992	1,5	0,0	1,5
1993	26,0	0,6	25,4	1993	1,4	0,0	1,4
1994	24,2	0,5	23,7	1994	1,4	0,0	1,4

*) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹⁾ Teilweise geschätzt.

Quelle: Statistische Bundesamt, Versorgungsempfängerstatistik

Tabelle B9

**Versorgungsempfänger nach G 131 am 1. Januar 1994
nach Versorgungsart und Altersjährgängen**

Altersjährgänge	Ruhe- gehalts- empfänger	Witwen-/ Witwergeld- empfänger	Waisengeld- empfänger	Insgesamt	Beamte nach G 131	Berufs- soldaten	Angestellte und Arbeiter
1928 und jünger	29	1 369	1 187	2 585	914	1 654	17
1927, 1926	7	727	42	776	225	547	4
1925, 1924	142	1 845	52	2 039	547	1 481	11
1923, 1922	250	4 425	45	4 720	1 073	3 639	8
1921, 1920	771	10 408	25	11 204	2 458	8 724	22
1919, 1918	1 017	9 357	21	10 395	2 263	8 111	21
1917, 1916	1 997	8 771	16	10 784	2 487	8 267	30
1915, 1914	5 870	11 987	10	17 867	4 424	13 395	48
1913, 1912	5 407	10 786	17	16 210	4 861	11 280	69
1911, 1910	3 467	7 732	8	11 207	4 434	6 689	84
1909, 1908	2 202	5 835	8	8 045	4 237	3 715	93
1907, 1906	1 205	4 391	7	5 603	3 268	2 234	101
1905, 1904	732	3 194	3	3 929	2 470	1 365	94
1903, 1902	493	2 309	–	2 802	1 834	888	80
1901, 1900	268	1 510	1	1 779	1 082	626	71
1899 und älter	378	1 929	–	2 307	1 464	795	48
Insgesamt ...	24 235	86 575	1 442	112 252	38 041	73 410	801

Quelle: Statistisches Bundesamt, Versorgungsempfängerstatistik

Tabelle B 10.1

**Versorgungszugänge (Beamte, Richter und Berufssoldaten) der Gebietskörperschaften
nach Laufbahngruppen im Jahr 1993**

– Empfänger von Ruhegehalt (Männer und Frauen) –

Grund für den Eintritt des Versorgungsfalles Alter	Insgesamt	Höherer Dienst	Gehobener Dienst	Mittlerer/ Einfacher Dienst
Insgesamt				
Dienstunfähigkeit				
im Alter von ... bis unter ... Jahren	8 436	1 836	4 350	2 250
unter 45	1 059	125	425	509
45–50	912	152	500	260
50–55	1 782	296	1 004	482
55–60	2 754	657	1 406	691
60 und älter	1 929	606	1 015	308
Besondere Altersgrenze	2 026	89	1 199	738
Auf Antrag wegen Schwerbehinderung v. d. 62. Lebensjahr	920	288	412	220
Auf Antrag nach dem 62. Lebensjahr	6 488	2 949	2 743	796
Regelaltersgrenze 65 Jahre	2 455	1 610	612	233
Vorruhestandsregelung	728	33	125	570
Sonstige Gründe	370	177	123	70
Insgesamt ...	21 423	6 982	9 564	4 877
Bund				
Dienstunfähigkeit				
im Alter von ... bis unter ... Jahren	776	67	244	495
unter 45	96	1	24	71
45–50	57	6	12	39
50–55	151	9	60	82
55–60	347	34	115	198
60 und älter	125	17	33	75
Besondere Altersgrenze	51	3	12	36
Auf Antrag wegen Schwerbehinderung v. d. 62. Lebensjahr	153	22	44	87
Auf Antrag nach dem 62. Lebensjahr	864	277	239	348
Regelaltersgrenze 65 Jahre	388	222	88	78
Vorruhestandsregelung	728	33	125	570
Sonstige Gründe	5	5	–	–
Zusammen ...	2 965	629	752	1 584
Länder				
Dienstunfähigkeit				
im Alter von ... bis unter ... Jahren	6 665	1 588	3 706	1 371
unter 45	829	115	346	368
45–50	741	130	432	179
50–55	1 440	260	872	308
55–60	2 025	550	1 134	341
60 und älter	1 630	533	922	175
Besondere Altersgrenze	1 826	83	1 172	571
Auf Antrag wegen Schwerbehinderung v. d. 62. Lebensjahr	583	216	270	97
Auf Antrag nach dem 62. Lebensjahr	4 635	2 310	2 038	287
Regelaltersgrenze 65 Jahre	1 803	1 245	436	122
Vorruhestandsregelung	–	–	–	–
Sonstige Gründe	219	54	108	57
Zusammen ...	15 731	5 496	7 730	2 505
Gemeinden¹⁾				
Dienstunfähigkeit				
im Alter von ... bis unter ... Jahren	995	181	400	414
unter 45	134	9	55	70
45–50	114	16	56	42
50–55	191	27	72	92
55–60	382	73	157	152
60 und älter	174	56	60	58
Besondere Altersgrenze	149	3	15	131
Auf Antrag wegen Schwerbehinderung v. d. 62. Lebensjahr	184	50	98	36
Auf Antrag nach dem 62. Lebensjahr	989	362	466	161
Regelaltersgrenze 65 Jahre	264	143	88	33
Vorruhestandsregelung	–	–	–	–
Sonstige Gründe	146	118	15	13
Zusammen ...	2 727	857	1 082	788

noch Tabelle B 10.1

**Versorgungszugänge (Beamte, Richter und Berufssoldaten) der Gebietskörperschaften
nach Laufbahngruppen im Jahr 1993**

– Empfänger von Ruhegehalt (Männer und Frauen) –

Grund für den Eintritt des Versorgungsfalles Alter	Insgesamt	Höherer Dienst	Gehobener Dienst	Mittlerer/ Einfacher Dienst
nachrichtlich: Berufssoldaten				
Dienstunfähigkeit				
im Alter von . . . bis unter . . . Jahren	71	22	16	33
unter 45	38	3	13	22
45–50	15	5	3	7
50–55	6	2	–	4
55–60	10	10	–	–
60 und älter	2	2	–	–
Besondere Altersgrenze	2 445	454	591	1 400
Auf Antrag wegen Schwerbehinderung v. d. 62. Lebensjahr	–	–	–	–
Auf Antrag nach dem 62. Lebensjahr	–	–	–	–
Regelaltersgrenze 65 Jahre	–	–	–	–
Vorruhestandsregelung	4 199	1 517	703	1 979
Sonstige Gründe	14	11	1	2
Zusammen . . .	6 729	2 004	1 311	3 414

¹⁾ Einschl. Gemeindeverbände und kommunale Zweckverbände.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Versorgungsempfängerstatistik

noch Tabelle B 10.1

**Versorgungszugänge (Beamte und Richter) der Gebietskörperschaften
nach Laufbahngruppen im Jahr 1993
– Empfänger von Ruhegehalt (Männer) –**

Grund für den Eintritt des Versorgungsfalles Alter	Insgesamt	Höherer Dienst	Gehobener Dienst	Mittlerer/ Einfacher Dienst
Zusammen				
Dienstunfähigkeit				
im Alter von ... bis unter ... Jahren	5 592	1 211	2 336	2 045
unter 45	607	54	154	401
45–50	562	84	247	231
50–55	1 172	185	526	461
55–60	1 959	452	840	667
60 und älter	1 292	436	571	285
Besondere Altersgrenze	2 001	88	1 189	724
Auf Antrag wegen Schwerbehinderung v. d. 62. Lebensjahr	774	237	318	219
Auf Antrag nach dem 62. Lebensjahr	5 516	2 601	2 137	778
Regelaltersgrenze 65 Jahre	2 242	1 500	516	226
Vorruhestandsregelung	724	32	123	569
Sonstige Gründe	307	169	87	51
Insgesamt ...	17 156	5 838	6 706	4 612
Bund				
Dienstunfähigkeit				
im Alter von ... bis unter ... Jahren	748	64	229	455
unter 45	80	1	15	64
45–50	53	4	11	38
50–55	145	8	55	82
55–60	346	34	115	197
60 und älter	124	17	33	74
Besondere Altersgrenze	50	3	12	35
Auf Antrag wegen Schwerbehinderung v. d. 62. Lebensjahr	149	19	43	87
Auf Antrag nach dem 62. Lebensjahr	848	268	235	345
Regelaltersgrenze 65 Jahre	379	214	88	77
Vorruhestandsregelung	724	32	123	569
Sonstige Gründe	5	5	–	–
Zusammen ...	2 903	605	730	1 568
Länder				
Dienstunfähigkeit				
im Alter von ... bis unter ... Jahren	4 026	998	1 799	1 229
unter 45	451	48	110	293
45–50	407	65	188	154
50–55	885	158	415	292
55–60	1 277	355	596	326
60 und älter	1 026	372	490	164
Besondere Altersgrenze	1 805	82	1 162	561
Auf Antrag wegen Schwerbehinderung v. d. 62. Lebensjahr	462	173	192	97
Auf Antrag nach dem 62. Lebensjahr	3 738	1 985	1 476	277
Regelaltersgrenze 65 Jahre	1 609	1 147	345	117
Vorruhestandsregelung	–	–	–	–
Sonstige Gründe	159	48	73	38
Zusammen ...	11 799	4 433	5 047	2 319
Gemeinden¹⁾				
Dienstunfähigkeit				
im Alter von ... bis unter ... Jahren	818	149	308	361
unter 45	76	5	27	44
45–50	102	15	48	39
50–55	162	19	56	87
55–60	336	63	129	144
60 und älter	142	47	48	47
Besondere Altersgrenze	146	3	15	128
Auf Antrag wegen Schwerbehinderung v. d. 62. Lebensjahr	163	45	83	35
Auf Antrag nach dem 62. Lebensjahr	930	348	426	156
Regelaltersgrenze 65 Jahre	254	139	83	32
Vorruhestandsregelung	–	–	–	–
Sonstige Gründe	143	116	14	13
Zusammen ...	2 454	800	929	725

¹⁾ Einschl. Gemeindeverbände und kommunale Zweckverbände.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Versorgungsempfängerstatistik

noch Tabelle B 10.1

**Versorgungszugänge (Beamte und Richter) der Gebietskörperschaften
nach Laufbahngruppen im Jahr 1993**
– Empfänger von Ruhegehalt (Frauen) –

Grund für den Eintritt des Versorgungsfalles Alter	Insgesamt	Höherer Dienst	Gehobener Dienst	Mittlerer/ Einfacher Dienst
Zusammen				
Dienstunfähigkeit				
im Alter von ... bis unter ... Jahren	2 844	625	2 014	205
unter 45	452	71	273	108
45–50	350	68	253	29
50–55	610	111	478	21
55–60	795	205	566	24
60 und älter	637	170	444	23
Besondere Altersgrenze	25	1	10	14
Auf Antrag wegen Schwerbehinderung v. d. 62. Lebensjahr	146	51	94	1
Auf Antrag nach dem 62. Lebensjahr	912	348	606	18
Regelaltersgrenze 65 Jahre	213	110	96	7
Vorruhestandsregelung	4	1	2	1
Sonstige Gründe	63	8	36	19
Insgesamt ...	4 267	1 144	2 858	265
Bund				
Dienstunfähigkeit				
im Alter von ... bis unter ... Jahren	28	3	15	10
unter 45	16	–	9	7
45–50	4	2	1	1
50–55	6	1	5	–
55–60	1	–	–	1
60 und älter	1	–	–	1
Besondere Altersgrenze	1	–	–	1
Auf Antrag wegen Schwerbehinderung v. d. 62. Lebensjahr	4	3	1	–
Auf Antrag nach dem 62. Lebensjahr	16	9	4	3
Regelaltersgrenze 65 Jahre	9	8	–	1
Vorruhestandsregelung	4	1	2	1
Sonstige Gründe	–	–	–	–
Zusammen ...	62	24	22	16
Länder				
Dienstunfähigkeit				
im Alter von ... bis unter ... Jahren	2 639	590	1 907	142
unter 45	378	67	236	75
45–50	334	65	244	25
50–55	575	102	457	16
55–60	748	195	538	15
60 und älter	604	161	432	11
Besondere Altersgrenze	21	1	10	10
Auf Antrag wegen Schwerbehinderung v. d. 62. Lebensjahr	121	43	78	–
Auf Antrag nach dem 62. Lebensjahr	897	325	562	10
Regelaltersgrenze 65 Jahre	194	98	91	5
Vorruhestandsregelung	–	–	–	–
Sonstige Gründe	60	6	35	19
Zusammen ...	3 932	1 063	2 683	186
Gemeinden¹⁾				
Dienstunfähigkeit				
im Alter von ... bis unter ... Jahren	177	32	92	53
unter 45	58	4	28	26
45–50	12	1	8	3
50–55	29	8	16	5
55–60	46	10	28	8
60 und älter	32	9	12	11
Besondere Altersgrenze	3	–	–	3
Auf Antrag wegen Schwerbehinderung v. d. 62. Lebensjahr	21	5	15	1
Auf Antrag nach dem 62. Lebensjahr	59	14	40	5
Regelaltersgrenze 65 Jahre	10	4	5	1
Vorruhestandsregelung	–	–	–	–
Sonstige Gründe	3	2	1	–
Zusammen ...	273	57	153	63

¹⁾ Einschl. Gemeindeverbände und kommunale Zweckverbände.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Versorgungsempfängerstatistik

noch Tabelle B 10.1

**Versorgungszugänge (Beamte und Richter) der Gebietskörperschaften
nach Laufbahngruppen im Jahr 1993**
– Empfänger von Hinterbliebenenbezügen –

Grund für den Eintritt des Versorgungsfalles Alter	Insgesamt	Höherer Dienst	Gehobener Dienst	Mittlerer/ Einfacher Dienst
Insgesamt				
Zugänge von Witwen/Witwern				
Aufgrund des Todes eines aktiven Beamten	1 637	457	717	463
Aufgrund des Todes eines Ruhegehaltsempfängers	8 234	2 171	3 403	2 660
Sonstige Gründe	30	9	11	10
Zusammen ...	9 901	2 637	4 131	3 133
Zugänge von Witwen/Witwern				
Aufgrund des Todes eines aktiven Beamten	1 491	517	719	255
Aufgrund des Todes eines Ruhegehaltsempfängers	1 049	323	508	218
Sonstige Gründe	108	34	60	14
Zusammen ...	2 648	874	1 287	487
Bund				
Zugänge von Witwen/Witwern				
Aufgrund des Todes eines aktiven Beamten	197	28	62	107
Aufgrund des Todes eines Ruhegehaltsempfängers	1 082	245	329	508
Sonstige Gründe	–	–	–	–
Zusammen ...	1 279	273	391	615
Zugänge von Witwen/Witwern				
Aufgrund des Todes eines aktiven Beamten	128	39	42	47
Aufgrund des Todes eines Ruhegehaltsempfängers	77	31	23	23
Sonstige Gründe	1	–	1	–
Zusammen ...	206	70	66	70
Länder				
Zugänge von Witwen/Witwern				
Aufgrund des Todes eines aktiven Beamten	1 282	395	583	304
Aufgrund des Todes eines Ruhegehaltsempfängers	5 625	1 573	2 409	1 643
Sonstige Gründe	19	6	7	6
Zusammen ...	6 926	1 974	2 999	1 953
Zugänge von Witwen/Witwern				
Aufgrund des Todes eines aktiven Beamten	1 207	439	603	165
Aufgrund des Todes eines Ruhegehaltsempfängers	868	256	447	165
Sonstige Gründe	55	21	31	3
Zusammen ...	2 130	716	1 081	333
Gemeinden ¹⁾				
Zugänge von Witwen/Witwern				
Aufgrund des Todes eines aktiven Beamten	158	34	72	52
Aufgrund des Todes eines Ruhegehaltsempfängers	1 527	353	665	509
Sonstige Gründe	11	3	4	4
Zusammen ...	1 696	390	741	565
Zugänge von Witwen/Witwern				
Aufgrund des Todes eines aktiven Beamten	156	39	74	43
Aufgrund des Todes eines Ruhegehaltsempfängers	104	36	38	30
Sonstige Gründe	52	13	28	11
Zusammen ...	312	88	140	84

¹⁾ Einschl. Gemeindeverbände und kommunale Zweckverbände.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Versorgungsempfängerstatistik

Tabelle B10.2

Versorgungszugänge (Beamte und Richter) der Gebietskörperschaften nach Laufbahngruppen im Jahr 1993
 – Empfänger von Ruhegehalt nach Aufgabenbereichen (Männer und Frauen) –

Grund für den Eintritt des Versorgungsfalles	Insgesamt	Höherer Dienst	Gehobener Dienst	Mittlerer/Einfacher Dienst
Insgesamt				
Dienstunfähigkeit	8 436	1 836	4 350	2 250
Besondere Altersgrenze	2 026	89	1 199	738
Auf Antrag wegen Schwerbehinderung vor dem 62. Lebensjahr	920	288	412	220
Auf Antrag nach dem 62. Lebensjahr	6 488	2 949	2 743	796
Regelaltersgrenze 65 Jahre	2 455	1 610	612	233
Vorruhestandsregelung	728	33	125	570
Sonstige Gründe	370	177	123	70
Insgesamt ...	21 423	6 982	9 564	4 877
Beamte im Schuldienst				
Dienstunfähigkeit	4 111	1 293	2 818	–
Besondere Altersgrenze	–	–	–	–
Auf Antrag wegen Schwerbehinderung vor dem 62. Lebensjahr	269	126	143	–
Auf Antrag nach dem 62. Lebensjahr	2 703	1 327	1 376	–
Regelaltersgrenze 65 Jahre	509	326	183	–
Vorruhestandsregelung	–	–	–	–
Sonstige Gründe	12	7	5	–
Zusammen ...	7 604	3 079	4 525	–
Hochschullehrer				
Dienstunfähigkeit	72	72	–	–
Besondere Altersgrenze	–	–	–	–
Auf Antrag wegen Schwerbehinderung vor dem 62. Lebensjahr	13	13	–	–
Auf Antrag nach dem 62. Lebensjahr	251	251	–	–
Regelaltersgrenze 65 Jahre	469	469	–	–
Vorruhestandsregelung	–	–	–	–
Sonstige Gründe	9	9	–	–
Zusammen ...	814	814	–	–
Beamte im Vollzugsdienst				
Dienstunfähigkeit	1 184	16	356	812
Besondere Altersgrenze	2 026	89	1 199	738
Auf Antrag wegen Schwerbehinderung vor dem 62. Lebensjahr	–	–	–	–
Auf Antrag nach dem 62. Lebensjahr	–	–	–	–
Regelaltersgrenze 65 Jahre	–	–	–	–
Vorruhestandsregelung	19	–	7	12
Sonstige Gründe	14	–	7	7
Zusammen ...	3 243	105	1 569	1 569
Beamte in Sonstigen Bereichen				
Dienstunfähigkeit	3 015	401	1 176	1 438
Besondere Altersgrenze	–	–	–	–
Auf Antrag wegen Schwerbehinderung vor dem 62. Lebensjahr	628	139	269	220
Auf Antrag nach dem 62. Lebensjahr	3 378	1 215	1 367	796
Regelaltersgrenze 65 Jahre	1 334	672	429	233
Vorruhestandsregelung	708	32	118	558
Sonstige Gründe	334	160	111	63
Zusammen ...	9 397	2 619	3 470	3 308
Richter und Staatsanwälte				
Dienstunfähigkeit	54	54	–	–
Besondere Altersgrenze	–	–	–	–
Auf Antrag wegen Schwerbehinderung vor dem 62. Lebensjahr	10	10	–	–
Auf Antrag nach dem 62. Lebensjahr	156	156	–	–
Regelaltersgrenze 65 Jahre	143	143	–	–
Vorruhestandsregelung	1	1	–	–
Sonstige Gründe	1	1	–	–
Zusammen ...	365	365	–	–

Quelle: Statistisches Bundesamt, Versorgungsempfängerstatistik

noch Tabelle B10.2

Versorgungszugänge (Beamte und Richter) der Gebietskörperschaften nach Laufbahngruppen im Jahr 1993
 – Empfänger von Ruhegehalt nach Aufgabenbereichen (Männer) –

Grund für den Eintritt des Versorgungsfalles	Insgesamt	Höherer Dienst	Gehobener Dienst	Mittlerer/Einfacher Dienst
Zusammen				
Dienstunfähigkeit	5 592	1 211	2 336	2 045
Besondere Altersgrenze	2 001	88	1 189	724
Auf Antrag wegen Schwerbehinderung vor dem 62. Lebensjahr	774	237	318	219
Auf Antrag nach dem 62. Lebensjahr ...	5 516	2 601	2 137	778
Regelaltersgrenze 65 Jahre	2 242	1 500	516	226
Vorruhestandsregelung	724	32	123	569
Sonstige Gründe	307	169	87	51
Insgesamt ...	17 156	5 838	6 706	4 612
Beamte im Schuldienst				
Dienstunfähigkeit	1 772	744	1 028	–
Besondere Altersgrenze	–	–	–	–
Auf Antrag wegen Schwerbehinderung vor dem 62. Lebensjahr	166	93	73	–
Auf Antrag nach dem 62. Lebensjahr ...	1 908	1 053	855	–
Regelaltersgrenze 65 Jahre	382	274	108	–
Vorruhestandsregelung	–	–	–	–
Sonstige Gründe	9	7	2	–
Zusammen ...	4 237	2 171	2 066	–
Hochschullehrer				
Dienstunfähigkeit	60	60	–	–
Besondere Altersgrenze	–	–	–	–
Auf Antrag wegen Schwerbehinderung vor dem 62. Lebensjahr	13	13	–	–
Auf Antrag nach dem 62. Lebensjahr ...	235	235	–	–
Regelaltersgrenze 65 Jahre	444	444	–	–
Vorruhestandsregelung	–	–	–	–
Sonstige Gründe	7	7	–	–
Zusammen ...	759	759	–	–
Beamte im Vollzugsdienst				
Dienstunfähigkeit	1 129	16	343	770
Besondere Altersgrenze	2 001	88	1 189	724
Auf Antrag wegen Schwerbehinderung vor dem 62. Lebensjahr	–	–	–	–
Auf Antrag nach dem 62. Lebensjahr ...	–	–	–	–
Regelaltersgrenze 65 Jahre	–	–	–	–
Vorruhestandsregelung	19	–	7	12
Sonstige Gründe	13	–	6	7
Zusammen ...	3 162	104	1 545	1 513
Beamte in Sonstigen Bereichen				
Dienstunfähigkeit	2 585	345	965	1 275
Besondere Altersgrenze	–	–	–	–
Auf Antrag wegen Schwerbehinderung vor dem 62. Lebensjahr	587	123	245	219
Auf Antrag nach dem 62. Lebensjahr ...	3 225	1 165	1 282	778
Regelaltersgrenze 65 Jahre	1 280	646	408	226
Vorruhestandsregelung	704	31	116	557
Sonstige Gründe	277	154	79	44
Zusammen ...	8 658	2 464	3 095	3 099
Richter und Staatsanwälte				
Dienstunfähigkeit	46	46	–	–
Besondere Altersgrenze	–	–	–	–
Auf Antrag wegen Schwerbehinderung vor dem 62. Lebensjahr	8	8	–	–
Auf Antrag nach dem 62. Lebensjahr ...	148	148	–	–
Regelaltersgrenze 65 Jahre	136	136	–	–
Vorruhestandsregelung	1	1	–	–
Sonstige Gründe	1	1	–	–
Zusammen ...	340	340	–	–

Quelle: Statistisches Bundesamt, Versorgungsempfängerstatistik

noch Tabelle B 10.2

Versorgungszugänge (Beamte und Richter) der Gebietskörperschaften nach Laufbahngruppen im Jahr 1993
 – Empfänger von Ruhegehalt nach Aufgabenbereichen (Frauen) –

Grund für den Eintritt des Versorgungsfalles	Insgesamt	Höherer Dienst	Gehobener Dienst	Mittlerer/Einfacher Dienst
Zusammen				
Dienstunfähigkeit	2 844	625	2 014	205
Besondere Altersgrenze	25	1	10	14
Auf Antrag wegen Schwerbehinderung vor dem 62. Lebensjahr	146	51	94	1
Auf Antrag nach dem 62. Lebensjahr	972	348	606	18
Regelaltersgrenze 65 Jahre	213	110	96	7
Vorruhestandsregelung	4	1	2	1
Sonstige Gründe	63	8	36	19
Insgesamt	4 267	1 144	2 858	265
Beamte im Schuldienst				
Dienstunfähigkeit	2 339	549	1 790	–
Besondere Altersgrenze	–	–	–	–
Auf Antrag wegen Schwerbehinderung vor dem 62. Lebensjahr	103	33	70	–
Auf Antrag nach dem 62. Lebensjahr	795	274	521	–
Regelaltersgrenze 65 Jahre	127	52	75	–
Vorruhestandsregelung	–	–	–	–
Sonstige Gründe	3	–	3	–
Zusammen	3 367	908	2 459	–
Hochschullehrer				
Dienstunfähigkeit	12	12	–	–
Besondere Altersgrenze	–	–	–	–
Auf Antrag wegen Schwerbehinderung vor dem 62. Lebensjahr	–	–	–	–
Auf Antrag nach dem 62. Lebensjahr	16	16	–	–
Regelaltersgrenze 65 Jahre	25	25	–	–
Vorruhestandsregelung	–	–	–	–
Sonstige Gründe	2	2	–	–
Zusammen	55	55	–	–
Beamte im Vollzugsdienst				
Dienstunfähigkeit	55	–	13	42
Besondere Altersgrenze	25	1	10	14
Auf Antrag wegen Schwerbehinderung vor dem 62. Lebensjahr	–	–	–	–
Auf Antrag nach dem 62. Lebensjahr	–	–	–	–
Regelaltersgrenze 65 Jahre	–	–	–	–
Vorruhestandsregelung	–	–	–	–
Sonstige Gründe	1	–	1	–
Zusammen	81	1	24	56
Beamte in Sonstigen Bereichen				
Dienstunfähigkeit	430	56	211	163
Besondere Altersgrenze	–	–	–	–
Auf Antrag wegen Schwerbehinderung vor dem 62. Lebensjahr	41	16	24	1
Auf Antrag nach dem 62. Lebensjahr	153	50	85	18
Regelaltersgrenze 65 Jahre	54	26	21	7
Vorruhestandsregelung	4	1	2	1
Sonstige Gründe	57	6	32	19
Zusammen	739	155	375	209
Richter und Staatsanwälte				
Dienstunfähigkeit	8	8	–	–
Besondere Altersgrenze	–	–	–	–
Auf Antrag wegen Schwerbehinderung vor dem 62. Lebensjahr	2	2	–	–
Auf Antrag nach dem 62. Lebensjahr	8	8	–	–
Regelaltersgrenze 65 Jahre	7	7	–	–
Vorruhestandsregelung	–	–	–	–
Sonstige Gründe	–	–	–	–
Zusammen	25	25	–	–

Quelle: Statistisches Bundesamt, Versorgungsempfängerstatistik

Tabelle B 10.3

Versorgungszugänge (Beamte und Richter) der Gebietskörperschaften nach Laufbahngruppen im Jahr 1993
 – Durchschnittsalter bei Eintritt in den Ruhestand (Männer und Frauen) –

Grund für den Eintritt des Versorgungsfalles	Insgesamt	Höherer Dienst	Gehobener Dienst	Mittlerer/Einfacher Dienst
Insgesamt				
Dienstunfähigkeit	53,8	55,9	54,3	51,1
Besondere Altersgrenze	59,9	60,1	60,0	59,7
Auf Antrag wegen Schwerbehinderung vor dem 62. Lebensjahr	60,8	60,8	60,7	60,7
Auf Antrag nach dem 62. Lebensjahr	62,9	63,0	62,9	62,8
Regelaltersgrenze 65 Jahre	64,9	64,9	64,9	65,0
Zusammen	59,0	61,4	58,5	56,1
Vorruhestandsregelung und sonstige Gründe	57,5	56,5	56,5	58,3
Insgesamt	58,9	61,3	58,5	56,4
Bund				
Dienstunfähigkeit	53,7	56,7	54,2	53,0
Besondere Altersgrenze	59,3	60,3	59,0	59,3
Auf Antrag wegen Schwerbehinderung vor dem 62. Lebensjahr	60,9	60,8	60,9	61,0
Auf Antrag nach dem 62. Lebensjahr	63,0	63,1	62,9	62,9
Regelaltersgrenze 65 Jahre	65,0	65,0	65,0	65,0
Zusammen	59,9	63,0	59,6	58,2
Vorruhestandsregelung und sonstige Gründe	58,0	57,7	56,0	58,5
Insgesamt	59,4	62,7	59,0	58,3
Länder				
Dienstunfähigkeit	53,9	55,9	54,4	50,1
Besondere Altersgrenze	59,9	60,1	60,0	59,6
Auf Antrag wegen Schwerbehinderung vor dem 62. Lebensjahr	60,7	60,9	60,7	60,5
Auf Antrag nach dem 62. Lebensjahr	62,9	62,9	62,9	62,8
Regelaltersgrenze 65 Jahre	64,9	64,9	64,9	65,0
Zusammen	58,8	61,2	58,4	55,0
Vorruhestandsregelung und sonstige Gründe	56,9	57,6	57,2	55,8
Insgesamt	58,8	61,2	58,4	55,0
Gemeinden ¹⁾				
Dienstunfähigkeit	53,3	56,2	53,0	52,2
Besondere Altersgrenze	60,2	60,3	60,1	60,2
Auf Antrag wegen Schwerbehinderung vor dem 62. Lebensjahr	60,7	60,8	60,7	60,6
Auf Antrag nach dem 62. Lebensjahr	63,0	63,1	62,9	62,8
Regelaltersgrenze 65 Jahre	65,0	65,0	65,0	65,0
Zusammen	59,1	61,6	59,1	56,7
Vorruhestandsregelung und sonstige Gründe	56,0	55,5	55,7	60,9
Insgesamt	59,0	60,8	59,1	56,8

¹⁾ Einschl. Gemeindeverbände und kommunale Zweckverbände.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Versorgungsempfängerstatistik

noch Tabelle B10.3

Versorgungszugänge (Beamte und Richter) der Gebietskörperschaften nach Laufbahngruppen im Jahr 1993
– Durchschnittsalter bei Eintritt in den Ruhestand (Männer) –

Grund für den Eintritt des Versorgungsfalles	Insgesamt	Höherer Dienst	Gehobener Dienst	Mittlerer/Einfacher Dienst
Zusammen				
Dienstunfähigkeit	54,2	56,7	55,0	51,7
Besondere Altersgrenze	59,9	60,1	60,0	59,7
Auf Antrag wegen Schwerbehinderung vor dem 62. Lebensjahr	60,8	60,9	60,7	60,7
Auf Antrag nach dem 62. Lebensjahr ..	63,0	63,0	62,9	62,8
Regelaltersgrenze 65 Jahre	64,9	64,9	65,0	65,0
Zusammen ...	59,7	62,0	59,6	56,6
Vorruhestandsregelung und sonstige Gründe	57,6	56,5	56,3	58,5
Insgesamt ...	59,6	61,8	59,5	56,8
Bund				
Dienstunfähigkeit	54,0	57,0	54,8	53,2
Besondere Altersgrenze	59,4	60,3	59,0	59,5
Auf Antrag wegen Schwerbehinderung vor dem 62. Lebensjahr	60,9	60,8	60,9	61,0
Auf Antrag nach dem 62. Lebensjahr ..	63,0	63,1	62,9	62,9
Regelaltersgrenze 65 Jahre	65,0	65,0	65,0	65,0
Zusammen ...	60,0	63,0	59,9	58,4
Vorruhestandsregelung und sonstige Gründe	58,0	57,6	56,0	58,5
Insgesamt ...	59,5	62,7	59,3	58,4
Länder				
Dienstunfähigkeit	54,2	56,7	55,2	50,8
Besondere Altersgrenze	59,9	60,1	60,1	59,6
Auf Antrag wegen Schwerbehinderung vor dem 62. Lebensjahr	60,7	60,9	60,7	60,5
Auf Antrag nach dem 62. Lebensjahr ..	62,9	63,0	62,9	62,8
Regelaltersgrenze 65 Jahre	64,9	64,9	64,9	65,0
Zusammen ...	59,6	61,9	59,5	55,6
Vorruhestandsregelung und sonstige Gründe	57,5	58,1	57,0	57,7
Insgesamt ...	59,6	61,9	59,5	55,6
Gemeinden¹⁾				
Dienstunfähigkeit	54,0	56,5	53,9	53,1
Besondere Altersgrenze	60,2	60,3	60,1	60,2
Auf Antrag wegen Schwerbehinderung vor dem 62. Lebensjahr	60,7	60,8	60,7	60,6
Auf Antrag nach dem 62. Lebensjahr ..	63,0	63,1	63,0	62,8
Regelaltersgrenze 65 Jahre	65,0	65,0	65,0	65,0
Zusammen ...	59,7	61,9	59,9	57,4
Vorruhestandsregelung und sonstige Gründe	56,0	55,5	55,3	60,9
Insgesamt ...	59,5	61,0	59,8	57,4

¹⁾ Einschl. Gemeindeverbände und kommunale Zweckverbände.

noch Tabelle B 10.3

Versorgungszugänge (Beamte und Richter) der Gebietskörperschaften nach Laufbahngruppen im Jahr 1993
 – Durchschnittsalter bei Eintritt in den Ruhestand (Frauen) –

Grund für den Eintritt des Versorgungsfalles	Insgesamt	Höherer Dienst	Gehobener Dienst	Mittlerer/Einfacher Dienst
Zusammen				
Dienstunfähigkeit	53,1	54,5	53,5	44,8
Besondere Altersgrenze	58,5	60,0	57,8	58,9
Auf Antrag wegen Schwerbehinderung vor dem 62. Lebensjahr	60,7	60,7	60,6	61,0
Auf Antrag nach dem 62. Lebensjahr ..	62,8	62,8	62,7	62,6
Regelaltersgrenze 65 Jahre	64,8	64,7	64,8	65,0
Zusammen ...	56,2	58,3	56,1	47,6
Vorruhestandsregelung und sonstige Gründe	55,6	54,3	57,7	52,2
Insgesamt ...	56,2	58,3	56,1	47,9
Bund				
Dienstunfähigkeit	44,2	50,7	44,1	42,5
Besondere Altersgrenze	53,0	–	–	53,0
Auf Antrag wegen Schwerbehinderung vor dem 62. Lebensjahr	61,0	61,0	61,0	–
Auf Antrag nach dem 62. Lebensjahr ..	62,8	62,9	62,8	62,7
Regelaltersgrenze 65 Jahre	65,0	65,0	–	65,0
Zusammen ...	53,9	61,8	48,7	48,7
Vorruhestandsregelung und sonstige Gründe	57,8	60,0	57,0	57,0
Insgesamt ...	54,1	61,7	49,4	49,3
Länder				
Dienstunfähigkeit	53,4	54,5	53,7	44,4
Besondere Altersgrenze	58,4	60,0	57,8	58,8
Auf Antrag wegen Schwerbehinderung vor dem 62. Lebensjahr	60,6	60,7	60,6	–
Auf Antrag nach dem 62. Lebensjahr ..	62,7	62,8	62,7	62,4
Regelaltersgrenze 65 Jahre	64,7	64,7	64,8	65,0
Zusammen ...	56,4	58,2	56,2	46,9
Vorruhestandsregelung und sonstige Gründe	55,3	53,0	57,6	51,9
Insgesamt ...	56,4	58,2	56,2	47,4
Gemeinden ¹⁾				
Dienstunfähigkeit	49,6	54,5	49,8	46,5
Besondere Altersgrenze	61,0	–	–	61,0
Auf Antrag wegen Schwerbehinderung vor dem 62. Lebensjahr	60,7	60,6	60,7	61,0
Auf Antrag nach dem 62. Lebensjahr ..	62,9	63,1	62,8	63,0
Regelaltersgrenze 65 Jahre	65,0	65,0	65,0	65,0
Zusammen ...	54,1	58,0	54,8	49,0
Vorruhestandsregelung und sonstige Gründe	57,7	55,5	62,0	–
Insgesamt ...	54,1	57,9	54,8	49,0

¹⁾ Einschl. Gemeindeverbände und kommunale Zweckverbände.

Tabelle B11.1

Versorgungsabgänge (Beamte, Richter) der Gebietskörperschaften nach Versorgungsart im Jahr 1993
– nach Altersjährgängen –

Altersjährgänge	Versorgungsempfänger der Gebietskörperschaften								
	Insgesamt			Ruhegehaltsempfänger			Witwen-/Witwer- geldempfänger		Weisen- geld- empfänger
	Männer u. Frauen	Männer	Frauen	Männer u. Frauen	Männer	Frauen	Männer u. Frauen	darunter: Frauen	insgesamt
1962 und jünger	2 892	1 666	1 226	16	15	1	9	9	2 867
1961, 1960	18	9	9	10	8	2	3	3	5
1959, 1958	13	6	7	7	5	2	4	4	2
1957, 1956	26	15	11	19	13	6	5	4	2
1955, 1954	19	6	13	9	4	5	8	6	2
1953, 1952	30	18	12	19	15	4	8	6	3
1951, 1950	54	33	21	41	26	15	10	5	3
1949, 1948	46	28	18	33	22	11	12	7	1
1947, 1946	38	23	15	29	18	11	7	3	2
1945, 1944	61	32	29	39	27	12	19	15	3
1943, 1942	88	41	47	56	31	25	26	19	6
1941, 1940	111	68	43	85	58	27	20	15	6
1939, 1938	102	56	46	67	49	18	26	20	9
1937, 1936	145	90	55	97	76	21	39	29	9
1935, 1934	147	97	50	113	91	22	28	25	6
1933, 1932	177	114	63	143	108	35	27	23	7
1931, 1930	274	193	81	226	188	38	44	40	4
1929, 1928	430	332	98	358	321	37	67	58	5
1927, 1926	607	455	152	513	451	62	89	86	5
1925, 1924	734	539	195	599	532	67	129	124	6
1923, 1922	878	595	283	660	586	74	211	207	7
1921, 1920	1 132	718	414	795	709	86	328	323	9
1919, 1918	942	605	337	655	598	57	283	279	4
1917, 1916	913	564	349	622	562	60	287	285	4
1915, 1914	1 638	957	681	1 048	948	100	588	580	2
1913, 1912	1 866	1 036	830	1 132	1 030	102	732	726	2
1911, 1910	2 063	922	1 141	1 063	912	151	997	988	3
1909, 1908	2 172	914	1 258	1 067	909	158	1 101	1 096	4
1907, 1906	2 063	775	1 288	907	765	142	1 155	1 145	1
1905, 1904	1 848	653	1 195	763	638	125	1 084	1 069	1
1903, 1902	1 520	515	1 005	638	503	135	882	870	–
1901, 1900	1 658	612	1 046	726	574	152	864	859	68
1899 und älter	1 551	383	1 168	544	374	170	1 004	996	3
Insgesamt	26 256	13 070	13 186	13 099	11 166	1 933	10 096	9 924	3 061

Quelle: Statistisches Bundesamt, Versorgungsempfängerstatistik

Tabelle B 11.2

Versorgungsabgänge (Beamte, Richter) der Gebietskörperschaften nach Versorgungsart im Jahr 1993
– nach Altersgruppen und Beschäftigungsbereichen –

Altersgruppen	Beamte und Richter			
	zusammen	Bund	Länder	Gemeinden ¹⁾
Insgesamt				
60 und jünger	3 922	308	3 046	568
60–65	613	57	456	100
65–70	1 541	154	1 125	262
70–75	2 511	215	1 830	466
75–80	2 904	288	2 140	476
80–85	5 024	583	3 518	923
85–90	4 974	587	3 466	921
90 und älter	4 767	336	3 143	1 288
Insgesamt	26 256	2 528	18 724	5 004
Empfänger von Ruhegehalt				
60 und jünger	638	72	484	82
60–65	519	46	386	87
65–70	1 286	137	939	210
70–75	1 836	146	1 340	350
75–80	1 915	162	1 447	306
80–85	2 744	243	2 015	486
85–90	2 202	291	1 527	384
90 und älter	1 959	99	1 344	516
Zusammen	13 099	1 196	9 482	2 421
Empfänger von Witwen-/Witwergeld				
60 und jünger	223	11	181	31
60–65	94	11	70	13
65–70	255	17	186	52
70–75	675	69	490	116
75–80	989	126	693	170
80–85	2 280	340	1 503	437
85–90	2 772	296	1 939	537
90 und älter	2 808	237	1 799	772
Zusammen	10 096	1 107	6 861	2 128
Empfänger von Waisengeld				
20 und jünger	215	4	194	17
20–25	802	43	645	114
25–30	1 814	158	1 431	225
30 und älter	230	20	111	99
Zusammen	3 061	225	2 381	455

¹⁾ Einschl. Gemeindeverbände und kommunale Zweckverbände.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Versorgungsempfängerstatistik

Tabelle B 11.3

Versorgungsabgänge (Beamte und Richter) der Gebietskörperschaften nach Versorgungsart im Jahr 1993
 – nach Altersgruppen und Aufgabenbereichen –

Altersgruppen	Beamte und Richter					
	Insgesamt	Beamte im Schuldienst	Hochschul- lehrer	Beamte im Vollzugsdienst	Beamte in sonstigen Bereichen	Richter und Staats- anwälte
Insgesamt						
60 und jünger	3 922	1 481	160	496	1 712	73
60–65	613	160	12	148	287	6
65–70	1 541	420	46	254	801	20
70–75	2 511	578	37	604	1 257	35
75–80	2 904	592	47	698	1 528	39
80–85	5 024	1 116	56	945	2 843	64
85–90	4 974	1 294	27	634	2 986	33
90 und älter	4 767	1 429	52	417	2 845	24
Insgesamt	26 256	7 070	437	4 196	14 259	294
Empfänger von Ruhegehalt						
60 und jünger	638	214	2	130	288	4
60–65	519	137	9	131	236	6
65–70	1 286	372	37	196	663	18
70–75	1 836	463	28	403	911	31
75–80	1 915	412	30	511	932	30
80–85	2 744	688	38	525	1 444	49
85–90	2 202	650	11	239	1 289	13
90 und älter	1 959	760	21	130	1 037	11
Zusammen	13 099	3 696	176	2 265	6 800	162
Empfänger von Witwen-/Witwergeld						
60 und jünger	223	83	1	26	109	4
60–65	94	23	3	17	51	–
65–70	255	48	9	58	138	2
70–75	675	115	9	201	346	4
75–80	989	180	17	187	596	9
80–85	2 280	428	18	420	1 399	15
85–90	2 772	644	16	395	1 697	20
90 und älter	2 808	669	31	287	1 808	13
Zusammen	10 096	2 190	104	1 591	6 144	67
Empfänger von Waisengeld						
20 und jünger	215	100	10	37	66	2
20–25	802	308	24	136	317	17
25–30	1 814	736	116	156	761	45
30 und älter	230	40	7	11	171	1
Zusammen	3 061	1 184	157	340	1 315	65

Quelle: Statistisches Bundesamt, Versorgungsempfängerstatistik

Tabelle B12

Entwicklung der Zahl der Versorgungsempfänger 1994 bis 2008

– Gebietskörperschaften (Beamte und Richter) –
– in 1 000 –

Jahr	Insgesamt	Ruhe- gehalts- empfänger	Hinter- bliebene
1. Januar 1994	628,0	373,6	254,4
1. Januar 1995	632,8	376,8	256,0
1. Januar 1996	642,1	385,0	257,1
1. Januar 1997	653,4	395,6	257,8
1. Januar 1998	666,6	408,1	258,5
1. Januar 1999	683,5	424,5	259,0
1. Januar 2000	698,3	439,1	259,2
1. Januar 2001	720,5	460,9	259,6
1. Januar 2002	744,4	484,6	259,8
1. Januar 2003	759,2	498,9	260,3
1. Januar 2004	778,5	517,6	260,9
1. Januar 2005	800,2	538,8	261,4
1. Januar 2006	823,8	561,4	262,4
1. Januar 2007	849,1	584,9	264,2
1. Januar 2008	872,9	607,3	265,6

– Bund (Berufssoldaten) –
– in 1 000 –

Jahr	Insgesamt	Ruhe- gehalts- empfänger	Hinter- bliebene
1. Januar 1994	69,0	53,4	15,6
1. Januar 1995	70,5	53,7	16,8
1. Januar 1996	72,4	54,4	18,0
1. Januar 1997	74,6	55,4	19,2
1. Januar 1998	76,8	56,5	20,3
1. Januar 1999	78,6	57,1	21,5
1. Januar 2000	80,0	57,5	22,5
1. Januar 2001	81,5	58,0	23,5
1. Januar 2002	82,8	58,6	24,2
1. Januar 2003	84,1	59,1	25,0
1. Januar 2004	85,1	59,4	25,7
1. Januar 2005	85,9	59,7	26,2
1. Januar 2006	86,8	60,0	26,8
1. Januar 2007	87,4	60,3	27,1
1. Januar 2008	88,0	60,6	27,4

– Bund (Beamte und Richter) –
– in 1 000 –

Jahr	Insgesamt	Ruhe- gehalts- empfänger	Hinter- bliebene
1. Januar 1994	62,9	35,3	27,6
1. Januar 1995	63,9	35,7	28,2
1. Januar 1996	65,2	36,5	28,7
1. Januar 1997	66,7	37,6	29,1
1. Januar 1998	68,4	38,9	29,5
1. Januar 1999	70,2	40,4	29,8
1. Januar 2000	71,9	41,8	30,1
1. Januar 2001	74,3	44,0	30,3
1. Januar 2002	76,7	46,2	30,5
1. Januar 2003	77,9	47,1	30,8
1. Januar 2004	79,6	48,6	31,0
1. Januar 2005	81,4	50,2	31,2
1. Januar 2006	83,4	51,9	31,5
1. Januar 2007	85,7	53,5	32,2
1. Januar 2008	87,3	54,8	32,5

– Bund (G 131) –
– in 1 000 –

Jahr	Insgesamt	Ruhe- gehalts- empfänger	Hinter- bliebene
1. Januar 1994	112,2	24,2	88,0
1. Januar 1995	105,0	21,7	83,3
1. Januar 1996	97,7	19,2	78,5
1. Januar 1997	90,6	16,9	73,7
1. Januar 1998	83,7	14,7	69,0
1. Januar 1999	77,0	12,7	64,3
1. Januar 2000	70,5	10,9	59,6
1. Januar 2001	64,1	9,2	54,9
1. Januar 2002	57,9	7,7	50,2
1. Januar 2003	51,9	6,4	45,5
1. Januar 2004	46,2	5,2	41,0
1. Januar 2005	40,7	4,2	36,5
1. Januar 2006	35,4	3,3	32,1
1. Januar 2007	30,7	2,6	28,1
1. Januar 2008	26,3	2,1	24,2

noch Tabelle B 12

Entwicklung der Zahl der Versorgungsempfänger 1994 bis 2008

– Länder (insgesamt) –
– in 1 000 –

Jahr	Insgesamt	Ruhe- gehhalts- empfänger	Hinter- bliebene
1. Januar 1994	461,3	280,1	181,2
1. Januar 1995	465,9	283,3	182,6
1. Januar 1996	474,3	290,6	183,7
1. Januar 1997	484,5	299,8	184,7
1. Januar 1998	496,6	311,0	185,6
1. Januar 1999	511,0	324,6	186,4
1. Januar 2000	524,3	337,3	187,0
1. Januar 2001	543,5	355,6	187,9
1. Januar 2002	564,2	375,7	188,5
1. Januar 2003	578,2	388,7	189,5
1. Januar 2004	595,6	405,1	190,5
1. Januar 2005	615,2	423,7	191,5
1. Januar 2006	636,3	443,5	192,8
1. Januar 2007	658,4	464,0	194,4
1. Januar 2008	679,8	483,7	196,1

– Länder (Vollzugsdienst) –
– in 1 000 –

Jahr	Insgesamt	Ruhe- gehhalts- empfänger	Hinter- bliebene
1. Januar 1994	90,2	53,5	36,7
1. Januar 1995	92,0	54,7	37,3
1. Januar 1996	94,5	56,7	37,8
1. Januar 1997	97,2	58,9	38,3
1. Januar 1998	100,0	61,3	38,7
1. Januar 1999	103,4	64,3	39,1
1. Januar 2000	106,6	67,2	39,4
1. Januar 2001	110,4	70,6	39,8
1. Januar 2002	114,0	74,0	40,0
1. Januar 2003	116,9	76,7	40,2
1. Januar 2004	119,9	79,6	40,3
1. Januar 2005	122,8	82,3	40,5
1. Januar 2006	124,6	84,0	40,6
1. Januar 2007	126,7	86,0	40,7
1. Januar 2008	129,0	88,2	40,8

– Länder (Schuldienst) –
– in 1 000 –

Jahr	Insgesamt	Ruhe- gehhalts- empfänger	Hinter- bliebene
1. Januar 1994	175,3	120,0	55,3
1. Januar 1995	179,3	122,8	56,5
1. Januar 1996	185,2	127,5	57,7
1. Januar 1997	192,4	133,5	58,9
1. Januar 1998	201,0	140,8	60,2
1. Januar 1999	211,1	149,6	61,5
1. Januar 2000	220,8	158,0	62,8
1. Januar 2001	234,0	169,8	64,2
1. Januar 2002	248,8	183,1	65,7
1. Januar 2003	259,9	192,5	67,4
1. Januar 2004	273,4	204,2	69,2
1. Januar 2005	288,8	217,8	71,0
1. Januar 2006	305,7	232,7	73,0
1. Januar 2007	322,6	247,5	75,1
1. Januar 2008	339,0	261,6	77,4

– Länder (übrige Bereiche) –
– in 1 000 –

Jahr	Insgesamt	Ruhe- gehhalts- empfänger	Hinter- bliebene
1. Januar 1994	195,8	106,6	89,2
1. Januar 1995	194,6	105,8	88,8
1. Januar 1996	194,6	106,4	88,2
1. Januar 1997	194,9	107,4	87,5
1. Januar 1998	195,6	108,9	86,7
1. Januar 1999	196,5	110,7	85,8
1. Januar 2000	196,9	112,1	84,8
1. Januar 2001	199,1	115,2	83,9
1. Januar 2002	201,4	118,6	82,8
1. Januar 2003	201,4	119,5	81,9
1. Januar 2004	202,3	121,3	81,0
1. Januar 2005	203,6	123,6	80,0
1. Januar 2006	206,0	126,8	79,2
1. Januar 2007	209,1	130,5	78,6
1. Januar 2008	211,8	133,9	77,9

noch Tabelle B 12

Entwicklung der Zahl der Versorgungsempfänger 1994 bis 2008– Gemeinden ¹⁾ –
– in 1 000 –

Jahr	Insgesamt	Ruhe- gehalts- empfänger	Hinter- bliebene
1. Januar 1994	103,8	58,2	45,6
1. Januar 1995	103,0	57,8	45,2
1. Januar 1996	102,6	57,9	44,7
1. Januar 1997	102,2	58,2	44,0
1. Januar 1998	101,6	58,2	43,4
1. Januar 1999	102,3	59,5	42,8
1. Januar 2000	102,1	60,0	42,1
1. Januar 2001	102,7	61,3	41,4
1. Januar 2002	103,5	62,7	40,8
1. Januar 2003	103,1	63,1	40,0
1. Januar 2004	103,3	63,9	39,4
1. Januar 2005	103,6	64,9	38,7
1. Januar 2006	104,1	66,0	38,1
1. Januar 2007	105,0	67,4	37,6
1. Januar 2008	105,8	68,8	37,0

– Post –
– in 1 000 –

Jahr	Insgesamt	Ruhe- gehalts- empfänger	Hinter- bliebene
1. Januar 1994	187,3	119,5	67,8
1. Januar 1995	191,7	123,7	68,0
1. Januar 1996	196,2	128,1	68,1
1. Januar 1997	200,7	132,6	68,1
1. Januar 1998	205,3	137,1	68,2
1. Januar 1999	209,7	141,5	68,2
1. Januar 2000	213,5	145,2	68,3
1. Januar 2001	217,9	149,6	68,3
1. Januar 2002	222,3	153,8	68,5
1. Januar 2003	224,7	156,2	68,5
1. Januar 2004	227,6	159,0	68,6
1. Januar 2005	230,7	161,9	68,8
1. Januar 2006	234,0	165,0	69,0
1. Januar 2007	237,0	167,7	69,3
1. Januar 2008	239,8	170,2	69,6

¹⁾ Einschl. Gemeindeverbände und kommunale Zweckverbände.– Bahn –
– in 1 000 –

Jahr	Insgesamt	Ruhe- gehalts- empfänger	Hinter- bliebene
1. Januar 1994	244,3	133,2	111,1
1. Januar 1995	242,1	132,0	110,1
1. Januar 1996	240,0	131,1	108,9
1. Januar 1997	237,9	130,3	107,6
1. Januar 1998	235,9	129,6	106,3
1. Januar 1999	233,6	129,0	104,6
1. Januar 2000	230,9	128,0	102,9
1. Januar 2001	228,3	127,4	100,9
1. Januar 2002	225,4	126,6	98,8
1. Januar 2003	221,2	124,6	96,6
1. Januar 2004	216,9	122,7	94,2
1. Januar 2005	212,7	121,0	91,7
1. Januar 2006	208,4	119,2	89,2
1. Januar 2007	204,1	117,4	86,7
1. Januar 2008	199,7	115,5	84,2

– mittelbarer öffentlicher Dienst –
– in 1 000 –

Jahr	Insgesamt	Ruhe- gehalts- empfänger	Hinter- bliebene
1. Januar 1994	15,9	8,7	7,2
1. Januar 1995	15,9	8,7	7,2
1. Januar 1996	15,9	8,8	7,1
1. Januar 1997	16,0	9,0	7,0
1. Januar 1998	16,1	9,2	6,9
1. Januar 1999	16,4	9,5	6,9
1. Januar 2000	16,5	9,7	6,8
1. Januar 2001	16,7	10,1	6,6
1. Januar 2002	17,1	10,6	6,5
1. Januar 2003	17,3	10,9	6,4
1. Januar 2004	17,7	11,3	6,4
1. Januar 2005	18,0	11,7	6,3
1. Januar 2006	18,5	12,2	6,3
1. Januar 2007	19,0	12,8	6,2
1. Januar 2008	19,5	13,3	6,2

Tabelle B13

Entwicklung der Versorgungsausgaben 1994 bis 2008
– Gebietskörperschaften (Beamte und Richter) –

Jahr	Variante 0				Variante 1				Variante 2				Variante 3			
	ins-gesamt	Ruhe-gehalt	Witwen-geld	Waisen-geld	ins-gesamt	Ruhe-gehalt	Witwen-geld	Waisen-geld	ins-gesamt	Ruhe-gehalt	Witwen-geld	Waisen-geld	ins-gesamt	Ruhe-gehalt	Witwen-geld	Waisen-geld
Millionen DM																
1994	28 845	21 542	7 107	196	28 845	21 542	7 107	196	28 845	21 542	7 107	196	28 845	21 542	7 107	196
1995	29 211	21 869	7 144	198	30 353	22 725	7 422	206	30 353	22 725	7 422	206	30 353	22 725	7 422	206
1996	29 778	22 410	7 170	198	31 654	23 822	7 621	211	31 654	23 822	7 621	211	31 654	23 822	7 621	211
1997	30 482	23 093	7 189	200	33 057	25 043	7 797	217	33 057	25 043	7 797	217	33 057	25 043	7 797	217
1998	31 340	23 933	7 205	202	34 493	26 343	7 930	220	34 493	26 343	7 930	220	34 493	26 343	7 930	220
1999	32 232	24 812	7 217	203	36 009	27 721	8 061	227	36 009	27 721	8 061	227	36 009	27 721	8 061	227
2000	33 295	25 865	7 225	205	37 754	29 331	8 193	230	37 754	29 331	8 193	230	37 754	29 331	8 193	230
2001	34 634	27 195	7 234	205	40 059	31 455	8 367	237	40 258	31 610	8 410	238	40 453	31 764	8 450	239
2002	35 757	28 306	7 245	206	42 187	33 395	8 548	244	42 603	33 723	8 633	247	43 019	34 053	8 717	249
2003	36 717	29 254	7 256	207	44 185	35 204	8 731	250	44 837	35 723	8 860	254	45 499	36 250	8 991	258
2004	37 918	30 431	7 278	209	46 544	37 354	8 933	257	47 463	38 092	9 109	262	48 398	38 841	9 289	268
2005	39 241	31 726	7 304	211	49 132	39 723	9 145	264	50 349	40 707	9 370	272	51 586	41 708	9 601	277
2006	40 668	33 111	7 343	214	51 937	42 286	9 377	274	53 483	43 545	9 657	281	55 068	44 835	9 944	289
2007	42 072	34 476	7 381	215	54 805	44 909	9 615	281	56 714	46 473	9 950	291	58 678	48 082	10 295	301
2008	43 481	35 828	7 435	218	57 772	47 604	9 878	290	60 079	49 503	10 273	303	62 466	51 469	10 681	316

Variante 0 = Ohne jährliche Anpassung.

Variante 1 = Jährliche Anpassung 1996 bis 2000 = 1,5% und ab 2001 = 2%.

Variante 2 = Jährliche Anpassung 1996 bis 2000 = 1,5% und ab 2001 = 2,5%.

Variante 3 = Jährliche Anpassung 1996 bis 2000 = 1,5% und ab 2001 = 3%.

– Bund (Beamte und Richter) –

Jahr	Variante 0				Variante 1				Variante 2				Variante 3			
	ins-gesamt	Ruhe-gehalt	Witwen-geld	Waisen-geld	ins-gesamt	Ruhe-gehalt	Witwen-geld	Waisen-geld	ins-gesamt	Ruhe-gehalt	Witwen-geld	Waisen-geld	ins-gesamt	Ruhe-gehalt	Witwen-geld	Waisen-geld
Millionen DM																
1994	2 764	1 992	755	17	2 764	1 992	755	17	2 764	1 992	755	17	2 764	1 992	755	17
1995	2 813	2 027	769	17	2 923	2 106	799	18	2 923	2 106	799	18	2 923	2 106	799	18
1996	2 880	2 081	782	17	3 061	2 212	831	18	3 061	2 212	831	18	3 061	2 212	831	18
1997	2 956	2 147	792	17	3 206	2 328	859	19	3 206	2 328	859	19	3 206	2 328	859	19
1998	3 047	2 227	802	18	3 353	2 451	883	19	3 353	2 451	883	19	3 353	2 451	883	19
1999	3 136	2 308	810	18	3 504	2 579	905	20	3 504	2 579	905	20	3 504	2 579	905	20
2000	3 242	2 407	817	18	3 676	2 730	926	20	3 676	2 730	926	20	3 676	2 730	926	20
2001	3 371	2 530	823	18	3 900	2 927	952	21	3 919	2 941	957	21	3 937	2 955	961	21
2002	3 465	2 619	828	18	4 088	3 089	977	22	4 129	3 120	987	22	4 169	3 150	997	22
2003	3 533	2 681	834	18	4 252	3 227	1 003	22	4 314	3 274	1 018	22	4 379	3 323	1 033	23
2004	3 624	2 766	840	18	4 449	3 395	1 031	23	4 536	3 462	1 051	23	4 626	3 530	1 072	24
2005	3 722	2 856	847	19	4 659	3 576	1 060	23	4 775	3 665	1 086	24	4 892	3 755	1 113	24
2006	3 824	2 951	854	19	4 883	3 768	1 091	24	5 028	3 880	1 123	25	5 177	3 995	1 157	25
2007	3 914	3 033	862	19	5 099	3 951	1 123	25	5 277	4 089	1 162	26	5 459	4 230	1 203	26
2008	3 988	3 097	872	19	5 299	4 115	1 159	25	5 511	4 279	1 205	27	5 730	4 449	1 253	28

Variante 0 = Ohne jährliche Anpassung.

Variante 1 = Jährliche Anpassung 1996 bis 2000 = 1,5% und ab 2001 = 2% von 1% ab 1996.

Variante 2 = Jährliche Anpassung 1996 bis 2000 = 1,5% und ab 2001 = 2,5%.

Variante 3 = Jährliche Anpassung 1996 bis 2000 = 1,5% und ab 2001 = 3%.

noch Tabelle B13

Entwicklung der Versorgungsausgaben 1994 bis 2008
– Bund (Berufssoldaten) –

Jahr	Variante 0				Variante 1				Variante 2				Variante 3			
	ins-gesamt	Ruhe-gehalt	Witwen-geld	Waisen-geld	ins-gesamt	Ruhe-gehalt	Witwen-geld	Waisen-geld	ins-gesamt	Ruhe-gehalt	Witwen-geld	Waisen-geld	ins-gesamt	Ruhe-gehalt	Witwen-geld	Waisen-geld
	Millionen DM															
1994	3 516	3 053	451	12	3 516	3 053	451	12	3 516	3 053	451	12	3 516	3 053	451	12
1995	3 582	3 084	485	13	3 722	3 204	504	14	3 722	3 204	504	14	3 722	3 204	504	14
1996	3 664	3 131	519	14	3 894	3 328	551	15	3 894	3 328	551	15	3 894	3 328	551	15
1997	3 754	3 188	551	15	4 070	3 457	597	16	4 070	3 457	597	16	4 070	3 457	597	16
1998	3 832	3 234	582	16	4 217	3 560	640	17	4 217	3 560	640	17	4 217	3 560	640	17
1999	3 889	3 262	611	16	4 346	3 645	683	18	4 346	3 645	683	18	4 346	3 645	683	18
2000	3 943	3 288	638	17	4 473	3 729	724	20	4 473	3 729	724	20	4 473	3 729	724	20
2001	4 001	3 320	663	18	4 628	3 840	767	21	4 651	3 859	771	21	4 674	3 878	775	21
2002	4 055	3 350	686	19	4 783	3 952	809	22	4 830	3 991	817	22	4 877	4 030	825	22
2003	4 094	3 370	705	19	4 926	4 055	848	23	4 999	4 115	861	23	5 074	4 176	874	24
2004	4 129	3 388	722	19	5 069	4 159	886	24	5 169	4 241	904	24	5 271	4 324	922	25
2005	4 162	3 406	736	20	5 211	4 264	922	25	5 340	4 370	944	26	5 471	4 477	968	26
2006	4 192	3 424	748	20	5 354	4 373	955	26	5 513	4 503	983	27	5 676	4 636	1 013	27
2007	4 218	3 441	757	20	5 495	4 482	986	27	5 686	4 638	1 020	28	5 882	4 799	1 055	28
2008	4 243	3 458	764	21	5 637	4 595	1 015	27	5 863	4 778	1 056	29	6 096	4 968	1 098	30

Variante 0 = Ohne jährliche Anpassung.

Variante 1 = Jährliche Anpassung 1996 bis 2000 = 1,5% und ab 2001 = 2%.

Variante 2 = Jährliche Anpassung 1996 bis 2000 = 1,5% und ab 2001 = 2,5%.

Variante 3 = Jährliche Anpassung 1996 bis 2000 = 1,5% und ab 2001 = 3%.

– Bund (G131) –

Jahr	Variante 0				Variante 1				Variante 2				Variante 3			
	ins-gesamt	Ruhe-gehalt	Witwen-geld	Waisen-geld	ins-gesamt	Ruhe-gehalt	Witwen-geld	Waisen-geld	ins-gesamt	Ruhe-gehalt	Witwen-geld	Waisen-geld	ins-gesamt	Ruhe-gehalt	Witwen-geld	Waisen-geld
	Millionen DM															
1994	2 448	623	1 811	14	2 448	623	1 811	14	2 448	623	1 811	14	2 448	623	1 811	14
1995	2 278	554	1 710	14	2 366	576	1 776	14	2 366	576	1 776	14	2 366	576	1 776	14
1996	2 110	489	1 608	13	2 243	520	1 709	14	2 243	520	1 709	14	2 243	520	1 709	14
1997	1 949	429	1 508	12	2 114	465	1 636	13	2 114	465	1 636	13	2 114	465	1 636	13
1998	1 791	372	1 408	11	1 971	409	1 550	12	1 971	409	1 550	12	1 971	409	1 550	12
1999	1 638	320	1 308	10	1 831	357	1 462	12	1 831	357	1 462	12	1 831	357	1 462	12
2000	1 491	272	1 209	10	1 691	309	1 371	11	1 691	309	1 371	11	1 691	309	1 371	11
2001	1 348	229	1 110	9	1 559	265	1 284	10	1 566	266	1 290	10	1 575	268	1 297	10
2002	1 210	191	1 011	8	1 428	225	1 193	10	1 442	227	1 205	10	1 456	229	1 217	10
2003	1 078	157	914	7	1 296	188	1 099	9	1 316	191	1 116	9	1 335	194	1 132	9
2004	952	127	818	7	1 168	156	1 004	8	1 191	159	1 024	8	1 214	162	1 044	8
2005	833	102	725	6	1 042	127	908	7	1 067	130	930	7	1 095	134	953	8
2006	721	80	636	5	923	103	813	7	950	106	837	7	978	109	862	7
2007	620	63	553	4	808	82	720	6	835	84	745	6	864	87	771	6
2008	526	48	474	4	699	64	630	5	727	66	656	5	756	69	682	5

Variante 0 = Ohne jährliche Anpassung.

Variante 1 = Jährliche Anpassung 1996 bis 2000 = 1,5% und ab 2001 = 2%.

Variante 2 = Jährliche Anpassung 1996 bis 2000 = 1,5% und ab 2001 = 2,5%.

Variante 3 = Jährliche Anpassung 1996 bis 2000 = 1,5% und ab 2001 = 3%.

noch Tabelle B 13

Entwicklung der Versorgungsausgaben 1994 bis 2008

– Länder (insgesamt) –

Jahr	Variante 0				Variante 1				Variante 2				Variante 3			
	ins-gesamt	Ruhe-gehalt	Witwen-geld	Waisen-geld	ins-gesamt	Ruhe-gehalt	Witwen-geld	Waisen-geld	ins-gesamt	Ruhe-gehalt	Witwen-geld	Waisen-geld	ins-gesamt	Ruhe-gehalt	Witwen-geld	Waisen-geld
Millionen DM																
1994	21 776	16 454	5 164	158	21 776	16 454	5 164	158	21 776	16 454	5 164	158	21 776	16 454	5 164	158
1995	22 114	16 754	5 200	160	22 979	17 410	5 403	166	22 979	17 410	5 403	166	22 979	17 410	5 403	166
1996	22 618	17 229	5 229	160	24 044	18 315	5 558	171	24 044	18 315	5 558	171	24 044	18 315	5 558	171
1997	23 240	17 823	5 255	162	25 203	19 328	5 699	176	25 203	19 328	5 699	176	25 203	19 328	5 699	176
1998	23 990	18 548	5 278	164	26 404	20 416	5 809	179	26 404	20 416	5 809	179	26 404	20 416	5 809	179
1999	24 778	19 313	5 300	165	27 682	21 577	5 920	185	27 682	21 577	5 920	185	27 682	21 577	5 920	185
2000	25 707	20 220	5 320	167	29 150	22 929	6 033	188	29 150	22 929	6 033	188	29 150	22 929	6 033	188
2001	26 866	21 356	5 342	168	31 073	24 701	6 178	194	31 228	24 823	6 210	195	31 380	24 944	6 240	196
2002	27 865	22 329	5 367	169	32 877	26 345	6 332	200	33 199	26 603	6 394	202	33 524	26 864	6 456	204
2003	28 747	23 186	5 391	170	34 594	27 901	6 487	206	35 105	28 313	6 583	209	35 622	28 730	6 680	212
2004	29 827	24 230	5 424	173	36 613	29 743	6 658	212	37 335	30 330	6 789	216	38 071	30 927	6 923	221
2005	31 013	25 378	5 461	174	38 830	31 774	6 837	219	39 792	32 561	7 006	225	40 769	33 362	7 178	229
2006	32 285	26 600	5 508	177	41 232	33 971	7 034	227	42 460	34 983	7 244	233	43 718	36 019	7 459	240
2007	33 541	27 809	5 553	179	43 691	36 224	7 234	233	45 213	37 485	7 486	242	46 780	38 784	7 745	251
2008	34 814	29 021	5 611	182	46 256	38 560	7 454	242	48 102	40 098	7 752	252	50 014	41 691	8 060	263

Variante 0 = Ohne jährliche Anpassung.

Variante 1 = Jährliche Anpassung 1996 bis 2000 = 1,5 % und ab 2001 = 2 %.

Variante 2 = Jährliche Anpassung 1996 bis 2000 = 1,5 % und ab 2001 = 2,5 %.

Variante 3 = Jährliche Anpassung 1996 bis 2000 = 1,5 % und ab 2001 = 3 %.

– Länder (Schuldienst) –

Jahr	Variante 0				Variante 1				Variante 2				Variante 3			
	ins-gesamt	Ruhe-gehalt	Witwen-geld	Waisen-geld	ins-gesamt	Ruhe-gehalt	Witwen-geld	Waisen-geld	ins-gesamt	Ruhe-gehalt	Witwen-geld	Waisen-geld	ins-gesamt	Ruhe-gehalt	Witwen-geld	Waisen-geld
Millionen DM																
1994	9 459	7 647	1 734	78	9 459	7 647	1 734	78	9 459	7 647	1 734	78	9 459	7 647	1 734	78
1995	9 733	7 881	1 772	80	10 114	8 190	1 841	83	10 114	8 190	1 841	83	10 114	8 190	1 841	83
1996	10 108	8 218	1 809	81	10 746	8 736	1 923	87	10 746	8 736	1 923	87	10 746	8 736	1 923	87
1997	10 566	8 636	1 847	83	11 459	9 366	2 003	90	11 459	9 366	2 003	90	11 459	9 366	2 003	90
1998	11 114	9 143	1 886	85	12 233	10 064	2 076	93	12 233	10 064	2 076	93	12 233	10 064	2 076	93
1999	11 698	9 684	1 927	87	13 068	10 819	2 152	97	13 068	10 819	2 152	97	13 068	10 819	2 152	97
2000	12 376	10 318	1 969	89	14 033	11 700	2 233	100	14 033	11 700	2 233	100	14 033	11 700	2 233	100
2001	13 214	11 108	2 015	91	15 283	12 848	2 330	105	15 358	12 911	2 342	105	15 433	12 974	2 353	106
2002	13 982	11 825	2 064	93	16 496	13 951	2 435	110	16 658	14 088	2 459	111	16 821	14 226	2 483	112
2003	14 694	12 484	2 115	95	17 683	15 023	2 545	115	17 944	15 245	2 583	116	18 209	15 470	2 621	118
2004	15 549	13 279	2 172	98	19 086	16 300	2 666	120	19 463	16 622	2 719	122	19 846	16 949	2 772	125
2005	16 499	14 168	2 231	100	20 658	17 738	2 794	126	21 169	18 177	2 863	129	21 690	18 625	2 933	132
2006	17 505	15 104	2 298	103	22 356	19 289	2 935	132	23 022	19 864	3 022	136	23 704	20 452	3 112	140
2007	18 477	16 011	2 360	106	24 069	20 856	3 075	138	24 907	21 582	3 182	143	25 770	22 330	3 292	148
2008	19 451	16 912	2 430	109	25 844	22 471	3 228	145	26 875	23 367	3 357	151	27 943	24 295	3 491	157

Variante 0 = Ohne jährliche Anpassung.

Variante 1 = Jährliche Anpassung 1996 bis 2000 = 1,5 % und ab 2001 = 2 %.

Variante 2 = Jährliche Anpassung 1996 bis 2000 = 1,5 % und ab 2001 = 2,5 %.

Variante 3 = Jährliche Anpassung 1996 bis 2000 = 1,5 % und ab 2001 = 3 %.

noch Tabelle B13

Entwicklung der Versorgungsausgaben 1994 bis 2008
– Länder (Vollzugsdienst) –

Jahr	Variante 0				Variante 1				Variante 2				Variante 3			
	ins-gesamt	Ruhe-gehalt	Witwen-geld	Waisen-geld	ins-gesamt	Ruhe-gehalt	Witwen-geld	Waisen-geld	ins-gesamt	Ruhe-gehalt	Witwen-geld	Waisen-geld	ins-gesamt	Ruhe-gehalt	Witwen-geld	Waisen-geld
	Millionen DM															
1994	3 272	2 434	823	15	3 272	2 434	823	15	3 272	2 434	823	15	3 272	2 434	823	15
1995	3 358	2 507	836	15	3 489	2 605	868	16	3 489	2 605	868	16	3 489	2 605	868	16
1996	3 462	2 600	847	15	3 680	2 764	900	16	3 680	2 764	900	16	3 680	2 764	900	16
1997	3 576	2 703	858	15	3 878	2 931	930	17	3 878	2 931	930	17	3 878	2 931	930	17
1998	3 707	2 824	867	16	4 079	3 108	954	17	4 079	3 108	954	17	4 079	3 108	954	17
1999	3 845	2 954	875	16	4 296	3 301	977	18	4 296	3 301	977	18	4 296	3 301	977	18
2000	3 993	3 095	882	16	4 528	3 510	1 000	18	4 528	3 510	1 000	18	4 528	3 510	1 000	18
2001	4 149	3 246	887	16	4 798	3 754	1 026	18	4 824	3 773	1 032	19	4 847	3 791	1 037	19
2002	4 287	3 379	892	16	5 059	3 987	1 053	19	5 108	4 026	1 063	19	5 158	4 066	1 073	19
2003	4 414	3 502	896	16	5 311	4 214	1 078	19	5 390	4 276	1 094	20	5 469	4 339	1 110	20
2004	4 543	3 628	899	16	5 578	4 454	1 104	20	5 687	4 542	1 125	20	5 800	4 631	1 148	21
2005	4 644	3 726	902	16	5 814	4 665	1 129	20	5 959	4 781	1 157	21	6 104	4 898	1 185	21
2006	4 729	3 808	905	16	6 039	4 863	1 155	21	6 219	5 008	1 190	21	6 403	5 156	1 225	22
2007	4 824	3 901	907	16	6 284	5 081	1 182	21	6 503	5 258	1 223	22	6 728	5 440	1 265	23
2008	4 926	3 999	911	16	6 545	5 313	1 210	22	6 806	5 525	1 258	23	7 077	5 745	1 308	24

Variante 0 = Ohne jährliche Anpassung.

Variante 1 = Jährliche Anpassung 1996 bis 2000 = 1,5 % und ab 2001 = 2 %.

Variante 2 = Jährliche Anpassung 1996 bis 2000 = 1,5 % und ab 2001 = 2,5 %.

Variante 3 = Jährliche Anpassung 1996 bis 2000 = 1,5 % und ab 2001 = 3 %.

– Länder (Übrige Bereiche) –

Jahr	Variante 0				Variante 1				Variante 2				Variante 3			
	ins-gesamt	Ruhe-gehalt	Witwen-geld	Waisen-geld	ins-gesamt	Ruhe-gehalt	Witwen-geld	Waisen-geld	ins-gesamt	Ruhe-gehalt	Witwen-geld	Waisen-geld	ins-gesamt	Ruhe-gehalt	Witwen-geld	Waisen-geld
	Millionen DM															
1994	9 045	6 373	2 607	65	9 045	6 373	2 607	65	9 045	6 373	2 607	65	9 045	6 373	2 607	65
1995	9 023	6 366	2 592	65	9 376	6 615	2 694	67	9 376	6 615	2 694	67	9 376	6 615	2 694	67
1996	9 048	6 411	2 573	64	9 618	6 815	2 735	68	9 618	6 815	2 735	68	9 618	6 815	2 735	68
1997	9 098	6 484	2 550	64	9 866	7 031	2 766	69	9 866	7 031	2 766	69	9 866	7 031	2 766	69
1998	9 169	6 581	2 525	63	10 092	7 244	2 779	69	10 092	7 244	2 779	69	10 092	7 244	2 779	69
1999	9 235	6 675	2 498	62	10 318	7 457	2 791	70	10 318	7 457	2 791	70	10 318	7 457	2 791	70
2000	9 338	6 807	2 469	62	10 589	7 719	2 800	70	10 589	7 719	2 800	70	10 589	7 719	2 800	70
2001	9 503	7 002	2 440	61	10 992	8 099	2 822	71	11 046	8 139	2 836	71	11 100	8 179	2 850	71
2002	9 596	7 125	2 411	60	11 322	8 407	2 844	71	11 433	8 489	2 872	72	11 545	8 572	2 900	73
2003	9 639	7 200	2 380	59	11 600	8 664	2 864	72	11 771	8 792	2 906	73	11 944	8 921	2 949	74
2004	9 735	7 323	2 353	59	11 949	8 989	2 888	72	12 185	9 166	2 945	74	12 425	9 347	3 003	75
2005	9 870	7 484	2 328	58	12 358	9 371	2 914	73	12 664	9 603	2 986	75	12 975	9 839	3 060	76
2006	10 051	7 688	2 305	58	12 837	9 819	2 944	74	13 219	10 111	3 032	76	13 611	10 411	3 133	78
2007	10 240	7 897	2 286	57	13 338	10 287	2 977	74	13 803	10 645	3 081	77	14 282	11 014	3 188	80
2008	10 437	8 110	2 270	57	13 867	10 776	3 016	75	14 421	11 206	3 137	78	14 994	11 651	3 261	82

Variante 0 = Ohne jährliche Anpassung.

Variante 1 = Jährliche Anpassung 1996 bis 2000 = 1,5 % und ab 2001 = 2 %.

Variante 2 = Jährliche Anpassung 1996 bis 2000 = 1,5 % und ab 2001 = 2,5 %.

Variante 3 = Jährliche Anpassung 1996 bis 2000 = 1,5 % und ab 2001 = 3 %.

noch Tabelle B13

Entwicklung der Versorgungsausgaben 1994 bis 2008
– Gemeinden *) –

Jahr	Variante 0				Variante 1				Variante 2				Variante 3			
	ins-gesamt	Ruhe-gehalt	Witwen-geld	Waisen-geld	ins-gesamt	Ruhe-gehalt	Witwen-geld	Waisen-geld	ins-gesamt	Ruhe-gehalt	Witwen-geld	Waisen-geld	ins-gesamt	Ruhe-gehalt	Witwen-geld	Waisen-geld
	Millionen DM															
1994	4 305	3 096	1 188	21	4 305	3 096	1 188	21	4 305	3 096	1 188	21	4 305	3 096	1 188	21
1995	4 284	3 088	1 175	21	4 451	3 209	1 220	22	4 451	3 209	1 220	22	4 451	3 209	1 220	22
1996	4 280	3 100	1 159	21	4 549	3 295	1 232	22	4 549	3 295	1 232	22	4 549	3 295	1 232	22
1997	4 286	3 123	1 142	21	4 648	3 387	1 239	22	4 648	3 387	1 239	22	4 648	3 387	1 239	22
1998	4 303	3 158	1 125	20	4 736	3 476	1 238	22	4 736	3 476	1 238	22	4 736	3 476	1 238	22
1999	4 318	3 191	1 107	20	4 823	3 565	1 236	22	4 823	3 565	1 236	22	4 823	3 565	1 236	22
2000	4 346	3 238	1 088	20	4 928	3 672	1 234	22	4 928	3 672	1 234	22	4 928	3 672	1 234	22
2001	4 397	3 309	1 069	19	5 086	3 827	1 237	22	5 111	3 846	1 243	22	5 136	3 865	1 249	22
2002	4 427	3 358	1 050	19	5 222	3 961	1 239	22	5 275	4 000	1 252	23	5 326	4 039	1 264	23
2003	4 437	3 387	1 031	19	5 339	4 076	1 241	22	5 418	4 136	1 259	23	5 498	4 197	1 278	23
2004	4 467	3 435	1 014	18	5 482	4 216	1 244	22	5 592	4 300	1 269	23	5 701	4 384	1 294	23
2005	4 506	3 492	996	18	5 643	4 373	1 248	22	5 782	4 481	1 278	23	5 925	4 591	1 310	24
2006	4 559	3 560	981	18	5 822	4 547	1 252	23	5 995	4 682	1 290	23	6 173	4 821	1 328	24
2007	4 617	3 634	966	17	6 015	4 734	1 258	23	6 224	4 899	1 302	23	6 439	5 068	1 347	24
2008	4 679	3 710	952	17	6 217	4 929	1 265	23	6 466	5 126	1 316	24	6 722	5 329	1 368	25

*) Einschließlich Gemeindeverbände und kommunale Zweckverbände.

Variante 0 = Ohne jährliche Anpassung.

Variante 1 = Jährliche Anpassung 1996 bis 2000 = 1,5 % und ab 2001 = 2 %.

Variante 2 = Jährliche Anpassung 1996 bis 2000 = 1,5 % und ab 2001 = 2,5 %.

Variante 3 = Jährliche Anpassung 1996 bis 2000 = 1,5 % und ab 2001 = 3 %.

– Bahn –

Jahr	Variante 0				Variante 1				Variante 2				Variante 3			
	ins-gesamt	Ruhe-gehalt	Witwen-geld	Waisen-geld	ins-gesamt	Ruhe-gehalt	Witwen-geld	Waisen-geld	ins-gesamt	Ruhe-gehalt	Witwen-geld	Waisen-geld	ins-gesamt	Ruhe-gehalt	Witwen-geld	Waisen-geld
	Millionen DM															
1994	6 892	4 835	2 027	30	6 892	4 835	2 027	30	6 892	4 835	2 027	30	6 892	4 835	2 027	30
1995	6 832	4 796	2 006	30	7 097	4 982	2 084	31	7 097	4 982	2 084	31	7 097	4 982	2 084	31
1996	6 776	4 763	1 983	30	7 200	5 062	2 106	32	7 200	5 062	2 106	32	7 200	5 062	2 106	32
1997	6 721	4 735	1 957	29	7 289	5 135	2 122	32	7 289	5 135	2 122	32	7 289	5 135	2 122	32
1998	6 667	4 710	1 928	29	7 339	5 184	2 123	32	7 339	5 184	2 123	32	7 339	5 184	2 123	32
1999	6 603	4 678	1 897	28	7 378	5 227	2 119	32	7 378	5 227	2 119	32	7 378	5 227	2 119	32
2000	6 538	4 648	1 862	28	7 415	5 271	2 112	32	7 415	5 271	2 112	32	7 415	5 271	2 112	32
2001	6 473	4 621	1 825	27	7 488	5 345	2 111	32	7 524	5 371	2 121	32	7 560	5 397	2 131	32
2002	6 380	4 569	1 784	27	7 527	5 390	2 105	32	7 601	5 443	2 126	32	7 674	5 496	2 146	32
2003	6 262	4 496	1 740	26	7 536	5 411	2 094	31	7 648	5 491	2 125	32	7 760	5 571	2 157	32
2004	6 151	4 430	1 696	25	7 551	5 438	2 082	31	7 700	5 545	2 123	32	7 851	5 654	2 165	32
2005	6 040	4 365	1 650	25	7 562	5 465	2 066	31	7 750	5 601	2 117	32	7 941	5 739	2 169	33
2006	5 929	4 301	1 604	24	7 572	5 493	2 048	31	7 797	5 656	2 109	32	8 028	5 824	2 171	33
2007	5 813	4 233	1 557	23	7 572	5 514	2 028	30	7 835	5 706	2 098	31	8 108	5 904	2 171	33
2008	5 695	4 162	1 510	23	7 567	5 530	2 007	30	7 868	5 750	2 087	31	8 181	5 978	2 170	33

Variante 0 = Ohne jährliche Anpassung.

Variante 1 = Jährliche Anpassung 1996 bis 2000 = 1,5 % und ab 2001 = 2 %.

Variante 2 = Jährliche Anpassung 1996 bis 2000 = 1,5 % und ab 2001 = 2,5 %.

Variante 3 = Jährliche Anpassung 1996 bis 2000 = 1,5 % und ab 2001 = 3 %.

noch Tabelle B 13

Entwicklung der Versorgungsausgaben 1994 bis 2008

– Post –

Jahr	Variante 0				Variante 1				Variante 2				Variante 3			
	ins-gesamt	Ruhe-gehalt	Witwen-geld	Waisen-geld	ins-gesamt	Ruhe-gehalt	Witwen-geld	Waisen-geld	ins-gesamt	Ruhe-gehalt	Witwen-geld	Waisen-geld	ins-gesamt	Ruhe-gehalt	Witwen-geld	Waisen-geld
	Millionen DM															
1994	5 588	4 371	1 193	24	5 588	4 371	1 193	24	5 588	4 371	1 193	24	5 588	4 371	1 193	24
1995	5 743	4 524	1 195	24	5 968	4 702	1 241	25	5 968	4 702	1 241	25	5 968	4 702	1 241	25
1996	5 903	4 683	1 196	24	6 275	4 979	1 271	25	6 275	4 979	1 271	25	6 275	4 979	1 271	25
1997	6 063	4 842	1 197	24	6 575	5 251	1 298	26	6 575	5 251	1 298	26	6 575	5 251	1 298	26
1998	6 222	5 000	1 198	24	6 848	5 504	1 318	26	6 848	5 504	1 318	26	6 848	5 504	1 318	26
1999	6 365	5 143	1 198	24	7 113	5 747	1 339	27	7 113	5 747	1 339	27	7 113	5 747	1 339	27
2000	6 510	5 287	1 199	24	7 382	5 995	1 360	27	7 382	5 995	1 360	27	7 382	5 995	1 360	27
2001	6 664	5 440	1 200	24	7 710	6 293	1 389	28	7 746	6 323	1 395	28	7 784	6 354	1 402	28
2002	6 785	5 559	1 202	24	8 005	6 559	1 418	28	8 084	6 623	1 432	29	8 163	6 688	1 446	29
2003	6 875	5 648	1 203	24	8 273	6 797	1 447	29	8 395	6 897	1 469	29	8 518	6 998	1 490	30
2004	6 977	5 748	1 205	24	8 564	7 055	1 479	30	8 733	7 195	1 508	30	8 905	7 336	1 538	31
2005	7 084	5 852	1 208	24	8 869	7 327	1 512	30	9 090	7 509	1 550	31	9 313	7 693	1 588	32
2006	7 193	5 957	1 212	24	9 185	7 607	1 547	31	9 459	7 834	1 593	32	9 740	8 066	1 641	33
2007	7 290	6 050	1 216	24	9 496	7 880	1 584	32	9 827	8 155	1 639	33	10 167	8 437	1 696	34
2008	7 384	6 139	1 221	24	9 812	8 157	1 623	32	10 203	8 482	1 687	34	10 608	8 819	1 754	35

Variante 0 = Ohne jährliche Anpassung.

Variante 1 = Jährliche Anpassung 1996 bis 2000 = 1,5 % und ab 2001 = 2 %.

Variante 2 = Jährliche Anpassung 1996 bis 2000 = 1,5 % und ab 2001 = 2,5 %.

Variante 3 = Jährliche Anpassung 1996 bis 2000 = 1,5 % und ab 2001 = 3 %.

– mittelbarer öffentlicher Dienst –

Jahr	Variante 0				Variante 1				Variante 2				Variante 3			
	ins-gesamt	Ruhe-gehalt	Witwen-geld	Waisen-geld	ins-gesamt	Ruhe-gehalt	Witwen-geld	Waisen-geld	ins-gesamt	Ruhe-gehalt	Witwen-geld	Waisen-geld	ins-gesamt	Ruhe-gehalt	Witwen-geld	Waisen-geld
	Millionen DM															
1994	702	495	204	3	702	495	204	3	702	495	204	3	702	495	204	3
1995	703	499	201	3	730	518	209	3	730	518	209	3	730	518	209	3
1996	708	506	199	3	752	538	211	3	752	538	211	3	752	538	211	3
1997	716	516	197	3	776	560	213	3	776	560	213	3	776	560	213	3
1998	727	530	194	3	800	583	214	3	800	583	214	3	800	583	214	3
1999	739	545	191	3	826	609	214	3	826	609	214	3	826	609	214	3
2000	756	564	189	3	857	640	214	3	857	640	214	3	857	640	214	3
2001	779	590	186	3	900	682	215	3	905	686	216	3	909	689	217	3
2002	798	611	184	3	941	721	217	3	951	728	219	4	960	735	221	4
2003	814	629	182	3	978	756	219	3	994	768	222	4	1 008	779	225	4
2004	836	653	180	3	1 026	801	221	4	1 046	817	225	4	1 066	833	229	4
2005	861	680	178	3	1 078	851	223	4	1 104	872	228	4	1 131	893	234	4
2006	890	710	177	3	1 136	906	226	4	1 169	933	232	4	1 204	961	239	4
2007	919	741	175	3	1 197	965	228	4	1 239	999	236	4	1 282	1 033	245	4
2008	948	771	174	3	1 260	1 024	232	4	1 310	1 065	241	4	1 362	1 107	251	4

Variante 0 = Ohne jährliche Anpassung.

Variante 1 = Jährliche Anpassung 1996 bis 2000 = 1,5 % und ab 2001 = 2 %.

Variante 2 = Jährliche Anpassung 1996 bis 2000 = 1,5 % und ab 2001 = 2,5 %.

Variante 3 = Jährliche Anpassung 1996 bis 2000 = 1,5 % und ab 2001 = 3 %.

Zahlen zur Versorgung im öffentlichen Dienst**zu Teil C Zusatzversorgungseinrichtungen des öffentlichen Dienstes****Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL)**

Anhang	Seite
C 1 Altersschichtung der Versicherten und Durchschnittsalter 1993	183
C 2 Altersschichtung der Pflichtversicherten 1993 als Schaubild	184
C 3 Altersschichtung der Versorgungsrentenberechtigten und Durchschnittsalter 1993	185
C 4 Altersschichtung der Versorgungsrentenberechtigten 1993 (ohne Hinterbliebene) als Schaubild	186
C 5 Durchschnittswerte im Monat Dezember 1993 von Versorgungsrenten für Versicherte nach der Art des Rentenfalles, bezogen auf den Gesamtbestand und den Neuzugang 1993	187
Arbeitsgemeinschaft der kommunalen und kirchlichen Zusatzversorgungskassen (AGZVK)	
Hinweis: Die für die einzelnen Übersichten und Schaubilder erforderlichen Daten konnten nicht von allen in der AGZVK zusammengeschlossenen Zusatzversorgungskassen mitgeteilt werden. Die Übersichten und Schaubilder geben daher nur einen Teilbereich der AGZVK wieder; die Daten sind jedoch für den Gesamtbereich der AGZVK repräsentativ.	
C 6 Altersschichtung der Versicherten und Durchschnittsalter 1993	188
C 7 Altersschichtung der Pflichtversicherten 1993 als Schaubild	189
C 8 Altersschichtung der Versorgungsrentenberechtigten 1993	190
C 9 Altersschichtung der Versorgungsrentenberechtigten 1993 (ohne Hinterbliebene) als Schaubild	191
C 10 Durchschnittswerte im Monat Dezember 1993 von Versorgungsrenten für Versicherte nach der Art des Rentenfalles, bezogen auf den Gesamtbestand und den Neuzugang 1993	192
Versorgungsanstalt der Deutschen Bundespost (VAP)	
C 11 Altersschichtung der Versicherten 1993	193
C 12 Altersschichtung der Pflichtversicherten 1993 als Schaubild	194
Bahnversicherungsanstalt Abteilung B (BVA Abt. B)	
C 13 Altersschichtung der Versicherten und Durchschnittsalter 1993 für Teil D	195
C 14 Altersschichtung der Pflichtversicherten 1993 für Teil D als Schaubild	196
C 15 Altersschichtung der Zusatzrentenberechtigten und Durchschnittsalter 1993 für Teil C	197
C 16 Altersschichtung der Versorgungsrentenberechtigten und Durchschnittsalter 1993 für Teil D	198
C 17 Altersschichtung der Zusatzrentenberechtigten 1993 (ohne Hinterbliebene) für Teil C als Schaubild	199
C 18 Altersschichtung der Versorgungsrentenberechtigten 1993 (ohne Hinterbliebene) für Teil D als Schaubild	200

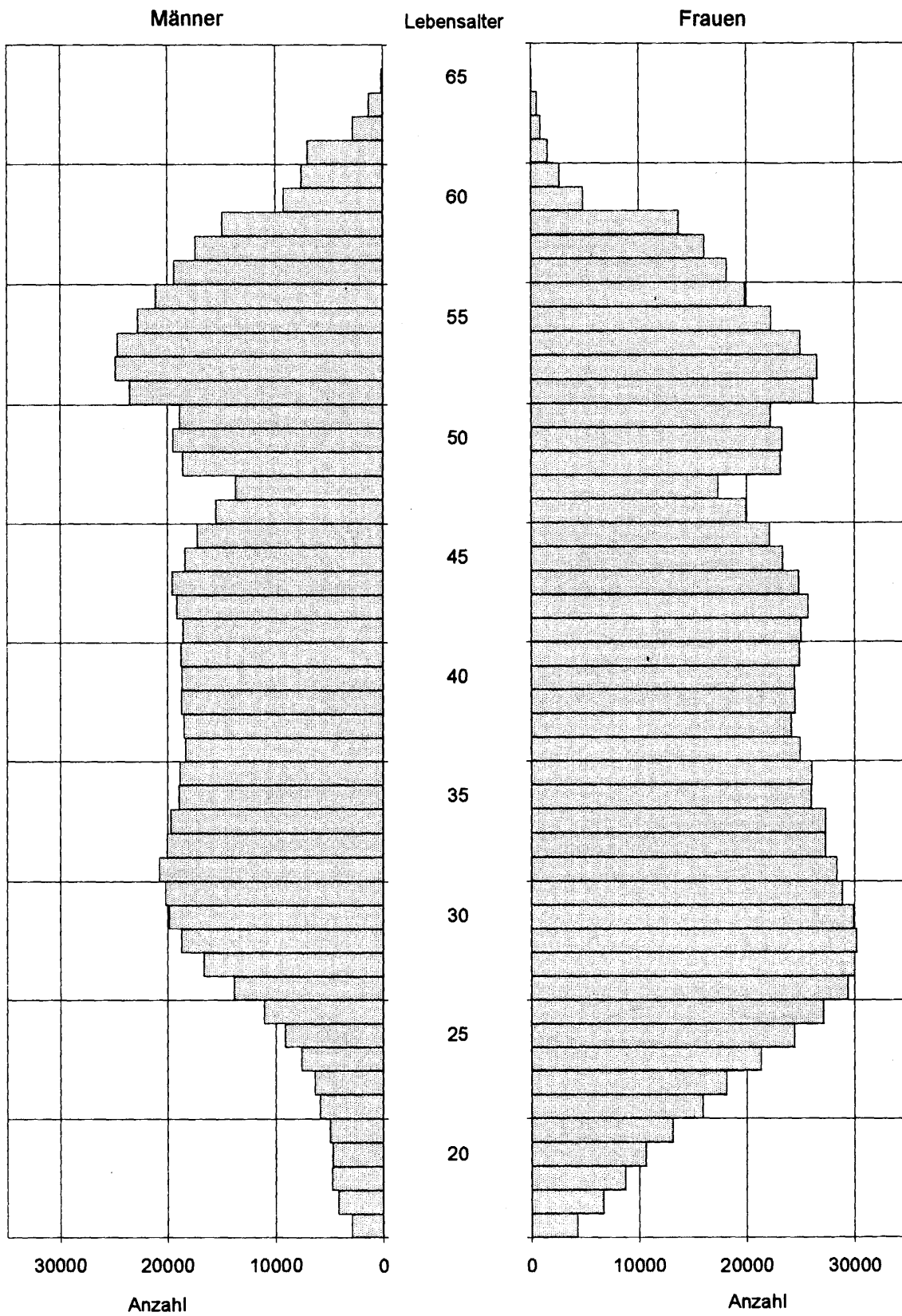
Anhang	Seite
C 19 Durchschnittswerte im Monat Dezember 1993 von Zusatzrenten für Versicherte nach der Art des Rentenfalles, bezogen auf den Gesamtbestand für Teil C	201
C 20 Durchschnittswerte im Monat Dezember 1993 von Versorgungsrenten für Versicherte nach der Art des Rentenfalles, bezogen auf den Gesamtbestand und den Neuzugang 1993 für Teil D	201
C 21 Entwicklung der Zahl der Arbeitnehmer von 1960 bis 1993 nach Beschäftigungsbereichen	
Beschäftigte insgesamt	202
Vollzeitbeschäftigte	203
Teilzeitbeschäftigte	204

Altersschichtung der Versicherten und Durchschnittsalter 1993 bei der VBL

Lebensalter (Jahre)	Geburts- jahr(e)	Pflichtversicherte			beitragsfrei Versicherte			Versicherte insgesamt		
		Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt
Anzahl										
66 und älter	bis 1927	9	6	15			0	9	6	15
65	1928	146	80	226	5 405	6 298	11 703	5 551	6 378	11 929
Teilsumme		155	86	241	5 405	6 298	11 703	5 560	6 384	11 944
64	1929	1 305	623	1 928	5 512	6 414	11 926	6 817	7 037	13 854
63	1930	2 816	953	3 769	6 454	6 656	13 110	9 270	7 609	16 879
62	1931	7 006	1 629	8 635	5 827	6 495	12 322	12 833	8 124	20 957
61	1932	7 604	2 684	10 288	6 230	7 080	13 310	13 834	9 764	23 598
60	1933	9 230	4 870	14 100	6 916	8 058	14 974	16 146	12 928	29 074
Teilsumme		27 961	10 759	38 720	30 939	34 703	65 642	58 900	45 462	104 362
59	1934	14 920	13 747	28 667	9 126	10 727	19 853	24 046	24 474	48 520
58	1935	17 403	16 115	33 518	9 496	12 129	21 625	26 899	28 244	55 143
57	1936	19 387	18 204	37 591	9 820	13 202	23 022	29 207	31 406	60 613
56	1937	21 098	19 919	41 017	11 006	14 381	25 387	32 104	34 300	66 404
55	1938	22 746	22 342	45 088	12 567	16 763	29 330	35 313	39 105	74 418
Teilsumme		95 554	90 327	185 881	52 015	67 202	119 217	147 569	157 529	305 098
54	1939	24 640	25 027	49 667	14 080	19 323	33 403	38 720	44 350	83 070
53	1940	24 822	26 559	51 381	15 451	20 779	36 230	40 273	47 338	87 611
52	1941	23 497	26 178	49 675	15 997	21 414	37 411	39 494	47 592	87 086
51	1942	18 876	22 257	41 133	14 390	19 024	33 414	33 266	41 281	74 547
50	1943	19 473	23 359	42 832	16 285	20 874	37 159	35 758	44 233	79 991
Teilsumme		111 308	123 380	234 688	76 203	101 414	177 617	187 511	224 794	412 305
49	1944	18 547	23 223	41 770	16 958	21 691	38 649	35 505	44 914	80 419
48	1945	13 690	17 390	31 080	13 015	17 656	30 671	26 705	35 046	61 751
47	1946	15 535	19 977	35 512	15 368	20 540	35 908	30 903	40 517	71 420
46	1947	17 256	22 163	39 419	17 687	23 410	41 097	34 943	45 573	80 516
45	1948	18 405	23 406	41 811	19 661	26 605	46 266	38 066	50 011	88 077
Teilsumme		83 433	106 159	189 592	82 689	109 902	192 591	166 122	216 061	382 183
44	1949	19 562	24 856	44 418	21 985	29 622	51 607	41 547	54 478	96 025
43	1950	19 131	25 700	44 831	22 334	32 020	54 354	41 465	57 720	99 185
42	1951	18 562	25 047	43 609	22 546	32 736	55 282	41 108	57 783	98 891
41	1952	18 747	24 900	43 647	23 053	34 948	58 001	41 800	59 848	101 648
40	1953	18 652	24 453	43 105	22 417	37 002	59 419	41 069	61 455	102 524
Teilsumme		94 654	124 956	219 610	112 335	166 328	278 663	206 989	291 284	498 273
39	1954	18 705	24 506	43 211	21 996	37 372	59 368	40 701	61 878	102 579
38	1955	18 496	24 168	42 664	20 489	34 680	55 169	38 985	58 848	97 833
37	1956	18 322	24 956	43 278	19 658	31 702	51 360	37 980	56 658	94 638
36	1957	18 867	26 082	44 949	19 044	29 836	48 880	37 911	55 918	93 829
35	1958	18 952	25 998	44 950	18 019	28 894	46 913	36 971	54 892	91 863
Teilsumme		93 342	125 710	219 052	99 206	162 484	261 690	192 548	288 194	480 742
34	1959	19 697	27 337	47 034	18 047	27 977	46 024	37 744	55 314	93 058
33	1960	20 033	27 321	47 354	16 892	26 118	43 010	36 925	53 439	90 364
32	1961	20 750	28 378	49 128	15 669	23 722	39 391	36 419	52 100	88 519
31	1962	20 173	28 903	49 076	14 315	21 602	35 917	34 488	50 505	84 993
30	1963	19 839	29 934	49 773	13 222	20 743	33 965	33 061	50 677	83 738
Teilsumme		100 492	141 873	242 365	78 145	120 162	198 307	178 637	262 035	440 672
29	1964	18 715	30 229	48 944	12 158	19 438	31 596	30 873	49 667	80 540
28	1965	16 676	30 059	46 735	10 899	17 830	28 729	27 575	47 889	75 464
27	1966	13 900	29 404	43 304	10 428	16 825	27 253	24 328	46 229	70 557
26	1967	11 111	27 126	38 237	9 764	15 105	24 869	20 875	42 231	63 106
25	1968	9 141	24 436	33 577	9 079	13 142	22 221	18 220	37 578	55 798
Teilsumme		69 543	141 254	210 797	52 328	82 340	134 668	121 871	223 594	345 465
24	1969	7 648	21 372	29 020	7 799	10 593	18 392	15 447	31 965	47 412
23	1970	6 378	18 159	24 537	6 340	8 023	14 363	12 718	26 182	38 900
22	1971	5 909	15 955	21 864	5 047	6 210	11 257	10 956	22 165	33 121
21	1972	4 996	13 154	18 150	3 605	4 227	7 832	8 601	17 381	25 982
20	1973	4 765	10 650	15 415	2 039	2 498	4 537	6 804	13 148	19 952
Teilsumme		29 696	79 290	108 986	24 830	31 551	56 381	54 526	110 841	165 367
19	1974	4 803	8 754	13 557	758	1 226	1 984	5 561	9 980	15 541
18	1975	4 212	6 740	10 952	234	402	636	4 446	7 142	11 588
17	1976	2 928	4 319	7 247	49	91	140	2 977	4 410	7 387
Teilsumme		11 943	19 813	31 756	1 041	1 719	2 760	12 984	21 532	34 516
Gesamtsumme		718 081	963 607	1 681 688	615 136	884 103	1 499 239	1 333 217	1 847 710	3 180 927
Durchschnittsalter (Jahre)		42,2	39,0	40,4	42,2	41,5	41,8	42,2	40,2	41,0

Anhang C2

Altersschichtung der Pflichtversicherten 1993 bei der VBL

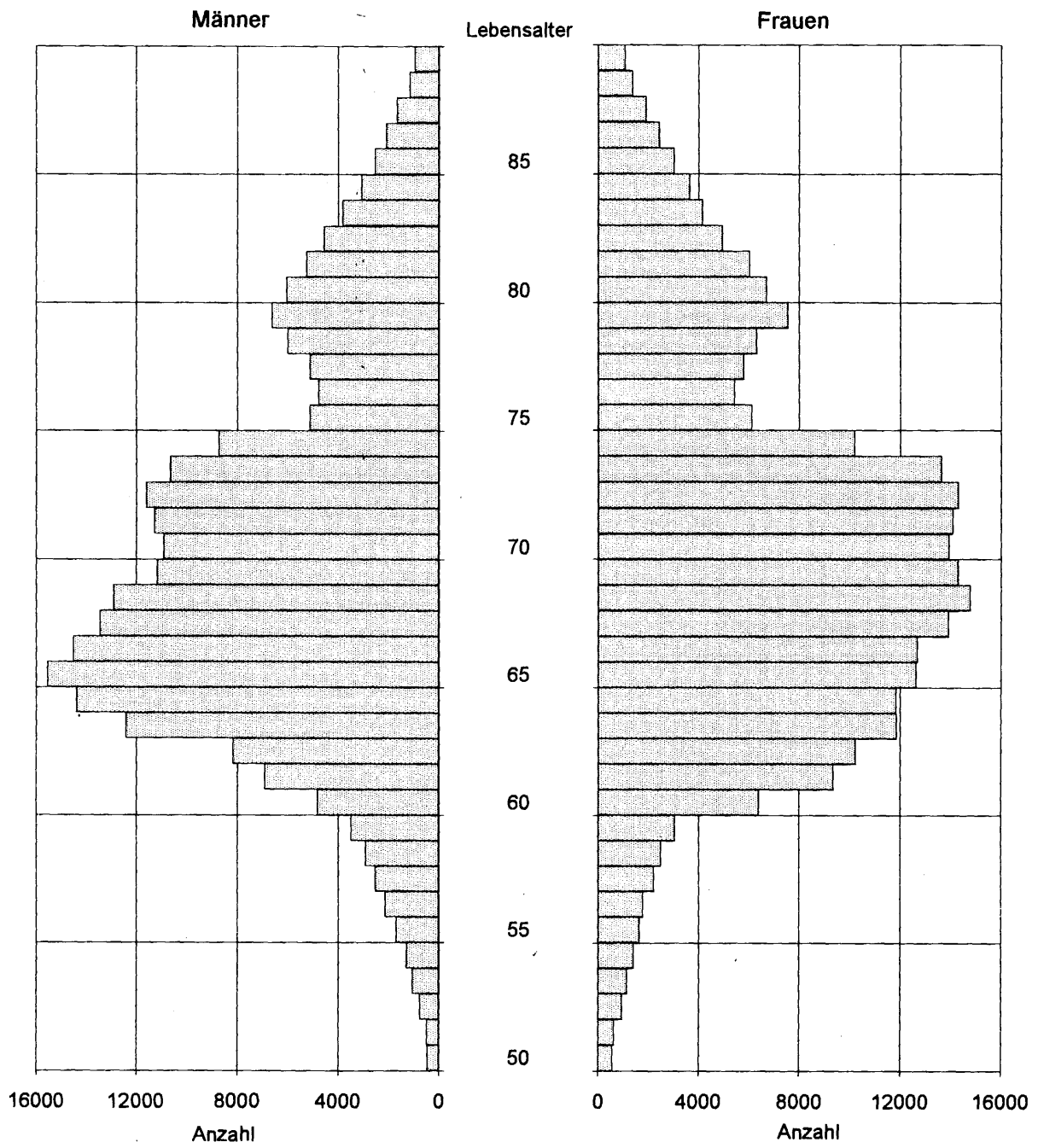


Altersschichtung der Versorgungsrentenberechtigten und Durchschnittsalter 1993 bei der VBL

Lebensalter (Jahre)	Geburtsjahr(e)	Versichertenrenten		Hinterbliebenenrenten	
		Männer	Frauen	Witwen/Witwer	Waisen
Anzahl					
90 und älter	bis 1903	2 071	2 422	3 898	–
89	1904	978	1 082	1 583	–
88	1905	1 178	1 383	2 023	–
87	1906	1 670	1 921	2 511	–
86	1907	2 094	2 446	3 172	–
85	1908	2 565	3 040	3 679	–
Teilsumme		8 485	9 872	12 968	–
84	1909	3 102	3 667	4 317	–
83	1910	3 831	4 179	4 643	–
82	1911	4 567	4 954	4 939	–
81	1912	5 255	6 042	5 636	–
80	1913	6 054	6 709	6 015	–
Teilsumme		22 809	25 551	25 550	–
79	1914	6 629	7 561	6 164	–
78	1915	5 992	6 326	4 824	–
77	1916	5 132	5 794	4 008	–
76	1917	4 789	5 430	3 620	–
75	1918	5 134	6 127	3 816	–
Teilsumme		27 676	31 238	22 432	–
74	1919	8 727	10 208	6 170	–
73	1920	10 647	13 644	7 500	–
72	1921	11 605	14 311	7 304	–
71	1922	11 278	14 093	6 509	–
70	1923	10 922	13 952	5 855	–
Teilsumme		53 179	66 208	33 338	–
69	1924	11 177	14 319	5 470	–
68	1925	12 912	14 802	5 215	–
67	1926	13 450	13 924	4 613	–
66	1927	14 518	12 689	4 141	–
65	1928	15 554	12 651	3 795	–
Teilsumme		67 611	68 385	23 234	–
64	1929	14 374	11 848	3 384	–
63	1930	12 419	11 872	3 159	–
62	1931	8 164	10 246	2 542	–
61	1932	6 908	9 350	2 394	–
60	1933	4 820	6 405	2 022	–
Teilsumme		46 685	49 721	13 501	–
59	1934	3 514	3 078	2 333	–
58	1935	2 928	2 520	2 212	–
57	1936	2 538	2 236	1 980	–
56	1937	2 135	1 805	1 805	–
55	1938	1 702	1 673	1 648	–
Teilsumme		12 817	11 312	9 978	–
54	1939	1 306	1 421	1 540	–
53	1940	1 060	1 161	1 357	–
52	1941	761	970	1 130	–
51	1942	485	655	811	–
50	1943	456	587	729	–
Teilsumme		4 068	4 794	5 567	–
45–49	1944–1948	1 190	1 876	2 147	–
40–44	1949–1953	572	1 054	1 122	–
35–39	1954–1958	237	537	477	–
30–34	1959–1963	68	217	157	–
25–29	1964–1968	12	36	36	1 404
20–24	1969–1973	1	3	1	2 013
15–19	1974–1978	0	0	0	2 346
10–14	1979–1983	–	–	–	1 226
5–9	1984–1988	–	–	–	529
0–4	1989–1993	–	–	–	111
Gesamtsumme		247 481	273 226	154 406	7 629
Durchschnittsalter in Jahren		69,6	69,8	72,2	18,4

Anhang C4

Altersschichtung der Versorgungsrentenberechtigten 1993 bei der VBL
(ohne Hinterbliebene)



**Durchschnittswerte im Monat Dezember 1993 von Versorgungsrenten für Versicherte
nach der Art des Rentenfalles, bezogen auf den Gesamtbestand und den Neuzugang 1993 bei der VBL**

	Gesamtbestand					Neuzugang 1993				
	Gesamt- versor- gungs- fähiges Entgelt	Fiktives Netto- Entgelt	Gesamt- Versor- gung	Netto- Versor- gungs- satz	Durch- schnitt- licher Zahlbetrag der Rente im Monat Dezember 1993	Gesamt- versor- gungs- fähiges Entgelt	Fiktives Netto- Entgelt	Gesamt- Versor- gung	Netto- Versor- gungssatz	Durch- schnitt- licher Zahlbetrag der Rente im Monat Dezember 1993
	DM	DM	DM	v. H.	DM	DM	DM	DM	v. H.	DM
Berufsunfähigkeits- rente	4 489	3 065	1 969	81,05	787	4 506	3 074	1 978	82,71	732
Erwerbsunfähig- keitsrente	4 104	2 824	2 242	77,26	713	4 193	2 866	2 308	78,31	718
Vorgezogene Alters- renten *)	3 821	2 654	1 970	71,45	636	3 990	2 689	1 870	72,28	359***)
Altersrenten für lang- jährig Versicherte **)	4 638	3 184	2 774	86,32	729	4 794	3 251	2 857	86,89	824
Regelaltersrente	4 175	2 905	2 208	73,37	648	5 305	3 512	2 685	72,28	944
Durchschnitt	4 218	2 913	2 334	77,85	682	4 434	3 007	2 422	78,67	688

*) Altersrente für Frauen nach § 39 SGB VI und Altersrente wegen Arbeitslosigkeit nach § 38 SGB VI.

**) Altersrente für langjährig Versicherte nach § 36 SGB VI, Altersrente für Schwerbehinderte, Berufsunfähige oder Erwerbsunfähige nach § 37 SGB VI und Altersrente für langjährig unter Tage beschäftigte Bergleute nach § 40 SGB VI.

***) Der deutlich niedrigere durchschnittliche Zahlbetrag der Rente bei den Neuzugängen 1993 im Vergleich mit dem Rentenbestand hat folgenden Grund: Bei der Altersrente für Frauen ruht nach der Satzung der VBL die Versorgungsrente bis zum Ablauf des Monats, in dem die Rentnerin das 62. Lebensjahr vollendet (Anbindung an die derzeitige Antragsaltersgrenze in der Beamtenversorgung). Bis zur Vollendung des 62. Lebensjahres erhält die Rentnerin den Mindestbetrag der Versorgungsrente (= Versicherungsrente bzw. Versicherungsrente auf Grund des Betriebsrentengesetzes – vgl. Ziffer 1.1.2 Buchstabe a des Berichtsteils C –).

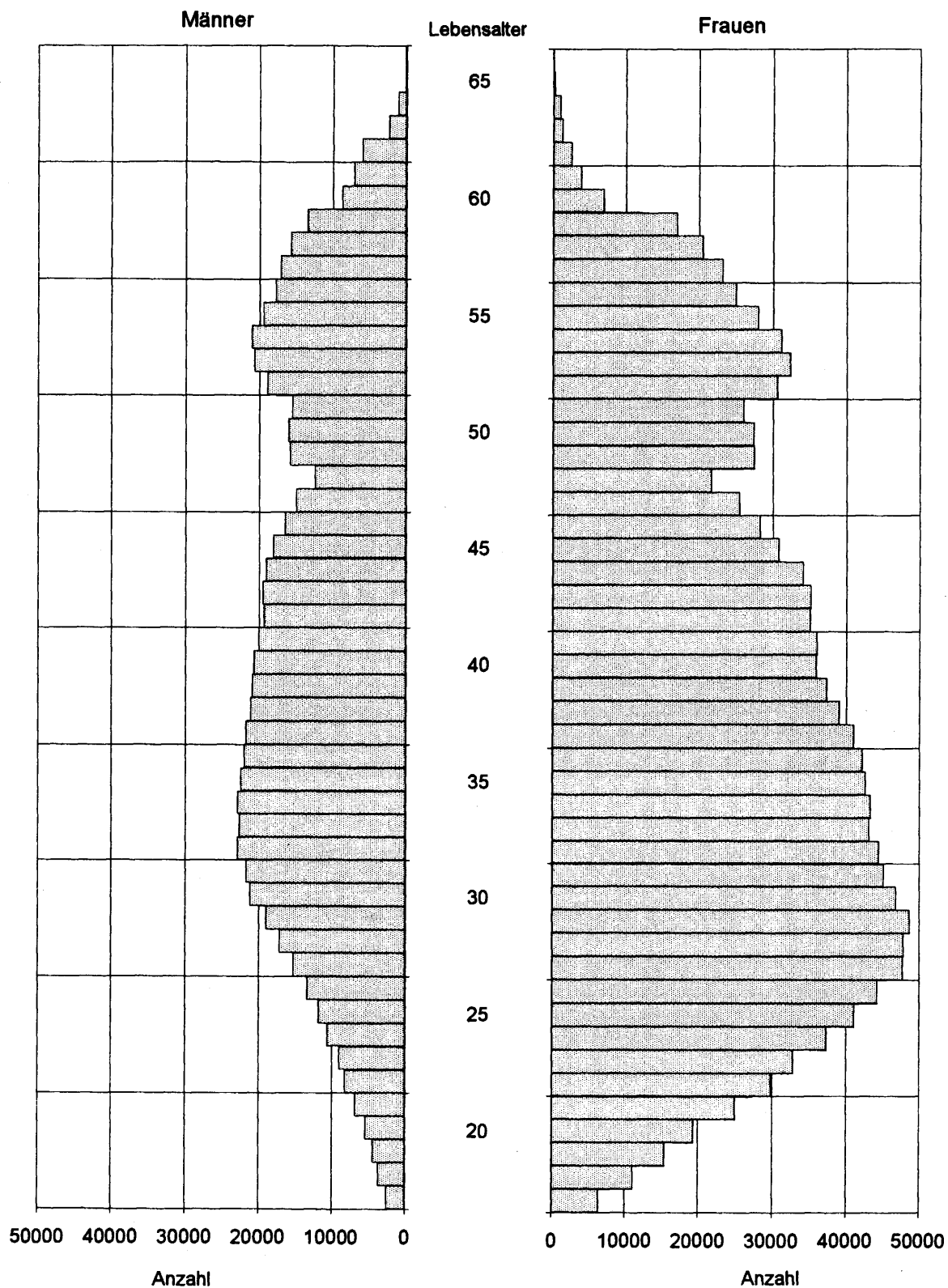
Anhang C 6

Altersschichtung der Versicherten und Durchschnittsalter 1993 bei der AGZVK *)

Lebensalter (Jahre)	Geburts- jahr(e)	Pflichtversicherte			Versicherte insgesamt
		Männer	Frauen	Gesamt	Pflichtversicherte, beitragsfrei Versicherte und freiwillig Weiterversicherte
					Anzahl
66 und älter	bis 1927	117	91	208	24 382
65	1928	147	172	319	10 547
Teilsumme		264	263	527	34 929
64	1929	1 147	974	2 121	9 974
63	1930	2 356	1 271	3 627	12 430
62	1931	5 955	2 503	8 458	17 419
61	1932	7 118	3 860	10 978	20 823
60	1933	8 745	6 991	15 736	26 611
Teilsumme		25 321	15 599	40 920	87 257
59	1934	13 407	16 974	30 381	44 038
58	1935	15 698	20 472	36 170	51 719
57	1936	17 098	23 180	40 278	56 931
56	1937	17 752	24 976	42 728	60 259
55	1938	19 408	28 028	47 436	67 379
Teilsumme		83 363	113 630	196 993	280 326
54	1939	21 043	31 221	52 264	74 446
53	1940	20 708	32 361	53 069	77 045
52	1941	18 882	30 604	49 486	73 585
51	1942	15 441	26 076	41 517	64 313
50	1943	15 981	27 485	43 466	68 166
Teilsumme		92 055	147 747	239 802	357 555
49	1944	15 743	27 557	43 300	69 461
48	1945	12 381	21 677	34 058	57 875
47	1946	14 894	25 467	40 361	67 855
46	1947	16 484	28 281	44 765	76 611
45	1948	18 106	30 833	48 939	85 903
Teilsumme		77 608	133 815	211 423	357 705
44	1949	19 101	34 133	53 234	95 927
43	1950	19 461	35 219	54 680	101 394
42	1951	19 372	35 114	54 486	103 039
41	1952	20 054	36 067	56 121	107 498
40	1953	20 712	35 990	56 702	109 700
Teilsumme		98 700	176 523	275 223	517 558
39	1954	20 913	37 399	58 312	113 827
38	1955	21 109	39 072	60 181	116 470
37	1956	21 729	41 026	62 755	121 713
36	1957	21 974	42 273	64 247	124 726
35	1958	22 430	42 690	65 120	123 938
Teilsumme		108 155	202 460	310 615	600 674
34	1959	22 855	43 391	66 246	124 015
33	1960	22 673	43 202	65 875	120 494
32	1961	22 832	44 512	67 344	118 545
31	1962	21 635	45 148	66 783	114 539
30	1963	21 165	46 835	68 000	114 210
Teilsumme		111 160	223 088	334 248	591 803
29	1964	19 025	48 700	67 725	111 540
28	1965	17 167	47 892	65 059	106 268
27	1966	15 245	47 805	63 050	101 072
26	1967	13 371	44 316	57 687	92 016
25	1968	11 800	41 111	52 911	82 065
Teilsumme		76 608	229 824	306 432	492 961
24	1969	10 605	37 372	47 977	72 167
23	1970	9 003	32 920	41 923	60 763
22	1971	8 224	29 859	38 083	52 444
21	1972	6 826	25 016	31 842	41 706
20	1973	5 399	19 391	24 790	30 808
Teilsumme		40 057	144 558	184 615	257 888
19	1974	4 441	15 458	19 899	23 247
18	1975	3 676	11 055	14 731	16 126
17	1976	2 565	6 478	9 043	9 594
Teilsumme		10 682	32 991	43 673	48 967
Gesamtsumme		723 973	1 420 498	2 144 471	3 627 623
Durchschnittsalter (Jahre)					
kommunale Zusatzversorgungskassen		41,2	37,6	39,1	39,6
kirchliche Zusatzversorgungskassen		39,9	37,8	38,2	38,9

*) Die erforderlichen Daten konnten nicht von allen in der AGZVK zusammengeschlossenen Zusatzversorgungskassen mitgeteilt werden. Die Übersicht gibt daher nur einen Teilbereich der AGZVK wieder; die Daten sind jedoch für den Gesamtbereich der AGZVK repräsentativ.

Altersschichtung der Pflichtversicherten 1993 bei der AGZVK*)



*) Die erforderlichen Daten konnten nicht von allen in der AGZVK zusammengeschlossenen Zusatzversorgungskassen mitgeteilt werden. Das Schaubild gibt daher nur einen Teilbereich der AGZVK wieder; die Daten sind jedoch für den Gesamtbereich der AGZVK repräsentativ.

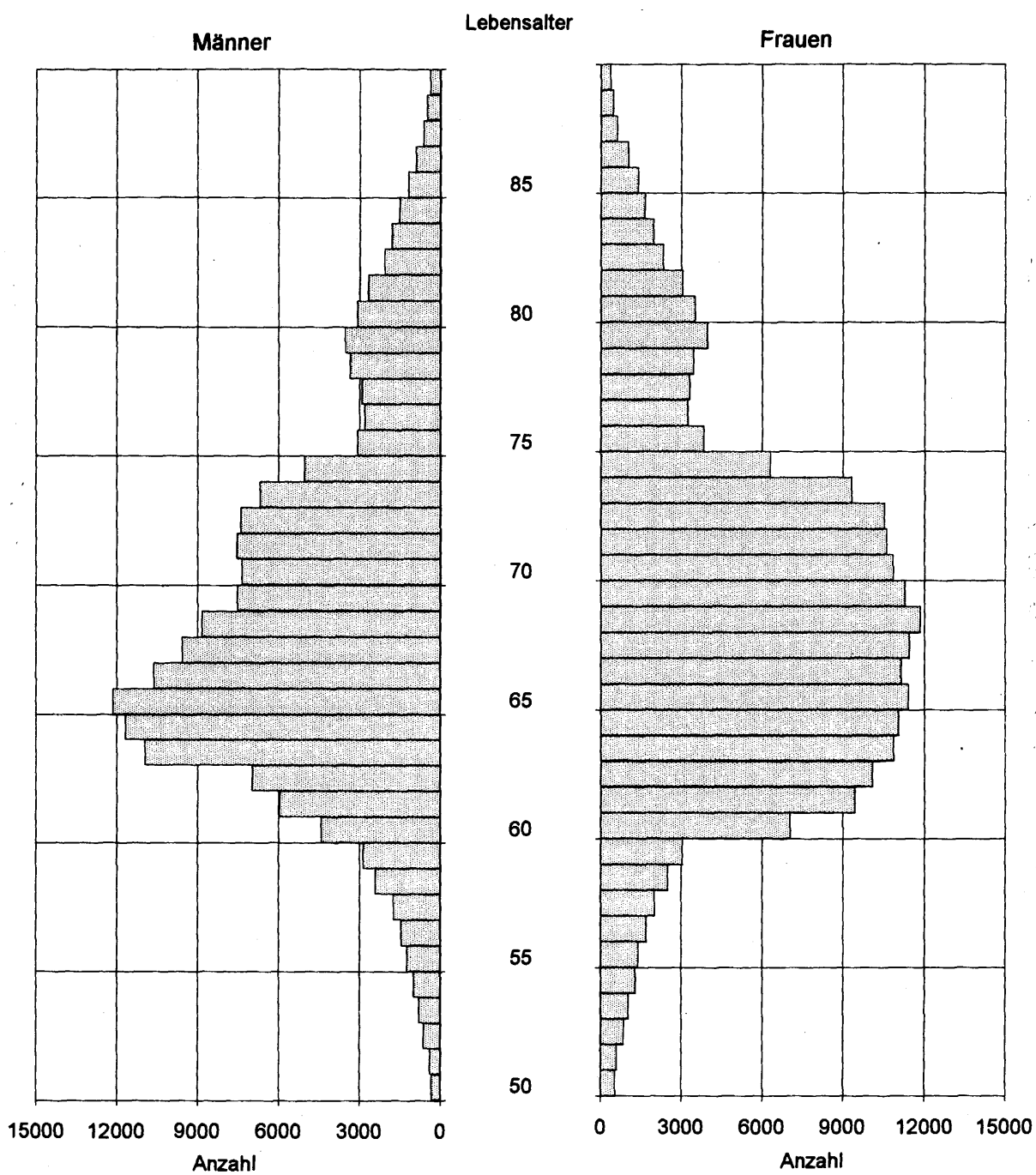
Anhang C 8

Altersschichtung der Versorgungsrentenberechtigten 1993 bei der AGZVK*)

Lebensalter (Jahre)	Geburtsjahr(e)	Versichertenrenten		Hinterbliebenenrenten	
		Männer	Frauen	Witwen/Witwer	Waisen
Anzahl					
90 und älter	bis 1903	721	782	1 610	0
89	1904	383	373	743	0
88	1905	508	491	919	0
87	1906	636	624	1 165	0
86	1907	912	1 053	1 574	0
85	1908	1 202	1 420	1 786	0
Teilsumme		3 641	3 961	6 187	0
84	1909	1 526	1 659	2 028	0
83	1910	1 817	1 980	2 445	0
82	1911	2 075	2 363	2 419	0
81	1912	2 675	3 059	2 930	0
80	1913	3 095	3 539	3 091	0
Teilsumme		11 188	12 600	12 913	0
79	1914	3 537	3 993	3 285	1
78	1915	3 348	3 476	2 724	0
77	1916	2 926	3 321	2 159	0
76	1917	2 822	3 276	2 048	0
75	1918	3 094	3 847	2 147	0
Teilsumme		15 727	17 913	12 363	1
74	1919	5 059	6 308	3 286	1
73	1920	6 713	9 341	4 277	0
72	1921	7 418	10 540	4 370	0
71	1922	7 560	10 608	4 112	0
70	1923	7 367	10 866	3 702	0
Teilsumme		34 117	47 663	19 747	1
69	1924	7 535	11 304	3 543	0
68	1925	8 831	11 857	3 443	0
67	1926	9 564	11 467	3 145	0
66	1927	10 612	11 170	2 867	0
65	1928	12 153	11 421	2 770	0
Teilsumme		48 695	57 219	15 768	0
64	1929	11 672	11 061	2 475	0
63	1930	10 944	10 881	2 412	0
62	1931	6 988	10 103	2 019	0
61	1932	5 980	9 456	1 886	0
60	1933	4 422	7 057	1 717	0
Teilsumme		40 006	48 558	10 509	0
59	1934	2 869	3 071	1 821	1
58	1935	2 418	2 526	1 811	0
57	1936	1 740	2 031	1 619	2
56	1937	1 460	1 729	1 341	0
55	1938	1 231	1 417	1 252	0
Teilsumme		9 718	10 774	7 844	3
54	1939	997	1 322	1 187	0
53	1940	786	1 048	1 056	1
52	1941	626	879	838	0
51	1942	414	603	597	0
50	1943	335	544	494	1
Teilsumme		3 158	4 396	4 172	2
45–49	1944–1948	929	1 740	1 822	2
40–44	1949–1953	494	1 184	1 082	2
35–39	1954–1958	233	706	570	1
30–34	1959–1963	87	327	171	6
25–29	1964–1968	29	61	51	969
20–24	1969–1973	0	0	1	1 702
15–19	1974–1978	0	0	0	2 258
10–14	1979–1983	0	0	0	1 397
5–9	1984–1988	0	0	0	634
0–4	1989–1993	0	0	0	146
Gesamtsumme		168 743	207 884	94 810	7 124

*) Die erforderlichen Daten konnten nicht von allen in der AGZVK zusammengeschlossenen Zusatzversorgungskassen mitgeteilt werden. Die Übersicht gibt daher nur einen Teilbereich der AGZVK wieder; die Daten sind jedoch für den Gesamtbereich der AGZVK repräsentativ.

Altersschichtung der Versorgungsrentenberechtigten 1993 bei der AGZVK*)
(ohne Hinterbliebene)



*) Die erforderlichen Daten konnten nicht von allen in der AGZVK zusammengeschlossenen Zusatzversorgungskassen mitgeteilt werden. Das Schaubild gibt daher nur einen Teilbereich der AGZVK wieder; die Daten sind jedoch für den Gesamtbereich der AGZVK repräsentativ.

Anhang C 10

Durchschnittswerte im Monat Dezember 1993 von Versorgungsrenten für Versicherte nach der Art des Rentenfalles, bezogen auf den Gesamtbestand und den Neuzugang 1993 bei der AGZVK *)**Kommunale Zusatzversorgungskassen**

	Gesamtbestand					Neuzugang 1993				
	Gesamtversorgungs-fähiges Entgelt	Fiktives Netto-Entgelt	Gesamt-Versorgung	Netto-Versorgungs-satz	Durchschnittlicher Zahlbetrag der Rente im Monat Dezember 1993	Gesamtversorgungs-fähiges Entgelt	Fiktives Netto-Entgelt	Gesamt-Versorgung	Netto-Versorgungssatz	Durchschnittlicher Zahlbetrag der Rente im Monat Dezember 1993
	DM	DM	DM	v. H.	DM	DM	DM	DM	v. H.	DM
Berufsunfähigkeitsrente	4 460	3 047	1 919	80,17	770	4 504	3 074	1 921	78,53	732
Erwerbsunfähigkeitsrente	4 074	2 812	2 208	75,87	689	4 161	2 857	2 280	69,18	709
Vorgezogene Altersrenten und Altersrenten für langjährig Versicherte	4 182	2 880	2 317	70,06	666	4 438	3 010	2 413	70,04	703
Regelaltersrente	4 031	2 814	2 121	71,89	624	4 696	3 159	2 314	61,57	806

Kirchliche Zusatzversorgungskassen

	Gesamtbestand					Neuzugang 1993				
	Gesamtversorgungs-fähiges Entgelt	Fiktives Netto-Entgelt	Gesamt-Versorgung	Netto-Versorgungs-satz	Durchschnittlicher Zahlbetrag der Rente im Monat Dezember 1993	Gesamtversorgungs-fähiges Entgelt	Fiktives Netto-Entgelt	Gesamt-Versorgung	Netto-Versorgungssatz	Durchschnittlicher Zahlbetrag der Rente im Monat Dezember 1993
	DM	DM	DM	v. H.	DM	DM	DM	DM	v. H.	DM
Berufsunfähigkeitsrente	4 426	2 974	1 689	71,81	654	4 464	2 983	1 644	72,9	575
Erwerbsunfähigkeitsrente	3 854	2 640	1 848	68,09	599	3 990	2 710	1 936	68,84	664
Vorgezogene Altersrenten und Altersrenten für langjährig Versicherte	4 069	2 716	1 931	68,34	570	4 176	2 773	1 967	67,65	547
Regelaltersrente	3 845	2 580	1 595	59,16	493	4 396	2 898	2 004	65,31	676

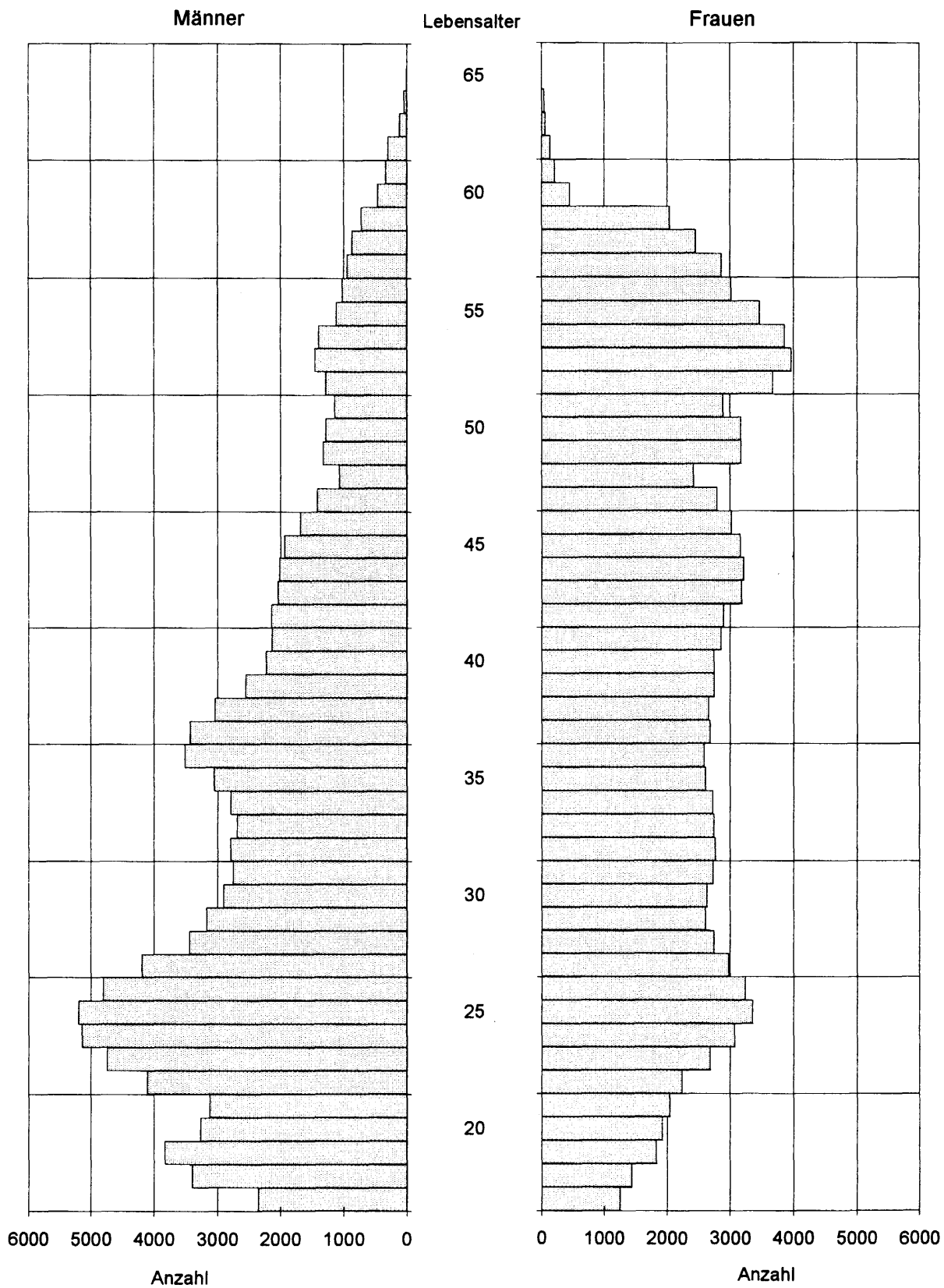
*) Die erforderlichen Daten konnten nicht von allen in der AGZVK zusammengeschlossenen Zusatzversorgungskassen mitgeteilt werden. Die Übersichten geben daher nur einen Teilbereich der AGZVK wieder; die Daten sind jedoch für den Gesamtbereich der AGZVK repräsentativ.

Altersschichtung der Versicherten 1993 bei der VAP

Lebensalter (Jahre)	Geburts- jahr(e)	Pflichtversicherte			beitragsfrei Versicherte			Versicherte insgesamt		
		Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt
Anzahl										
66 und älter	bis	0	0	0	255	537	792	255	537	792
	1927 1928	4	3	7	167	282	449	171	285	456
Teilsumme		4	3	7	422	819	1 241	426	822	1 248
64	1929	48	54	102	190	301	491	238	355	593
63	1930	113	64	177	220	330	550	333	394	727
62	1931	294	143	437	216	329	545	510	472	982
61	1932	340	219	559	255	388	643	595	607	1 202
60	1933	464	453	917	308	385	693	722	838	1 610
Teilsumme		1 259	933	2 192	1 189	1 733	2 922	2 448	2 666	5 114
59	1934	721	2 053	2 774	429	564	993	1 150	2 617	3 767
58	1935	878	2 461	3 339	502	677	1 179	1 380	3 138	4 518
57	1936	941	2 874	3 815	546	757	1 303	1 487	3 631	5 118
56	1937	1 027	3 019	4 046	627	819	1 446	1 654	3 838	5 492
55	1938	1 121	3 472	4 593	788	945	1 733	1 909	4 417	6 326
Teilsumme		4 688	13 879	18 567	2 892	3 762	6 654	7 580	17 641	25 221
54	1939	1 393	3 862	5 255	898	1 047	1 945	2 291	4 909	7 200
53	1940	1 458	3 968	5 426	921	1 245	2 166	2 379	5 213	7 592
52	1941	1 283	3 675	4 958	904	1 207	2 111	2 187	4 882	7 069
51	1942	1 139	2 895	4 034	814	973	1 787	1 953	3 868	5 821
50	1943	1 280	3 169	4 449	901	1 094	1 995	2 181	4 263	6 444
Teilsumme		6 553	17 569	24 122	4 438	5 566	10 004	10 991	23 135	34 126
49	1944	1 320	3 176	4 496	969	1 144	2 113	2 289	4 320	6 609
48	1945	1 074	2 427	3 501	865	900	1 765	1 939	3 327	5 266
47	1946	1 418	2 796	4 214	1 117	1 109	2 226	2 535	3 905	6 440
46	1947	1 688	3 027	4 715	1 408	1 283	2 691	3 096	4 310	7 406
45	1948	1 940	3 166	5 106	1 850	1 526	3 376	3 790	4 692	8 482
Teilsumme		7 440	14 592	22 032	6 209	5 962	12 171	13 649	20 554	34 203
44	1949	2 020	3 215	5 235	2 217	1 832	4 049	4 237	5 047	9 284
43	1950	2 040	3 186	5 226	2 633	2 174	4 807	4 673	5 360	10 033
42	1951	2 142	2 899	5 041	3 060	2 774	5 834	5 202	5 673	10 875
41	1952	2 139	2 861	5 000	4 238	3 966	8 204	6 377	6 827	13 204
40	1953	2 234	2 753	4 987	4 854	4 855	9 709	7 088	7 608	14 696
Teilsumme		10 575	14 914	25 489	17 002	15 601	32 603	27 577	30 515	58 092
39	1954	2 553	2 751	5 304	5 252	4 187	9 439	7 805	6 938	14 743
38	1955	3 038	2 667	5 705	6 054	3 738	9 792	9 092	6 405	15 497
37	1956	3 434	2 688	6 122	6 670	3 186	9 856	10 104	5 874	15 978
36	1957	3 509	2 597	6 106	6 827	2 818	9 645	10 336	5 415	15 751
35	1958	3 054	2 622	5 676	6 431	2 982	9 413	9 485	5 604	15 089
Teilsumme		15 588	13 325	28 913	31 234	16 911	48 145	46 822	30 236	77 058
34	1959	2 795	2 730	5 525	6 157	3 417	9 574	8 952	6 147	15 099
33	1960	2 689	2 751	5 440	5 706	4 316	10 022	8 395	7 067	15 462
32	1961	2 794	2 779	5 573	5 538	5 133	10 671	8 332	7 912	16 244
31	1962	2 753	2 734	5 487	5 563	5 643	11 206	8 316	8 377	16 693
30	1963	2 903	2 639	5 542	6 629	6 010	12 639	9 532	8 649	18 181
Teilsumme		13 934	13 633	27 567	29 593	24 519	54 112	43 527	38 152	81 679
29	1964	3 174	2 616	5 790	7 747	6 427	14 174	10 921	9 043	19 964
28	1965	3 439	2 753	6 192	7 447	5 702	13 149	10 886	8 455	19 341
27	1966	4 188	2 984	7 172	7 216	5 188	12 404	11 404	8 172	19 576
26	1967	4 804	3 242	8 046	6 658	4 814	11 472	11 462	8 056	19 518
25	1968	5 199	3 360	8 559	5 832	4 539	10 371	11 031	7 899	18 930
Teilsumme		20 804	14 955	35 759	34 900	26 670	61 570	55 704	41 625	97 329
24	1969	5 145	3 074	8 219	4 998	3 553	8 551	10 143	6 627	16 770
23	1970	4 746	2 685	7 431	4 360	2 967	7 327	9 106	5 652	14 758
22	1971	4 102	2 248	6 350	4 574	2 346	6 920	8 676	4 594	13 270
21	1972	3 124	2 045	5 169	3 895	1 801	5 696	7 019	3 846	10 865
20	1973	3 269	1 927	5 196	2 329	1 199	3 528	5 598	3 126	8 724
Teilsumme		20 386	11 979	32 365	20 156	11 866	32 022	40 542	23 845	64 387
19	1974	3 828	1 835	5 663	902	642	1 544	4 730	2 477	7 207
18	1975	3 404	1 442	4 846	217	174	391	3 621	1 616	5 237
17	1976	2 358	1 259	3 617	29	13	42	2 387	1 272	3 659
Teilsumme		9 590	4 536	14 126	1 148	829	1 977	10 738	5 365	16 103
Gesamtsumme		110 821	120 318	231 139	149 183	114 238	263 421	260 004	234 556	494 560

Anhang C12

Altersschichtung der Pflichtversicherten 1993 bei der VAP

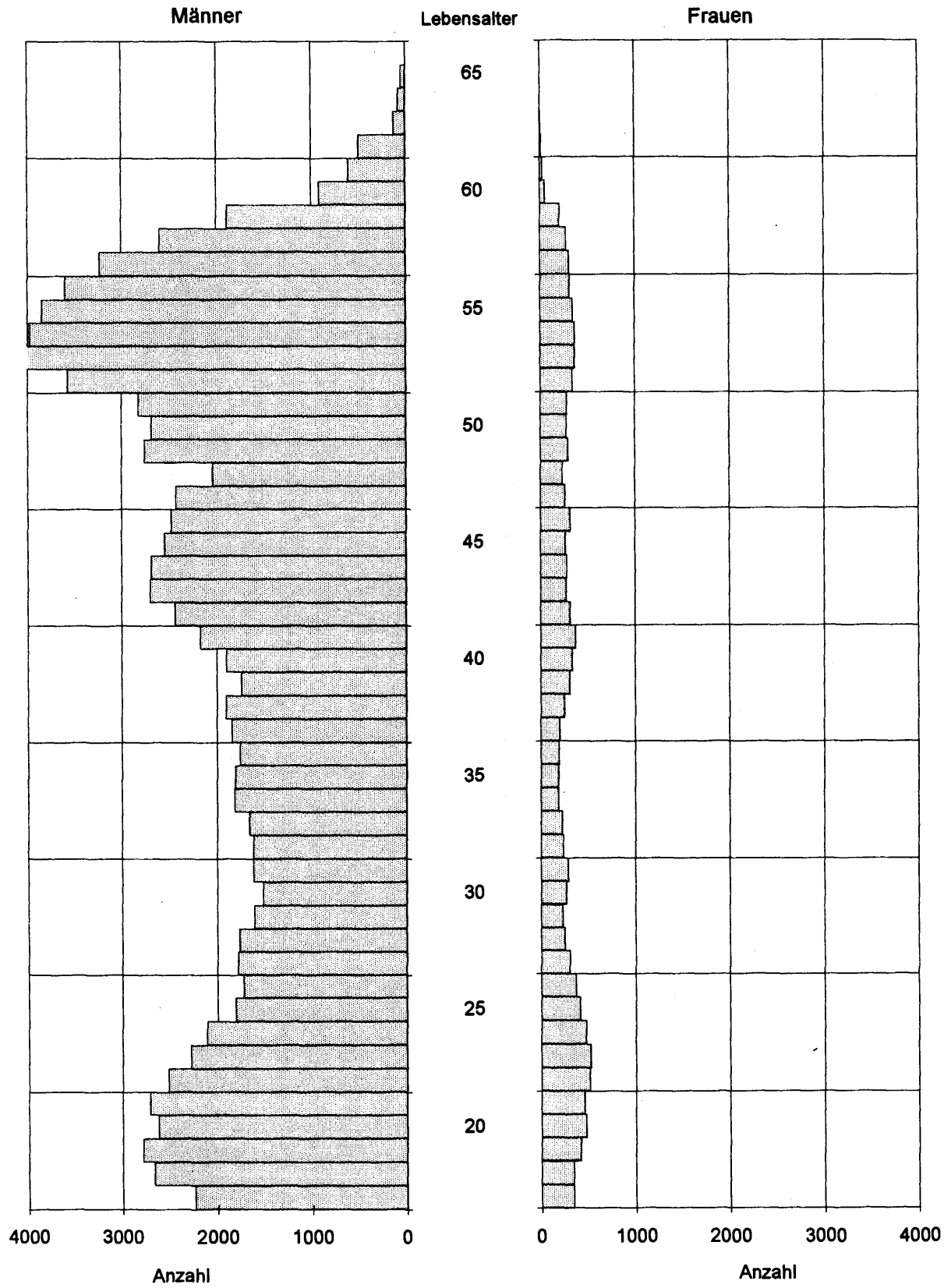


Altersschichtung der Versicherten und Durchschnittsalter 1993 bei der BVA Abt. B, Teil D

Lebensalter (Jahre)	Geburtsjahr(e)	Pflichtversicherte			beitragsfrei Versicherte Gesamt	Versicherte Gesamt
		Männer	Frauen	Gesamt		
		Anzahl				
66 und älter	bis	–	–	–	135	135
	1927 1928	46	6	52	83	135
Teilsumme		46	6	52	218	270
64	1929	80	3	83	132	215
63	1930	126	13	139	169	308
62	1931	498	18	516	154	670
61	1932	606	35	641	205	846
60	1933	915	59	974	299	1 273
Teilsumme		2 225	128	2 353	959	3 312
59	1934	1 888	212	2 100	392	2 492
58	1935	2 590	283	2 873	380	3 253
57	1936	3 227	311	3 538	447	3 985
56	1937	3 600	318	3 918	529	4 447
55	1938	3 845	351	4 196	553	4 749
Teilsumme		15 150	1 475	16 625	2 301	18 926
54	1939	3 976	369	4 345	604	4 949
53	1940	4 007	370	4 377	713	5 090
52	1941	3 572	343	3 915	648	4 563
51	1942	2 820	285	3 105	634	3 739
50	1943	2 680	284	2 964	613	3 577
Teilsumme		17 055	1 651	18 706	3 212	21 918
49	1944	2 755	297	3 052	666	3 718
48	1945	2 039	237	2 276	600	2 876
47	1946	2 423	267	2 690	699	3 389
46	1947	2 479	318	2 797	798	3 595
45	1948	2 545	272	2 817	943	3 760
Teilsumme		12 241	1 391	13 632	3 706	17 338
44	1949	2 688	284	2 972	1 148	4 120
43	1950	2 699	277	2 976	1 239	4 215
42	1951	2 436	318	2 754	1 253	4 007
41	1952	2 169	372	2 541	1 494	4 035
40	1953	1 899	340	2 239	1 597	3 836
Teilsumme		11 891	1 591	13 482	6 731	20 213
39	1954	1 738	312	2 050	1 646	3 696
38	1955	1 902	257	2 159	1 870	4 029
37	1956	1 839	206	2 045	2 145	4 190
36	1957	1 756	196	1 952	2 598	4 550
35	1958	1 809	192	2 001	3 204	5 205
Teilsumme		9 044	1 163	10 207	11 463	21 670
34	1959	1 812	194	2 006	3 829	5 835
33	1960	1 659	229	1 888	3 943	5 831
32	1961	1 617	241	1 858	4 435	6 293
31	1962	1 621	294	1 915	4 760	6 675
30	1963	1 520	269	1 789	5 086	6 875
Teilsumme		8 229	1 227	9 456	22 053	31 509
29	1964	1 609	234	1 843	5 518	7 361
28	1965	1 765	257	2 022	5 832	7 854
27	1966	1 781	309	2 090	5 969	8 059
26	1967	1 726	371	2 097	5 732	7 829
25	1968	1 807	415	2 222	5 554	7 776
Teilsumme		8 688	1 586	10 274	28 605	38 879
24	1969	2 109	477	2 586	5 126	7 712
23	1970	2 276	523	2 799	4 379	7 178
22	1971	2 514	512	3 026	3 205	6 231
21	1972	2 708	462	3 170	1 830	5 000
20	1973	2 617	477	3 094	837	3 931
Teilsumme		12 224	2 451	14 675	15 377	30 052
19	1974	2 781	419	3 200	445	3 645
18	1975	2 661	347	3 008	196	3 204
17	1976	2 235	346	2 581	70	2 651
Teilsumme		7 677	1 112	8 789	711	9 500
Gesamtsumme		104 470	13 781	118 251	95 336	213 587
Durchschnittsalter (Jahre)		40,2	36,9	39,9	32,3	36,5

Anhang C14

Altersschichtung der Pflichtversicherten 1993 bei der BVA Abt. B, Teil D



Altersschichtung der Zusatzrentenberechtigten und Durchschnittsalter 1993 bei der BVA Abt. B, Teil C

Lebensalter (Jahre)	Geburtsjahr(e)	Versichertenrenten		Hinterbliebenenrenten	
		Männer	Frauen	Witwen/Witwer	Waisen
Anzahl					
90 und älter	bis 1903	852	185	2 938	–
89	1904	362	64	989	–
88	1905	515	98	1 233	1
87	1906	583	98	1 578	1
86	1907	783	138	1 800	1
85	1908	953	191	2 115	3
Teilsumme		3 196	589	7 715	6
84	1909	1 166	212	2 473	1
83	1910	1 261	256	2 565	1
82	1911	1 478	280	2 747	3
81	1912	1 658	337	3 108	2
80	1913	1 811	338	3 158	5
Teilsumme		7 374	1 423	14 051	12
79	1914	2 102	418	3 216	3
78	1915	1 680	335	2 578	5
77	1916	1 203	279	1 870	4
76	1917	903	241	1 693	3
75	1918	873	285	1 702	2
Teilsumme		6 761	1 558	11 059	17
74	1919	1 087	308	2 253	9
73	1920	1 163	273	2 680	9
72	1921	950	234	2 336	17
71	1922	788	168	1 970	7
70	1923	591	163	1 548	14
Teilsumme		4 579	1 146	10 787	56
69	1924	475	101	1 389	18
68	1925	431	77	1 091	12
67	1926	339	59	929	22
66	1927	253	52	718	19
65	1928	240	31	636	12
Teilsumme		1 738	320	4 763	83
64	1929	173	24	510	25
63	1930	122	31	454	26
62	1931	82	23	343	35
61	1932	63	4	267	31
60	1933	62	8	230	28
Teilsumme		502	90	1 804	145
59	1934	59	6	218	35
58	1935	40	7	241	39
57	1936	37	3	169	50
56	1937	49	6	143	43
55	1938	37	1	116	53
Teilsumme		222	23	887	220
54	1939	28	1	137	55
53	1940	20	1	100	57
52	1941	17	1	56	46
51	1942	6	1	46	52
50	1943	8	3	37	54
Teilsumme		79	7	376	264
45–49	1944–1948	29	1	127	169
40–44	1949–1953	10	1	58	117
35–39	1954–1958	–	1	13	97
30–34	1959–1963	–	–	–	80
25–29	1964–1968	–	–	–	103
20–24	1969–1973	–	–	–	143
15–19	1974–1978	–	–	–	133
10–14	1979–1983	–	–	–	9
5–9	1984–1988	–	–	–	5
0–4	1989–1993	–	–	–	–
Summe		25 342	5 344	54 578	1 659
Sonderfälle (in der Aufstellung nicht erfaßt)		134	102	1 067	83
Gesamtsumme		25 476	5 446	55 645	1 742
Durchschnittsalter in Jahren		78	78	78	45 *)

*) Anmerkung

Nach § 55 Abs. 2 der Satzung wird in bestimmten Fällen (körperliche/geistige Gebrechen) Waisenzusatzrente bis ans Lebensende gezahlt. Durch den geschlossenen Bestand ergibt sich ein relativ hohes Durchschnittsalter.

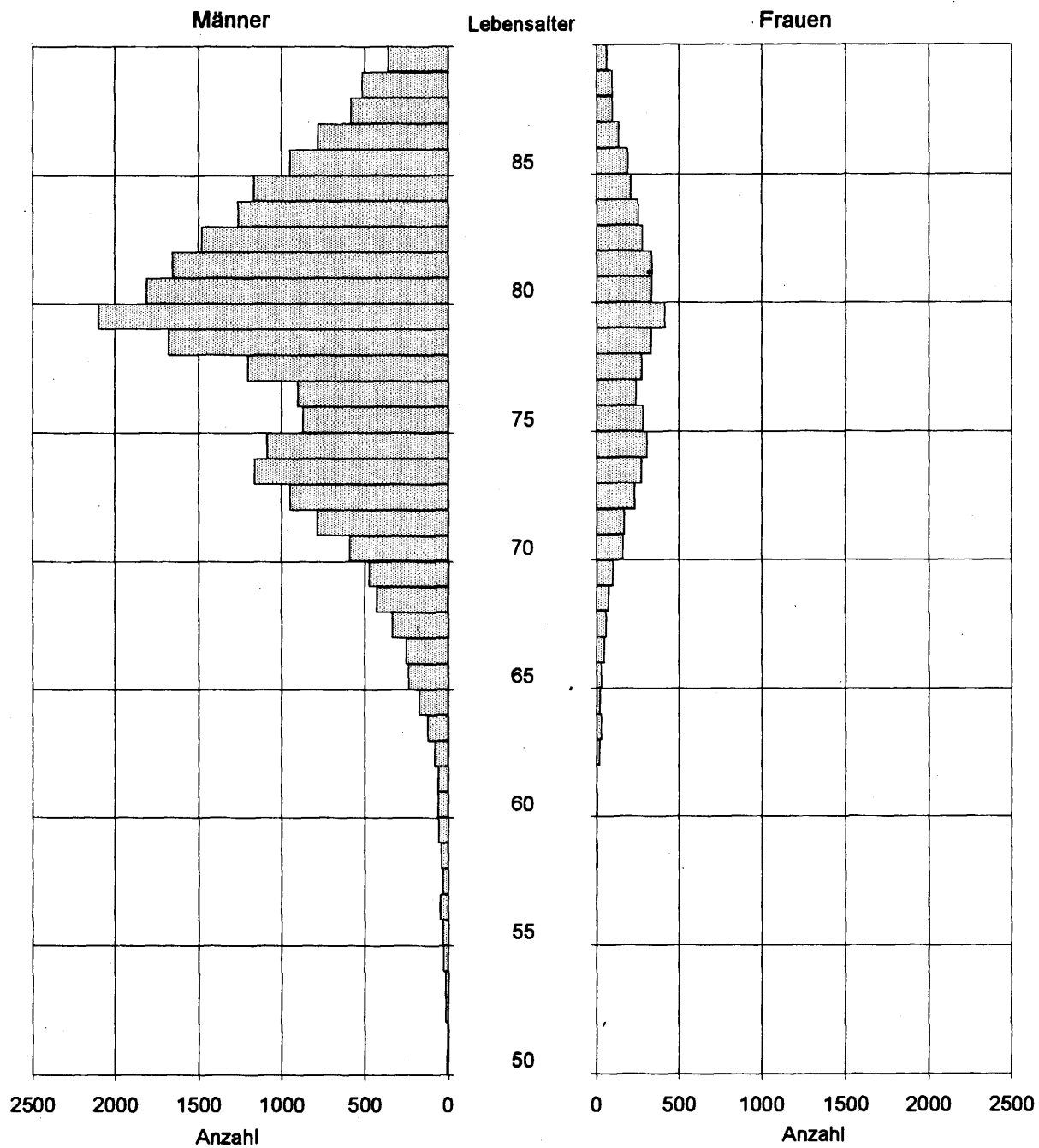
Anhang C16

**Altersschichtung der Versorgungsrentenberechtigten und Durchschnittsalter 1993
bei der BVA Abt. B, Teil D**

Lebensalter (Jahre)	Geburtsjahr(e)	Versichertenrenten		Hinterbliebenenrenten
		Männer	Frauen	Witwen/Witwer
		Anzahl		
90 und älter	bis 1903	–	–	1
89	1904	–	–	–
88	1905	–	–	–
87	1906	–	–	1
86	1907	–	–	1
85	1908	–	–	–
Teilsomme		–	–	2
84	1909	–	–	3
83	1910	–	–	4
82	1911	–	–	6
81	1912	–	–	4
80	1913	–	–	13
Teilsomme		–	–	30
79	1914	8	4	19
78	1915	10	7	17
77	1916	117	10	16
76	1917	258	17	37
75	1918	391	24	46
Teilsomme		784	62	135
74	1919	864	157	107
73	1920	1 313	386	182
72	1921	1 736	445	262
71	1922	1 951	446	299
70	1923	2 071	475	378
Teilsomme		7 935	1 909	1 228
69	1924	2 080	469	396
68	1925	2 562	470	447
67	1926	2 791	464	427
66	1927	3 138	382	476
65	1928	3 641	416	452
Teilsomme		14 212	2 201	2 198
64	1929	3 743	451	493
63	1930	3 419	397	521
62	1931	2 932	359	462
61	1932	2 768	319	402
60	1933	2 437	253	380
Teilsomme		15 299	1 779	2 258
59	1934	2 157	186	432
58	1935	1 636	162	435
57	1936	1 290	145	353
56	1937	1 068	90	355
55	1938	818	71	326
Teilsomme		6 969	654	1 901
54	1939	614	57	294
53	1940	502	55	275
52	1941	353	34	218
51	1942	231	21	165
50	1943	203	19	146
Teilsomme		1 903	186	1 098
45–49	1944–1948	498	55	453
40–44	1949–1953	201	21	268
35–39	1954–1958	50	7	116
30–34	1959–1963	20	1	42
25–29	1964–1968	3	1	7
20–24	1969–1973	2	–	2
Summe		47 876	6 876	9 739
Durchschnittsalter in Jahren		63,9	65,6	60,9

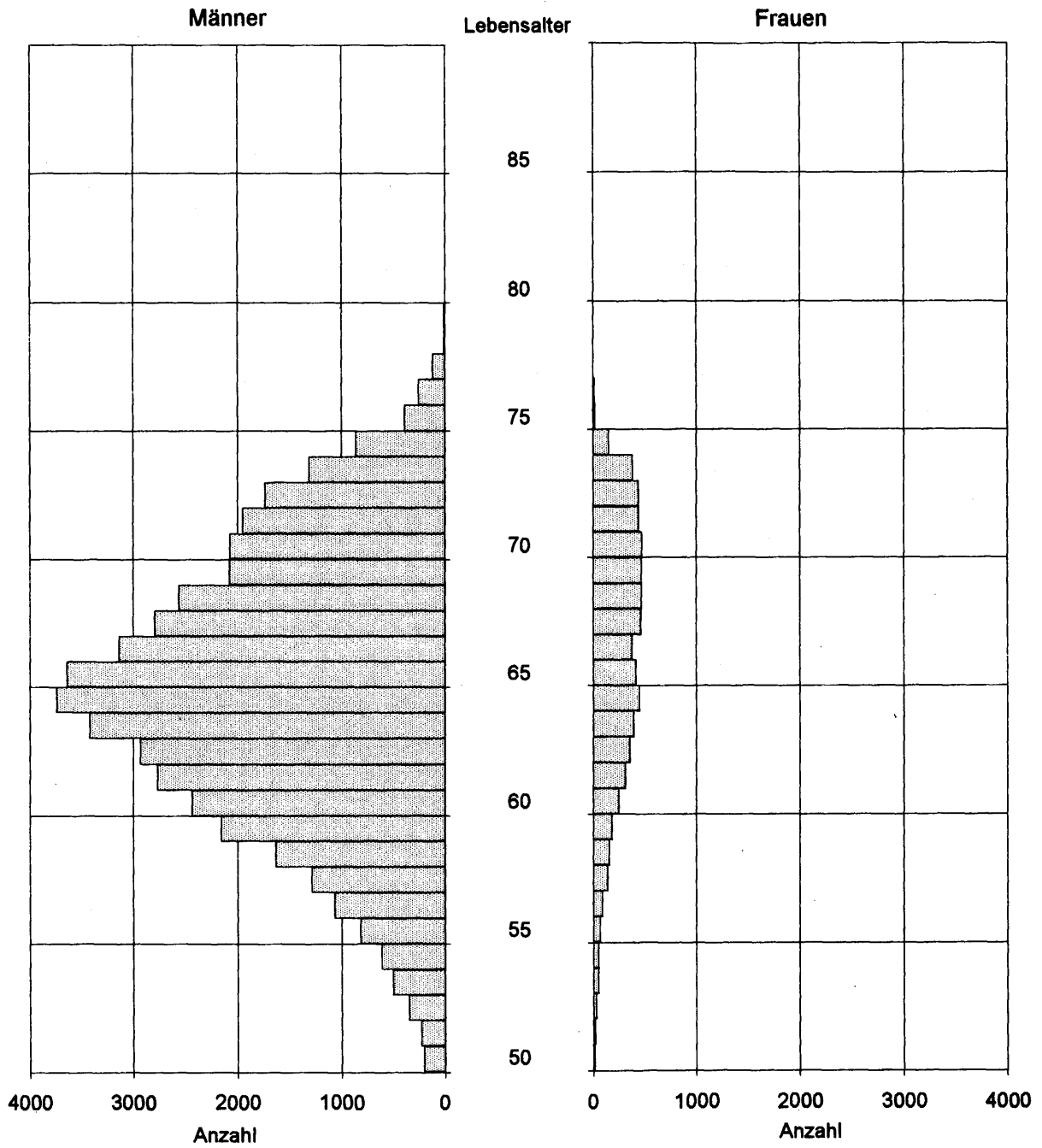
Altersschichtung und Durchschnittsalter der Waisenrenten sind für den Teil D nicht erfaßt.

Altersschichtung der Zusatzrentenberechtigten 1993 bei der BVA Abt. B, Teil C
(ohne Hinterbliebene)



Anhang C 18

Altersschichtung der Versorgungsrentenberechtigten 1993 bei der BVA Abt. B, Teil D
(ohne Hinterbliebene)



Anhang C19

Durchschnittswerte im Monat Dezember 1993 von Zusatzrenten für Versicherte nach der Art des Rentenfalles, bezogen auf den Gesamtbestand bei der BVA Abt. B, Teil C

	Gesamtbestand			
	Fiktives Netto-Entgelt	Gesamt-Versorgung	Netto-Versorgungssatz	Durchschnittlicher Zahlbetrag der Rente im Monat Dezember 1993 DM
	DM	DM	v. H.	
Berufsunfähigkeitsrente	2 954	2 307	78,12	1 119
Erwerbsunfähigkeitsrente	2 872	2 353	81,98	833
Vorgezogene Altersrenten	2 660	2 209	82,73	942
Altersrenten für langjährig Versicherte	2 746	3 030	90,64	703
Regelaltersrente	2 948	2 569	87,15	847
Durchschnitt	2 924	2 536	86,71	841

Anhang C20

Durchschnittswerte im Monat Dezember 1993 von Versorgungsrenten für Versicherte nach der Art des Rentenfalles, bezogen auf den Gesamtbestand und den Neuzugang 1993 bei der BVA Abt. B, Teil D

	Gesamtbestand					Neuzugang 1993				
	Gesamt-versorgungsfähiges Entgelt	Fiktives Netto-Entgelt	Gesamt-Versorgung	Netto-Versorgungssatz	Durchschnittlicher Zahlbetrag der Rente im Monat Dezember 1993	Gesamt-versorgungsfähiges Entgelt	Fiktives Netto-Entgelt	Gesamt-Versorgung	Netto-Versorgungssatz	Durchschnittlicher Zahlbetrag der Rente im Monat Dezember 1993
	DM	DM	DM	v. H.	DM	DM	DM	DM	v. H.	DM
Berufsunfähigkeitsrente	4 405	3 048	2 105	86,57	867	4 162	2 885	2 065	71,58	871
Erwerbsunfähigkeitsrente	4 206	2 928	2 552	85,12	862	4 130	2 859	2 531	88,51	871
Vorgezogene Altersrenten*)	4 117	2 872	2 526	85,61	762	4 028	2 766	2 430	87,47	724
Altersrenten für langjährig Versicherte**)	4 305	2 997	2 704	89,21	604	4 253	2 941	2 673	90,87	611
Regelaltersrente	4 167	2 921	2 554	85,03	860	4 138	2 853	2 382	83,49	982
Durchschnitt	4 190	2 922	2 556	85,51	824	4 129	2 856	2 513	88,01	835

*) Altersrente für Frauen nach § 39 SGB VI und Altersrente wegen Arbeitslosigkeit nach § 38 SGB VI.

**) Altersrente für langjährig Versicherte nach § 36 SGB VI, Altersrente für Schwerbehinderte, Berufsunfähige oder Erwerbsunfähige nach § 37 SGB VI und Altersrente für langjährig unter Tage beschäftigte Bergleute nach § 40 SGB VI.

Anhang C 21

Entwicklung der Zahl der Arbeitnehmer nach Beschäftigungsbereichen
– Beschäftigte insgesamt –
 – in 1 000 –

Jahr	Arbeitnehmer						
	Gebietskörperschaften				nachrichtlich		
	zusammen	Bund	Länder	Gemeinden ¹⁾	Bahn	Post	Mittelbarer öffentlicher Dienst
	Insgesamt						
1960	1 240,9	139,9	484,3	616,7	254,6	187,1	118,0
1965	1 481,6	201,7	559,3	720,6	223,0	185,9	128,0
1970	1 654,9	215,8	632,3	806,8	189,8	205,7	144,0
1975	1 942,0	223,9	756,8	961,3	199,3	216,5	172,4
1980	2 095,6	218,4	823,7	1 053,5	153,1	209,5	176,6
1985	2 179,6	215,6	848,2	1 115,8	127,6	228,5	188,2
1990	2 274,0	215,8	864,9	1 193,3	106,3	221,1	202,9
1991	2 301,3	212,5	868,0	1 220,8	104,4	228,0	215,8
1992	2 318,0	206,3	864,6	1 247,1	105,5	228,4	224,9
1993	2 295,2	200,2	863,5	1 231,5	107,0	231,4	240,9
	Männer ²⁾						
1960	735,1	93,1	267,7	374,3	236,2	94,0	57,2
1965	830,0	135,6	297,0	397,4	203,5	97,6	54,9
1970	876,9	145,9	316,8	414,2	172,0	105,3	61,6
1975	956,1	149,9	355,6	450,6	177,5	104,6	72,9
1980	1 004,2	144,9	378,2	481,1	137,3	101,7	65,2
1985	1 050,2	140,0	399,8	510,4	114,9	106,1	66,9
1990	1 048,4	134,8	391,2	522,4	96,1	102,9	70,0
1991	1 047,7	131,7	390,1	525,9	94,7	106,7	72,1
1992	1 038,9	127,2	383,8	527,9	95,2	106,6	73,3
1993	1 022,8	122,9	382,4	517,5	95,5	107,4	81,4
	Frauen ²⁾						
1960	505,8	46,8	216,6	242,4	18,4	93,1	60,8
1965	651,6	66,1	262,3	323,2	19,5	88,3	73,1
1970	778,0	69,9	315,5	392,6	17,8	100,4	82,4
1975	985,9	74,0	401,2	510,7	21,8	111,9	99,5
1980	1 091,4	73,5	445,5	572,4	15,8	107,8	111,4
1985	1 129,4	75,6	448,4	605,4	12,7	122,4	121,3
1990	1 225,6	81,0	473,7	670,9	10,2	118,2	132,9
1991	1 253,6	80,8	477,9	694,9	9,7	121,3	143,7
1992	1 279,1	79,1	480,8	719,2	10,3	121,8	151,6
1993	1 272,4	77,3	481,1	714,0	11,5	124,0	159,5

¹⁾ Einschließlich kommunale Zweckverbände.

²⁾ Teilweise geschätzt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Personalstandstatistik

noch Anhang C 21

Entwicklung der Zahl der Arbeitnehmer nach Beschäftigungsbereichen
- Vollzeitbeschäftigte -
 - in 1 000 -

Jahr	Arbeitnehmer						
	Gebietskörperschaften				nachrichtlich		
	zusammen	Bund	Länder	Gemeinden ¹⁾	Bahn	Post	Mittelbarer öffentlicher Dienst
	Insgesamt						
1960	1 108,4	137,2	430,1	541,1	248,8	139,6	110,0
1965	1 272,6	197,0	477,7	597,9	218,8	142,5	116,0
1970	1 360,6	208,8	514,3	637,5	185,4	150,5	129,0
1975	1 549,5	212,9	599,8	736,8	194,4	149,4	152,3
1980	1 637,4	205,2	623,5	808,7	149,8	138,4	153,8
1985	1 664,9	198,8	627,5	838,6	125,1	140,2	161,3
1990	1 700,6	195,2	621,2	884,2	104,2	137,4	170,9
1991	1 708,9	191,8	620,0	897,1	102,4	141,4	181,8
1992	1 708,1	185,4	615,7	907,0	103,4	141,3	188,0
1993	1 681,3	179,8	610,0	891,5	104,9	141,0	200,3
	Männer ²⁾						
1960	711,8	92,8	257,9	361,1	235,8	87,8	57,0
1965	786,0	135,3	272,5	378,2	203,4	94,1	54,6
1970	819,4	145,7	283,1	390,6	172,0	101,8	61,3
1975	893,4	149,3	316,9	427,2	177,5	101,8	72,5
1980	931,3	144,4	329,3	457,6	137,2	98,7	64,9
1985	954,3	139,3	334,1	480,9	114,9	100,9	66,4
1990	958,9	134,2	328,4	496,3	96,0	96,7	69,2
1991	959,5	131,0	328,7	499,8	94,6	99,7	71,3
1992	952,1	126,1	324,5	501,5	95,0	99,5	72,6
1993	937,8	122,2	321,4	494,2	95,4	99,4	80,4
	Frauen ²⁾						
1960	396,6	44,4	172,2	180,0	13,0	51,8	53,0
1965	486,6	61,7	205,2	219,7	15,4	48,4	61,4
1970	541,2	63,1	231,2	246,9	13,4	48,7	67,7
1975	656,1	63,6	282,9	309,6	16,9	47,6	79,8
1980	706,1	60,8	294,2	351,1	12,6	39,7	88,9
1985	710,6	59,5	293,4	357,7	10,2	39,3	94,9
1990	741,7	61,0	292,8	387,9	8,2	40,7	101,7
1991	749,4	60,8	291,3	397,3	7,8	41,7	110,5
1992	756,0	59,3	291,2	405,5	8,4	41,8	115,4
1993	743,5	57,6	288,6	397,3	9,5	41,6	119,9

¹⁾ Einschließlich kommunale Zweckverbände.

²⁾ Teilweise geschätzt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Personalstandstatistik

noch Anhang C 21

Entwicklung der Zahl der Arbeitnehmer nach Beschäftigungsbereichen
– Teilzeitbeschäftigte –
 – in 1 000 –

Jahr	Arbeitnehmer						
	Gebietskörperschaften						
	zusammen	Bund	Länder	Gemeinden ¹⁾	Bahn	Post	Mittelbarer öffentlicher Dienst
	Insgesamt						
1960	132,5	2,7	54,2	75,6	5,8	47,5	8,0
1965	209,0	4,7	81,6	122,7	4,2	43,4	12,0
1970	294,3	7,0	118,0	169,3	4,4	55,2	15,0
1975	392,5	11,0	157,0	224,5	4,9	67,1	20,1
1980	458,2	13,2	200,2	244,8	3,3	71,1	22,8
1985	514,7	16,8	220,7	277,2	2,5	88,3	26,9
1990	573,4	20,6	243,7	309,1	2,1	83,7	32,0
1991	592,4	20,7	248,0	323,7	2,0	86,6	34,0
1992	609,9	20,9	248,9	340,1	2,1	87,1	36,9
1993	613,9	20,4	253,5	340,0	2,1	90,4	40,6
	Männer ²⁾						
1960	23,3	0,3	9,8	13,2	0,4	6,2	0,2
1965	44,0	0,3	24,5	19,2	0,1	3,5	0,3
1970	57,5	0,2	33,7	23,6	0,0	3,5	0,3
1975	62,7	0,6	38,7	23,4	0,0	2,8	0,4
1980	72,9	0,5	48,9	23,5	0,1	3,0	0,3
1985	95,9	0,7	65,7	29,5	0,0	5,2	0,5
1990	89,5	0,6	62,8	26,1	0,1	6,2	0,8
1991	88,2	0,7	61,4	26,1	0,1	7,0	0,8
1992	86,8	1,1	59,3	26,4	0,2	7,1	0,7
1993	85,0	0,7	61,0	23,3	0,1	8,0	1,0
	Frauen ²⁾						
1960	109,2	2,4	44,4	62,4	5,4	41,3	7,8
1965	165,0	4,4	57,1	103,5	4,1	39,9	11,7
1970	236,8	6,8	84,3	145,7	4,4	51,7	14,7
1975	329,8	10,4	118,3	201,1	4,9	64,3	19,7
1980	385,3	12,7	151,3	221,3	3,2	68,1	22,5
1985	418,8	16,1	155,0	247,7	2,5	83,1	26,4
1990	483,9	20,0	180,9	283,0	2,0	77,5	31,2
1991	504,2	20,0	186,6	297,6	1,9	79,6	33,2
1992	523,1	19,8	189,6	313,7	1,9	80,0	36,2
1993	528,9	19,7	192,5	316,7	2,0	82,4	39,6

¹⁾ Einschließlich kommunale Zweckverbände.²⁾ Teilweise geschätzt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Personalstandstatistik